C 21734 D

Lohnraub und Sparpolitik S. 25

Arbeiterkampf

Jg. 5 Nr. 66 9'9 '75

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

Portugal darf nicht das Chile Europas werden



Portugal: Schleichender Putsch

Mit der Entfernung des früheren Ministerpräsidenten Goncalves von der politschen Bühne und der faktischen Auflösung der 5. Division (Propaganda-Abteilung des MFA) haben die verbündete Reaktion und Sozialdemokratie Portugals in diesen Tagen zwei ihrer wichtigsten Ziele erreicht. Goncalves und die 5. Division waren seit langem als „prokommunistisch" (d.h. Sympathisanten der revisionistisch-orientierten PCP) angegriffen worden.

Schrittweise hat in denletzten Wochen das bürgerliche Lager das Kräfteverhältnis innerhalb der Armee zu seinen Gunsten verschoben, was einem „schleichenden Staatsstreich" gleichkommt. Insbesondere geht es zum einen um die Entfernung der Linken aus den Schaltstellen militärischer Macht, zum anderen um die weitgehende Einschränkung der demokratischen Einflußmöglichkeiten von Soldaten und Offizieren auf die militärisch-politischen Entscheidungsprozesse.

Nach dem förmlichen Rücktritt der Regierung Goncalves am 7. September verhandelt der neue Ministerpräsident Azevedo mit den Parteien (PS, PPD, PCP), um eine neue Regierung, in der die PCP mit Sicherheit nur schwach repräsentiert wäre, wenn überhaupt.

Eine derartige bürgerliche Regierung, falls es dazu kommt, wäre aber für die Reaktion nur ein Zwischenschritt in ihrem Plan des „schleichenden Putsches", d.h. der systematischen Ausschaltung jedes revolutionären und linken Einflusses in der Armee, Zurückgewinnung der vollen Kontrolle über Informationsmittel usw.

Wenn bisher der „schleichende Putsch" vom bürgerlichen Lager ohne ernsteren Widerstand und militärische Auseinandersetzung über die erste Runde gebracht werden konnte, so heißt das doch keinesfalls, daß auch die weiteren Schritte in diesem Rahmen ablaufen werden. Die Gefahr eines Bürgerkrieges, von Reaktion und Sozialdemokratie zu einem für die Revolutionäre und anderen Linken noch ungünstigen Zeitpunkt hervorgerufen, nimmt damit zu. Die Parole „Portugal darf nicht das Chile Europas werden" und die Notwendigkeit der Solidarität mit der portugiesischen Revolution gewinnen besondere Bedetung.

Fortsetzung Seite 2

Aufruf an die Arbeiter, an das Proletariat, an die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte Europas

Diesen Aufruf erhielten wir von der AARPI (Italienisch-Portugiesische Freundschaftsgesellschaft) aus Lissabon zugeschickt mit der Bitte um Veröffentlichung in der BRD:

(verlesen von einem Genossen der Arbeiterkommission der Lisnave-Werft auf der Veranstaltung für den proletarischen Internationalismus in Lissabon am 13.8.1975)

„Der revolutionäre portugiesische Prozess ist an einem entscheidenden Punkt angelangt. Die allgemeine Krise bedroht die Weltherrschaft der Imperialisten. Deshalb können sie nicht zulassen, daß die portugiesische Revolution bis zum Sieg voranschreitet. Sie können nicht zulassen, daß das kapitalistische Ausbeutersystem und die Macht der Bourgeoisie in Portugal zerschlagen werden. Nach den außerordentlichen Siegen der Völker Indochinas würde das eine weitere schwere Niederlage für den Imperialismus bedeuten.

In diesem Augenblick konzentrieren sich in Europa und speziell im Mittelmeerraum alle prinzipiellen Widersprüche der imperialistischen Herrschaft.

Daher findet die Entwicklung der Revolution in Portugal, die ihre Wurzeln im Befreiungskampf der Völker der Kolonien hat, eine Möglichkeit zum Sieg – in der Krise, die dieses System der Spaltung und Herrschaft in der Welt erschüttert, das im Westen in der Nachkriegszeit die Stabilität garantiert hatte.

Die portugiesische Revolution setzt in Europa den Kampf für die nationale Unabhängigkeit, den Kampf für das Recht der Völker, unabhängig von jeglicher äußerer Einmischung, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, auf die Tagesordnung.

Die ökonomische, politische, diplomatische und militärische Erpressung, die die imperialistischen Kräfte Portugal aufzwingen wollen, bilden heute die Speerspitze für die konterrevolutionären Kräfte in unserem Land.

Aus diesem Grunde und wegen der realen Unmöglichkeit der friedlichen Koexistenz unserer proletarischen Revolution und der kapitalistischen Länder in Europa, sagen wir ganz klar, daß nur die Arbeiterkämpfe und die Zuspitzung des Klassenkampfes in ganz Europa, gegen jeden Versuch der ‚Normalisierung', die die Bourgeoisie im In- und Ausland uns aufzwingen will, die entscheidende Unterstützung für unseren Kampf sind.

Wir rufen euch auf, mit euren Kämpfen diejenigen zu unterstützen, die heute in Portugal den Kampf gegen den Kapitalismus und gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen führen: die Arbeiterklasse, das Proletariat, die revolutionären Soldaten und Militärs. Wir rufen euch auf, daß die internationalistische Solidarität mit Portugal ein Höchstmaß an Mobilisierung erreicht; gegen jedes imperialistische Manöver und gegen jeden Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas.

Die internationale Unterstützung des revolutionären Kampfes des portugiesischen Volkes muß sich verbinden mit dem Kampf für die völlige Befreiung Angolas, für den Sieg der einzigen revolutionären und patriotischen Kraft, der MPLA.

Deshalb rufen wir alle Arbeiter, Soldaten, Matrosen und revolutionäre Militärs auf, sich so schnell wie möglich für eine Mobilisierung in ganz Europa einzusetzen: zur Unterstützung der anwachsenden Volksmacht, der proletarischen Demokratie, in ihrem harten Kampf gegen die interne und internationale Reaktion eine Mobilisierung, die alle revolutionären Kräfte einbeziehen muß, die die wirklichen Interessen des portugiesischen Volkes verstehen.

Wir haben keine Zeit zu verlieren!

Es ist jetzt notwendig, alle unsere Kräfte zusammenzufassen, um in ganz Europa auf die Straßen zu gehen. Wir schlagen vor, die Woche vom 22. - 28. September zu einer Woche der internationalen Solidarisierung zu machen. Ein Jahr nach dem Sturz Spinolas durch das kämpfende portugiesische Volk, rufen wir zur größtmöglichen Mobilisierung auf, damit es den verschiedenen Spinochets nicht gelingt, die portugiesische Revolution zu erwürgen. Wir rufen alle Kräfte auf, am Samstag, dem 27.9., in ganz Europa auf die Straßen zu gehen:

- **Gegen die imperialistische Einkreisung und die ökonomische, politische, diplomatische und militärische Erpressung Portugals. Gegen die Provokationen der internen und internationalen Bourgeoisie, die den revolutionären portugiesischen Prozeß aufhalten wollen. Für die nationale Unabhängigkeit und für die Neutralität des Mittelmeerraumes.**
- **Für die volle Unterstützung der Arbeiterklasse, des Proletariats, der Soldaten, der Matrosen und revolutionäre Militärs in ihrem Kampf gegen Kapitalismus, für die Volksmacht und die proletarische Demokratie.**
- **An der Seite des angolanischen Volkes und seiner Kämpfer der MPLA, in ihrer Offensive gegen die imperialistischen Kräfte; gegen jede Einmischung bei der Lösung der inneren Angelegenheiten Angolas, für die nationale Einheit und die völlige Befreiung Angolas.**

Es lebe die Arbeiterklasse!
Es lebe der revolutionäre Kampf der Völker der ganzen Welt!
Es lebe der proletarische Internationalismus!"

(Der Text dieser Resolution wurde ebenfalls in „Lotta Continua" vom 19.8.1975 abgedruckt.)

Fortsetzung Seite 1

Portugal: Schleichender Putsch

Schrittweise Ausschaltung der MFA - Linken

„Dokument der Neun"

Mit der Veröffentlichung des sogenannten „Dokuments der Neun" („Journal Novo", 7.8.) – unterzeichnet von neun Mitgliedern des Revolutionsrats, die im wesentlichen der Sozialdemokratie und der Reaktion nahestehen – wurde der Versuch unternommen, die Polarisierung im MFA und in den Streitkräften zugunsten der Reaktion um ein großes Stück voranzutreiben. Die „Neun" gaben zwar vor, sie seien ebenso gegen das „*Modell der sozialistischen Gesellschaft Osteuropas*" wie gegen das „*Modell der sozialdemokratischen Gesellschaft, das in so vielen Ländern Westeuropas in Kraft ist*". Tatsächlich griffen die „Neun" aber ausschließlich die revisionistische PCP und die Regierung Goncalves, die revolutionäre Linke sowie die Basis-Organisationen im Volk und in den Streitkräften an (siehe dazu AK 65, S. 30).

Das „Dokument der Neun" wurde überall in der Armee diskutiert, und die Reaktion behauptete, 80% der Streitkräfte hätten diese Plattform gebilligt.

Während die Kommandanten der Militärregion Süd und Mitte zu den Unterzeichnern des „Dokuments der Neun" gehören, lehnte der Kommandant der Region Nord, Brigadegeneral Eurico Corvacho, das „Dokument" ab. Nach einer antikommunistischen Hetzkampagne, insbesondere unter den Berufsoffizieren der von ihm kommandierten Einheiten, wurde Corvacho am 19. August abgesetzt.

Parallel dazu liefen Umbesetzungen in anderen Teilen der Streitkräfte und einzelne Bürgerkriegs-Übungen. COPCON-Chef Carvalho, der bis dahin vielfach als Vertreter des revolutionären Flügels des MFA gegolten hatte, suchte einen „Kompromiß" mit den sogenannten „Gemäßigten" (Sozialdemokraten/Reaktion). In Coimbra traf er mit Vertretern der „Gemäßigten" und dem Chef der Bodenstreitkräfte, Fabiao, zusammen, um aus „Dokument der Neun" und „COPCON–Papier" einen Kompromiß zu brauen, der als Grundlage für ein Bündnis zwischen „Gemäßigten" und „Radikalen" (Carvalho, COPCON u.a.) gegen die als Sympathisanten der PCP geltenden Teile des MFA dienen sollte. („Republica", 22.8.).

In einem außerordentlich zynisch gehaltenen Schreiben forderte Carvalhol Ministerpräsident Goncalves zum Rücktritt auf: „*Wir haben zusammen in großer Freundschaft eine mehr oder minder lange Strecke unserer Geschichte zurückgelegt. Aber nun,*
oder minder lange Strecke unserer Geschichte zurückgelegt. Aber nun,
Kamerad, trennen wir uns. ... Ich bitte Sie, sich auszuruhen, zu erholen, nachzudenken, zu lesen. Sie brauchen eine recht lange und wohlverdiente Ruhepause nach dem, was dieser Marathon von Revolution Ihnen abverlangt hat". Zugleich untersagte er Goncalves, der zuvor mit großen Erfolg einige Kasernen besucht hatte, den Besuch der dem COPCON unterstellten Einheiten. („Journal de Noticias", 24.8.)

Die Linke, Revisionisten und Revolutionäre, trafen alle Vorbereitungen gegen einen konterrevolutionären Putschversuch. Die Mitglieder und Sypathisamten wurden über die Gefahr unterrichtet und aufgefordert, sich in den Büros und sonstigen Versammlungsräumen einzufinden.

Noch einmal davongekommen ?...

Entgegen allen Gerüchten trat Goncalves noch nicht zurück. Vielmehr wurde seine Stellung kurzfristig gestärkt durch eindeutige Solidaritäts-Erklärungen der Vollversammlung der Unteroffiziere der Luftwaffe und des Sekretariats des MFA für die Flotte (die der am meisten links stehende Truppenteil ist).

Nachdem der zwischen Carvalho und den „Gemäßigten" ausgehandelte „Kompromiß" als „neues Programm der MFA" schon groß angekündigt worden war, fiel auch dieses Projekt erst einmal unter den Tisch. Die Einheiten des COPCON spielten nämlich nicht mit, sondern lehnten diesen „Kompromiß" mehrheitlich ab. Die Position von Carvalho war angeschlagen. Die dem COPCON angegliederten Armee- und Luftwaffen-Einheiten wurden den entsprechenden Truppenteilen unterstellt.

Der MES erklärte: „*Nur die Entschlossenheit der revolutionären Soldaten, Matrosen, Unteroffiziere und Offiziere ... und die Festigkeit und revolutionäre Einheit der Volksmassen, ausgedrückt in der großen Demonstration* (am 20.8. in Lissabon – Anm. AK) *zur Unterstützung des 'COPCON-Papiers' konnten den bevorstehenden Staatsstreich verhindern.*

In dieser entscheidenden Phase der konterrevolutionären Offensive hat die PCP eine versöhnlerische Position eingenommen, indem sie den sozialdemokratischen Positionen die Hand reichte; nur auf Grund der Entschlossenheit der zivilen und militärischen Revolutionäre war sie gezwungen, diese Position zu revidieren.

General Otelo Saraiva de Carvalho hat das Vertrauen der revolutionären Offiziere des COPCON verloren. General Otelo hat nichts mehr mit dem Dokument der revolutionären Offiziere des COPCON zu tun ... vom politisch-militärischen Gesichtspunkt aus ist das COPCON keine zusammenhängende Kraft mehr ..." („O Seculo", 23.8.).

Ausschaltung der 5. Division

Die 5. Division war die Propaganda-Abteilung des MFA. Ihre Auflösung ist seit langem eine zentrale Forderung der Reaktion und Sozialdemokratie. Damit soll den Linken für die kommenden Auseinandersetzungen eines ihrer wichtigsten Instrumente aus der Hand geschlagen werden: Die 5. Division hat z.B. bei der Aufdeckung, Veröffentlichung und Vereitelung der eben erwähnten Staatsstreich-Pläne eine wichtige Rolle gespielt.

Am 25.8. beschloß der Revolutionsrat „*die Suspendierung der Tätigkeiten der 5. Division bis zu ihrer Umstrukturierung*" („Diario de Lisboa", 26.8.). Als Vorwand diente, daß Präsident Gomes eine am Vortag von der 5. Division verbreitete Erklärung, in der er Goncalves unterstützt hatte, plötzlich als angeblich „*ohne seine Zustimmung redigiert und veröffentlicht*" bezeichnete („O Seculo", 25.8.). Einen möglichen Hintergrund dieser dubiosen Geschichte deutete MES an: Zwischen der ersten Erklärung von Gomes' und dem Widerruf hatte beim Präsidenten ein Gast vorgesprochen – Carlucci, US-Botschafter und berüchtigter Putsch-Experte („O Seculo", 25.8.).

Am 26.8. wurden die Gebäude der 5. Division von COPCON-Einheiten besetzt. Angeblich „*zum Schutz und zur Bewachung der militärischen Anlagen angesichts von Drohungen mit einem Überfall, von denen das*
Anlagen angesichts von Drohungen mit einem Überfall, von denen das
COPCON Kenntnis erlangt hat" („O Seculo", 28.8.).

Dabei waren Truppen vom „Regimento de Comandos" von Amadora im Einsatz, die von dem Reaktionär Jaime Neves befehligt werden; dieser war vor einigen Wochen von seinen eigenen Soldaten abgesetzt worden, jedoch mit Unterstützung Carvalhos wieder auf seinen Posten gehievt worden (siehe AK 65). Einige der Soldaten, die an der Besetzung der Einrichtungen der 5. Division teilnahmen, waren gerade erst wenige Stunden vorher aus Angola zurückgekommen – viele der in Amadora stationierten Soldaten hatten sich durch Verlassen der Kasernen dem Einsatz bei der Besetzung entzogen.

Wie einige Offiziere der 5. Division berichteten, hatten sie am Vortag einen telefonischen Befehl aus dem Büro von Präsident Gomes erhalten, sich bei ihren jeweiligen Einheiten einzufinden, was der unmittelbaren Auflösung der 5. Division gleichgekommen wäre. Sie lehnten diesen Befehl ab.

Die Entscheidung des Revolutionsrats vom 25.8. über die Suspendierung der 5. Division war verbunden mit der Wiedereinsetzung von Corvacho als Kommandeur der Nordregion. Scheinbar trug diese Entscheidung des Revolutionsrats der Tatsache Rechnung, daß im Norden die Soldaten vieler Einheiten, sowie Arbeiter- und Bewohner-Kommissionen in zahlreichen Resolutionen, Kundgebungen und Demonstrationen die Rückkehr Corvachos verlangt hatten.

Der eigentliche Zweck war aber offenbar, mit diesem „Bonbon" den e i g e n t l i c h e n Inhalt des Beschlusses, nämlich die Liquidierung der 5. Division, etwas schmackhafter zu machen und die PCP und den mit ihr sympathisierenden Teil des MFA zu täuschen. Tatsächlich blieb der Protest gegen die Ausschaltung der 5. Division insgesamt gering.

Der „Rücktritt" von Goncalves

Durch einen Trick wurde danach Goncalves, der bis dahin allen Rücktrittsforderungen standgehalten hatte, doch noch zum „freiwilligen" Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten bewegt:

Am 28.8. beschloß der Revolutionsrat: 1. Ernennung von General Vasco Goncalves zum Chef des Generalstabs der Streitkräfte (dieses Amt hatte bis dahin Präsident Costa Gomes); 2. An seiner Stelle Ernennung von Admiral Pinheiro de Azevedo zum Ministerpräsidenten (er war bis dahin Chef des Generalstabs der Marine); 3. „Umstrukturierung" des Revolutionsrates auf der Vollversammlung des MFA am 5. September („Republica", 30. 8.).

Damit gab Goncalves kampflos das Amt des Ministerpräsidenten auf, um das er vorher wochenlang mit respektabler Standfestigkeit gekämpft hatte – zugunsten eines Postens, von dem von Anfang an klar war, daß er ihn nie würde ausüben können. Auch die PCP, die bis dahin eine oft bis ins Lächerliche gehende Personal-Kampagne um „Vasco" Goncalves inszeniert hatte, blieb still. Ob aus Dummheit (weil die PCP-Führung das Spiel der Reaktion nicht durchschaute) oder aus Berechnung (einen Tag vor der Entscheidung des Revolutionsrates hatte Cunhal ein Gespräch mit der PS und den drei „Strömungen" im MFA vorgeschlagen!!), war nicht ganz klar.

Carvalho hatte sich gleich gegen die Ernennung von Goncalves zum Chef des Generalstabs der Streitkräfte gewandt. Die COPCON-Einheiten wurden daher nicht Goncalves, sondern dem Präsidenten Gomes als oberstem Vorgesetzten unterstellt.

Die Truppen auf den Azoren (portugiesische Inselgruppe, wo eine pro-imperialistische „Unabhängigkeitsbewegung" ihr Unwesen treibt) erklärten, daß sie von Goncalves keine Befehle annehmen würden.

In der Region Nord reagierten einige Kommandeure auf die Rückkehr Corvachos, indem sie ihre Einheiten dem General Charais, Kommandeur der Region Mitte, Unterzeichner des „Dokuments der Neun" unterstellten.

Die „Neun" selber erklärten, daß der Beschluß des Revolutionsrats über die Ernennung von Goncalves zum Generalstabschef „illegal" sei: Der Revolutionsrat hatte die „Neun" nach dem Erscheinen ihres „Dokuments" zunächst von der Mitarbeit im Rat suspendiert (8.8.), sie dann aber auf der Sitzung vom 25.8. (wo die 5. Division „suspendiert" und Corvacho wieder eingesetzt wurde) wieder in den Revolutionsrat aufgenommen. Da sie trotzdem an der Sitzung vom 28.8. nicht teilgenommen hatten, sei diese nicht beschlußfähig gewesen. Diese Demago-
men hatten, sei diese nicht beschlußfähig gewesen. Diese Demago-
gen „vergaßen" dabei nur eines: nämlich ihre e i g e n e Erklärung, sie würden bis zur Erfüllung ihrer Forderungen nicht in den Revolutionsrat zurückkehren! („Republica", 27.8.).

Im MFA werden die Weichen gestellt

Was den neuen Ministerpräsidenten Azevedo angeht, so wurde er zwar gelegentlich von interessierten Kreisen auch als „prokommunistisch" bezeichnet. Dagegen spricht eindeutig, daß PS-Führer Soares ihn als „*anständigen Menschen*" bezeichnete („SZ", 1.9.). Soares dürfte hierfür den richtigen Blick haben: Hat er doch auch schon vor längerer Zeit den COPCON-Chef Carvalho zutreffend als „anständigen Menschen" eingestuft.

Im MFA ging die Auseinandersetzung verschärft weiter. Luftwaffen-Chef General Jose Morais da Silva, der bis dahin auch als Linker gegolten hatte, sprach sich scharf gegen Goncalves als Generalstabschef aus („O Seculo", 2.9.). Außerdem wurde die Zusammensetzung der Delegiertenversammlung der Luftwaffe geändert, zuungunsten der Soldaten und Unteroffiziere. Daraufhin gab es heftige Proteste aus diesen Reihen und die Ablösung von Morais da Silva wurde gefordert („Republica", 2.9.; „SZ", 4.9. u.a.).

Praktisch sah die „Umstrukturierung" der Delegiertenversammlung der Luftwaffe so aus, daß fast alle fortschrittlichen Offiziere und Unteroffiziere ausgeschlossen und durch Reaktionäre und höhere Dienstgrade ersetzt wurden („O Seculo", 2.9.).

Auch die Zusammensetzung der Delegiertenversammlung der Bodenstreitkräfte wurde geändert und verschiedene Linke, vor allem aus dem Norden, ausgeschlossen („O Seculo", 2.9.).

Die so zustande gekommene Versammlung der Bodenstreitkräfte in Tancos am 2.9. sprach sich mit grosser Mehrheit gegen Goncalves aus, der schließlich die Versammlung vorzeitig verließ. Als Einpeitscher betätigte sich insbesondere COPCON-Chef Carvalho („FAZ", 4.9.). Allerdings ist die Versammlung nicht wirklich repräsentativ für die Stimmung in den Einheiten, wegen der erwähnten Unterrepräsentierung der Soldaten und Offiziere und wegen der Ausschaltung linker Delegierter.

Am 4.9. sprach sich die Delegiertenversammlung der Marine für Goncalves aus, angeblich nur mit knapper Mehrheit („FAZ", 5.9.).

Am 5.9. sollte eine Vollversammlung des MFA stattfinden. Diese wurde aber von den meisten „Delegierten" der Bodenstreitkräfte und der Luftwaffe boykottiert. Goncalves erklärte resigniert seinen Rücktritt vom Amt des Generalstabschefs. Die dubios zusammengesetzte und mit Sicherheit nicht beschlußfähige Mini-„Vollversammlung" beschloß danach, Vasco Goncalves und vier weitere Offiziere aus dem Revolutionsrat auszuschließen. Darunter Corvacho (Kommandeur der Nordregion) und Vitor Crespo, der zu den Rechten gehört („Le Monde" 7./8.9.).

Zu diesen Vorgängen ist zu sagen, daß im MFA von Anfang an die Berufsoffiziere gegenüber der Mehrheit der Soldaten und Unteroffiziere total überrepräsentiert waren. Dies wurde nur teilweise nach dem 11. März etwas geändert (konsequent nur in der Marine) und soll jetzt wieder rückgängig gemacht werden. Die Ironie besteht darin, daß gerade die „Gemäßigten", die sonst am lautesten von Demokratie und Pluralismus schreien, diejenigen sind, die jeden demokratischen Ansatz in den Streitkräften liquidieren wollen – zugunsten des hierarchischen Prinzips jeder bürgerlichen Armee.



Die Linke – Gegenoffensive und Einheitsfront

Reaktion auf das COPCON-Papier

Als konkrete linke Alternative zum reaktionären „Dokument der Neun" verfaßten fortschrittliche Offiziere des COPCON einen „Arbeitsvorschlag für ein politisches Programm", der erstmals in der „Republica" vom 13.8. veröffentlicht wurde (siehe AK 65, S. 31).

Das COPCON-Papier stieß bei der revolutionären Linken auf allgemeine Zustimmung.

- MES: „*Die linke Alternative, auf die das Dokument verweist, ist in der Tat die einzige, die die Gefahren des Voranschreitens der Reaktion, der Rückkehr zum Faschismus und der Preisgabe der nationalen Unabhängigkeit abwenden kann, zu denen die im 'Dokument der Neun' enthaltenen Vorschläge unvermeidlich führen würden*" („Republica", 16.8.).
- PRP-BR: „*Der . . . 'Arbeitsvorschlag für ein politisches Programm' stellt zu diesem Zeitpunkt die einzig mögliche Basis für eine Arbeit in Einheit dar, die die alle revolutionären Kräfte vereinigende politische Lösung sein kann*" („Jornal do Comercio", 15.8.).
- FSP: Das COPCON-Papier „*stellt im gegenwärtigen politischen Augenblick einen positiven Beitrag dar und wird sicherlich neue Perspektiven für den revolutionären Prozeß eröffnen*" („Republica", 16.8.).
- LCI (trotzkistisch): Das Papier „*kann ein bedeutender Beitrag zum Kampf im Innern der Streitkräfte gegen die gegenwärtige Offensive der Rechten und der Sozialdemokratie sein*" („Diario de Lisboa", 18.8.).
- UDP (gemäßigt „ml"): „ *. . . begrüßt dieses Dokument, weil es mit vielen der Wünsche der ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen . . . übereinstimmt*" („Jornal do Comercio", 15.8.).

(Eine Erklärung von LUAR liegt uns nicht vor; diese Organisation beteiligte sich aber ebenfalls an den Unterstützungsaktionen für das COPCON-Papier).

Abgelehnt wurde das COPCON-Papier natürlich von der PS und allen anderen bürgerlichen Parteien.

Die revisionistische PCP erklärte, dem COPCON-Papier komme „*das Verdienst zu, der Rechtsorientierung des 'Dokuments der Neun' programmatische Ideen revolutionärer Sektoren entgegenzustellen und so die begonnene Diskussion auf dieser neuen Basis wiederzueröffnen*". Zugleich behauptete die PCP jedoch – ohne inhaltliche Konkretisierung! – das COPCON-Papier enthalte eine „*einseitige und destruktive (?!) Analyse des revolutionären Prozesses*" und „*antikommunistische Tendenzen*"; die konkreten Vorschläge des Papiers seinen zwar „*zum großen Teil gerechtfertigt*", aber „*unrealistisch*" und „*nicht der portugiesischen Wirklichkeit entsprechend*" („Avante", 21.8.).

Der „Generalstreik" der Revisionisten

Als Ausdruck des Protests gegen die Welle faschistischer Terrorakte vor allem in Nordportugal (siehe AK 65) forderte die von den Revisionisten geführte Gewerkschaftszentrale Intersindical die Werktätigen auf, am 19.8. von 11.00 bis 11.30 Uhr die Arbeit niederzulegen: „*Es ist nötig, die reaktionäre Eskalation gegen die Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften usw.) einzudämmen und darüber zu diskutieren, welche Mittel die Arbeiterklasse zur Verfügung hat, um diejenigen, die die Macht haben, zu einer eindeutigen Handlungsweise zu verpflichten*" („O Seculo", 19.8.).

Von den politischen Organisationen unterstützten – abgesehen von den Revisionisten – nur die Trotzkisten (LCI und PRT) den Streikaufruf. Die PS rief dazu auf, die Werktätigen sollten den Streik „*ignorieren, mißachten und bekämpfen*" („Diario de Lisboa", 18.8.). Ihnen schloß sich, wie üblich, ihr „linkes" Anhängsel an, die MRPP („ML"-Provokateure): Der Streikaufruf sei „*sozialfaschistisch*" und diene „*konterrevolutionären Zielen*" („Republica", 18.8.).

Die revolutionäre Linke, die dem Streikaufruf insgesamt ablehnend gegenüberstand, gab keine öffentlichen Erklärungen dazu ab; offenbar in der berechtigten Einschätzung, daß ein Mißerfolg des Streiks – nachdem dieser einmal ausgerufen worden war – auch eine Niederlage der Arbeiterklasse und a l l e r Linken bedeutet hätte. Ebenso scheinen die Arbeiter wichtiger Großbetriebe von Lissabon und Umgebung gedacht zu haben, die sich am Streik beteiligten, obwohl sie mehr der revolutionären Linken als den Revisionisten zuneigen.

Nach Angaben von Intersindical folgten in der Region Lissabon-Setubal 80 bis 90% dem Streikaufruf. In Evora streikten 70% der Metaller; in Beja (wo sich ein Stützpunkt der Bundeswehr befindet) streikten fast vollständig Metaller, Handel, Hotel-Beschäftigte . . . In Evora und Beja beteiligten sich viele Landarbeiter am Streik. Der Streik der Eisenbahner sei fast total gewesen . . . („O Seculo", 20.8.). Diese Angaben zeigen, daß der Streikaufruf, abgesehen von der Region Lissabon-Setubal, nur zum Teil und im Norden kaum befolgt wurde.

Vereinzelt kam es zu Überfällen von Faschisten und Sozialdemokraten auf Streikende, was in der BRD-Presse entsprechend groß rausgestellt wurde („Das Volk ist gegen den Streik" etc.). Einer „Protestdemonstration" gegen den Streik in Lissa-

bon, zu der in gewohnter trauter Gemeinsamkeit PS und MRPP mobilisiert hatten, folgten nur wenig mehr als 1.000 Menschen! („O Seculo", 20.8.).

Die Demonstration vom 20. August

Am 20. August fand in Lissabon eine riesige Demonstration statt, die von der revolutionären Linken und zahlreichen Arbeiter- und Bewohner-Räten organisiert war. Rund 100.000 Menschen nahmen daran teil.

Die Initiative zu dieser Demonstration ging zunächst von sieben Bewohner-Kommissionen und einer Arbeiterkommission (Applied Magnetics) aus („Republica", 16.8.). Die Demonstration sollte insbesondere die Unterstützung des COPCON-Papiers, als linke Alternative in der aktuellen Situation, zum Ausdruck bringen. Die Kommissionen hatten folgende Parolen ausgegeben: „Gegen die Imperialismen (!), nationale Unabhängigkeit"; „Einheit mit der Dritten Welt", „Gegen Arbeitslosigkeit, Kampf für Vollbeschäftigung"; „Fortschrittliche Kräfte des MFA mit dem arbeitenden Volk" („Republica", 16.8.).

In diesen Kommissionen scheint die UDP einen bedeutenden Einfluß zu haben, wie bereits in der Parole „Gegen die Imperialismen" durchscheint. Diese Kommissionen gaben später auch eine Erklärung gegen die am 27.8. gemeinsam von revolutionärer Linke (aber ohne UDP) und Revisionisten organisierte neuerliche Demonstration in Lissabon ab.

Von den linken Organisationen unterstützen zuerst nur UDP und PRP-BR den Demonstrationsaufruf der Kommissionen („Republica", 19.8.); die anderen revolutionären Organisationen folgten mehr oder weniger zögernd. Die Demonstration wurde auch von zahlreichen weiteren Kommissionen unterstützt – darunter die Arbeiterkommissionen der wichtigsten Lissaboner Betriebe Lisnave, Setenave, Siderurgia u.a.

Das, offensichtlich ebenfalls stark von UDP beeinflußte, „Sekretariat" (= Organisationsausschuß) der Demonstration hatte u.a. folgende Parolen festgelegt: „Gegen Faschismus, gegen Kapitalismus – Volksoffensive", „Gegen die Supermächte – Einheit mit der Dritten Welt", „Sofortige Durchführung des COPCON-Papiers", „Gegen die Imperialismen – nationale Unabhängigkeit", „Schluß mit der Not der Bauern", „Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung – jetzt!".

An der Spitze der Demonstration wurde ein großes Transparent „gegen die beiden Supermächte" getragen.

Mit dieser Stoßrichtung war die der wichtigsten Lissaboner Betriebe Lisnave, Setenave, Siderurgia u.a.

Das, offensichtlich ebenfalls stark von UDP beeinflußte, „Sekretariat" (= Organisationsausschuß) der Demonstration hatte u.a. folgende Parolen festgelegt: „Gegen Faschismus, gegen Kapitalismus – Volksoffensive", „Gegen die Supermächte – Einheit mit der Dritten Welt", „Sofortige Durchführung des COPCON-Papiers", „Gegen die Imperialismen – nationale Unabhängigkeit", „Schluß mit der Not der Bauern", „Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung – jetzt!".

An der Spitze der Demonstration wurde ein großes Transparent „gegen die beiden Supermächte" getragen.

Mit dieser Stoßrichtung war die Mehrheit der teilnehmenden revolutionären Organisationen allerdings nicht einverstanden: Die PRP/BR erklärte, daß sie insbesondere die Parole „Gegen die Imperialismen – nationale Unabhängigkeit" ablehne. MES erklärte (ohne konkret zu werden), daß „einige" der Parolen falsch seien, und kritisierte das Fehlen von Parolen gegen die Sozialdemokratie. Die FSP hielt alle Parolen für korrekt, bis auf die gegen die „Imperialismen" („Republica", 20.8.).

In letzter Minute entschlossen sich die Revisionisten zu einem halbherzigen Sprung auf den abfahrenden Zug. Die PCP wollte die Demonstration zwar ausdrücklich nicht als Partei unterstützen, rief aber ihre Mitglieder, Sympathisanten und Anhänger zur Teilnahme auf, da die Initiative *„im allgemeinen positiv"* und ein *„Beitrag zum Kampf gegen die reaktionäre Eskalation, zur Verteidigung der bedrohten Freiheit und zur Konsolidierung des demokratisch-revolutionären Prozesses auf dem Weg zum Sozialismus"* sei. Ähnlich äußerte sich die den Revisionisten nahestehende MDP/CDE („O Seculo", 20.8.).

Das „Sekretariat" der Demonstration gab zu diesem Schritt der Revisionisten eine scharf ablehnende Erklärung ab, in der diesen generell das Recht zur Teilnahme an der Demonstration bestritten wurde. Noch schärfer äußerte sich die UDP, die ein Flugblatt „Tod dem Faschismus, nieder die Verräter" verteilte („Nieder mit der Verräterpartei, die sich kommunistisch nennt"; „Nieder mit dem amerikanischen Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus").

Mitglieder der PCP, die sich an der Demonstration beteiligen wollten (das waren sowieso nur relativ wenige), wurden z.T. gewaltsam hinausgedrängt.

Diese sektiererischen Allüren, zusammen mit der vor allem von UDP aufgepropften Stoßrichtung „gegen die Supermächte", konnte allerdings das Bild und die Bedeutung dieser Demonstration als hoffnungsvolles Zeichen einer revolutionären Gegenoffensive nicht ändern.

Die „Front"

Der Erfolg der Demonstration vom 20.8. zeigte, wie sich in den letzten Wochen das Kräfteverhältnis zwischen Revisionisten und Revolutionären zugunsten der letzteren verändert hat. Schon vorher hatten sich bei den Revisionisten klare Anzeichen dafür gezeigt, daß sie die Politik der Diffamierung und Ignorierung der revolutionären Linken zumindest scheinbar durch eine Bereitschaft zur Aktionseinheit ersetzen wollten.

Unter diesen Voraussetzungen kam am 25.8. zwischen führenden Mitgliedern von PCP und MDP/CDE einerseits und sechs Organisationen der revolutionären Linken das folgende Kommunique zustande:

„Am 25. August sind in Anwesenheit von Vertretern des MFA, die schlicht als verbindendes Element wirkten, Vertreter folgender Parteien und politischen Organisationen zusammengetroffen: FSP, LCI, LUAR, MES, MDP/CDE, PCP, PRP/BR und 1. Mai. Sie beschlossen folgende Punkte:

1. Das Dokument des COPCON und das Dokument „Linien der programmatischen Aktion und Übergangsaufgaben" (d.h. das Regierungsprogramm von Goncalves – Anm. AK) *bilden die Arbeitsgrundlage für ein revolutionäres politisches Programm.*

2. Ein solches Programm stellt ein unentbehrliches Instrument dar, um die Aktion der am revolutionären Prozeß beteiligten politischen Kräfte und der Volksmassen zu vereinigen und auszurichten.

3. Das Dokument „Linien ..." ist der grundlegende Leitfaden für die Arbeit der Regierung – solange nicht die notwendigen Voraussetzungen für die Bildung einer Regierung der revolutionären Einheit bestehen.

4. Die Schaffung einer Front, die die revolutionären politischen Parteien und Organisationen, die revolutionären Genossen, das MFA und die im Leitdokument des Bündnisses



MFA–Volk angesprochenen autonomen Organe der Volksmacht umschließt, bildet den weiteren Weg des revolutionären Prozesses.

5. Sie beschließen die Einrichtung eines provisorischen Sekretariats. Dieses soll Aktionen entwickeln, die eine gemeinsame Offensive gegen die Reaktion für das Voranschreiten des revolutionären Prozesses ermöglichen.

6. Sie erklären, daß diese Plattform allen Organisationen, revolutionären Genossen und Organen der Volksmacht offensteht, die sich ihr anschließen wollen".

(„O Seculo", 25.8., 2. Ausgabe).

Kritik an der „Front"

Die UDP war zum konstituierenden Treffen der „Front" ebenfalls eingeladen, erschien jedoch nicht („Republica", 25.8.).

Die UDP lehnte eine Beteiligung an der „Front" ab, *„weil sie die Verräterpartei einschließt, die sich fälschlicherweise kommunistisch nennt". „Wir fragen: Wie kann das eine wirklich antifaschistische Front sein, wenn die hauptsächlichste Kraft, die ihr angehört, die Verräterpartei Cunhals, in aufeinander folgenden Regierungen 16 Monate lang ihre Toleranz gegenüber den Faschisten bewiesen hat, wenn sie sich einer radikalen Säuberung in den Betrieben und im Staatsapparat widersetzt und der faschistischen Partei CDS geholfen hat, sich eine demokratische Schminke zuzulegen? ... Wie kann diese Front im Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern voranschreiten, wenn sich diese Partei wegen ihrer Politik der Mißachtung der tiefsten Interessen und Wünsche der ärmsten und am stärksten ausgebeuteten Teile der Landbevölkerung den Haß Tausender von Bauern im Zentrum und im Norden des Landes zugezogen hat?"* („Jornal do Comercio", 28.8.).

Die Argumentation von UDP ist also, daß ein Bündnis oder auch nur eine punktuelle Aktionseinheit mit der PCP g e n e r e l l abzulehnen sei.

Anders argumentierte die Gruppe 1. Mai, die zunächst bei der Konstituierung der „Front" beteiligt war, aber sich schon einen Tag später daraus zurückzog: *„Der 1. Mai lehnt nicht die Diskussion mit den Revisionisten über genau umgrenzte taktische Punkte ab. Er fragt jedoch: unter welchen Bedingungen und mit welchem Ergebnis wird diskutiert? Die PCP ist innerhalb der Massen im Zurückweichen und auf der allgemeinen politischen Ebene in der Defensive. Sie ist eine im Niedergang begriffene Kraft. Aber solange die revolutionären Kräfte nicht eine Einheit, eine Struktur, ein Programm und eine vereinheitlichte Leitung haben, können sie im Inneren der Front nicht die Hegemonie über die PCP ausüben.*

Die Bildung einer Front muß daher auf der sofortigen Einheit der revolutionären Kräfte beruhen und erst dann das Problem der Plattform stellen, die mit der Partei Cunhals diskutiert werden soll ..." „Welche revolutionäre Alternative gibt es zu dieser unvermeidlich von der PCP geführten Front? Nur eine: die Bildung einer Front, die auf der Grundlage des Arbeitsdokuments des COPCONS die revolutionären Kräfte, die Organisationen und Avantgarden des Volkes, die proletarischen und fortschrittlichen Kämpfer umfaßt". („O Seculo", 28.8.).

Die Spaltung der „Front"

Die Plattform der Front, basierend zum einen auf dem COPCON-Papier und zum anderen auf dem Regierungsprogramm von Goncalves, stellte von vornherein einen äußerst faulen Kompromiß dar.

Hatte doch einerseits die PCP das COPCON-Papier ziemlich scharf kritisiert („einseitig", „destruktiv", „unrealistisch"), während andererseits die revolutionären Organisationen die Regierung Goncalves immer als eine bürgerliche Regierung betrachtet hatten.

Dieser offensichtliche Widerspruch kam gleich bei der ersten großen gemeinsamen Aktion der „Front" voll zum Tragen: *„Um eine machtvolle Gegenoffensive der Massen gegen Faschismus, Sozialdemokratie und Imperialismus und für das Voranschreiten des revolutionären Prozesses zu starten"* (lt. „O Seculo", 26.8.), führte die „Front" am 27.8. in Lissabon eine gemeinsame Demonstration durch. Als Parolen waren u.a. festgelegt: „Volksmacht, Bündnis MFA–Volk", „Vorwärts, vorwärts, Volksmacht", „Nieder mit der Sozialdemokratie", „Gegen den (!) Imperialismus, revolutionäre Einheit, nationale Unabhängigkeit", „Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung – jetzt!" (diese Parole der revolutionären Linken hatten die Revisionisten akzeptiert).

Die Demonstration am 27.8. brachte noch einmal mehr als 100.000 Menschen auf die Beine – jedoch war die Basis einigermaßen anders als bei der Demonstration der revolutionären Linken eine Woche zuvor. Diesmal beherrschte die PCP mit ihren Anhängern die Demonstration. So benutzte sie die Demonstration denn auch in erster Linie als Sympathie-Kundgebung für „Vasco" (Goncalves) und als sektiererischen „Beweis" ihrer eigenen Stärke.

Während es vereinbar war, daß lediglich ein Mitglied des Provisorischen Sekretariats der „Front" sprechen sollte (lt. LCI, „Jornal do Comercio", 29.8.), wurde eine Abschlußkundgebung mit Reden von Goncalves (bejubelt) und Präsident Gomes (z.T. ausgepfiffen) durchgeführt.

Viele revolutionäre Linke, insbesondere PRP-BR und LCI, verließen vorher die Kundgebung.

Die Gruppe 1. Mai, die an der Demonstration nicht teilgenommen hatte, erklärte: *„Am 20. August war die PCP isoliert und gezwungen, den revolutionären Kräften im Schlepptau zu folgen. Gestern, am 27., geschah das Gegenteil"* („Jornal do Comercio", 29.8.).

Auch UDP hatte sich natürlich nicht an der Demonstration beteiligt.

Für die revisionistische Führung waren „Front" und Demonstration offenbar nur Manövriermasse, die prompt in den Kuhhandel mit der Bourgeoisie eingebracht wurde: Einen Tag nach der Demonstration schlug PCP-Chef Cunhal ein Gespräch vor, an dem PS, PCP und die anderen Organisationen der „Front" sowie die drei wesentlichen „Strömungen" innerhalb des MFA teilnehmen sollten („Avante", 28.8.).

Daraufhin beschloß das Provisorische Sekretariat der „Front" den Ausschluß der PCP. Die den Revisionisten nahestehende MDP/CDE wandte sich gegen diesen Beschluß, blieb aber vorerst in der „Front".

In der Erklärung des Provisorischen Sekretariats heißt es u.a.: *„Da die PCP an der Behauptung festhält, daß die von ihr eingenommene Haltung korrekt sei und nicht den gegen sie vorgebrachten Kritiken nachgibt, ist die Unvereinbarkeit zwischen der PCP und den anderen Organisationen, die die Plattform vom 25. August unterzeichnet haben, offensichtlich ... Diese Unvereinbarkeit macht es unmöglich, daß die PCP weiter im Provisorischen Sekretariat bleibt, da sie die Konkretisierung der revolutionären Front unmöglich macht, die eine dringende Notwendigkeit für das Voranschreiten des revolutionären Prozesses darstellt".*

Das Provisorische Sekretariat erklärte zugleich seine *„Bereitschaft, ungeachtet von Meinungsverschiedenheiten unsere Bemühungen zu vereinen mit der PCP und allen politischen Organisationen der Linken, wenn es darum geht, Faschismus und Sozialdemokratie zu schlagen"* („Republica", 1.9.).

Die PCP reagierte mit einer Erklärung, in der sie ihr angeblich *„größtes Interesse an der Schaffung einer Einheitsfront"* hervorhob; ansonsten aber in dreister Umkehrung der Realitäten behauptete, die revolutionäre Linke sei *„zu einer ehrlichen und loyalen Zusammenarbeit"* nicht bereit gewesen, sondern habe *„ihre Vorstellungen aufzwingen und die Hegemonie beanspruchen"* wollen („Republica", 2.9.).

Kann die Konterrevolution noch gestoppt werden?

Der Reaktion und Sozialdemokratie ist es inzwischen durch eine Reihe von administrativen Maßnahmen gelungen, die Polarisierung im MFA und in den Streitkräften zu ihren Gunsten voranzutreiben und den demokratischen Einfluß der Soldaten und Unteroffiziere auf die militärisch-politischen Entscheidungsprozesse erheblich einzuschränken.

lichen und loyalen Zusammenarbeit" nicht bereit gewesen, sondern habe „ihre Vorstellungen aufzwingen und die Hegemonie beanspruchen" wollen („Republica", 2.9.).

Kann die Konterrevolution noch gestoppt werden?

Der Reaktion und Sozialdemokratie ist es inzwischen durch eine Reihe von administrativen Maßnahmen gelungen, die Polarisierung im MFA und in den Streitkräften zu ihren Gunsten voranzutreiben und den demokratischen Einfluß der Soldaten und Unteroffiziere auf die militärisch-politischen Entscheidungsprozesse erheblich einzuschränken.

Eine reaktionäre „Säuberung" der militärischen Führung und des Offiziers-Korps hat begonnen. Zweck dieser Maßnahmen ist es, die Entwicklung in der Armee seit dem 25. April 1974 weitgehend wieder rückgängig zu machen und die Armee wieder „voll einsatzfähig" im Sinne der Bourgeoisie und des Imperialismus zu machen.

Wie es nach dem Willen der Konterrevolution weitergehen soll, verrät das Programm der „Gemäßigten": 1. Suspendierung der verstaatlichten Zeitungen für 15 Tage (!) und der „Umstrukturierung" im Sinne eines „demokratischen Pluralismus", d.h. ihre Indienststellung für die Konterrevolution; 2. Kontrolle des Fernsehens und Rundfunks im selben Zeitraum, um auch hier eine „Umstrukturierung" vorzubereiten; 3. Endgültige Liquidierung der 5. Division; 4. Auflösung des COPCON (!!); 5. „Neuwahl" aller Mitglieder der Hauptversammlung des MFA (d.h. Veränderung zugunsten der Reaktion durch einen neuen Wahlmodus, der die Rechte der Soldaten und Unteroffiziere weiter einschränkt!); 6. „Umstrukturierung" des Revolutionsrats, d.h. auch dort Stärkung der Reaktion (nach „Lotta Continua", 31.8./1.9.).

Für die Entscheidung zwischen Revolution und Konterrevolution ist natürlich die Herrschaft über die Informationsmittel von größter Bedeutung; daher ja auch schon die „Suspendierung" der 5. Division.

Dabei ist noch sehr die Frage, ob die „Gemäßigten" die von ihnen geforderte 15tägige „Pause" von Presse und Rundfunk nicht für noch weitergehende konterrevolutionäre Maßnahmen ausnutzen wollen, während die oppositionellen Informationsmittel zum Schweigen verurteilt sind.

Die Bourgeoisie will nicht dabei stehen bleiben, das MFA und die Streitkräfte zu „säubern" und eine „normale" bürgerliche Regierung, getragen vor allem von PS und PPD, einzusetzen. Die Bourgeoisie will zumindest den Putsch „nachholen", der ihr am 11. März mißlang, und will die seither von der Arbeiterbewegung dazu gewonnenen Positionen zurückerobern. Die von den Arbeitern selbst kontrollierten Informationsmittel („Republica", Radio „Renascenca") sollen entweder vernichtet werden („Republica" erhält bereits vom Staat keinen Kredit mehr und steht dadurch schon jetzt kurz vor dem Zusammenbruch) oder in die Kontrolle von Reaktion und Sozialdemokratie zurückkehren. Sicher wird die Bourgeoisie auch versuchen, zahlreiche von den Arbeitern selbstverwaltete Betriebe zurückzubekommen – In der Armee soll die bürgerliche Disziplin wieder anstelle der Ansätze von demokratischer Diskussion und Entscheidung und einer Disziplin durch Übereinstimmung (d.h. im Grunde revolutionärer Disziplin) treten.

Zur Durchsetzung dieser Pläne sind auch „vorbeugende" militärische Maßnahmen der Bourgeoisie in den nächsten Wochen gegen „unzuverlässige" (d.h. revolutionäre und pro-revisionistische) Armee-Teile möglich; die faktische Liquidierung der 5. Division ist ein – unblutig verlaufenes – Beispiel dafür. Daß a l l e Pläne der Reaktion und Sozialdemokratie so unblutig durchgesetzt werden können, ist allerdings kaum wahrscheinlich.

Die Arbeiterbewegung und die fortschrittlichen Kräfte im MFA und in der Armee stehen somit vor

scher Diskussion und Entscheidung und einer Disziplin durch Übereinstimmung (d.h. im Grunde revolutionärer Disziplin) treten.

Zur Durchsetzung dieser Pläne sind auch „vorbeugende" militärische Maßnahmen der Bourgeoisie in den nächsten Wochen gegen „unzuverlässige" (d.h. revolutionäre und pro-revisionistische) Armee-Teile möglich; die faktische Liquidierung der 5. Division ist ein – unblutig verlaufenes – Beispiel dafür. Daß a l l e Pläne der Reaktion und Sozialdemokratie so unblutig durchgesetzt werden können, ist allerdings kaum wahrscheinlich.

Die Arbeiterbewegung und die fortschrittlichen Kräfte im MFA und in der Armee stehen somit vor

außerordentlich schweren Aufgaben.

Die revisionistische PCP hat sich bereits als gänzlich unfähig erwiesen, den Kampf gegen die Konterrevolution zu leiten. Die PCP-Führung hat seit dem 25. April beständig zwischen Opportunismus und Abenteurertum geschwankt. Während die PCP-Führung die erste Demonstration der PS im Juli in Lissabon noch mit einem faschistischen „Marsch auf Lissabon" verwechselte und zur Absperrung Lissabons durch Barrikaden aufrief (ein totaler Mißerfolg!), war sie kurz darauf dabei, sich wieder bei der PS anzubiedern. Eben noch unter Parolen gegen die Sozialdemokratie auf der Straße (am 27.8. in Lissabon), machte sie nur wenige Stunden später der PS erneut Avancen. Hatte sie eben noch entschieden vor den Reaktionären im MFA gewarnt, so beschwört sie kurz darauf wieder das „Bündnis MFA–Volk" und sucht das Gespräch mit den „Gemäßigten". Der eben noch bis zum Exzeß verteidigte „Vasco" Goncalves wird fallengelassen wie eine heiße Kartoffel usw. usf.

Vor der revolutionären Linken Portugals steht damit die große und schwierige Aufgabe, die werktätigen Massen Portugals gegen die offenen und verdeckten Angriffe der Konterrevolution zusammenzuschließen und die Errungenschaften des Volkes (die Ansätze von „poder popular") zu verteidigen und weiter auszubauen.

Hierbei wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es der revolutionären Linken gelingen wird, in diesem Prozeß zu einem größeren Maß an Einheitlichkeit zu gelangen als das bsher der Fall war. Als ein wesentlicher Ansatz dazu muß die – auch nach Ausschluß der revisionistischen PCP weiterbestehende – „Front" der revolutionären Linken gewertet und unterstützt werden! •

Spanien/Portugal-Kommission
AK-Redaktion

Portugal-Solidarität: KBW und DKP noch immer außen vor!

Trotz mehrmaliger Aufforderungen haben sich bisher die Führungen von KBW und DKP noch nicht zu dem Vorschlag geäußert, in der Zeit vom 21. - 28. September eine Solidaritätswoche mit dem revolutionär-demokratischen Prozeß in Portugal durchzuführen.

Der KBW scheint offensichtlich in seiner §-218-Kampagne „aufgegangen" zu sein und für andere Dinge keinen Blick mehr zu haben. Die DKP-Führer zeigen durch ihre Ignoranz gegenüber der Initiative der portugiesischen und westeuropäischen Linken (die u.a. auch von der revisionistisch PCP-beeinflußten Gewerkschaft INTERSYNDICAL unterstützt wird!), daß sie generell nicht zu gemeinsamen Aktionen mit der revolutionären Linken bereit sind.

Die Haltung der Führungen von KBW und DKP in dieser Frage muß als offene Sabotage der Solidarität mit der portugiesischen Revolution verurteilt werden.

Portugal:

Ausschlüsse und Austritte von „Linksabweichlern“ aus der P.S.

Sechs führende PS-Mitglieder legten Anfang August ein Dokument zur innerparteilichen Diskussion vor, in dem die rechte Politik der Parteiführung kritisiert wird. Die Verfasser des Dokuments sind: Joao Guterres und Silvino Manuel Rego (Mitglieder des Parteivorstandes), Antonio Pereira Rodrigues (Abgeordneter in der verfassunggebenden Versammlung, als Spitzenkandidat der PS in der Industriestadt Setubal gewählt) und die Parteifunktionäre Antonio Anselmo Anibal, Joao Paulo Madeira Rodrigues und Maria Joao Madeira Rodrigues. Dem Demokratieverständnis der sozialdemokratischen Soares-Clique entsprechend, wurde das Dokument nicht etwa im Parteivorstand diskutiert, sondern stattdessen seine Autoren kurzerhand ausgeschlossen; und das geschah bezeichnenderweise am selben Tage, an dem der PS-Vorstand vehement gegen den Ausschluß der neun Unterzeichner des konterrevolutionären „Melo Antunes-Dokuments" aus dem Revolutionsrat protestierte! („O Seculo", 11.8.).

Im Dokument der ausgeschlossenen PS-Funktionäre heißt es: *„Die politische Linie des Nationalen Sekretaritas der PS hat objektiv zu einer Einreihung in den konservativen Block gegen die historischen Erfordernisse des Proletariats geführt".* Als mögliche Alternative für Portugal zeigt es für die gegenwärtige Situation auf: „.... *Neokapitalismus, unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie oder einen staatsdirigistischen Interventionismus, oder aber den Sozialismus, als Ergebnis der schon erreichten Errungenschaften und unter einer starken revolutionären und antikapitalistischen politischen Führung".* Der konterrevolutionären Offensive habe die PS *„keine Strategie zur Konsolidierung der Revolution entgegengesetzt, die eine Vereinigung der sozialistischen politischen Kräfte und des MFA ermöglichen würde".*(?) Gleichzeitig verschweigt das Dokument die Tatsache, daß die PS die konterrevolutionäre Offensive überhaupt erst ermöglichte, zu den konterrevolutionären Anschlägen oftmals aufgerufen hatte und an den antikommunistischen Ausschreitungen der letzten Monate maßgeblichen Anteil hatte. Bei den sechs PS-Mitgliedern handelt es sich offensichtlich um „Linksabweichler", die nicht mehr bereit sind, dem offen konterrevolutionären Kurs von Soares und Konsorten zu folgen; daß es sich bei ihnen aber eben nicht um Revolutionäre, sondern um linke Sozialdemokraten handelt, denen auch opportunistische Regungen nicht fremd sind, geht u.a. daraus hervor, daß sie *„den Rückzug aus den Entscheidungszentren und den Regierungsstrukturen"* bedauern, der *„für eine Partei mit der Verantwortung der PS" „äußerst negativ"* sei. Oder wenn sie die Hetzkampagne der PS-Führung nicht nur verurteilen, weil sie zum *„Wiedererstehen des primitiven Antikommunismus"* führt, sondern auch, weil sie *„die notwendige Kritik an der dogmatischen und paternalistischen Ausschließlichkeit marxistisch-leninistischer Orientierung"* erschwert (alle Zitate nach „O Seculo", 9.8.).

Nach ihrer Suspendierung wiesen die Verfasser des Dokuments noch darauf hin, daß sie ausgeschlossen worden waren, obwohl die Parteisatzung ausdrücklich das „Recht auf Tendenz" anerkennt („O Seculo, 21.8.) – das ist umso bezeichnender, als sich die PS nach dem Scheitern ihres Versuchs, die gesetzliche Verankerung der Einheitsgewerkschaft zu verhindern, nunmehr intensiv bemüht, das „Recht auf Tendenz" in den Satzungen von Einzelgewerkschaften verankern zu lassen. Hieran zeigt sich bestens, daß die sozialdemokratischen PS-Führer in ihrem eigenen Einfluß- und Machtbereich keinerlei fortschrittliche Strömungen dulden, daß sie jede nicht genehme politische Position mit bürokratischem Terror unterdrücken und daß (berechtigte) Kritik am bürokratischen Dirigismus der revisionistischen PC aus dem Mund der PS-Führer absolut unglaubwürdig ist und der blanken Demagogie dient.

Größere Ausmaße hat eine Austrittsbewegung aus der PS im Alentejo angenommen. Dort besetzten am 23. August etwa 50 PS-Mitglieder vorübergehend das Parteibüro in Evora und erklärten auf einer Pressekonferenz ihren Austritt aus der PS und die Gründung einer „Liga de Accao Revolucionaria Socialista". Unter den Ausgetretenen, etwa einem Achtel aller eingeschriebenen Mitglieder der Partei in Evora, befand sich fast die gesamte Leitung der „Juventude Socialista" (Jugendorganisation der PS) des Distrikts.

Ihren Austritt begründeten sie damit, daß die Politik der Parteiführung nicht mehr mit den Zielen der Grundsatzerklärung der Partei übereinstimme, und weiter mit *„den strategischen Bündnissen der PS-Führung mit der europäischen Sozialdemokratie und dem nordamerikanischen Imperialismus".* Außerdem beschuldigten sie die Parteiführung, *„die hauptsächlichen Anheizer der reaktionären Kampagne zu sein, die sich im Land abspielt".* (Zitate nach „O Seculo", 25.8.).

Der Parteiführung des Distrikts Evora warfen sie insbesondere vor, den Kampf der Landarbeiter des Alentejo um die Agrarreform zu hintertreiben; weiter verurteilten sie den Aufruf der Distriktsleitung zu einer Demonstration „zur Unterstützung von Brigadegeneral Pezerat Correira" (einem der neun Unterzeichner des Melo Antunes-Dokuments"), an der in Evora zahlreiche Mitglieder reaktionärer und faschistischer Organisationen wie PDC, CDS und PPD teilgenommen hatten. Mit diesen Austritten aus der PS – die Gründer der „Liga de Accao Revolicionaria Socialista" kündigten an, daß vor allem in den Distrikten Evora und Beja (im Alentejo) zahlreiche weitere Austritte aus der Soares-Partei bevorstünden – ist nun auch auf organisatorischer Ebene ein Klärungsprozeß eingeleitet worden, der sich in der Praxis schon seit geraumer Zeit abzeichnet: so haben klassenbewußte Arbeiter, die PS-Mitglieder sind, schon seit längerer Zeit gemeinsam mit den Militanten fortschrittlicher Organisationen ihre Kämpfe geführt (das wird etwa am Beispiel der Auseinandersetzung um die Tageszeitung „Republica" deutlich, wo sich auch die PS-Mitlieder unter den Druckern und Setzern gegen die Soares-Clique wandten). ●

Portugal/Spanien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Portugal

Die ‚Fäuste' der PS

Wie die fortschrittliche portugiesische Zeitung „Republica" vom 27.8.75 enthüllte, verkauft die „Sozialistische Partei" Portugals neuerdings auf ihren Agitationsständen *„neben Emblemen, Fahnen, Aschenbechern und weiteren diversen Mitteln der Parteipropaganda"* (Republica) auch Schlagringe, die über die geballte Faust gezogen werden und dazu bestimmt sind, einem möglichen Gegner verheerende Platzwunden und Knochenbrüche beizubringen!

Das nebenstehende Bild, das einen PS-Stand auf dem Cais do Sodre (ein großer Platz am Lissaboner Hafen) zeigt, belegt ein weiteres Mal unzweideutig den kriminellen Charakter der Soares-Partei. Während sich die PS-Führer bisher immer wieder scheinheilig von den faschistischen Terrorbanden im Norden Portugals, die mordend, prügelnd und brandschatzend über linke Organisationen herfallen, zu distanzieren versuchten, beweisen sie in ihren Taten, daß sie in jeder Beziehung Komplizen der faschistischen Konterrevolution sind.

Die PS hat sich – zum Zwecke der Tarnung – die zum revolutionären Gruß geballte Faust als Parteiemblem ausgesucht. Das zu dieser Partei tatsächlich passende Zeichen ist allerdings die den Arbeitern und Revolutionären drohende Faust – mit Schlagring! ●



OS PUNHOS DO P.S.
COM ARMAS ADEQUADAS

Na banca do P.S., no Cais do Sodré, há o inacreditável: ao lado de emblemas, bandeirinhas, copos e mais diversos instrumentos de propaganda partidária, há outra espécie de instrumentos — os «boxes» — ou melhor, «anéis de metal» destinados ao combate. É possível que a venda de tais armas naquela zona dê bons rendimentos àquela banca partidária. Mas para quem passa, a nós, custa-nos a acreditar que a venda de «boxes» nas bancas do P.S. seja uma ordem do secretário-geral. Não deve ser...

Republica, 27.8.75

Portugal:

„KPD" auf der Seite der Faschisten

Innerhalb von nicht einmal einem halben Jahr hat die „KPD" den Weg von einer Politik der „rrrevolutionären" Phrase zum offenen Bündnis mit Faschismus und Konterrevolution zurückgelegt.

Die Haltung zur portugiesischen Revolution ist heute der Punkt, an dem der konterrevolutionäre Charakter der „KPD"-Politik am krassesten hervortritt.

Während die Faschisten, unterstützt von den „Sozialisten" des Soares, eine antikommunistische Terrorkampagne entfacht haben und die Gefahr eines konterrevolutionären Staatsstreichs wächst, phantasiert die „KPD" von einem angeblich drohenden *„sozialfaschistischen Regime der Cunhal-Partei"* (Revisionisten). Die faschistische Terrorkampagne findet sogar lautstarken Beifall der „KPD": *„Die Angriffe auf die Büros der PCP sind Ausdruck der Wut der Volksmassen auf die Regierung Concalves und die Cunhal-Partei";* der faschistische Terror sei Ausdruck davon, daß die portugiesischen Bauern gelernt hätten, *„ihren Feind klarer zu erkennen"* („Rote Fahne", 27.8.75).

Oder, noch schärfer in einem Flugblatt der „KPD" in Bremen: *„Der Widerstand der Massen gegen die sozialfaschistische Unterdrückung ist gerecht und richtig. Das zeigen die riesigen Demonstrationen in den letzten Tagen und die abgebrannten Büros der Revisionisten".*

Es mache auch nichts aus, behauptet die „KPD", wenn sich Reaktionäre *„diese Empörung zunutze zu machen versuchen"* („RF", 27.8.). Man muß sich geradezu wundern, daß die „KPD" den faschistischen Klerus Portugals noch nicht zum Verbündeten im Kampf gegen den „Sozialfaschismus" erklärt hat.

Nach der traurigen „Logik" der „KPD" ist anscheinend die vom Klerus verhetzte Kleinbauernschaft und das Kleinbürgertum **„im traditionell rückständigen Nordportugal"** (so die „KPD" selbst in dem erwähnten Bremer Flugblatt!) der fortschrittlichste Teil des portugiesischen Volkes? Jedenfalls hat man noch nichts davon gehört, daß das portugiesische Industrieproletariat und die traditionell kämpferischen Landarbeiter Südportugals PCP-Büros angegriffen hätten.

Tatsache ist im Gegenteil, daß das portugiesische Proletariat und die **Landarbeiter des Südens in einem** Kampf auf Leben und Tod gegen die Gefahr einer neuen faschistischen Diktatur stehen, während es auf der anderen Seite der Reaktion vorerst gelungen ist, große Teile der Kleinbauernschaft und des Kleinbürgertums im Norden und z.T. auch im Zentrum als Massenbasis der Konterrevolution zu gewinnen. In diesem Kampf steht die „KPD", ebenso wie ihr portugiesisches Gegenstück – die „PCP/ML" – eindeutig auf der Seite von Faschismus und Konterrevolution.

Diese Haltung wird sich mit Sicherheit noch weiter entwickeln. Man male sich nur einmal die Kommentare der „KPD" zur Entwicklung in Chile aus, falls die „KPD" schon damals ihre heutige rechtsradikale Politik betrieben hätte. Muß man nicht befürchten, daß sie den faschistischen Putsch, zumindest aber dessen Vorbereitung, begeistert als „Kampf gegen den Sozialfaschismus" gefeiert hätte?

Und welche Haltung wird die „KPD" z.B. zur Entwicklung in Italien einnehmen, wo die Frage einer Regierungsbeteiligung des „Sozialfaschismus" (sprich: PCI) immer mehr auf der Tagesordnung steht?

Es läßt sich voraussagen, daß die Eingliederung der „KPD" in die internationale Reaktion und Konterrevolution, ihre Unterstützung für faschistischen Terror gegen die Arbeiterklasse, in Zukunft noch schärfere und offenere Formen annehmen wird. ●

Antifa-Kommission Gruppe Hamburg



Jusos – Feinde der portugiesischen Revolution

Der Bundesausschuß der Jungsozialisten hat sich nach seiner jüngsten Sitzung zum revolutionären Prozeß in Portugal geäußert.

Die Jusos fordern von der Bundesregierung umgehend wirtschaftliche Unterstützung für Portugal, die „ohne Bedingungen" gewährt werden solle. Damit knüpfen die Jusos an eine Forderung ihres letzten Bundeskongresses an, wo *„die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Bundestag aufgefordert (wurden), dringend dafür Sorge zu tragen, daß der portugiesischen Regierung verstärkt Wirtschafts- und Entwicklungshilfe gewährt wird. Wir warnen davor, durch weitere Verzögerungen und Untätigkeit den eingeleiteten Demokratisierungsprozeß in Portugal nach 50 Jahren faschistischen Terrorregimes zu gefährden und verweisen insbesondere auf die Erfahrungen der Wirtschaftsblockade gegen Chile".* Die Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul wandte sich in ihrer Erklärung auch gegen die gewalttätigen antikommunistischen Terrorakte gegen Büros demokratischer Organisationen.

Doch dies ist leider nur die eine Seite der Juso-Medaille. Die andere Seite bildet ein demagogischer Antikommunismus. So behauptete Wieczorek-Zeul, daß die DKP „unglaubwürdig" erscheine, wenn sie in der BRD gegen Berufsverbote sei, aber in Portugal jene Kräfte unterstütze, die das Gegenteil anstreben. Was sich die Frau dabei gedacht hat, ist rätselhaft. Jedenfalls ist es nicht die revisionistische Partei in Portugal, sondern die Reaktion (im Bünde mit der Soares - Partei!), die Menschen wegen ihrer politischen Gesinnung nicht nur die Ausübung ihres Berufes, sondern sogar den Verbleib in ihren Heimatorten durch mörderischen Terror unmöglich zu machen versucht.

Die Jusos unterstützen zunehmend die Sozialistische Partei Portugals (PSP), die eindeutig zur Hauptstütze jener Kräfte geworden ist, die den revolutionär-demokratischen Prozeß in Portugal stoppen wollen. Der Versuch der internationalen Sozialdemokratie, einschließlich der Jusos, liefert damit den reaktionären Kräften eine wesentliche Voraussetzung für den Versuch, Portugal zurück in die Zeiten des Faschismus zu werfen. Nachdem die PSP bereits in der BRD mit Unterstützung der SPD gegründet wurde, forderten die Jusos auf ihrem Bundeskongreß vom Parteivorstand der SPD, *„sich in verstärktem Maße für die materielle Unterstützung der PSP einzusetzen".* Die Jusos gingen sogar soweit, die *„Bereitstellung von Büros für die PSP"* zu fordern, um *„deren politische und organisatorische Arbeit auch in der BRD sichern zu helfen".* Damit würde der PSP die Möglichkeit gegeben, gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse eine verzerrte Darstellung der portugiesischen Revolution zu geben, was sicherlich dazu führen würde, daß die westdeutsche Arbeiterklasse sich nicht mit der portugiesischen Arbeiterklasse solidarisiert, sondern was durch die Hetztiraden der PSP-Führer eher dazu führen würde, daß die ohnehin vorhandenen und von der westdeutschen Presse geschürten antikommunistischen Vorurteile verstärkt würden.

In diesem Sinne ist auch zu sehen, daß die PSP in Portugal ein Ferienzentrum für portugiesische und ausländische Sozialdemokraten geschaffen hat, wo u.a. auch eine größere Juso-Delegation hinfahren wird.

Auf ihrem Bundeskongreß erklärten die Jusos, daß *„gerade die Bundesrepublik aufgrund eigner Erfahrungen verpflichtet (ist), alles zu tun, um die demokratischen Kräfte in Portugal gegen den Faschismus zu unterstützen."* Genau diese Erfahrung sagt uns aber auch, daß es immer die sozialdemokratischen Führer waren, die die Arbeiterklasse spalteten und damit die Voraussetzungen für den Sieg des Faschismus geschaffen haben. ●

KB/ Gruppe Mölln

Tourismus in Portugal:

Früher für Millionäre, künftig für Millionen

Viele westdeutsche Touristen, die diesen Sommer in Portugal ihren Urlaub verbrachten, haben folgende Erfahrung gemacht: Nachdem im Frühjahr die westdeutsche Presse übereinstimmend und unzutreffend Jugoslawien zum Billig-Reiseland Nr. 1 erklärt und Portugal „wegen seiner hohen Inflation" mit dem Prädikat „nicht empfehlenswert" versehen hatte, befand man sich bei Übernachtungspreisen von 10 - 15 DM für ein komfortables Doppelzimmer und Preisen von 6 - 7 DM für eine ausgiebige Mahlzeit incl. Vor-, Nachgericht und Wein in guten Restaurants in einem ausgesprochen billigen Urlaubsland.

Erinnerte man sich noch an die Schnacks von Kollegen: „Was, nach Portugal willst du? Wenn wir dich da man heil wiedersehen", und erlebte dann, wie die Südküste, Lissabon, und auch der Norden ein Bild des Friedens abgaben – bis zu Soares' Haß- und Hetzkampagne – dann mußten selbst unpolitische Menschen merken: da stimmt was nicht ganz.

Schließlich wird es ganz greifbar, daß hier systematisch und für Uneingeweihte in der BRD kaum merklich, eine Kampagne durchgezogen wird, um diesem Portugal an einer der Stellen zu schaden, wo es verwundbar ist, dem Tourismus.

In Braunschweig wurde einem Interessierten im Reisebüro erklärt: „Nein, nach Portugal können sie höchstens fliegen, mit dem Auto werden sie nicht reingelassen." So geschehen im Mai dieses Jahres ...

Es spricht für die Wirkung dieser Kampagne, daß der Kollege, dem diese Auskunft zuteil wurde, gar nicht auf die Idee kam, hier etwa „Unrat" zu wittern.

Portugals Tourismus in der Krise

Der Tourismus in Portugal hatte ein Volumen von fast 1 Milliarde DM erreicht. 120.000 Arbeiter sind in der Hotel- und Tourismusbranche beschäftigt. Zusammen mit den Überweisungen der im Ausland lebenden portugiesischen Arbeiter brachte der Tourismus genug an Devisen, um das aus dem Handelsbilanz-Defizit herrührende Zahlungsbilanz-Defizit auszugleichen. 1974 betrug der Export rund 6 Mrd. DM und der Import etwa 9 Mrd. DM, das Zahlungsbilanz-Defizit somit 3 Mrd. DM.

Nachdem die Deviseneinnahmen am Tourismus um 75 % zurückgegangen sind und die portugiesischen Arbeiter im Ausland, wegen der dortigen Hetze verunsichert, ihr Geld nicht mehr bei portugiesischen Banken deponieren, hat Portugal 1975 mit einem ungedeckten Zahlungsbilanz-Defizit von ca. 3,5 Mrd. DM zu rechnen, was das Land an den Rand des Bankrotts führt.

Neben der Hetze im Ausland hat die Krise im portugiesischen Tourismus Ursachen, die in ihrer besonderen Struktur liegen. Der portugiesische Tourismus war immer (z. B. im Gegensatz zum spanischen) ein „Qualitätstourismus", d. h. ein Tourismus für Reiche. Viele US-, EG-Kapitalisten, Manager etc. bevölkerten die Golfplätze und 5-Sterne-Hotels des Landes. Qualitätstourismus hieß, daß eine Unmenge niedrigst bezahlter Arbeiter um die Gäste herumzuwieseln hatte, um ihnen einen Aufenthalt in gewohntem Komfort zu ermöglichen. Es versteht sich, daß diese Sorte Gäste die ersten waren, die sofort nach dem 25. April 1974 das Land mieden. Die Folge davon sieht so aus, daß z.B. in einem Luxus-Restaurant an der Küste nördlich von Lissabon die 30 Angestellten am Tag rund 10 Essen verkaufen, also je drei Mann eins; ein anderes Beispiel: ein Hotel im Alentejo mit 22 Räumen beschäftigt 60 Angestellte, also pro Raum fast drei. Die Touristen, die das bezahlen können, sind aber seit mehr als einem Jahr nicht mehr im Land. Daß diese vom Urlaub im Kolonialstil geprägte Struktur des portugiesischen Tourismus als typische Hinterlassenschaft des Faschismus nicht mehr in die Landschaft paßt, ist mit ein wesentlicher Grund für die Krise in der Branche. Um zu verhindern, daß diese Krise auf den Rücken der Arbeiter abgewälzt wird, die vielfach aus den bitterarmen landwirtschaftlichen Gebieten stammen, hat die Regierung zunächst einen totalen Entlassungsstop verkündet. Eine zweite Erhöhung legt das Minimum der Löhne, das unter dem Faschismus 190,– DM im Monat betragen hatte und das in einer ersten Erhöhung auf 390,– angehoben wurde, jetzt auf 550,– fest, sowie das Höchstgehalt auf 1.500,– DM. Für einen großen Teil der Kapitalisten dieser Branche ist das Geschäft damit uninteressant geworden.

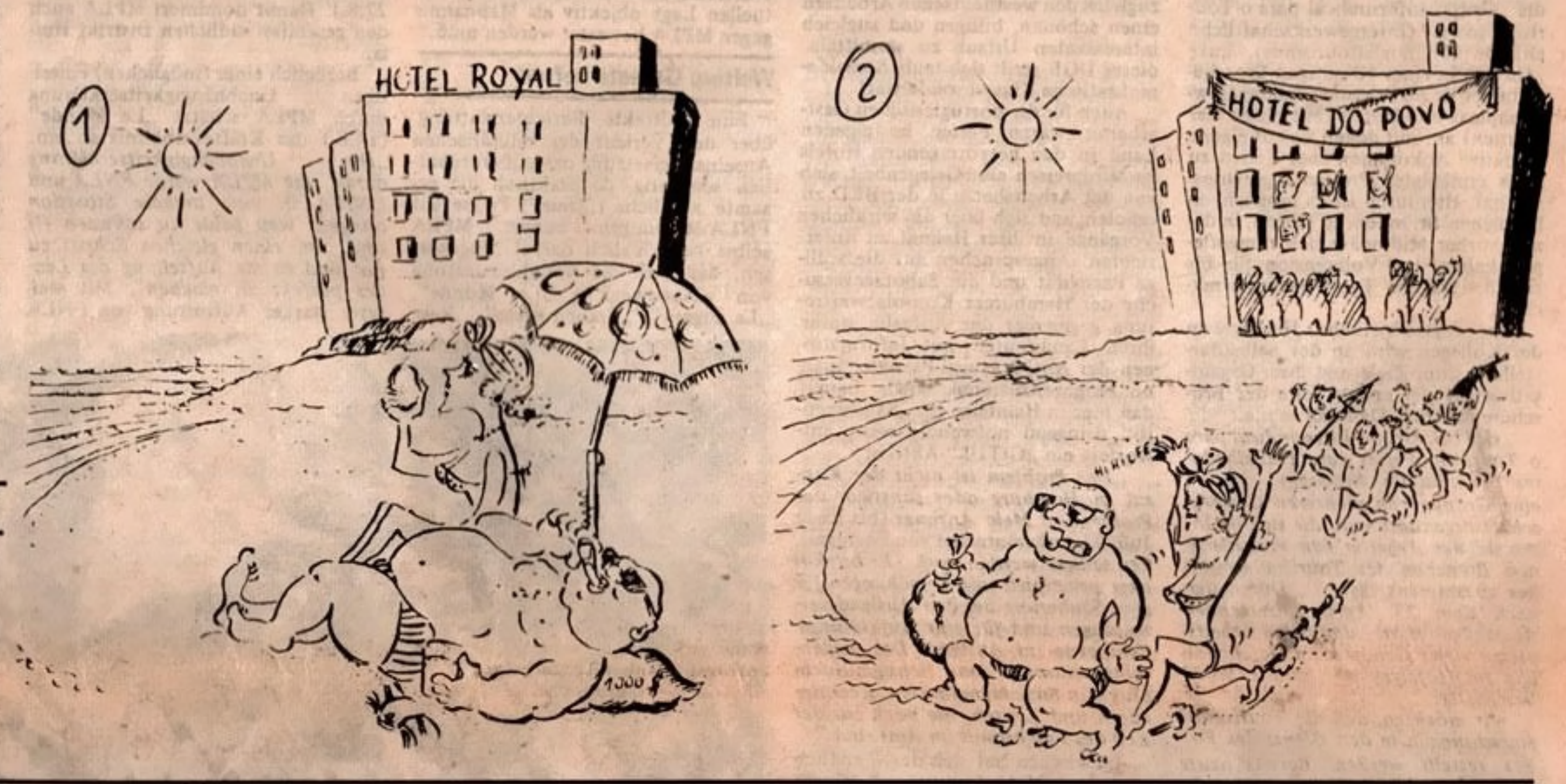
Bis zu einer Lösung der Struktur-Probleme in der Tourismus-Branche ist nur der Staat in der Lage, die Lasten der Krise da zu übernehmen, wo die Belegschaften sich nicht selbst helfen können. So erhält das oben erwähnte Hotel im Alentejo monatlich einen Zuschuß vom Staat in Höhe von 20.000,– Mark, also allein 240.000,– Mark im Jahr für ein Hotel. Nachdem schon seit längerem viele Besitzer von großen Hotels sich aus Portugal oder aus dem Geschäft abgesetzt haben, Bankrott gegangen sind usw., wurden die meisten ihrer Hotels von den Belegschaften in eigner Verwaltung weitergeführt, mit finanzieller Hilfe durch den Staat. Auf diese Weise ist der Staat inzwischen zum faktischen Besitzer von mehr als 50 % der Hotels im Lande geworden.

Aber, so wie der Tourismus-Sektor. so brauchen auch andere Branchen dringend Hilfe. In Exportbranchen, wie der Textil-Industrie, Metallindustrie, sowie auf dem Bausektor gibt es erhebliche Schwierigkeiten. Die ehemaligen Gutsarbeiter auf den enteigneten Großgütern brauchen Startkapital für eine intensive Bebauung des Landes, dazu kommen die schon existierenden Arbeitslosen, die unterstützt werden müssen, sowie die zigtausende von Rücksiedlern aus den ehemaligen Kolonien, die in Portugal meist arbeitslos sind.

Aus all diesen Gründen besteht vom Staat her ein starkes objektives Interesse an Initiativen von der Basis der Hotel- und Tourismusbranche.

Selbsthilfe und Saboteure

Als die Hotel-Arbeiter-Gewerkschaft einen gründlich ausgearbeiteten Plan für die Umstrukturierung vorlegte, wurde der auch höherenorts sehr gelobt. Doch weiter geschah nichts. Die Regierung blieb trotz der Dringlichkeit des Problems völlig passiv. Schuld daran waren die leitenden Persönlichkeiten des Touristen-Departments, die einen hinhaltenden Widerstand gegen den Kern des vorgeschlagenen Projekts organisierten, welcher die Umwandlung des Charak-



KBW zu Angola:

Astreiner Rassismus

Zur Situation in Angola vertritt der KBW hartnäckig die These, daß dort ein Streit zwischen „gleichberechtigten Befreiungsbewegungen" im Gange sei und daß man sich diesem Streit gegenüber „neutral" verhalten müßte.

Tatsachen scheren den KBW dabei wenig. Ihn kümmern weder die klar faschistischen, antikommunistischen Erklärungen der „Befreiungsorganisation" FNLA noch das offene Bündnis der „Befreiungsorganisation" UNITA mit den rassistischen „weißen" Siedlern. Während die einzige tatsächliche Befreiungsorganisation - die MPLA, die ein demokratisches und sozialistisches Angola aufbauen will - eindeutig erklärt hat, daß die FNLA eine pro-imperialistische Söldnertruppe ist und daß sie für grausame Massaker an der Bevölkerung und den Kämpfern der MPLA verantwortlich ist, leugnet der KBW diese Tatsachen stur.

In der „KVZ" des KBW vom 21.8. findet sich ein weiterer Artikel, in dem – praktisch ohne das geringste neue Argument – der alte Quark nochmals breitgetreten wird. Was allerdings in diesem Artikel noch sichtbarer wird, ist der im Grunde dahinterstehende R a s s i s m u s dieser KBW-Ideologen gegenüber den Völkern der „Dritten Welt".

In dem Artikel heißt es: **„Wenn heute die Imperialisten ihre Manöver soweit treiben können, die Befreiungsbewegungen gegeneinander zu hetzen, in der Absicht, sie von sich abhängig zu machen, so ist dafür kein (!) objektiver Widerspruch im Volk von Angola verantwortlich"** und weiter: **„Verschärfen sich also jetzt die Auseinandersetzungen innerhalb des angolanischen Volkes, so ist dies nichts anderes (!) als die Frucht der Intrigen und Einmischung der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten."**

In Angola muß die MPLA seit Monaten einen Kampf gegen die FNLA und die UNITA führen, der schon Tausende von Toten gefordert hat. Und der KBW behauptet, daß es für diese Kämpfe gar keine klassenmäßigen Ursachen in Angola selbst gibt. Als e i n z i g e Ursache der Kämpfe wird angegeben, daß die Imperialisten die „dummen Schwarzen" „aufeinanderhetzen", die dies offenbar immer wieder mit sich machen lassen! Wenn das kein astreiner Rassismus ist?! Dieses Bild von den „dummen Schwarzen", die sich für nichts und wieder nichts gegenseitig die Köpfe einschlagen, wenn der „Weiße" sie aufeinanderhetzt, entspringt genau der bürgerlichen Ideologie!

Tatsächlich ist aber nicht die „Dummheit der Schwarzen", sondern der Klassengegensatz in Angola die Ursache der Kämpfe. Hier ringen im Grunde – wenn auch noch in „unterentwickelten" Formen – Bourgeoisie und Proletariat um die Macht, wobei sich die eine Seite auf den Imperialismus, Kolonialismus und die schwarze Bourgeoisie anderer Staaten (Zaire) stützen kann, während die andere von der internationalen revolutionären Linken unterstützt wird und sich außerdem den Widerspruch USA-Sowjetunion zunutze machen kann, um Hilfe von den revisionistischen Staaten zu erhalten.

Das ist alles eigentlich sehr einfach zu verstehen. Der KBW würde es wahrscheinlich auch kaum wagen, sein Schema z.B. auch auf Vietnam zu übertragen und dort die gestürzte Thieu-Clique und die FNL als „gleichberechtigte Befreiungsbewegungen" hinzustellen und die o b j e k t i v e n Ursachen ihres Kampfes zu leugnen. Aber über das „primitive" Angola läßt sich wahrscheinlich die rassistische Leugnung objektiv antagonistischer (d.h. unversöhnlicher, nur durch Kampf zu lösender) Widersprüche in der Drittten Welt leichter verbreiten?

Als „Argument" beruft sich der KBW darauf, daß ja auch die OAU (Organisation der afrikanischen Staaten) die „drei Befreiungsbewegungen" als „gleichberechtigt" behandle. Das ist freilich kein Wunder, da in der OAU bisher noch bürgerliche Regierungen, häufig in enger Verbindung und Abhängigkeit von Imperialismus und Kolonialismus, die Mehrheit haben. Beispielsweise hat die letzte Konferenz der OAU es auch abgelehnt, den Ausschluß Israels aus der UNO zu fordern (falls der KBW einmal ein „Argument" braucht, daß man Israel nicht aus der UNO ausschließen dürfte, kann er ja darauf zurückgreifen!? ...).

Ein weiteres „Argument" – und der eigentliche H i n t e r g r u n d (!) – der KBW-Thesen zu Angola, ist die Haltung der chinesischen Regierung, die sich angeblich auch „neutral" gegenüber den drei „Befreiungsbewegungen" verhält.

Diese angebliche „Neutralität", die für einen sozialistischen Staat an sich schon reichlich seltsam anmuten muß, ist indessen sogar nur scheinbar. Die chinesische Regierung, die auf der einen Seite gegen die sowjetischen Waffenlieferungen für die MPLA hetzt (siehe AK 65, S. 39), hat auf der anderen Seite selbst jahrelang die Söldnertruppen der FNLA auszubilden und auszurüsten geholfen.

Erst in diesem Frühjahr, als sich nämlich der S i e g der MPLA im angolanischen Bürgerkrieg abzeichnete, konnte eine Delegation der MPLA nach Peking reisen, wo ihr plötzlich die „Neutralität" der chinesischen Regierung versichert wurde. Indessen erklärte uns noch kürzlich der Koordinator der MPLA in der BRD in einem Interview: **Materiell unterstützt die VR China heute nur die FNLA"** (AK 65, S. 33).

Im übrigen müßte es auch dem KBW auffallen, daß er mit seinen Thesen zu Angola in der internationalen revolutionären Linken t o t a l isoliert dasteht und gleichgesinnte Seelen nur noch bei den „ML"ern finden kann. Selbst Organisationen, die ansonsten die chinesische Außenpolitik unterstützen (wie beispielsweise „Lotta Continua" und „Avanguardia Operaia" aus Italien), haben ihre Solidarität mit der MPLA im Kampf gegen die Agenten von Imperialismus, Kolonialismus und afrikanischer Reaktion - FNLA und UNITA - erklärt.

Die Solidarität mit der MPLA wird Bestandteil der von der internationalen revolutionären Linken organisierten „Portugal-Woche", Ende September, sein! ●



ters des portugiesischen Tourismus von einem Tourismus für Reiche in einen Sozialtourismus für die Massen der Arbeiterklasse Portugals und des europäischen Auslands vorsah. Die Lage änderte sich erst ein bißchen, als die Hotel-Angestellten Lissabons in einer großen Demonstration zur Regierung zogen, das Touristendepartment besetzten, sich einen leitenden Funktionär griffen und diesen nachdrücklich über ihre Interessenlage „informierten". Die Aktivitäten von der Basis bestanden allerdings nicht nur in der Erarbeitung eines Umstrukturierungsplans. Viele Belegschaften hatten in den von ihnen übernommenen Hotels die Preise herabgesetzt und diese Hotels begannen sich zu füllen.

So war ein Hotel nördlich von Lissabon bei Sintra von seinen Arbeitern übernommen worden, nachdem der Besitzer Pleite gemacht und das Weite gesucht hatte. Die Regierung gab Kredite und schickte einen technischen Fachmann zur Unterstützung. Nach etwa zwei Monaten waren die Kollegen imstande, die Kredite in drei Raten zurückzuzahlen, und sie arbeiten jetzt mit Gewinn bei niedrigeren Preisen als früher.

Die wichtigste Initiative als Antwort auf den Boykott seitens der staatlichen Verwaltung entwickelte die „Grupo Intersindical para o Tourismo social" (Intergewerkschaftliche Gruppe für Sozialtourismus), kurz „Gitus". In einer 10-seitigen Broschüre bietet sie 66 Pensionen, Bungalow-Komplexe und Hotels (mit bis zu vier Sternen) an, mit denen sie auf eigene Initiative Abkommen über Ferien zu stark ermäßigten Preisen abgeschlossen hat. Hierdurch ist es möglich, an herrlichen Stränden, in Hotels, in denen vorher Millionäre sich rumgeflegelt haben, bei Vollpension für bis zu 28,- DM am Tag Urlaub zu machen.

Das fortschrittliche Herangehen der Kollegen wird an der Selbstdar-
Das fortschrittliche Herangehen der Kollegen wird an der Selbstdar-
stellung ihrer Ziele und ihrer Organisation auf der ersten Seite der Broschüre deutlich. Da heißt es u.a.:

„GITUS: Grypo Intersindical para o Tourismo Férias para Trabalhadores" (Ferien für Arbeiter) *eine Gruppe von mehreren Gewerkschaftsorganisationen, die sich im Interesse der Arbeiter von verschiedenen Branchen des Tourismusgewerbes zusammensetzt . . . Durch den nach dem 25. April einsetzenden Auslandsboykott sind die Arbeitsplätze vieler Genossen in Gefahr (allein im Hotelgewerbe sind 120.000 beschäftigt.*

Wir möchten, daß die Tourismuseinrichtungen in den Dienst des Volkes gestellt werden. Bereits heute befinden sich viele Hotels und andere Tourismus-Einrichtungen unter Selbstverwaltung. In dieser Lage können nur die Arbeiter selbst die bürokratischen Hürden überwinden und kollektiv ihre Probleme lösen.

Zur Linderung der Lage und zur Lösung der Probleme rufen wir die portugiesischen und ausländischen Arbeiter der ganzen Welt auf: Indem wir erreichbare Konditionen aushandeln, geben wir allen die Möglichkeit, eine „Maschine" zu benutzen, die mit dem Geld von vielen Jahren Ausbeutung des Menschen durch den Menschen erbaut worden ist.

Dadurch werden Arbeiter von den verschiedensten Teilen der Welt Kontakt miteinander aufnehmen können, um auf diese Weise ihre Einheit zu stärken. Trotz des guten Willens der meisten Hoteliers zur Zusammenarbeit haben wir doch einige Fälle ausfindig gemacht, wo uns höhere Preise genannt wurden, als selbst den kapitalistischen Reisegesellschaften aufgegeben wurden. In solchen Fällen bitten wir um revolutionäre Wachsamkeit und um Mitteilung an die Arbeiterkommissionen. Wenn wir weiter solche Fälle zu hören bekommen, werden wir das den Arbeiterkommissionen mitteilen, die dann die Maßnahmen ergreifen können, die diese für angebracht halten.

Wir bitten alle Kommissionen in den Fabriken, Unternehmen etc., Gruppenreisen zu organsieren und die GITUS zu kontaktieren, damit wir die Unterlagen und Preisangaben liefern können.

Vereinigte Arbeiter!
In Richtung Sozialismus.
GITUS, eine Organisation von Arbeitern im Dienste der Arbeiter."

Diese Initiative hat schon große Erfolge gebracht. Als besonders wichtig wird von den portugiesischen Kollegen immer wieder betont, daß nicht nur portugiesische Arbeiter, sondern die Kollegen aus allen europäischen Ländern von dieser Gelegenheit, in Portugal sozialen Tourismus zu genießen, Gebrauch machen können.

Für diesen Sommer bestanden schon feste Abmachungen mit der französischen CGT. Die englische TUC soll ebenfalls Zusagen gemacht haben, bei den englischen Arbeitern für sozialen Tourismus in Portugal zu werben. Der westdeutsche DGB, dem es mit seinem gewerkschaftseigenen Reisekonzern „gut-Reisen" ein Leichtes wäre, sowohl den notleidenden portugiesischen Kollegen der Tourismusbranche zu helfen, wie auch zugleich den westdeutschen Arbeitern einen schönen, billigen und zugleich interessanten Urlaub zu vermitteln, dieser DGB stellt sich taub. Sozialdemokratische Klassensolidarität!

Auch für die portugiesischen Gastarbeiter wären Ferien im eigenen Land in den hervorragenden Hotels zu Minipreisen eine Gelegenheit, sich von der Arbeitshetze in der BRD zu erholen und sich über die wirklichen Vorgänge in ihrer Heimat zu unterrichten. Angesprochen auf die völlige Passivität und die Sabotageversuche der Hamburger Konsulatsvertretung gegenüber der Aufgabe, unter ihren Landsleuten mit Informatio-
tung gegenüber der Aufgabe, unter ihren Landsleuten mit Informatio-
nen der Anti-Portugal-Pressekampagne entgegenzutreten, sowie darauf, daß hier in Hamburg ein „Saneamento" dringend notwendig wäre, antwortete ein „GITUS"-Aktivist:

„Das Problem ist nicht der Konsul in Hamburg oder sonstwo, das Problem ist Melo Antunes (bis Ende Juli '75 Außenminister von Portugal), *der saniert werden muß. Er boykottiert prinzipiell alle Bemühungen für eine Säuberung bei den Auslandsvertretungen und für eine Aufklärungskampagne im Ausland. Das Außenministerium ist eine richtige Hochburg von Sozialdemokraten, Reaktionären und Leuten, die noch aus der Zeit des Faschismus im Amt sind."*

Inzwischen hat sich der – endlich saniert – Melo Antunes mit seinem bekannten antikommunistischen Manifest als „Retter des Vaterlandes" empfohlen. Ein famoser „Retter", der sein Amt ausnutzt zur Sabotage an allen Bemühungen, die direkt oder indirekt helfen können, die Lage der Arbeiter zu verbessern; der sich hinterher hinstellt, auf das „Chaos" zeigt und sich und seine Favoriten als „einzige Alternative" empfiehlt. Das Vorgehen hat „Sonthofener Qualität".

Gerade an den heutigen Vorgängen im portugiesischen Tourismus, einem vom Standpunkt des ganzen gesehenen zweitrangigen „Frontabschnitt" im portugiesischen revolutionären Prozeß, läßt sich dennoch gut erkennen, daß nur eins die Arbeiter voranbringen kann: die Lösung der Probleme in die eigene Hand zu nehmen, nicht darauf zu warten, bis etwas von oben kommt. Daran aber, wie sie sich zu solchen Selbsthilfe-Aktionen der Arbeiter stellen, sind die wirklichen Feinde und die wirklichen Freunde des portugiesischen Volkes zu erkennen. ●

Hamburger Genossen, die in Portugal auf Urlaub waren

Angola

Jetzt kämpfen auch südafrikanische Faschistentruppen gegen MPLA

Die Auseinandersetzungen in Angola zwischen der Befreiungsbewegung MPLA und den Kräften des Imperialismus in den letzten Wochen sind im wesentlichen geprägt durch:

– einige weitere militärische Siege der MPLA

– erneute Steigerung der imperialistischen Agression, d.h. direkte Waffenlieferungen der US-Imperialisten an FNLA von US-Stützpunkten in der BRD, Einmarsch von Truppen der faschistischen „Südafrikanischen Republik" in Südangola, sowie der massive Einfall gekaufter, weißer Söldner.

– Gleichzeitig hat die portugiesische Regierung die Übergangsregierung aufgelöst, die Verträge von Alvor außer Kraft gesetzt und offiziell „alle Regierungsgewalt" in Angola übernommen, was angesichts der aktuellen Lage objektiv als Maßnahme gegen MPLA bewertet werden muß.

Weitere Gebiete befreit

Eine korrekte Berichterstattung über den Verlauf der militärischen Auseinandersetzung ist außerordentlich schwierig, da praktisch die gesamte westliche („freie") Presse auf FNLA-Meldungen basiert. MPLA selbst hat kürzlich darauf hingewiesen, daß z.B. die Berichterstattung von „Newsweek", „Le Monde", „Le Figaro", „France Press", „Reu-
„Le Figaro", „France Press", „Reu-



ter", „BBC" etc. grobe und systematische Verfälschung der Lage in Angola beinhaltet („O Seculo", 29.8.). Die westdeutsche Presse ist natürlich um keinen Deut besser; z.B. veröffentlich die „Süddeutsche Zeitung" (22. 8.) eine Karte Angolas, nach der MPLA nur ca. ein Achtel (!) des Landes kontrolliert. Z.B. wird die gesamte südliche Hälfte Angolas FNLA und Unita „zugeschlagen". Nur einige Tage später muß zugegeben werden, daß MPLA im äußersten Süden (!) breite Gebiete und die wichtigsten städtischen Zentren „erobert" hat.

Ein anderes Beispiel ist die groß aufgemachte „einseitige Unabhängigkeitserklärung" der Enklave Cabinda durch die nur schlecht getarnte Mobutu-Truppe FLEC. Nach anfänglichen Theaterdonner mußte mittlerweile kleinlaut zugegeben werden, daß die FLEC vollständig (!) aus Cabinda vertrieben ist und der „erste Regierungschef" Lubota ziemlich hilflos in Kinshasa (Hauptstadt Zaires) bei seinen Geldgebern hockt. (Derselbe Lubota war übrigens früher Generalsekretär der FNLA, bevor er seinen neuen Auftrag erhielt – die FNLA bekennt sich offiziell immer noch zu Cabinda als „integralem Bestandteil Angolas").

Leider vermittelt die portugiesische Presse kein wesentlich detaillierteres Bild über den Stand der Kämpfe; die „aktive Neutralität" der portugiesischen Regierung und die bezüglich Angola verhängte Pressezensur lassen in der portugiesischen Presse immer mehr Meldungen der imperialistischen Nachrichtenagentur „France Press" erscheinen. Trotz aller (imperialistischen) Vertuschungsmaßnahmen sind einige bedeutende Siege der MPLA festzustellen:

Die gesamte angolanische Küste ist in Hand der MPLA. Die letzte größere Hafenstadt, Mocamedes im Süden Angolas, mußte am 27.8. von FNLA-Einheiten geräumt werden („O Seculo", 28.8.). Versuche der FNLA, auch nur einen der schon vorher befreiten Häfen Novo Rotondo, Lobito oder Benguela zurückzuerobern, sind sämtlichst gescheitert, die Volksherrschaft hat sich dort sogar deutlich festigen können ! (vgl. „Le Monde", 27.8). Ebenfalls vollständig von Imperialisten-Söldnernbefreit ist Luso („FR", 19.8), die größte Stadt im Osten Angolas und wichtigster Knotenpunkt des Handels mit Sambia.

Die größten Erfolge sind offensichtlich im Süden erzielt worden, wo die Städte Sa da Bandeira (23.8.), Pereira Deca und Humbe (25.8) befreit werden konnten (nach „Le Monde", 27.8.). Damit dominiert MPLA auch den gesamten südlichen Distrikt Huila.

Bezüglich einer (möglichen) einseitigen Unabhängigkeitserklärung durch MPLA schätzt „Le Monde" (14.8.) das Kräfteverhältnis so ein: *„Die Unabhängigkeitserklärung durch die MPLA würde FNLA und UNITA in eine prekäre Situation bringen, weil beide zu schwach (!) sind, um einen gleichen Schritt zu tun und so die Aufteilung des Landes perfekt zu machen".* Mit weiterer starker Aufrüstung von FNLA
terer starker Aufrüstung von FNLA
und UNITA durch die Imperialisten sowie dem Angriff südafrikanischer Truppen im Süden und dem Einsatz gekaufter Söldner wird offenbar momentan versucht, das Blatt zu wenden.

Von zentraler Bedeutung ist der gerade laufende Großangriff der FNLA auf die Hauptstadt Luanda. Die US-Söldner sind bis auf 30 km an die Hauptstadt herangekommen (nach Meldungen der zairischen Nachrichtenagentur AZAP, bestätigt am 1.9. vom portugiesischen Hochkommissar). Bei diesem Angriff setzten die Imperialisten ihre größten Truppenkontingente ein; sollte dieser Angriff abgewehrt werden können, so könnte das eine wichtige Vorentscheidung für den Sieg des Volkes über den Imperialismus sein.

Imperialisten verstärken Einmischung

Um ihre Niederlage abzuwenden, haben die Imperialisten ihren Einsatz gegen die MPLA an allen Fronten verstärkt:

– Am 13.8. reiste Giscard d'Estaing nach Zaire und konferierte unter anderem mit dem FNLA-Führer Holden Roberto. Da bekannt ist, das FNLA u.a. mit französischen Waffen ausgerüstet ist – besonders mit dem Panzer „Pacard" („O Seculo", 13.8.) – liegt nahe, daß es hier um weitere Waffenlieferung ging.

– am 21.8. enthüllte MPLA, daß die US-Imperialisten von in der BRD (!) gelegenen US-Stützpunkten per Flugzeug die FNLA direkt mit großen Mengen Waffen belieferten. Die Flugzeuge landeten in der von FNLA besetzten nordangolanischen Stadt Carmona.

Zwar dementierte sowohl USA als auch BRD; der Wert solcher Dementis wird allerdings an der „heftigen Stellungnahme" der US-Imperialisten deutlich, die zynisch-grotesk behaupten, niemals (!) Waffen nach Angola geliefert zu haben.

– Am 11.8. drangen Truppen der faschistischen „Südafrikanischen Republik" nach Angola ein, um einen „Staudamm (. . .) zu schützen" („FR", 13.8.). Mittlerweile stehen über 1.000 Mann südafrikanischer Truppen im Süden Angolas (laut der Nachrichtenagentur Reuter, zitiert in „RPK" vom 1.9.75).

Dieses unglaubliche Verbrechen wird in der gesamten bürgerlichen Presse kurz und wie die größte Selbstverständlichkeit der Welt gemeldet.

– Direkt oder indirekt vom Imperialismus finanziert agieren zwischenzeitlich mindestens mehrere hundert weiße Söldner gegen die MPLA. Die führenden Köpfe dieser bezahlten Killertruppen – wie Mike Hoare – haben schon vor 15 Jahren gemeinsam mit Tschobe und Mobutu der Reaktion im Kongo zum Sieg über die Truppen des fortschrittlichen Lumumba verholfen.

Heute morden diese Schweine an der Seite der UNITA, mit der schon vor Ausbruch des Bürgerkriegs ent-
vor Ausbruch des Bürgerkriegs ent-
sprechende Absprachen getroffen wurden (vgl. „Süddeutsche Zeitung", 1.9.). Die Finanzierung läuft weitgehend über die „Südafrikanische Republik". *„Seit langem bestehen Kontakte zwischen General von den Bergh vom „Bureau of State Security" in Südafrika und den Söldnertruppen Südafrikas"* („SZ", 1.9.).

Andere prominente weiße Faschisten sind direkt in die Dienste der FNLA getreten: *„Majo Alves Cardoso, einst Topman der portugiesischen Geheimpolizei in Angola, sowie Oberst Santos Castro , . . . Bruder eines der letzten (faschistischen) Gouverneure Angolas und Führer der gefürchteten kolonialen Kommandoeinheiten"* haben sich dem Kommando Robertos unterstellt („SZ", ebenda).

Die politische, strategische und ökonomische Bedeutung Angolas läßt befürchten, daß der Imperialismus angesichts der drohenden Niederlage weiter riesige Kontingente an (Kriegs-)Material und Söldnern aufbieten wird und so den leidvollen Weg des angolanischen Volkes zu seiner Befreiung blutig verlängert.

Übergangsregierung offiziell aufgelöst

Die portugiesische Regierung hat am 29.8. die Verträge von Alvor offiziell aufgelöst, vorausgegangen war bereits am 15.8. die Auflösung der Übergangsregierung und die formelle Übernahme „aller Regierungsgeschäfte" durch den portugiesischen Hochkommissar.

Die Verträge von Alvor und die Übergangsregierung waren real schon seit Monaten nicht mehr in Kraft. Im

Fortsetzung Seite 7

Fortsetzung Seite 6

Dezember 1974 in Alvor war unter anderem festgelegt worden: eine gemeinsame Armee aus UNITA/FNLA/MPLA zu bilden, die paritätisch besetzte Übergangsregierung sollte bis zu den für Oktober geplanten „freien Wahlen" regieren. All diese Dinge sind von Anfang an durch die Aggressionen von UNITA und FNLA torpediert worden. Seit den ersten großen Erfolgen der MPLA-Offensive Anfang Juli hatten FNLA und UNITA die Übergangsregierung verlassen; ein „gemeinsames Regieren" hatte es schon vorher nicht gegeben.

So kann einerseits festgestellt werden, daß die portugiesische Entscheidung den Realitäten Rechnung trägt. Allerdings ist es niemals die MPLA gewesen, die die Verträge von Alvor gebrochen hat. MPLA hat zu keiner Zeit die Übergangsregierung verlassen. So gesehen muß die portugiesische Entscheidung , auch die MPLA aus der Regierung zu suspendieren, als demagogisch gegen MPLA gerichtet verstanden werden.

Einmal mehr hat sich bestätigt, daß die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte Portugals nicht die Kraft haben, eine Angola-Politik im Interesse des Volkes durchzusetzen. Gerade in Angola sitzt der reaktionärste Teil der portugiesischen Armee, alle Spinolisten sind dort noch im Amt und Würden (vgl. hierzu AK 65, S. 33).

Insgesamt ist davon auszugehen, daß die portugiesischen Truppen kaum eine Kraft bei den kommenden Auseinandersetzungen darstellen werden. Schon Mitte August hatten sie nahezu alle Stützpunkte verlassen und sich in einige wenige Städte (Luanda, Nova Lisboa) zurückgezogen. Nicht einmal gegen die faschistischen Überfälle der südafrikanischen Truppen und weißen Söldner sind portugiesische Einheiten bisher vorgegangen!

Mit der Rückführung Angolas in den alten Kolonialstatus durch Portugal könnte sogar eine äußerst schädliche Entwicklung eingeleitet werden, nämlich die „Internationalisierung" des Konflikts; d.h. Portugal könnte aufgrund eigener Regierungsfähigkeit (die zweifellos gegeben ist) andere UNO-Staaten um „Hilfe bei der Beilegung des Konflikts" bitten. Angesichts der schlechten Lage der Pro-Imperialisten können diese nichts mehr wünschen als dies – besonders
mehr wünschen als dies – besonders
Savimbi (UNITA) hat immer wieder sein Interesse an dieser „Lösung" betont.

Einigung mit UNITA? – niemals!

In jüngster Zeit hatte es einige (scheinbar) verwirrende Berichte bezüglich des Verhältnis MPLA und UNITA gegeben.

Zunächst war die UNITA Anfang August unter dem Druck der Stärke der MPLA und entscheidenden Verlusten der FNLA gezwungen, ihre scheinbar „neutrale" Maske fallenzulassen und sich offiziell mit den US-Söldner von FNLA zu verbinden. Besiegelt wurde dieser Pakt mit dem Besuch des UNITA-Chefs Savimbi beim FNLA-Finanzier Mobutu in Kinshasa am 15.8. (vgl. „Le Monde", 17.8.).

Seitdem geht UNITA genauso brutal gegen das Volk vor wie FNLA. Trotzdem waren praktisch den ganzen August über Gerüchte im Umlauf, die von einem bevorstehenden Waffenstillstand zwischen UNITA und MPLA sprachen, und am 29.8. wurde in Lissabon tatsächlich der „Waffenstillstand für Angola" proklamiert (vgl. „Le Monde", 30.8.).

Für MPLA hatte Lopo do Nascimento unterzeichnet und es war unklar, ob dies im Auftrag der ganzen MPLA geschehen war (MPLA hatte zuvor mehrmals dementiert, mit UNITA überhaupt zu verhandeln).

Am 18.8. hatte die portugiesische Zeitung „O Jornal" einen Artikel veröffentlich, der als *„übereinstimmend mit dem radikalen Flügel der MPLA"* bezeichnet worden war. Hier wurde Lopo do Nascimento als *„Führer der konservativen Linie"* und *„Befürworter eines schädlichen Versöhnlertums"* angegriffen.

Auf den Verlauf der Kämpfe in Angola jedenfalls hatte der „Waffenstillstand" keinen Einfluß; bereits am 1.9. (einen Tag später) meldete „Le Monde" wieder schwere Kämpfe zwischen MPLA und UNITA bei Luso!

Die Kräfte des Volkes und die Armeen des Imperialismus stehen sich in Angola unversöhnlich gegenüber. Die militanten Genossen der MPLA beweisen täglich, daß sie wissen, nur die bewaffnete Niederwerfung **aller** Söldner des Imperialismus ermöglicht das Ende des **Bürgerkriegs im Sinne des Volkes!** ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

MPLA (Angola):

Keine Einheit mit dem Klassenfeind!

Im Folgenden dokumentieren wir einen Artikel aus dem Zentralorgan der MPLA, „Vitoria Certa" vom 12. Juli. Er erscheint uns aus drei Gründen besonders interessant:

- Erstens ist er eine glatte Ohrfeige für all die Kräfte, die oberschlau eine „Einigung" der revolutionären MPLA mit den Truppen der Imperialisten (FNLA und UNITA) vorschlaschlagen. So behauptet die „KPD", die *„Widersprüche zwischen den Befreiungsbewegungen"* seien *„konstruiert"* (!!) *„Die Befreiungsbewegungen ... haben gemeinsame grundlegende* (!) *Interessen"* und *„haben den Weg der Einheit begonnen"* (alles „Rote Fahne" 6.8.75).
Der KBW hat ebenfalls behauptet, daß für die Kämpfe in Angola *„kein objektiver Widerspruch im Volk von Angola verantwortlich"* ist., (Vergl. hierzu auch den Artikel „Astreiner Rassismus" in dieser Ausgabe).
MPLA legt die klassenmäßigen Gründe für die Kämpfe in Angola dar und bestimmt den Begriff „Einheit" im revolutionären, klassenspezifischen Sinne (halt ganz schlicht und einfach wie Lenin!).
- Zweitens wird die unglaubliche faschistische Brutalität der FNLA offengelegt. Es ist eine bekannte Methode des Imperialismus, bewußt brutal seine Feinde zu schlachten, um das Volk einzuschüchtern. In den bestialischen Grausamkeiten kommt gleichzeitig die durch stumpfen Drill und ideologische Verhetzung hervorgerufene Entmenschlichung imperialistischer Söldner zum Ausdruck. Auch vor dem Hintergrund dieser Praktiken müssen die Lobhudeleien von KBW und „KPD" für die faschistische FNLA gesehen werden!
- Drittens scheint uns der vorliegende Text auch eine scharfe Kritik an einige kompromißlerische Kreise der MPLA selbst zu sein, die immer noch den „friedlichen Übergang" für möglich halten und „bei schönen Reden große Galaessen veranstalten"' Diese Tendenz war lange Zeit sehr stark und hat die
veranstalten"' Diese Tendenz war lange Zeit sehr stark und hat die
jetzige Offensive der MPLA offenbar erheblich verzögert. So schreibt der als „Vertreter des radikalen Flügels der MPLA" bezeichnete Antonio Macedo in der portugiesischen Zeitung „O Jornal" (18.7.75):
„Die MPLA ist eine Befreiungsbewegung, die Mitglieder verschiedener Tendenzen beherbergt, von den reinsten Marxisten-Leninisten bis zu den Konservativen ... Die mit dem Denken der Basis abgestimmten richtigen Entscheidungen (A. Netos) stießen (vor der Offensive der MPLA) auf die Mauer eines schändlichen Versöhnlertums".
Die vorliegende Übersetzung ist auch eine Auseinandersetzung mit diesen Elementen! ●

Afrika-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg



Offensive der reaktionären Kräfte

Im Augenblick schwenken sehr viele Leute die Fahne der nationalen Einheit. In den Studios des Offiziellen Rundfunksenders und in den vornehmen Salons der Paläste werden Wochen der „nationalen Einheit" abgehalten, zu denen das Volk keinen Zutritt hat. Die Basis, das Volk, ist überhaupt nicht aktiv beteiligt. Was geschieht? Während an großen runden Tischen bei schönen Reden große Galaessen veranstaltet werden, wird das Volk weiterhin von den faschistischen Lakaien des Imperialismus, von Kriminellen, die verräterisch an die Fremden verkauft wurden, gefoltert und ermordet.

In dieser Woche, die die Regierung zur Woche der „nationalen Einheit" ausrief, werden Reden auf die Helden der Einheit gehalten, während das Volk weiter umgebracht wird!

Sollten des Einzelfälle sein? Sollten es Sabotageakte gegen die „Woche der Nationalen Einheit" sein?

Die Geschichte beginnt in Alvor. Dort wurde ein Vertrag unterzeichnet, der unsere nationale Unabhängigkeit vorbereitete. Aber der Vertrag stand nur auf dem Papier. Die Lakaien des Imperialismus verletzten schnell das Abkommen, terrorisierten das Land und sabotierten die Aktion der Regierung. Bei ihrer Handlungsweise erfreuten sie sich der stillschweigenden Komplizenschaft des portugiesischen Hohen Kommissars, General Siva Cardoso, und sogar der der Nationalen Verteidigungskommission, die alles durcheinanderwarf und die Aggressionen verbarg, die die FNLA gegen die MPLA und gegen das Volk führte.

Mit dem „Gipfel" von Nakuru tauchte eine neue Hoffnung auf. Sollten jetzt die Massaker, die Vergewaltigungen von Frauen und Kindern, kurz, der ganze faschistische Terror aufhören, der nur dazu diente, das Volk zu unterwerfen?

Das Volk verlor schnell seine Illusionen. Nicht einmal während der Woche des „Gipfels" setzten die Folterungen und Massaker aus.

Es wurden militärische Attacken entfesselt gegen Forte Republica, Brito Godins, Kaombo, Duque de Braganca, Kuala, Kangola, Kikulungo, Sanba Kaju, Samba Lucala, Bolongongo und Barra do Dande.

Jetzt sind die Verbrechen besser organisiert. Jetzt existiert ein „Todesschwadron". Diese namenlosen Verbrecher foltern und ermorden unsere Mitglieder und lassen sie an Stellen liegen, an denen das Volk oft vorbeikommt, um es noch mehr zu ter-
len liegen, an denen das Volk oft vorbeikommt, um es noch mehr zu ter-
rorisieren.

In nur einer Woche geschahen diese verbrecherischen und ungeheuerlichen Aktionen: Sie folterten und ermordeten zwei unserer Genossen auf der Eisenbahnlinie von Cazenga; sie folterten einen Jungen, brachten ihn dann in einem ihrer Fahrzeuge nach Precol, wo sie ihm den Kopf halb öffneten; vom 4. auf den 5. folterten sie zwei unserer Militanten: Sie rissen dem einen das Herz aus der Brust, dem anderen rissen sie die Brust auf und hackten ihm die Finger ab.

Diese Verbrecher bereiten neue Greueltaten vor. Oft hört man sagen, daß die Verbrechen im Dunkeln liegen.

Das Volk sagt, daß sie aus menschlichen Herzen und Lebern Sülze machen, und daß sie auch Kinder braten.

Die Stimme unseres Volkes, das täglich ermordet wird, sagt uns dies.

Diese Kriminellen, die für die Durchführung ihrer grauenhaften Aktionen eine Handvoll Dollars erhalten, sind in Angola, um sich durch den Terror festzusetzen. Sie wollen keine Wahlen, sie wollen weder Demokratie noch Freiheit für das Volk, sie wollen kein Volksheer schaffen, noch akzeptieren sie, daß das Volk sich organisiert und unser Land führt. Sie wollen das Land für die Imperialisten, sie wollen ein faschistisches Regime errichten, das viel schlimmer als das ist, dem wir 500 Jahre lang unterworfen waren. Sie wollen unser Land in eine neue Kolonie verwandeln. Sie sprechen von „Sozialismus mit menschlichem Gesicht", um den Kopf des Volkes besser zermalmen zu können. Sie kommen in starker Zahl in der „Woche der nationalen Einheit", reden, reden immerzu von Einheit, und draußen foltern sie das Volk.

Genossen! Mit d i e s e n *Verbrechern, mit diesen Verrätern, die sich an den Imperialismus verkauft haben, kann es keine wie auch immer geartete Einheit geben. Denn was geschieht, wenn wir uns mit ihnen vereinen? Wenn wir ihnen einen Arm geben, stoßen sie uns das Messer zwischen die Rippen. Sie wollen unsere Schwestern und Töchter vergewaltigen! Sie haben keine guten Gedanken, wenn sie von „Einheit" sprechen. Wenn* s i e *von Einheit sprechen, wollen sie uns mit Waffengewalt beherrschen. Sie wollen uns vernichten, damit wir hinterher zur Einheit mit ihnen gezwungen sind.*

Aber diese Verräter sollen wissen, daß ihnen ihr faschistischer Terror nichts einbringen wird. Je größer und schrecklicher dieser Terror ist, desto stärker wird die Widerstandskraft des Volkes werden. Der Terror der Kolonialisten konnte das Volk nicht brechen. Wenn ein Volk sich im Kampf gegen seinen Unterdrücker erhebt, kann keine Gewalt es besiegen. Die angolanischen Verräter werden noch viele Söhne Angolas foltern und ermorden. Aber all dies wird vergebens sein. Je größer die Verbrechen sein werden, desto mehr wird der Volkskampf sich ausbreiten, der von unserer Bewegung geführt wird, und dessen Ziel es ist, unser Land der faschistischen Bestie zu entreißen.

In ganz Angola weiß das Volk, mit wem man eine Einheit eingehen kann. Einheit ist eingegraben im Kampf gegen die faschistische und imperialistische Ausbeutung und Unterdrükkung. Das Volk weiß, daß es ohne Patriotismus, ohne Kampf gegen die Ausbeutung keine Einheit geben kann. Das Volk wird niemals mit seinen Henkern eine Einheit eingehen. Die wahre nationale Einheit, die antiimperialistische Volkseinheit wird diesen Lakaien den Todesstoß versetzen.

ES LEBE DAS VEREINTE VOLK VON CABINDA BIS ZUM CUNENE!

ES LEBE DIE ANTIIMPERIALISTISCHE VOLKSEINHEIT!

NIEDER MIT DEN LAKAIEN DES IMPERIALISMUS, DIE IN UNSEREM LAND DEN FASCHISTISCHEN TERROR ERRICHTEN WOLLEN!

NEIN ZUR EINHEIT MIT UNSEREM FEIND!

ORGANISIEREN WIR UNS UM DIE MPLA, UM GEGEN DEN FASCHISMUS ZU KÄMPFEN!

(Aus: „Vitoria Certa", 12.7.75).



„Sinnlos niedergemähtes Leben. Die besten Söhne Angolas werden niedergemetzelt, viehisch und verräterisch, von den ‚Todesschwadronen', die jetzt organisiert wurden, um den Entschluß derer zunichte zu machen, die in unserem Land die Standarte der Freiheit errichten wollen und allen Formen von Ausbeutung ein Ende setzen wollen. Die ist die ‚politische Toleranz' ". („Vitoria Certa", 12.7.75).

Ermordete MPLA-Genossen, grausam von FNLA-Faschisten verstümmelt. Ihnen wurde das Herz aus dem Leib geschnitten.



„Möge das Blut, das unsere Genossen verloren haben, die von den Lakaien des Imperialismus und allen Verrätern gefoltert, geschlagen, verletzt und ermordet wurden, für uns eine Motivation sein, unseren Kampf fortzusetzen, um den Imperialismus aus unserem Vaterland zu vertreiben und der Ausbeutung ein Ende zu bereiten!" („Vitoria Certa", 12.7.75).

Deserteure der FNLA berichten

Die fortschrittliche französische Zeitschrift „Afrique-Asie" (Nr. 90/91) veröffentlichte Interviews mit Deserteuren der FNLA. Im Folgenden geben wir (leicht gekürzt) einige Aussagen von zwei Deserteuren wieder, die die faschistischen Methoden dieser Organisation im Interesse des Imperialismus eindrucksvoll dokumentieren. Ein Kommentar erscheint überflüssig.

Wie sind Sie zur FNLA gekommen?
„Ich war mit angolanischen Flüchtlingspapieren in Zaire. Als die Behörden beschlossen, alle angolanischen Staatsbürger zur FNLA zu rekrutieren, wurde ich praktisch im Rahmen einer Razzia gefangengenommen".
Handelte es sich um Angolaner oder um Soldaten aus Zaire?
„Zu dieser Zeit hatte die FNLA fast keine Soldaten. Es waren Leute aus Zaire, die alles machten, und die mich auch gefangennahmen".
Welche politische Schulung haben Sie in der Armee der FNLA erhalten?
„Man sagte uns nur, daß Angola befreit werden müsse. Man sagte uns immer, daß ein Soldat keine politischen Reden führen darf, sondern den Befehlen gehorchen und die Disziplin respektieren muß".
Und die militärische Ausbildung? Haben Sie jemals gegen die Portugiesen gekämpft?
„Ich absolvierte einen Kurs an der Militärakademie von Cotacoli, wo die Offiziere Zaires ausgebildet werden. Dann war ich in China und Tunesien. An der Akademie von Zaire habe ich einen Taktik-Kurs absolviert. Wir hatten israelische und zairische Instrukteure."
Wo wurden Sie ausgebildet?
„In Zaire, in der Basis von Kinkuzu, ein Jahr lang. Dann schickte man mich hierher, nach Luanda, wo ich in mehreren Kasernen war. Ich war auch Leibwächter des Premierministers Johnny Eduardo und, zuletzt, am Sitz der FNLA in der Kaserne von Cazenga".
Dort, wo man eine Folterkammer entdeckt hat?
„Genau. Dort habe ich mich entschlossen, die FNLA zu verlassen. Ich wurde einer sehr harten Disziplin unterworfen. Ich wurde psychisch und physisch sehr schlecht behandelt. Für den geringsten Fehler wurde ich in ein Zimmer gesperrt und erhielt nicht einmal Wasser. Und ich habe mich wirklich bemüht, diszipliniert zu sein. Ich bin nicht unbedingt Angolaner, ich bin in Zaire geboren, an der nördlichen Zone von Manianga, an der Grenze zum Kongo".
Gibt es noch mehr Zairer, denen es so ergeht wie Ihnen?
„Viele. Ich bin in Luanda angekommen, ohne je eine Basis auf angolanischem Gebiet gesehen zu haben und ohne portugiesisch gelernt zu haben. Ich konnte mich nur mit den Angolanern verständigen, die Lingala sprechen". ●

Der Demagoge des Monats:

In Dar-es-Salaam sagte US-Senator Dick Clark zu den Aufgaben der US-Regierung in Angola:

„... die US-Regierung überwacht die Aktivitäten der amerikanischen Gesellschaften, damit diese sich nicht (!) in die Parteienkämpfe einmischen (!). Die Regierung hat großes Interesse an und große Sorgen (!) um die amerikanischen Investitionen. Aber dies wird sicherlich kein Faktor (!) sein, der unsere Politik in Angola bestimmt (!). Dafür habe ich Garantien (!!)."

Nicht einmal rot geworden ist das zynische Imperialisten-Schwein!

(nach „O Seculo", 20.8.).

Ledige Mütter in Portugal
„Wer wirft den ersten Stein?"

Eine nicht verheiratete Frau mit Kindern leidet auch in Portugal ihr Leben lang unter einer doppelten gesellschaftlichen Diskriminierung, die sie und ihr Kind einschließt.

Die Zahl der unehelich geborenen Kinder ist in Portugal besonders hoch: 1970 wurden in Portugal 12.800 uneheliche Kinder geboren, 1971 dann sogar schon 13.700.

Damit liegt Portugal hinsichtlich der Zahl unehelich geborener Kinder an dritter Stelle unter den europäischen Ländern.

Diese unverheirateten Mütter sind im allgemeinen sehr jung, zwischen 17 und 21 Jahren.

Die Lebensbedingungen dieser Frauen und ihrer Kinder sind durch eine besondere Entrechtung und Diskriminierung gekennzeichnet. Da sie außerhalb der Gesellschaft gestellt werden, haben die Mütter z.B. Schwierigkeiten, eine Wohnung und Arbeit zu bekommen. Die Kinder haben keine der Rechte, die ehelich geborenen Kinder zustehen. In ihrem Personalausweis bleibt lebenslang der Vermerk „unehelich".

Diese Frauen und ihre Kinder erhalten keinerlei soziale und materielle Unterstützung, sie bekommen kein Kindergeld, keinen Krippenplatz, keine Krankenversicherung.

Falls die Mütter einen Arbeitsplatz haben, werden sie vom kapitalistischen System nur als Arbeitskraft betrachtet, und nicht als Mutter und Mensch.

Hinzu kommt, daß die unverheira-

haben, werden sie vom kapitalistischen System nur als Arbeitskraft betrachtet, und nicht als Mutter und Mensch.

Hinzu kommt, daß die unverheirateten Mütter zum großen Teil im Dienstleistungssektor beschäftigt sind (Dienstmädchen, Köchinnen etc.) und von daher ohnehin besonders stark ausgebeutet und entrechtet sind.

Ein weiterer Hintergrund der besonders hohen Zahl unehelich geborener Kinder in Portugal ist die ideologische und moralische Unterdrükkung der Frau.

So sind Abtreibungen immer noch gesetzlich verboten (siehe AK 65). Die Hauptverantwortung trägt die katholische Kirche, die durch ihre sexual- und speziell frauenfeindliche Ideologie die Propagierung von Verhütungsmitteln hintertreibt und zugleich den Frauen die Abtreibung strengstens verbietet, unter Beschwörung aller möglichen religiösen Rückständigkeiten.

Nur aus dieser verzweifelten Lage heraus ist der hohe Anteil von Säuglings- und Kindertötungen, Baby-Aussetzungen und in Waisenhäusern „vergessenen" Kindern zu verstehen.

Der 25. April darf die Situation der ledigen Mütter und unehelichen Kinder nicht übersehen

Die politische Entwicklung in Portugal im letzten Jahr, seit dem Sturz des Faschismus am 25. April, läßt diese Rückständigkeit und Unmenschlichkeit nicht mehr zu.

In diesem Jahr hat sich eine „Arbeitsgruppe für die Beseitigung der Diskriminierung lediger Mütter" (grupo de trabalho para a eliminacao da descriminacao da mae solteire) aus dem Sozialministerium heraus gebildet. Die Arbeitsgruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Situation dieser Frauen zunächst genauer zu erforschen. Zu diesem Zweck hat sie alle betroffenen Frauen aufgerufen, sich an die Kommission zu wenden, auch wenn dies in anonymer Form geschieht. Inzwischen sind ungefähr 200 Briefe eingegangen, wo die Frauen ihre Probleme schildern.

Auf dem Hintergrund einer eingehenden Kenntnis dieser sozialen Probleme soll dann ein Programm aufgestellt werden, das diese unmenschliche Situation endgültig abschafft.

In dem Maße, wie die sozialistische Revolution in Portugal vorangetrieben wird, muß auch die Gleichstellung der unehelich geborenen Kinder erkämpft werden. Bezeichnend ist, daß die Sowjetunion als erstes Land in der Welt den Unterschied zwischen unehelich und ehelichen Kindern abgeschafft hat, und zwar sofort nach der Oktober-Revolution 1917. Diese Maßnahme wurde begleitet von einer Reihe weiterer Schritte zur Emanzipation der Frauen.

Lenin schrieb 1920 zu dieser Frage: *„Die bolschewistische, die sowjetische Revolution legt die Axt so tief an die Wurzeln der Unterdrückung und Ungleichheit der Frauen, wie keine Partei und keine Revolution auf der Welt es je gewagt haben. Von der gesetzlichen Ungleichheit zwischen Mann und Frau ist bei uns, in Sowjetrußland, auch nicht eine Spur übriggeblieben.*

Die besonders niederträchtige, gemeine, heuchlerische Ungleichheit im Ehe- und Familienrecht, die Ungleichheit in bezug auf das Kind ist durch die Sowjetmacht vollständig aufgehoben worden.

Das ist nur der erste Schritt zur Befreiung der Frau. Aber keine einzige der bürgerlichen, auch der allerdemokratischsten Republiken hat auch nur diesen ersten Schritt zu tun gewagt. Sie haben es aus Furcht vor dem ‚heiligen Privateigentum' nicht gewagt" (Lenin, Band 32, S. 159). ●

Eine deutsche und eine portugiesische Genossin, KB/Gruppe Hamburg

Auf dem Hintergrund einer eingehenden Kenntnis dieser sozialen Probleme soll dann ein Programm aufgestellt werden, das diese unmenschliche Situation endgültig abschafft.
In dem Maße, wie die sozialisti-
gewagt" (Lenin, Band 32, S. 159). ●
Eine deutsche und eine portugiesische Genossin, KB/Gruppe Hamburg



Ledige Mütter: Die meisten sind zwischen 17 und 21 Jahre alt.



Kinder kriegen, wie Gott sie gibt – wieviel Opfer bringt dieses Prinzip vor allem für die Kinder, die hauptsächlichen Opfer einer Klassenideologie?

Papua-Neuguinea
„Unabhängigkeitserklärung" soll der Abhängigkeit dienen

Papua-Neuguinea
„Unabhängigkeitserklärung" soll der Abhängigkeit dienen

Am 15. September soll die australische Kolonie Papua-Neuguinea (ca. 2,6 Mio Einwohner) ihre „Unabhängigkeit" erhalten.
Wenige Tage vorher, am 1. September, erklärte die zu Papua-Neuguinea gehörige Insel Bougainville sich selbst für „unabhängig".
Was steckt hinter dieser „Unabhängigkeitserklärung", die stark an die kürzliche „Unabhängigkeitserklärung" einer Insel der bisher französischen Komoren (Ostafrika) erinnert (siehe AK 65, S. 17)?

Die reichen Kupfervorkommen von Bougainville stellen bei weitem den Hauptanteil am Export von Papua-Neuguinea dar. Ausgebeutet werden diese Vorkommen von der australischen Gesellschaft Conzinc Rio-Tinto, Tochter der britischen Rio-Tinto-Zinc.

Es wird angenommen, daß diese Gesellschaft bei der „Unabhängigkeitserklärung" von Bougainville eine Rolle gespielt hat („Le Monde", 3.9.75).

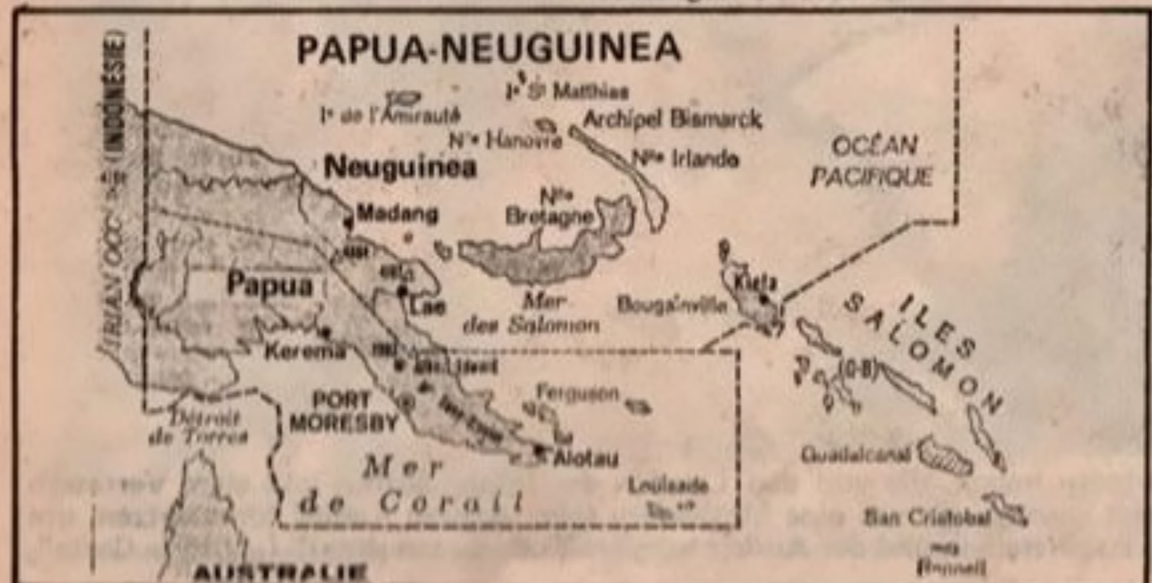
Es hat nämlich der zukünftige Staatschef von Papua-Neuguinea, Michael Somare, den imperialistischen Konzernen zumindest mit Worten kräftig auf die Zehen getreten. Seine Parolen: *„Die Bodenschätze gehören unserem Volk"*; *„Hier ist kein Platz für Unternehmer, die billige Arbeitskräfte suchen"* („FR", 28.3.74)! Außenpolitisch will er eine nationale Politik, bei engerer Anlehnung an Indonesien und Japan, betreiben („FAZ", 24.12.73).

Japanisches Kapital, das bisher nur einen sehr geringen Teil am Außenhandel von Papua-Neuguinea hat, ist um ein l a n g f r i s t i g e s Eindringen bemüht. Als wichtigstes Projekt ist der Bau eines Wasserkraftwerks mit einer Kapazität von 1,8 Mio Kilowatt (später 10 Mio Kilowatt) zu erwähnen. Dieses Projekt soll nicht nur der Industrialisierung von Papua-Neugiunea, sondern des gesamten südpazifischen Raums dienen. 13 große japanische Gesellschaften (darunter Nippon Steel, Mitsubishi und die Bank of Japan) haben zu diesem Zweck ein Konsortium gebildet („FAZ", 28.1.75).

So ist die Pseudo-„Unabhängigkeitserklärung" von Bougainville wohl nicht nur als von den Imperialisten gesteuertes Manöver um die Kupfervorkommen der Insel zu werten, sondern insgesamt als Teil des imperialistischen Ringens um die noch weitgehend unerschlossenen Rohstoffe von Papua-Neuguinea (u.a. Erdgas und Erdöl). Schon rühren sich von den Imperialisten angeheuerte „Separatisten" auch in anderen Teilen von Papua-Neuguinea. So vor allem die „Papua-Bewegung", die den Anschluß von Papua an Australien (in verschleierter Form) betreibt. Ein weiterer reaktionärer Unruheherd wird zweifellos unter den 45.000 „Weißen" (Australier) liegen, denen die Forderung nach Enteignung des „weißen" Plantagen-Besitzes und nach Ausschaltung der „Weißen" aus dem Kaffee-Geschäft (zweitwichtigster Exportartikel des Landes, nach Kupfer) auf den Magen geschlagen sein dürfte.

Schließlich dürften auch militärisch-strategische Ziele beim imperialistischen Ringen um Papua-Neuguinea eine Rolle spielen.

So werden mit einiger Sicherheit der „Unabhängigkeit" von Papua-Neuguinea weitere reaktionäre, pro-imperialistische Umtriebe folgen. Wie gewöhnlich hat damit wohl der BRD-Imperialismus – mit 30,6 % zweitwichtigster Handelspartner von Papua-Neuguinea nach Australien (34,8 % – Angaben lt. „FAZ" vom 24.12.73 für 1972/73) – nicht das Geringste zu tun? ....



Azoren (Portugal)

Konterrevolutionäre Offensive entfaltet sich ungehemmt weiter

Mit separatistischen Parolen unternehmen die portugiesische Reaktion und der US-Imperialismus seit geraumer Zeit Anstrengungen, auf den Azoren – einer weit vom protugiesischen Festland entfernten Inselgruppe im Atlantik – eine reaktionäre Massenbewegung aufzubauen. Den ersten Höhepunkt ihrer Aktivitäten bildete eine Demonstration am 6. Juni in Ponta Delgada, in deren Verlauf die Reaktionäre verschiedene öffentliche Einrichtungen, einen regionalen Sender und den Flughafen besetzten; die Reaktion des M.F.A. auf diese Vorgänge fiel recht schwächlich aus.

„Unabhängigkeitsbewegungen" suchen Kleinbauern für sich zu gewinnen

Die beiden separatistischen Organisationen, die FLA (Frente de Libertação dos Açores – Befreiungsfront für die Azoren) und die MAPA (Movimento de Auto-Determinação do Povo Açoreano – Bewegung für die Selbstbestimmung des azoreanischen Volkes), suchen ihre soziale Basis unter den Kleinbauern des Archipels. Auf acht der neun Inseln herrschen landwirtschaftliche Kleinbetriebe vor, die sich mühsam über Wasser halten und oftmals nur für die Selbstversorgung produzieren, während auf der Insel Sao Miguel 2 % der ländlichen Bevölkerung über 75 % der Nutzfläche verfügen; dabei erfolgt die Bewirtschaftung allerdings über ein kompliziertes Pacht- und Unterpachtsystem, das

über 75 % der Nutzfläche verfügen; dabei erfolgt die Bewirtschaftung allerdings über ein kompliziertes Pacht- und Unterpachtsystem, das

für die Bauern extreme Abhängigkeit bedeutet („Sempre Fixe", 26.7.). Die azoreanische Bourgeoisie hat in den letzten Monaten die ohnehin schwierige Situation dieser Kleinbauern noch dadurch künstlich verschärft, daß sie die Abnahme ihrer Produktion boykottierte: So können die Bauern Kartoffeln und Wein kaum unterbringen, obwohl die Verbraucherpreise dafür ständig steigen. Auf der anderen Seite werden für Düngemittel, Pflanzenschutzmittel und Saatgut – ohnehin erheblich teurer als auf dem portugiesischen Festland – immer höhere Preise gefordert („Diario Popular", 8.7.). Der überwiegend von Klein- und Mittelbetrieben bestimmte industrielle Sektor wurde auf den Azoren – mit Ausnahme eines Tabakmanufaktur-Unternehmens – bislang nicht von Verstaatlichungen oder staatlichen Interventionen erfaßt; das industrielle Proletariat bildet nur einen kleinen Teil der Bevölkerung der Inseln.

Die auf diesem Nährboden gedeihenden Ideen von der „eigenen Scholle" und die herrschende Unzufriedenheit mit der Lissaboner Zentralregierung, der die Absatzschwierigkeiten für die landwirtschaftliche Produktion und die Preissteigerungen angelastet werden, machten sich FLA und MAPA geschickt zunutze, um die Kleinbauern für ihre reaktionären Ziele zu mobilisieren. Dabei kamen ihnen die „besonderen Beziehungen" der Azoren zum US-Imperialismus, das Fehlen einer umfassenden Entnazifizierung in der öffentlichen Verwaltung und den militärischen Einheiten und die Situation der azoreanischen Nachrichtenorgane zugute.

Die Nachrichtenorgane: fest in der Hand der Reaktion

Der Zustand der Nachrichtenorgane auf den Azoren entspricht nicht im geringsten dem auf dem portugiesischen Festland. Fernsehen gibt's nicht – mit Ausnahme eines Senders des US-Stützpunktes Lajes, der etwa die Hälfte der Insel Terceira berieselt. Die Sendungen des staatlichen portugiesischen Rundfunks, der „Emissora Nacional", sind wegen der zu geringen Sendestärke kaum zu empfangen; „zum Ausgleich" können dafür Rundfunksendungen verschiedener westlicher Staaten abgehört werden. Außerdem gibt es noch einen nicht eben fortschrittlichen regionalen Sender (Radio Clube de Angra) – und seit Ende Juli betreibt die FLA auf Terceira einen Kurzwellensender („O Sèculo", 28.7.).

Die Nachrichten über Protugal, die von der – insgesamt reaktionären – azoreanischen Presse verbreitet werden, stammen von westlichen Nachrichtenagenturen; Telexverbindungen zum portugiesischen Festland bestehen nicht. Um exemplarisch den Charakter der azoreanischen Tagespresse zu verdeutlichen: Auf der Insel Terceira (60.000 Einwohner) erscheinen zwei Tageszeitungen, „Diario Insular" (Auflage: 2.000) und „A Uniao" (Auflage: 1.300). Diese beiden Blätter brachten beispielsweise am 29. Juli auf den ersten Seiten in großer Aufmachung Berichte über: Erklärungen eines PPD-Abgeordneten zur Situation auf den Azoren; die „krasse Ignoranz" der Zeitungen auf dem portugiesischen Festland; die Schaffung von Diözesen in Setubal und Santarem und das Jubiläum der Priesterweihe eines örtlichen Pfaffen! („O Sèculo", 30.7.). Daneben werden auf der Insel pro Tag ganze 240 Zeitungen aus Kontinentalportugal verkauft; und das einzige fortschrittliche Blatt, das auf den Azoren erscheint – die Wochenzeitung „O Trabalhador" –, ist wiederholt Ziel reaktionärer Ausschreitungen gewesen. So wurden auf zwei seiner Mitarbeiter Anschläge verübt („Vida Mundial", 24.7.), und am 18. August wurden die Redaktionsräume der Zeitung überfallen und verwüstet („O Sèculo", 19.8.).

Die Streitkräfte: Auf der Seite der Bourgeoisie

Auch die Streitkräfte spielen auf den Azoren bei weitem nicht dieselbe Rolle wie auf dem portugiesischen Festland. Der Kommandant der Einheiten auf den Azoren, General Altino de Magalhaes, paktiert grundsätzlich mit den reaktionären Kräften und hat sogar offen die reaktionäre Demonstration vom 6. Juni unterstützt. Da eine Entnazifizierung auch in der Truppe allenfalls ansatzweise durchgeführt wurde, haben sich die Einheiten des Heeres immer wieder auf die Seite der herrschenden Bourgeoisie geschlagen; das drückt sich beispielsweise darin aus, daß sie sich bei reaktionären Demonstrationen passiv verhielten, während sie repressiv gegen die Bewohner von Elendsvierteln vorgingen, die leerstehende Häuser besetzen wollten („Diario Popular", 9.7.). Die fortschrittlichen Kräfte sind hier innerhalb des Heeres klar in der Minderheit, und die FLA hat angeblich sogar schon Namenslisten von fortschrittlichen Militärs aufgestellt, die es auszuschalten gilt: So wurden nach einer reaktionären Versammlung im August die Kommandanten zweier Militäreinheiten aufgefordert, vierzehn namentlich genannte Offiziere und Soldaten aus der Truppe auszustoßen, weil sie „parteiliche Haltungen" innerhalb der Streitkräfte einnähmen! („O Sèculo", 19.8.).

Allerdings besteht ein beträchtlicher Unterschied zwischen den auf den Azoren stationierten Einheiten des Heeres und der Marine: Das wesentlich fortschrittlichere Verhalten der Marineeinheiten erklärt sich daher, daß sie vornehmlich aus Matrosen bestehen, die vom portugiesischen Festland stammen oder vor längerer Zeit aus den Azoren emigriert sind, während die Truppen des Heeres fast ausschließlich aus Azoreanern bestehen.

Passivität des MFA begünstigt Entfaltung der konterrevolutionären Offensive

Nach den schweren Zwischenfällen vom 6. Juni wäre ein energisches Vorgehen des MFA erforderlich gewesen, um der konterrevolutionären Offensive entgegenzutreten. In der Tat wurden auch zunächst etwa 30 Reaktionäre verhaftet, jedoch alsbald wieder freigelassen; die Forderung aller fortschrittlichen Kräfte nach Entlassung von General Altino de Magalhaes wurde nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil: Auf der Versammlung des MFA vom 8. Juli hatte Altino de Magalhaes Gelegenheit, seine Version der Vorgänge auf den Azoren darzulegen; und als das Innenministerium die Bildung einer „Junta für die Entwicklung und Verwaltung der Azorenregion" beschloß, wurde prompt Altino de Magalhaes zu ihrem Vorsitzenden ernannt („Jornal do Comercio", 17.7.). Dieser Beschluß fand sogleich den Beifall der sozialdemokratischen PS, die ihrerseits den Vorschlag beisteuerte, der Junta sollten ausschließlich Mitglieder ihrer Partei und der PPD angehören („Jornal do Comercio", 23.7.). Bei diesem Verhalten des MFA nimmt es auch nicht Wunder, daß die Reaktionäre ungehindert ihre Provokationen fortsetzen können: So genehmigte Altino de Magalhaes für den 18. Juli eine „Bauerndemonstration" in Angra do Heroismo (auf der Insel Terceira), in deren Verlauf die Menge das örtliche Büro der PCP und den regionalen Sender angriff, wobei sie die Einstellung der sendungen der Intersindical und des MFA verlangte („Vida Mundial", 24.7.). Eine Arbeitsgruppe des Informationsministeriums, die sich zu dieser Zeit auf den Azoren aufhielt, um die dortige Pressesituation zu untersuchen, warnte in einer Erklärung vor der *„verzerrten Form, in der einige Zeitungen des Kontinents über die Ereignisse auf den Azoren berichten"*, und meinte weiter: *„Insbesondere die Kundgebung von Bauern in Angra do Heroismo hatte einen reinen Forderungscharakter, der auf gar keinen Fall als reaktionär betrachtet werden darf"* („Jornal do Comercio", 25.7.). In den folgenden Tagen wurden noch in Ponta Delgada (auf Sao Miguel) die Büros von MDP und MES überfallen.

Zu den bislang schwersten reaktionären Ausschreitungen kam es am 18. August in Angra do Heroismo. Dort tagte zunächst eine „Versammlung der Landwirtschaft", deren Teilnehmer die Schließung der lokalen Büros von PCP, MDP und MES (d. h. aller linken Organisationen, die auf den Azoren vertreten sind) und die sofortige Ausweisung einiger PCP-Führer beschlossen; weiter forderten sie den Bischof von Angra auf, vier fortschrittliche Priester aufs Festland zu versetzen, verlangten von der Geschäftsführung der „Lacticinios da Ilha Terceira" (Großmolkerei) die Entlassung von neun namentlich aufgeführten Mitgliedern der drei Parteien und forderten von den Kommandanten zweier Militäreinheiten die Ausstoßung von vierzehn fortschrittlichen Soldaten und Offizieren aus der Truppe. Anschließend zogen die Reaktionäre vor die Parteibüros von PCP, MDP und MES und verwüsteten sie, ebenso wie danach die Redaktionsräume von „O Trabalhador", während die zum Schutz herbeigerufenen Militäreinheiten untätig blieben („O Sèculo", 19.8.). Altino de Magalhaes ordnete daraufhin die Schließung des PCP-Büros und die Ausweisung einiger PCP-Führer an („Jornal do Comercio", 20.8.).

US-Imperialismus und FLA – Hand in Hand

US-Imperialismus und FLA – Hand in Hand

Der US-Imperialismus hat auf den Azoren bedeutende Interessen, vor allem den Stützpunkt Lajes. Zugleich verfügt er über besonders günstige Voraussetzungen, um unter dem Deckmantel einer „nationalistischen" Bewegung dort tätig zu werden: In den USA selbst leben Hunderttausende von azoreanischen Emigranten und unter ihnen ist auch die FLA gegründet worden, die dort von reaktionären Emigrantenzeitungen wie „Portuguese Times" und „O Luso-Americano" unterstützt wird („Sempre Fixe, 26.7.).

Etwa 1.000 Azoreaner demonstrierten in Washington „für die Unabhängigkeit der Azoren"; eine Abordnung der Demonstranten wurde von einem Vertreter Kissingers empfangen. Die US-Presse, die der „Azorenfrage" breiten Raum widmet, gab auch das Interview eines Lissaboner UPI-Korrespondenten mit einer „azoreanischen Persönlichkeit mit engen Verbindungen zu den politischen und wirtschaftlichen Kräften des Archipels" wieder, die erklärte: *„Ob die Militärs wollen oder nicht: Binnen zwei Monaten sind wir eine unabhängige Nation. ... Die auf den Azoren stationierten Soldaten haben der Unabhängigkeitsbewegung schon ihre stillschweigende Unterstützung gegeben"* („Jornal do Comercio", 24.7.).

Inzwischen hat die FLA bereits die Bildung einer „Azoreanischen Regierung im Untergrund" bekanntgegeben, deren Ziel die „Schaffung einer demokratischen Republik westlicher Prägung" und die „rasche Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung" sein soll.

Die Einmischung des US-Imperialismus auf den Azoren, vor allem über die Unterstützung der FLA, ist ganz offensichtlich: So wird von einem Abkommen gesprochen, in dem die FLA gegen finanzielle Unterstützung den Imperialisten die Aufrechterhaltung der Basis in Lajes und die Ausbeutung der azoreanischen Kobaltvorkommen zusichert („Süddeutsche Zeitung", 25.7.). Die separatistischen Aktivitäten auf den Azoren bilden aber nur einen Teil der umfassenden konterrevolutionären Offensive, die derzeit an mehreren Fronten gegen den revolutionär-demokratischen Prozeß in Portugal entfaltet wird. •

Spanien-Portugal-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Erfolgreiches Portugal- Solidariätsfest in Oldenburg

Erfolgreiches Portugal- Solidariätsfest in Oldenburg

Am 23.8.75 fand in Oldenburg ein Portugal-Solidaritäts-Fest mit über 500 Teilnehmer in der Aula der Carl von Ossietzky-Universität statt. Zur Teilnahme aufgerufen hatten 9 Jugendzentren und Schülergruppen bzw. Mitglieder solcher Initiativen sowie der KB mit seinen Gruppen und Sympathisantengruppen in Nordwest-Niedersachsen und Bremen und der SSB Bremerhaven. Die Festveranstaltung, die mit einem vielseitigen Programm von 16 bis gegen 24 Uhr dauerte, stand unter den Parolen:

Lutar, criar poder popular! (= Kämpfen und die Volksmacht schaffen!)

Portugal darf nicht das Chile Europas werden!

Schluß mit der Einmischung des US- und BRD-Imperialismus!

Solidarität mit dem Befreiungskampf des angolanischen Volkes – MPLA!

In diesem Sinne wurde in verschiedenen Redebeiträgen die Lage in Portugal und Angola geschildert, die konterrevolutionäre Politik des US- und BRD-Imperialismus und der westdeutschen Sozialdemokratie angeprangert und eine „Solidaritätsresolution an alle fortschrittlichen Menschen Portugals und alle Genossen, die im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus stehen", mit eindrucksvoller Mehrheit verabschiedet (ohne Gegenstimmen bei nur wenigen Enthaltungen, was für alle auf dem Fest verabschiedete Resolutionen gilt).



Mit der Resolution wurde auch beschlossen, sich an der von fortschrittlichen und revolutionären Organisationen verschiedener Länder am 13.8. in Lissabon initiierten internationalen Portugal-Solidaritätswoche zu beteiligen.

In einer Chile-Solidaritäts-Resolution wurden die Forderungen erhoben: *„Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile!"* und *„Schluß mit der Unterstützung der chilenischen Diktatur durch die Bundesregierung!"* Die Teilnehmer des Solidaritätsfestes, so heißt es in der Resolution, *„unterstützen und fördern eine große Solidaritätsveranstaltung mit dem chilenischen Volk und dem chilenischen Widerstand in Bremen."* Der MIR wurde dazu eingeladen.

Besonders hervorgehoben werden muß der ansehnliche Betrag von DM 3.051,40 als vorläufiges Ergebnis einer Spendensammlung und zahlreicher Solidaritätsverkäufe zugunsten der angolanischen MPLA!

Eine Reisegruppe des KB – soeben aus Portugal zurückgekehrt – steuerte eine Foto- und Dokumentenausstellung bei und zum Hauptprogramm einen Reisebericht.

Viel Beifall erhielt ein Soldaten-Genosse, der über die Arbeit in der Bundeswehr berichtete. Er konfrontierte diese Erfahrungen sehr anschaulich mit dem Demokratisierungsprozeß innerhalb der portugiesischen Armee und mit der parteilichen Haltung vieler Soldaten zugunsten der portugiesischen Arbeiterklasse.

Mit Begeisterung wurde schließlich gegen Ende des Festes der Auftritt des Jugendzentrums-Chors Bremervörde mit alten Arbeiterliedern aufgenommen.

Mit diesem Fest ist es gelungen, die Portugal-Solidarität in einen breiteren Kreis von Jugendzentren und Initiativen hineinzutragen und weitere Schritte in der Portugal- und Chile-Solidarität anzugeben. Auf diesem Weg muß weiter gegangen werden. •

KB / Gruppe Oldenburg

Weg mit den Todesurteilen gegen Garmendia und Otaegui

Am 6.9. demonstrierten etwa 1.800 Menschen in Hamburg gegen die Todesurteile, die ein spanisches Kriegsgericht gegen zwei baskische ETA-Genossen verhängt hat.

Zu der Demonstration hatte ein „Spanisches Komitee gegen die Todesstrafen" aufgerufen. Die Demonstration wurde vom „KOMMUNISTISCHEN BUND" (KB) unterstützt, sowie vom „Bund Deutscher Jugend" (BDJ), von den beiden SSB's (Sozialistischer Schülerbund und Sozialistischer Studentenbund, von der „Assoziation lateinamerikanischer Studenten" (AELA), von ORT (Organización Revolucionaria de Trabajadores), von den „Spanischen Arbeiterkommissionen Hamburg", von der Kommunistischen Partei Spaniens" (PCE), von der GIM (Gruppe Internationale Marxisten) und vom KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland). Der KBW war lediglich mit einer „Delegation" von einem halben Dutzend Genossen anwesend, da er „Wichtigeres" zu tun hatte, nämlich am selben Tag Informationsstände gegen den § 218 zu betreiben.

Die DKP, die von Vertretern des Komitees aufgesucht worden war, um sie zur Demonstration einzuladen, ließ durch einen ihrer Vertreter erklären, daß sie sich an einer „maoistisch gesteuerten" Demonstration nicht beteiligen werde. Die DKP habe am 22.9. ihre großes„Pressefest". Dort werde dann sicher auch eine Resolution gegen die Todesurteile abgestimmt werden – also pünktlich fünf Tage nach der wahrscheinlichen Hinrichtung der beiden baskischen Genossen...! Daß für die DKP bisher immer ihr Parteiladen im Vordergrund vor notwendigen gemeinsamen politischen Aktionen stand und ihre Abgrenzungsbeschlüsse gegen alles,was links von ihr steht eines ihrer wenigen „eisernen" Prinzipien ist, war nicht neu.

Doch offenbar kostet es die DKP nicht einmal ein Wimperzucken, daß ihre spanische Bruderpartei, die PCE, angesichts der drohenden Hinrichtung der beiden Antifaschisten ein Aktionsbündnis mit allen Organisationen der spanischen Opposition, d.h. auch mit revolutionären Organisationen wie ORT im Baskenland geschlossen hat und mit diesen zusammen zum Generalstreik im Baskenland vom ersten Prozeßtag an aufgerufen hat. Auch die PCE-Gruppe in Hamburg schloß sich aus solchen Überlegungen heraus der gemeinsamen Demonstration an.

Die fast 2.000 Mann-Demonstration führte durch die Hamburger Innenstadt, in der wegen des verkaufsoffenen Sonnabends tausende von Menschen die Demonstration verfolgen konnten. Es wurden sowohl deutsche wie spanische Parolen gerufen, z.B. „Francos Macht baut auf Mord – finanziert durch Schmidt und Ford", „Ni Franco, ni Rey – el pueblo al poder" (Weder Franco noch König – das Volk an die Macht): immer wieder ging die Parole „Viva ETA" (Es lebe ETA) durch den Zug.

Die spanischen Kollegen und Genossen, die an der Spitze der Demonstration marschierten, hatten sich Tücher vor das Gesicht gebunden, um von den eifrig fotografierenden Spitzeln nicht erkannt zu werden.

Die Demonstration endete in der Nähe des spanischen Konsulats – die Polizei ließ uns nur auf 200 Meter ran; dem spanischen Generalkonsul wurde von einer Delegation eine Protestresolution gegen die Todesstrafen überreicht. ●

Portugal/Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Fast 2.000 Menschen demonstrieren in Hamburg gegen die Todesurteile und das faschistische Regime in Spanien

Freispruch für Joanne Little



Die 20-jährige schwarze Amerikanerin Joanne Little wurde im Frühjahr 1974 verhaftet, weil sie einen Wohnwagen in Washington (Bundesstaat North Carolina) aufgebrochen hatte. Das war die erste Episode in einer Kette von im Kapitalismus „normalen" Ereignissen, die Joanne Little schließlich soweit gebracht haben, daß ihr die Todesstrafe drohte.

Nicht zuletzt aufgrund des mangelnden Rechtsbeistandes durch einen nachlässigen Rechtsanwalt war Joanne Little zu einer hohen Gefängnisstrafe von sieben bis zehn Jahren verurteilt worden. Aus ungeklärten Gründen war sie nicht, wie üblich, in das Frauengefängnis der Landeshauptstadt gebracht worden, sondern in das Kleinstadtgefängnis von Washington. Hier war sie die einzige weibliche Gefangene. Die ausschließlich männlichen Wächter konnten sie jederzeit über einen Fernsehmonitor im Wachraum kontrollieren.

Nach dreimonatiger Haft sah dann der Gefängniswärter Clarenca Alligood seine Stunde der Männlichkeit gekommen. Alligood, ein 62 jähriger Zweizentnermann, Vater von sechs Kindern, war erst 18 Monate dort beschäftigt. In der Nacht zum 27.8.74 wollte er seinen Nachtdienst mit der jungen Gefangenen bereichern. Gegen drei Uhr kam er mit einem Eispickel in die Zelle, nachdem er draußen Hose, Slip und Schuhe abgelegt hatte, und wollte sie vergewaltigen.

Dabei konnte Joanne Little den Eispickel nehmen und erstach den schweinischen Kerl.

In panischer Angst floh sie daß nach aus dem Gefängnis.

Joanne Little wurde daraufhin wegen Mordes gesucht und von der rassistischen Polizei zur „vogelfreien Person" zum „outlaw", die jeder auf der Flucht erschießen kann, erklärt.

Deshalb stellte sich Joanne Little freiwillig den Behörden. Mutig kämpfte Joanne Little gegen den von der herrschenden Klasse verbreiteten Rassismus und eine frauenverachtende Sexualität, deren Opfer sie wurde – und mit ihr tausende andere Arbeiterfrauen, die im Kapitalismus leben.

Breite Solidarität mit Joanne Little

Joanne Little stand wegen Mordes vor Gericht. Ihr drohte die Todesstrafe. Die bürgerlichen Gerichte wollten ihr einen schnellen Prozeß machen, indem die Hintergründe der „Tat" nicht benannt wurden und der Tatbestand der Notwehr zunächst nicht anerkannt wurde. Das erhöhte die Wellen des Protestes.

Breite Solidarität organisierten Frauen- und Bürgerrechtsgruppen in den Staaten. In den großen Städten bildeten sich Solidaritätskomitees. Schwarze Juristinnen führten eine Konferenz zum Prozeß durch. Nur durch diese breite Solidarität gelang es, eine 115.000 Dollar-Kaution für Joanne Little zu stellen.

Der Staatsanwalt, der dem Geschworenen-Gericht wesentliche Fakten vorenthielt, meinte dazu: „Wer aus der Little-Sache eine Staatsaffaire macht, stellt die Werte unsere Gesellschaft auf den Kopf"!

In dieser rassistischen Atmosphäre schien Joanne von vornherein verurteilt. Aufgrund des breiten Druckes der Solidaritätskampagne änderte das bürgerliche Gericht jedoch zunächst die Anklage von Mord auf Totschlag, um Joanne schließlich freizusprechen.

Dieser Freispruch ist ein weiterer Schritt im Kampf gegen die Rassendiskriminierung der Schwarzen und im Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen.

USA-Kommission und Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Weg mit den Todesurteilen in Spanien

Am 28.8. verhängte das Kriegsgericht von Burgos (Kastilien) die erwarteten Todesstrafen gegen zwei baskische ETA-Genossen. Die Vollstreckung der Todesurteile kann ab 13.9. durchgeführt werden, falls sie nicht begnadigt werden; doch das scheint bei den derzeitigen politischen Zuständen in Spanien sehr unwahrscheinlich.

Das faschistische spanische Regime hat zu einem Generalangriff gegen die gesamte Opposition ausgeholt. Mit den neuen Anti-Terror-Gesetzen hat eine neue Stufe schärfster Verfolgung jeden politischen Widerstandes gegen dies mörderische System eingesetzt. Das neue Gesetz erleichtert die Verhängung von Todesstrafen und bedroht alle, die sog. Terroristen unterstützen mit hohen Gefängnisstrafen.

Die Presse, die in Spanien in letzter Zeit auch kritische Kommentare zur Innenpolitik brachte, wurde mundtot gemacht. Redakteure, deren Artikel *„offen oder verdeckt"* Sympathie mit Aktionen der *„kommunistischen, anarchistischen, separatistischen Gruppen und Organisationen oder solchen, die die Gewalt als ein Mittel der sozialen und politischen Aktion anwenden"*, zum Ausdruck bringen, müssen künftig mit hohen Geldstrafen, Berufsverbot und Gefängnis rechnen. Es wurden bereits die bekanntesten oppositionellen Wochenzeitschriften kurz nach Bekanntgabe des Gesetztes beschlagnahmt: „Destino", „Cambio 16", „Posible" und „Doblon". Die kritische Wochenzeitschrift „Triumfo" wurde für vier Monate verboten. „Cambio 16" erschien in der ersten Semptemberwoche mit einer ganz schwarzen Titelseite, darauf nur eine kleine Zeile in weiß: „Arme Presse".

In Vizcaya und Guipuzcoa haben seit dem ersten Prozeßtag gegen die beiden baskischen ETA-Genossen zehntausende von Arbeitern gestreikt, Läden schlossen aus Protest gegen den Kriegsgerichtsprozeß. In San Sebastián kam es auch zu Demonstrationen. Ein Bulle in Zivil feuerte dabei wieder einmal gegen die Demonstranten – der 23 Jahre alte Garcia Repalda wurde dabei ermordet. Zwei weitere Antifaschisten, darunter ein junges Mädchen,wurden bei Schießereien der Bullen in der Nähe von San Sebastián schwer verletzt. 150 Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte u.a. aus Burgos, wo das Kriegsgericht stattfand, haben in einem offenen Brief gegen die Todesurteile und das Kriegsgerichtsverfahren protestiert. Im französischen Baskenland sind Luxuslimousinen von Spanien-Touristen, darunter das der Mutter von Fabiola, aus Protest verbrannt worden. Im Gefängnis von Barcelona sind die politischen Häftlinge in Hungerstreik getreten. Sie wurden sofort wegen „Unterstützung des Terrorismus" angeklagt!

Das Terror-Regime des Bürgerkriegs-Generals Franco bereitet eine Kette von Todesurteilen vor, fünf angebliche Mitglieder der FRAP sollen in den nächsten Tagen wegen Tötung eines Polizisten ebenfalls zum Tode verurteilt werden. Drei weitere angebliche FRAP-Mitglieder sind am 2.9. verhaftet worden. Auch ihnen wird ein toter Bulle zur Last gelegt. Während jedoch ETA V. bei Kommando-Aktionen gegen Bullen und Spitzel diese sehr genau nach ihrer politischen Bedeutung,z.B. hohe Bullen des politischen Informationsdienstes,aussucht, hat die FRAP offenbar die Parole „Bullen abknallen" ausgegeben. Einer der erschossenen Guardia-Civil-Angehörigen stand Wache vor einem Reisebüro... Diese politisch blinde Haltung kostet der FRAP Sympathien innerhalb der Opposition, die sonst solchen Aktionen mit stiller Zustimmung gegenübersteht.

Am 5.9. wurden in Madrid 36 weitere angebliche Mitglieder der FRAP verhaftet, darunter 10 Frauen. Auch ihnen wird Teilnahme an Anschlägen gegen Guardia-Civil-Bullen usw. vorgeworfen. Nach den neuen Anti-Terror-Gesetzen reicht schon diese Beschuldigung aus, um diese Menschen „legal" zu morden. Bekanntlich spielen bei den Kriegsgerichten Zeugen, Beweise und ähnlicher „Firlefanz" keine Rolle.

Das faschistische Franco-Regime ist dabei, ein Blutbad anzurichten!

Wir fordern:

– Weg mit den Todesstrafen, weg mit dem Anti-Terror-Gesetz in Spanien
– Für den revolutionären Sturz des Franco-Regimes! ●

Portugal/Spanien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

USA:

USA:

„Der Kartellprozeß des Jahrhunderts"

Seit Mai dieses Jahres wird gegen den Computerkonzern IBM in den USA ein Kartellprozeß geführt, mit dem Ziel, IBM in mehrere Einzelgesellschaften aufzuspalten. Die Begründung lautet: IBM besitzt auf dem Computer-Markt eine Monopol-Stellung, die sie *„mit nicht immer einwandfreien Mitteln erreicht"* habe („FAZ"). Tatsächlich ist es so, daß IBM den gesamten Computermarkt beherrscht und daß sich sämtliche Konkurrenten an den Standards von IBM orientieren müssen, wenn sie eigene Programme entwickeln.

Die Ermittlungen zu diesem Prozeß laufen bereits sechs Jahre (!) und es haben sich bereits 50 Millionen Blatt Prozeßakten angesammelt. Beispiel für die „Zerschlagung" des Konzerns soll die im Jahr 1911 erfolgte „Zerschlagung" der Standard Oil sein. Ein hervorragendes Beispiel, wenn man bedenkt, daß sämtliche „Zerschlagungsprodukte" heute zu den größten Mineralölgesellschaften der Welt zählen und Macht und Einfluß munter ausbauen konnten!

Und so wird sicherlich der „Kartellprozeß" des Jahrhunderts auch den Erfolg haben, daß IBM mit noch mehr Macht daraus hervorgeht, als vorher. Obwohl der Prozeß erst in seinem Anfangsstadium steckt, jammert der Kommentator der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" bereits heute über den Ausgang: „. . . *da sie* (die nach der Zerschlagung vorhandenen Einzelgesellschaften – AK) *jeweils nur in einem Produktionszweig tätig sind, könnten sie womöglich erfolgreicher arbeiten als jetzt. Aus einem Tiger, der seine Umwelt in Furcht und Schrecken versetzte . . . wären dann plötzlich fünf oder sechs geworden, die ihren Mitbewerbern auch noch den letzten Bissen vor der Nase wegschnappten."*

Durch diese Aussagen, die sich natürlich nur auf die „Gefährlichkeit" von IBM für andere Computerhersteller bezieht, wird deutlich, daß niemand erwartet, daß IBM auch nur ein Fitzelchen seiner Macht abgeben wird.

Dieser Prozeß wird ergeben, daß selbst „das schärfste Kartellgesetz der Welt" (wie das amerikanische häufig genannt wird) kein Hinderungsgrund ist, Kartelle Trusts etc. zu bilden und ihre Macht munter auszubauen. Immerhin ist in Amerika die Bildung von Trusts verboten, ein Witz, da die amerikanischen Konzerne die profitgierigsten und machtbesessensten der Welt sind und Träger des bluthungrigen amerikanischen Imperialismus. ●

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

Betriebsärztegesetz sichert noch bessere Kontrolle über Arbeiter

Mit Wirkung vom 1.1.75 wurde die BRD um ein „Reformwerk" reicher, das *„Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit"*. Aus diesem Komplex werden im folgenden die neuen gesetzlichen Grundlagen für Betriebsärzte und erste Erfahrungen damit herausgegriffen.

Die „Reformer" gehen in ihrem Gesetz zunächst einmal pauschal davon aus, die Kapitalisten hätten ein Interesse daran, arbeitende Menschen zu schützen. Die Betriebsärzte erhalten deshalb nur die Aufgabe, *„den Arbeitgeber beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung in allen Fragen des Gesundheitsschutzes zu unterstützen"*.

Ein Arbeitsmediziner ist somit von vornherein an die Kette des Kapitalisten gelegt. Im ganzen Reformwerk findet sich kein Wort, daß er möglicherweise auch Forderungen der Kollegen nach Gesundheitsschutz zu unterstützen habe .

Falls doch einmal ein Arzt die in der kapitalistischen Produktion nicht erst lange zu suchenden menschenfeindlichen Bedingungen verbessern will, landet er mit seinen Untersuchungsergebnissen – gesetzlich vorgeschrieben – wieder beim Kapitalisten. Er hat sich zunächst mit dem Betriebsleiter zu einigen. Sollte das nicht gelingen, so kann er seinen Vorschlag *„unmittelbar dem Arbeitgeber...unterbreiten"*. Weiter geht es nicht. Aber um solche Ärzte gar nicht erst in den Betrieb zulassen, überläßt der Staat die Bestellung der Betriebsärzte den „marktwirtschaflichen Spielregeln".

Ein Rechenspiel aus der Belegschaftsstärke, und einen diffusen Grad der „Gesundheitsgefährdung" entscheidet darüber, ob der Betrieb sich einen eigenen Arzt einstellt oder sich einem überbetrieblichen Ärztezentrum der Berufsgenossenschaften anzuschließen hat. Für einen *„nicht besonders gesundheitsgefährdeten"* Arbeiter wird z. B. eine jährliche Behandlung durch den Betriebsarzt von 15 Minuten(!) zugrunde gelegt. Bei den am meisten gefährdeten Arbeitern ist durchschnittlich eine Stunde im Jahr (!) angesetzt. Diese Stunde umfaßt die Untersuchung des Kollegen, die Überprüfung der Schadstoffe, des Arbeitsplatzes und die Ausarbeitung eines Verbesserungsvorschlages.

Muß ein Betrieb nach dieser
Ausarbeitung eines Verbesserungsvorschlages.

Muß ein Betrieb nach dieser „Berechnung" einen Betriebsarzt bestellen, wird dieser fester Angestellter des Kapitalisten. Zwischen beiden wird ein Jahresgehalt ausgehandelt, ein Arbeitsvertrag abgeschlossen und die Arbeitsbedingungen des Arztes besprochen. Der finanzielle Status eines Betriebsarztes hängt damit von seiner Leistung, sprich Nutzen für den Kapitalisten ab. Liegt aber beispielsweise die finanzielle Forderung eines Arztes nach der Meinung des Kapitalisten zu hoch,gibt es überhaupt keinen Betriebsarzt. Das überbetriebliche Ärztezentrum wird zuständig.

Letzteres wäre allerdings für die Kollegen noch die bessere Alternative. Denn der ausschließlich für einen Kapitalisten arbeitende Arzt erhält durch Gesetz, Bezahlung und Abhängigkeit praktisch einen Top-Manager-Status.

Wie ist die Arbeit des Betriebsarztes im einzelnen geregelt?

Sie haben die Kapitalisten insbesondere zu beraten in Fragen *„des Arbeitsrythmus, der Arbeitszeit und der Pausenregelung, der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs und der Arbeitsumgebung "*

Die „Beratung" sieht in der Praxis so aus, daß der abhängige Betriebsarzt selbst an klar gesundheitsgefährdenden Produktionsbedingungen nichts finden wird und dem Kapitalisten dadurch ständig ein „fachgerechtes" Alibi liefert. Während vor dem Inkrafttreten des Gesetzes Kollegen und Betriebsräte mit Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen noch direkt auf den verantwortlichen Kapitalisten stießen, treffen sie jetzt auf einen Betriebsarzt, der als Puffer und Schlichter zugleich auftritt.

Weiter hat der Betriebsarzt *„zu beraten in Fragen des Arbeitsplatzwechsels und die Arbeitnehmer zu untersuchen, arbeitsmedizinisch zu beurteilen und zu beraten sowie die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten."*

Dies führt in der Praxis dazu, daß der Betriebsarzt der Personalabteilung die notwendigen medizinischen Begründungen liefert, wenn Kollegen auf andere Arbeitsplätze abgeschoben werden sollen. In Hamburger Chemiebetrieben wurde z.B. außerdem die Erfahrung gemacht, daß Betriebsärzte bei Rationalisierungsvorhaben gezielt eingesetzt wurden, um Kollegen wegzurationalisieren. Die gesundheitlich am meisten verbrauchten Kollegen konnten aus „medizinischen Gründen" nicht weiter eingesetzt werden.

Desweiteren sollen die Betriebsärzte die Kollegen überwachen. Sie haben *„darauf hinzuwirken, daß sich alle im Betrieb Beschäftigten den Anforderungen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung entsprechend verhalten."* Wenn nicht, soll der Betriebsrat sie beim Kapitalisten denunzieren. Hier wird auch im Gesetz manifestiert, die Arbeiter seien im wesentlichen selbst Schuld an Betriebsunfällen, man müsse sie eben nur richtig erziehen.



„Nehmen Sie es nicht auf die leichte Schulter! Sobald Sie den Krankenschein haben, kommen Sie schnell zurück!"

Texaco Heide: Gesetz voll ausgeschöpft

Texaco Heide: Gesetz voll ausgeschöpft

In einigen Betrieben werden Betriebsärzte – vor diesem Gesetz gab es bereits sogenannte betriebliche Vertragsärzte – in ein noch weiterreichendes Kontrollsystem integriert. In der Texaco-Raffinierie Heide bestand beispielsweise seit Jahren eine Betriebskrankenkasse und es waren mit sozialdemokratischen Betriebsräten „Schonarbeitsplätze" eingerichtet worden. Das hört sich zunächst gut an, doch nutzen tut es allein den Texaco-Bossen. Denn der vom Kapitalisten bezahlte Vertragsarzt untersucht die Kollegen nach Betriebsunfällen auf „Diensttauglichkeit". Kollegen, die wegen der Unfallfolgen auf ihrem Arbeitsplatz nicht mehr eingesetzt werden können,wird geraten, auf „Schonarbeitsplätzen" weiterzuarbeiten. Konsequenz: Sie fegen die Anlagen oder sie müssen andere Hilfsarbeiten verrichten, die auch mit einem halben Daumen noch erledigt werden können. Die Texaco erhält sich so die Arbeitskraft und spart gleichzeitig Beiträge an die Berufsgenossenschaft. Denn diese bemessen sich nach den Krankheitstagen!

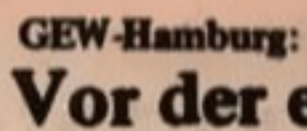
Der Vertragsarzt prüft also nicht nur, ob ein Arbeiter krank oder nicht krank ist, sondern placiert das Urteil dazwischen: Zwar krank, aber für sogenannte „Schonarbeit" durchaus geeignet. Dieses schmutzige System wird von der Texaco zusätzlich durch eine „Unfallverhütungsprämie" abgesichert. An die Arbeiter wird nach der zusammengezogenen Zahl der Krankheitstage eine geringe Geld-Prämie (oder auch keine!) pro Jahr ausgezahlt. Dieses Kopfgeld führt zu einer Kontrolle der kranken Arbeiter durch ihre Kollegen. Häufig muß ein Arbeiter damit rechnen, von seinen Kollegen auf die Füße getreten zu werden: „Du machst uns die Prämie kaputt".

Die letzte Absicherung, daß ja kein Kollege sich richtig auskuriert

Füße getreten zu werden: „Du machst uns die Prämie kaputt".

Die letzte Absicherung, daß ja kein Kollege sich richtig auskuriert oder etwa „krankfeiert", erfolgte über die Betriebskrankenkasse. Krankmeldungen gehen an die (natürlich vom Kapitalisten bezahlte) Leitung der Betriebskrankenkasse, die den ganzen Fall überprüft. In der Texaco-Raffinerie sitzt praktischerweise der Personalchef persönlich im Beirat der Krankenkasse.

Als einmal die Krankheitstage durch Arbeitsunfälle in der Heider Raffinerie drastisch anstiegen, erklärte der Werksleiter dazu, der Vertragsarzt sei in diesem Jahr lange verhindert gewesen und man wisse doch, daß andere Ärzte ohne *„Kenntnis*



des Betriebsgeschehens" immer gleich krank schrieben.

Freie Arztwahl ?

Die sozialdemokratischen Befürworter dieses Betriebsärztesystems pflegen sich in solchen Fällen mit dem Hinweis zu rechtfertigen, die „freie Arztwahl" sei durch das Gesetz „keineswegs eingeschränkt". Sie begreifen nicht – oder wollen nicht begreifen – welchem Druck Kollegen ausgesetzt sind, die gegen diese Bespitzelungen kämpfen. Solche Kollegen werden erfahrungsgemäß bei der nächsten Rationalisierung als erste berücksichtigt, und zwar bekanntlich wegen der „genommenen" Krankheitstage. Nur so ist zu erklären, daß die Heider Kollegen sich auskurierten, als sie vorübergehend der Kontrolle des Kapitalistenarztes entzogen waren.

Da diese Funktionen beim Betriebsarzt im Vordergrund stehen, spielt seine Qualifikation auch keine Rolle. Nach einer dubiosen sechswöchigen Schulung (ansonsten dauert eine Facharztausbildung Jahre!) kann sich jeder Arzt „Arbeitsmediziner" nennen und wird auf die Kollegen losgelassen.

Auch an quertreibende Betriebsräte dachte der Gesetzgeber. In dieser entscheidenden „sozialen Frage" sind die Betriebsräte so gut wie ausgeschaltet. Der Kapitalist bestellt nach Prinzip „Angebot und Nachfrage" einen Betriebsarzt und der Betriebsrat hat seiner Anstellung zuzustimmen. Eine Ablehnung muß reichlich begründet werden und ist nur in Ausnahmefällen möglich. In der Regel wird sie anschließend durch die „Einigungsstelle" laut Betr.V.G. oder die Arbeitsgerichte doch erzwungen werden. Damit ist es aber auch schon Schluß mit der „Mitbestimmung". Denn den Arzt nach einer Beobach-

die Arbeitsgerichte doch erzwungen werden. Damit ist es aber auch schon Schluß mit der „Mitbestimmung". Denn den Arzt nach einer Beobach-tungszeit wieder abbestellen, kann nur der Kapitalist. Dem Betriebsrat wird kein Initiativrecht gewährt.



Unfallopfer – einer von vielen Tausend in jedem Jahr

Die Forderung vieler Arbeiter nach einer fachkundigen medizinischen Betreuung sowie einer Kontrolle und Abschaffung gesundheitsgefährdender Produktionsbedingungen wurde ins Gegenteil verkehrt. Stattdessen bildet dieses Gesetz eine Grundlage, die medizinische und krankenversicherungsmäßige „Betreuung" aus staatlicher Kontrolle gleich in die Hände der Kapitalisten selbst zu legen. Die Kontrolle der Arbeiter auf diesem Gebiet wird durch die direkte Form noch schärfer. ●

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

GEW-Hamburg:

Vor der ersten Landesvertreter versammlung

Nachdem die von GEW-Mitgliedern gegen den Vorstand erzwungene Hauptversammlung im Mai 1975 sich selbst abgeschafft und durch eine Landesvertreterversammlung ersetzt hat (vgl. AK 63,), richtete der GEW-Vorstand seine Aktivitäten sofort darauf, eine für ihn günstige Zusammensetzung der LVV zu erreichen. Zwar mußte er hinnehmen, daß eine Vertrauensleuteversammlung mit knapper Mehrheit beschloß, den Vorstandsmitgliedern kein automatisches Stimmrecht auf der LVV einzuräumen. Andererseits wurde die Wahlordnung für die Delegierten zur LVV selbstherrlich von ihm erlassen.

Auf der ersten LVV am 22. und 23.9. stehen nicht nur die Wahlen des 1. Vorsitzenden der GEW-Hamburg und fünf weiterer (von 41) Vorstandsmitgliedern auf der Tagesordnung, sondern auch die Abstimmung über eine Verschärfung der im Mai gebilligten „Abhängigkeitsklausel" (Unterwerfung des Hamburger Landesverbandes unter die reaktionäre Bundessatzung). Der Satz *„der (Landesverband) ist verpflichtet, seine Tätigkeit gemäß den Bestimmungen der Bundessatzung zu vollziehen"* reicht der GEW-Führung nicht, um ihre Säuberungen und Knebelungen der Mitgliederaktivitäten abzusichern. GEW-Boß Frister verlangt daher die *unmittelbare Gültigkeit* von Beschlüssen der Bundesorgane der GEW, damit Bundesvorstand und Hauptausschuß ungestört von demokratischen Mitgliederrechten schalten und walten können.

Wie üblich begeht der Vorstand mit diesem Vorhaben erneut Satzungsbruch. Denn die „scharfe" Fassung der „Abhängigkeitsklausel" war auf der HV vom 22.5. abgelehnt worden und eine Angelegenheit, über die entschieden ist, darf nach der Geschäftsordung der GEW binnen Jahresfrist nicht mehr auf die Tagesordnung (es sei denn, 600 Mitglieder verlangen dies). *Wenn die Delegierten auf der LVV dem Vorstandsantrag auf Verschärfung der „Abhängigkeitsklausel" zustimmen, so fallen sie den Mitgliedern direkt in den Rükken.*

Steht ein „Machtwechsel" im Vorstand bevor?

Im „Hamburger Abendblatt" vom 1.9. malt die Springer-Presse das „Schreckensbild" einer „roten" Machtübernahme im Hamburger Vorstand der GEW an die Wand, unter

1.9. malt die Springer-Presse das „Schreckensbild" einer „roten" Machtübernahme im Hamburger Vorstand der GEW an die Wand, unter anderem weil „Volksfront-Didi" (so das „Abendblatt" über Diedrich Lemke, den Vorsitzenden der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer") zum 1. Vorsitzenden kandidiert. Zweifellos bestehen Chancen, daß bei dieser Wahl der Kandidat der bisherigen Vorstandslinie, Jörn Norden, der als ausgesprochen rechter Mann gilt, keine Mehrheit bekommt. Denn die Auseinandersetzungen um die Anpassung der Landessatzung an die Bundessatzung und die immer offenere Unterstützung der staatlichen „Sparpolitik" durch den GEW-Vorstand hat einem großen Teil der Mitglieder gezeigt, daß der Vorstand gegen ihre Interessen arbeitet.

In dieser Situation versuchen sich die Kräfte um Lemke (ASL) als liberalere „Alternative" herauszustellen. Auf der letzten Hauptversammlung hatte die ASL in der entscheidenden Abstimmung über die „Abhängigkeitsklausel" eine Mehrheit auf sich vereinigen können. Diese war aber nur dadurch zustande gekommen, daß der Vorstand auf diesen Antrag einschwenkte, nachdem seine eigene schärfere Fassung gescheitert war. Allein hatte diese Strömung kaum mehr Stimmen als die Linken, die konsequent gegen jede Anerkennung der undemokratischen Bundessatzung gestimmt hatten. Letzlich war es so die ASL-Gruppe – die übrigens vorbehaltlos (!) von den DKP-Lehrern unterstützt wird – gewesen, die den Gewerkschaftsführern zum entscheidenden Durchbruch in der Satzungsfrage verholfen hat.

Lemke ist, um gewählt zu werden, praktisch auf die Stimmen aller fortschrittlichen Delegierten auf der LVV angewiesen. Dabei ist ihm die DKP, die seit geraumer Zeit auf eine eigene Gewerkschaftspolitik verzichtet, von vornherein „sicher". Dennoch geht es absolut daneben, Lemke irgendwie mit einer „Volksfront-

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

politik" in Verbindung zu bringen. Dies würde eine Art von politischer Gemeinsamkeit oder Zusammenarbeit mit der Linken – wenn auch sehr gering entfaltet – voraussetzen. Die ASL hat aber von Anfang an jeden solchen Ansatz abgelehnt mit der Argumentation, daß dies Stimmen kosten würde. Selbst das wäre unter Umständen noch „verständlich". Bisher hat Lemke jedoch jede klare politische Aussage zu den zentralen Auseinandersetzungen in der GEW vermieden. Er spekuliert einzig und allein auf die H o f f n u n g vieler GEW-Mitglieder, diese Gruppierung würde gegenüber dem alten Vorstand irgendwie ein „kleineres Übel" darstellen. Damit fällt die ASL noch hinter die Linie des derzeitigen „links"sozialdemokratischen Westberliner GEW-Vorstandes zurück. Sicher ist bei dieser Gruppierung nur die Abgrenzungspraxis gegen links – offen wird gehalten, wie weit r e c h t s die Politik eines solchen Vorstandes liegen würde.

Von „wählbaren" Vorstandskandidaten muß wenigstens ein konsequenter Kampf gegen die Berufs- und Ausbildungsverbote einschließlich eines vollen Rechtsschutzes für a l l e Betroffenen erwartet werden. Die logische Konsequenz des Kampfes gegen die Berufsverbote ist der innergewerkschaftliche Kampf um die Aufhebung der „ Unvereinbarkeitsbeschlüsse". Wer in diesen zwei entscheidenden Punkten nicht klar Stellung bezieht, kann nicht als demokratische Alternative zum bisherigen Vorstand angesehen werden.

Weitere Punkte einer fortschrittlichen Wahlbegründung wären eigentlich selbstverständlich:

– im Verhältnis zur Bundesorganisation müssen die Mitgliederrechte, die in der Landessatzung noch enthalten sind, erhalten bleiben, also keine weitere Verschärfung der „Abhängkeitsklausel";

– eine Abschaffung des Vertrauensleutekörpers muß verhindert werden, weil die gewerkschaftliche Kampfkraft mit den Vertrauensleuten liquidiert würde; die Delegiertenversammlung ist dagegen ein weitgehend ohnmächtiges Gremium nach dem Muster bürgerlicher Parlamente;

– im Kampf gegen die „Sparpolitik" muß die GEW mit allen davon Betroffenen, vor allem den Eltern und Schülern solidarisch zusammenarbeiten;

– arbeitslose Lehrer und Lehramtskandidaten müssen volle Mitgliederrechte in der GEW erhalten.

Wir erwarten nicht von der Wahl von Vorstandskandidaten einen entscheidenden Wandel in der GEW-Politik – insofern kommt der Vorstandswahl ohnehin nur eine untergeordnete Rolle zu. Eine Stimmabgabe für einen liberaleren Kandidaten könnte nur dann sinnvoll sein, wenn dadurch die fortschrittlichen Kollegen in der GEW mehr Raum für politische Initiativen gewinnen könnten.

Nicht dem Vorstand trauen Auf die eigenen Kräfte bauen!

Nicht durch eine „fortschrittlicher zusammengesetzte" LVV oder einen „linken" (??) Vorstand wird eine andere Politik der GEW erreicht werden, sondern nur durch verstärkte Aktivitäten der Mitglieder gegen „Sparpolitik" und politische Unterdrückung. In AK 63 haben wir ausgeführt, daß den fortschrittlichen Mitgliedern durch die Niederlage im Satzungsstreit keineswegs das Rückgrat gebrochen worden ist. Das Engagement vieler Kollegen gegen die „Sparmaßnahmen" bestätigte den Willen zur Aktivität. Umso mehr kommt es darauf an, hier weiter zu arbeiten und insbesondere eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Eltern und Schülern zu erreichen – auch gegen den erklärten Willen des Vorstandes.

Schädlich ist es, auf Lemke und Konsorten hereinzufallen und vor allem in ihrer Wahl den großen Durchbruch zu sehen, gleichzeitig aber die eigenen Aktivitäten einzuschränken. Genau eine solche sozialdemokratische Kanalisierung der fortschrittlichen Kräfte und eine Isolierung der Kommunisten ist die Absicht und objektive Aufgabe der Lemke & Co. ●

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Deutsche Faschisten in Chile aktiv

Mitte Juni dieses Jahres wurde die evangelisch-lutherische Kirche in Chile durch faschistische Deutsch-Chilenen gespalten.

Die Mehrzahl der Gemeinden sind aus dem Kirchenverband ausgetreten, mit der Begründung, daß Bischof Frenz in den Gemeinden „Mißbrauch der Ämter zu politischen Zwecken" betrieben habe. So hatte er u.a. durch die Gründung des „Komitees für den Frieden in Chile" sich den Haß der faschistischen Deutsch-Chilenen zugezogen. Das Komitee half politisch verfolgten Häftlingen, in mehr als 200 „Comedores" wurden ca. 10.000 unterernährte Kinder durchgefüttert, Initiativen unterstützt, wo Arbeiter selbständig Werkstätten aufgemacht hatten und vieles andere mehr.

Die reaktionären ausgetretenen Deutsch-Chilenen haben daraufhin mehrere Versuche gestartet, Frenz mundtot zu machen, die bisher aber alle fehlschlugen. So schrieben sie u.a. einen Brief an Pinochet und forderten ihn auf, Frenz des Landes zu verweisen bzw. vor Gericht die Auflösung seiner Restgemeinde zu beantragen.

Dr. Julius Lajtonyi, Leiter der Veterinärabteilung der chilenischen Niederlassung der Chemischen Werke Bayer (!) ist ein Wortführer dieser reaktionären Horde. Er – mit zwei Finger breitem Bärtchen unter der Nase à la Adolf Hitler – gab am 1.8.1975 in der „Süddeutschen Zeitung" ein Interview, in dem der faschistische Schmutz klar und deutlich zu Tage tritt.

Darin beschwerte er sich darüber, daß man heute in Deutschland (!) nicht mehr so zu denken scheint wie die Deutsch-Chilenen. Es würden immer mehr Pastoren geschickt, „*die mehr Soziologie als Religion studiert haben*", wobei dann herauskomme, daß „*eine kleine aggressive Minderheit... den Bolschewismus fördere...*"

„*Schon vor dem 11. September 1973* (Putsch gegen Allende) *haben diese Leute mit großem finanziellen Aufwand des gleichen kommunistischen Weltkirchenrates, der in Mocambique die bolschewistischen Frelimo mit Waffen versorgte, die nach Chile einströmenden Horden brasilianischer, bolivianischer und uruquayischer Terroristen unterstützt...*"

Und weiter: „*die menschliche Gesellschaft braucht Ordnung und hat das Recht, sich gegen Wölfe zu wehren, die diese Ordnung zerstören. Wer die Wölfe schützt, verstößt gegen die menschliche Gesellschaft.*" (Alle Zitate aus „SZ", 1.8.1975.)

Was Dr. Lajtonyi ansonsten noch in Erregung brachte, war der durchaus zutreffende Vergleich von Frenz, daß die Deutsch-Chilenen, in der Mehrzahl sehr reiche Landbesitzer und Inhaber von Geschäften, ihre Kühe besser behandeln würden als die Landarbeiter.

Beraten wird Dr. Jajtony übrigens vom Vertrauensanwalt der deutschen Botschaft in Chile, Dr. Ramdohr!

Der neue Vorsitzende der abgespaltenen Gemeinden, Dr. Wagner, der von Lajtonyi wegen seines „Rechtsglaubens" stark gelobt wird, wurde übrigens bereits von Pinochet empfangen.

Alle drei zusammen haben dann auch gleich eine neue Verfassung für die ausgetretenen Kirchengemeinden mit ca. 20.000 Mitgliedern ausgearbeitet, die es künftig gewährleisten soll, daß die „Hirten (Gottes) jederzeit an ihr Angestelltenverhältnis" erinnert werden können.

Offener Brief eines Deutsch-Chilenen

Daß die Deutsch-Chilenen zu den offenen Bewunderern von Pinochet gehören und ihn als Retter vor dem Marxismus begreifen, ist bereits kurz nach dem Putsch u.a. an einem Offenen Brief des Deutsch-Chilenen Adolf Pöschel an den Schriftsteller Heinrich Böll zum Ausdruck gekommen, der sich in einem Brief an die Bundesregierung für die Wahrung der Menschenrechte in Chile bemüht hatte.

In übelster Manier wird die Allende-Zeit als einziger Horror gegen die Bevölkerung hingestellt: „*Haben Sie die Hunderte von Metern langen Schlangen vor den Fleischereien gesehen, in denen die Frauen von den frühen Morgen- und sogar Nachtstunden an geduldig warteten, um ihrer Familie etwas zu essen zu bringen? Haben Sie Bekannte, die auf den Liquidierungslisten der Sozialistischen Partei – der Partei des Präsidenten Allende – standen und am Tage des Roten Aufstandes am 17.9.73 umgebracht werden sollten? Ich bin glücklich, daß meine Wohnung in der Nähe des Hauptquartiers der III. Heeresdivision liegt. Ich freue mich über jeden Soldaten, den ich mit seiner Maschinenpistole für mich und meine Familie wachen sehe...*"

Und zum Schluß des Briefes: „*Wenn Sie etwas für Chile und die Menschheit tun wollen, so helfen Sie der jetzigen Regierung, das Land, nach der Zerstörung durch eine Regierung, die nur vorgab, etwas für das Volk zu tun, so schnell wie möglich wieder aufzubauen...die chilenischen Soldaten haben ihr Volk vor einem entsetzlichen Blutbad bewahrt...*".

In widerwärtiger Weise werden die längst entlarvten Lügengeschichten aufgetischt, von den langen Schlangen vor den Geschäften, die dadurch entstanden, daß es gerade die Faschisten waren, die nichts Besseres zu tun hatten, als die Wirtschaftspolitik unter Allende durch alle möglichen Sabotageakte zu zerstören, die Waren in riesigen Ausmaßen gehortet haben, die dem Schwarzhandel zum Aufschwung verhalfen. Genauso das Märchen vom Roten Aufstand, der angeblich am 17. September stattfinden sollte, und der eine reine Erfingung dieses Abschaums ist, um u.a. so den Putsch vom 11. September zu rechtfertigen. Es hat keinerlei Listen gegeben, wo Todeskandidaten der Konterrevolution aufgeführt wurden (leider, kann man da nur bemerken).

Diesen Leuten den Garaus zu machen, wird ein notwendiger Akt sein, will sich das chilenische Volk seine Freiheit wieder erkämpfen. ●

Chemiekomitee/
KB Gruppe Hamburg

Der Fall Juan Fuentes

Mocambique die bolschewistischen

In übelster Manier wird die Al-

KB Gruppe Hamburg

Der Fall Juan Fuentes – Ein Beispiel der Repression in Chile –

Seit dem faschistischen Putsch in Chile vom 11. September 1973 sind insgesamt ca. 30.000 Chilenen ermordet worden. Neben sofortigen Massenerschießungen gleich nach dem Putsch sind viele in den unzähligen Konzentrationslagern in Chile umgebracht und meist zuvor brutal gefoltert worden.

Sehr häufig hat die Junta es noch nicht einmal für nötig gehalten, die Verhaftungen überhaupt zu bestätigen, so daß die Verwandten und Freunde der Verschlollenen in stetiger Ungewißheit leben müssen. Nach einer Statistik des Internationalen Roten Kreuzes gibt es in Chile insgesamt 1.500 „Verschwundene", d.h. Menschen, von denen niemand – außer der Junta – weiß, ob sie noch am Leben sind oder bereits dem Terror der Faschisten zum Opfer gefallen sind.

Unter der Überschrift „Statt wahlloser gezielte Verhaftungen – Chiles Militärjunta verletzt weiter die Menschenrechte" berichtete am 14./15. August die „Süddeutsche Zeitung" über die Verhaftungspolitik der Junta.

Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete u.a. über den Fall des Chilenen Juan Fuentes, dessen Frau erst über unzählige Nachforschungen bei den Gefängnissen herausbekam, daß ihr Mann längst tot ist und auf dem Friedhof bei Quillota beerdigt wurde. Angeblich hatte sich folgendes ereignet:

„*Unter dem Datum vom 13. Juni 1975 bestätigt Santos Domingo Armijo Lopez, stellvertretender Direktor des Gendarmerie-Gefängnisses von Santiago, auf Bitte von Frau Teresa Raquel Fuentes Ossandon, daß ihr Ehemann Juan Abelardo Fuentes Zamorona am 11. Juni 1975 um 22.35 Uhr von einer Militärpatrouille unter der Führung von Hauptmann Pedro Durcudoy Montandon aus der Haftanstalt abgeholt worden sei, um in das Gefängnis von Quillota überstellt zu werden . . .*"

Eigentlich sollte Juan Fuentes erst am 12. Juni um 14.00 zu einem anderen Gefängnis abtransportiert werden, weswegen seine Frau sich zu dem Zeitpunkt auch bei dem Gefängnis in Santiago einfand, wo ihr dann mitgeteilt wurde, daß ihr Mann bereits am Abend zuvor nach Quillota gebracht worden sei, worauf sie dorthin fuhr.

„*Aber in der dortigen Haftanstalt werde ihr Mann nicht im Häftlingsbuch geführt. auch bei der Staatsanwaltschaft und beim Gouverneur von Quillota habe man keinerlei Kenntnis vom Verbleib ihres Mannes . . .*"

Nur durch Zufall traf sie den Hauptmann Durcudoy, der ihren Mann damals abgeholt hatte, um ihn in ein anderes Gefängnis zu überführen. „*Dieser habe ihr berichtet, daß während des Transportes ihres Mannes zwischen den Gefängnissen von Santiago und Quillota das Fahrzeug . . . einen Reifenschaden erlitten habe. Während der Reparatur habe ihr Mann um Erlaubnis zum Urinieren gebeten. Man habe ihn aussteigen lassen und ihm die Fesseln der rechten Hand abgenommen. Darauf habe ihr Mann zwei Soldaten beiseite gestoßen und sei in Richtung auf ein Wäldchen davongelaufen. Der Hauptmann, der im Wagen sitzen geblieben war, habe Schüsse gehört (?!) und später aus dem nahen Dickicht kommendes Stöhnen. Aus Angst (!) vor einer möglichen Reaktion des Geflohenen habe man gewartet, bis das Stöhnen verstummte und dann mit den Scheinwerfern des Fahrzeuges das Wäldchen abgeleuchtet. Dort habe man Abelardo Fuentes tot aufgefunden . . .*"

Diese „Geschichten" sind wohlbekannt aus dem Hitler-Faschismus, wo etliche Menschen „auf der Flucht erschossen" wurden. Die chilenischen Faschisten haben sich ja auch nicht umsonst alte SS-Leute wie Rauff und andere nach Chile geholt und lassen sich von deren „Erfahrungen" berichten.

Die Hoffnung, daß die noch immer 1.500 bis 1.800 verschwundenen Menschen in Chile noch am Leben sind, ist sehr gering. Wer länger als drei Monate verschwunden und in keiner Kartei irgendwelcher Gefängnisse aufgetaucht ist, von dem ist klar, daß die Juntahenker ihn längst ermordet und seine Leiche beiseite geschafft haben. Wie im Falle der 60 ermordeten MIR-Genossen versucht sie dann noch diese Verbrechen ihren „Gegnern selbst anzulasten".

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

NIE VERGESSEN!

Die imperialistischen Verbrechen in Indochina Teil II


Amerikanische Söldner schleifen einen südvietnamesischen Patrioten hinter einen Schützenpanzer her

Nachdem im AK 60 die historische Entwicklung der Eskalation des imperialistischen Krieges gegen das vietnamesische Volk von der Niederlage der französischen Kolonialmacht bis zum Sieg der Volksbefreiungsstreitkräfte aufgezeigt wurde, sollen diese Berichte belegen, mit welch viehischen Mitteln in Vietnam „die westliche Zivilisation" (?) gegen das vietnamesische Volk verteidigt werden sollte. Insbesondere wird in diesem Artikel darauf eingegangen, welchen unmenschlichen Torturen die Häftlinge des faschistischen Thieu-Regimes ausgesetzt waren.

Um den Kampfeswillen des südvietnamesischen Volkes zu brechen, errichteten die amerikanischen Aggressoren und ihre Saigoner Handlanger ein Regime des Terrors, der Folterungen und Verhaftungen von unsagbarer Brutalität. Während der „Befriedungs"-Operationen und der Operation „Phönix", der Razzien in den ländlichen Gebieten sowie der Polizeiaktionen in den städtischen Gebieten nahmen sie Massenverhaftungen vor und terrorisierten brutal zahlreiche Personen, bevor sie diese ohne Urteil einkerkerten.

(Alle nachfolgenden Schilderungen über die barbarische Vorgehensweise der US-Imperialisten und der Thieu-Faschisten gegen eingekerkerte Patrioten sind dem „Bulletin" Nr. 6 der Botschaft der Republik Südvietnam in der DDR vom Juni 1975 entnommen.)

Arten der Folterungen

Arten der Folterungen

Schläge

- *Faustschläge, Fußtritte ins Gesicht, in den Bauch, in die Geschlechtsteile und auf den ganzen Körper*
- *Holzstockschläge mit der kantigen Seite oder der Spitze auf den ganzen Körper, vor allem auf die Fußsohlen, Versenken der Stockspitze in die Scheide*
- *Peitschenhiebe mit einem Rochenschwanz*
- *Schläge mit Eisenstangen*
- *Hammerschläge, vor allem auf die Gelenke*
- *Schläge mit benagelten Stöcken auf die Fingerspitzen*
- *Aufhängen des Häftlings über dem Boden, danach Schläge*
- *Stock- und Hammerschläge auf einen vorher in einen Jutesack gesteckten Menschen.*

Wassertorur

- *Dem Häftling wird Seifen-, Exkrementen-, Kalk- oder Pimentwasser solange durch den Mund eingefüllt, bis sich der Bauch aufbläht, danach dem den Füßen darauf getreten, um das Wasser und Blut durch den Mund wieder herauszuholen*
- *Gewaltsames Untertauchen in ein Wasserbassin, ein großes Gefäß oder einenBrunnen*
- *Kaltes Wasser auf den Kopf tropfen lassen*
- *den Häftling bis zum Hals in eine mit Wasser gefüllte Tonne tauchen, dann mit dem Hammer auf die Seitenwände schlagen*

Feuertorturen

- *Petroleum über Nacken und Rükken gießen, danach anzünden*
- *Glühende Zigarettenstummel auf Nabel, Brüste und Geschlechtsteile drücken*
- *Mittels in Benzin getauchten Wattetampons die Füße bis zum Platzen verbrennen, danach die Füße in einen Zuber mit lauwarmen Wasser tauchen, in den vorher Würmer gefüllt wurden, die nun in die geplatzte Haut eindringen*
- *Den Häftling in einen Sack stekken, danach brennende Kohle darüber schütten und die Öffnung schließen*
- *Den Häftling zwingen, e[illegible]en brennenden Schornstein von oben nach unten zu durchklettern*
- *Rotglühende Stifte in den Körper treiben*
- *Mit einer rotglühenden Zange in die Brüste und Schenkel kneifen und Fleischstücke herausreißen*

Elektrische Folter

- *Strom von 12 Volt, durch eine Handbatterie gespeist, wird durch die Ohrmuscheln, die Nase, die Lippen, die Brüste, das Glied und die Scheide gejagt, bis die Opfer ohnmächtig werden*
- *Die gleiche Behandlung mit Wechselstrom*
- *Eine mit Strom geladene Eisenstange wird am Körper, vor allem an der Hüfte und am Glied angebracht*
- *Am Genick des Häftlings mit dem Gesicht zur Wand werden zwei Lampen von 500 bis 1.000 Watt angebracht, die mehrere Stunden brennen*

Andere Torturen

- *Langsam Nägel in die Füße und Hände treiben*
- *Nägel in das Knie und die Ferse treiben und sie mehrere Tage darin lassen*
- *Nägel durch das Ohr bis zum Gehirn treiben*
- *Durch die Hand Nägel mit Hahnenfedern stecken, die sich durch einen rotierenden Ventilator drehen*
- *Durch die auf einen-Tisch gelegten Fingerspitzen Nägel schlagen und diese mittels eines Lineals bewegen*
- *Nach und nach mittels einer Schraube einen um den Kopf des Häftlings gelegten Eisenring anziehen, bis die Augen heraustreten*
- *Nach und nach einen schmalen Gummiring um den Kopf spannen*
- *Der Häftling wird gezwungen, über einen Stapel Stacheldraht zu rennen*
- *Aale oder Schlangen in die Scheide der Frau einführen*
- *Dressierte Schäferhunde gegen die Häftlinge loslassen und Frauen durch diese Hunde vergewaltigen lassen usw.*

Haftsystem

Haftsystem

Enge, unsaubere und stickige Hafträume

- *Gefängnis von Gia Dinh: 54 qm für 150 Personen*
- *Gefängnis vom Hoi An: ein Raum von 50 qm für 150 Personen*
- *Tigerkäfige in Poulo Condor: 3,75 qm für 8-16 Personen*

Die Häftlinge müssen an Ort und Stelle essen und ihre Notdurft verrichten. Die Käfige stinken und sind von Ungeziefer befallen.

Barbarische Haftmethoden

- *„Dunkelzellen" mit nur einem Luftloch. Es fehlt an Licht und Luft.*
- *„Offene Zellen" im Freien, in den Erdboden gegraben und mit Stacheldraht umgeben. Der Häftling ist Sonne und Regen ausgesetzt.*
- *Tigerkäfig: 2,5 x 1,5 m, an der Decke vergittert. Die Gefangenenwärter spazieren auf der Brandmauer entlang und schikanieren die Häftlinge mittels spitzer Stöcke, Kalkpulver und stinkendem Wasser.*
- *„Ochsenkäfig", größer als der Tigerkäfig, faßt mehr Häftlinge. Hat keinen Abort. Die Gefangenenwärter schütten den Reis oben von der Mauer auf den Bretterboden, auf dem die Häftlinge essen und ihre Notdurft verrichten müssen usw.*



Extrem harte Lebensbedingungen

Den Häftlingen wird verschimmelter Reis und verfaulter Trockenfisch in ungenügender Menge gereicht. Manchmal ist Sand und Kies unter den Reis gemischt.

- *Getränke: Tägliche Ration 1/3 bis 1/2 Liter Wasser zum Trinken und Waschen. Die Frauen erhalten während der Menstruation kein Wasser für die Intimpflege. Viele sind krank geworden.*
- *Kleidung: In Fetzen. Das Gefängnis liefert den Häftlingen keinerlei Kleidung und beschlagnahmt noch die Sachen, die sie von ihren Familien geschickt bekommen.*
- *Medikamente: Keine. Die Häftlinge bekommen Kalkmilchspritzen und dienen wie Meerschweine zur Erprobung verschiedener Gifte.*

Repressalien im Gefängnis

Die Gefängniswärter sind bar allen menschlichen Gefühls und wurden im Foltern unterrichtet. Die täglichen Schläge haben zahlreichen Häft-

Repressalien und Massaker an Häftlingen

Typische Fälle

- *Am 1.12.1958 Gefangennahme*

Typische Fälle

- *Am 1.12.1958 Gefangennahme von 6.000 Gefangenen in Phu Loi, 1.000 Tote*
- *Am 20.6.1960 wurden in Kien Phong 52 Gefangene enthauptet, die Körper in den Fluß geworfen*
- *Am 31.1.1968 Bombardierung des Gefängnisses von Quang Ngai, wo 1.300 Gefangene inhaftiert waren, mehr als 100 Tote*
- *Am 20.12.1968 Vergiftung des Trinkwassers im Gefängnis von Phu Quoc, mehr als 1.000 Häftlinge litten an Koliken und Erbrechen, zahlreiche Tote*
- *Am 19.6.1969 wurden in Tay-Ninh mehr als 100 Häftlinge durch Minen getötet*
- *Am 28.8.1969 rohe Repressalien gegen 1.400 in Thu Doc inhaftierte Frauen, mehr als 200 Tote und Verwundete*
- *Am 28.11.1969 Bestrafung, danach Liquidierung von 70 in Chi Hoa inhaftierten Frauen.*
- *Im November 1969 wurden in Poulo Condor durch Granatbeschuß des Lagers „A 6" 46 Personen getötet und 100 verletzt*
- *Am 19.5.1970 200 Tote und Verwundete in Chi Hoa*

- *Am 26. und 28.11.1970 in Tan Hiep 40 Tote und Verwundete durch*
wundete in Chi Hoa

- *Am 26. und 28.11.1970 in Tan Hiep 40 Tote und Verwundete durch Kalkpulver, Säure, Gummiknüppel, kleine Pfeile.*

Auch nach dem Pariser Friedensabkommen vom 28.1.1973, in dem von der Thieu-Clique die Freilassung aller politischen Gefangenen zugesagt wurde, ging die Einkerkerung und Folterung der gefangenen Patrioten weiter, indem durch Erstellung von falschen Dossiers politische Gefangene in „gewöhnliche" Kriminelle verwandelt wurden, deren Freilassung im Friedensabkommen nicht ausdrücklich vereinbart worden war.

Die barbarischen Folterungen wurden verschärft.

Typische Fälle

- *Am 28.1.1973 (!!!) wurden 300 Gefangene von Phu Quoc nach Soc Trang überführt. 50 davon wurden aus dem Hubschrauber über Bord gestoßen.*
- *Am 9.2.1973 Überführung von 140 gefangenen aus Kien Phong mit unbekanntem Ziel. Sie sind nie angekommen!*
- *Anfang März 1973 erschlug ein gewisser Hoang Van Be, Verwaltungsleiter des Gefängnisses von Bien Hoa, 17 Gefangene.*
- *Am 15.4.1973 wurden 25 als freigelassen erklärte politische Gefangene zum Ufer des Flusses Ben Keo gebracht, erschlagen und in das Wasser geworfen.*
- *Vom 28.4. bis 5.5.1973 wurden die Gefangenen des Lagers Poulo Condor mit 300 Gasgranaten vom Typ CS beschossen. Viele Gefangene wurden ohnmächtig. Daraufhin wurden sie zusammengeschlagen: 14 Tote und 480 Verwundete.*
- *Im September 1973 wurden 200 politische Gefangene in Duc Ton getötet und in den Fluß geworfen.*
- *Am 3.6.1974 Einsatz von Sprengstoff gegen das Gefängnis Tan Hiep. Mehr als 100 Tote und Verletzte. usw.usf.*

Die Rolle der Amerikaner

- *Die USA stellten Saigon jedes Jahr 442.000 Dollar für die Unterhaltung der Gefängnisse zur Verfügung (Reuter, 7.7.1970).*
- *Von den USA zur Verfügung gestellte Summen für die Gefängnisse Thieus:*

1967 :	*78.000 Dollar*
1968 :	*1.199.000 Dollar*
1969 :	*951.500 Dollar*
1970 :	*315.030 Dollar*
1971 :	*207.000 Dollar*
1972 :	*627.400 Dollar*

(US-Hilfsprogramm in Vietnam, Hearing Juli – August 1971).

- *AID ersucht den amerikanischen Kongreß von 1971 bis 1973 um 90 Millionen Dollar für die Polizei und Gefängnisse Saigons.*
- *Laut Senator Kennedy belaufen sich die Ausgaben allein für 1973 auf nicht weniger als 100 Millionen Dollar (BBC, 10.9.73).*

sich die Ausgaben allein für 1973 auf nicht weniger als 100 Millionen Dollar (BBC, 10.9.73).

- *1955 entsenden die USA 33 Berater der Organisation MSUG nach Südvietnam, um einen Polizei- und Strafvollzugsapparat aufzubauen und auszubilden.*
- *1959 tritt an die MSUG die OPS (öffentliches Sicherheitsorgan), der USOM und danach der MACV mit 9 Mitgliedern zugehörig, die 1965 auf 47 und 1972 auf 204 erhöht wird.*
- *1973, nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens, belassen die USA 2.400 Berater zur Leitung des Polizei- und Strafvollzugsapparates in Südvietnam.*
- *1974 (bis 30.12.) sind noch 10.317 (!) amerikanische Berater für die Polizei, die Gefängnisse und die Programme „Phönix" und „Befriedung" in Südvietnam.*

Während der letzten zwei Jahrzehnte haben die US-Imperialisten eine Politik der Aggression in Südvietnam verfolgt. Bei der Durchführung dieses aggressiven Zieles haben sie, gestützt auf ihre materielle und technische Macht, vor keiner Tat und keinem noch so verbrecherischen Manöver zurückgeschreckt. Sie haben noch in Südvietnam eine äusserst reaktionäre und kriegslüsterne Henkersclique ausgebildet und unterhalten, die ihre Herrschaft in den unter Kontrolle der faschistischen Kräfte liegenden Gebieten aufbaute. Sie haben nicht nur dem Volk von Südvietnam tausendfachen Tod gebracht, sondern benutzten auch die vietnamesischen Menschen und die Natur als Versuchsfeld für ihre strategischen und taktischen Experimente, für ihre grausamen Waffen und Techniken. Sie haben nicht nur Männer, Frauen, Greise und Kinder getötet, sondern haben auch den Boden und die Umwelt verwüstet und damit den künftigen Generationen andauernde Auswirkungen und ernsthafte Schäden hinterlassen.

In Anbetracht dieser grausamen Verbrechen des US-Imperialismus und seiner Saigoner Lakaien am vietnamesischen Volk kann der Sieg der Genossen der Volksbefreiungskräfte über diese mörderischen Unterdrücker für uns nur heißen, uneingeschränkte Solidarität mit dem vietnamesischen Volk zu üben, den Lügenmeldungen über angebliche Massaker im befreiten Indochina entschieden entgegenzutreten und dem vietnamesischen wie auch dem kambodschanischen Volk jede erdenkliche Unterstützung für den Aufbau eines sozialistischen Indochina zukommen zu lassen. ●

Bezirksorganisation Neukölln
KB / Gruppe Westberlin

Der Wiederaufbau Kambodschas schreitet voran

Das kambodschanische Volk war und ist Zielscheibe der widerlichsten und verlogensten Lügenkampagne der Imperialisten. Es gibt keine westdeutsche bürgerliche Zeitung, die nicht ständig mit erlogenen Geschichten den Kampf des kambodschanischen Volkes verleumdete. Immer deutlicher wird aber auch dabei, daß die Meldungen über „Massenexekutionen", über angeblichen Terror der Befreiungsstreitkräfte gegen die Bevölkerung und die wahnwitzigen Behauptungen, Kambodscha solle durch Zerstörung der gesamten Industrie wieder zu einem „mittelalterlichen Agrarland" gemacht werden, alle aus einer Quelle stammen: Dem amerikanischen Geheimdienst CIA, der die „Desinformation", die Publikation echt erscheinender Falschmeldungen zur höchsten Vollkommenheit entwickelt hat.

Inzwischen hat die kambodschanische Regierung durch Radio Phnom Penh zu diesen Verleumdungen Stellung genommen und entlarvt, daß der US-Imperialismus *„durch Verdrehungen einen Propagandafeldzug gegen Kambodscha führt"* („SZ", 1.7.75). Insbesondere wurden die Lügen über angebliche Morde an Angehörigen ausländischer Staaten entschieden zurückgewiesen.

In einem Rundfunkinterview, das der Erste Stellvertretende Premierminister der Regierung und Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsstreitkräfte, Khieu Samphan, am 13. August gab, äußerte er zu diesem imperialistischen Propagandafeldzug u. a.: *„Die amerikanischen Imperialisten und eine Handvoll ihrer Marionetten haben ihre Propagandamaschine in Gang gesetzt, um gegen Kambodscha gezielt zu hetzen, entsprechend ihren Plänen, die sie im voraus festgelegt haben ... Dieses Verhalten entspricht ihrer Natur, die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionetten werden sich niemals ändern ... Vorher bezeichneten sie uns als Rebellen, jetzt bedienen sie sich der unwürdigsten Bezeichnungen gegen uns, um die Weltmeinung zu täuschen ... Die US-Imperialisten sind äußerst gehässig und zänkisch gegenüber unserem Volk, das sie besiegt und sein ganzes Land befreit hat. Sie lassen niemals ab von ihren Zielen, uns Schaden zuzufügen und uns in allen möglichen Formen anzugreifen."*

Der imperialistischen Lügenpropada zum Trotz hat das kambodschanische Volk weitere Erfolge bei der Wiederherstellung seines vom US-Imperialismus ausgepressten und zerstörten Landes errungen. Unmittelbar nach der Befreiung haben die revolutionären Machtorgane des Volkes mit der Verwirklichung eines umfangreichen Programms zum Aufbau der durch den Imperialismus verwüsteten und zerstörten Industrieprojekte, Reisfelder, Straßen und Eisenbahnlinien sowie Kraftwerken, um die Energieversorgung der Industrie und Bevölkerung sicherzustellen, begonnen. Das Hauptgewicht in dieser Aufbauarbeit wurde auf das schwerwiegende Problem der landwirtschaftlichen Produktion gelegt. *„Wir haben es geschafft, sowohl die zuvor befreiten als auch die in jüngster Zeit befreiten Menschen überall mit Nahrung zu versorgen"* (Khieu Samphan).

Im ganzen Land wurden Produktionsteams der gegenseitigen Hilfe gegründet, um neues Land für die Nahrungsmittelproduktion zu erschließen. Diese Arbeit war so erfolgreich, daß Kambodscha wohl schon in der nächsten Zeit Agrarprodukte wird exportieren können. An diesen Arbeiten für das befreite Land beteiligten sich vorbildlich alle Kader der Regierung von den ministeriellen bis zu den höchsten Ebenen, die führenden Kader der Volksbefreiungsstreitkräfte bis zu den Soldaten.

Gleichzeitig wurde das Problem der Transportwege durch die Wiederherstellung der wichtigsten Straßen, Eisenbahnlinien und Wasserwege weitestgehend gelöst, so daß heute die Produkte an die gesamte Bevölkerung Kambodschas verteilt werden können. *„Im industriellen Bereich hat die Mehrzahl unserer Fabriken und Werkstätten wieder den normalen Betrieb aufgenommen, obgleich sie vom Feind stark beschädigt worden waren. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Fabriken und Werkstätten, die den unmittelbaren Bedürfnissen des Volkes dienen. Auch Krankenhäuser und Schulen sind nacheinander wieder geöffnet worden ... In Zukunft wird der Trend dieser Lage für uns sogar noch günstiger sein. Ich wage zu behaupten, daß uns von jetzt an keine mit einer Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Inflation oder steigenden Preisen verbundenen Probleme mehr berühren werden."*

Das kambodschanische Volk selbst wird durch seine großen Leistungen im revolutionären Aufbau des Landes die imperialistischen Hetzkampagnen als Lügen und böswillige Verleumdungen widerlegen. ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Die Landwirtschaft wieder in Gang zu bringen, wird für das kambodschanische Volk zu einer Lebensfrage



Eine moderne, reguläre und starke Volksarmee aufbauen!

Nach der Befreiung Vietnams vom Imperialismus durch die Volksbefreiungskräfte, stellen sich der Volksarmee viele Aufgaben. Sie muß im ganzen Land die Arbeiter und Bauern beim Wiederaufbau und der Erhöhung der Produktion unterstützen; sie ist gleichzeitig, als Armee der besten und tapfersten Söhne und Töchter des vietnamesischen Volkes, ein politischer Erzieher der Arbeiter und Bauern, um das Volk anzuleiten und ihm zu helfen, die Geschicke des Landes durch die Errichtung der revolutionären Macht und Verwaltung in die eigenen Hände zu nehmen.

Zugleich hat sie als Armee die weiterhin außerordentlich wichtige Aufgabe, die Revolution vor Subversion der Imperialisten zu schützen, die Landesgrenzen zu bewachen und die innere Konterrevolution niederzuhalten.

Um diesen neuen Aufgaben gerecht zu werden, ist die südvietnamesische Befreiungsfront gegenwärtig darin begriffen, ihre Truppen, die bisher aus regulären Einheiten wie auch Partisanengruppen bestanden, in eine moderne und reguläre Armee umzuwandeln.

Angesichts der durch die neue Lage auftretenden Erfordernisse sind die Soldaten und Offiziere der Befreiungsarmee damit beschäftigt, ihr Studium über die Strategie und Taktik des modernen Krieges, über die Kampfweise moderner Armeen und die dazu notwendigen inneren Strukturen zu vertiefen.

„Zusätzlich zur Beteiligung am Aufbau und an der Stärkung der neu befreiten Gebiete müssen die Volksbefreiungsstreitkräfte zur Zeit sehr bedeutende Aufgaben des ständigen Studiums, fortgesetzten Trainings und der unaufhörlichen Verbesserung der Qualität unserer Armee in eine moderne reguläre Kampftruppe durchführen" (Radio Saigon, 17.7. 75).

Nach der Befreiung wurden deshalb mehrere neue Einheiten und Regimenter aufgestellt.

Ausgerüstet sind diese Truppen mit den modernsten Waffen amerikanischer Lieferungen an die Thieu-Soldateska, die von dieser – größtenteils noch fabrikneu – auf der Flucht vor den Befreiungstruppen zurückgelassen wurden. So werden jetzt vier Luftwaffenregimenter in Südvietnam aufgestellt, die u.a. amerikanische Bomber des Typs „F-5" und „A 37" fliegen. Insgesamt wurden nach Aussagen des US-Kriegsministeriums funktionsfähige Waffen im Wert von zwei Milliarden Dollar (!) zurückgelassen, u.a. Flugzeuge, Panzer, Kanonen und Munition („FAZ", 28.7.75).●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„In den Meeren schwimmen keine Haie mehr, von der Erde sind die Raubtiere verschwunden – der Himmel ist heiter. Wir bauen einen Frieden, der zehntausend Jahre dauern soll." – Unter dieser Losung beseitigen in ganz Vietnam die Menschen die Spuren des barbarischen Krieges und erbauen das Land neu.
Unser Foto zeigt das Einebnen von Straßenbunkern in Hanoi. ★

DRV:
Vorsprung für den Plan 1975

Während die Demokratische Republik Vietnam wegen der großen Anstrengungen für die Befreiung des Landes und dem barbarischen Bombenterror der US-Imperialisten ihre angestrebten Planziele während der Kriegsjahre nicht erreichen konnte, konnte die Bevölkerung 1975 unter den Bedingungen des Friedens und der endgültigen Vertreibung der Imperialisten bis zum 30. Juni ihren Halbjahresplan mit über 52 % erfüllen. Die wichtigsten Ergebnisse waren:

359 industrielle und landwirtschaftliche Projekte wurden in den ersten sechs Monaten in Dienst gestellt, Wohnungen mit 100.000 qm, 15 Schulen, vier Krankenhäuser und fünf Hotels wurden gebaut. Der Produktionsausstoß der gesamten Industrie liegt zwischen neun und 13 % über der des Vorjahres. Bei Textilien wurde sogar ein Zuwachs von 64 % erzielt.

Um den Bausektor zu stärken, werden im 2. Halbjahr zwei Werke für Betonteile fertiggestellt, sowie ein Werk für Feinstahlherstellung. Ende 1975 läuft der alte Fünfjahresplan aus.

(Daten aus Bericht des ZK der Arbeiterpartei, zitiert aus „ED", 1.8.75).

Hilfe der RGW-Länder

Allen Wünschen unserer „Vaterlandsverteidiger" zuwiderlaufend, zeigen sich die vietnamesischen Genossen auch für jede praktische Hilfe aus den RGW-Staaten dankbar und nehmen diese Hilfe auch für den weiteren sozialistischen Aufbau des Landes in Anspruch.

Mit sowjetischem technischen Beistand wurden in der DRV über 160 Betriebe, Kraftwerke, Kohlengruben und Betriebe der Nahrungsmittelindustrie errichtet oder wieder rekonstruiert. Gegenwärtig unterstützt die UdSSR Nordvietnam bei Aufbau und Wiederherstellung weiterer 60 Industrieprojekte. Im August reiste eine vietnamesische Regierungsdelegation in die Sowjetunion, um die weitere Zusammenarbeit und Unterstützung für den 1976 anlaufenden neuen Fünfjahresplan zu besprechen. – Was werden bloß die „Vaterlandsverteidiger" wieder zu solch „Manövern" der „Sozialimperialisten" sagen? ! Das befreite Vietnam in den Klauen der „neuen Zaren"? !

Auch die Befreiungsfront Südvietnams bezieht zur Hilfe aus den RGW-Ländern für den Kampf des vietnamesischen Volkes einen klaren Standpunkt. Wir wollen hier nur Nguyen Huu Tho, Vorsitzender des Präsidiums des ZK der Befreiungsfront, zitieren, der, angesprochen auf die Unterstützung der DDR, sagte: *„Unsere Bevölkerung wird niemals die Losungen vergessen, die der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, sofort nach dem Abschluß des Pariser Abkommens geprägt hat: Solidarität mit Vietnam – jetzt erst recht. Der historische, weltgeschichtliche Sieg des vietnamesischen Volkes und das vollständige Scheitern des Aggressionskrieges des USA-Imperialismus sind untrennbar verbunden mit der starken Unterstützung und Hilfe der sozialistischen Länder, darunter der sozialistischen DDR und der Freunde auf allen fünf Kontinenten"* (Interview in Radio DDR 1, 18.8.1975). ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

England: Massives Sparprogramm

Mit dem Lohndiktat (6 Pfund pro Woche als Höchstgrenze für Lohnerhöhungen) ist das Programm der Labour-Regierung zur Sanierung des englischen Kapitalismus auf dem Rükken der Arbeiterklasse keineswegs erschöpft. Eine lange Liste von Gebührenerhöhungen und Einsparungen öffentlicher Gelder ergänzt – wie bei uns in der BRD – den Lohnraub:

- die **Gebühren** für Briefe sollen ab Oktober um 22 % steigen, für Pakete um 30 %, für Telefon um 28 %, Telegramme sogar um 100 %!

außerdem soll der **Service der Post beschnitten werden: Die Postschalter sollen Samstag-nachmittags geschlossen werden; in ländlichen Gebieten wird die 2. Auslieferung am Tag gestrichen;** Sonntags werden keine Briefkästen mehr geleert und die Auslieferung von Briefen soll (statt bisher 2) jetzt 3 Tage dauern. In diesem Zusammenhang sind bereits Entlassungen im Postdienst im Gespräch.

- Gesundheitsministerin Barbara Castle gab im Juni bekannt, daß die Steigerung der Ausgaben im **Gesundheitssektor** dieses Jahr auf 10 % begrenzt werden müßten – bei einer offiziellen Inflationsrate von 26 %! Würden in einzelnen Sektoren höhere Kosten anfallen, müßten diese aus dem bestehenden Budget bestritten werden. Auf Deutsch heißt das, daß an anderen Stellen eben Geld eingespart werden muß. Unter dieser Devise forderte sie die Ärztekammer auf, „Prioritäten herauszuarbeiten", stellte auch gleich frech fest, es sei „unrealistisch", an „große Pläne über den Bau weiterer Krankenhäuser" zu denken.

In der bürgerlichen Presse ist es bereits Allgemeingut, daß das Problem im Gesundheitssektor nicht etwa ein Mangel an Geld und Ausrüstung ist, sondern, *„daß zuviel Geld (!!) in Gebiete mit Krankenhäusern gesteckt wird, verglichen mit denen ohne Krankenhäuser, und zuviel an die gegeben wird, die am lautesten schreien (!!)."* („Guardian", 11.7.75).

- der Staatssekretär für Erziehung, Fred Mulley, sprach auf der Konferenz der örtlichen Beauftragten für das **Erziehungs- und Ausbildungswesen** in Cardiff und erklärte – unter einhelligem Protest der Versammelten, daß das reale Wachstum der Ausgaben in diesem Bereich lediglich 2 % betragen werde. Ab September dürften keine weiteren Lehrer eingestellt werden, *„im nächsten Jahr werde sich die Kluft zwischen der Zahl der verfügbaren Lehrer und der Lehrer, die eine Beschäftigung finden würden, weiter öffnen"* – sehr vornehmes Herumgerede: Lehrer werden entlassen, andere werden erst gar keine Stelle finden. („Guardian", 17.7.75)

Als die einzelnen Delegierten empört den gestiegenen Bedarf an Lehrkräften und Lernmitteln aufgrund gestiegener Schülerzahlen vorrechneten, antwortete Mulley unverschämt: *„Der öffentliche Haushalt kann nicht weiterhin unbegrenzt (!!) Mengen von Geld in alle Richtungen (!!) hinzuteilen. Das geht einfach nicht."* – wie sich die Töne gleichen, vergleicht man damit die Demagogie der westdeutschen Presse!

Die Organisation der „Assistant Masters" (Lehrer, die als Aushilfe unterrichten) schrieb an Mulley einen Protestbrief: *„... jedes Pfund, um das das Erziehungsbudget gekürzt wird, bedeutet, daß irgendwo ein Lehrer in einer Klasse unterrichten muß, die zu groß ist, als daß jedes Kind gut lernen kann; daß irgendwo Kinder weiterhin in eine Schule gehen müssen, die schon vor Jahren hätte renoviert werden müssen; daß sich irgendwo 35 Kinder 25 Bücher teilen müssen. Keine dieser Einsparungen sind lediglich Einsparungen an Büchern. Letztendlich bedeuten sie Slum-Schulen, eine demoralisierte Lehrerschaft und eine zweitklassige Ausbildung".* („Guardian", 6.9.75)

Ergänzt wird diese Perspektive der kulturellen Verelendung der Arbeiterjugend durch die Arbeitslosigkeit: nach „Workers Press" vom 20.8.75 werden allein von den 20.000 Schulabgängern in diesen Wochen in London rund 5.000 keine Arbeit finden – also jeder vierte, wie es in ländlichen Gegenden aussieht, kann man sich vorstellen . . .

Vor diesem Hintergrund sprachen sich die Arbeiterverräter der TUC-Führung und des Funktionärskörpers der Einzelgewerkschaften auf ihrem jährlichen Kongreß Anfang September in Blackpool für die Unterstützung der Labour-Lohndiktats-Politik aus! Die Mehrheit dafür war 2 : 1. Nun hat man hier nichts anderes erwarten können. Anders war das bei der Urabstimmung der NUM (Bergarbeitergewerkschaft), die zu den kampfstärksten Gewerkschaften gehört. Hier stimmten die Mitglieder mit 3 : 2 für die Unterstützung der Labour-Regierung. Ein Zeichen, wie sehr die Krisenpropaganda mit Parolen wie „Gürtel enger schnallen" um „gemeinsam den Karren aus dem Dreck zu ziehen" bei den Arbeitern verfangen hat. Nur in Gebieten, die traditionell sehr kämpferisch und links eingestellt sind, wie z.B. Südwales fiel die Zustimmung mit 52 % erheblich flauer aus. ●

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hoechst – erfreulich!

Eine Nachricht, die uns ganz besonders erfreute, wußte die südvietnamesische Giai Phong-Presseagentur zu berichten: Sechzig Arbeiter und Angestellte übernahmen eine Niederlassung des westdeutschen Hoechst-Konzerns in Saigon-Ho-Chi-Minh-Stadt in eigener Regie und setzten die Herstellung pharmazeutischer Produkte für die Bevölkerung fort. *„Sowie die Arbeitgeber aus Vietnam geflüchtet waren, übernahmen die Arbeiter die Werkskontrolle, um dem Verlust pharmazeutischen Materials vorzubeugen."*

Daß die vietnamesischen Chemiekollegen ohne die westdeutschen Kapitalisten noch besser produzieren können, beweisen die Zahlen: Im Juni wurden 3,5 Millionen Tabletten verschiedener Sorten hergestellt, im April, vor der Befreiung, waren es nur zwei Millionen.

Gegenwärtig sind die vietnamesischen Arbeiter bestrebt, sich neue Techniken zur Wartung der aus Westdeutschland und der DDR importierten Maschinen anzueignen.

„Darüber hinaus widmen die Arbeiter täglich eine Stunde ihrer Zeit dem Studium politischer Fragen sowie Vorträgen über ihre Rolle und Verantwortung." – Da weiß man, woher sowas kommt... (nach einer Meldung vom 8.7.75). ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein neues Saigon erblüht!

Unter der Leitung der Provisorischen Revolutionsregierung baut das vietnamesische Volk das Land unermüdlich wieder auf. Besondere Probleme beim Wiederaufbau entstehen gerade in Saigon, das während der Herrschaft der US-Imperialisten und ihrer einheimischen Marionetten zu einer reinen „Etappenstadt" verkam, in der Generäle und Offiziere in Bars nach amerikanischem Muster ihren Vergnügungen nachgingen. Die ganze Stadt trug zum Zeitpunkt ihrer Befreiung durch die Volksstreitkräfte den Stempel einer typischen Kolonialstadt: Luxuriöse Hotels und Bars, Striptease-Lokale und Kinos waren die Zeugen einer dekadenten aufgezwungenen imperialistischen Kultur. Über riesige Verwaltungshochhäuser, Büros und Banken wurden die dem vietnamesischen Volk abgepreßten Reichtümer in die imperialistischen Metropolen bis zum letzten Augenblick verschoben. Direkt neben diesem Reichtum lebten Hunderttausende verarmter und arbeitsloser Menschen in Elendsquartieren und Slumvierteln, für deren Versorgung mit Gebrauchsmitteln des täglichen Bedarfs nicht einmal genügend produziert wurde (was allerdings damals auch nicht „notwendig" war, da es ohnehin nicht von den Menschen erworben werden konnte).

Heute dagegen ist es das Ziel, in erster Linie das Leben der breiten Volksmassen durch Anhebung des Lebensstandards, durch Schaffung von Arbeitsplätzen und gesicherte Versorgung mit den Grundstoffen des täglichen Lebens zu verbessern.

Auf dem Weg zu diesem Ziel sind auch in der alten imperialistischen Verwaltungsmetropole Saigon erhebliche Fortschritte gemacht worden. Die industrielle Produktion konnte inzwischen stark erhöht werden.

Wie die chinesische Nachrichtenagentur „Hsinhua" bereits am 15.7. berichtete, sind innerhalb der ersten zwei Monate nach der Befreiung über 500 Fabriken und Betriebe von der Bevölkerung in Gang gesetzt worden und haben *„große Mengen an täglichen Bedarfsgütern für die Bürger hergestellt."*

Um das Leben der Bevölkerung der Stadt zu verbessern, wurden – insbesondere durch die revolutionäre Verwaltung und die Befreiungsföderation der Gewerkschaften – die vom alten System hinterlassenen Hindernisse Schritt um Schritt beseitigt. So konnte sowohl das schwerwiegende Problem der Versorgung mit Kraftstoff für die Fabriken wie auch die Bereitstellung von günstigen Krediten durch die „Vietnam National Bank" gelöst werden.

Eine Zahnpastafabrik produzierte in der Stadt im ersten Monat nach Arbeitsbeginn über eineinhalb Millionen Tuben. Nur indem sich die Arbeiter einer Seifenfabrik auf die einheimischen Rohstoffe ihres Landes stützten, konnten sie bereits unmittelbar nach der Befreiung den täglichen Bedarf der Stadtbewohner befriedigen.

Die 2.500 Arbeiter der Textilfabrik Boa-Hien fertigten selbst neue Webstühle und Ersatzteile, um die Produktion zu erhöhen. Die Fabrik produziert heute über 50.000 Meter Tuch pro Tag.

Wenn auch die Schwierigkeiten und Hindernisse noch unzählige sind, so baut das vietnamesische Volk das Land mit revolutionärer Tatkraft wieder auf, um ein friedliches, reiches und blühendes Vietnam zu errichten. ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Südamerika durch die imperialistische "Brille"

Um den 11. Sept. 1974 herum, 1 Jahr nach dem faschistischen Militärputsch in Chile, besuchte ein Vertreter des Ibero-Amerikanischen Vereins – Sitz in Hamburg – die Lateinamerikanischen Länder Kolumbien, Peru, Bolivien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Chile.

Der Ibero-Amerikanische Verein, IAV, ist eine Propagandazentrale der Imperialisten in Sachen Lateinamerika.

In seinem ausführlichen „Reisebericht" schrieb ein gewisser Dr. Paetz, wie sich die Bourgeoisie die Zukunft Lateinamerikas vorstellt.

Angesichts des zweiten Jahrestages des chilenischen Putsches in den nächsten Tagen und angesichts der Bemühungen des Imperialismus, die „Pinochetisierung" des Lateinamerikanischen Kontinents voranzutreiben, ist der Bericht des Ibero-Amerikanischen Vereins von besonderem Interesse.

Innere Ruhe und Stabilität

„Der ausländische Besucher verläßt diesen Kontinent in der Zuversicht und hoffnungsvollen Gewißheit, daß es seinen Ländern gemeinsam gelingt, trotz aller Wachstumsfriktionen und Anpassungsprozesse auf dem Entwicklungspfad weiter voranzukommen. Alle Länder Lateinamerikas brauchen dazu innenpolitische Ruhe und stabile Verhältnisse."

Was darunter zu verstehen ist, kann man in folgendem sehen: ***„Chile und allen voran Brasilien sind ... (solche) Länder, von denen weitere Schritte nach vorn erwartet werden können."!***

Am klarsten wird die Sache, wenn man sich vor Augen führt, wie Lateinamerikanische Länder beurteilt werden.

Störfaktor Peru

Peru ist das Land, was dem Bourgeois-Doktor gar nicht gefallen konnte. Er meint, daß für deutsche Unternehmer *„ein weiteres Verbleiben in Peru auf die Dauer kaum noch sinnvoll wäre, da die Wirtschaftspolitik die noch funktionierende Marktwirtschaft immer wieder abgeschnürt und den Unternehmern kaum noch Raum für ihre Aktivität läßt ... Abschließend bleibt zu vermerken, daß sich Peru auf einer gefährlichen Gratwanderung befindet."* Im weiteren wird noch vom „sozialistischen Kurs" geredet, auf dem sich Peru angeblich befände.

Denn Peru gehört zu den Ländern, die dem imperialistischen Kapital Beschränkungen auferlegen und sich um mehr Unabhängigkeit bemühen.

Aber das ist dem Imperialismus schon zu viel. In Lateinamerika werden eben die Maßstäbe an Gorilladiktaturen gemessen. Wenn die Demokratie nicht mal ordentlich in „Blut gebadet" wird, dann sind die Imperialisten hier nicht zufrieden.

Bolivien: Ruhiger, geordneter Eindruck...

Bolivien gefalle dem IAV schon besser. Es machte einen ruhigen geordneten Eindruck. Es freute den Bourgeois-Doktor, daß es keine Demonstrationen im Inneren gäbe. Kein Wort darüber, daß jegliche Opposition verboten, die Gewerkschaften illegal, die Zuchthäuser und Folterstätten überfüllt waren !

Argentinien: Eskalation der Gewalt

Über Argentinien wurde berichtet, daß eine Eskalation der Gewalt vorhanden wäre, die von *„schätzungsweise 5.000 Guerilleros ausgeht"* und *„wie ein schwerer Druck über dem Land lastet".* Kein Wort natürlich über den täglichen Terror gegen Linke, über die Bemühungen der Reaktion, mit dem Chile Pinochets gleichzuziehen.

Allerdings muß der Lateinamerikareisende auch zugeben, daß es für die Bourgeoisie in Argentinien nicht so einfach ist. *„Überall herrscht Unsicherheit und Ratlosigkeit, jedoch Übereinstimmung in den Meinungen, daß Argentinien schweren und entscheidenden Phasen seiner politischen Entwicklung entgegensieht."*

Uruguay: „Liquidierung der Tupamaros" reicht nicht ...

Uruguay ist nach Meinung des IAV das Land, was am meisten mit wirtschaftlichen Schwächen zu kämpfen hat, die gefährlich für das Land werden könnte. *„Die Ausschaltung des Parlaments hat dem Land bisher keine Gesundung gebracht ... Gestützt auf das Militär und beraten durch den Staatsrat ist es dem Präsidenten Bordaberry zwar gelungen, innenpolitisch die Tupamaros auszuschalten, jedoch den wirtschaftlichen Aktivitäten keine neuen Impulse zu verleihen."* Mit dem Ausweg ist man auch gleich bei der Hand: *„In Uruguay wird eine neue Verfassung ausgearbeitet, die standesstaatliche Merkmale, ähnlich wie die in Chile diskutierten, tragen soll."*

(Es handelt sich hier aber um reines Wunschdenken. Freilich mußten die Tupamaros zahlreiche Opfer hinnehmen (vor allem kurz nach dem Putsch), denn die Gorillaregierung wurde nicht kampflos hingenommen. Unterdessen ist zu verzeichnen, daß der Kampf der Tupamaros von Tag zu Tag stärker und breiter wird.)

Chile über alles

Höhepunkt der Reise des Ibero-Amerika-Reisenden war freilich Chile.

„Der deutsche Besucher, der durch die hiesigen verschiedenen Publikationsorgane und Massenmedien ständig mit negativen Nachrichten über Chile überhäuft wird, ist überrascht, ein ruhiges (!!) und wohlgeordnetes (!) Land vorzufinden, das die Zeit Allendes erstaunlich rasch und gelassen überwunden hat. Der Wille, sich am ökonomischen Wiederaufbau zu beteiligen, ist überall anzutreffen (!?). Was das Land in erster Linie braucht, ist innere Stabilität, vor allem aber aus dem Blickpunkt der Weltöffentlichkeit herausgerückt zu werden, um in Ruhe seine internen Probleme selbst lösen zu können. Dem Land ist in keiner Weise gedient, wenn es dauernd auf dem Präsentierteller der ganzen Welt als negatives Beispiel einer brutalen Militärdiktatur geschildert wird. Immer wieder wird in Gesprächen mit Verbitterung vorgetragen, wie sehr jeder einzelne Chilene, gleich welcher politischen Anschauung, unter der weltweiten Kampagne gegen sein Land leidet und sich persönlich diffamiert fühlt."

Dieses faschistische Geschmiere erinnert an die vielen Aussagen der Faschisten über die „Gemütlichkeit" in Konzentrationslagern während des Hitlerfaschismus. Erinnert auch an die Aussage von CDU-Heck, daß es sich bei sonnigem Wetter im Santiagoer Stadion (das als KZ benutzt wurde!) wohl aushalten ließe.

Der Faschist Dr. Paetz weiß eben, daß Veröffentlichungen über das w i r k l i c h e Chile heute (Hunger, Arbeitslosigkeit, Massenverhaftungen, Folter, Ermordung aller Gegner Pinochets etc.) die ungestörte Profitmacherei in Frage stellen. Ein Greuel für die Imperialisten. Aber mit Sicherheit eine Stärkung für das kämpfende chilenische Volk. ●

Südamerika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Staatsstreich in Bangladesh

In der Nacht vom 14. auf den 15. August 1975 wurde das Regime von Scheich Mujibur Rahman in Bangladesh gestürzt – der Staatspräsident selbst *„sowie offenbar 46 seiner Familienangehörigen und Freunde (sind) ums Leben gekommen"* („NZZ", 23./24. August).

„Jüngere Offiziere", so heißt es, hätten den Putsch mit Unterstützung von Panzertruppen durchgeführt („NZZ", ebenda).

Bereits im Morgengrauen des 15. August verkündete ein Sprecher der Putschisten über Radio Dacca: *„Scheich Mujibur Rahman ist getötet worden, sein autokratisches Regime ist gestürzt."* Und er appellierte an *„alle Brüder und Schwestern in Bengalen ..., mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten und vorerst in ihren Häusern zu bleiben"* (laut „SZ", 16.8.).

Bereits zwölf Stunden nach dem Sturz von Rahman wurde am Freitag mittag ein Zivilkabinett mit zehn Ministern gebildet, die *„ausschließlich aus Mitgliedern der Regierung Mujibs* (besteht). *Zehn bisherige Kabinettsmitglieder wurden aber entlassen, unter ihnen Außenminister* (!) *Kamal Hossain"* („NZZ", 16./17.8.).

Zum neuen Präsidenten Bangladeshs wurde der bisherige Handelsminister Ahmed ernannt, der auch als „politischer Kopf" des gewaltsamen Umsturzes gilt.

Ahmed, der neue starke Mann Bangladeshs, hatte den Sturz Mujibur Rahmans als „historische Notwendigkeit" bezeichnet und seinen ermordeten Rivalen beschuldigt, *„das Land allzu diktatorisch regiert zu haben und wuchernde Korruption selbst in seiner nächsten Umgebung geduldet zu haben."* Er hat allen Übeln den Kampf angesagt und gleichzeitig „ein größeres Maß an demokratischer Freiheit" versprochen („FAZ", 18.8.).

Ahmed, der lange Jahre zu den engsten Vertrauten und Freunden des ermordeten Mujibur Rahman zählte, war einer der vier Führer der Unabhängigkeitsbewegung, die vor vier Jahren (im Dezember 1971) mit massiver indischer „Hilfe" die Loslösung von Westpakistan erreichte („FR", 16.8.).

Während des Unabhängigkeitskampfes, als Ahmed Außenminister in der „Provisorischen Regierung" war, vertrat er den Standpunkt, *„daß es sich mit dem pakistanischen Präsidenten* (der Zentralregierung, Anm. d. Red.) *zu arrangieren gelte"* („FAZ", 18.8.). Noch zwei Monate vor der schließlich von indischen Streitkräften besiegelten Spaltung Pakistans wollte Ahmed *„nach New York zum Hauptquartier der Vereinten Nationen reisen, um dort mit der Gegenseite Kontakt aufzunehmen. Doch wurde er daran von den Indern in letzter Minute gehindert"* („FAZ", 18.8.).

Nachdem sich in Ostpakistan Bangladesh als Staat konstituiert hatte, bekam Ahmed aufgrund dieser Haltung weniger bedeutsame Kabinettsposten zugewiesen und er schien in seiner Partei isoliert zu sein („SZ", 16.8.).



Kondakar Mushtag Ahmed

Der außenpolitische Kurs des bisherigen Staatspräsidenten – d. h. die hauptsächliche Orientierung an Indien und auch an der Sowjetunion – scheint ein wesentliches „Putschmotiv" gewesen zu sein. Die rechtsgerichtete französische Zeitung „L'Aurore" gibt ihrer festen Überzeugung Ausdruck, *„daß der Nachfolger Mujibs, ... Ahmed wegen seiner prowestlichen und vor allem proamerikanischen Sympathien sich von Indien und damit der Sowjetunion distanzieren wird"*. Die „Welt" vom 16.8.75, hält es für wichtig, daran zu erinnern, daß Ahmed schon immer *„als Führer einer amerikafreundlichen Richtung* (galt)".

Darüber hinaus lobt die Presse des Imperialismus den neuen Machthaber Bangladeshs als *„Anhänger einer liberalen Wirtschaftspolitik* (!)" und als *„Gegner der von Scheich Mujib betriebenen Verstaatlichungen"* („SZ", 16.8.).

Die US-Imperialisten zählten denn auch zu den ersten, die ihre Sympathie für den gewaltsamen Staatsstreich öffentlich bekundeten („SZ", 16.8.75). Radio Havanna vermerkte, *„daß das US-Außenministerium, das anfangs gewöhnlich vorgibt, nicht genug Informationen zur Abgabe einer Erklärung über solche reaktionären Schläge zu haben, diesmal viel besser informiert schien"* und *„genaue Informationen über die politische Ausrichtung der Putschisten* (brachte)" (16.8.75). Nur wenige Tage nach dem Putsch wurde die neue Regierung Bangladeshs von den USA diplomatisch anerkannt. Ein Sprecher des US-Außenministeriums kommentierte diesen Schritt mit der lakonischen Bemerkung, daß *„die fortgesetzten Kontakte, die wir mit den neuen Behörden hatten* (!), *schon an sich einen Anerkennungsakt darstellten"* (zitiert nach „NZZ", 23./24. 8.).

Bezeichnend ist darüber hinaus, daß Pakistan (Hauptempfänger amerikanischer und chinesischer Militär- und Wirtschaftshilfe auf dem indischen Subkontinent!) als erstes Land überhaupt das neue Regime in Dacca anerkannte und *„nach Angaben aus Islamabad mit einer diplomatischen Kampagne zur Unterstützung des neuen Präsidenten begonnen hat"* („Welt", 19.8.). Die pakistanische Regierung, die über den Rundfunk erklären ließ, daß *„die Führer der Anti-Mujib-Revolution ... im richtigen Zeitpunkt (handelten)"* und daß *„(das Bedeutendste) der Glaube der neuen Regierung Bangladeshs an die islamische Ideologie ist* (!)" (zitiert nach „Monitor-Dienst" 19.8.), sagte *„als eine erste und spontane* (?!) *Geste gegenüber dem Brudervolk"* die Lieferung von Nahrungsmitteln und Bekleidungsstoffen zu („Welt", 18.8.).



Wenngleich die neue Regierung Bangladeshs unter Ahmed nach eigenen Bekundungen angeblich *„eine blockfreie neutrale Außenpolitik verfolgen"* will (laut Radio Bangladesh, 17.8.), so ist u. E. doch ziemlich klar, daß die Einflußmöglichkeiten des US-Imperialismus auf dem indischen Subkontinent durch den jüngsten Staatsstreich in Bangladesh gewachsen sind. Ob der US-Imperialismus d i r e k t über seinen Geheimdienst CIA an dem Staatsstreich beteiligt war (diese Frage stellt sich immerhin auch die bürgerliche Presse, siehe z.B. „SZ" vom 16.8.) und ob Ahmed d i r e k t im Dienste und Sold des US-Imperialismus steht, läßt sich zur Zeit nicht mit Sicherheit sagen.

Die nächsten Monate werden bereits zeigen, welchen Weg Bangladesh gehen wird ...

●

Indien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Eisenbahnerstreik in Italien

Zwischen dem 16. und 29. August legte der Streik eines Teils der Eisenbahner fast den gesamten Bahnverkehr in Italien still. Gerade in der Zeit, in der die Betriebsferien aller großen Fabriken zu Ende gingen und auch die meisten Kollegen, die in der BRD und Schweiz arbeiten, die Rückreise antreten wollten. Dieser Streik löste in den bürgerlichen Zeitungen – unterstützt von den Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL sowie der revisionistischen PCI – eine große Gegen-Kampagne aus.

Aufgerufen hatte die FISAFS, eine reaktionäre, berufsständische „autonome" Gewerkschaft, in der vorwiegend Ingenieure, Stationsvorsteher und Maschinisten organisiert sind, angeschlossen hatte sich die CISNAL, die faschistische „Gewerkschaft". Beide zusammen haben ca. 5% der 220.000 Eisenbahner organisiert. Außerdem riefen die CUB (Comitato unitario di base) zum Streik auf – in erster Linie in Rom. Die CUB sind betriebliche Basisgruppen, die der Kommunistischen Organisation Avanguardia Operaia nahestehen.

Gewerkschaftsfeindliche Stoßrichtung der FISAFS und CISNAL

Die FISAFS mobilisierte einen großen Teil der Eisenbahneraristokratie mit der Stoßrichtung gegen die „Lohnnivellierung" der CGIL (der PCI nahestehend) – vor allem aber, um aus deren Stillhaltepolitik und ihren Lohnraubabschlüssen politisches Kapital zu schlagen; um zu zeigen, daß die CGIL nicht die Interessen der Eisenbahner vertritt und die wachsende Empörung der Arbeiter darüber auf ihre reaktionären und ständischen Mühlen zu lenken. Das erklärte Ziel der faschistischen CISNAL war es, durch das völlige Lahmlegen des Bahnverkehrs zu demonstrieren, daß die Gewerkschaften „keine Kontrolle über die Basis" haben. Ihre Streikbeteiligung hatte einen extrem gewerkschaftsfeindlichen Charakter. Obwohl jedoch die FISAFS und die Faschisten an vielen Orten die Initiative ergriffen hatten, war dieser Streik in seiner Gesamtheit dennoch nicht mit der ständischen und faschistischen Linie zu identifizieren.

Massenhafter Protest gegen Abbau der Lebensbedingungen

In Rom streikten ca. 60% des gesamten technischen- und Dienstpersonals unter maßgeblicher Führung der CUB. In Palermo nahm der Streik massenhaften Charakter an, mit bis zu 80% Streikbeteiligung. In Neapel waren es 60%; ähnlich in Bari und Reggio Calabria. Ein großer Teil also auch eingeschriebene Mitglieder der CGIL, CISL und UIL.

Die Forderungen der Eisenbahner, die die Faschisten während des Streiks als ihre auszugeben versuchten, waren schon im Juli auf dem nationalen Kongreß in Neapel aufgestellt worden:

- 100.000 Lire mehr monatlich für alle (ca. 380 Mark);
- 400 Lire pro Stunde für Nachtarbeit; 2.500 Lire täglich an Festtagen;
- Abschaffung der Qualifikationsstufen;
- Reduzierung der Lohngruppen;
- Aufstockung der Belegschaft um 20.000 Arbeiter.

Diese Forderungen vor dem Hintergrund, daß seit zwei Jahren ein faktischer Lohnstop besteht und die Arbeiter aufgespalten sind in 126 (!) Qualifikations- (Berufs-) Gruppen und 94 Lohngruppen. Daß regelmäßig mehr als 12-Stunden-Schichten gefahren werden und es praktisch keine Sicherheitsmaßnahmen z.B. für die Schienenarbeiter gibt.

Die Streikbeteiligung ging also weit über die „Privilegierten" hinaus und ist als Ausdruck eines massenhaften Protestes gegen die Unterbezahlung und die miserablen Arbeitsbedingungen zu verstehen.

Gewerkschaftsführer schießen sich auf Anti-Streik-Kurs ein

Der Protest richtet sich jedoch auch gegen die Gewerkschafts-Führungen, die – unter Ausnutzung der Teilnahme der CISNAL und FISAFS – den Streik als „ständisch, faschistisch, verbrecherisch und provokativ" scharf verurteilten, und die darüberhinaus im Norden aktiv die Organisierung des regulären Ablaufs des Verkehrs übernahmen.

Die berechtigten Forderungen der Eisenbahner fallen dabei unter den Tisch. Dabei waren es gerade die Gewerkschaftsführer, die durch ihre Kapitulationspolitik den faktischen Lohnstopp der Kapitalisten akzeptiert haben, die nichts gegen die Zersplitterung der Eisenbahner unternommen haben. Im Gegenteil: Die Unterbesetzung der Bahn um 20.000 Arbeiter wurde mit „Rationalisierungszwängen" gerechtfertigt.

Während die CISNAL laut und heuchlerisch gegen den Staat protestierte, gab die Gewerkschaftsführung der CGIL, CISL und UIL keine verurteilende Stellungnahme ab! Sie beharrten auf der Verurteilung des Streiks. Schlimmer noch die PCI, die die Intervention des Militärs sogar zwei Tage lang in ihrer „Unita" verschwieg!

Besondere Empörung löste bei vielen Mitgliedern die Haltung der Gewerkschaftsführung aus, als am 22.8. die Regierung auf Veranlassung der Bahndirektion 250 Soldaten nach Palermo einflog, um Streikbrecherdienste zu übernehmen. Zum ersten Mal seit Kriegsende hat der Staat gegen Streikende wieder Militär eingesetzt, begleitet von den lautstarken Rufen der Bourgeoisie nach einem radikaleren „Streik"gesetz.

Als Reaktion unterschrieben in Neapel 500 Mitglieder der CGIL und viele in anderen Städten eine Protestresolution gegen die Haltung der Gewerkschaftsführung. Viele Eisenbahner zerrissen ihr Gewerkschaftsbuch, mehrere sogar die PCI-Partei-Bücher (lt. „Il Manifesto", Zeitung der kommunistischen PdUP). Bei einem Teil gerade der unbewußteren Arbeiter hat dies zu einer irregeleiteten Hinwendung zur FISAFS geführt, was diese in der Intensivierung ihrer reaktionären Agitation bestärkte.

Die arbeiterfeindliche Hetze der Gewerkschaftsführung gegen den Eisenbahnerstreik als Auftakt für den „heißen Herbst" der Tarifkämpfe der Metallarbeiter, zeigt deutlich, wie sie mit ihrer „Stillhalte"-Politik in den kommenden Auseinandersetzungen den Arbeitern in den Rücken fallen will. Darüber hinaus hat sie bewiesen, daß sie unter dem Vorwand: „Gegen die Faschisten" bei der Einsetzung des Militärs gegen Streikende und die Verschärfung der Streikgesetze mitzieht.

Beteiligung der Linken

Die CUB hatten in mehreren Versammlungen und zahlreichen Flugblättern den Charakter der Teilnahme der Faschisten am Streik entlarvt und die Eisenbahner zur aktiven Beteiligung unter gerechten Forderungen aufgefordert. Damit haben sie den Versuch der bürgerlichen Presse, sie in die Ecke der CISNAL zu rükken, vereitelt.

„Il Manifesto" schrieb zwar auch von einem breiteren Protest als nur der „privilegierten Standesgewerkschaften", die PdUP hat sich aber insgesamt am Streik nicht beteiligt, da dieser – wenn auch nicht allen bewußt – doch nur zur Zersplitterung der Arbeiterklasse führen würde.

Lotta Continua kritisierte zum einen den Zeitpunkt des Streiks, da unter den Folgen besonders die aus den Ferien zurückkehrenden Arbeiter zu leiden hatten. Zum anderen zeigte LC die Gefahr der Zersplitterung der Eisenbahner und die Demagogie der FISAFS auf. Dennoch beteiligte sich LC dort, wo der Streik mit einer fortschrittlichen Stoßrichtung von den Eisenbahnern selbst geführt wurde.

PCI und PSI dagegen schlossen sich der Verurteilung der CGIL an und drohten ihren Mitgliedern im Falle der Streikbeteiligung sogar „Folgen" an.

●

Italien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Imperialistische Ölinteressen bestimmen über Nigeria:

Hintergründe des Putsches

„Gowon verbeugt sich mit einem Lächeln" überschrieb der englische „Guardian" am 31.7.75 die Nachricht vom „Sturz" des bisherigen ni gerianischen Staatsoberhauptes. So deutlich wie hier ist wohl selten das Schmierentheater beim Auswechseln einer imperialistischen Marionette gegen die andere dokumentiert worden – noch dazu vom „gestürzten" Gowon selbst: als ihn die Nachricht seiner Absetzung in Kampala, Uganda, erreichte, wo er sich anläßlich der OAU-Konferenz aufhielt, kommentierte er sie mit einem Shakespeare-Zitat: *„Die ganze Welt ist eine Bühne und alle Männer und Frauen sind nichts als Spieler. Sie treten auf, sie treten ab."*

Weiter wußte der „Guardian" von Stammestänzen, Buschtrommeln und Feuerschluckern" zu berichten, mit denen Gowon das Ende seiner 10-jährigen Herrschaft in der Suite seines Hotels in Kampala zelebrierte.

Weniger exotisch ist die Tatsache, daß der Machtwechsel ein offensichtlich abgekartetes und mit den Imperialisten ebgesprochenes Spiel war. So hatte Gowon bereits vor seiner Abreise nach Kampala seine Frau und seine beiden Kinder nach London geschickt („Guardian", 31.7.). Sein Privatkapital (Gowon ist während seiner Regierungszeit Millionär geworden) war bereits seit Jahren von seinen Anlageberatern in verschiedenen europäischen Großstädten investiert worden.

Der neue Machthaber, Murtala Mohammed, war, wie einer winzigen Zeitungsnotiz zu entnehmen ist („Le Monde", 6./7.8.75), vom 18. bis 28. Juli, also bis einen Tag vor dem Putsch, in London – auf „Privatbesuch" ...

Bedeutet nun der Austausch der Regierungschefs einen Fortschritt für das nigerianische Volk ? Während die imperialistische Presse die „durchgreifenden Maßnahmen" gegen Korruption und Chaos Mohammeds in den höchsten Tönen lobt, deutet seine Antrittsrede eher auf einen repressiven Kurs hin: Die Staatsgeschäfte seien in den letzten Jahren charakterisiert gewesen durch *„fehlende Konsultation, Unentschlossenheit, Undiszipliniertheit und sogar Vernachlässigung ... Von der breiten Öffentlichkeit bisher nicht beachtet, war das Gefühl der Desillusionierung auch unter den Mitgliedern der Streitkräfte offensichtlich, deren Verwaltung vernachlässigt wurde, die aber aus purer Loyalität zur Nation und in der Hoffnung, es* *lich, deren Verwaltung vernachlässigt wurde, die aber aus purer Loyalität zur Nation und in der Hoffnung, es* *werde eine Änderung gegen, weiterhin still litt"* („Africa", No. 49, Sept. 75).

Eine leidende Armee in einem Staat, der uneingeschränkt vom Militär beherrscht wird ?

Der „Biafra-Krieg" – Ein Beispiel imperialistischer Mordpolitik

Nigeria, der bevölkerungsstärkste afrikanische Staat (laut Volkszählung von 1973, die allerdings umstritten ist: 80 Mio. Einwohner) mit einer ca. dreifach größeren Fläche wie die BRD, ist vor allem durch den sogenannten Biafra-Krieg bekannt geworden (1967 – 1970). Während dieser Krieg, der über 2 Millionen Tote, vor allem Frauen und Kinder, gekostet hat, von der imperialistischen Presse lediglich als Stammesfehde dargestellt wurde und wird, ist er tatsächlich ein Beispiel dafür, mit welch menschenverachtender Politik der Imperialismus versucht, das Mittel der Spaltung zur Durchsetzung seiner Interessen zu gebrauchen.

In Nigeria gibt es 4 große Volksstämme, im Norden die Haussas und Foulanis, im Südwesten die Yorubas, im Südosten die Ibos. Letztere waren von den britischen Kolonialherren dazu auserwählt worden, als Statthalter ihrer Unterdrückung zu dienen. Es wurden nur die beiden Südstämme christianisiert, d. h. von den Missionaren mit westlicher Ideologie und Erziehung bedacht. Noch 1962 gab es im Norden nur rund 360.000 Kinder, die eine Volksschule besuchten, im Süden dagegen 2 1/2 Millionen (bei ungefähr gleicher Bevölkerungszahl). An den Universitäten gab es z. B. 1959 nur 9 Studenten aus dem Norden gegenüber 740 aus dem Süden. Die „gebildeten" Südnigerianer (vor allem Ibos) wurden von den Kolonialisten als Verwaltungsbeamte in den Nordregionen eingesetzt und mit entsprechenden Privilegien bedacht, was natürlich Widersprüche zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen hervorrief.

Das nigerianische Öl – immenser Reichtum für die Imperialisten ...

Die nigerianische Wirtschaft ist seit 1957, dem Beginn der Rohölförderung, einseitig auf den Export des Öls ausgerichtet. Während das Land traditionell auf die landwirtschaftliche Produktion aufbaute und zu den größten Kakaoproduzenten der Welt gehörte, daneben Erdnüsse, Baumwolle, Kautschuk und Palmöl exportierte, wurde dieser Sektor mehr und mehr vernach lässigt und die Entwicklung einer eigenständigen Industrie kaum in Angriff genommen. 1973 betrug der Anteil des Öls an den Gesamtexporten 92 %, bereits 1971 stand Nigeria an 10. Stelle der internationalen Rangliste der Erdölproduzenten. Die Förderleistung von 1972 entspricht 3,4 % der Weltförderung (Algerien 2 %, Libyen 4,1 %). Trotz dieses gewaltigen Reichtums an Rohöl muß Nigeria zeitweilig raffiniertes Öl einführen – es gibt nur eine einzige kleine Raffinerie.



Außerdem haben sich die Ölmonopolisten zusammengetan, um die ökonomische Verwertung nigerianischer Erdgasfunde zu verhindern. So werden täglich 70 Mio. cbm Gas nutzlos abgefackelt.

Schändliche Auswirkungen der ökonomischen Abhängigkeit von den Imperialisten!

Beteiligt an der Ausbeutung sind: die britische Shell-BP mit 60 % der Förderrechte (insgesamt 70 % der Gesamtförderung), und weiterhin Gulf-Oil, Mobil-Oil, Agip und Texaco (USA) und die französische Gesellschaft Elf-Erap. Sämtliche sonstigen Industriezweige, wie Bergbau, Verarbeitungs- und Bauindustrie, sowie Handel und Banken sind teilweise bis zu 80 % in den Händen der Imperialisten.

Aufgrund von günstigen steuerlichen Bedingungen haben z. B. Großbritannien bisher insgesamt 1,2 Milliarden, die USA rund 2,5 Milliarden DM in Nigeria investiert („Le Monde", 31.7.).

... Blutige Armut für das nigerianische Volk

Die stetige Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Produktion zog riesige Massen von Nigerianern in die großen Städte, vor allem nach Lagos, in der Hoffnung, dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Da jedoch gerade die Ölindustrie wenig arbeitsintensiv ist, beträgt inzwischen die Arbeitslosenquote 30 %, es wird sogar eine Unterbeschäftigung von 80 % angenommen, 70 % der Bevölkerung verdienen weniger als 800 DM im Jahr – bei einer Inflationsrate von ca. 50 % ! (nach „african red family", Nr. 3). Dieser offene Widerspruch – immenser Reichtum auf der einen Seite, schlimmste Armut auf der anderen – führte in den letzten Jahren zu immer stärkerem Widerstand" („Undiszipliniertheit", wie Mohammed es nennt). Obwohl die Gewerkschaftsbewegung sehr schwach ist (bei dem geringen Beschäftigungsgrad in der Industrie beträgt der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten ca. 2 % der Werktätigen) gab es seit Mitte der sechziger Jahre immer wieder Streiks: So 1964,als sich 800.000 Arbeiter an einem Generalstreik für eine Lohnerhöhung beteiligten. So 1971, als es zwischen Streikenden und Polizei zu schweren Auseinandersetzungen kam, sowie Anfang dieses Jahres, als es mehrere Streikwellen und Arbeit nach Vorschrift im öffentlichen Dienst und in den Fabriken gab. Auch die Studentenbewegung erlebte seit 1970, als bei einer Demonstration ein Student erschossen wurde, immer neue Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Regierung. So wurden im Februar dieses Jahres die Universitäten geschlossen, als die Studenten ihre Vorlesungen boykottierten und ein gemeinsames, von Vertretern der 4 Universitäten beschlossenes Forderungsprogramm aufstellten. Es verlangte vor allem die Rückkehr zu einer zivilen Regierung, die Aufhebung der seit 1967 bestehenden Ausnahmegesetze, Freilassung aller Inhaftierten ohne Verurteilung, freie Erziehung, Entwicklung des Gesundheitswesens und Vollbeschäftigung (nach „Africa", Nr. 45, Mai 75).

Die parlamentarische Regierungszeit, von der Unabhängigkeit 1960 bis 66, war gekennzeichnet durch ständige Machtkämpfe der Aristokratien der einzelnen Volksstämme um die wichtigsten Verwaltungspositionen – die Regierung verfügte über die Vergabe von Lizenzen an Firmen – üblich waren 5 später 10 % Bestechungsgelder an die regierenden Parteien.

Diese Zeit, der relativ „freie" Kampf um die Machtpositionen, stellte aber gleichzeitig eine Bedrohung der Vorherrschaft der Südstämme, vor allem der Ibos, dar. Deshalb versuchten im Januar 1966 Ibo-Offiziere einen Staatsstreich, eine Reihe von bürgerlichen Politikern wurde ermordet und der General Ironsi verkündete die Abschaffung aller Parteien. In der Folge kam es zu schweren Ausschreitungen gegen die im Norden lebenden Ibos, von denen angeblich 30.000 getötet wurden. Im Juli 1966 erfolgte ein Gegenputsch unter der Führung des Generals Gowon, der bereits in der britischen Kolonialarmee gedient hatte und von 1955 – 56 in England, an der Offiziersschule in Sandhurst ausgebildet worden war.

Er wurde offenbar von den Imperialisten als der Mann angesehen, der die Einheit des Staates Nigeria wiederherstellen konnte, d. h. die Ruhe und Ordnung, die die Imperialisten zur Ausbeutung des Landes brauchten. Er ist einerseits Christ und der westlichen Ideologie verschworen, andererseits kommt er aus einem kleinen Volksstamm aus Mittelnigeria, steht also zwischen den rivalisierenden großen Stämmen.

Gowon wurde von allen Militärgouverneuren der einzelnen Provinzen anerkannt, außer von dem der Ibo-Provinz, General Ojukwu. Dieser verkündete im Mai 67 die Lostrennung der „Republik Biafra", im Ver- trauen auf die Unterstützung der nung der „Republik Biafra", im Ver- trauen auf die Unterstützung der Engländer, da in der Ostprovinz immerhin 60 % des Öls gefördert wird, das seit 1957 Nigeria für die Imperialisten so interessant gemacht hat.

Erst im Januar 1970 ging dieser blutige Krieg mit einem Sieg der Gowon-Truppen zu Ende.

Was bedeutet es nun, wenn der neue Machthaber Mohammed erklärt, die letzten Jahre der Regierungszeit Gowons seien durch „Undiszipliniertheit und Vernachlässigung" gekennzeichnet ? Offensichtlich nichts anderes, als daß Gowon nicht mehr in der Lage gewesen ist, die sich erneut verschärfenden Widersprüche soweit zu unterdrücken, daß die Imperialisten weiter in Ruhe das Land ausbeuten können.

Auch Bauernaufstände, so 1970 die Erhebung der „Agbekoya-Bauern", hat es immer wieder gegeben.

Ende 1974 wurde die „Anti-Poverty-Movement of Nigeria" APMON (Anti-Armut-Bewegung) gegründet, die offenbar, obwohl wesentlich mit intellektueller. kleinbürgerlicher Beteiligung, die Militärs zu repressiven Maßnahmen veranlaßt hat. Mehrere ihrer Mitglieder wurden verhaftet und werden ohne Gerichtsverhandlung festgehalten. Zwei davon sind schwer krank, ihnen wird jedoch jede medizinische Hilfe verweigert (Flugblatt der APMON vom Mai 75).

Zur Unterdrückung dieses Widerstandes übernimmt der neue Machthaber Mohammed, wie Gowon in der englischen „Elite"-Brutstätte Sandhurst ausgebildet, eine bestens gerüstete Armee. Während sie bis 1970 nur ca. 16.000 Mann stark war, gibt es inzwischen 210.000 Soldaten. Die Verteidigungsausgaben im Etat 74/75 betrugen 1,4 Milliarden DM („Le Monde", 31.7.). Sie standen damit weit an erster Stelle des Etats. Wesentliche Unterstützung bei der Ausbildung und Ausrüstung dieser Armee, insbesondere der Luftwaffe, leistete die BRD. *Das nigerianische Hilfsprogramm war neben der Hilfe für den Sudan die größte afrikanische Militärhilfsmaßnahme der BRD"* („Deutsche Waffen für die Dritte Welt", U. Albrecht, B. A. Sommer, rororo Verlag).

Außerdem übernimmt Mohammed die Ausnahmegesetze von 1967. Diese untersagen z. B. Streiks. Alle öffentlichen Versammlungen, die *„wahrscheinlich zu einem Landfriedensbruch führen"* sind danach ebenfalls verboten. Eine „Versammlung" ist dabei schon eine Zusammenkunft von drei oder mehr Menschen an einem öffentlichen oder privaten Ort. Übertretungen dieser Gesetze können mit einem Jahr Gefängnis oder 500 DM Strafe belegt werden – das entspricht dem Lohn eines Industriearbeiters in 5 Monaten.

Was von den Änderungsversprechen, vor allem die groß angekündig- Was von den Änderungsversprechen, vor allem die groß angekündig- te Zerschlagung der Korruption, übrigbleibt, ist die Absetzung einiger Verwaltungsbeamter und höherer Militärs, die sich offensichtlich zu sehr durch Bestechungsaffären entlarvt hatten.

So wird vorerst die Ausbeutung des nigerianischen Volkes für die Imperialisten weiter gesichert bleiben und die Methoden der Unterdrükkung weiter verschärft.

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Der geplante EG-Beitritt Griechenlands

**Am 12. Juni 1975 stellte Griechenland den schon seit längerem angekündigten offiziellen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der „Europäischen Gemeinschaft" (EG).
Seit 1962 ist Griechenland mit der EG assoziiert. Nach dem Putsch vom 21.4.1967 wurde das Assoziierungsabkommen mit Ausnahme der Zollunion „eingefroren" (von seiten der EG als „antifaschistische Geste" publiziert).**

Indes verstärkten sich die bilateralen Verträge und Bindungen Griechenlands, auch und gerade unter dem Faschismus, zu einzelnen EG-Ländern, vor allem zur BRD und Frankreich. Die EG-Imperialisten streben sowohl die griechische wie auch später die türkische Vollmitgliedschaft in der EG an. Verzögerungen (Verträge eingefroren, Kredite nicht bewilligt bzw. nicht in der von Griechenland gewünschten Höhe etc.) müssen im Rahmen einer langfristig angelegten Mittelmeerpolitik der EG gesehen werden. Die völlige Integrierung Griechenlands in die EG soll für die Imperialisten mit Minimalkosten (z.B. möglichst geringe Unterstützung aus aus dem Regionalfond der EG; Agrarpolitik) sowie maximalen Möglichkeiten der Kapitalanlage und Ausplünderung verbunden sein.

Im folgenden Artikel gehen wir auf die ökonomische Situation Griechenlands und die Beziehungen Griechenlands zur EG, insbesondere zu den imperialistischen Ländern Frankreich und BRD, ein.

Die ökonomische Situation Griechenlands

Seit Anfang der sechziger Jahre befindet sich Griechenland in einer Phase schneller Industrialisierung. An der Umwandlung Griechenlands von einem Agrarland in ein Industrieland haben ausländische Monopole schätzungsweise in den Jahren von 1960 bis 1970 zu 45 % teilgenommen („Naftemboriki", 10.12.71).

Im Zuge der Industrialisierung nahm der Anteil der Landwirtschaft am Brutto-Sozialprodukt (BSP) erheblich ab:

Betrug der Anteil der Landwirtschaft am BSP 1961 noch 26,9 %, verringerte er sich bis 1969 auf 18,8 %.

In der gleichen Zeit nahm auch der Anteil der Landarbeiter von 56 % auf 44 % bis auf 40,9 % 1971 ab.

Auch innerhalb des Industriesektors gab es in den letzten 15 Jahren einen Umwandlungsprozeß. Der Anteil der Konsumgüterindustrie nahm relativ ab (Getränke, Tabak, Lebensmittel, Schuhe, Textil). Dagegen stiegen die Anteile der chemischen Industrie, Erdölverarbeitung, Gummi von 10,3 % auf 13,7 %; Metallurgische Grundbranche gar von 2,1 % auf 8,8 %. Desweiteren nahmen Maschinenbau, elektrische Geräte, Metallverarbeitung, Transportmittel u.a. beträchtlich zu.

Dieser Trend drückt sich auch deutlich im Export Griechenlands aus.

Machten 1960 Agrarprodukte noch ca. 80 % des Exports aus, so war ihr Anteil 1968 bereits auf 42 % zurückgegangen. Dagegen stieg der Anteil der Industrieprodukte von 14 % 1966 auf 38,9 % 1970.

Hier muß allerdings hinzugefügt werden, daß es sich bei den griechischen Industriebetrieben in der Regel um Montagewerke handelt, die wichtige Teile wie Verdichter, Kondensatoren, Motoren etc. importieren müssen. Die Imperialisten haben so die Industrialisierung Griechenlands voll im Griff – bestimmen das Tempo und kassieren gut ab.

Hinzu kommt, daß die Bodenschätze, wie Erze und Mineralien, bisher zumeist **„unbearbeitet und zu niedrigen Preisen"** („NfA", 25.7.75) an die Imperialisten abgegeben wurden.

Die Industrialisierung Griechenlands, unter Führung des Imperialismus, hat für große Teile des griechischen Volkes verheerende Folgen gebracht. Jeder 18. Grieche muß heute im Ausland Arbeit suchen (über 500.000). Die Inflationsrate betrug 1974 (lt. OECD-Bericht) 36,9 % – die Löhne stiegen aber nur um 23,6% – Differenz 13,3 % weniger Lohn in einem Jahr! Derzeit dürfte die Inflationsrate bei 16 - 20 % liegen.

Die Arbeitslosigkeit steigt, besonders unter den Jugendlichen. Hinzu kommt, verursacht durch die ökonomische Krise in den EG-Ländern, ein vermehrter Rückstrom von griechischen Arbeitern.

Griechenland und die EG-Imperialisten

Wie bereits erwähnt, führte der Putsch 1967 in Griechenland, trotz gegenteiliger Beteuerungen, nicht zu einem „Einfrieren" der Handelsbeziehungen zwischen Griechenland und einzelnen imperialistischen Ländern.

Im Gegenteil. Die griechischen Exporte betrugen 1962 in die EWG noch 90,2 Mio. Dollar – 1969, unter dem Faschismus, 249,8 Mio. Dollar. Die Importe aus der EWG betrugen 1962: 284,2 Mio. Dollar; 1971 waren sie auf 814,1 Mio. Dollar gestiegen. Das Handelsdefizit gegenüber der EG vergrößerte sich auf 550,9 Mio. Dollar 1971.

Von diesen Entwicklungen profitierten alle EG-Mitgliedsländer, insbesondere Frankreich und die BRD. Mit Gültigkeit vom 1.7.75 hat Griechenland die Einfuhr zahlreicher Wahren weiter erleichtert. Ein weiterer Wink ans EG-Kapital!

Außer dem Großbankier Andreadis, dem Industriellen Pappas (Esso) und den Großreedern Onassis und Niarchos befindet sich fast die gesamte griechische Wirtschaft im Besitz ausländischer Firmen. Zunehmend floß ausländisches Kapital nach Griechenland. Allein zwischen 1967 und 1971 1.670 Mio. Dollar. Hauptinvestoren waren die USA, danach Italien, Frankreich, BRD, England etc. Frankreich ist unter anderem dick im griechischen Automobilbau mit Peugeot-Renault drin, das erst im vergangenen Jahr seine Investitionen von 6,7 Mio. auf 13 Mio. Dollar fast verdoppelt hat. 1973 eröffnete die französische Banque Internationale pour l'Afrique Occidentale eine Niederlassung in Athen. Seit 1972 ist die Französische Nationalbank bereits mit ca. 40 % am Kapital der Bank von Attika beteiligt.

Desweiteren hat nach Aussagen des ehemaligen Regierungssprechers Farmakis eine französische Firma, die in Verbindung mit dem US-Konzern World Trading steht, für 100 Mio. Dollar Hotels und andere touristische Einrichtungen bauen lassen.

Außenhandel Griechenlands in Mio. Dollar 1974

	Einfuhr	Ausfuhr
BRD	711,15	298,23
Frankreich	399,46	90,27
Italien	358,21	102,00
England	335,90	70,79
USA	834,50	393,57

(„Nachrichten für den Außenhandel 3.6.75)

Das hohe Außenhandelsdefizit verstärkte die Auslandsverschuldung:

Bereits 1970 hatte Griechenland 572,7 Mio. Dollar Auslandsschulden. Zum Vergleich: 1966 erst 262,3 Mio. Dollar.

BRD-Imperialismus in Griechenland

Seit geraumer Zeit ist das imperialistische Kapital dazu übergegangen, ganze Produktionsstätten in die sog. „Billiglohnländer" zu verlagern – die EG besonders in die europäischen Mittelmeerländer. Dabei versuchen die EG-Imperialisten, das in diesem Raum allgegenwärtige US-Kapital zu verdrängen.

Bereits unmittelbar nach dem faschistischen Putsch 1967 warb das „Handelsblatt" für Griechenland: *„Man erwartet eine Verbesserung der technischen Abwicklung der Geschäfte, weil die Verzögerungen infolge dauernder Streiks durch energisches Eingreifen der Regierung in aller Kürze beseitigt sein werden".*

Und 1974 konnte Springers „Welt" befriedigt feststellen: *„Die deutsche Wirtschaft hat sich engagiert".*

Und wie!

Allein unter den 15 größten griechischen Exportbetrieben sind drei mit ausschließlich BRD-Kapital. 25 große griechische Industriebetriebe sind mehrheitlich in Besitz des BRD-Imperialismus. 1974 wurde 20% des gesamten griechischen Außenhandels mit der BRD abgewickelt. Die jährliche Wachstumsrate der privaten Kapitaleinfuhr von der BRD nach Griechenland erreicht z.T. 50% (1972/73). Die größten westdeutschen Banken gewähren großzügige Kredite bzw. sind bereits Teilhaber griechischer Banken.

Besonderes Interesse zeigen na-

türlich die expansivsten großkapitalistischen BRD-Firmen: Siemens, AEG-Telefunken, Hoechst, Mannesmann, Vereinigte Aluminium, Klöckner-Humboldt-Deutz, Krupp, Bosch und viele mehr.

„Wenn Diktatoren herrschen, bekommen Anleger gern feuchte Augen. In Griechenland hat sich der Aktienindex seit dem Obristen-Putsch vom April 67 verfünffacht" („Wirtschaftswoche", Anfang 74).

Zum geplanten EG-Beitritt

Die Assoziierung bzw. Vollmitgliedschaft einer Reihe von Ländern, insbesondere im Mittelmeerraum (u.a. Marokko, Tunesien, Jugoslawien, Spanien, Türkei und Griechenland), macht die EG zur größten Wirtschaftsmacht. Den imperialistischen Kernländern der EG, insbesondere BRD, Frankreich und England, geht es in ihrer Mittelmeerpolitik darum, sich durch eine verstärkte Bindung der Mittelmeerländer an die EG gegenüber den US-Imperialisten aber auch gegenüber den japanischen Imperialisten Vorteile zu schaffen.

Die Vollmitgliedschaft Griechenlands in der EG soll allerdings für die Imperialisten mit Minimalkosten verbunden sein. Insofern ist mit einer unmittelbaren Vollmitgliedschaft nicht zu rechnen, denn dann könnte Griechenland auf erhebliche Summen aus dem Agrarfond und dem Regionalfond der EG hoffen. Diese Kosten umschiffen die EG-Imperialisten vorerst, indem sie nach dem groben Muster verfahren:

Die profitable Industrialisierung und Nutzbarmachung der Bodenschätze bereits unter optimalen EG-Bestimmungen – die unrentable Agrarfrage den Griechen selber überlassen, da sie ja noch kein „Vollmitglied" der EG sind.

Längerfristig ist aber mit Sicherheit, trotz allem, mit der EG-Mitgliedschaft Griechenlands und auch der Türkei zu rechnen.

Damit kommt dem Kampf des griechischen Volkes nicht nur gegen den US-Imperialismus, sondern auch gegen die EG große Bedeutung zu.

Schon heute haben die EG-Imperialisten ökonomisch fast dreimal soviel Bedeutung wie die USA für Griechenland.

Die Stellung der griechischen Linken zur EG soll in nächster Zeit von uns in einem Artikel behandelt werden. ●

**Griechenland-Kommission
KB / Gruppe Hamburg**

Folter-Prozeß in

Folter-Prozeß in Athen enthüllt: CDU immer auf Seiten der Faschisten

Im laufenden Folterprozeß gegen 31 ehemalige Angehörige der faschistischen Militärpolizei ESA ereigneten sich erschütternde Szenen, als ehemalige Häftlinge über die Qualen und Folterungen berichteten.

Der Abgeordnete Minis, der in der Zeit der Diktatur einer Widerstandsgruppe angehörte und zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, berichtete:

„Meine Wärter schlugen mich auf Rücken, Beine, Oberschenkel, einfach überallhin. Ich wurde sogar geschlagen, als ich schlafen wollte".

Minis wurde unter anderem gezwungen, zehn Tage und Nächte lang in „strammer Haltung" in seiner leeren Zelle aufrecht zu stehen, ohne essen und trinken zu dürfen, während einander ablösende Wachen auf ihn einschlugen. Als er danach zum Verhör gebracht wurde, waren seine Beine so geschwollen, daß ihm die Hosen eng wie Strümpfe auf der Haut saßen. In späteren Folterphasen wurde Minis einmal von 15 Männern gleichzeitig mit Fäusten und Schlagstöcken zehn Stunden lang geschlagen.

Die Abgeordnete Virginia Tsouderou berichtete, sie sei hauptsächlich psychisch gefoltert worden.

Der Zentrumsabgeordnete Tsatsos verglich die berüchtigte „Sonderermittlungsabteilung" der Militärpolizei mit einem KZ der Nazis. *„Hier spielt das Menschenleben keinerlei Rolle. Entweder du sagst alles oder du stirbst ..."*, zitierte er den angeklagten dritten Leiter der Sonderabteilung, Spanos.

Tsatsos berichtete von Beschimpfungen, Drohungen, Schlägen, Isolierhaft. *„Die Beschreibung aller Einzeltatsachen reiche nicht aus, um das Gesamtsystem der menschlichen Erniedrigung deutlich zu machen".*

Major Spyridon Moustaklis verlor seine Stimme und ist seit den Folterungen rechtsseitig gelähmt.

„Stumm saß er auf dem Zeugenstuhl, zog sein Hemd aus und zeigte seine Narben. Mit Gesten versuchte er, die Folterungen zu schildern. Vorher war er aufgesprungen, während Tränen über sein Gesicht liefen, und hatte die angeklagten Folterer mit der Faust bedroht" („FAZ", 19.8.). Seine Frau sagte, als sie ihn erstmals drei Monate nach der Festnahme sah, daß *„er ein lebender Leichnam, ein Körper ohne Gehirn"* gewesen sei. *„Der Schrecken lebt mit uns. Wir haben ein kleines Mädchen, das nie die Stimme seines Vaters gehört hat".*

Erschütternde Berichte, wie sie uns aus allen faschistischen Diktaturen bekannt sind – aus Chile, Brasilien, Spanien ...

Und überall, wo der Militärstiefel herrscht, wo es keinerlei Rechte und Freiheiten fürs Volk gibt, treffen sich „Christdemokraten", um die Verhältnisse zu beschönigen. Was CDU-Heck und Todenhöfer für Chile sind, war CDU-Blumenfeld für Griechenland.

Blumenfeld reiste im Oktober 1967 für sechs Tage nach Griechenland. Er konferierte unter anderem mit Pattakos und Papadopoulos. In einem Interview der „Zeit" faßte Blumenfeld seine Eindrücke vom faschistischen Griechenland zusammen:

„Oberst Papadopulos, der **als Kopf des Militärputsches gilt, ist ein Mann von starker Entschlossenheit und hoher Intelligenz. Er hat politisches Format ... Keine Häftlinge, auch nicht die Insassen von Jaros, sind jemals mißhandelt worden. Die Gefangenen machen samt und sonder einen gut genährten Eindruck. Sie haben Bewegungsfreiheit...**

Andreas Papandreou werde umsorgt und umpflegt".

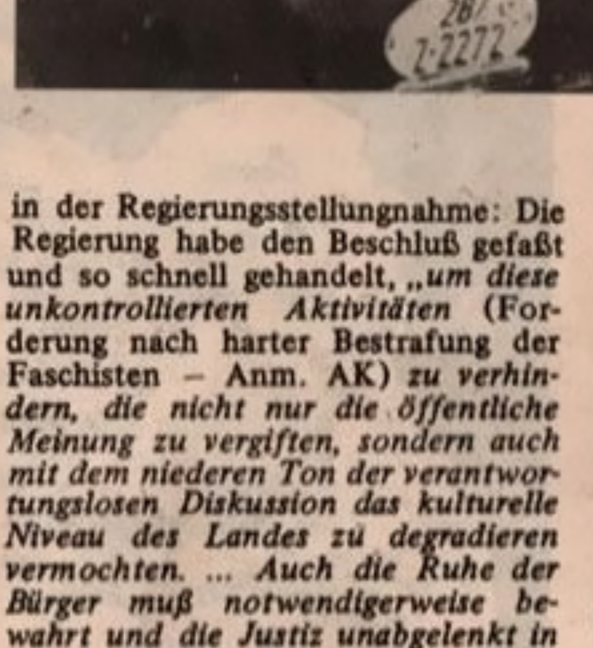
Diese unverhüllten Schmeicheleien für das faschistische Griechenland müßte Blumenfeld vor den 6.188 gefolterten Gefangenen der KZ-Insel Jaros wiederholen – die CDU hätte einen Abgeordneten weniger! ●

**Griechenland-Kommission
KB / Gruppe Hamburg**

„Hochverratsprozeß" in Griechenland: Papadopoulos: In einem Jahr bin ich raus!

Im Hochverratsprozeß gegen die Putschisten des 21. April 1967 forderten die beiden Staatsanwälte am 19. August für 13 der 20 Angeklagten die Todesstrafe wegen Hochverrats: Papadopoulos, Pattakos, Makarezos, Zoitakis, Ioannides u.a. Gegen andere Angeklagte wurden Haftstrafen bis zu lebenslänglich beantragt, in zwei Fällen Freispruch. Während des Prozesses ging es ausschließlich um die Putschnacht und wer zu dieser Zeit mit der Waffe in der Hand geltendes bürgerliches Recht brach.

Zeugen, die für die Hintergründe des Putsches, vor allem die Beteiligung des US-Imperialismus, Beweise hatten vorlegen wollen (so unter anderen der Oppositionspolitiker A. Papandreou) hatte der Gerichtspräsident mit der „Begründung" abgewimmelt, das gehöre nicht hierher. Es ginge ausschließlich um den unmittelbaren Putsch, also die Nacht des 21. April und die unmittelbaren Vorbereitungen.



Die Urteile und die Begnadigungen

Am 23. August fällte das Gericht die Urteile. Papadopoulos, Pattakos und Makarezos wurden zum Tode verurteilt. Acht weiter Offiziere, darunter Ioannidis, Zoitakis, Spandidakis, Ladas wurden zu lebenslänglicher Kerkerhaft verurteilt; sieben Angeklagte erhielten zwischen fünf und 20 Jahren Haft. Zwei wurden freigesprochen.

Unmittelbar nach Verkündung der drei Todesurteile für die Hauptakteure des Putsches vom 21. April 1967 beschloß die Regierung einstimmig die Umwandlung in „lebenslänglich". (Lebenslänglich hieß in Griechenland für Reaktionäre und Faschisten schon immer „höchstens ein paar Jahre". So wurden z.B. die Mörder des linken Abgeordneten Lambrakis wegen „guter Führung" sehr bald begnadigt !). Als Begründung hieß es in der Regierungsstellungnahme: Die Regierung habe den Beschluß gefaßt und so schnell gehandelt, *„um diese unkontrollierten Aktivitäten* (Forderung nach harter Bestrafung der Faschisten – Anm. AK) *zu verhindern, die nicht nur die öffentliche Meinung zu vergiften, sondern auch mit dem niederen Ton der verantwortungslosen Diskussion das kulturelle Niveau des Landes zu degradieren vermochten. ... Auch die Ruhe der Bürger muß notwendigerweise bewahrt und die Justiz unabgelenkt in der Vollendung ihres Werks gelassen werden".*

Bezeichnend ist auch, daß die Faschisten sich nicht einmal die Mühe machten, Einspruch gegen das Urteil zu erheben oder ein Gnadengesuch zu verfassen. Somit war die Regierung überhaupt nicht zum Eingreifen berechtigt !

Auf einer Pressekonferenz erklärte Justizminister Stefanakis auf entsprechende Fragen, „es sei zwar kein Druck auf die Regierung ausgeübt worden"; man wolle aber durch die Begnadigung einige „isolierte Offiziere" (die Anhänger der faschistischen Junta, die immer noch starke Stellungen in der Armee halten) von „gefährlichen Handlungen" abhalten. Der Spiegel schreibt in seiner Ausgabe vom 1. September dazu:

„Die Regierung hatte die alarmierende Nachricht erhalten, Offiziere bereiteten sich vor, die Freilassung der Todeskandidaten zu erzwingen: Die Offiziere wollten Politiker und ausländische Botschafter als Geiseln nehmen, um dann ultimativ zu fordern, daß die drei ins Ausland gebracht würden."

Am gleichen Tag versicherte Papadopoulos, der den Befreiungsplan seiner Offiziere sicher kannte, seinen Kameraden im Knast: *„Haben Sie keine Angst! Niemand wird exekutiert."* Zu lebenslänglich begnadigt, hofft Papadopoulos auf baldige Freilassung: *„In einem Jahr bin ich raus".* ●

**Griechenland-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Brasilien

Investitionsparadies für BRD-Imperialisten

Das „Wirtschaftswunderland" Brasilien, vom internationalen Kapital mit dem Gütesiegel „Markt der Zukunft" ausgezeichnet, findet seit einigen Jahren das zunehmende Interesse der um verstärkten Kapitalexport bemühten BRD-Konzerne.

Von den im Jahre 1974 in Höhe von 4,53 Mrd. DM getätigten Direktinvestitionen der BRD-Imperialisten im Ausland wurden rund die Hälfte in Hälfte in Europa angelegt, davon 2/3 in den EG-Ländern (in Frankreich wurden allein 669 Mio. DM investiert, gefolgt von den „klassischen" Kapitalumschlagplätzen Schweiz mit 390 Mio. DM und Luxemburg mit 322 Mio. DM) – ein Ausdruck des Vormachtstrebens der BRD-Imperialisten in der EG. Zweitgrößtes Investitionsgebiet für das BRD-Kapital sind danach die USA und Kanada, wo zusammen ca. eine Milliarde Mark hinflossen und die besonders auch als Absatzmarkt für die BRD-Unternehmen interessant sind.

Neben dieser natürlichen Verflechtung mit den bedeutenden imperialistischen Ländern, sind bezeichnenderweise die wichtigsten Kapitalanlageländer für den BRD-Imperialismus das faschistische Spanien (1974: 293 Mio. DM) und Brasilien (1974: 428 Mio. DM), wo ebenfalls eine faschistische Militärdiktatur besteht.

Die westdeutschen Direktinvestitionen in Brasilien weisen überdies eine überdurchschnittliche Steigerungsrate auf. Insgesamt stieg der Kapitalexport des BRD-Imperialismus 1974 um 14,1%. Die Mehrinvestitionen in Brasilien beliefen sich im gleichen Jahr auf 21,4%, womit Brasilien nach den USA (33,6%) und Großbritannien (26,8%) an dritter Stelle stand. (Quelle: „Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft" – „iwd", Nr. 14, 10.4.75).

„Ende 1974 hatten die Kapitalan-
– „iwd", Nr. 14, 10.4.75).

Ende 1974 hatten die Kapitalanlagen westdeutscher Unternehmen in Brasilien 2,4 Mrd. DM erreicht, das sind mehr als doppelt soviel wie in Großbritannien und etwa 70% aller Direktinvestitionen des BRD-Imperialismus in Südamerika („The Financial Times", London, 14.8.74).

Die wirkliche Höhe der Investitionen in Brasilien dürfte sogar etwa doppelt so hoch liegen, da die indirekten, über Holding- und andere ausländische Beteiligungsgesellschaften getätigten Investitionen, sowie die reinvestierten Gewinne nicht in Statistiken aufgeführt werden (nach „Welt", 28.10.74).

Gerade die reinvestierten Gewinne dürften bedeutsam sein, denn *„in keinem anderen Entwicklungsland haben deutsche Tochtergesellschaften seit 1968 im Durchschnitt so große Umsatzsteigerungen erzielen können und demzufolge so umfangreiche Erweiterungsinvestitionen tätigen können"* (1) wie in Brasilien.

Mit großem Abstand ist Brasilien das bevorzugteste Anlageland für die westdeutsche Industrie in der „Dritten Welt". Die BRD ist zweitgrößter Handelspartner Brasiliens und nach den USA zweitgrößter Auslandsinvestor. 12,9% aller Auslandsinvestitionen in Brasilien entfallen auf die BRD, 37,5% auf die USA (nach „Chemische Industrie", 4/75).

Außerdem steigt der Anteil des BRD-Kapitals in Brasilien ständig (1972 betrug er noch 10,9% laut Deutsche Überseeische Bank, Hamburg, 9/73). Und Hans Günther Sohl, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) kündigte auf einer Brasilienreise im August 1974 für die kommenden Jahre verstärkte westdeutsche Investitionen in Brasilien an („Neue Zürcher Zeitung", 10.8.74).

„Es ist nicht leicht, in Brasilien Pleite zu machen"

So schrieb das „Handelsblatt" am 5.6.70, ein Hinweis auf die Gründe für das starke Engagement des BRD-Imperialismus in Brasilien. *„Magnet für Investoren", „Attraktives Anlageland"* („Welt"), *„Markt des Jahres 2000", „Unternehmer und Financiers stehen Schlange, um in Brasilien investieren zu können"* („NZZ") jubeln die Imperialisten. W. Gerner meint in der „FAZ" vom 15.4.75 sogar: *„Die Fülle der möglichen Anreize und Vergünstigungen* (für die Kapitalisten – AK) *ist verwirrend"*.

Für die bundesdeutschen Kapitalexporteure tun sich tatsächlich in kaum einem anderen „Entwicklungsland" derartig profitable Möglichkeiten auf, wie in Brasilien:

▶ Die meisten Investitionen sind nicht genehmigungspflichtig, sondern müssen lediglich bei den brasilianischen Behörden registriert werden (1). Die Kapitalisten können dort investieren, wo es ihnen am gewinnträchtigsten erscheint. Hier wird auch die Grundlage gelegt für einen ungeahnten Raubbau bei der Abholzung des Amazonas-Urwaldes, von dem große Teile schon an ausländische Fleisch- und Holzverarbeitungskonzerne verkauft wurden (es sollen große Viehzucht-Farmen entstehen), was die Entstehung neuer großer Dürregebiete erwarten läßt (vergl. auch AK 61).

▶ Die Kapitalisten erwartet ein umfangreiches System von Steuervorteilen. Die Einkommenssteuer ist im allgemeinen niedriger als in der BRD. Hinzu kommen Steuervergünstigungen bei Investitionen im Nordwesten Brasiliens (der ärmste und zurückgebliebendste Teil des Landes), wo die Kapitalisten zehn Jahre von jeglicher Einkommenssteuer befreit sind, sowie ähnliche Vergünstigungen bei Investitionen im Amazonasgebiet.

„Eine dritte Möglichkeit, Steuervergünstigungen zu erhalten, ist der Export. Die Produktion von Waren, die für den Export bestimmt sind, ist von indirekter Steuer befreit. Unternehmen sind von der Einkommenssteuer für den Teil ihrer Gewinne befreit, der auf dem Exportsektor anfällt" („Chemische Industrie", 4/75), d.h. für Exporte aus Brasilien müssen überhaupt keine Steuern gezahlt werden!

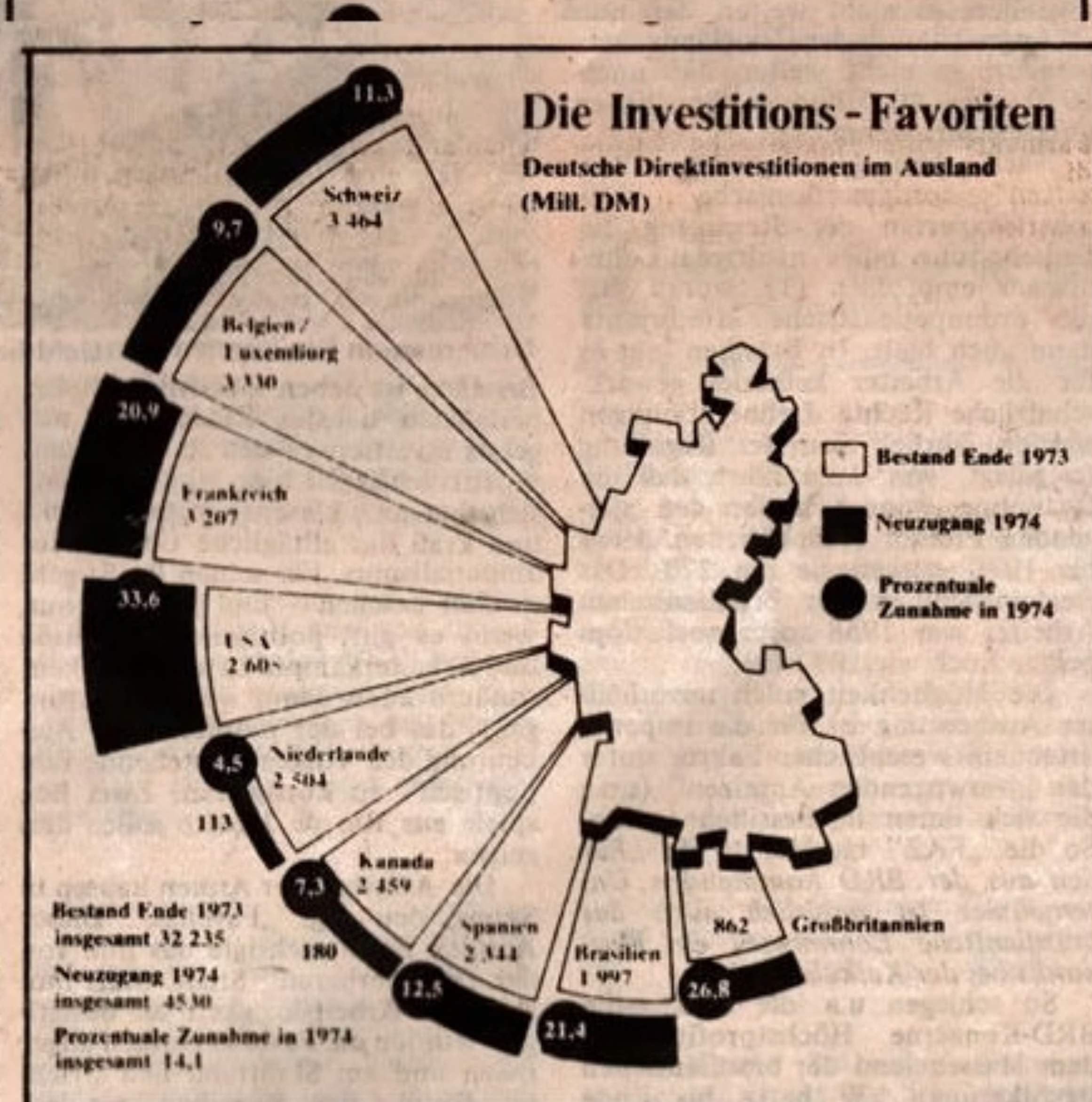
So sind *„einige Großunternehmen in den letzten Jahren dazu übergegangen, Direktinvestitionen in Brasilien auch als konzerninterne kostensenkende Arbeitsteilung vorzunehmen. Immer mehr Konzerne lassen bestimmte Einzelerzeugnisse, Ersatzteile oder Vorprodukte für die Fertigwarenherstellung in der BRD von Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern anfertigen"* (1).

Andererseits werden zunehmend auch ganze Produktionszweige – siehe in der Autoindustrie mit VW und auch Mercedes, die mit an führender Stelle der westdeutschen Auslandsinvestoren in Brasilien stehen – nach Brasilien ausgelagert. In beiden Fällen bedeutet dies Massenentlassungen in der BRD, wird diese Expansionspolitik des BRD-Imperialismus auf dem Rücken der westdeutschen Arbeiterklasse ausgetragen. Die großen Exportvergünstigungen lassen Brasilien für die BRD-Imperialisten zum „Tor für Lateinamerika" werden. Westdeutsche Großunternehmen versuchen zunehmend, andere lateinamerikanische Länder von Brasilien aus zu beliefern, sowie von ihren brasilianischen Tochtergesellschaften aus neue Fabriken in süd- und mittelamerikanischen Ländern aufzubauen. Jüngstes Beispiel dafür ist VW do Brasil. VW versuchte hier über das Zweigwerk in Brasilien auch im faschistischen Chile Einstieg zu finden (vergl. AK 61).

▶ Neben diesem Steuerparadies bietet Brasilien den westdeutschen Kapitalisten außerdem billiges Firmengelände, günstige staatliche Kredite, große Rohstoffvorkommen direkt „vor der Tür" (*„Abgesehen von guter Kohle gibt es auf diesen 8,5 Millionen qkm ... beinahe alles, was eine moderne Wirtschaft braucht"* – „FAZ", Mai '75).

Wahrend so auf der einen Seite den imperialistischen Konzernen Höchstprofite gesichert werden, verschlechtert sich die Lebenslage für die brasilianischen Arbeiter und Bauern immer mehr.

Fortsetzung Seite 20



KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig: P. Liebert, 33 Braunschweig, Postlagerkarte 081360 A

Bremen: Arnold Neugebohrn, 28 Bremen 1, Postfach 10 29 41, Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1, Postlagerkarte 00 31 6o

H. Lankau, 242 Eutin, Postlagerkarte A 022854

Flensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 6 Frankfurt/M. 90, Kurfürstenstraße 8, öffentl. Bürostunde: mittwochs 14 – 18.3o Uhr

Göttingen: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19.00 Uhr

Hamburg: ARBEITERKAMPF, Literatur-Vertrieb + Büro, 2 Hamburg 6, Susannenstraße 41, Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Buchladen E. Thälmann, z. Hd. KB, 3 Hannover, Grotestraße 13

Hildesheim: 32 Hildesheim, Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider, 234 Kappeln/Schlei, Postlagernd

Kassel: Florian Rohs, 35 Kassel, Goethestraße 31

Kiel: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck: c/o Arbeiterbuch, 24 Lübeck 1, Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: P. Wurzbacher, 2410 Mölln, Postfach 1362

Nürnberg: G.N.K., Thomas Gradl, 85 Nürnberg 16, Postfach 16 03 65

Oldenburg: Th. Piepgras, 29 Oldenburg, Postfach

Westberlin: A. Radtke, 1 Berlin 21, Thomasiusstraße 2, Freitag, 16.00 bis 19.00 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

„Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse"?
Die Arbeiter brauchen ihre Partei – über welche politischen Differenzen muß

Bücher und Broschüren

Anzahl

○ **Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen**
Broschüre der Frauengruppe des Kommunistischen Bundes
82 Seiten DM 5,–

○ **Die Emanzipation der Frau in Palästina**
Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten DM 1,–

○ **Schulkampf**
Nachdruck von Artikeln des ARBEITERKAMPF
92 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 3,50

DIE INTERNATIONALE-Sondernummer

○ **Portugal**
Armee und Revolution
12 Seiten DM 1,–
Behandelt werden die rechten und bürgerlichen Parteien CDS, PDC, PPD, P.S.P., PCP, MDP, FSP und die revolutionäre Linke MES, L.U.A.R., P.R.P-B.R., UDP, FEC/ML, MRPP, PCP/ML, AOC, PUP, LCI. Im 15seitigen Anhang sind AK-Artikel nachgedruckt; z.B. wird das Wahlergebnis behandelt („Vernichtende Niederlage für die offene Reaktion"), außerdem die Übersetzung der ersten von Arbeiterhand herausgegebenen Nummer der Zeitung „Republica" („Geschichte eines Kampfes").
Übersetzung sechs aktueller Texte aus „Esquerda Sozialista" (MES), „Poder Popular" (Massenzeitung des MES), die Plattform des MFA (Bewegung der Streitkräfte) sowie die Proklamation der „1. Großen Delegiertenversammlung der Matrosen der Marine".
12 Seiten mit zweiseitigem Drei-Farb-Poster „Povo – MFA"

ARBEITERKAMPF-Sondernummer

○ **Zur Außenpolitik der VR China**
12 Seiten DM 1,–

„Offener Brief des KB an die westdeutsche Linke", „Strauß in China: Zum Kotzen", „KBW bekennt endlich Farbe (schwarz)", „Blindenhund dringend gesucht", „Die Haltung der VR China zur faschistischen Militärdiktatur in Chile", „Albanien gegen BRD-Imperialismus", „Kommunisten und ‚deutsche Wiedervereinigung' ", „Die neuen ‚Vaterlandsverteidiger' im super‚linken' Gewand" und andere Artikel.
12 Seiten DM 1,-

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Schallplatten

○ **Lieder des Hamburger Straßentheaters**
Sie haben den Präsident
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **Wir führen den Kampf weltweit**
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **Guten Morgen!**
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **„Das politische Lied"** DM -,5o
Platten-Katalog
Dieser Katalog stellt die wichtigsten im ARBEITERBUCH lieferbaren Schallplatten (jeweils mit kurzer Beschreibung) vor.

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 8,40
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 16,80
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 10,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 20,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 6 Ausgaben	ab Nr.	DM 8,–

(66)

Anschrift: ______________________

____

____

____

__________ __________
(Datum) (Unterschrift)

Fortsetzung von Seite 19

Die Lage der Arbeiterklasse

Trotz des höchsten wirtschaftlichen Wachstums Lateinamerikas sind heute in Brasilien die extremsten Einkommens- und Vermögensunterschiede in Südamerika anzutreffen. Von den 33 Millionen registrierten Berufstätigen (Einwohnerzahl Brasiliens 105 Mio.) erhalten 70% nicht mehr als den staatlich festgesetzten Mindestlohn (den salario minimo), der z.Zt. etwa 140 DM monatlich beträgt. 1972 mußte ein brasilianischer Arbeiter für ein Kilo Bohnen – dem Standardmenü der Arbeiter – durchschnittlich drei Stunden arbeiten! (1).

In den industriellen Ballungsgebieten werden zwar an Facharbeiter Löhne gezahlt, die wesentlich über diesem salario minimo liegen (VW zahlt an qualifizierte Arbeiter derzeit ca. 650 DM monatlich), jedoch betrifft dies nur einen geringen Teil der Arbeiterklasse. In anderen Teilen des Landes werden teilweise sogar wesentlich niedrigere Löhne gezahlt, da die Kapitalisten jederzeit auf ein Heer von Arbeitslosen zurückgreifen können, die bereit sind, selbst für Hungerlöhne zu arbeiten. Zudem ist gesetzlich festgelegt, daß ein Kapitalist die Mindestlöhne nicht zu zahlen braucht, wenn er nachweist, daß er kaum mit Gewinn arbeitet. Hinzu kommt, daß Abzüge vom Lohn erlaubt sind, die bis zu 3/4 des Nominallohnes ausmachen können!

Aus dem brasilianischen Bundesstaat Parana, der neben anderen Staaten des brasilianischen Südens mit als „eine der Industrieregionen der Zukunft" („FAZ", 15.4.75) von den westdeutschen Kapitalisten für ihre Investitionsvorhaben zunehmend ins Auge gefaßt wird, wird berichtet, daß dort beispielsweise den Arbeitern nur 30 bis 40 DM Bargeld vom Mindestlohn bleiben. Der Rest wird ihnen abgezogen für die Baracken, in denen sie wohnen, für Gesundheitsfürsorge, Schulen, Arbeitsgerät und anderes. (Nach „Spiegel", Nr. 36/1970).

Angesichts dieser Umstände verwundert es nicht weiter, daß noch 1970 etwa 40 Millionen Brasilianer unterernährt waren (1).

Nach dem Militärputsch 1964 hatten nordamerikanische Wirtschaftsexperten der Regierung die Beibehaltung eines niedrigen Lohnniveaus empfohlen (1), woran sich die proimperialistische Militärjunta dann auch hielt. In Brasilien gibt es
die proimperialistische Militärjunta dann auch hielt. In Brasilien gibt es
für die Arbeiter keinerlei gewerkschaftliche Rechte. Lohnerhöhungen werden jährlich von der Regierung festgelegt, was dazu führt, daß die Reallöhne ständig hinter den steigenden Preisen zurückblieben. 1964 bis 1970 sanken sie um 27%. Das Realeinkommen der brasilianischen Arbeiter war 1958 sogar noch doppelt so hoch wie 1972 (1)!

Die Möglichkeit solch unverhüllter Ausbeutung ist für die Imperialisten ein wesentlicher Faktor unter den „verwirrenden Anreizen" (s.o.) die sich ihnen in Brasilien auftun. So die „FAZ" im Mai 1975: *„Für den aus der BRD kommenden Unternehmer ist natürlich auch das brasilianische Lohnniveau ein Pluspunkt bei der Kalkulation".*

So schlagen u.a. die wichtigsten BRD-Konzerne Höchstprofite aus dem Massenelend der brasilianischen Bevölkerung: VW hatte bis Ende 1974 in Brasilien 186,3 Mio. US-Dollar investiert, Daimler-Benz 63, Krupp 34,1, Mannesmann/Demag 31,4, Farbwerke Hoechst 30, BASF 26,1 und die Robert Bosch GmbH 37,5 Mio. US-Dollar. (Nach: Finanz und Wirtschaft, Zürich, 24. 7.75).

Faschistische Militärjunta – Treue Stütze der Imperialisten!

Gerade für den BRD-Imperialismus, der im Gegensatz zu anderen imperialistischen Ländern (USA, Frankreich) für seinen Kapitalexport erst Märkte „erobern" muß und sich gegenüber starker imperialistischer Konkurrenz erst durchsetzen muß, ist es bedeutsam, daß sein Kapital möglichst „risikolos" einerseits angelegt ist, und andererseits möglichst hohe Profite abwirft, um von sicheren Positionen aus weiter expandieren zu können. Deshalb wird der Kapitalexport hauptsächlich in Länder mit faschistischen Regimes getätigt, unterstützen die BRD-Imperialisten überall in der Welt reaktionäre Regimes (Iran, Spanien, Südafrika und nicht zuletzt auch Brasilien).

Gerade Brasilien umfaßt alle diese Bedingungen – es garantiert Höchstprofite, das Kapital ist „zukunftssicher", d.h. geschützt vor eventueller Enteignung angelegt, was die Kapitalisten nicht vergessen immer wieder lobend hervorzuheben, und Brasilien bietet eine überaus günstige Möglichkeit – aufgrund der entfallenden Exportsteuern – in andere lateinamerikanische Länder zu expandieren. Aus diesem Grund nennt die „FAZ" auch als ersten Grund für das verstärkte Engagement der BRD-Unternehmen in Brasilien: *„Da ist zunächst einmal die politische Stabilität als Voraussetzung jeder Kapitalanlage. Es ist mehr als ein Propagandaslogan der Regierung in Brasilia, wenn sie Brasilien heute als ruhige Insel auf einem lärmenden Subkontinent anpreist ... Ein von den Gewerkschaften organisierter Streik ist weiterhin nicht denkbar ..."*

Im Jahresbericht des der Privatwirtschaft nahestehenden Ibero-Amerika Vereins in Hamburg wird sinngemäß vermerkt: *„Argentinien ist nach wie vor politisch wenig ausgewogen. In Brasilien geht die günstige Entwicklung weiter (!)."* („LN", 26.6.75).

Bezeichnenderweise zog sich der BRD-Imperialismus während der Amtszeit des brasilianischen Präsidenten Goulard (1961 bis '64) aus Brasilien auch zurück. Unter Goulard hatten die brasilianischen Arbeiter weitergehende gewerkschaftliche Rechte zugesichert bekommen, außerdem wurden dem ausländischen Kapital Beschränkungen auferlegt. Die westdeutschen Investitionen sanken in diesem Zeitraum von 108,3 Mio. DM (1961) auf 25,1 Mio. DM (1964) und stiegen erst nach dem faschistischen Militärputsch wieder an.

Seit 1968, als die Militärs nach großen Streiks der Metallarbeiter und der Ausdehnung der Studentenbewegung die noch verbliebenen demokratischen Freiheiten völlig aufhoben, verdoppelten sich dann die Investitionen der BRD-Imperialisten (Anfang 1968 hatten sie eine Milliarde DM erreicht, Anfang 1974 waren sie auf rund zwei Milliarden DM geklettert) (nach „Welt", 4.12.74).

Da die Imperialisten hoffen, daß die für sie „günstige" Lage in Brasilien weiterhin bestehen wird, kann Wolfgang Gerner in der „FAZ" vom 15.4.75 dem „Unternehmer Maier", der in Brasilien investieren will, versichern, *„daß der von einem bekannten südamerikanischen Wirtschafter stammende Satz: ‚Man liebt die Investitionen, aber haßt den Investor' auf ein Land mit Gewißheit nicht zutrifft: auf Brasilien!"*

Die faschistische Militärjunta in Brasilien ist nicht allein deshalb für die Imperialisten von so großer Bedeutung, weil sie ihnen Höchstgewinne und sichere Investitionsmöglichkeiten garantiert, sondern das reaktionäre Regime dient ihnen auch als Schutzwall und Aggressionsbasis gegen die Arbeiterbewegung anderer lateinamerikanischer Länder, gegen die um Sozialismus kämpfenden Völker des amerikanischen Subkontinents. Auf diesen Aspekt werden wir in einem späteren Artikel noch näher eingehen.

(1) Die so gekennzeichneten Angaben sind entnommen aus dem Buch: „Deutsches Geld und Dritte Welt, dargestellt am Beispiel Brasilien" von Rudi Maslowski, erschienen 1973 im P. Hammer Verlag.

Brasilien-Kommission
KB/Gruppe Lübeck ●

Imperialistische Menschenverachtung



Die Armen in Rio können kein Geld für die Vorortbahn bezahlen . . .

Die Armen in Rio können kein Geld für die Vorortbahn bezahlen . . .

Brasilien ist neben Südafrika der Imperialisten liebstes Kind; denn nirgends investiert es sich so sicher und profitträchtig wie hier. Nirgends zeigt sich aber auch klarer so ungeschminkt und kraß das alltägliche Gesicht des Imperialismus. Für seinen Profit geht er über Leichen – und das nicht nur, wenn es gilt, politische Opposition und Arbeiterkämpfe zu unterdrücken, sondern auch dann, wenn es darum geht, das bei der mörderischen Ausbeutung des Volkes entstehende Bild „optisch" zu korrigieren. Zwei Beispiele aus Rio de Janeiro sollen dies zeigen:

Die Ärmsten der Armen hausen in Slums, den sog. „Favellas". Dieser Anblick beeinträchtigte das Bild von der „wunderbaren" Stadt. Statt nun aber die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wurden die Favellas einfach abgerissen und am Stadtrand neu errichtet. Für die Bewohner bedeutet das: lange und teure Anmarschwege in die Stadt, nur dort können sie hoffen, Gelegenheitsarbeit zu finden. Die „Welt" vom 12.7.75 beschreibt dies Elend so: *„Auch dies gehört zum Alltag in Brasilien: Bewohner der Armenquartiere von Rio de Janeiro, springen auf Vorortszüge und hängen sich an die Fenster und Türen, um zum Nulltarif befördert zu werden – irgendwo in die Millionenstadt, wo es ein paar Cruzeiros für sie zu verdienen gibt.*

Dabei geschieht es immer wieder, daß die blinden Passagiere auf dem schlingernden Gefährt den Halt verlieren. Die drei auf unserem Foto stürzten genau in dem Augenblick ab, als ein Gegenzug ihren Zug passierte. Für sie kam jede Hilfe zu spät."

Eine weitere Folge der Armut und Massenarbeitslosigkeit ist das Betteln. Auch dies stört das Bild des „Wirtschaftswunders" Brasiliens. Eine eigens eingerichtete „Dienststelle zur Unterdrückung des Bettlerunwesens" arbeitet mit folgenden Methoden:

„Notorische Almosensucher wurden wie räudige Katzen ertränkt. Sie wurden mit Steinen beschwert und in den Fluß gestoßen. Waren die Bettler bei Kräften, wurden sie vorher mit einer Kugel erledigt, waren sie schwächlich, sparte man Lärm und Munition" (nach „Spiegel" vom 2.10.1967).

Wie schrieb doch die „SZ" am 1.7.1970 in einer Brasilien-Sonderbeilage so treffend:

„Brasilien ist heute das Land, in dem das Individuum noch etwas gilt und nicht der seelenlose Bestandteil einer Maschine oder einer Organisation ist, die den Menschen nur als Gegenstand bewertet."
– Imperialistische Logik!

Brasilien-Kommission
KB/Gruppe Lübeck ●



. . . und müssen dafür mit ihrem Leben bezahlen!

Liberalisierung und Erpressung – die beiden Seiten der US-Beziehungen zu Kuba

Seit dem Sieg der cubanischen Revolution 1959 führten die US-Imperialisten den totalen wirtschaftlichen und politisch-diplomatischen Boykott gegenüber dem revolutionären Cuba durch. Nicht einmal Medikamente und Kindernahrung wurden nach Cuba geliefert!

Gleichzeitig wurden vom CIA und Exil-Cubanern Invasionen vorbereitet, mit denen Cuba „vom Kommunismus befreit" werden sollte. Keine dieser Aktionen glückte (siehe AK Nr. 53 und 54).



Zwei Jahre nach der cubanischen Revolution: Genossen nehmen zwei eingeschleuste CIA-Invasoren hopps!

1964 trat die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), eine vom US-Imperialismus beherrschte Organisation zusammen und beschloß, das Embargo gegen Cuba für alle Mitglieder der OAS sowie den Ausschluß Cubas aus diesem Verein. Diese Maßnahme hatte nicht voll den von den USA gewünschten Erfolg. Immer mehr Regierungen amerikanischer Staaten unterlie-

US-Imperialismus beherrschte Organisation zusammen und beschloß, das Embargo gegen Cuba für alle Mitglieder der OAS sowie den Ausschluß Cubas aus diesem Verein. Diese Maßnahme hatte nicht voll den von den USA gewünschten Erfolg. Immer mehr Regierungen amerikanischer Staaten unterlie-

fen den US-Beschluß und nahmen wirtschaftliche und politisch-diplomatische Beziehungen zu Cuba auf.

Im November 1974 wurde der Antrag an die OAS gestellt, Cuba wieder aufzunehmen; er bekam aber nicht die notwendige 2/3-Mehrheit. Gegen den Antrag stimmten die Vertreter Chiles, Paraguays und Uruguays. Die Vertretungen von sechs amerikanischen Staaten enthielten sich der Stimme, so auch die Vertretung der USA selbst (siehe auch AK 53, Seite 5). Der US-Imperialismus konnte sich eben auf seine Marionetten verlassen. Der „harte Kurs" gegen das sozialistische Cuba wurde weiter gesteuert. Gleichzeitig aber zeigten sich die USA gewissermaßen unter der Hand flexibel, entfalteten „diplomatische Aktivitäten" etc.. Vor allem die Besuche von führenden Vertretern der „Demokratischen Partei" der USA (u.a. McGovern) sollten eine „Liberalisierung" der Beziehungen vorbereiten helfen.

Ende Juli 1975 schließlich fand eine Sondersitzung der OAS statt, auf der mit 16:3 Stimmen eine Resolution verabschiedet wurde, die beinhaltet, daß jeder in der OAS vertretene Staat von sich aus diplomatisch-politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Cuba aufnehmen kann. Auch die Vertreter der USA stimmten nun für den Antrag.

Der **Taktikwechsel** der USA ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß Cuba zunehmend ein auch für die Imperialisten interessanter Geschäftspartner wurde. Er zeigt auch die Stärke des sozialistischen Cuba, daß es direkt vor der Küste des gefräßigen US-Imperialismus geschafft hat, nicht nur wirtschaftlich und politisch zu überleben, sondern auch zu erstarken.

Aber bis es zu einer Änderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Cuba und den USA selber kommt, dürfte noch einige Zeit verstreichen, denn die gegenwärtige US-Regierung möchte sich bis zur Präsidentschaftswahl (1976) in der Cubafrage nicht zu weit exponieren. Diejenigen US-Konzerne, die nach der cubanischen Revolution enteignet wurden (ITT, Texaco, Standard-Oil, United Brands u.a.) wollen als Bedingungen für die Auflockerung der Beziehungen zwischen den USA und Cuba Entschädigungen sehen (nach „Neue Zürcher Zeitung" vom 2./3. August soll es sich um rund zwei Milliarden Dollar handeln, die Cuba zahlen soll!).

Kalte Krieger (so der AFL/CIO-Boss George Meany) hatten darüber hinaus die Freilassung der „politischen Gefangenen" in Cuba gefordert (also der CIA-Agenten und ähnlichem Gesocks!). Meany hat schon angekündigt, „seine Gewerkschaftsorganisation" werde den Cubahandel boykottieren, solange die cubanische Regierung die „politischen Gefangenen" nicht freilas-

hinaus die Freilassung der „politischen Gefangenen" in Cuba gefordert (also der CIA-Agenten und ähnlichem Gesocks!). Meany hat schon angekündigt, „seine Gewerkschaftsorganisation" werde den Cubahandel boykottieren, solange die cubanische Regierung die „politischen Gefangenen" nicht freilas-

sen würde und nicht aufhören würde, den „Terrorismus" auf den Kontinent zu „exportieren" (nach „NZZ", 2./3.8.75).

Derzeit erschweren die Zollgesetze der USA den Handel von cubanischen Artikeln in den USA. Es müßte also erst ein neues spezielles Handelsabkommen zwischen den beiden Ländern ausgehandelt werden. Vor der Wahl 1976 ist damit aber nicht zu rechnen.

Es liegt in der Logik des Imperialismus, daß er gleichzeitig mit den Bestrebungen, den Handel und die Beziehungen zu liberalisieren, durch allerlei politische Erpressung und Aufwärmen des alten Antikommunismus versucht zu testen, inwieweit die cubanische Regierung zu politischen Zugeständnissen gezwungen werden kann. Die cubanische Regierung ist ihrerseits zu normalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA bereit (auf Grundlage der Prinzipien zur friedlichen Koexistenz).

Und die cubanischen Arbeiter und Bauern wissen, wer ihr Feind ist und bleibt. Forderten sie doch auf einer Massenkundgebung in Havanna, auf der auch zwei „demokratische" Abgeordnete der USA teilnehmen durften, die gerade Cuba besuchten, immer wieder in Sprechchören:

FIDEL SEGURO, A LOS YANQUEES DALES DURO!

(FIDEL, GIB' DEN YANKEES MÄCHTIG SAURES!)

Südamerika-Kommission KB/Gruppe Hamburg ●

KSZE: Großer Rummel, „goldene" Worte –

Die Kriegsgefahr nimmt weiter zu!

Am 1. 8. 1975, nach über zweijährigen „Vorverhandlungen", wurde die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) mit der Unterzeichnung der sog. „Schlußakte" abgeschlossen. An dem mit großem Pomp und viel propagandistischem Beiwerk inszenierten „Gipfeltreffen" zum Abschluß nahmen 33 europäische Staaten (alle außer Albanien) azu die USA und Kanada wegen deren „besonderen Interessen in Europa" (!! „SZ", 15. 7. 75) teil.

Die von allen Teilnehmern unterzeichnete „Schlußakte" ist von Kompromissen und einander direkt widersprechenden Passagen teilweise skuril zerfleddert. Lediglich ihr mittlerer Teil zur „wirtschaftlichen Zusammenarbeit" (der sog. „Korb 2") umreißt einigermaßen zielstrebig eine weitestgehende Zusammenarbeit, vor allem zwischen EG und RgW.

Die Imperialisten haben in den Teilen der „Schlußakte", die politische Fragen betreffen, alle ihre Forderungen – vor allem nach Einbeziehung West-Berlins in den Gültigkeitsbereich des Abkommens und nach sog. „menschlichen Erleichterungen" – durchgesetzt, bzw. gegenteilige Aussagen durch Aufnahme von entgegengesetzten, „gleichberechtigten" Passagen paralysiert. Zusätzlich stellt „eine besondere Unberührtheitsklausel (sicher), daß die Konferenztexte bestehende Rechte und Verpflichtungen sowie Verträge und Abkommen in keiner Weise tangieren ..." (Genscher im Parlament, 19. 6. 75), d. h. insbesondere die Militärpakte wie NATO und Warschauer Pakt.

Der „Prinzipienkatalog" – ‚gold'ne Worte, die der Imperialismus überall in der Welt mit Füßen tritt!

Der „Prinzipienkatalog" – ‚gold'ne Worte, die der Imperialismus überall in der Welt mit Füßen tritt!

Zunächst einmal bekräftigten die Teilnehmerstaaten, *„die Entspannung im universellen Sinne, sowohl zu einem dauerhaften, als auch zu einem immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozeß zu machen ..."*, auf diesem Wege zu einem ..... *besseren gegenseitigen Verständnis"* zu kommen und *„ihre Bemühungen zur Überwindung des Mißtrauens zu vereinigen, die Probleme, die sie trennen, zu lösen und zum Wohl der Menschheit zusammenzuarbeiten"*. Na denn, zum Wohl!

(Diese und alle folgenden Zitate, die nicht anders gekennzeichnet sind, aus „Schlußakte" im Wortlaut; „ND", 2./3. 8. 75).

Zu diesem prächtigen Vorwort wurde auf Druck des BRD-Imperialismus noch ein Abschnitt über das *„gemeinsame Interesse an der Entwicklung der Zusammenarbeit ü b e r a l l in Europa"* aufgenommen. Darauf bezogen haben sämtliche Vertreter der führenden imperialistischen Teilnehmerstaaten – vor allem Ford, Giscard d'Estaing und Wilson – in „solidarischer" Aktion mit dem westdeutschen Bundeskanzler Schmidt bei ihren Ansprachen darauf hingewiesen, daß für sie die „Entspannung" „untrennbar" mit der Einbeziehung West-Berlins verbunden ist.

Damit ist der „faule Kompromiß", den wir als Ergebnis der jüngsten Auseinandersetzungen um den „Status" von West-Berlin im Frühjahr '75 vorhergesagt haben, gefunden worden (siehe dazu West-Berlin-Artikel, AK 64), im Interesse der „Entspannung", ... versteht sich!

Nun aber konnte es mit den großartigen „Prinzipien" so richtig losgehen!

Im einzelnen wurde vereinbart:

1. *„Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte"*;
2. *„Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt"*;
3. *„Unverletzlichkeit der Grenzen"*;
4. *„Territoriale Integrität der Staaten"*;
5. *„Friedliche Regelung von Streitfällen"*;
6. *„Nichteinmischung in innere Angelegenheiten"*;
7. *„Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit"*;
8. *„Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker"*;
9. *„Zusammenarbeit zwischen den Staaten"*;
10. *„Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben"*.

Alle diese „Prinzipien", von denen jedes noch einmal in einem Extra-Absatz rosig und schillernd ausgemalt ist, stellen insgesamt nichts neues dar, sind vielmehr beispielsweise in der Charta der Vereinten Nationen, oder in zwischenstaatlichen Verträgen der RgW-Länder mit den imperialistischen Staaten im Rahmen der „friedlichen Koexistenz", längst unterschrieben worden – was die Imperialisten natürlich bisher bei ihren x-fachen Verbrechen an der Menschheit nicht einmal zum Zögern veranlaßt hat – ebensowenig wie die SU bei der Besetzung der CSSR.

Zu allem Überfluß hat die SU, sowie auch die anderen „sozialistischen" Länder, es dem BRD-Imperialismus auch noch gestattet, das Prinzip 3, die „Unverletzlichkeit der Grenzen", dadurch wieder zu unterlaufen, daß er in Prinzip 8, „Gleichberechtigung der Selbstbestimmungsrecht der Völker", folgende Passage einschob: *„Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrecht der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen, und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen"*.

bestimmungsrecht der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen, und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen".

Anknüpfend an diese Passage machte Helmut Schmidt in seiner Rede auf dem „Gipfel" unmißverständlich deutlich, daß der BRD-Imperialismus keineswegs gewillt ist, seine bisherige revanchistische Politik auch nur abzuschwächen:

„Unser Ziel bleibt es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder erlangt" („SZ", 31. 7. 75).

Für die DDR war im übrigen diese Äußerung derart „belanglos", daß das „Neue Deutschland" in seiner „leicht (?) gekürzten" Wiedergabe der Schmidt-Rede, im Rahmen der groß aufgemachten Berichterstattung über das „historische Ereignis", diese Passage glatt „vergessen" hat! („ND", 31. 7. 75).

„Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen" – die potentiellen Kriegsgegner wollen „Mißverständnisse" vermeiden!

In dem Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen" kamen die Teilnehmerstaaten überein, sich gegenseitig über ihre militärischen Manöver zu informieren. Zwar hatte man durchaus die *„Erkenntnis, daß es andere Wege gibt, durch die die Staaten darüberhinaus einen Beitrag zu ihren gemeinsamen Zielen leisten können"*, und doch versprach man sich angeblich von der getroffenen Vereinbarung die *„Verminderung der Gefahr von bewaffneten Konflikten und von Mißverständnissen oder Fehleinschätzungen militärischer Tätigkeiten ..., die zu Befürchtungen Anlaß geben könnten ..."* Eigenartig, wo doch der Frieden in Europa nach der KSZE angeblich „gesichert" ist? Jedenfalls vereinbarten die Teilnehmerstaaten, daß *„Ankündigungen gegeben werden von größeren militärischen Manövern, die auf dem Territorium, in Europa, eines jeden Teilnehmerstaates, sowie, falls anwendbar, im angrenzenden Seegebiet und Luftraum stattfinden"*.

Wenn man diese Übereinkunft einmal von ihrem salbungsvollen Beiwerk entkleidet, dann stellt sie nichts weiter dar, als ein Bündel zarter V o r s i c h t s m a ß n a h m e n , gerade angesichts der stetig w a c h s e n d e n Kriegsgefahr!

Die Imperialisten haben derartige Vereinbarungen inklusive „Nichtangriffspakte" etc. bisher noch immer dann geschlossen, wenn sie selbst dabei waren, fieberhaft für einen bevorstehenden Umverteilungskampf der Einflußsphären in der Welt aufzurüsten. Sie verfolgen damit die Herstellung eines gewissen Mindesmaßes an „Sicherheit" nicht „überrascht" zu werden, zumindest einen I n d i k a t o r zur genaueren E i n s c h ä t z u n g der militärischen Aktivitäten des potentiellen Gegners zu haben, dessen Militärbewegungen ja heutzutage ohnehin mittels Geheimdiensten, Satelliten-Aufklärung usw. auszumachen sind. Genau diesem Zweck dienten beispielsweise die Balkankonferenzen vor dem ersten Weltkrieg, sowie auch die Münchner Konferenz (1938) vor dem zweiten Welkrieg. Die P r a x i s der Teilnehmerstaaten, vor allem der imperialistischen, zeigt dann auch, daß diese es durchaus nötig haben, heute wieder „Sicherheits"-Vorkehrungen auf militärischem Gebiet zu treffen. Die gemeinsam mit der KSZE auf Bestreben der Sowjetunion ins Leben gerufene „Konferenz über gegenseitigen, ausgewogenen Truppenabbau (MBFR)" tagt nunmehr seit über zwei Jahren in Wien, ohne auch nur das geringste Ergebnis vorweisen zu können ! Den USA und der UdSSR ist es bis auf den heutigen Tag nicht einmal gelungen, die im Herbst letzten Jahres in Wladiwostok von Breschnew und Ford festgelegten Vereinbarungen über die „Be-

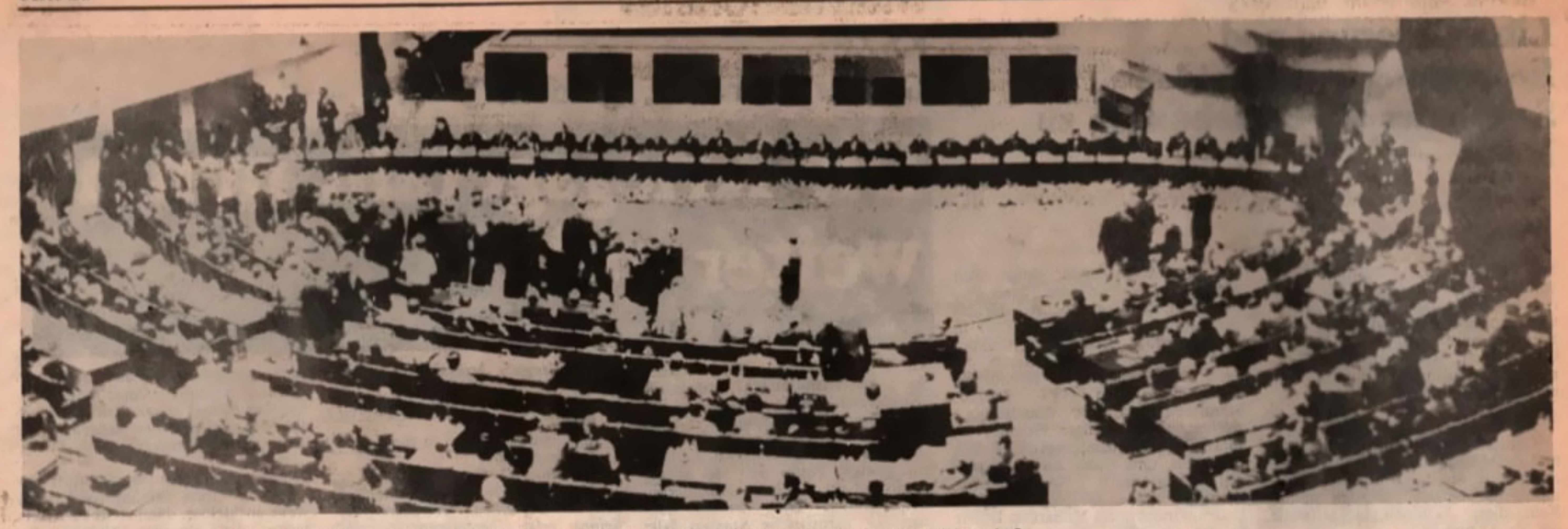
(MBFR)" tagt nunmehr seit über zwei Jahren in Wien, ohne auch nur das geringste Ergebnis vorweisen zu können ! Den USA und der UdSSR ist es bis auf den heutigen Tag nicht einmal gelungen, die im Herbst letzten Jahres in Wladiwostok von Breschnew und Ford festgelegten Vereinbarungen über die „Be-

grenzung" der strategischen A-Waffen in die Gestalt einer rechtskräftigen Vereinbarung im Rahmen der „SALT"-Verhandlungen zu bringen ! Und das, obwohl die damals vereinbarte „Begrenzung" auf 2.400 Raketen beiden Ländern noch eine A u f s t o c k u n g ihres derzeitigen Bestandes erlaubt, und obwohl 1.320 dieser Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) in unbegrenzter Anzahl bestückt werden dürfen. Obwohl also, mit einem Wort, die ganze Vereinbarung weder mit „Begrenzung", noch gar mit „Abrüstung" zu tun hat! Die Imperialisten halten sich jedoch lieber gänzlich die Hände frei, sobald es um auch nur irgendwie k o n k r e t e „Begrenzungen" geht. Sie nutzen ihre A-Waffen lieber dazu, mit der Drohung ihres Einsatzes (wie jüngst die USA gegenüber Korea) erpresserische Politik zu machen.

210 Milliarden Dollar sind 1974 in der Welt für militärische Rüstung ausgegeben worden („SZ", 2.7.75), und die in Helsinki versammelt gewesenen Staaten vereinigen auf sich den stolzen Anteil von 88% (!!) an diesen Ausgaben („SZ", 31.7.75). Wen wundert es daß dieser Verein letzlich n i c h t e i n m a l in Worten, auf dem „Fetzen Papier", eine umfassende und e i n d e u t i g e Kontrolle seiner militärischen Aktivitäten zustande kriegt ?! So findet man schließlich im sogenannten Dokument über „vertrauensbildende Maßnahmen" folgende „geringfügige" Einschränkung:

„Im Falle eines Teilnehmerstaates, dessen Territorium sich über Europa hinaus erstreckt, müssen vorherige Ankündigungen nur von Manövern gegeben werden, die in einem Gebiet innerhalb von 250 Kilometern von seiner Grenze stattfinden, die einem anderen europäischen Staat gegenüberliegt, oder die er mit ihm teilt; der Teilnahmerstaat muß jedoch keine Ankündigung in den Fällen geben, in denen dieses Gebiet auch der Grenze des Teilnahmerstaats

Fortsetzung Seite 22



Blick in die „Finnlandia-Halle" in Helsinki – da sitzen sie nun, die „Friedensfreunde", einer „entspannter" als der andere, oder?

Fortsetzung von Seite 21

KSZE: Die Kriegsgefahr nimmt weiter zu!

benachbart ist, die einem nicht-europäischen nichtteilnehmenden Staat gegenüberliegt, oder die er mit ihm teilt". Wer hat sich da wohl weitgehend aus der Ankündigungspflicht herausmogelt, einmal abgesehen von Kanada, das in dieser Beziehung ohnehin keine Bratsche spielt ? Die USA und die Sowjetunion!

Der „Zwischenfall" mit dem Mittelmeer...

Daß die Imperialisten hinsichtlich ihrer aggressiven Bestrebungen eben trotz KSZE zu keinerlei Abstrichen bereit sind, unterstreicht schon der „Zwischenfall" mit dem Mittelmeerraum, der noch auf der Konferenz selbst die ganze Verlogenheit der „goldenen" Worte von „Entspannung" etc. jedem, der es sehen wollte, vor Augen geführt hat:

Das kleine Malta hatte versucht, in die Schlußakte eine Passage über „Sicherheit und Entspannung im Mittelmeerraum" einzubringen, in der es forderte, *„ausdrücklich von einer Verringerung der amerikanischen und sowjetischen Flotten im Mittelmeer, beziehungsweise der Streitkräfte der ‚Supermächte' in diesem Raum, zu sprechen."* („SZ", 15.7.75).

Die Forderung wurde durch eine massive Kampagne in der imperialistische Presse torpediert, wonach Malta die Konferenz „blockiere",
stische Presse torpediert, wonach Malta die Konferenz „blockiere",
gar die anderen Teilnehmerstaaten „erpresse" usw.. Man tat so, als ob Malta diese Forderung zur allgemeinen Überraschung erst Mitte Juli, also „fünf Minuten vor zwölf", präsentiert hätte.

Tatsache ist indessen, daß die maltesische Forderung auf eine *„Initiative Maltas bei den Vorverhandlungen und bei der einleitenden Außenministerkonferenz 1973 in Helsinki"* („FR",15.7.75) zurückgeht. Zur Beantwortung der Frage, wer wen erpreßt hat, mag folgende Aussage der „FR" vom 14.7.75 dienen, wonach *„an den Texten und am Sitzungsprogramm weitergearbeitet wurde, ohne von den Vorbehalten Maltas Notiz zu nehmen".*

Schließlich fand sich der Vorschlag Maltas in einer durch den üblichen, nichtssagenden „KSZE-Stil" arg verhackstückte Passage der Schlußakte über „Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum" wieder. Dort wird nur noch ganz im „Allgemeinen" davon geschwafelt, daß die *„Sicherheit Europas mit der Sicherheit im Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit eng verbunden ist"* und daß man sich daher bemühen wollte, *„...durch weitere Verbesserung ihrer* (der Teilnehmerstaaten, Anmerkung AK) *Beziehungen zu den nicht teilnehmenden Mittelmeerstaaten das gegenseitige Vertrauen zu stärken, um somit Sicherheit und Stabilität im gesamten Mittelmeerraum zu fördern"* etc. blah, blah ...

Was nun die Teilnehmerstaaten unter derartigen „Bemühungen" verstehen, machte beispielsweise der Vorsitzende der KP der CSSR, Husak, in einem Gespräch mit dem westdeutschen Bundeskanzler Schmidt deutlich: *„Er stimmte grundsätzlich mit dem Bundeskanzler darin überein, daß ein UNO-Ausschluß Israels verheerende Auswirkungen haben könnte".* („SZ", 31.7.75). Oder noch deutlicher der jugoslawische Staatspräsident Tito nach einem Treffen mit Schmidt: *„Beide sprachen sich nach der fast eineinhalbstündigen Unterredung gegen jeden Versuch aus, Israel aus der UNO auszuschließen; gleichzeitig stimmten Schmidt und Tito überein, daß die Bemühungen des ägyptischen Präsidenten Sadat um eine Festigung des Waffenstillstands positiv zu beurteilen seien. Besorgt äußerten sie sich über die Entwicklung in Portugal (?!) und die Lage auf Cypern".* („SZ", 31.7.75).

Ja, auf dem „Gipfel" der KSZE herrschte große „Einmütigkeit"..., und zwar – darauf war man allerdings ganz besonders stolz – „über die Grenzen der bestehenden Systemunterschiede hinweg"!

Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit" – ein umfassendes Programm zur Integration der RGW-Länder in den kapitalistischen Weltmarkt

Die Vereinbarungen über die „wirtschaftliche Zusammenarbeit" der KSZE-Teinehmerstaaten bestehen im wesentlichen aus einer umfassenden Latte zur Regelung des Handels, der industriellen Kooperation, sowie der „Zusammenarbeit" in
umfassenden Latte zur Regelung des Handels, der industriellen Kooperation, sowie der „Zusammenarbeit" in
Bereichen der Wissenschaft, Technik und der Umwelt, zwischen den kapitalistischen Ländern und dem RGW. Daß diese Bestimmungen zur Regelung des inner-kapitalistischen Austausches und Zusammenarbeit nicht notwendig gewesen wären, ergibt sich schon daraus, daß diese Beziehungen längst durch EG etc. wesentlich enger als in Helsinki vereinbart organisiert sind. Beschlossen wurde nun zunächst, die *„Ausweitung des gegenseitigen Waren- und Dienstleistungsverkehrs zu fördern und günstige Bedingungen für eine solche Entwicklung zu gewährleisten."*

Darunter verstand man die *„Förderung des Handels und die Diversifizierung seiner Warenstruktur"* sowie die *„Schaffung von günstigen Bedingungen für die Beteiligung von Gesellschaften, Organisationen und Unternehmen an der Entwicklung des Handels."* „Begründet" wurde der angestrebte Ausbau derartiger Beziehungen mit dem folgenden vulgär-ökonomischen Erguß von erlesener Plattheit: *„...Die zunehmende weltweite wechselseitige Abhängigkeit im Bereich der Wirtschaft (macht) im wachsenden Maße gemeinsame und wirkungsvolle Anstrengungen zur Lösung der großen Probleme der Weltwirtschaft (notwendig), wie der Ernährungs-, Energie-, Rohstoff-, Währungs- und Finanzprobleme."*

Unter der Rubrik „Geschäftskontakte und -möglichkeiten" vereinbarte man zur *„Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Vertretern der vom Außenhandel betroffenen ausländischen Organisationen, Unternehmen, Gesellschaften und Banken":*

▶ *die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen;*

▶ *Anträge zur Errichtung ständiger Vertretungen und Büros zu diesem Zweck so wohlwollend wie möglich zu prüfen, gegebenenfalls einschließlich der Eröffnung gemeinsamer Büros durch zwei oder mehrere Firmen;*

▶ *die Bereitstellung von Hotelunterkünften, Kommunikationsmitteln und anderen von ihnen normalerweise benötigten Dienstleistungen und Einrichtungen".*

Vereinbart wurde ferner die *„Veröffentlichung und Verbreitung der wirtschaftlichen und kommerziellen Informationen"* insbesondere:

▶ der *„Statistiken über Produktion, Volkseinkommen, Staatshaushalt, Verbrauch und Produktivität;*

▶ *der Außenhandelsstatistiken;*

▶ *der Informationen, die zur Unterstützung der Handelsförderung Prognosen über die Entwicklung der Wirtschaft ermöglichen, z.B. Informationen über die allgemeine Ausrichtung staatlicher Wirtschaftspläne und Programme;*

▶ *anderer Informationen zur Unterstützung von Geschäftsleuten bei ihren Kontakten z.B. periodisch erscheinender Adress- und Telefonbücher, Branchenverzeichnisse und, wo möglich, Organisationsdiagramme der vom Außenhandel betroffenen Firmen und Organisationen."*

Daneben erstrebt man die Errichtung *„gemischter Kommissionen für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, nationale und gemischte Handelskammern und anderer geeigneter Gremien."*



BRD-Kanzler Schmidt u. Erich Honecker – „Entspannung" bestenfalls für die Dauer des „diplomatischen Händedrucks"...

Ferner wollte man die Durchführung von Maßnahmen unterstützen, die *„die Bedürfnisse der Verbraucher im Hinblick auf Importgüter befriedigen, insbesondere durch Marktforschung und Werbemaßnahmen, sowie, wo dies nützlich erscheint, durch das Einrichten von Versorgungslagern, die Lieferung von Ersatzteilen und die Unterhaltung eines leistungsfähigen Kundendienstes und die Ausbildung des erforderlichen einheimischen technischen Personals."*

Des Weiteren strebt man den Ausbau der „industriellen Kooperation" an, und zwar in folgender Richtung: *„Gemeinsame Produktion und gemeinsamer Vertrieb, Errichtung, Ausbau und Modernisierung von Industriebetrieben, Zusammenarbeit bei der Erstellung vollständiger Industriebetriebe mit dem Ziel, auf diese Weise einen Teil der daraus hervorgehenden Erzeugnisse zu beziehen, gemischte Gesellschaften, Austausch von ‚know how', technischen Informationen , Patenten und Lizenzen sowie gemeinsame industrielle Forschung im Rahmen von spezifischen Kooperationsprojekten".*

Für diese „prächtige" Zusammenarbeit hält man es allerseits für erforderlich, *„....die Qualität und Quantität der Information, die für die industrielle Kooperation von Bedeutung sind, zu verbessern, insbesondere hinsichtlich der Gesetze und Vorschriften einschließlich der Bestimmungen über den Devisenverkehr (!), sowie hinsichtlich der allgemeinen Ausrichtung staatlicher Wirtschaftspläne und -programme (!!!), der Planungsprioritäten (!!!) und der wirtschaftlichen Marktbedingung...."!*

Um nun die Kapitalisten endgültig vom „Investitionsparadies" RGW zu überzeugen, gewährt man „selbstverständlich" *„den Schutz der Interessen der Partner industrieller Kooperationsprojekte, einschließlich des Rechtsschutzes für Vermögenswerte jeder Art".*

Man erwägt ferner *„spezifische bilaterale Abkommen .... insbesondere zur Vermeidung der Doppelbesteuerung* (d.h. zur Vermeidung der Besteuerung von im RGW investiertem Kapital) *und zur Erleichterung des Transfers von Gewinnen und des Rücktransfers der investierten Vermögenswerte"* – sprich: der weitgehenden Ausbeutungsfreiheit der osteuropäischen Arbeiter durch das imperialistische Kapital !!

Obwohl es die RGW-Länder (und allen voran die Sowjetunion) waren, die zur Annahme dieses gigantischen Programms von „wirtschaftlicher Zusammenarbeit" drängten, konnte doch angesichts der oben nur umrissenen, für den Imperialismus günstigen Konditionen, die westdeutsche Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" feststellen: *„Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen West und Ost bringt keinesfalls nur dem Ostblock Vorteile, sondern liegt durchaus auch (?!) im Interesse der westlichen Länder, und nicht zuletzt der Bundesrepublik.."* (26./27.7.75).

So hat es auch demzufolge um den sogenannten „Korb II" am allerwenigsten „Trennendes" bzw. Auseinandersetzungen gegeben. Lediglich die von der Sowjetunion verlangte Gewährung der „Meistbegünstigungsklausel" (Grundlage dafür ist das „Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen" – GATT) wurde von den Imperialisten verweigert, um einen *„Spielraum für künftige Handelsverhandlungen mit den Ostblockländern"* zu behalten („Hb", 26.6.75).

Die getroffenen Vereinbarungen stellen den Rahmen der schon seit längerem von den RGW-Ländern angestrebten „Öffnung" nach Westen, des schon auf vollen Touren laufenden Integrationsprozesses des RGW in den kapitalistischen Weltmarkt dar. Das einzige Land, das bisher diesen Weg nicht in dem von der SU vorgelegten Tempo mitgegangen ist, ist die DDR (lehnte z. B. bisher „industrielle Kooperationen" ab). Angesichts der vorbehaltlosen Unterzeichnung der Schlußakte durch die DDR, sowie auch angesichts des Zerfalls des RGW durch die pro-westliche Wirtschaftspolitik seiner anderen Mitgliedstaaten, dadurch bedingt, durch die Verknappung des Rohstoff- und Energieflusses aus der SU (diese zieht es ja mehr und mehr vor, ihre Ressourcen profitabel auf West-Märkten zu verkaufen!), erhebt sich die Frage, wie lange die DDR ihre relative „Abschirmung" noch aufrechterhalten kann.

(Siehe dazu den Artikel „Krisenfester Sozialismus oder inflationärer, kapitalistischer Weg?" in AK Nr. 57 und 58).

Zum derzeitigen Stand der ökonomischen Beziehungen zwischen Imperialismus und RGW ist anzuführen, daß die Handelsbilanz von einem immer stärker werdenden Ungleichgewicht zugunsten des Imperialismus gekennzeichnet ist, wodurch sich die sich daraus ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten der „Ostblockbanken" allein gegenüber westdeutschen
gekennzeichnet ist, wodurch sich die sich daraus ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten der „Ostblockbanken" allein gegenüber westdeutschen
Kreditinstituten inzwischen auf 3,5 Milliarden DM belaufen („HA", 21. 5. 75).

Die Exporte der BRD – bei weitem führender „Osthändler" – haben im ersten Halbjahr 1975 mit einer Steigerung von 22 % enorm zugenommen, und erreichen nunmehr einen Anteil am Gesamt-Export von 8 %. Das Handelsvolumen erreicht eine Höhe von 8,4 Mrd. DM, wobei der westdeutsche Handelsbilanzüberschuß auf 4,5 Mrd. DM stieg.

Im Handel mit der SU gar stiegen die BRD-Exporte um 66,3 % (!); der Überschuß erreichte im ersten Halbjahr 1975 die Höhe von 1,7 Mrd. DM – im Vorjahr waren es „nur" 320 Mio.! Die Exporte nach Bulgarien nahmen um die Rekordhöhe von 72 % zu, während sie einzig im Handel mit Polen (- 14,1 %) und der CSSR (- 7,4 %) abnahmen, was aber nur vorübergehende Erscheinungen sind (Zahlen nach „Handelsblatt", 26./27. und 29. 7. 75).

Nach Auffassung des Bundeswirtschaftsministeriums setzt eine *„Überwindung der Handelsbilanzprobleme unserer Osthandelspartner .... weitere Verschiebungen in der Exportstruktur dieser Länder in Richtung auf hochqualifizierte Produkte und Spezialmärkte voraus. Dieser Prozeß sei im Gange und werde durch die Unternehmenskooperation, die allerdings erst am Anfang stehe, gefördert"* („HB", 29. 7. 75).

Die oben zitierten KSZE-Bestimmungen zur „wirtschaftlichen Zusammenarbeit" bieten denkbar günstige Ansatzpunkte für die Imperialisten, die „Anpassung" der RGW-Länder an ihre wirtschaftlichen „Bedürfnisse" zu betreiben und gestützt

auf die eben n i c h t „wechselseitigen Abhängigkeiten" (siehe oben!), dies mit politischer Erpressung und ideologischer Diversion zu paaren!

Sog. „Menschliche Erleichterungen" – von den Imperialisten zur Aufweichung des RGW durchgesetzt!

Mit der ständigen Drohung, die Konferenz platzen zu lassen, haben die Imperialisten einen umfassenden Katalog von sog. „Menschlichen Erleichterungen" im „Korb III", der „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" durchgesetzt. Unter Punkt 1. „Menschliche Kontakte" wurden im Wesentlichen vereinbart: *„Freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage zwischen Personen, Institutionen und Organisationen zu erleichtern"*. Zentralpunkt in diesem Teil ist die sog. *„Familienzusammenführung"*, für die *„die Teilnehmerstaaten in positivem und humanitärem Geiste Gesuche von Personen behandeln, die mit Angehörigen ihrer Familien zusammengeführt werden möchten"*.

So kam es noch während der Konferenz in Helsinki zwischen der VR Polen und der BRD zu folgender Vereinbarung:

– die BRD zahlt Polen eine pauschale Abgeltung der noch aus der NS-Zeit bestehenden Entschädigungs- und Rentenansprüche in Höhe von 1,3 Mrd. DM und gibt einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. (Zinssatz 2,5 %);

– Polen sagt zu, innerhalb von vier Jahren die Ausreise von insgesamt 120.000 – 125.000 „deutschstämmigen" Polen zu gewährleisten.

Außerdem ist zum Punkt „Menschliche Kontakte" noch folgender Absatz – speziell gedacht für die Verbesserung der „Arbeitsbedingungen" der klerikalen „Wühlarbeiter" des Vatikans – erwähnenswert: *„Sie (die Teilnehmerstaaten – Anm. AK) bestätigen, daß religiöse Bekenntnisse, Instititutionen und Organisationen, die im verfassungsmäßigen Rahmen der Teilnehmerstaaten wirken, sowie ihre Vertreter in den Bereichen ihrer Tätigkeit untereinander Kontakte und Treffen haben sowie Informationen austauschen können"*.

In diesem Sinne hatten eine Reihe von RGW-Ländern seit Januar dieses Jahres wieder gestattet, verschiedene noch aus Tagen besserer Politik „verwaiste" Bischofs-Stühle wieder neu zu besetzen.

Der zweite, neben den „Menschlichen Kontakten", noch von den Imperialisten zum Schwerpunkt ihrer „Vorschläge" gemachte Abschnitt im Kapitel „humanitäre Zusammenarbeit" betrifft die „Information": *„In Anerkennung der Bedeutung der Verbreitung von Informationen aus den anderen Teinlnehmerstaaten und der besseren Kenntnis solcher Informationen"* beschlossen die Teilnehmerstaaten, *„die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern"*.

Im Einzelnen betrifft das die Ver-
nen aller Art zu erleichtern".

Im Einzelnen betrifft das die Verbreitung von „gedruckter Information", wofür die Teilnehmerstaaten *„ihre kompetenten Firmen und Organisationen ermutigen, Abkommen und Verträge zu schließen, die auf eine schrittweise Erhöhung der Menge sowie der Anzahl der Titel von Zeitungen und Veröffentlichungen gerichtet sind, die aus den anderen Teilnehmerstaaten eingeführt werden"*.

Im weiteren stellen die Teilnehmerstaaten die *„Ausdehnung bei Verbreitung von Informationen durch Rundfunksendungen fest und drükken die Hoffnung auf Fortsetzung dieses Prozesses aus"*.

Die „SZ" vom 1. 7. 75 wußte in diesem Punkt noch ergänzend zu berichten:

„Die osteuropäischen Länder haben schon in den letzten Jahren die Störung vor allem der Sendungen der vom US-Geheimdienst mitfinanzierten Rundfunkstationen ‚Radio Liberty' und ‚Radio Freies Europa' graduell abgebaut"!

„Last not Least" bleibt noch die Vereinbarung eines besonderen Abschnittes zur „Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten" zu erwähnen, wo sich in „entspannter Form" über die „Ein- und Ausreisemöglichkeiten", verschiedene diese betreffende Erleichterungen etc. ausgelassen wird. Kernpunkt des Ganzen ist eine Übereinkunft, die es den Journalisten ermöglicht, *„die Ergebnisse ihrer beruflichen Tätigkeit, einschließlich Bandaufnahmen und unentwickelte Filme, vollständig, auf normale Weise und schnell, auf den von den Teilnehmerstaaten anerkannten Wegen den von ihnen vertretenen Informationsorganen zum Zweck der Veröffentlichung oder der Sendung im Rundfunk und Fernsehen zu übermitteln"*.

Deutschen" seien „die Hauptinteressenten oder Hauptbetroffenen der Ost-West-Politik. Deshalb müßten sie ein schärferes Auge für das haben, was Entspannung bringen müßte, als viele im Westen". In diesem Sinne sei auch das *„differenzierte Nein"* der CDU/CSU zu verstehen, mit dem die Bundesregierung *„international argumentieren"* könne, um so der *„Vertretung des deutschen Standpunkts Nachdruck zu verleihen"*. Dafür sei es durchaus angebracht, daß *„Regierung und Opposition ..... getrennt marschieren und vereint schlagen"* (ebenda).

Das Interesse der RGW-Länder an der KSZE – Legitimierung der „Kooperation" mit dem Imperialismus durch „Entspannungs"-Betrug !

Es wäre unseres Erachtens ein Fehler, würde man die Haltung der RGW-Länder zur KSZE, ihre „weltmännische Diplomatie" während des „Gipfels" usw. lediglich als Produkt ihrer vermeindlichen Illusionen in den „friedliebenden" Charakter des Imperialismus werten. Vielmehr muß man davon ausgehen, daß die revisionistischen Führer dieser Länder sehr wohl um die Kriegsgefahr Bescheid wissen, und keinesfalls die „goldenen" Worte ihrer „Prinzipien" etwa selbst für bare

Damit haben – wenn diese Bestimmungen Realität werden – die Imperialisten freie Hand in der Gestaltung und Munitionsbeschaffung für ihre wütende antikommunistische Hetze – eine Freiheit, deren „Entspannungs"-Auswirkungen man gerade anschaulich an der „Berichterstattung" über Portugal verfolgen kann!

Getrennt marschieren – vereint schlagen!

Die Positionen des BRD-Imperialismus seien „in Genf gehalten worden", konnte Außenminister Genscher betont bescheiden nach der Veröffentlichung der Schlußdokumente kundtun. *„Gefahrenaus den Ergebnissen könnten sich nur dann ergeben, wenn Illusionen und kritiklose Übernahme östlicher Entspannungsparolen unser künftiges Handeln bestimmen, und nicht der klare Blick für die Realitäten"* („SZ", 15. 7.).

Für die CDU/CSU hat am profiliertesten ihr „Schatzmeister" Walter Leisler-Kiep in einem Interview mit der „Zeit" Stellung bezogen: *„Die*



Schmidt u. Giscard – die „Führer" der EG können vollauf zufrieden sein . . .

Münze nehmen. Dafür spricht allein schon die massive Beteiligung der Sowjetunion am allgemeinen Wettrüsten, sowie die verschiedenen betrügerischen Versuche der Sowjetrevisionisten, dies zu vertuschen (z.B. der Betrug mit den SALT-Verhandlungen etc.).

Das Interesse der SU-Revisionisten, wie auch verschiedenartig nuanciert der anderen RGW-Länder, an der KSZE bestand vielmehr einerseits an einer Intensivierung der wirtschaftlichen „Kooperation" mit dem Imperialismus sowie andrerseits der Einbettung dieses schon seit längerem laufenden Prozesses in eine allgemeine „Friedens- und Entspannungs"-Phraseologie, die der Rechtfertigung der „Öffnung" nach Westen vor den eigenen Völkern und der Täuschung aller friedliebenden Menschen in dieser Frage dienen soll. Von daher erklärt sich auch das energische Drängen vor allem der SU nach Abschluß der KSZE, das dem Imperialisten die weitgehende Durchsetzung ihrer Positionen erlaubte. ●

RGW-Kommission und EG-Kommission; KB/Gruppe Hamburg

Ägyptisch-israelischer Vertrag: Kriegsgefahr wächst

Nach langer und umfangreicher propagandistischer Vorbereitung beider Seiten schien nun die Zeit reif: die USA, Ägypten und Israel haben mit dem israelisch-ägyptischen Interimsabkommen die neuen Kräfteverhältnisse im Zentrum des Arabischen Raums bestätigt.

Das am 4.9. unterzeichnete Abkommen ist nicht befristet und enthält als wichtigsten Punkt einen gegenseitigen Gewaltverzicht zwischen Ägypten und Israel. Durch die Festlegung neuer Waffenstillstandslinien und Pufferzonen (siehe Karte) „verzichtet" Israel auf etwa ein Siebtel der von ihm auf der Halbinsel Sinai 1967 geraubten Gebiete, darunter der Bergpässe Gidi und Mitla sowie der Ölfelder von Abu Rodeis. Teil des Abkommens ist ein Dokument über die Stationierung von 200 US-„Technikern" in einem System von militärischen, elektronischen Überwachungseinrichtungen. Weiter ist mit dem Abkommen verbunden eine geheime Verpflichtung der USA zur Lieferung von Öl, Waffen und anderen Gütern an Israel im Wert von drei Milliarden Dollar!

Der Vertreter der Sowjetunion blieb der Unterzeichnung in Genf demonstrativ fern. Damit dadurch nicht ein Eklat der Genfer Verhandlungen entstand, wurde der Vertreter der USA durch einen Kommandeur der UN-Truppen ersetzt. So erhielt das Abkommen noch mehr die eindeutige Form eines Vertrags zwischen den beiden Staaten Israel und Ägypten.

Schon lange vorher waren sich die militärischen Experten aller Seiten einig: die Pässe Gidi und Mitla haben keinerlei strategische Wichtigkeit. Die über 50 km lange gewundene Bergstraße ist im modernen Krieg mit Leichtigkeit zu sperren. In den Kriegen von 1967 und 1973 hatten die Pässe denn auch keine entscheidende Rolle gespielt. Ebenso ist der Rückzug in der Sinai-Ebene nördlich der Pässe eine reine Geste. Die Ölfelder von Abu Rodeis sind Felder zweiter Ordnung, die auch nur etwa 20% des israelischen Verbrauchs hätten decken können. Das ganze Hin und Her um strategische Punkte und Ölfelder hatte nur die Funktion, die arabischen Massen darüber zu täuschen, daß dieser Vertrag die Liquidierung der einheitlichen arabischen Front gegen Israel und insbesondere die Aufnahme Ägyptens in den Block der von den USA beherrschten Länder zum Ziel hat. Die Grenze zwischen Israel und Ägypten ist damit für die nächste Zeit festgelegt und die israelische Expansion nach Westen hat die gewünschten Gebiete und politischen Ziele (Sturz des Nasserismus) erreicht.

Militärischen Wert hat allerdings der amerikanische, elektronische Stützpunkt. Hiermit haben sich die USA unübersehbar mitten im Zentrum der arabischen Welt eingenistet, wo sie den Kriegshahn beliebig aufdrehen können. Diese direkte Präsenz der USA bedeutet eine erhebliche Verschärfung der Widersprüche im arabischen Raum. Für die arabischen Länder ist die Zeit angebrochen, wo sie klar in das Lager der



USA zu gehen aufgefordert sind.

Nach der Bevölkerungszahl gemessen ist Ägypten mit Abstand das größte Land des arabischen Ostens.

Nach seinem Fall richtet sich der imperialistische Angriff mit erhöhter Stärke gegen die teilweise Unabhängigkeit anderer arabischer Länder sowie vor allem gegen die arabische Befreiungsbewegung.

In einer Rundreise unterrichtete Kissinger Saudi-Arabien, Jordanien und Syrien von dem amerikanischen Erfolg und den gestiegenen amerikanischen Ansprüchen.

Dieses angeblich einem „gerechten Frieden" gewidmete Abkommen verschärft die Widersprüche zwischen den arabischen Staaten.

Die syrische Baath-Partei betrachtet das Abkommen als „schweren Rückschlag für den Kampf der Araber". Es liefert Ägypten sichere Grenzen und richtet den israelischen Druck auf Syrien und Libanon. Folgerichtig sträubt sich die israelische Regierung, auch nur die Möglichkeit eines ähnlichen Vertrages mit Syrien in Betracht zu ziehen. Während der Vertragsverhandlungen fanden ständig israelische Luftangriffe auf Flüchtlingslager und libanesische Dörfer statt. Am 20.8. wurde z.B. Baalbekk angegriffen, kurz darauf Tyros usw.

Libyen steht unter der Drohung, in ägyptische und imperialistische Abhängigkeit zu geraten. Die libysche Regierung erklärte, dieser historische Konflikt könne nicht durch ein Abkommen beigelegt werden. Man werde die Palästinenser in ihrem Kampf unterstützen.

Der PLO hat ihre konzessionsbereite Haltung – nach der Logik des Kräfteverhältnisses – nur verstärkten imperialistischen Druck eingebracht. Von der Leitung der PLO wurde die Verschärfung der Lage Syriens als ernste Gefahr für die Palästinenser gewertet. Das Exekutivkomitee der PLO wurde aufgefordert, die Verhandlungen mit Syrien zur Bildung eines gemeinsamen Kommandos zum schnellen Abschluß zu bringen.

Am 3.9. fanden in allen Flüchtlingslagern Libanons ein eintägiger Generalstreik und Massenprotestversammlungen statt. 300 Menschen stürmten die ägyptische Botschaft in Beirut. Bei der Auseinandersetzung innerhalb des palästinensischen Widerstands dient das Abkommen der PLO-Führung dazu, radikale Erklärungen gegen die „amerikanische Verschwörung" abzugeben, sich selbst als Teil der arabischen Ablehnungsfront zu stilisieren und so der wirklichen Ablehnungsfront den Wind aus den Segeln zu nehmen. In einer Versammlung von palästinensischen Klein- und Großbürgern wurde versucht, Arafat mit tumultartigen Jubelszenen zum Volkshelden hochzujubeln.

Die Verschärfung der Widersprüche im Nahen Osten hat die Schwäche der Politik der Sowjetunion offen hervortreten lassen. Der Vormarsch der USA verletzt die ungeschriebenen Gesetze des Gleichgewichts zwischen den Mächten im Nahen Osten und bringt die Sowjetunion um die erhofften Früchte ihrer Politik der Unterstützung kleinbourgeoiser Regimes nach der Theorie des „Dritten Weges" zum Sozialismus.

Die Stationierung von Beratern der Sowjetunion in Ägypten war der Versuch, eine Entwicklung aufzuhalten, die mit der Ausweisung dieser Berater, dem absehbaren Verlust von riesigen Militärhilfekrediten und der Stationierung der US-„Techniker" ihren Verlauf nimmt. Während der antiimperialistischen Massenbewegung unter Nasser hatte sich die Kommunistische Partei Ägyptens in die Staatspartei ASU aufgelöst. Heute, in einem Klima der sich verschärfenden Reaktion – z.B. wurde in mehreren arabischen Ländern eine angebliche terroristische kommunistische Gruppe zerschlagen – soll die KP Ägyptens auf Anregung der Sowjetunion wieder gegründet werden. Das ist eine politische Bankrotterklärung!

Die Stellungnahmen der Sowjetunion sind nur wegen der Hoffnung abgemildert, bei der Genfer Konferenz eine Rolle spielen zu können. Durch die Machtpolitik der Imperialisten sind jedoch die Würfel längst gefallen. Als nächster Schritt wird jetzt aktiv der Bürgerkrieg in Libanon vorbereitet. ●

Nahost-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Argentinien: Militär setzte sich gegen Isabelita durch

Bei der dritten Regierungsumbildung innerhalb eines Monats am 11. August nahm Isabel Peron den Armeeoberst Damasco als Innenminister ins Kabinett auf (Damasco war der erste Militär in der Regierung seit Amtsantritt der Peronisten). Die bürgerliche Presse begrüßte diese Maßnahme und erhoffte sich von dieser personellen Verknüpfung der Regierung mit den Generälen Erfolge bei der „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Argentinien" („FR" v. 14.8.).

Damascos Beteiligung an der Regierung paßte allerdings nicht in das Konzept der Generäle: *„Das Militär sei nicht daran interessiert, den Eindruck ru erwecken, daß es sich in die Regierung eimmische, besonders zu einem Zeitpunkt, zu dem es in der Hauptstadt Gerüchte über einen möglichen Militärcoup gebe, um das Land aus seinen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen."* („FR", 15.8.). (Wir hätten schon im letzten AK darauf hingewiesen, daß sich das Militär derzeit um taktisch kluge Zurückhaltung bemüht, um den völligen Bankrott des derzeitigen Regimes abzuwarten und sich als „Retter der Nation" zu profilieren, hinter den Kulissen aber seine Macht ausbaut.)

Ein Teil der Generäle forderte den sofortigen Rücktritt Damascos und den Rücktritt von Armeechef Laplane, der Damascos Regierungsbeteiligung unterstützte. Isabel Peron lehnte zunächst beide Forderungen ab, versetzte – als sich die Auseinandersetzung zuspitzte – die Truppen in Alarmbereitschaft und ließ das erste Armeekorps (das ihr offensichtlich ergeben ist) vor dem Präsidentenpalast aufmarschieren. „Isabelita" gelang es aber nicht, sich gegen den Druck der Militärs durchzusetzen. Acht von insgesamt zehn obersten Generälen und drei von insgesamt vier Chefs der vier Militärbezirke setzten den Rücktritt von Laplane und Damasco durch und bestimmten Jorge Videla zum neuen Armeechef. Jorge Videla, der schon im Mai Lopez Rega öffentlich kritisiert hatte, ist ein erklärter Gegner der Politik von Lopez Rega/Isabel. Er hatte bereits im Mai Lopez Rega öffentlich kritisiert und wesent-
lich mit zur Säuberung der Rega-
lich mit zur Säuberung der Rega-Anhänger aus der Regierung und Verwaltung beigetragen.

Diese Auseinandersetzung zwischen Regierung und Militär verdeutlicht nur nur den wachsenden Einfluß der Militärs auf die Regierungsentscheidungen, sondern zeigt auch, daß es den Generälen gelingt, in ihren eigenen Reihen eine Mehrheit für ihren Kurs zu gewinnen.

ERP bietet Waffenstillstand an

Am 5. August meldete die „SZ", daß die ERP, der bewaffnete Arm der PRT (Revolutionäre Arbeiter Partei), der Regierung einen Waffenstillstand angeboten habe. Als Bedingung dafür wurde die Freilassung von 1200 politischen Gefangenen und die Aufhebung des 1974 erlassenen Gesetzes über den Kampf gegen die Subversion angegeben. (Das Gesetz beinhaltet u.a. eine radikale Zensur gegen sämtliche Massenmedien, verbreitet bereits die Information über subversive Tätigkeiten, droht mit drei Jahren Gefängnis jedem, der zu einem illegalen Streik aufruft. Ob ein Streik illegal ist oder nicht, entscheidet die Regierung! – Vergl. zur Repression in Argentinien, „die Internationale" Nr. 13).

Als Gegenleistung bot die ERP an: Einstellung der bewaffneten Aktionen und Freilassung des vor einem Jahr entführten Armeemajors Laraburre. Die Regierung nahm zu diesem Waffenstillstandsangebot nicht offiziel Stellung, sondern verschärfte die Repression: Acht Tage nach dem Waffenstillstandsangebot stürmten Armeeeinheiten ein Ausbildungslager der Guerilla, acht Guerillas wurden getötet und mehrere verletzt. In Cordoba wurde Militär gegen eine Guerillaeinheit der ERP eingesetzt und alle wichtigen öffentlichen Plätze besetzt. Dort und in La Plata und Mendoza seien (angeblich) über 100 „Subversive" verhaftet worden.

In La Plata habe die Polizei zwei Zellen der Montoneros „ausgehoben" mehrere Guerillas getötet, Waffen und Propagandamaterial sichergestellt, allerdings auch dies nur nach Angaben aus „Polizei- und Militärkreisen";

Fortsetzung Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Argentinien

die von der Linken nicht bestätigt wurden. Der Terror der faschistischen Organisationen Argentiniens, in erster Linie die AAA, richtet sich inzwischen nicht „nur" gegen linke Militante und bekannte liberale Persönlichkeiten, sondern auch gegen deren Familienangehörige. Bei Cordoba wurden sechs Leichen gefunden – ausnahmslos Familienangehörige von zwei früheren (!) Guerilleros. Einer von ihnen wurde 1973 angeblich auf der Flucht erschossen, der andere fiel in einem bewaffneten Kampf mit der Polizei.

ERP und Montoneros reagierten auf diesen Terror mit zahlreichen Aktionen.

- Der Armeemajor Larabuerre, dessen Freilassung von der ERP im Rahmen des Waffenstillstandes angeboten worden war, wurde inzwischen tot aufgefunden („SZ", 27.8.).
- Mehrere Entführungen wurden erfolgreich durchgeführt.
  In La Plata wurde ein im Bau befindlicher Raketenzerstörer durch eine Sprengladung schwer beschädigt, die Montoneros gaben anschließend eine Erklärung dazu heraus.
- In Tucuman wurde Ende August ein Militärflugzeug, das mit über 100 Soldaten besetzt war, durch eine Sprengladung schwer beschädigt.
- In zahlreichen Gefängnissen – so z.B. in Villa Devoto in der Nähe von Buenos Aires – traten die Gefangenen in einen Hungerstreik, um gegen ihre Lebensbedingungen und die Folter zu protestieren. ●

Südamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

RAF-Prozeß Der Rechtsbruch geht weiter

Paragraph 1 der Strafprozeßordnung im Stammheimer Prozeß lautet: „Anträge der Verteidigung sind abzulehnen." So spotten (lt. FR" v. 20.8.) die Prozeßbeobachter über die fast schon zur Routine gewordenen Ablehnungen aller Anträge der Verteidiger der RAF-Genossen. Nicht einmal der der Anschein eines „rechtstaatlichen" Prozeßes wird gewahrt. Selbst die offenkundigsten Rechtsbrüche gehen über die Bühne.

So stellte Rechtsanwalt Schily den Antrag, das Verfahren einzustellen, mit der Begründung:

– In Bruchsal ist bereits vor Abschluß des Prozeßes ein Trakt mit acht Isolierzellen gebaut worden.

Dieser Vorwurf wurde sofort als „blanke Spinnerei" vom Generalbundesanwalt Wunder diffamiert; am nächsten Tag mußte er zugeben, daß dieser Trakt gebaut wurde. Der Antrag wurde trotzdem abgelehnt (FR 28.8.), weil der Trakt nicht für die Angeklagten gebaut worden sei (ausgerechnet acht Zellen; vier Genossen stehen in Stammheim vor Gericht; zu jener Zeit lebte Holger Meins noch; der zweite Prozeß gegen Grashof, Jüschke und Grundmann hat gerade begonnen.)

– Die zweite Begründung lautete, daß der Prozeß unter Notstandsbedingungen stattfindet und daher illegal geführt wird. Beweis: In

daß der Prozeß unter Notstandsbedingungen stattfindet und daher illegal geführt wird. Beweis: In

Stuttgart-Stammheim bewachen BGS-ler das Gebäude, BGS darf aber nur in Notstandsfällen eingesetzt werden.

– Die dritte Begründung für die Einstellung des Verfahrens war noch offenkundiger berechtigt. Die Verteidiger argumentierten mit der Vorverurteilung der Angeklagten, wofür es vielfach Belege gibt. Da werden von regierungsoffizieller Seite die RAF-Genossen als " Verbrecher", „kriminelle Bande" usw. diffamiert – alles Dinge, die ja eigentlich im Prozeß selber bewiesen werden müßten.

Ergebnis: Der Antrag wurde abgelehnt. Meistens läuft dies Schema ab: Anträge der Anwälte werden ausführlich begründet, das Gericht zieht sich kurz „zur Beratung" zurück, der Antrag ist im Handumdrehen abgelehnt

Um gegen die Ablehnung der Anträge auf Aussetzung der Hauptverhandlung wegen Verhandlungsunfähigkeit zu protestieren, beschlossen die RAF-Genossen, dem Prozeß fernzubleiben. Nun läuft regelmäßig folgendes ab: Die Angeklagten werden „zwangsvorgeführt" (das bedeutet z.B., daß Ulrike Meinhof „*von zwei Polizisten in den Saal geschleift wurde*" – lt. „FR" v. 20.8.)'.

Die Genossen erklären, daß sie am Verfahren nicht teilnehmen wollen. Richter Prinzig erklärt, daß ihm dies nicht ausreiche. Nur bei einer schweren Störung" könne er die Angeklagten vom Verfahren ausschließen. Nunmehr gibt Prinzig nicht nach, bis jeder der Genossen mehrmals „Arschloch" o.ä. zu ihm gesagt hat. Erst dann läßt er sie – ihrem eigenen Willen gemäß! – „vom Verfahren ausschließen."

Dies sich ständig wiederholende makabre Schauspiel dient dann Hetzblättern wie der „BILD" dazu, die Genossen als zähnefletschende, „pöbelnde", sich der „Gossensprache" bedienende heulende Derwische hinzustellen!

Baader-Meinhof-Recht ist kein Menschenrecht (Mopo)

Die RAF-Genossen hatten gegen ihre Haftbedingungen Beschwerde bei der „Menschenrechtskommission" in Straßburg eingelegt. Diese Beschwerde ist schon am 30. Mai zurückgewiesenworden. Bekanntgegeben allerdings wurde dies erst am 1. September.

„*Bei ihren Ausführungen in der Sache stützt sich die Kommission weitgehend auf die von der Bundesregierung vorgetragnen Argumente*

Sache stützt sich die Kommission weitgehend auf die von der Bundesregierung vorgetragenen Argumente

und Sachverhalte" („FR" v 1.9.). Speziell der Versuch der Bundesregierung, die RAF-Genossen zu „gewöhnlichen Kriminellen" zu machen, erhält durch die „Menschenrechtskommission" Nahrung.

Nicht wegen ihrer politischen Überzeugung befänden sich die RAF-Genossen in Haft, sondern wegen des Verdachts auf „gemeingefährliche Straftaten wie Mord und Mordversuch" („FR" v. 1.9.75).

Die „Menschenrechtskommission tut sogar noch ein übriges. Sie verwirft die Beschwerde nicht nur in Bausch und Bogen, sondern „*sie bescheinigt den Beschwerdeführern sogar unaufgefordert, sie seien,besonders gefährlich'. Und deshalb müßten die Behörden 'vor Ausbruch-Versuchen auf der Hut sein'* " („Hamburger Morgenpost", 1.9.). Die SPD-nahe "Mopo" fühlt sich hierdurch ermutigt zu dem scharfmacherischen Kommentar: „*Für die manchmal allzu nachsichtig (!!!) operierenden Stammheimer Richter sollte dies Ermutigung genug sein, mit etwas mehr Druck die Verhandlung zur Sache in Gang zu bringen.*" („Mopo", 1.9.). ●

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Entlastungszeugen



Wegen Unterstützung der Baader-Meinhof-Bande angeklagt: Pfarrer Kurt Kaiser



Ehemaliger Rechtsvertreter der Bandenchefin Meinhof: Rechtsanwalt Hannover



Hatte Kontakt zum Baader-Meinhof-verdächtigen Pfarrer Kaiser: Klischies

Das sind die Methoden der Verhetzung: Diffamierung von Zeugen.
(aus : CDU-Wahlzeitung „Weser-Report", 29.8.75)

Seine Heiligkeit Papst Paul VI. kämpft um neue Glaubensmärkte:

„Ihr Kinderlein kommet . . ."

Zum trauten Kreis derjenigen, die sich in Helsinki gegenseitig ihren „Friedenswillen" beteuerten, gehört auch der „Heilige Stuhl". Diese reaktionär-klerikale Macht ist bereits seit einiger Zeit dabei, die Abmachungen über „Kulturelle Freizügigkeit" und „freie Religionsausübung" mit (christlichem) Leben zu erfüllen.

So sind 1973 in der CSSR vier neue Bischöfe in Amt und Würden gehoben worden-über sechs weitere



„Seid gegrüßt, verirrte Schäfchen des ‚Ostblocks" . . .



. . . ich als routinierter Unterwanderungs-Stratege . . .

. . . ich als routinierter Unterwanderungs-Stratege . . .



„. . . werd' Euch schon wieder beibringen, daß man DEN HERRN zu fürchten hat!"



Posten wird noch gefeilscht. Im Januar wurden fünf ungarisch Bistümer neu besetzt; gleichzeitig laufen Verhandlungen mit Rumänien und Polen. Anfang August 75, fünf Wochen nach dem Besuch des bulgarischen Staatschefs Schiwkoff beim Papst, bekam auch Bulgarien zwei neue Oberhirten.

Die Tatsache, daß der sowjetische Außenminister Gromyko jetzt bereits seinen fünften (!) Kniefall vor dem Papst getan hat, läßt erwarten, daß sich auch an der sowjetischen Glaubensfront bald derartige Veränderungen ergeben.

Augenblicklich richtet sich aber aller Augen auf die DDR, die ebenfalls den päpstlichen Annäherungsversuchen entgegengekommen ist. Den DDR-Forderungen nach Veränderung der Bistumsgrenzen in Übereinstimmung mit den Staatsgrenzen (bisher gelten die Grenzen aus dem „Deutschen Reich"), nach einer eigenen nationalen Bischofskonferenz und nach Errichtung einer Nutiatur in Berlin (DDR) steht die Forderung des Vatikan nach „Erweiterung des Freiraumes der Glaubensausübung" in der DDR entgegen.

Nun sind beide Seiten im Juni dieses Jahres, während des Besuches des päpstlichen Außenministers Casaroli in der DDR, noch nicht ganz ins reine gekommen, aber auch hier ist zu befürchten, daß sich die „Kinder Gottes" bald ohne „ideologische Barrieren" unterhalten können. Denn: Erstmals hat der Papst einen „Nuntius in der BRD" ernannt - während die Vorgänger von dem „auserkorenen" Monsignore Del Mestri immer „Nuntius in Deutschland" waren. (FR. 15.8.75). Diese Bezeichnung-die übrigens dem alten Konkordat von Vatikan und „3. Reich" entstammt (!) - soll nach dem Willen der westdeutschen klerikalen Reaktion (CDU/CSU, katholisches „Zentralkomitee" etc.) natürlich beibehalten werden - entsprechend „kritisieren" diese Leute unlängst lautstark ihren „Heiligen Vater"!

Die DDR ihrerseits genehmigte erstmals eine Pilgerfahrt von 150 „Gläubigen" zum „Heiligen Stuhl" nach Rom. (Außer den Bahnkosten wurden übrigens die gesamten Kosten aus „ungenannten" Westquellen bezahlt („Welt", 2.7.75)).

Der Papst empfing seine Schäfchen mit den Worten: „*Wir heißen Euch im gemeinsamen Vaterhaus willkommen. Ihr sollt wissen, daß der Papst Euch im Geiste nahe ist und Euch liebt. Ihr seid die erste Pilgergruppe, die aus Eurer Heimat in die ewige Stadt kommt, und wir sehen in Euch die würdigen Vertreter Eurer blühenden katholischen Gemeinden*". („Welt" 2.7.75) .. Im Sinne der „*grenzüberwindenden, völkerverbindenden Kraft der Kirche*" dankte der Berliner Kardinal Bengsch (er verbringt übrigens 2/3 seiner Amtszeit in der DDR) mit den Worten: „*Vielen von uns ist diese Reise noch vor wenigen Wochen als ein Traum erschienen und in wenigen Wochen wird sie wieder wie ein Traum sein. Wir wissen, was Grenzen bedeuten. Die Kirche kann sie zwar nicht auslöschen, aber doch überwinden*" („Welt" 2.7.75)

Nun ist zwar bekannt, daß die Kirche fast immer ihren Segen zur „Überwindung" von Grenzen - sprich Ausbeuterkriegen - gegeben hat, doch geht es hier z. Zt. um eine „friedliche", ideologische Überwindung von Grenzen.

Der Vatikan verläßt sich bei seinen verstärkten Bemühungen um Erhaltung und Ausbau seines Einflusses auf die reaktionäre und zersetzende Wirkung der Religion a n s i c h. Dafür ist er auch bereit, stramm antikommunistische Kirchenfürsten a la Wyschinski (Polen) oder Mindscenti durch neue, „regiemtreue" Hirten zu ersetzen. Verlangt wird anfangs nur eine „*gewisse Loyalität zu Rom, auf der aufgebaut werden könne*" („FR" 25.2.75).

Wenn auch das Vorgehen des

Loyalität zu Rom, auf der aufgebaut werden könne" („FR" 25.2.75).
Wenn auch das Vorgehen des

Vatikan scheinbar nicht überall im bürgerlichen Lager auf Begeisterung stößt - so wird doch allzudeutlich, daß hier wieder nach dem Motto „Getrennt marschieren, vereint schlagen" verfahren wird. Wenn beispielsweise die CSU gegen die neue Politik des Vatikan Sturm läuft („Bayernkurier 9.8.75), dann nicht deshalb, weil sie dagegen ist, daß die osteuropäischen Länder stärker dem Einfluß der Religion ausgesetzt werden - im Gegenteil - diesen Vögeln geht es immer noch zu langsam, und sie haben Angst, daß der Vatikan „ Vorleistungen" erbringt, ohne seinen Einfluß in diesen Ländern vergrössern zu können.

Insgesamt stehen dem Kreuzzug des Papstes und seiner 'Glaubensbrüder' die Führer der revisionistischen Länder doch recht „aufgeschlossen" gegenüber. Unter dem Deckmantel von „Friede, besserem gegenseitigem Verständnis und Abrüstung" wird zwar nicht im Vatikan der Wissenschaftliche Sozialismus gelehrt, dafür aber an den staatlichen Universitäten der RGW - Staaten die Religion – bis hin zu Priesterwürden !

Der Bankrott des politisch-ideologischen Kampfes der revisionistischen Parteiführer gegen die Religion wird immer offensichtlicher. Die Lehren des Marxismus-Leninismus haben auf dem weiten Feld „christlicher Nächstenliebe" keinen Platz. Was macht es, wenn bei der „Öffnung der Herzen" Lenins Forderung an die Kommunistische Partei über Bord geht? Lenin forderte im „Entwurf des Programms der KPR(B): „*Die Partei erstrebt die vollständige Zerstörung der Verbindung zwischen den Ausbeuterklassen und der Organisation der religiösen Propaganda wie auch die faktische Befreiung der werktätigen Massen von den religiösen Vorurteilen, wozu sie die umfassendste wissenschaftliche, aufklärende und antireligiöse Propaganda organisiert.*" (Lenin, Bd.29, S.118)

Es ist zu hoffen, daß es den Arbeiterklassen der osteuropäischen Länder möglichst schnell gelingt, ihre pro-christlich-organisierten bürgerlichen Parteimachthaber zu ihrem „Heiligen Vater" nach Rom zu schicken – um sie dort auf das „Ewige Gericht" warten zu lassen! ●

RGW-Komission,
KB/Gruppe Hamburg

Springers „Weizen" – leeres Stroh !

Die bürgerliche Presse, allen voran wieder mal Springer, sind emsig bemüht, die sowjetischen Getreide-Käufe in USA als angebliche Folge „sozialistischer Mißwirtschaft" hinzustellen. Der hier nachgedruckte Kommentar aus Springer Hetzblatt „Bild" ist ein typisches Beispiel dafür.

Wo Moskaus Weizen blüht

20 Millionen Tonnen Getreide wollen die Russen in Amerika kaufen. Nun ist das Riesengeschäft in Gefahr. Amerikanische Arbeiter wollen die Weizenschiffe nicht beladen.

Verständlich. Warum sollen die Amerikaner dafür zahlen, daß die sowjetische Wirtschaft nicht funktioniert?

Und zahlen müßten sie, denn Weizen würde dann knapper, also teurer. Und damit auch viele Lebensmittel – vom Brot bis zum Fleisch.

Und Moskau sagt nicht einmal dankeschön, sondern wird die Preissteigerungen auch noch als typisch kapitalistisch brandmarken...

Zunächst einmal: Die Sowjetunion will nach den bisherigen Abmachungen nicht etwa z w a n z i g, sondern z w e i Mio. to. Weizen in USA kaufen (siehe „Süddeutsche Zeitung", 18.7.). Selbst im Jahre 1972, das durch eine „Rekord"-Mißernte in der Sowjetunion gekennzeichnet war, hat die SU insgesamt nur etwa 17 Mio. to. Futter- und Nahrungsgetreide in den USA gekauft, darunter natürlich nur zum T e i l auch Weizen. Weitgespannte amerikanische Schätzungen besagen, daß die Sowjetunion in diesem Jahr i n s g e s a m t etwa 10 Mio. to. Getreide in USA kaufen könnte („FAZ", 28.7.).

Und was die von „Bild" behaupteten Preissteigerungen angeht (die es möglicherweise geben wird, aber sicher nicht als Folge der sowjetischen Käufe!): US-Landwirtschaftsminister Butz erklärte, *„daß Lieferungen bis zu 10 Mio. to. den reichlich versorgten US-Markt und das Preisgefüge nicht belasten würden"* („SZ", 18.7.).

Und zu der Kampagne, die Hafenarbeiter gegen die Getreidelieferungen zu Boykotts bewegen: Hierbei steht im Vordergrund zum ersten das Interesse des US-Reederkapitals; die Sowjetunion hat nämlich für den Transport selbst Schiffe g e c h a r t e r t, statt das Getreide auf amerikanischen Schiffen transportieren zu lassen. Und zweitens: George Meany, Chef der „Gewerkschaft" AFL-CIO, zu der auch die Hafenarbeiter-„Gewerkschaft" gehört, ist ein übler Faschist und Kriegshetzer, der es z. B. öffentlich bedauerte, daß die US-Regierung ihren Massenmord in Vietnam nicht fortsetzen wollte. Vor diesen Karren sollen die Hafenarbeiter der USA gespannt werden.

Und schließlich, wie die „FAZ" vom 30.11.74 schrieb: *„Die Sowjets exportieren seit längerer Zeit zwischen 4 Mio. und 7 Mio. to. Getreide jährlich. Selbst dann, wenn sie umfangreiche Käufe im Westen tätigen. Ihre Hauptkunden sind bisher vor allem die DDR und die Tschecheslowakei. Es ist aber für Moskau vorteilhaft, immer einige Mio. Tonnen Getreide in westlichen Ländern zu kaufen, die es für den eigenen Bedarf in seinen fernöstlichen Provinzen benötigt, für Kuba, aber auch für andere Kunden, gegenüber denen es Lieferverpflichtungen eingegangen ist, es spart auf diese Weise die hohen Transportkosten".*

Nach Angaben der „FAZ" exportierte die Sowjetunion 1960 – 71 rund 70 Mio. to. Getreide, während sie nur etwa 35 Mio. to. importierte.

Außerdem: Die BRD, mit ihrem wesentlich geringeren Bedarf muß jährlich rund 5 Mio. to. Futtergetreide einführen (Agrarstatistisches Jahrbuch der EWG, 1973, S. 99).

Falls noch einige hartnäckige „Vaterlandsverteidiger" Lust verspüren sollten, die sowjetischen Getreide-Käufe als typischen Ausdruck des „Sozialimperialismus" an den Mann bringen zu wollen: Auch die VR China wird wahrscheinlich heuer, wie schon in früheren Jahre, „westliches" Getreide kaufen (siehe „FAZ", 9.7.). ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Lohnraub und „Sparpolitik": Die Krise – ein großer Raubzug des Imperialismus, 2. Teil:

Rundschlag gegen die Werktätigen!

Die Ereignisse in der Wirtschaftspolitik haben sich in den letzten Tagen überstürzt: das Konjunkturprogramm wurde verabschiedet, der Nachtragshaushalt 1975 erstellt und der Entwurf des „Spar"-Haushaltes 1976 vorgelegt. Inhalt und Ziel aller dieser Maßnahmen ist ein umfassender Angriff auf das Lebensniveau der Werktätigen. Wurden bereits in der Vergangenheit Zug um Zug die Löhne gesenkt, einzelne Leistungen abgebaut, in den Bundesländern die „Spar"-Haushalte verabschiedet, die Massenarbeitslosigkeit verstärkt, so sind die jetzt vorgelegten Maßnahmen der bisher weitestgehende und nahezu alle Bereiche umfassende Angriff.
Die vorgelegten Beschlüsse sind Teil der Durchsetzung der imperialistischen Krisenpolitik, wie wir sie im ersten Teil dieses Artikels im ARBEITERKAMPF 65 beschrieben.

„Bei ihren Bemühungen, den sozialen Rechtsstaat weiter auszubauen, ist die Bundesregierung auch 1974 vorangekommen . . . Wir haben damit gute Voraussetzungen geschaffen, um die großen und schwierigen Aufgaben, die vor uns liegen, erfolgreich zu meistern" (SPD-Bundeskanzler Schmidt im Vorwort zum „Arbeitsbericht '75" seiner Regierung).

„Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, die indirekten Steuern zu erhöhen . . . Die Bundesrepublik hat es daher nicht nötig, die Staatsausgaben im wesentlichen über indirekte Steuern zu finanzieren" (Schmidt in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung", am 8.6.75).

„Eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung . . . sei nicht geplant, da die Grenze der Belastbarkeit der Versicherten erreicht sei" (Arbeits- und „Sozial"-Minister Arendt laut „Süddeutsche Zeitung" vom 14.7.75).

Mit solchen und ähnlichen Versprechungen haben die Vertreter der SPD/FDP-Regierung in den letzten Wochen ständig versucht, die Bevölkerung über ihre „Spar"-Maßnahmen im Unklaren zu halten. Wie wenig den Worten und Versprechungen bürgerlicher Politiker Glauben zu schenken ist, wie weit die „Reform"-Politik und der „Ausbau des Sozialstaates" – mit diesen Parolen haben sich SPD und FDP bekanntlich die Mehrheit der Wählerstimmen ergaunert – zu einem Torso verkommen ist, zeigt die Vorlage des Sparhaushalts und das neue Konjunkturprogramm. Gespart wird massiv auf Kosten der Werktätigen, zum Nutzen der Kapitalisten, „reformiert" wird allein das System der besseren Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung. Entgegen den Versprechungen Schmidts und Arendts (siehe oben) werden:

- die indirekten Steuern gewaltig angehoben:
  – die Mehrwertsteuer ab 1977 um 2% auf 13% bzw. 6,5%, die Folge wird bereits jetzt von der bürgerlichen Presse angegeben: Preissteigerungen von 1,5 – 2% im Schnitt.
  – Die Branntweinsteuer um 18%
  – die Tabaksteuer um 20% – auch hier sind Preissteigerungen die Folge, so wird eine Schachtel Zigaretten demnächst etwas 3 DM kosten.
- die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden bereits am 1. Januar 1976 von 2 auf 3% erhöht und haben sich damit innerhalb von 2 Jahren fast verdoppelt (nämlich von 1,7 auf 3%).

Neben diesen Maßnahmen sind eine Reihe weiterer Einsparungen geplant, deren Gerüst bereits vorliegt und die in den nächsten Tagen im einzelnen von der Regierung abgesegnet werden.

Langzeitprogramm für die Ausplünderung der Arbeiterklasse

Das Bestreben der Kapitalisten, kurzfristig mehr Geld für ihren Expansionsdrang nach außen, den Kapitalexport und die Erschließung neuer Märkte zu bekommen, wird mit den neuesten Maßnahmen der Bundesregierung mit einem ersten Gewaltakt unterstützt.

Dabei taucht aber folgendes Dilemma auf: einerseits soll mehr Geld für die Kapitalisten bereitgestellt werden, das bedeutet weitere Steigerung des staatlichen Defizits, andererseits verlangen die Kapitalisten vom Staat eine umfassende Beschränkung seiner Ausgaben, um sich einen größeren Anteil am Bruttosozialprodukt zu sichern. In der letzten Zeit spielen die bürgerlichen Propagandisten immer mit folgenden Zahlen:

- der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen sei von 62% im Durchschnitt der 60er Jahre auf 65,6% 1974 gestiegen, der Anteil der Kapitalisten sei also relativ gesunken;
- der Anteil der Staatsausgaben am gesamten Bruttosozialprodukt sei von 1962 – 1974 um 6% auf insgesamt 43% gestiegen (Zahlen nach „Spiegel", vom 11.8.75).



Streik im Öffentlichen Dienst 1974 (unser Bild: in Köln). Heute sind die Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst eine Zielscheibe der „Sparpolitik".

Daraus folgere, daß die Ertragslage der Unternehmer sich verschlechtert habe, die „Lust" am Investieren seitens der Unternehmer sinke, das
Daraus folgere, daß die Ertragslage der Unternehmer sich verschlechtert habe, die „Lust" am Investieren seitens der Unternehmer sinke, das
„Vertrauen" in die Wirtschaftspolitik fehle.

Während so die leidgeprüften Unternehmer „am langen Arm zu verhungern drohen", machte sich besonders Wirtschaftsminister Fridrichs (FDP) zum Fürsprecher der Ziele der Kapitalisten. Es entspricht der Arbeitsteilung in der SPD/FDP-Regierung, daß gerade die FDP die Propagierung dieser Ziele übernimmt, während die SPD mit größerer Rücksicht auf ihre Wählerbasis vornehme „Zurückhaltung" übt, dafür aber voll und ganz mit ihrer Zustimmung zu den Plänen der Kapitalisten erst für deren Durchsetzung sorgt.

Fridrichs formulierte die Ziele der Regierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik für die nächste Zeit folgendermaßen: *„Die Investitionsquote muß in den nächsten Jahren stärker steigen, als das Sozialprodukt"*, („FAZ", 30.8.). *„Nach Ansicht des Wirtschaftsministers muß die Ertragslage in den Unternehmen spürbar verbessert werden, wenn die Investitionen wieder steigen sollen. Dazu müsse der in den letzten Jahren ins Kraut geschossene Konsum zurückgesteckt werden"* („Welt", 11.8.).

Als Lösungsmöglichkeiten schlägt Fridrichs vor:

- Begrenzung der Lohnquote am Bruttosozialprodukt – d.h.: Fortsetzung des Reallohnabbaus!
- Senkung der direkten Steuern der Kapitalisten, d.h. insbesondere der Vermögens- und Gewerbesteuer;
- Verbesserung der degressiven Abschreibung (der Möglichkeit der Kapitalisten, die Investitionskosten für Maschinen etc. von der Steuer abzusetzen);
- Einführung eines Verlust-Rückertrags („Carry Back") für die Kapitalisten (danach soll den Kapitalisten die Möglichkeit gegeben werden, Verluste entweder auf die Gewinne der folgenden fünf Jahre vorzutragen, was zum Erlaß von Steuern führt, oder sie auf die Gewinne der letzten zwei Jahre zurückzutragen, was zu einer unmittelbaren Steuerrückzahlung führt!);
- Senkung der Staatsausgaben vor allem im Bereich der Sozialausgaben und der Personalkosten des öffentlichen Dienstes (Angaben nach „Welt", 13.8. und „Spiegel", 25.8.).

Die Kritik der Kapitalisten am ständig steigenden Anteil der Staatsausgaben richtet sich nicht gegen den Anstieg allgemein sondern nur gegen das „wie". So kritisiert das „Handelsblatt": *„Natürlich ist der Staat verpflichtet, in einer schweren Rezession die Ausgaben beträchtlich über die Einnahmen schießen zu lassen . . . Das Versagen Bonn's liegt in einem zu geringen investiven Anteil (= dem Teil, der den Kapitalisten unmittelbar, sozusagen als bares Geld zur Verfügung steht, die Red.) der Kassenlücke."*

Der jetzt vorgelegte Sparhaushalt ist ein erster Schritt zur Erfüllung der Ziele der Kapitalisten. Sämtliche dabei getroffenen Beschlüsse gehen zu Lasten der werktätigen Bevölkerung und des Kleinbürgertums, während er ausschließlich dem Großkapital nützt. Dabei sind bereits die ersten Schritte langfristig angelegt.

Der „Sparhaushalt"

Der „Sparhaushalt"

Bei ihren jüngsten Beschlüssen ging die Bundesregierung von einem Haushaltsdefizit von 40 Milliarden DM aus. Dieses Defizit (das ursprünglich auf etwa 25 Milliarden DM geplant war) ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- geringere Steuereinnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise, sowohl durch geringere Steuerzahlung der Kapitalisten als auch durch den Steuerausfall der Millionen Arbeitslosen und nicht, wie demagogisch behauptet wird, durch die angebliche „Steuerreform".

Im jetzt beschlossenen Nachtragshaushalt von 15 Milliarden DM sind 8,8 Mrd. DM Steuerausfälle enthalten (die Steuerschätzung ging bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes 1975 von einem Anstieg des Bruttosozialprodukts von nominal 8,5% aus, dagegen ist nur mit 4,5% zu rechnen) und 6,3 Milliarden DM Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit, aus deren Beiträgen, die die Arbeiterklasse zahlt, früher munter Geld rausgezogen wurde (alle Zahlen nach „Süddeutsche Zeitung", 25.8.).

Zusätzlich, und das liest man nirgends in der bürgerliche Presse, stammt das Defizit aus den „konjunkturfördernden Maßnahmen", den Milliardengeschenken an die Kapitalisten durch Investitionsprämien und Konjunkturprogramme.

Die Kapitalisten verlangen nun die Aufhebung dieses enormen Milliarden-Defizits, da dieses durch Kredite finanziert wird und somit der Kapitalmarkt droht, blockiert zu werden und nicht in vollem Umfang ihnen zur Verfügung zu stehen. Immerhin würden so 40 Milliarden DM abgeschöpft.

Mit den geplanten Steuererhöhungen (Mehrwertsteuer usw.) hat die Bundesregierung zunächst einmal nicht an ihren Ausgaben gebastelt, sondern an den Einnahmen. Dabei ergeben sich Mehreinnahmen:
– durch die Mehrwertsteuer jährlich sieben Mrd. DM,
– durch die Branntweinsteuer 300 Mill. DM jährlich,
– durch die Tabaksteuer 900 Mill. DM,
– durch die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung:

1976:	+ 3,8 Mrd. DM
1977:	+ 4,6 Mrd. DM
1978:	+ 4,8 Mrd. DM
1979:	+ 5,0 Mrd. DM

Alle diese Erhöhungen gehen also außerordentlich zu Lasten der Werktätigen und sind bewußt so angelegt: *„Die Steuererhöhungen betreffen alle nicht den Unternehmensbereich, sondern es sind Konsumsteuern . . . Dies bedeutet, daß sie eben nicht gegen die Erträge der Unternehmen gerichtet sind . . ."* (Fridrichs in einem Interview der „Bremer Nachrichten", vom 30.8.).

Daneben enthält der Haushalt eine Reihe von Kürzungen, die zwar in ihren Einzelheiten noch nicht festliegen, deren finanzieller Rahmen aber bereits abgesteckt ist: So sollen:

1976:	**5,1 Mrd. DM**
1977:	**6,6 Mrd. DM**
1978:	**11.4 Mrd. DM**

eingespart werden.

Die wichtigsten Einzelposten:

Arbeitsförderungsgesetz: durch Kürzung des Unterhaltsgeldes bei Umschulungen und die Verschärfung der Arbeitsvermittlung (in Zukunft soll fast jede niedriger bezahlte Arbeit als „zumutbar" gelten, sonst fällt das Arbeitslosengeld weg!) werden:

1976:	**900 Mill. DM**
1977:	**1,465 Mrd. DM**
1978:	**1,725 Mrd. DM**
1979:	**1,880 Mrd. DM**

eingespart !!!

Gesundheitswesen: die Krankenhausfinanzierung wird:

1977:	**um 55 Mill. DM**
1978:	**um 155 Mill. DM**
1979:	**um 255 Mill. DM**

gekürzt !!!

Bildung und Wissenschaft: das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) wird geändert, neben Kürzungen wird die „Förderung" zunehmend auf rückzahlbare Darlehen umgestellt. So sollen:

1976:	**343 Mill. DM**
1977:	**408 Mill. DM**
1978:	**410 Mill. DM**
1979:	**510 Mill. DM**

eingespart werden.

1977: 408 Mill. DM
1978: 410 Mill. DM
1979: 510 Mill. DM
eingespart werden.

Daneben werden Millionenbeträge eingespart: in der **Landwirtschaft** von den kleinen Bauern, durch **Kürzungen der Sparprämien**, durch Wegfall der Anpassung des **Wohngeldes** an die Einkommens-und Mietentwicklung (gerade die Einführung des Wohngeldes wurde von der SPD als eine Reform für „den kleinen Mann" propagiert!).

Öffentlicher Dienst: durch Verringerung des Personalbestandes und Streichungen bei Sozialleistungen, Alterssicherung und Lohnkürzung sollen:

1976:	1,131 Mrd. DM
1977:	1,267 Mrd. DM
1978:	1,404 Mrd. DM
1979:	1,472 Mrd. DM

eingespart werden. (Alle Zahlenangaben nach „FAZ", vom 30.8.75 und „Handelsblatt", vom 1.9.75).

Durch Steigerung der Einnahmen und Kürzung der Ausgaben wird dennoch nach den Vorausberechnungen das Haushaltsdefizit 1976 38,6 Mrd. DM betragen. Erst in den folgenden Jahren schlagen die bisher geplanten Maßnahmen voll durch, so daß das Defizit sinkt:

1977:	22,2 Mrd. DM
1978:	17,7 Mrd. DM
1979:	11,2 Mrd. DM

Die Maßnahmen der Bundesregierung zeigen noch einmal deutlich, wessen Interessen die vertritt: die Interessen des Großkapitals, das seine Profite auf dem Rücken der werktätigen Bevölkerung ausweiten will. Die Regierung, die der Bevölkerung teils „demokratischen Sozialismus", teils mehr „Sozialstaat", „Umverteilung des Vermögens" und größeren Anteil am „Volksvermögen" versprach, handelt genau entgegengesetzt:

Sie forciert den Abbau sozialer Leistungen, steigert die Belastungen der Werktätigen und ermöglicht so den Kapitalisten überhaupt erst, ihren Geschäften nachzugehen. Der Betrug der SPD-Reformpolitik ist offensichtlich: sie sollte die Bevölkerung in dem Glauben wiegen, es werde besser, das sei ihre Regierung. Im Rauchvorhang dieser Illusionen bereitete die SPD/FDP-Regierung die

Fortsetzung Seite 26

Rundschlag gegen die Werktätigen!

Fortsetzung von Seite 25

große Ausplünderung der werktätigen Massen vor, die heute zwar schon große Ausmaße angenommen hat, deren Ende aber noch längst nicht erreicht ist. So wird bereits heute an weiteren Einsparungen gearbeitet, allein die bevorstehenden Bundestagswahlen geben diesen Plänen aufschiebende Wirkung. Demgegenüber steigt beispielsweise auch im Etat-Entwurf 1976 die Rüstung weiterhin um 1,4% gegenüber dem Vorjahr.

Die Kapitalisten drängen auf weitere Maßnahmen. So kritisierte der Bundesverband der deutschen Industrie, daß die Ausgabenkürzungen angesichts der zu erwartenden Defizite „unzureichend" seien und die „FAZ" vom 30.8. stellt fest: *„Die Verringerung des Defizits setzt zudem voraus, daß es der Bundesregierung bei der Aufstellung des Etats 1977 nach den Bundestagswahlen gelingt, die Ausgaben auf eine Zuwachsrate von nur 3% zu begrenzen. Dies wird nur möglich sein, wenn abermals in gesetzlich festgelegte Leistungen eingegriffen wird."!!*

Und Wirtschaftsminister Fridrichs beruhigt die Kritiker, daß geprüft werde, *„ob im Zuge der mittelfristigen Überlegungen zur Investitionsbelebung im Kabinett weitere ‚Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden müssen"* („FAZ", 30.8.75). Noch offener wird Fridrichs auf die Frage nach möglichen „steuerlichen Erleichterungen" für die Kapitalisten: *„Ja, aber man sollte das jetzt nicht auf dem offenen Markt diskutieren, insbesondere deswegen, weil ich auch nicht der Meinung bin, daß man hier an kurzfristig wirksame Dinge im Sinne der Konjunkturbeeinflussung denken sollte, sondern, wenn überhaupt, dann ist das ein strukturelles Problem für die mittelfristige Gestaltung unserer Wirtschaft"* (Interview mit den „Bremer Nachrichten", 30. 8.75).

Ein Sieg des Finanzkapitals

Eine bedeutsame Rolle bei der Durchsetzung der Ausplünderungspolitik des bürgerlichen Staates spielen die Banken. Mit ihrer Finanzpolitik können sie auch eine noch unentschlossene Regierung in die gewünschte Richtung drängen. Es liegt auf der Hand, daß die SPD mit der Durchführung der „Spar"-maßnahmen im Stile eines Rundschlages gerade angesichts ihrer Basis in der
men im Stile eines Rundschlages gerade angesichts ihrer Basis in der
werktätigen Bevölkerung und der in einem Jahr bevorstehenden Bundestagswahlen zögerte, was nicht heißt, daß sie diese Maßnahmen etwa ablehnt!

Durch ihre Zins- und Kreditpolitik können die Banken über den Zentralbankrat entsprechenden Druck auf die Regierung ausüben. Bereits 1973 hatten sie mit der „Politik des teuren Geldes", d.h. einem hohen Leitzins, die Kreditaufnahme erschwert und so den Prozeß der Monopolisierung und die Pleitenwelle forciert (vgl. dazu AK 65, „Die Krise des Imperialismus"). Es wäre für die Banken ein Leichtes, der Bundesregierung zur Deckung des Milliardendefizits Kredite zu gewähren. Die Banken „schwimmen" zur Zeit in Geld. Mit elf Milliarden DM Liquiditätsreserven Ende Juli wurde die größte je vorhandene Summe erreicht („Wirtschaftswoche", 29.8.). Doch sie stellten sich quer: sie verweigerten der Regierung die üblichen langfristigen Kredite über den Kauf von Bundesanleihen zu gewähren. Vielmehr wollen die Banken diese Liquiditätsreserven durch Anlage in der Industrie freihalten, um so größere Profite zu machen. Das Finanzkapital wartet dabei sehnsüchtig auf den Konjunkturaufschwung, der eine Investitionsflut und den dicken Reibach der Banken einleiten soll.

Sowohl auf der Sitzung des Zentralbankrates am 14. August als auch bei den Brahmsee-Verhandlungen bei Bundeskanzler Schmidt am 20. August gaben sie der Bundesregierung zu verstehen, daß es entscheidend darauf ankomme, das staatliche Defizit durch eine massive Sparpolitik und Einnahmeverbesserungen zu verringern. Sie gewährten nur noch Kredite mit einer Laufzeit von 2 – 4 Jahren (normalerweise vier und mehr Jahre). Das bedeutet, daß die Haushaltsschwierigkeiten selbst bei einem Stillstand der Ausgaben in zwei Jahren, bei fälliger Rückzahlung der Kredite die Haushaltsschwierigkeiten sich verschärfen würden.

Das Konjunkturprogramm – „Überwinterungshilfe"

Kurz vor der Bekanntgabe des Nachtragshaushaltes und des „Spar"-haushaltes 1976 wurde das neue „Konjunkturprogramm" der Bundesregierung bekanntgegeben: danach sollen den Kapitalisten weitere 5,75 Mrd. DM in den Rachen geschmissen werden. Bereits mit der 7,5%tigen Investitionsprämie wurden 8 Mrd. DM und mit dem „Sonderprogramm zur Förderung der Beschäftigung" 2,9 Mrd. DM bereitgestellt („Handelblatt", 24.4.).

Vor der Verabschiedung des Konjunkturprogrammes hatte es zum Teil heftige Auseinandersetzungen auch unter den Kapitalisten um die Höhe des Programms gegeben. Auf der einen Seite standen die Kapitalisten der Bauindustrie und der Handwerksverbände sowie der Sparkassen, die eine größere Konjunkturankurbelung verlangten. Unterstützt wurden sie von den Gewerkschaftsführer, die ein Programmvolumen von 10 – 20 Mrd. DM verlangten und dabei ausdrücklich weitere Staatsverschuldung forderten.

Die einen vertreten die kleinen und mittleren Kapitalisten, die unter dem Druck der Monopole zunehmend in Schwierigkeiten geraten sind und jetzt staatliche Finanzspritzen verlangen. Die anderen sind Vertreter jener Strömung in der Arbeiterbewegung, die die Interessenidentität von Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse predigen und daher notwendigerweise in Krisenzeiten den Ausweg aus der verschlechterten Lage der Arbeiter in einer Verbesserung der Lage der Kapitalisten suchen. Sie sind, wie Lenin sie nannte, „kleinbürgerliche Kritiker des Imperialismus", die nicht begreifen wollen und können, daß das Gesetz des Imperialismus Monopolisierung und Expansion ist, die immer auf Kosten der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums betrieben wird und auch nur so betrieben werden kann!

Demgegenüber war die Stellung des Großkapitals, wie sie vor allem von BDA-Boß Schleyer, Handelstags-Boß Wolff und den Bankkapitalisten vertreten wurde: begrenztes Konjunkturprogramm und langfristige Kostenerleichtungen für die Kapitalisten. Auch in dieser Frage brachte Wirtschaftsminister Fridrichs wieder die Interessen des Großkapitals zum Ausdruck: *„Eine nachhal-*
wieder die Interessen des Großkapitals zum Ausdruck: „Eine nachhal-
tige Konjunkturbelebung hängt nach Ansicht des Ministers jedoch nicht davon ab, ob ‚in einem Sonderprogramm eine Milliarde mehr oder weniger ausgeben wird'. Künftig müßten alle Gruppen in der Bundesrepublik zumindest für einige Zeit in ihren neuen Ansprüchen enthaltsamer sein. Alle hätten in den vergangenen Jahren über ihre Verhältnisse gelebt (!!). Dabei sei zuviel verbraucht und zuwenig investiert worden. Der Minister setzte sich in diesem Zusammenhang für eine Verbesserung des Investitionsklimas ein. Der Anteil der Staatsausgaben an den erwirtschafteten Gütern der Nation dürfe zumindest nicht mehr steigen, sagte er. Auch der ‚Wildwuchs' (!!) im System der sozialen Sicherung müsse zurückgeschnitten werden" („FAZ", 4.8.75).

Auch hieran wird deutlich, es geht den Kapitalisten in erster Linie um langfristige Senkung der Kapitalsteuern, um die Senkung des Lebensstandards der Massen. Konjunkturprogramme sind begrenzte zusätzliche Mittel, die als kostenlose Milliardenspritzen eine gern gesehene Beigabe sind.

Mit dem jetzt verabschiedeten Konjunkturprogramm hat die Bundesregierung wiederum voll die Interessen des Großkapitals durchgesetzt.

Ziel des Programmes ist in erster Linie eine „Überwinterungshilfe" für die Bauwirtschaft („FAZ", 28. 8.) und einzelne Bereiche, in denen besonders hohe Arbeitslosigkeit besteht. Durch die 5,75 Mrd. DM soll insgesamt ein Auftragsvolumen von 12 Milliarden DM „mobilisiert" werden („Handelsblatt", 28.8.). Im einzelnen sieht das Programm vor:
- 1,2 Mrd. DM für den Hoch- und Straßenbau;
- 1,95 Mrd. DM für Infrastrukturmaßnahmen (die „Welt" vom 27. 8. erwähnte sogar den Bau von Friedhofskapellen);
- 700 Millionen DM für die Altbausanierung;
- 500 Mill. DM für die Stadtsanierung;
- 300 Mill. DM für die Förderung von Bausparverträgen (privater Eigenheimbau);
- 600 Mill. DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit.

Gescheitert ist mal wieder die Forderung der DGB-Führer, nach spezieller Förderung des „sozialen" Wohnungsbaus mit 50.000 „Sozial"-Wohnungen. Neben dem speziellen Interesse, so der DGB-eigenen „Neuen Heimat" Aufträge zu verschaffen, sollte damit zwar den Kapitalisten Geld zugeschanzt werden, man wollte aber zumindest den „Arbeitnehmern" zusätzlich Wohnungen verschaffen. Auch hier haben die Gewerkschaftsführer mal wieder nichts begriffen: *„Eine Förderung des Mietwohnungsbaus ist wenig wahrscheinlich, denn es stehen zu viele Wohnungen leer und kostendeckende Mieten sind nicht zu erzielen. Auch Staatszuschüsse würden den darniederliegende Wohnungsbau kaum beleben. Jedoch ist vorgesehen, Eigentumsmaßnahmen durch zusätzliche Billigdarlehen zu fördern!"* („Welt", 19.7.).

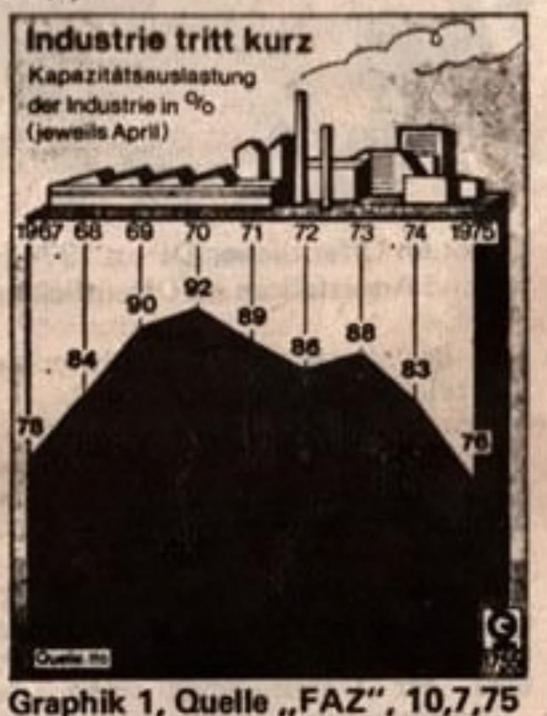
Da wird der werktätigen Bevölkerung Zug um Zug der Lebensstandard beschnitten und diese Herren predigen munter weiter ihre „Konjunkturförderungsvorschläge"!!

Die Konjunkturlage in der BRD

Der Rückgang der Industrieproduktion betrug im ersten Halbjahr 75 - 9 % („Wirtschaftswoche", 29.8.). Dabei wurde im Juni mit - 14,2 % das größte Minus seit 1950 erreicht („iwd" 34, 28.8.).

Neben sinkenden Inlandsinvestitionen sanken ebenfalls die Auftragseingänge in der Industrie um 16,8 % („Zeit", 1. 8.).

Die Auslastung der Industriekapazitäten ist mit 76 % unter die tiefste Zahl in der Krise 66/67 (78 %) gesunken (normale Auslastung: 85 – 90 %).



Graphik 1, Quelle „FAZ", 10,7,75

Graphik 1, Quelle „FAZ", 10,7,75

Die Arbeitslosenzahlen sind weiter angestiegen und für den Winter werden wieder steigende Zahlen und 1,5 Mio. Arbeitslose erwartet. Juli: 1.035.200 Arbeitslose = 4,5 %, 649.300 Kurzarbeiter (vor allem durch die Urlaubszeit ist die Zahl der Kurzarbeiter vorübergehend um 150.000 gesunken).

Um 33.000 stieg damit die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat. Damit ist die Arbeitslosigkeit zum erstenmal seit 26 Jahren im Juli gestiegen!

Nicht in den Statistiken tauchen auf: etwa 500.000 ausländische Arbeiter, die in den letzten 1 1/2 Jahren die BRD verlassen mußten!

Besonders stark betroffen waren:
- ausländische Arbeiter, unter denen die Arbeitslosenquote 6,5 % betrug;
- Frauen: 5,1 %;
- Jugendliche (hier liegt nach offiziellen Angaben die Quote „nur" bei 4,3 %; das liegt daran, daß die Bundesanstalt für Arbeit dabei nur die Jugendlichen bis zu 20 Jahren rechnet).

(Alle Zahlen nach „Zeit", 1.8. und „Handelsblatt", 6.8.).

Auf folgende Berufszweige verteilten sich die Arbeitslosen im Juni:

Metall/Elektro	**207.139**
Büro/Verwaltung	**199.132**
Bau	**101.612**
Textil	**37.696**

Sieht man mal von der durch die Urlaubszeit gesunkenen Kurzarbeit im Juli ab, so zeigt diese ansteigende Tendenz vor allem in der Chemie-, Stahl- und Elektroindustrie. Bei Stahl waren im Juni mit 60.000 Kurzarbeitern 20 % der Beschäftigten betroffen, in den Chemiebetrieben waren es 10 % („FAZ", 7.8. und „Handelsblatt", 24.7.).

Im einzelnen verteilte sich die Kurzarbeit folgendermaßen auf die Branchen:

Elektrotechnik	**172.700**
Maschinenbau	**121.300**
Textil	**67.200**
Stahlindustrie	**60.000**
Chemie/Kunststoffe	**57.100**

(nach „FAZ.., 5.7.).

In der Krise 66/67 wurde die Zahl der Erwerbstätigen um 4 % verringert, jetzt bereits beträgt die Verringerung 6 % („Handelsblatt", 4.7.).

INDUSTRIE BAUT AB
Rückgang der Beschäftigten von Okt. 1973 bis März 1975 in %
−1 Chemie
−1 Eisen u. Stahl
−4 Maschinenbau
−8 Elektrotechnik
−10 Nahrungs- u. Genussmittel
−10 Autoindustrie
−14 EBM-Waren
−15 Textil, Bekleidung
−20 Steine u. Erden
−23 Bau

Graphik 2, Quelle „Welt", 17.8.75

Das sind 1,3 Mio. Beschäftigte weniger. In der Industrie mit 700.000 beträgt die Abbaurate sogar - 8,5 % („Handelsblatt", 28.7.). Die Metallindustrie baut nach Angaben des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall die Belegschaften monatlich um 30.000 – 40.000 ab und hat seit 1974 bereits 320.000 weniger Beschäftigte („Handelsblatt", 4.7.).

Neben dem weiteren Abbau von Arbeitskräften stellte das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" fest:

„Im ersten Quartal 1975 hätte die Industrie mit den vorhandenen Arbeitskräften ein Siebtel mehr produzieren können, als tatsächlich geleistet wurde. Mit den vorhandenen Reserven, die sich vorwiegend aus den Kurzarbeitern rekrutieren, könne die Industrie bei einer konjunkturellen Belebung die Produktion also kräftig erhöhen, ohne daß zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden müssen" („Handelsblatt,
sätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden müssen" („Handelsblatt,
10.7.).

Daraus folgt also, so die „Wirtschaftswoche": diese Krise wird einen *„höheren Bodensatz struktureller Arbeitslosigkeit hinterlassen"* (18. 4.).

Eine Million Arbeitslose als dauernde Reservearmee, das ist die Planung der Kapitalisten.

Die Lage der Arbeiterklasse hat sich bereits verschlechtert

Noch bevor die neuen Sparmaßnahmen überhaupt wirken, kann man jedoch schon feststellen, daß in der Vergangenheit der Lebensstandard bereits abgebaut wurde. Bei 6,4 % Preissteigerungen im Juli beträgt die Erhöhung der Tariflöhne im ersten Halbjahr 1975 6,8 % brutto (1974 im Schnitt. 11,5 % brutto)! Was allerdings in keiner Statistik auftaucht, ist die wirkliche Lohnsenkung durch den Abbau übertariflicher Leistungen. Meistens werden diese Fälle gar nicht bekannt, zudem geht der Abbau von übertariflichen und Sozialleistungen oftmals „schleichend" vonstatten. Ein entlarvendes Zeichen hierfür ist der folgende Fragebogen der Firma Elektrobau Deyle KG in Asperg, in dem von den „lieben Mitarbeitern" scheinbar unverfänglich ein „Meinungsbild" verlangt wird:

„Vorausgesetzt, Ihr Arbeitsverhältnis braucht nicht aus dringenden betrieblichen Erfordernissen gekündigt zu werden, sind Sie dann damit einverstanden, daß ab dem 28. Juli 1975 a) Ihre künftige Tätigkeit bei uns alle zumutbaren Arbeiten umfaßt? b) Ihre Entlohnung vorübergehend etwa um 10 – 15 Prozent gesenkt wird? Wären Sie im Fall plötzlicher Belebung der Auftragslage grundsätzlich bereit, bis zu acht Stunden wöchentlich, gegebenenfalls abends und an Samstagen vormittags, mehr zu arbeiten, ohne Anspruch auf Mehrarbeitszuschläge zu erheben? Würden Sie nach erheblicher Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich an unserem Unternehmen bzw. dessen Betriebserfolg mit einer Einlage von etwa DM 12.000 (Zahlung oder Lohnabzug innerhalb von sechs Jahren) sich beteiligen?"

Dieser Brief wurde allen Beschäftigten vorgelegt, die Fragen konnten nur mit „ja" oder „nein" beantwortet werden (nach „Zeit", 1.8.75).

Wird in der Regel auch nicht mit solch unverschämten und offenen Erpresserbriefen gearbeitet, so verdeutlicht dieses Beispiel doch, welcher Druck auf die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben in Zeiten der Krise ausgeübt wird.

Mit Drohbriefen der Geschäftsleitungen im Falle von Krankheit oder angeblicher „Leistungsschwäche" wird zusätzlich versucht, die Produktivität zu erhöhen (vergl. nebenstehenden Brief).

Ein weiteres Beispiel ist das Vorgehen einiger Betriebe in der Automobilindustrie, die in den letzten Monaten durch das Wechselspiel von Kurzarbeit, Massenentlassungen und Entlassungsdrohungen ihre Belegschaften reduzierte. Jetzt, wo die Auftragslage etwas besser geworden ist, werden wieder Sonderschichten
eingeführt. Opel hat sogar für 1.600 Auftragslage etwas besser geworden ist, werden wieder Sonderschichten
eingeführt, Opel hat sogar für 1.600 Arbeiter befristete Anstellungsverträge gemacht, so daß kurzfristig mehr produziert werden kann, ohne daß langfristig Neueinstellungen vorgenommen werden müssen.

Wenn auch die bürgerlichen Propagandisten krampfhaft bemüht sind zu behaupten, daß es den Arbeitern doch eigentlich „gar nicht so schlecht" gehe, sickern doch ab und an einige gegenteilige Angaben durch:
- so wurden 1975 gegenüber dem Vorjahr 40 % weniger Mietwohnungen gebaut, obwohl nach wie vor ein großer Bedarf besteht! („Welt der Arbeit", 8.8.).
- gegenüber 1964 ist der Anteil der Wohnungsmieten am Einkommen eines 4-Personenhaushaltes 1974 von knapp 11 % auf über 15 % gestiegen;
- in einem 2-Personen-Rentner-Haushalt stieg er sogar im gleichen Zeitraum von 15 % auf 21 %! (Statistisches Bundesamt, nach "Bremer Nachrichten", 12. 8.).

Diese zusätzlichen Belastungen und der steigende Anteil von Steuern und Sozialabgaben an den Löhnen und Gehältern werden immer wohlweislich verschwiegen, wenn die Kapitalisten auf die ach so gewaltig gestiegenen Löhne verweisen (vergl. nebenstehende Graphik).

Verschlechterung durch Arbeitslosigkeit

Vor allem durch die steigende und lang andauernde Arbeitslosigeit wird das Lebensniveau der Werktätigen gesenkt. Die hohe Arbeitslosigkeit wird genutzt, weiter zu rationalisieren, die Produktivität zu steigern, die Löhne zu senken.

Allein schon die Existenz von über einer Million Arbeitslosen und noch einmal fast so vielen Kurzarbeitern bedeutet eine Senkung der Löhne. Es liegt auf der Hand, daß höchstens 68 % Arbeitslosengeld auf den Nettolohn eine gewaltige Einschränkung bedeutet. In der letzten Zeit haben aber auch die Angriffe auf die Arbeitslosen zugenommen. Anlaß hier-

Kampf den Sparmaßnahmen

für ist das zunehmende Defizit der Bundesanstalt für Arbeit, das mit 6,3 Mrd. DM im Nachtragshaushalt veranschlagt wurde.

Während in den vergangenen Jahren die Gelder, die die Arbeiterklasse an die Bundesanstalt für Arbeit einzahlte, gewinnbringend zum Nutzen der Kapitalisten angelegt wurden und nicht den Arbeitern zur Verfügung standen, soll jetzt ein immer größerer Teil der Arbeitslosen kein Geld mehr aus der Arbeitslosenversicherung erhalten.

Von den offiziell registrierten Arbeitslosen (Ende Juli waren es 1.035.000) beziehen nur 677.300 Kollegen gegenwärtig sogenannte „Leistungen" der Bundesanstalt, das sind gerade 65 % aller Registrierten. Die restlichen 35 % (über 360.000) gehen völlig leer aus!

Zusätzlich ist zu bedenken, daß unter den 65 %, die überhaupt eine Unterstützung erhalten, ein immer grösserer Teil von Kollegen ist, der nur die sogenannte „Arbeitslosenhilfe" bezieht.

Nach weiteren Zahlen der Bundesanstalt wurde allein von Januar bis Ende Juli dieses Jahres in 107.360 Fällen das Arbeitslosengeld gesperrt. *„91.100 mal erfolgte die Sperrung, weil die Arbeitslosigkeit grob fahrlässig (?!) oder vorsätzlich (!) selbst herbeigeführt wurde, in 16.260 Fällen wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit"* (nach „SZ", 6.8.75).

Diese Praxis soll weiter verschärft werden: *„Gleichzeitig soll künftig strenger darauf geachtet werden, ob auch jede Möglichkeit ausgeschöpft wurde, den Arbeitslosen in eine neue Stelle zu vermitteln, bevor (!) gezahlt wird"* („FAZ", 2.9.75).

Um den Boden für die schärferen Bestimmungen zu bereiten, wurde in fast allen bürgerlichen Massenmedien in der letzten Zeit eine Kampagne gegen die „Arbeitsscheuen", „Schmarotzer" unserer Gesellschaft usw. gestartet. Typisch dürfte dabei wohl folgendes Zitat aus der „Süddeutschen Zeitung" sein, die „Volkes Stimme" sprechen läßt. Das „Volk" repräsentiert dabei ein Dachdeckermeister, der pöbelt: *„Ehrliche Leute haben noch Arbeit. Die Arbeitslosen sind arbeitsscheu. Bei dem hohen Arbeitslosengeld, das die da kassieren, ist das auch kein Wunder!"* („SZ", 23.7.).

der!" („SZ", 23.7.).

Nun, zur Kürzung des Arbeitslosengeldes wurde noch nicht gegriffen. Einen ersten Vorstoß unternahm der „Bund der Steuerzahler", der forderte, das Arbeitslosengeld nicht nach dem Effektivverdienst, sondern nach dem Tariflohn zu bemessen. („SZ", 16.8.).

Dafür wenden die Arbeitsämter heute schon verschärfte Mittel an. Zusätzlich bereitet die Bundesregierung in der „Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz" weitere gesetzliche Verschärfungen vor.

Bereits heute können die Arbeitsämter sich bei der Arbeitsvermittlung auf den Tariflohn beziehen, den sie als im Rahmen der „zumutbaren Tätigkeit" ansehen. Tariflohnbezahlung aber bedeutet in der Regel erhebliche Lohnsenkung! Verschärft wird die Arbeitslosengeld-Auszahlung in der letzten Zeit auch gegenüber Arbeitslosen, die in Urlaub fahren. Hier wird vielfach das Geld gesperrt, da der Betroffene während der Zeit für das Arbeitsamt nicht „verfügbar" war.

Mit der Gesetzesänderung plant die Bundesregierung, dem Arbeitslosen praktisch jede Tätigkeit als zumutbar zuzuweisen, so daß die Möglichkeit, eine Arbeit abzulehnen, da die Bezahlung unter dem gewohnten Niveau liegt, wegfällt. Bereits im alten Arbeitsförderungsgesetz steht, man sei verpflichtet, jede Beschäftigung *„unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes anzunehmen"*. In der Novelle soll der Begriff der „zumutbaren Tätigkeit" schärfer gefaßt und mit genauen Anweisungen an die Arbeitsämter gehen.

Ein weiterer Faktor der Senkung des Lebensniveaus ist die verlängerte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Ein Drittel der Arbeitslosen (32 %) ist mittlerweile länger als ein Jahr arbeitslos (im Vergleichsmonat des Vorjahres: 23,5 %).
27,3 % sind 4 – 6 Monate arbeitslos, 40,7 % weniger als 3 Monate (1974: 49,4 %) („Handelsblatt", 6.8.).

Damit erhöht sich die Zahl der „Arbeitslosenhilfe"-Empfänger und die soziale Not vieler Familien. Waren es im Januar noch 8,7 % an der Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger, so waren es bereits Ende Juli 15,4% (in absoluten Zahlen: 104.300), die nur noch diese „Unterstützung" erhielten. Diese Zahl wird in Zukunft weiter wachsen, da sich mit der anhaltenden Arbeitslosigkeit auch die Dauer der Beschäftigungslosigkeit erhöht (nach „Handelsblatt", 11.8.). „Arbeitslosenhilfe" wird nach einem Jahr Arbeitslosigkeit gezahlt. Sie beträgt im Höchstsatz 58 % und wird auf den normalen Arbeitslohn berechnet (ohne Überstunden und Zuschläge). Der entscheidende Unterschied zum „Arbeitslosengeld" ist jedoch, daß der Betroffene sich einem „Prüfungsverfahren" unterziehen muß, in dem die „Bedürftigkeit" getestet wird. Dabei werden folgende Faktoren bei der Anerkennung der „Bedürftigkeit" angerechnet:

- Ersparnisse oder Nebeneinkünfte
- Unterhalts„ansprüche" gegenüber Verwandten 1. Grades, also El-

Verwandten 1. Grades, also El-

tern, Kinder, Ehegatten (bei Ehegatten wird das Einkommen, wenn es wöchentlich 75 DM übersteigt, voll angerechnet, bei Eltern oder Kindern noch zu 25 %).

Unter diesen Bedingungen ist klar, daß bei steigender und länger andauernder Massenarbeitslosigkeit neben einer allgemeinen Senkung des Lebensniveaus heute verstärkt Teile der Werktätigen in tiefe soziale Not stürzen.

Verschlechterungen sind auch im Fall von Umschulungen geplant. So sollen die Bezugssätze für Umschulungsgeld von heute etwa 90 % des Nettolohns auf höchstens 80 – 85 % gesenkt werden. Dieser Satz soll aber nur für Umschüler aus „arbeitsmarktpolitischen Gründen" gelten (z. B. im Fall von durch Strukturkrisen hervorgerufener Arbeitslosigkeit). Umschüler aus „deutlich überwiegendem Eigeninteresse" (also z. B. bei Berufsfortbildung) sollen nur noch 58 % erhalten. Alle sonstigen Fälle nur noch auf der Basis „rückzahlbarer Darlehen" und es ist typisch für die Angriffe, die in dieser Krise besonders auch auf die Frauen geführt werden, daß das „Handelsblatt" (12.8.), dem diese Angaben zur Novelle des Gesetzes entnommen sind, als beispielhaften Fall für den alleinigen Anspruch auf Darlehen besonders Hausfrauen erwähnt, denen also auch mit diesem Gesetz das Recht auf einen Beruf und eigenen Verdienst abgesprochen wird!

Soziale Demontage

So entwickelte sich die Zahl der Arbeitslosenhilfe-Empfänger

Jahresdurchschnitt 1966–74 — 1975 (Monatsmitte)

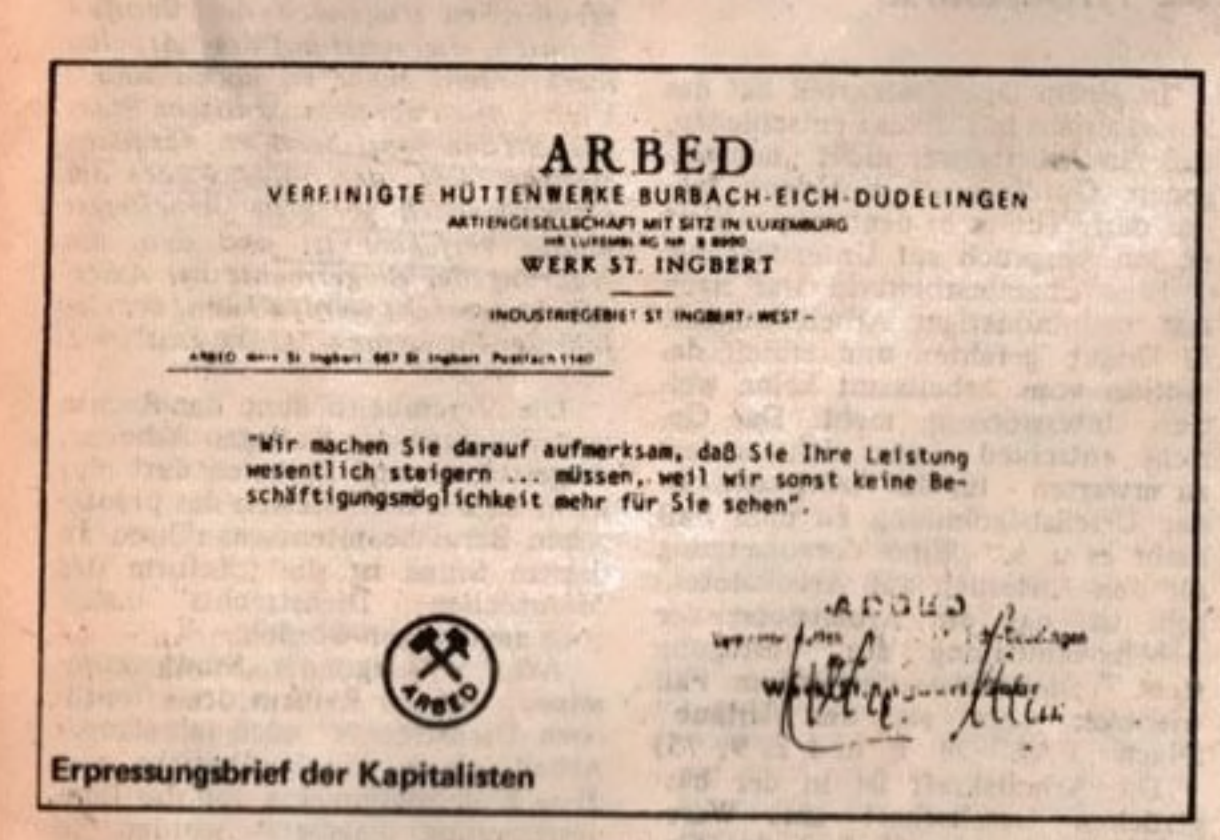
Empfänger von Arbeitslosenhilfe (in Tsd.)

66: 10 — 67: 36 — 68: 53 — 69: 28 — 70: 17 — 71: 15 — 72: 20 — 73: 23 — 74: 40 — I: 69 — II: 83 — III: 94 — IV: 101 — V: 102

AUSZAHLUNG

Graphik 3, Quelle: Wirtschaftswoche 1.8.75

seit 1971 steigt die Zahl der Bezieher von „Arbeitslosenhilfe" stetig



ARBED
VEREINIGTE HÜTTENWERKE BURBACH-EICH-DÜDELINGEN
AKTIENGESELLSCHAFT MIT SITZ IN LUXEMBURG
WERK ST. INGBERT
INDUSTRIEGEBIET ST. INGBERT-WEST

"Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie Ihre Leistung wesentlich steigern ... müssen, weil wir sonst keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr für Sie sehen".

ARBED

Erpressungsbrief der Kapitalisten

Wettlauf um die besten Ausplünderungspläne: Noch führt die SPD

Bürgerliche Parteien, „Experten", „Sachverständige" usw. überbieten sich in der letzten Zeit gegenseitig bei ihren Vorschlägen, wo man sparen kann. Zielscheibe ist hierbei vor allem der Öffentliche Dienst, wobei darauf spekuliert wird, daß es keinen Arbeiter interessiert, wenn's den „privilegierten" Beamten an den Kragen geht. Dieser Spaltung entgegenzutreten und klarzumachen, daß zur Zeit ein umfassender Angriff auf alle Lohnabhängigen stattfindet, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben!

Die Ideologen der Bourgeoisie sind krampfhaft bemüht, die harte Ausplünderungspolitik abzusichern. Dabei scheuen sie vor keinerlei absurden Theorien zurück. Bezeichnend hierfür ist der folgende Erguß des „FAZ"-Kommentators Vetter:

„Nichts saugen die Menschen lieber in Geist und Gemüt auf, als die Verheißung eines immer besseren und schöneren Lebens. Von nichts läßt sich der Bürger schneller überzeugen, als von der Notwendigkeit der Ansprüche, die er gegenüber anderen hat. Wer verkündet, die Menschheit sei in das Zeitalter der permanenten sozialen Reformen getreten, züchtet wie im Treibhaus eine Anspruchsgesellschaft, die bald nur noch Wünsche, aber keine Pflichten mehr kennt" (17.7.).

So werden Klassenwidersprüche verwischt. Bundesfinanzminister Apel (SPD) setzt sich sogar gegen die

Apel (SPD) setzt sich sogar gegen die

„Ausbeuter" dieser Gesellschaft zur Wehr und fordert „Gerechtigkeit":

„Es gibt manche Mißstände im sozialen und gesellschaftlichen Bereich ... die natürlich korrigiert werden müssen. Wir können doch nicht zusehen, wie bei knappen Finanzen einzelne die Allgemeinheit ausbeuten (!), indem sie Gesetze mißbrauchen" („Hamburger Morgenpost", 25.7.).

Die SPD, die in früheren Jahren ja noch von „Klassenkampf" und „Sozialismus" redete, macht den Arbeiter, der beispielsweise mehrere Jobs ablehnt, weil ihm dort zu wenig gezahlt wird, zum „Ausbeuter"!

Es ist in der letzten Zeit auch auffallend, daß insbesondere Sozialdemokraten beim Wettlauf um neue Ausplünderungsvorschläge an die Spitze preschten, um der Kapitalistenklasse den Beweis zu liefern: die SPD sichert kapitalistische Profite und Ausbeutung. Zum Beispiel: **das „Börner-Papier"**: Der SPD-Geschäftsführer Holger Börner legte ein Papier vor, in dem er konkrete Einsparungsvorschläge macht zur

- Verschlechterung der Lage von Arbeitern, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst;
- Verschlechterung der Bedingungen für den Bezug von Sozialwohnungen;
- Eigenbeteiligung im Krankheitsfall;
- Verschlechterung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (Bafög);
- Verschlechterung der Einkommens- und Alterssicherung für Landwirte und anderes mehr.

Die SPD hat sehr schnell versucht, das Börner-Papier aus der öffentlichen Diskussion zu ziehen und als „einen von vielen Vorschlägen" verniedlicht. Zu offensichtlich war nämlich, daß einzelne Passagen des Börner-Papiers fast wörtlich mit der berüchtigten „Gedenkschrift" von BDA-Präsident Schleyer übereinstimmen! In der Praxis hat die Bundesregierung allerdings schon einzelne Börner-Vorschläge verwirklicht (Öffentlicher Dienst, Bafög, Landwirtschaft)!!

Ernst Weiß: Hamburgs SPd-„Sozial"-Senator und „Gewerkschafter" (AfA), schlug im Juli vor, die tägliche Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden zu kürzen und dafür sechs Prozent weniger Lohn zu zahlen. Darüber hinaus forderte er die Einführung einer gesetzlichen „Arbeitsförderungshilfe" von 1 bis 1,5% aus den Löhnen der Arbeiter. Dieses Geld soll für öffentliche Investitionen und „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" verwandt werden („Welt", 17.7.). Diese Vorschläge zur Finanzierung der Kapitalistenklasse aus den Arbeiterlöhnen sind für Weiß die „Fortentwicklung der gesellschaftlichen Solidarität"!!! („Welt am Sonntag, 27.7.).

Es ist bezeichnend, daß gerade auch SPD-Länderregierungen am stärksten bemüht sind, in ihren Ländern eine scharfe „Sparpolitik" durchzusetzen. Bekannt sind die einschneidenden Maßnahmen des SPD-Senats in Hamburg im Bildungsbereich, die starken Protest und Demonstrationen hervorriefen. Im neuen Haushaltsentwurf für Hamburg ist z.B. vorgesehen, 30 Mio. DM neue Einnahmen durch Erhöhung der Krankenpflegesätze einzunehmen, während gleichzeitig auf der Ausgabenseite für 1976 weitere 25 Mio. DM „Verpflichtungen aus den Reynolds-Verträgen" auftauchen! (nach „Welt", 28.8.).

Hessens SPD hat beispielsweise den Krankenhausplan bis 1985 „überarbeitet". Dabei sollen 700 Mio. DM eingespart werden. 4.566 Betten sind gestrichen worden! („Weserkurier", 19.8.).

Es ist geradezu lächerlich, wenn SPD-Politiker sich aus „sozialen" Gründen gegen die von den Kapitalisten geforderten und von der FDP und CDU/CSU propagierten Steuersenkungen für die Kapitalisten und eine „Lohnpause" (Rubin, FDP) wenden, um dann umso eifriger und rigoroser den gesamten Bereich der sozialen Sicherung und Sozialleistungen zu durchforsten.

Das Konzept der Gewerkschaftsführer in der Krise: päpstlicher als der Papst

Die Gewerkschaftsführer kommen bei der Ausplünderungspolitik der Kapitalisten in eine Zwickmühle: Einerseits müssen sie von ihrer grundsätzlichen politischen Orientierung – der Bindung an das „System der freien Marktwirtschaft" – die getroffenen Maßnahmen im Interesse der Kapitalisten akzeptieren. Andererseits als Führer von Organisationen, die vorgeben, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten, können sie den Vorschlägen nicht bedingungslos zustimmen. Sie verlegen sich mal wieder auf den „goldenen" Mittelweg. Deutlich würde dies bei den Besprechungen, die Ausplünderungs-Kanzler Schmidt am 3.9. mit dem Bundesausschuß des DGB hatte. Die „FAZ" vom 4.9. schreibt dazu:

„Das Spar- und Steuererhöhungsprogramm der Bundesregierung wird vom Deutschen Gewerkschaftsbund in seinen Grundzügen unterstützt. Das ist das Ergebnis mehrstündiger Beratungen, ... Der DGB wird freilich ... nach eingehender Prüfung aller Einzelpunkte verschiedene Verbesserungsvorschläge (!) unterbreiten".

Als ein solcher „Verbesserungsvorschlag" sei die *„Reform des Öffentlichen Dienstrechts über die derzeitigen Sparabsichten der Regierung hinaus"* angegeben worden.

Erstaunt registriert die „FAZ", daß sich die Gewerkschaftsführer *„relativ schnell ... mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer ... abgefunden haben"*. Zur Begründung hierfür soll Vetter gesagt haben, *„daß deren Anhebung wohl im Rahmen der europäischen Einigung ohnehin in absehbarer Zeit erforderlich geworden wäre (!!)"* und tröstet: **„Es sei besser schon vor der Wahl von Steuererhöhungsplänen zu wissen, als nachher davon überrascht zu werden"** („FAZ", 4.9.). Dummdreister geht's nimmer!

Auf der einen Seite selbst „Sparvorschläge" machen, um zu beweisen, wie bemüht man ist, die Krise für die Kapitalisten zu meistern – auf der anderen Seite Kritik allein am „Wie" der Ausplünderungspolitik festmachen: Das ist das „Konzept", das die Führer der Gewerkschaften den Arbeitern anzubieten haben.

Bei allem betonen und beweisen die Gewerkschaftsführer ihre grundsätzliche Bereitschaft, die Krisenfolgen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und den Profitaufschwung der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiterklasse zu unterstützen.

Sehen wir, wie die Gewerkschaftsführer auf die einzelnen Regierungsvorschläge eingehen:

- DGB-Boß Vetter auf die Frage nach Lohnverzicht: *„Ich wäre nicht bange, dies den autonomen Einzelgewerkschaften vorzuschlagen, wenn das in ein größeres Konzept einer allgemeinen Bereitwilligkeit hineinpassen würde, den Preisauftrieb zu bremsen und wieder mehr zu investieren"*. Vetter will den Führern der Einzelgewerkschaften empfehlen, *„unter den genannten Bedingungen auf Reallohnsteigerungen vorübergehend zu verzichten"*. (Interview mit dem „Spiegel", 28.7.).
- IG-Metall-Chef Loderer antwortete in seiner bekannten „Papier-Tiger"-Art sehr „kämpferisch": *„Eine Nullrunde wird es nicht geben"*, um dann im nächsten Atemzug auszuplaudern, daß eine Minus-Runde geplant ist: *„Die Höhe der gewerkschaftlichen Forderungen werde sich an der Inflationsrate des Jahres 1975 und an der Sicherung der Arbeitsplätze orientieren, sowie an dem Bemühen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Kurzarbeit abzubauen"* („FAZ", 28.7.). Mit keinem Wort macht er die Lage der betroffenen Arbeiter und Angestellten zum Ausgangspunkt der Tarifforderungen, sondern allein die Lage der kapitalistischen Wirtschaft.
- Vetter hat noch eine Reihe weiterer „Tips" für die Kapitalisten auf Lager. So fordert er moralische Aufrüstung: *„Arbeitgeber, Unternehmer, Politiker und Gewerkschaften* (müssen) *sich zusammensetzen, um an Stelle von Hoffnungslosigkeit* (?!) *und Schwarzmalerei durch einen Konsensus aller Beteiligten* (!!!) *die psychologische Voraussetzung für den Aufschwung zu schaffen"*. Und in Bezug auf Rationalisierung empfiehlt er den Kapitalisten *„Vorallem sollten sie ... einmal davon absehen, unbedingt die Rentabilität ihrer Unternehmen dadurch zu steigern, daß sie die Arbeitsplätze wegrationalisieren. Das sollte man besser in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs erledigen"*. !!! („Spiegel", 28.7.).
- Die GEW-Führung hat schon längst den Kampf gegen die Lehrerarbeitslosigkeit aufgegeben. Stattdessen beschränkt sie sich bestenfalls auf Forderungen zur Abmilderung der Folgen: *„Angemessene soziale Absicherung für arbeitslose junge Lehrer"* und *„Umschulungsförderung"* (GEW-Chef Frister in einem Bittbrief an Kanzler Schmidt, nach „Welt", 13.8.).
- IG-Bau-Chef Sperner fügt sich kapitalistischer Logik folgendermassen: *„Die Förderung von Eigentumsmaßnahmen* (durch das Konjunkturprogramm, die Red.) *käme zwar den Höherverdienenden zugute und widerspräche der Umverteilungsnotwendigkeit; die Gewerkschaft will das aber in Kauf nehmen, da das zur Ankurbelung der Konjunktur notwendig sei"* !!! („FAZ", 23.8.). ●

So wird der Bürger geschröpft

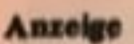
Abgabenbelastung von Bruttolöhnen und -gehältern in Prozent

Jahr	Steuern	Sozialversicherungsbeiträge	insgesamt
1950	4.4	7.9	12.3
1960	6.7	9.9	16.6
1970	12.3	10.7	23.0
1974	16.8	11.7	28.5

Abzüge von 100 DM Mehrverdienst

Jahr	Abzüge
1950	18.8
1960	22.3
1970	30.4
1974	41.4

Graphik 4, Quelle: „FAZ", 5.7.75





Autoindustrie: Erst Kurzarbeit und Massenentlassungen – jetzt Sonderschichten!

Noch vor wenigen Wochen wurde das Bild in der Autoindustrie reichlich düster dargestellt. Allgemein war die Rede von Auftragsrückgängen und notwendigen Personaleinsparungen und vielfach auch Kurzarbeit. Ein Beispiel dafür, wie die Rationalisierung in der Autoindustrie bis zum Exzess durchgezogen wurde, war der VW-Konzern. Lag dort im Juni vergangenen Jahres die Beschäftigtenzahl noch bei 122.000, so arbeiten bei VW heute nur noch 94.000 Kollegen. Auf wessen Kosten diese Rationalisierung geht, wurde kaum verschwiegen. Stets war in der bürgerlichen Presse die Rede von „notwendiger Produktivitätssteigerung", und *„ein VW-Arbeiter würde durchschnittlich weniger Fahrzeuge produzieren als sein Kollege bei anderen Autoherstellern"* („SZ", 22.8.).

Folgendermaßen sieht das in der Praxis aus: Wurden in der Schicht zwei am Passat in Wolfsburg vor dem Urlaub durchschnittlich 240 Wagen produziert, so schnellte die Zahl nach dem Urlaub auf 285! Diese Arbeits-

Folgendermaßen sieht das in der Praxis aus: Wurden in der Schicht zwei am Passat in Wolfsburg vor dem Urlaub durchschnittlich 240 Wagen produziert, so schnellte die Zahl nach dem Urlaub auf 285! Diese Arbeits-

hetze mußten während der letzten Hitzewelle zwei Kollegen mit dem Leben bezahlen! Danach wurde die Produktion um nur fünf Fahrzeuge reduziert, allerdings nur während der Hitzewelle! Angepeilt werden von der Geschäftsleitung sogar 300 Fahrzeuge! (Diese Angaben sind nach „KVZ" 34/75)

Schon vor dem Urlaub zeichnete sich ab, daß trotz verstärkter Arbeitshetze nicht soviel produziert werden konnte, wie es aufgrund des steigenden Absatzes notwendig gewesen wäre. So wurden im Karosseriebau schon vor dem Urlaub täglich zwei Stunden länger gearbeitet, außerdem Samstags. Nun platzte nach dem Urlaub die Meldung heraus, daß VW plant, 14 Sonderschichten einzulegen. Die ersten dieser Sonderschichten sind bereits gefahren worden. Als „Gegenleistung" versprach die Geschäftsleitung, während der Zeit, in der Sonderschichten gefahren werden, keine Kurzarbeit zu beantragen („SZ", 22.8.)! Ein wahrhaft sensationelles Zugeständnis! Wie die Geschäftsleitung in gleichem Zuge bekanntgibt, plant sie nicht, den Einstellungsstopp aufzuheben, d.h. durch die „natürliche Fluktuation" (Kündigungen, Ausscheiden der Kollegen, die in Rente gehen usw.) wird die Belegschaftsstärke durch die Hintertür weiter abgebaut. Das heißt weitere Rationalisierung auf Knochen der VW-Arbeiter! Interessant ist auch noch die Begründung der Geschäftsleitung für die Sonderschichten: Angeblich hätten zuviele Kollegen von den Auflösungsverträgen Gebrauch gemacht. Wäre es da nicht ein leichtes gewesen, mehr Arbeiter einzustellen? Der tatsächliche Grund findet sich dann auf den Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Zeitungen. Dort ist die Rede von dem USA-Geschäft, was aufgrund des günstigen Dollarkurses in der letzten Zeit für den VW-Konzern wesentlich lukrativer geworden ist. Da-

Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Zeitungen. Dort ist die Rede von dem USA-Geschäft, was aufgrund des günstigen Dollarkurses in der letzten Zeit für den VW-Konzern wesentlich lukrativer geworden ist. Da-

zu kommt die günstige Entwicklung auf dem Inlandsmarkt. Hier lag die Steigerungsrate in den ersten sieben Monaten des Jahres bei 9,1% („Handelsblatt", 22.8.). Wahrscheinlich war diese Entwicklung bei den großangelegten Rationalisierungsplänen bei VW anders eingeschätzt worden. Das führt dazu, daß trotz immens gesteigerter Arbeitshetze ein Nachfrageüberhang von etwa 50.000 Fahrzeugen aufgetreten ist. Dieser wird, natürlich auf Kosten der Kollegen, mit Sonderschichten abgebaut.

Diese Entwicklung erstreckt sich im übrigen nicht nur auf VW, sondern über alle Autohersteller in der BRD. So meldet BMW neue Rekorde an Aufträgen, nämlich im ersten Quartal 79.000 gegenüber 55.000 im Normaljahr 1973. Allein im März kamen 35.000 Bestellungen herein. Deshalb wurden im April und Mai zwei Sonderschichten in München und Dingolfingen gefahren, wovon 8.000 Arbeiter betroffen waren. Außerdem wurde das Werk Dingolfingen durch Einrichtung einer zusätzlichen Schicht um 3-400 Kollegen aufgestockt („Handelsblatt", 15.4.).

Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei Ford festzustellen. Die Ford-Geschäftsleitung hatte vor, die Produktion von „Escort" teilweise nach England auszulagern. Dieser Plan wurde allerdings vom Betriebsrat zurückgewiesen. Dadurch wurde erreicht, daß im Kölner Werk Kurzarbeit abgesetzt werden konnte.

Auch die Adam-Opel-AG meldet einen guten Auftragseingang. Dort wurden sechs Sonderschichten für September und Oktober beschlossen. Außerdem sind zusätzlich zu den 1.600 Kollegen, die befristet eingestellt worden sind, weitere 200 eingestellt worden. Noch einmal 200 sollen in einer Einstellungsaktion bis zum 5. August und weitere 500 in einer Einstellungsaktion bis zum 5. September angeworben werden. Während die bisherigen Verträge am 31. Oktober auslaufen, gehen die neuen bis Ende des Jahres. Alle diese Kollegen mit befristeten Verträgen sitzen mit einem Bein auf der Straße! (Nach Flugblättern der GOG)

Eines wird an allen diesen Beispielen deutlich: Immer wieder sind es

neuen bis Ende des Jahres. Alle diese Kollegen mit befristeten Verträgen sitzen mit einem Bein auf der Straße! (Nach Flugblättern der GOG)

Eines wird an allen diesen Beispielen deutlich: Immer wieder sind es

die Kollegen, die angeschissen sind, und auf deren Rücken die Krise ausgetragen wird. Hat das Unternehmen Schwierigkeiten, seine Waren abzusetzen, fliegen die Kollegen auf die Straße oder müssen Kurzarbeit machen. Bessert sich die Situation, sind es wieder die Kollegen, die ranklotzen dürfen, um Auftragsrückstände aufzuholen. Hilft das auch nichts mehr, werden Arbeiter nur für ein halbes Jahr eingestellt, hinterher sitzen sie wieder auf der Straße. Hier zeigt sich, wie im Kapitalismus die Arbeiter dazu degradiert werden, eine Arbeitskraft zu sein, die der Kapitalist nach Belieben auswechselt oder abschiebt. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Zeit der Krise, in der das Wesen des Kapitalismus mit voller Brutalität deutlich wird! ●

KB/Gruppe Bremen

Arbeitsamt bestraft gekündigten Kollegen mit Sperrung des Arbeitslosengeldes

Ein ausländischer Kollege wurde von einem Textilbetrieb gekündigt, weil er laut Kündigungsschreiben nicht bereit sei, *„sich in eine Arbeitsgruppe einzuordnen"* und weil er *„eine passive Einstellung gegenüber Vorgesetzten"* habe.

Als der Kollege daraufhin Arbeitslosengeld beantragte, teilte ihm das Arbeitsamt Hamburg mit, ihm seien gemäß § 119 Arbeitsförderungsgesetz für vier Wochen sämtliche Leistungen – sowohl Arbeitslosengeld als auch Arbeitslosenhilfe – gesperrt, weil er seine Kündigung selbst verschuldet habe. Man achte auf den Wortlaut der Begründung:

„Sie haben ... Ihre Arbeit dadurch verloren, daß Sie entgegen Ihren arbeitsvertraglichen Pflichten sich nicht in eine Arbeitsgruppe einordnen (!!) *und eine passive Einstellung gegenüber Ihren Vorgesetzten* (!!) *zeigten. Sie mußten voraussehen, daß dieses Verhalten zur Kündigung durch den Arbeitgeber und zur Arbeitslosigkeit führen würde."*

Auf einen Widerspruch des Kollegen, in dem er zum wiederholten Male die ihm gemachten Vorwürfe bestritt und darauf hinwies, daß er wegen Arbeitsmangels gekündigt worden sei, beschied ihm das Arbeitsamt folgendes:

„Nach den Ausführungen des Arbeitgebers (!!) *befolgte der Widersprechende weder die Anordnungen des Vorarbeiters noch des Meisters... Der Einlassung des Widersprechenden, Kündigungsgrund sei Arbeitsmangel gewesen, kann nicht gefolgt werden. Laut Auskunft des Arbeitgebers* (!!) *herrschte zumindest in der Abteilung, in der der Widersprechende beschäftigt war, kein Arbeitsmangel. Die Kündigung erfolgte mithin nicht wegen Arbeitsmangels, sondern wie schon dargelegt, wegen vertragswidrigen Verhaltens. Insoweit haben die Voraussetzungen für den Eintritt einer Sperrzeit vorgelegen."*

Mit einer unverschämten Selbstverständlichkeit werden die Angaben des Kapitalisten ungeprüft (!) als unzweifelhaft wahr anerkannt und ganze Satzteile aus dem Kündigungsschreiben wortwörtlich übernommen. Deutlicher können diese Kapitalistenknechte im Arbeitsamt ihre ganze Unterwürfigkeit und Hörigkeit kaum noch demonstrieren.

Mit der gleichen Dreistigkeit wird dem Kollegen, der seine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wie jeder andere entrichtet hat, noch vorgehalten, es sei nicht gerechtfertigt, *„mit den Folgen Ihres Verhaltens vollen Umfangs die Versicherungsgemeinschaft zu belasten."*

Hier spielt sich das Arbeitsamt dann noch als Anwalt der übrigen versicherten Arbeiter auf.

Es zeigt sich hier klar, wie das Arbeitsförderungsgesetz in Zusammenarbeit von Kapitalisten und Staat als weiterer Hebel zur Disziplinierung und Spaltung der Arbeiterklasse eingesetzt werden soll.

Die Kollegen, die wegen Wahrnehmung ihrer Rechte vom Kapitalisten gefeuert wurden, können als Arbeitslose zweiter Klasse abgestempelt und durch Sperrung der Unterstützung vom Staat mit dem vollständigen Entzug der Lebensgrundlage zusätzlich bestraft werden. ●

IKAH (Arbeiterhilfe), Hamburg

„Sparpolitik" der Kapitalisten

„Das Vorstandsleben ist risikoreicher, als das des kleinen Angestellten. Es geht nicht immer aufwärts. Die Gehälter schwanken – auf hohem Niveau (versteht sich) *allerdings"* („Zeit", 4.7.).

Da hat doch 1974 ein von solchen Risikoleiden hart getroffenes VW-Vorstandsmitglied nur 464.250 DM im Jahr verdient (das macht 38.354 DM im Monat und etwa 1.300 DM am Tag; ein Arbeiter muß für eine solche Summe etwa 25 Jahre arbeiten!!!). Noch 1973 hatte dasselbe VW-Vorstandsmitglied 614.190 DM im Jahr verdient. Ja, es ist schon ein hartes Brot, Top-Manager zu sein, in schlechten Jahren kommt man da schon in die Gefahr, am Hungertuch nagen zu müssen.

Das haben sie verdient

Durchschnittliche Bezüge eines Vorstandsmitglieds in Mark

Unternehmen	1974	1973
Deutsche Bank	661 460	494 770
Thyssen-Hütte	644 750	530 480
Daimler-Benz	642 170	650 510
Krupp	641 330	575 385
Karstadt	583 470	572 140
Mannesmann	580 000	423 300
Bayer	494 720	445 210
BASF	485 000	482 000
Volkswagenwerk	464 250	614 190
Klöckner-Werke	369 430	299 625
Gelsenberg	345 000	386 000
Klöckner-Humboldt-Deutz	326 670	266 740
Hugo Stinnes	325 400	265 500

Andererseits: Eigentlich ist er ja auch selber Schuld, er kann sich doch seinen Arbeitsplatz frei wählen. Warum ist er nicht zur Deutschen Bank gegangen, da hätte er fast 170.000 DM zuverdient – und wer hätte nicht gern 33% mehr Lohn in einem Jahr und das bei solchen Summen?! Oder zum Beispiel bei Mannesmann, da gab es 1974 37% mehr.

Doch selbst dann sind die Sorgen noch nicht vorbei, wenn's gut läuft. Mannesmann-Chef Weisweiler wollte gar nicht so viel: *„Ich habe mich sehr dagegen gewehrt"* („Zeit", 4.7.). Und warum? Er ist nämlich Chef-Unterhändler für die Stahlkapitalisten bei den Tarifverhandlungen und da hat er denn immer so „ein schlechtes Gewissen", wenn er gegen Lohnerhöhungen der Arbeiter ist ... ●

KB/Gruppe Bremerhaven

Urlaubsverbot für Arbeitslose

Urlaubsverbot für Arbeitslose

In einem Grundsatzurteil hat das Sozialgericht in Koblenz entschieden, daß ein Arbeitsloser nicht „nach eigenem Gutdünken" in Urlaub fahren darf. Tut er es dennoch, verliert er den Anspruch auf Unterstützung.

Eine Chemiearbeiterin war nach fast neunmonatiger Arbeitslosigkeit in Urlaub gefahren und erhielt daraufhin vom Arbeitsamt keine weitere Unterstützung mehr. Das Gericht entschied - wie nicht anders zu erwarten - für das Arbeitsamt. In der Urteilsbegründung zu dem Fall heißt es u. a.: „Eine Voraussetzung für den Anspruch auf Arbeitslosengeld ist, daß ein Arbeitsloser der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht." Dies müsse „in jedem Fall wichtiger sein als der Urlaub" (Nach „FAZ" 21. 8. und 2. 9. 75)

Die Arbeitskraft ist in der bürgerlichen Gesellschaft eine Ware, die je nach dem Verlauf des Geschäfts vom Kapitalisten gekauft oder abgestoßen wird. Wird sie vom Kapitalisten abgestoßen, der Arbeiter also arbeitslos, so besteht nach den bürgerlichen Gesetzen seine vornehmste Aufgabe darin, seine Arbeistkraft für eine vom Kapitalisten gewollte Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß ständig bereitzuhalten. Für eine andere Lebensäusserung des Arbeiters ist in diesem System kein Platz. ●

BRD-Wirtschaftskomission
KB/Gruppe Hamburg

„Reform" des öffentlichen Dienstrechts

Vor einigen Wochen wurde aus den Reihen der Sozialdemokratie eine Studie veröffentlicht, in der die SPD-Sozialexperten den Abbau von „fragwürdigen Sozialleistungen" empfehlen. Unter dem Vorwand, „außergewöhnliche Sondervorteile bestimmter sozialer Gruppen" abschaffen zu wollen, richten sich diese neuen Sparvorschläge insbesondere gegen wesentliche Bestandteile des gegenwärtigen öffentlichen Dienstrechts. *„Hauptanliegen der SPD ist, mit ihrem Papier der Diskussion über den Sozialstaat und den Abbau sozialer Leistungen eine neue Stoßrichtung zu geben."* („FAZ", 23.7.75) Dieser Vorstoß nun geht *„gegen die nahezu totale Sicherung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst"* und die darin begründete Tatsache, daß Beamte keine Sozialabgaben zahlen müssen.

Der Angriff richtet sich also gegen die Unkündbarkeit des Beamten. Schon seit Jahren wird unter dem Deckmantel einer „Reform des öffentlichen Dienstrechts" der Abbau der materiellen und politischen Rechte der Kollegen im öffentlichen Dienst angestrebt. Diese Bestrebungen setzt die Sozialdemokratie mit ihrem „richtungsweisenden Vorstoß" konsequent fort.

Das angestrebte Ziel dieser „Reformbemühungen" ist eine Vereinheitlichung der Arbeitsverhältnisse und ihrer rechtlichen Grundlagen. Im öffentlichen Dienst arbeiten Arbeiter, Angestellte und Beamte nebeneinander und verrichten teilweise die gleiche Arbeit. Für jede einzelne dieser drei Gruppen gilt aber ein eigenes Arbeits- oder Dienstrecht. So werden für Arbeiter und Angestellte – jeweils getrennt – Tarifverträge abgeschlossen. Die Besoldung der Beamten hingegen wird durch Gesetz geregelt. Die Bezahlung zwischen allen drei Gruppen ist unterschiedlich. Auch in der Frage der Kündigung gelten unterschiedliche Bestimmungen: Der Beamte ist praktisch unkündbar (Lebenszeitanstellung). Dafür sind die politischen Rechte des Beamten erheblich eingeschränkt im Vergleich zu denen des Arbeiters und des Angestellten. So besitzt der Beamte beispielsweise kein Streikrecht. Die angestrebte „Reform" nun soll die Rechte und Pflichten der Kollegen „vereinheitlichen". Dabei soll es allerdings nicht zu einer „Radikallösung" kommen, denn *„der demokratische Staat braucht ... einige der vererbten preußischen Tugenden des Berufs-*

Rechte und Pflichten der Kollegen „vereinheitlichen". Dabei soll es allerdings nicht zu einer „Radikallösung" kommen, denn *„der demokratische Staat braucht ... einige der vererbten preußischen Tugenden des Berufs-*

beamten, die sonst auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr zu haben sind." Und: *„Auch der demokratische Staat braucht den Berufsbeamten, der nicht streiken darf, der notfalls über die tarifvertraglich geregelte Arbeitszeit hinaus verfügbar ist und dem die Wahrung der Bürgerrechte zur Amtspflicht gemacht werden kann, bei Gefahr der Entlassung."* („Die Zeit", 9.2.73)

Die Vereinheitlichung der Rechte und Pflichten der Kollegen Arbeiter, Angestellten und Beamten darf also nicht an die Grundfesten des preußischen Berufsbeamtentums rühren. In diesem Sinne ist die „Reform des öffentlichen Dienstrechts" bisher auch angegangen worden.

Am 7.5.73 legte die „Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts" nach jahrelanger Arbeit einen Abschlußbericht vor. diese Kommission war von der Bundesregierung eingesetzt worden. In ihr arbeiteten auch Vertreter der Gewerkschaftsführungen mit, so W. Reuter und G. Schmidt vom DGB-Hauptvorstand.

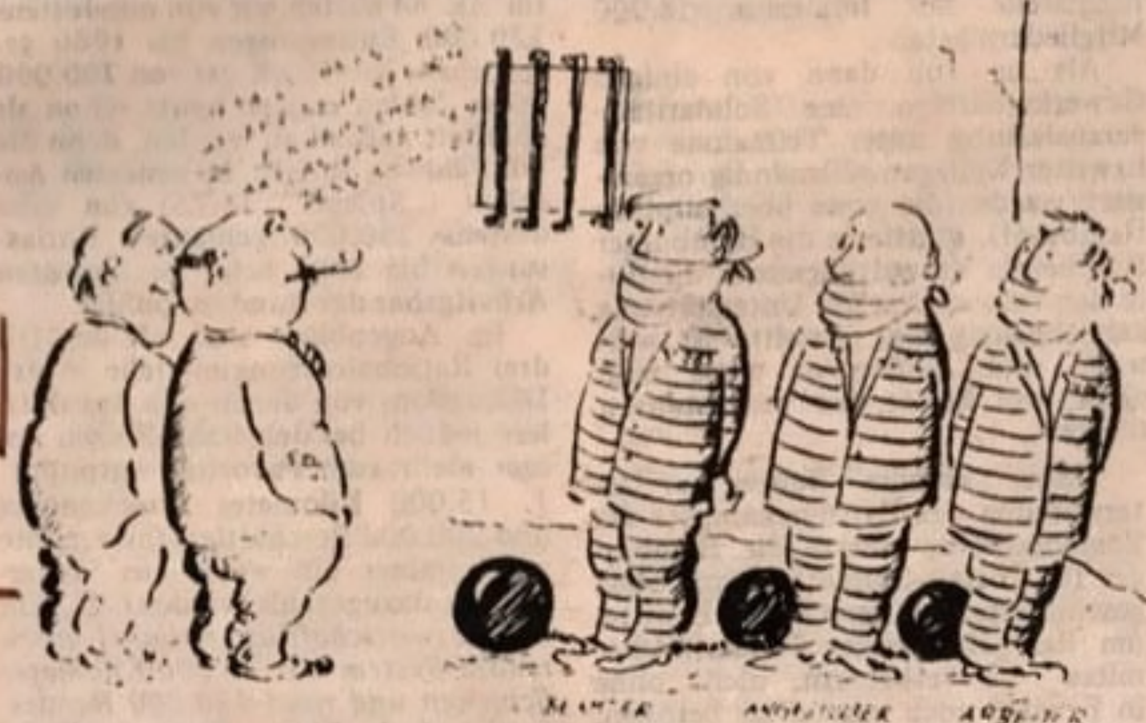
Im Abschlußbericht dieser Kommission sind insgesamt 99 Thesen enthalten, die die Stoßrichtung der „Reformbemühungen" sehr deutlich machen.

These 10: *„Für alle öffentlichen Bediensteten gelten die bisherigen Beamtenpflichten.*
11. Für alle öffentlichen Bediensteten gilt eine ... Pflicht zur Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Betätigung.
12. Für alle öffentlichen Bediensteten ist ein Dienstordnungsrecht (bisher Disziplinarrecht) *vorzusehen."*
These 14: *„Alle öffentlichen Bediensteten haben die Pflicht, auf Verlangen des Dienstgebers eine Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst zu übernehmen."*

Diese Vorschläge gehen davon aus, daß die gegenwärtige Dreiteilung in Arbeiter, Angestellte und Beamte aufgehoben wird. Statt dessen soll es nur noch einen einheitlichen „Staatsangestellten" geben, dessen „Rechte" im wesentlichen aus der Rechtlosigkeit des heutigen Beamten abgeleitet werden.

– Ein umfassender Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse –

Eine konsequente und fortschrittliche politische Tätigkeit ist diesem „Staatsangestellten“ verboten. Zusätzlich zum normalen bürgerlichen Recht unterliegt er noch einem besonderen Disziplinarrecht. Bei einem „Vergehen“ wird er also doppelt abgeurteilt: einmal durch die normale bürgerliche Justiz und zum anderen durch eine interne Hausjustiz. Weiter soll der Kollege im öffentlichen Dienst jederzeit und ohne besondere Begründung dienstverpflichtet werden können. Die diesbezüglich bereits bestehenden beamtenrechtlichen Bestimmungen sollen also noch verschärft auf alle Kollegen ausgedehnt werden.



Ein zentraler Punkt ist natürlich die Frage des Streikrechtes. Ein Teil der Kommission vertrat dazu folgende Überlegungen: Alle Beziehungen zwischen dem Staatsangestellten und dem Staat werden durch Gesetz geregelt (These 95), also einschließlich der Entlohnung. Das entspricht im Prinzip der gegenwärtigen Besoldung des Beamten. These 75: *„Bei der gesetzlichen Regelung der Bezahlung sind die Einkommen im öffentlichen Dienst jährlich zu überprüfen und auf der Grundlage der Entwicklung der Durchschnittseinkommen aller unselbständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft ggf. fortzuentwickeln. Ein Bezahlungsbeirat prüft die Veränderungen des durchschnittlichen Arbeitseinkommens der unselbständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft und unterbreitet dem Parlament Vorschläge zur Fortentwicklung der Einkommen im öffentlichen Dienst.“*

Nach diesem Konzept soll es also keine Tarifverhandlungen mehr ge-

schläge zur Fortentwicklung der Einkommen im öffentlichen Dienst.“ Nach diesem Konzept soll es also keine Tarifverhandlungen mehr ge-

ben. Aber der Kern dieser Überlegungen geht noch weiter: Damit wäre den Kollegen im öffentlichen Dienst das Recht genommen, ihre materiellen Interessen organisiert gewerkschaftlich zu vertreten. Das Streikrecht wäre vollständig abgeschafft. In diesem Konzept wäre eine gewerkschaftliche Organisation völlig überflüssig, was durchaus dem Sinn der These 11 (s.o.) entspricht.

Daß mit dieser „Reform“ für den Öffentlichen Dienst tatsächlich eine Arbeitsverfassung faschistischen Typs angestrebt wird, macht ein Vergleich mit der Carta del Lavoro (der Arbeitsverfassung des faschistischen Italien vom 27. April 1927) klar: Darin wird bestimmt, *„daß der gerechte Lohn durch rein logisch-kalkulatorische Operation gefunden werden könne und zwar entsprechend den normalen Lebenserfordernissen, den Möglichkeiten der Produktion und dem Erträgnis der Arbeit (Carta del Lavoro XII). Eine Reihe weiterer Kriterien kennen die Erklärungen XIII (Erzeugungskrisen, Währungsverhältnisse, Bedingungen der Erzeugung und der Arbeit, Lage des Geldmarktes, Lebensstandard des Arbeiters) und XIV der Carta (Übereinstimmung zwischen den Erfordernissen des Arbeiters und des Unternehmers).*

Ist der Minimallohn auf diese Weise theoretisch ermittelt, so bedarf es, um ihn zur Anwendung zu bringen, letzten Endes eines Staatshoheitsaktes, d.h. des Spruchs des Arbeitsgerichts, falls die syndikale Vereinbarung nicht zustandekommt oder die staatliche Vermittlung fehlschlägt“ (so charakterisiert Dr. H. Reupke, ein Preisfechter des italienischen Faschismus, den Mechanismus der Festsetzung der Löhne und anderer Arbeitsbedingungen in Italien zur Zeit Mussolinis; zit. nach F. David, Der Bankrott des Reformismus, Berlin 1932).

Also der alte Kern in einer neuen Hülle!

Der andere Teil der Kommission glänzte durch einen „fortschrittli-

Also der alte Kern in einer neuen Hülle!

Der andere Teil der Kommission glänzte durch einen „fortschrittli-

chen“ Alternativvorschlag:

These 96: *„Das Dienstrecht für alle öffentlichen Bediensteten wird je nach Gegenstand teils durch Gesetz, teils durch Tarifvertrag geregelt. Der tarifvertraglichen Regelung unterliegen die Bezahlung und andere Elemente der Gegenleistung, ... Alle übrigen Gegenstände des Dienstrechts werden gesetzlich geregelt. Insoweit ist für einen Arbeitskampf kein Raum.“*

Auch in diesem Falle sind die Rechte der Kollegen erheblich eingeschränkt. So fehlt vor allem der Hinweis darauf, daß die tarifvertraglich zu regelnden materiellen Interessen der Kollegen auch im Arbeitskampf (Streik) durchgesetzt werden dürfen. Und es wird sogar ausdrücklich festgestellt, daß alle Forderungen der Kollegen, die nicht zu den „Elementen der Gegenleistung“ zu zählen sind, keineswegs zum Gegenstand eines Arbeitskampfes gemacht werden dürfen. Damit wird beispielsweise der Kampf gegen Kündigungen und Versetzungen oder für eine ausbildungsgemäße Beschäftigung von vornherein als illegal erklärt. Auf keinen Fall natürlich dürfen Mittel des Arbeitskampfes zur Durchsetzung politischer Forderungen angewendet werden.

Neben der politischen Entrechtung ist gleichfalls ein Abbau der materiellen Rechte geplant. Dies genau verbirgt sich hinter der beabsichtigten Einführung des „Leistungsprinzips“.

These 70: *„Die subjektive Leistung des Bediensteten soll aufgrund einer analytischen Leistungsbewertung in Zeitabständen von zwei Jahren ermittelt werden.“*

These 45: *„Bediensteten, deren Leistungen zweimal nacheinander mit ‚genügt nicht den Anforderungen‘ bewertet werden und bei denen ausreichende Leistungen auf einem anderen gleichwertigen Dienstposten nicht zu erwarten sind, können Dienstposten übertragen werden, die einer nächst niedrigeren Bezahlungsgruppe zugeordnet sind.“*

So wird die Möglichkeit zur Lohn-

übertragen werden, die einer nächst niedrigeren Bezahlungsgruppe zugeordnet sind.“

So wird die Möglichkeit zur Lohn-

senkung geschaffen. Daß diese individuelle Lohnsenkung völlig willkürlich angewendet werden kann, vor allem natürlich als Druckmittel gegenüber fortschrittlichen Kollegen, ist auch gesichert. Entscheidend dafür nämlich ist die „subjektive“ Leistung des Kollegen. Im Gegensatz zur „objektiven“ Leistung, die anhand der tatsächlich erbrachten Arbeitsleistung meßbar ist, kann die subjektive Leistung nicht konkret gemessen werden. Es gehören dazu auch solche Kategorien wie

- Verhältnis zu den Kollegen,
- Verhalten gegenüber Vorgesetzten,
- „positive Einstellung“ zur Arbeit,

usw. Dies muß von den Vorgesetzten selbst bewertet werden.

Allein schon die Möglichkeit einer Lohnsenkung kann die Kollegen genügend einschüchtern, so daß diese Maßnahme selbst gar nicht mehr angewendet werden muß.

Das bedeutendste materielle Privileg im öffentlichen Dienst, die Unkündbarkeit des Beamten, hat die Studienkommission allerdings nicht in Frage gestellt. Das „Dauerdienstverhältnis mit Bestandschutz“ sollte nach ihren Vorschlägen sogar mit verschiedenen Vorstufen zur Regel werden. Doch seit 1973 hat sich immer deutlicher gezeigt, daß die Unkündbarkeit des Beamten als entscheidendes Hindernis dem mit der Rationalisierungspolitik angestrebten Abbau der Arbeitsplätze entgegensteht. Dies wird von der bürgerlichen Presse schon seit langem laut beklagt. Doch die Sozialdemokratie will mit ihrem aktuellen Angriff auf „ungerechtfertigte Privilegien“ diese Lücke in den Bemühungen zur „Reform“ des öffentlichen Dienstrechts nun schließen. Die Demagogie von der Sparpolitik hat das politische Klima hergestellt, das für diesen Vorstoß günstig ist. Die Sozialdemokratie nutzt die Gunst der Stunde, um alte Pläne aus der Schublade endlich auf den Tisch zu bringen. So wird der beabsichtigte Abbau der materiellen und politischen Rechte der Kollegen im Öffentlichen Dienst Schritt für Schritt vervollständigt.

Postzelle, KB/Gruppe Hamburg



Für das Streikrecht im öffentlichen Dienst

Notstandsübungen bei AEG-Schiffbau

Auf der letzten Betriebsratsversammlung wurde bekannt gegeben, daß in den Werken Schenefeld, Wedel und Steinhöft Alarmübungen durchgeführt werden, weil AEG (Produktion hauptsächlich für militärische Zwecke, z.B. MRCA, Torpedos usw.) von linksradikalen Bombenanschlägen bedroht sei. Besonders dreist war die Bemerkung des Sicherheitsbeauftragten im Steinhöft. Er meinte, daß im Ernstfall nicht gleich alle Kollegen das Gebäude verlassen sollten, sondern erst einmal gucken sollten, ob sich irgendwo etwas verdächtiges tut (oder tickt?). Hieran zeigt sich, daß es den Kapitalisten keinesfalls um die Sicherheit der Kollegen geht.

Diese Kampagne hat den Charakter einer Nostandsübung. Gegen die „Linksradikalen“ haben Kapitalisten und Arbeiter einig zu sein. Ausserdem wird Mißtrauen unter den Kollegen gesät. Jeder soll darauf achten, ob der Kollege nebenan sich verdächtig benimmt.

Auch in anderen Betrieben, an Bahnhöfen usw. soll durch derartige Notstandübungen die Bevölkerung auf „Linksradikale Anschläge“ vorbereitet werden.

Nach dem Motto „Alle Mann zusammenhalten“ propagiert die Bourgeoisie die Ideologie der „Volksgemeinschaft“.

Unsere Antwort darauf: Alle Arbeiter zusammenhalten - gegen die Bourgeoisie!

Eine AEG-Genossin

HDW-Bosse rationalisieren

Die HDW-Kapitalisten sind seit einigen Jahren dabei, ihre Werke in Hamburg und Kiel einem neuen Unternehmenskonzept anzupassen und sie gleichzeitig durchzurationalisieren.

Die erste Station auf diesem Weg war 1969 die Fusion zwischen den Howaldtswerken und der Deutschen Werft, der dann 1973 die langfristig geplante Stillegung der ehemals größten Werft der Welt auf Finkenwerder folgte. Einher mit diesen Maßnahmen ging der Ausbau der Kieler Werke zum Großschiffbauplatz, während in Hamburg nur Reparatur und der Bau mittlerer Schiffe vollzogen wird (der allerdings wegen der geringen Investitionen ohne große Kosten für die Kapitalisten jederzeit eingestellt werden kann).

Nachdem so das neue Konzept weitgehend in seinen Grundzügen durchgesetzt ist, gehen die Kapitalisten nunmehr daran, auch „im Detail“ vorhandene Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Schwerpunkte der Maßnahmen sind derzeit:

- **Zentralisierung aller Abteilungen – zunächst im Angestelltenbereich – in Kiel, die nicht unbedingt in den Hamburger Werken arbeiten müssen.**
- **Leistungssteigerung bei den Angestellten und Zeitlöhnern im gewerblichen Bereich durch sogenannte Stellenbeschreibungen und Leistungsbeurteilungssysteme.**

Die Geschäftsleitung konnte hier – im trauten Zusammenwirken mit dem von rechten Sozialdemokraten geführten Betriebsrat (BR) – bereits Erfolge gegen die Kollegen erzielen. In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, daß diese Maßnahmen gegen die Belegschaft unter der zentralen Federführung eines Mannes laufen,

Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, daß diese Maßnahmen gegen die Belegschaft unter der zentralen Federführung eines Mannes laufen,

der 1973 von den Kapitalisten als Verantwortlicher für den Bereich „Belegschaftswesen“ in den Vorstand gekauft wurde: Heinz Scholz, ehemals IGM-Bezirksleiter Nordmark. Unter seiner Regie wurden aus allen Vorstandsressorts die Bereiche „Belegschaft“ herausgenommen und unter seiner Leitung zentralisiert, so daß heute den Kapitalisten die Rationalisierungsmaßnahmen in diesem Sektor erleichtert werden.

Welche Auswirkungen diese Rationalisierungen für die Kollegen haben, soll hier an der jüngsten Maßnahme dargestellt werden.

Am 11.8.75 wurde den 68 Kollegen der Abteilung Rechnungswesen, Betriebs- und Anlagenbuchhaltung in Hamburg mitgeteilt, daß ihre Abteilung nach Kiel verlegt wird. 38 Angestellte sollen nach Kiel umsiedeln. Begründet wurde diese Maßnahme von Seiten der Geschäftsleitung mit der Notwendigkeit, die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens durch Zentralisierung und Konzentration in Kiel zu erhöhen. Absurderweise wurde sogar die Phrase von der *„langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze“* gedroschen. Ganz nebenbei ließ man auch verlauten, daß natürlich auch Opfer gebracht werden müßten. *„Es wird versucht, Härten zu vermeiden, indem man zunächst* (!) *alle Möglichkeiten der innerbetrieblichen Versetzung ausnutzt ...“* so ein Abteilungsleiter. Man behält sich also Kündigungen vor ... Die Geschäftsleitung selbst hat von Anfang an gewußt, daß es den wenigsten Kollegen möglich sein wird, nach Kiel umzuziehen, denn die meisten, im Alter zwischen 45 bis 50 Jahren, haben Familien, Kinder in der Ausbildung und andere feste soziale Bindungen in Hamburg. Gleichzeitig werden die für diese Kollegen für eine Umsetzung infrage kommenden Stellen in Hamburg mit neuen und „frischen“ Kräften besetzt, so daß ein Teil der Betroffenen „mangels Stellen“ gekündigt wird.

Gleichzeitig spekuliert HDW darauf, daß ein größerer Teil wegen seines Alters, seiner in langjähriger HDW-Arbeit erworbenen Spezialisierung und unter dem Druck der Arbeitslosigkeit auch bereit sein wird, minderqualifizierte und damit auch schlechter bezahlte Arbeitsplätze anzunehmen. Für die HDW-Kapitalisten ein weiterer Rationalisierungseffekt.

Insgesamt läßt sich sagen, daß diese Umverlegung – weitere Abteilungen sind gerüchteweise bereits in der Planung – den Betroffenen erhebliche Nachteile bringt. Ein Teil wird gezwungen sein, nach Kiel zu gehen, ein anderer Teil wird Kündigungen anheimfallen und andere Kollegen werden finanzielle u. a. Verschlechterungen in Hamburg erfahren.

Auf den Betriebsrat können die Kollegen nicht bauen

Der BR wurde vom Vorstand bereits am 5. Juni über die Umsetzung informiert, benachrichtigte die Kollegen seinerseits aber erst zwei Monate später (!) über diese Maßnahme. Ein besonderer Hammer ist dabei, daß er diesen Maßnahmen zustimmte, ohne auch nur irgendwelche Bedingungen daran zu knüpfen (etwa: keine Kündigungen, keine Nachteile bei der Umverlegung nach Kiel und bei den Kollegen, die in Hamburg bleiben wollen).

Ganz im Gegenteil hat er sich, als diese Forderungen von einigen Kollegen erhoben wurden, auf die Seite der Geschäftsleitung gestellt und sie abgelehnt! Zum Punkt Kündigung und Verschlechterung wurde von diesen sauberen Herren gesagt: *„Das sind ja alles personelle Einzelmaßnahmen und mitbestimmungspflichtig. Der BR wird alles daran setzen, Härten zu vermeiden. Außerdem haben wir ja jetzt den guten Tarifvertrag mit Kündigungsschutz für ältere Angestellte.“* – Daß hierunter allerdings nur Kollegen über 55 Jahre fallen, die meisten Kollegen der Abteilung also gar nicht betroffen sind, wurde von ihm wohlwissend verschwiegen!

Selbst die Behandlung dieser Fragen in den dafür zuständigen Gremien wurde von den rechten Sozialdemokraten bisher mit allen Tricks verhindert. Auf einer Angestellten-VK-Sitzung Mitte August stand dies Thema nicht auf der Tagesordnung, auf zwei darauffolgenden BR-Sitzungen kam es ebenso nicht zur Sprache. Obwohl die Vertrauensleute der Angestellten bereits am 19.8. verlangten, eine Sondersitzung durchzuführen, hat die VK-Leitung darauf bis heute nicht reagiert.

Die Kollegen wehren sich

Die Kollegen wehren sich

Zunächst verbreiteten sich unter allen Angestellten resignative Stimmungen (entweder man geht nach Kiel oder man fliegt) und es wurde versucht, für sich Individuallösungen mit dem Abteilungsleiter auszuhandeln. Dennoch gelang es in einigen Abteilungen, Ansätze eines geschlosseneren Vorgehens herzustellen. So wurde in einer Abteilung eine Versammlung mit BR-Mitgliedern und Abteilungsleiter gefordert und auch durchgesetzt. Als auch hier nur vage Versprechungen kamen und keine konkreten Aussagen, beschlossen einige Kollegen, selbst aktiv zu werden. Es entstand ein Papier, daß die Forderungen zusammenfaßte und unter den Kollegen herumgereicht wurde. Auf der letzten Sitzung aller HDW-Vertrauensleute konnte dann endlich das Thema angesprochen werden. Von gewerblichen Kollegen wurde gefordert, die Angestellten in ihren Forderungen zu unterstützen, da bald auch andere Bereiche von derartigen Maßnahmen betroffen sein könnten.

Und dann passierte, was es seit Jahren nicht mehr in diesem VK gegeben hat: Die Resolution einer Vertrauensfrau, die den BR verpflichtet, die Forderungen der Angestellten (jeder, der in Hamburg bleiben will, bekommt einen gleichwertigen Arbeitsplatz; wer nach Kiel geht, darf keine finanziellen Nachteile erleiden, Mietdifferenzen etc. müssen von der Firma gezahlt werden) zu unterstützen, wurde angenommen.

Man kann sich gut vorstellen, wie Werner Peters (BR-Vorsitzender) jetzt in der SPD-Betriebsgruppe wegen dieser „Betriebspanne“ seinen Gesinnungs„genossen“ die Leviten liest.

Dabei haben er und seine Freunde tatsächlich alles versucht, eine Abstimmung in ihrem Sinne durchzusetzen: *„Der Antrag ist gegenstandslos, weil der BR schon längst aktiv* (?!) *geworden ist“* – war eine mehr witzige Einlage. *„Man muß sich überlegen, zu wessen Lasten der ‚unproduktive Sektor‘* (die Angestellten) *geht* (!!!)“ – das ist schlichtweg eine Schweinerei. Gerade mit solchen „Argumenten“ spielen die Kapitalisten ständig Arbeiter gegen Angestellte aus und die rechten Sozialdemokraten rechtfertigen damit sogar noch Rationalisierungen.

Wenn auch jetzt schon klar ist, daß sich dieser BR in seiner Mehrheit nicht an das Votum der Vertrauensleute halten wird, so ist die Annahme der Resolution doch als ein Erfolg der Angestellten-Kollegen zu werten. Sie sollten daraus vor allem den Schluß ziehen, weniger auf den BR zu vertrauen und stattdessen ihre eigene Aktivität weiter zu erhöhen.

HDW-Angestelltenzelle
und Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Erwitte-Solidarität

Spalter am Werk

„Die gesamte Auseinandersetzung wird immer mehr von undurchsichtigen arbeitsrechtlichen Problemen geprägt; für die Belegschaft gibt es kaum noch eigene Handlungsperspektiven". –

So charakterisierten die Erwitter Zementarbeiter ihre Lage in der Bildbroschüre „Fabrikbesetzung" und daran hat sich bis heute nichts geändert.

Bestand zu Beginn des Kampfes um die Erhaltung der Arbeitsplätze noch die Einheit von kämpfen und verhandeln, so hat jetzt der von der IG-Chemie-Führung eingeschlagene Weg, nur noch verhandeln und prozessieren, sich als Sackgasse erwiesen.

Dennoch haben die Arbeiter und ebenso deren Frauen noch nicht aufgegeben. Als beispielsweise F. C. Seibel, der Besitzer des Werkes, begann, durch einige Meister und leitende Angestellte Lagerbestände abpacken und abtransportieren zu lassen, veröffentlichten die Arbeiter deren Namen und brandmarkten diese Herren, zu denen auch ein Betriebsratsmitglied gehört, in einem Flugblatt als *„Arbeitsplatzräuber"*, die *„den Kollegen, die bisher in der Packerei gearbeitet haben, die Arbeitsplätze wegnehmen"*. Und weiter: *„Das Einkommen, das den Frauen und Kindern zukommen müßte, reißen sie an sich"*.

Zwar erwirkten die „Arbeitsplatzräuber" eine einstweilige Verfügung gegen die weitere Verbreitung des Flugblattes wegen Beleidigung, aber die Arbeiter hatten schon alle Flugblätter verteilt.

Trotz der Auflösung des Betriebsrats durch das Arbeitsgericht, wegen „Beteiligung an einer illegalen Werksbesetzung", (siehe AK 64) werden weiterhin i m W e r k für die Kollegen Sprechstunden des Betriebsrates durchgeführt.

Inzwischen hat Seibel gedroht, den Betriebsrat wegen Hausfriedensbruch anzuzeigen und hat mit dieser Drohung einige Betriebsräte am Betreten des Werkes gehindert.

Große Bedeutung hat es daher, weiterhin die von den „Erwittern" beispielhaft eingeleitete bundesweite Solidarität zu festigen und auszubauen.

IG Chemie spaltet die Solidaritätsbewegung

Doch auch hier beginnt die Ge-
die Solidaritätsbewegung

Doch auch hier beginnt die Gewerkschaftsführung zu demobilisieren. Zuerst einmal soll Solidarität von Kommunisten und anderen Linken, die nicht auf eine Kritik am Verhalten der IG-Chemie-Führung verzichten wollen, verhindert werden.

Obwohl, so der Betriebsratsvorsitzende Köchling, in der Vergangenheit von keinem ein „politisches Glaubensbekenntnis" verlangt wurde, antwortete der örtliche Sekretär Hessedenz auf eine Anfrage des KB / Hannover, der den Film über die Betriebsbesetzung auf einer Solidaritätsveranstaltung einsetzen wollte: *„Wir müssen dazu mitteilen, daß die Vertrauensleute der Fa. Seibel & Söhne beschlossen haben, zukünftig nur dann mit Solidaritätskomitees zusammenzuarbeiten, wenn diese wiederum mit den zuständigen Stellen des DGB zusammenarbeiten. Das gleiche gilt zukünftig für die Teilnahme an Veranstaltungen und Verleihung und Vorführung des Films".*

Und weiter: *„Diese Entscheidung wurde aufgrund negativer Erfahrungen in der Vergangenheit u. a. mit dem Solidaritätskomitee Hamburg getroffen".*

Kennzeichnend ist, daß dieser Beschluß des Vertrauenskörpers zum Zeitpunkt des oben zitierten Briefes der Verwaltungsstelle Neubeckum an den KB/Hannover (4.8.75) noch gar nicht existierte! Erst am 8.8.75 fand eine Vertrauensleuteversammlung statt, auf der es dem Sekretär Hessedenz gelang, den in seinem Brief dreist vorweggenommenen Beschluß durchzusetzen. Zu diesem Zweck las er den Kollegen einige aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus den Informationen des „Verbandes ausgeschlosssener Gewerkschafter" (VAG) und der „Alternative" (Blatt einiger Beiersdorf-Betriebsräte) vor, stellte diese Zitate als Veröffentlichungen des Hamburger Erwitte-Solidaritätskomitees hin (was natürlich glatt gelogen war!) und meinte, das Hamburger Komitee sei „von Gewerkschaftsfeinden durchsetzt".

Der Beschluß wurde daraufhin gefaßt und dem Hamburger Komitee der bereits zugesagte Film verweigert.

Als deshalb einige Mitglieder des Komitees aus Hamburg nach Erwitte fuhren, um die Sache zu klären, erlebten sie einige Überraschungen: Auf der Mitgliederversammlung verhinderte die Gewerkschaftsführung eine Diskussion („Das gehört hier nicht her") und verwies auf eine anschließende Diskussion im Kreis der Vertrauensleute.

Dort verlas der örtliche IG Chemie-Sekretär einen Brief der Hamburger Verwaltungsstelle der IG Chemie, in dem der verantwortlich fürs Komitee zeichnende IG Chemie-Vertrauensmann (Fa. Norddeutsche Affinerie) R. H. als „Mitglied des KB" und „bekannter Gewerkschaftsfeind" bezeichnet wurde.

Daraufhin griffen zwei Hamburger Mitglieder der Gruppe „Arbeiterpolitik" (die sich als kommunistisch ausgibt), die bis dahin im Komitee mitgearbeitet hatten, ein. Sie behaupteten, R. H. sei „Verantwortlicher für sämtliche Branchenzeitungen des KB"!

Eine offenkundige Lüge; bloß für dieanwesenden Vertrauensleute war jetzt, nachdem sogar Hamburger Ko-

Eine offenkundige Lüge; bloß für dieanwesenden Vertrauensleute war jetzt, nachdem sogar Hamburger Komiteemitglieder selbst in die gleiche antikommunistische Kerbe wie die Gewerkschaftsführung schlugen, „irgendwas dran an der Gewerkschaftsfeindlichkeit des Hamburger Solidaritätskomitees".

Lediglich der VK-Vorsitzende wagte noch zu bemerken, ihm komme das langsam so vor, als wenn hier die IG Chemie die Solidaritäts-Veranstaltungen ganz einstellen wolle.

Die Vertrauensleute-Sitzung endete mit einer Bestätigung des Beschlusses vom 8.8.75, der die Liquidierung der Solidarität mit den Werksbesetzern einleiten sollte.

Was Hamburg betrifft, ist dies jedoch nicht gelungen.

Die Hamburger IG-Chemie-Führung hatte seit Beginn des Arbeitskampfes im März dieses Jahres nichts, aber auch wirklich gar nichts zur Verbreiterung der Solidarität im Bereich der Hamburger Verwaltungsstelle mit immerhin 18.000 Mitgliedern getan.

Als im Juli dann von einigen Gewerkschaftern eine Solidaritätsveranstaltung unter Teilnahme von Erwitter Kollegen selbständig organisiert wurde (die erste überhaupt in Hamburg!), quittierte die Hamburger IG Chemie Verwaltungsstelle die Bitte der Veranstalter um Unterstützung kaltschnäuzig mit „Erwitte ist weit weg" und „außerdem wisse man nicht, wer hinter den Veranstaltern stecke".

Dieser „saubere" Beitrag zur Unterstützung des Existenzkampfes der Zementarbeiter setzte die Hamburger IG-Chemie-Spitze fort mit oben geschildertem Eingreifen in Erwitte, um das „Hamburger Solidaritätskomitee" zu verketzern, nicht ohne in Erwitte noch einmal zu betonen, daß die Arbeiter finanziell von der IG Chemie abhängig sind.

Trotz Verweigerung des Filmes über die Betriebsbesetzung wurden in Hamburg 6 Solidaritätsveranstaltungen unter maßgeblicher Beteiligung der KB-Bezirksorganisationen durchgeführt, zu denen ca. 700 Menschen kamen. Anstelle des Erwitte Films wurde der Film über den Kampf der AKZO-Arbeiter in Westdeutschland und Holland gezeigt. Titel: „Wir haben es geschafft".

Neben dieser Veranstaltungsreihe hat das „Hamburger Solidaritätskomitee" nach eigenen Angaben innerhalb von 8 Wochen über 1.000 Bildbroschüren „Fabrikbesetzung" verkauft.

Davon einen ansehnlichen Teil in den großen Chemiebetrieben. Dort griffen dann auch linke Kollegen-Gruppen die Erwitte-Solidarität in ihren Betriebszeitungen auf.

Als sich „Erwitte" beim besten Willen durch die IG Chemie in Hamburg nicht mehr totschweigen ließ, begann diese auch zaghaft mit dem Verkauf der Bildbroschüre. Besonders aufgeschreckt fühlten sich die Betriebsräte der Norddeutschen Affinerie, bei der ja der Verantwortliche des „Hamburger Solidaritätskomitee" arbeitet.

Von ihren Aufsichtsratstantiemen kauften 3 „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat die ganze erste Lieferung an die Verwaltungsstelle (200 Stück) auf, und verkauften sie im Betrieb für DM 2 das Stück, also für

ferung an die Verwaltungsstelle (200 Stück) auf, und verkauften sie im Betrieb für DM 2 das Stück, also für

die Hälfte des Preises. Wenngleich sie auch dadurch die Linken im Betrieb, die schon lange vorher die Bildbroschüre für den Originalpreis verkauften, in den Verdacht, überhöhte Preise genommen zu haben, bringen wollte, ist es doch als Erfolg für die Arbeit des „Hamburger Solidaritätskomitees" zu verbuchen, ohne das in Hamburg und vor allem in den Chemiebetrieben faktisch nichts gelaufen wäre.

Wie sagte noch ein Hamburger IG Chemie-Sekretär: „Erwitte ist weit weg". Nun, es ist diesen Herren etwas näher gebracht worden. ●

Chemie-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Bundesbahnrationalisierung: Nicht nur Kahlschlag, sondern verbrannte Erde!

Im AK 64 hatten wir von mindestens 120.000 Entlassungen bis 1980 gesprochen, inoffiziell gar von 200.000. Diese Zahlen müssen heute schon als überholt angesehen werden, denn die DB-Führung spricht in neuesten Angaben („Spiegel" 34/75) von mindestens 230.000 geplanten Entlassungen bis 1985 beim zweitgrößten Arbeitgeber der Bundesrepublik.

Im Augenblick sind bei der DB drei Rationalisierungsmodelle in der Diskussion, von denen sich das mittlere jedoch bei den Bahn-Bossen immer mehr zum Favoriten entpuppt: 1. 15.000 Kilometer Streckennetz und 200.000 Beschäftigte (hier müßte noch immer ein wenig aus Steuergeldern dazugezahlt werden). 2. *„Ein betriebswirtschaftlich rentabel arbeitendes System mit 10.000 Kilometer Schienen und rund 170.000 Bundesbahnern."* 3. Eine *„Zwergeisenbahn mit 6000 Kilometer Schienen." „gewinnträchtigen Schnellstrecken"* und 100.000 Kollegen.

Nach dem 2. Modell werden vom Streckennetz 1975 zwei Drittel, also 19.000 km Schiene vom Netz abgehängt. Der „natürliche Abgang" wird bis 1985 etwa 120.000 Mann betragen, mit 110.000 Kollegen wissen die Bosse dann nichts mehr anzufangen, für sie bleibt zwangsläufig nur die Straße. Der Spruch vom „Stellenabbau ohne Entlassungen" (DB Chef Vaerst) entlarvt sich schon an diesen Zahlen selbst.

Flächenstaaten wie Bayern, Hessen und Schleswig Holstein werden besonders hart getroffen. Strecken von Hamburg nach Husum oder Flensburg sollen ganz wegfallen. In Hessen bahnt sich diese extrem bevölkerungsfeindliche Politik schon ihren Weg. Dem „Gesundschrumpfungsprozeß" fallen 14 Streckenabschnitte zum Opfer („FR", 20.8.), darunter solche wie Usingen-Wetzlar, also zwischen zwei relativ großen regionalen Zentren.

Der DB-Vorstand beklagt sich nur, daß er nicht auch im Zonenrandgebiet kürzen kann. Hier gibt es offenbar Differenzen mit der Bundesregierung, die es aus politischen Gründen nicht zulassen will („FR", 20.8.), um auch an dieser Frage den Kontakt zum „anderen Deutschland" in revanchistischer Manier aufrechtzuerhalten.

Der Nachwuchs ist abgemeldet

Der Nachwuchs ist abgemeldet

Unter der Überschrift: *„Der Nachwuchs ist nicht abgemeldet"* lügen die DB-Fürsten gegenüber der eigenen Belegschaft weiter (Bahnermagazin „WIR" 8/75). Erstmals wurden jetzt Angaben über den Lehrstellenabbau geliefert. Er beträgt 18 %, obwohl die Bundesregierung schon in der Vergangenheit großkotzig angekündigt hatte, es würden in den Staatsunternehmen nicht wie in der Privatwirtschaft Ausbildungsplätze gestrichen. Diese Politik der DB und Regierungsstellen ist umso widerlicher, als es derzeit schon 130.000 arbeitslose Jugendliche gibt. In propagandistischer Absicht legt die DB-Führung dar, wie großzügig sie doch sei und zusätzlich zur Planung noch 592 Ausbildungsplätze geschaffen hätte („Deine Bahn", 8/75).

In Wirklichkeit ist die Bahn fast wieder bei ihrer Ausbildungskapazität von 1971 mit 14.633 Plätzen angekommen. Dieses Jahr sind es 15.330, 1974 waren es noch 17.694 („WIR", 8/75).

Differenzen zwischen den Kapitalisten in der Steuerzentrale der DB

Hans Günther Sohl, Vorsitzender des Kapitalistenverbandes BDI sitzt seit einigen Wochen im Verwaltungsrat der DB. Jetzt prescht er in der jüngsten Rationalisierungsdebatte vor, denn die Entlassungen gehen ihm zu langsam:

„An sich ist der Verwaltungsrat so etwas wie der Aufsichtsrat eines Unternehmens. Dieser hat aber ausschließlich die Interessen des Unternehmens zu berücksichtigen. Davon habe ich bisher aber nichts gemerkt." („Spiegel", 34/75)

Als erfahrener Arbeiterfeind versucht er, die DB-Bosse im Interesse des Kapitals zu einigen. Dabei stößt er aber im Verwaltungsrat auf den Widerstand einer großen Gruppe von Parteipolitikern sowohl von SPD als auch von CDU/CSU, die zwar grundsätzlich nicht gegen die Entlassungen sind, jedoch jetzt vor den Wahlen im nächsten Jahr nicht vor dem Wähler die Hose runterlassen wollen.

Konkret drehte sich die Debatte um die Schließung des Ausbesserungswerkes in Braunschweig. Sohl polarisierte jedoch den Verwaltungsrat zu seinen Gunsten mit acht zu sieben Stimmen. Dies muß man als Signal für ein noch brutaleres Vorgehen der DB-Fürsten gegenüber der Bevölkerung und den Kollegen werten.

Refa-Fachleute gegen die DB-Kollegen

Seit November '74 laufen Rationalisierungsexperten der Firma Knight Wegenstein (KW) durch alle verschiedenen Abteilungen. Diese Spezis sind dem AK-Leser schon durch ihre drastischen Rationalisierungsmaßnahmen bei COOP und Blohm + Voss sowie bei der „Straffung" der städtischen Polizei-Apparate bekannt. Nach „Deine Bahn" sollen die vielen Einzelvorschläge durch KW koordiniert werden. Durch ein neues Struktur-

„Deine Bahn" sollen die vielen Einzelvorschläge durch KW koordiniert werden. Durch ein neues Struktur-

modell soll jeder Mitarbeiter sich als ein „Chef" fühlen und so die „Motivation der Mitarbeiter parallel zum Unternehmensinteresse" geschaltet werden. Alles nur wohltönende Umschreibungen für die Tatsache, daß es den Bahnkollegen ans Leder gehen soll. Nach Abschluß der ersten Phase des „Strukturmodells" sollen jährlich 750 Mio. DM eingespart werden, so zum Beispiel bis 1980 insgesamt acht der 34 Ausbesserungswerke, ohne daß der Arbeitsanfall geringer würde. Bei der Rationalisierung der Bundesbahn wird also noch drastisch das Tempo verschärft. ●

Bezirksgruppe West
KB / Gruppe Frankfurt

Leserbrief: Gemeinsam sind wir stark — auch bei der Bundeswehr

Im Juni fuhr unser Schnellbootgeschwader ein längeres Manöver in der Ostsee. Dabei kam es an einigen Tagen wieder einmal zu außergewöhnlich harten Belastungen für die Mannschaften. Tagsüber wurde vor Anker Arbeitsdienst gemacht, nachts fuhren wir raus zum Torpedoschießen. Dies wirkte sich besonders hart dadurch aus, daß die Zahl der für die Seewache zur Verfügung stehenden Leute auf ein Mindestmaß verringert wurde. Jeder hatte so gut wie jeden Tag Wache. Die noch verbleibenden etwa 4 Stunden Schlaf pro Nacht wurden außerdem noch zusätzlich durch zu stellendes Beobachtungspersonal oft auf etwa 2 Stunden verkürzt. Etwa jeden 2. Tag blieben nur knapp 1 1/2 Stunden Mittagspause.

In der Nacht vom 8. auf den 9.6. bekam unsere Wache dann sogar nur noch eine Stunde zum Knacken. Alle Kollegen waren empört. Morgens ging ich deshalb – allerdings allein – sofort zum IWO (2. höchster Offizier nach dem Kommandanten) mit folgender Forderung: Den versäumten Schlaf tagsüber nachzuholen, da man den Arbeitsdienst ja ausfallen lassen könne. Natürlich wurde ich abgewiesen. Die Belastung sei eben unvermeidbar, wir würden später entschädigt und er hätte ja auch nicht mehr geschlafen (!?). Außerdem sei der Arbeitsdienst unbedingt notwendig, was ich ihm klar widerlegen konnte. Überhaupt versuchte er meiner Forderung auszuweichen.

Auf Nachfragen bei einem anderen Offizier erfuhr ich, daß wir keinen Anspruch auf Schlaf hätten. Die Dienstzeit sei eben bei besonderen Erfordernissen unbegrenzt(!). Was praktisch natürlich nur die Mannschaften betrifft ...

Im April hatte es bei einem anderen Manöver bereits ähnliche Auseinandersetzungen gegeben. Wir hatten damals allerdings nichts erreicht.

Da ich diesmal als einzelner hartnäckig versuchte, zumindest ein paar Stunden Schlaf am Tag zu erreichen, und da ich auch in anderen Fragen schon meinen Mund aufgemacht hatte, versuchte man mich nun durch Vergünstigungen mundtot zu machen. N u r ich sollte nachmittags während des Dienstes die Gelegenheit zum Schlafen bekommen, obwohl mindestens fünf andere Kollegen den gleichen Dienst gehabt hatten wie ich.

Dies war natürlich auch ein Spaltungsversuch. Letzten Endes hielt man es dann wohl doch für besser, auch den anderen Kollegen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es wurde nun die Mittagspause für alle um 1 1/2 Stunden verlängert. Auf der anschließenden Musterung versuchte der IWO uns mit vielen Versprechungen zu besänftigen und die ganze Sache so zu entstellen, als wollten wir nur nicht arbeiten. Auf unsere nur allzu gerechtfertigte Forderung ging er gar nicht mehr ein.

Die nächsten Nächte bekamen wir zumindest ein paar Stunden Schlaf. Somit war unter den Mannschaften wieder etwas Ruhe eingekehrt.

In der Nacht vom 16. auf den 17. Juni (Feiertags wurde übrigens durchgearbeitet) kam unsere Wache erneut nur 1 Stunde zum Schlafen. Diesmal gingen wir einen Schritt weiter, vorbei am sehr erstaunt guckenden IWO gleich zum Kommandanten, und zwar alle 6 Mann. (Bisher waren es – wenn überhaupt – immer nur ein oder zwei Mann, die ab und zu versucht hatten, etwas zu erreichen). Wir forderten, vormittags während des Arbeitsdienstes schlafen zu können. Dies machte scheinbar solchen Eindruck, daß wir innerhalb von 30 Minuten 2 Stunden Schlaf zugesagt bekamen. Natürlich mit dem Zusatz, dies sei ein absolut einmaliges Entgegenkommen. Andere Kollegen sollten nämlich davon abgehalten werden, unserem Beispiel zu folgen.

Auch wenn 2 Stunden eine schlaflose Nacht nicht ersetzen können, so hatte unser gemeinsames Vorgehen in dieser Situation doch zu einem schnellen und eindeutigen Erfolg geführt. Auf dieser Erfahrung werden wir in Zukunft aufbauen können, mit dem Ziel, eine generelle Lösung zu erkämpfen, daß bei schlaflosen Nächten dann tagsüber weniger Dienst gemacht wird. Das wird allerdings erst dann gelingen, wenn die Schiffsführung damit rechnen muß, daß die Mannschaften schlaflose Nächte nicht mehr so einfach hinnehmen. Dazu ist es auch erforderlich, viele weitere Kollegen in den Kampf einzubeziehen, denn augenblicklich ist die Zersplitterung und Spaltung unter den Mannschaften noch sehr groß.

Versuche, mich in dieser Sache als Drahtzieher und Krawallmacher hinzustellen, hatten bisher keinen Erfolg. So wird die Schiffsführung beim nächsten Manöver unseren Widerstand in ihre Überlegungen einbeziehen müssen. Doch es bestehen gute Voraussetzungen für uns, mehr zu erreichen. ●

Ein Genosse beim Bund

Spedition Schenker, Hamburg:

DAG-Leute wollen den Betriebsrat „säubern"

In der BR-Sitzung vom 29.7.1975 beschloß die reaktionäre BR-Mehrheit (DAG) der Speditionsfirma Schenker & Co., Hamburg, beim zuständigen Gericht einen Ausschlußantrag gegen drei BR-Mitglieder sowie einen Antrag auf Auflösung der Jugendvertretung zu stellen.

Wir wollen hier anhand der Informationsblätter, die die Kollegen der BR-Minderheit herausgebracht haben, versuchen, die Hintergründe dieses unverschämten Angriffs auf gewählte Kollegenvertreter offenzulegen.

Am 6.5.75 fand bei Schenker die BR-Wahl statt. Eine Gruppe von ÖTV- und Unorganisierten-Kollegen, die in Opposition zum alten DAG-Betriebsrat stehen, kandidierte auf einer eigenen Liste und erhielt auf Anhieb ein Drittel aller Wählerstimmen, was drei Sitzen im neuen Betriebsrat entsprach. Diese Gruppe hatte schon früh damit begonnen einen alternativen Weg zur bisherigen BR-Arbeit in Informationsblättern darzustellen. So verpflichteten sie sich im Falle ihrer Wahl:

- sich für eine regelmäßige Informationspolitik des BR einzusetzen sowie selbständig die Kollegenschaft weiter zu informieren;
- für die Durchführung von regelmäßigen Sprechstunden des BR und der Jugendvertretung zu sorgen;
- auf die Durchführung der gesetzlichen vier Betriebsversammlungen zu achten (der alte BR hatte bisher lediglich eine BV jährlich abgehalten); und
- für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Jugendvertretung und BR zu arbeiten und besonders die Interessen der Auszubildenden im BR vorzubringen.

Sie betonten weiter, daß sie keine weiteren Wahlversprechungen machen könnten, da die Durchsetzung von Forderungen nur in der direkten Zusammenarbeit mit der gesamten Belegschaft erreicht werden könnte.

Ein Katalog von Forderungen aus der Belegschaft wurde von den Kandidaten erstellt. Dieser enthielt u.a. die Forderungen nach einem abgesicherten 13. Monatsgehalt (Schenker ist eine Tochtergesellschaft der Bundesbahn und dort wird das 13. Gehalt bereits seit lanzem gezahlt), Fahrgeldzuschuß, Kündigungsschutz für ältere Kollegen, Verbesserung der Arbeitsplatzsituation in den Abteilungen usw.

Die Mühe der aktiven Kollegen
didaten erstellt. Dieser enthielt u.a. die Forderungen nach einem abgesicherten 13. Monatsgehalt (Schenker ist eine Tochtergesellschaft der Bundesbahn und dort wird das 13. Gehalt bereits seit lanzem gezahlt), Fahrgeldzuschuß, Kündigungsschutz für ältere Kollegen, Verbesserung der Arbeitsplatzsituation in den Abteilungen usw.

Die Mühe der aktiven Kollegen wurde durch drei BR-Sitze belohnt, obwohl die DAG noch einige Tage zuvor in einem bunten Werbeblatt für ihre Liste 2 anspielende Hetztiraden auf die Liste 1 schrieb.

Eine Kostprobe daraus:

„*Engagement ist aber nicht vergleichbar mit Fanatismus. Fanatismus führt zum blinden Egoismus und damit zur Unsachlichkeit und zum falschen Einschätzen der Realität. Fanatismus steht im Widerspruch zum Grundgedanken der innerbetrieblichen Demokratie und zu dem Auftrag der vertrauensvollen Zusammenarbeit (!)*" u.v.a.m. Übersetzt heißt dies, daß die Kollegen „das Erreichte" nicht durch die Wahl der Fanatiker von Liste 1 aufs Spiel setzen dürften.

Die Auseinandersetzungen müssen öffentlich vor den Kollegen geführt werden — besonders wenn eine Mehrheit eine Minderheit im Betriebsrat unterdrückt!!

Das vierte Informationsblatt der Liste 1 erschien einige Zeit nach der Wahl, in dem die Kollegen aus ihrer Sicht über die bisherige BR-Arbeit berichteten und somit ihrem Versprechen nach Information der Belegschaft nachkamen.

Der erste Teil des Blattes beschäftigte sich mit der undemokratischen und teilweise ungesetzlichen Geschäftsordnung, die sich der BR gegen die Stimmen der Minderheit gegeben hatte. Im Info wurden folgende Punkte angesprochen:

- Den Ausschüssen werden wesentliche Entscheidungsbefugnisse eingeräumt (am Beispiel des Personalausschusses);
- der Vorsitzende räumt sich undemokratische Rechte ein. Zitat aus der Geschäftsordnung (GO):

„*Der Vorsitzende kann das Wort entziehen, wenn trotz Aufforderung nicht zur Sache oder unsachlich (? !) gesprochen wird*";

- die GO sieht eine totale Schweigepflicht für die BR-Mitglieder über ihre Arbeit vor. Hierzu ein Zitat aus der GO:

„*Soweit der BR den Betriebsangehörigen Einzelheiten aus BR-Sitzungen mitteilen will, ist dies im Einzelfall durch Beschluß festzulegen*";

- die GO schränkt die Pflicht zur Durchführung von Betriebsversammlungen mit der Bemerkung ein: „*soweit nicht betriebliche Notwendigkeiten dem entgegensprechen*". Dies ist unzulässig, denn das BVG sieht in diesen Fällen Abteilungsversammlungen vor!

Zusammenfassend erklärte die BR-Minderheit im Info, daß sie sich an die ungesetzlichen Punkte der verabschiedeten GO nicht halten wird. Besonders lehnt sie eine generelle Schweigepflicht für BR-Mitglieder, die über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgeht (Schweigepflicht und besondere Einzelfälle) ab.

Im zweiten Teil des Infos wird neben der Schilderung der Diskussionen um das 13. Monatsgehalt auch auf die Jugendvertreterarbeit eingegangen. Demzufolge hatten 40 Auszubildende in einer Unterschriftensammlung einen BR-Kollegen der Minderheit als Kollegen ihres Vertrauens benannt und als Koordinator zwischen BR und Jugendvertretung gefordert, da dieser BR bereits langjährige Erfahrung als Vorsitzender der Konzern-Jugendvertretung besitzt.

Damit sollte eine bessere Zusammenarbeit der beiden Gremien gewährleistet werden. Die reaktionäre BR-mehrheit entsprach aber dem Wunsch der Jugendlichen nicht. Sie bestimmte kurzerhand den Vorsitzenden als Verbindungsmann für die Jugendvertretung.

Durch die Veröffentlichung dieses undemokratischen Vorgehens fühlte sich die BR-Mehrheit „erpreßt". Deshalb wurde auch der Antrag auf Auflösung der Jugendvertretung beim Amtsgericht gestellt.

Zum Schluß des Infos veröffent-

Verbindungsmann für die Jugendvertretung.

Durch die Veröffentlichung dieses undemokratischen Vorgehens fühlte sich die BR-Mehrheit „erpreßt". Deshalb wurde auch der Antrag auf Auflösung der Jugendvertretung beim Amtsgericht gestellt.

Zum Schluß des Infos veröffent-

lichten die Kollegen von der Minderheit noch einen besonderen Knüller, den sich der BR-Vorsitzende geleistet hatte. Kurz vor seinem Urlaub hatte dieser ein „Mitteilungsblatt des Betriebsrates" erscheinen lassen, ohne dies im BR vorgelegt zu haben. Im Inhalt bestimmte er eigenmächtig eine „Urlaubsvertretung" und gab den Kollegen noch den Tip, daß diese sich nur noch mit „wirklich wichtigen" Dingen an den BR wenden sollten. Außerdem informierte er noch die Kollegenschaft darüber, daß noch 79 Anfragen etc. in seinem Büro schmoren, wofür sie doch Verständnis haben möchten. Interessant ist dabei, daß er auf keiner BR-Sitzung bisher über einen solchen „Rückstand" berichtet hatte und zumindest die BR-Minderheit beim Lesen des „Informationsblattes" aus allen Wolken fiel.

Nicht durch den Ausschlußantrag einschüchtern lassen

Das hier inhaltlich gekennzeichnete Informationsblatt der BR-Minderheit, wurde sofort nach seiner Veröffentlichung als Anlaß genommen, ein Ausschlußverfahren gegen die drei oppositionellen BR's einzuleiten. In breiten Teilen der Belegschaft löste dieser Schritt Empörung aus. Es hängt nun davon ab, daß die Kollegen trotz dieser massiven Angriffe ihren Wahlauftrag weiter verfolgen, d.h. eine breite Öffentlichkeit für diese unglaublichen Vorgänge zu schaffen sowie ihre weitere BR-Tätigkeit nach den Interessen ihrer Kollegen auszurichten und diese in die Arbeit und aktuell in die laufende Protestkampagne mit einzubeziehen. ●

Angestellten Zelle Transport, KB/Gruppe Hamburg

Phywe – Göttingen Kapitalist will Betriebsrat gewerkschaftliche Tätigkeit verbieten

Anfang August erhielt der linke Betriebsrat (BR) und Vertrauensmann M.S. von den Phywe-Kapitalisten seine vierte Verwarnung nach erst kurzer BR-Tätigkeit verpaßt.

Der Meister hatte ihn beim Verteilen der „Metall", Zeitschrift der IG-Metall für ihre Mitglieder, „erwischt". Das sei – so der Kapitalist – unzulässig, da BR-Mitglieder im Betrieb und während der Arbeitszeit nicht gewerkschaftlich aktiv werden dürften.

Dem Kollegen wurde mit fristloser Kündigung gedroht. Mit dieser Verwarnung und Rausschmißdrohung hat der Kapitalist deutlich zu verstehen gegeben, daß nicht mal offizielle gewerkschaftliche Schriften der Betriebsrat als Agitationsmaterial verwenden darf, sondern völlig an die Interessen des Kapitalisten gebunden sein soll. Das war dann auch der dickste Hammer von den vier Verwarnungen. Erst wurde er wegen angeblicher „Mindestleistung" verwarnt, dann, weil er die Kollegen über die geplante Einführung von Gruppenakkord in einer Abteilung informiert hatte, wodurch eine Abteilungsversammlung erzwungen werden konnte. Diese Information war für den Kapitalisten Verletzung der „vertrauensvollen Zusammenarbeit. Dagegen hatte sich der Betriebsrat einstimmig (mit den Rechten) mit einer Resolution gewandt, die den Kapitalisten aufforderte, die Behinderung der BR-Tätigkeit zu unterlassen. Nach einer Verwarnung, weil der linke BR angeblich einen Urlaubstag nicht früh genug angemeldet hätte, folgte nun die Androhung des fristlosen Rausschmisses wegen Gewerkschaftstätigkeit.

Rechte BRs und die örtliche DGB-Rechtsberatung hielten ein gerichtliches Vorgehen gegen diesen Angriff bis heute nicht für nötig.

Darauf hin platzte vielen Kollegen der Kragen: sie verfaßten eine Protestresolution, sammelten Unterschriften und forderten die Zurücknahme der Verwarnung und gewerkschaftliche Unterstützung durch Betriebsrat und IG-Metall.

KAG Göttingen

SUAG, Bremerhaven: Überstunden-Verweigerung gegen Disziplinierungs-maßnahmen

SUAG, Bremerhaven: Überstunden-Verweigerung gegen Disziplinierungs-maßnahmen

Ende August „beobachtete" einer der Direktoren der Schichau-Unterweserwerft zwei Kollegen, die sich angeblich „eine halbe Stunde lang zigarettenrauchend unterhielten, ohne zu arbeiten" – um so was zu beobachten, haben Direktoren natürlich Zeit – . Prompt wurde den beiden eine halbe Stunde abgezogen. Daraufhin wurde von den Kollegen ein Überstundenboykott organisiert, bis die Kollegen nach einigen Tagen ihre halbe Stunde bezahlt bekamen. Schon im April war ein Überstundenboykott erfolgreich von Kollegen, einigen Vertrauensleuten und Betriebsräten organisiert worden, als den Kollegen verboten werden sollte, schon vor Beginn der offiziellen Mittagspause an der Essensausgabe anzustehen, so daß dann der letzte fünf Minuten vor Pausenende sein Essen hätte runterschlingen müssen. Dazu kann man nur sagen: Nachahmenswerte Beispiele! ●

Metallzelle KB/Gruppe Bremerhaven

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 16.000 Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents. Ein Teil der Auflage enthält eine Beilage des Verlags J. Reents.

Berichtigung zu AK 65, S. 37. Betriebsratswahlen-Artikel

In der „Roten Fahne" (10/75) fanden wir einen Artikel, in dem die „Betriebszelle Blohm + Voss der KPD" mal wieder „harte Schläge" gegen ihren Hauptfeind bei der BR-Wahl, den Betriebratsvorsitzenden und „*Prototyp eines Arbeiterverräters und Sesselhockers*" (damals noch eindeutig an der Spitze der Feind-Rangfolge, vor dem „sowjetischen Sozialimperialismus") Werner Knödler, führte. Ihre Unkenntnis der betrieblichen Verhältnisse stellen die KPD'ler auf eine peinliche Art unter Beweis: Sie behaupten, daß die Knödler-Clique bei dem Zusammenschluß von B +V mit der Nachbarwerft Stülcken den „fortschrittlichen Stülcken-BR... durch politische Unterdrückung" aus dem BR-Gremium hinausgesäubert hätten. Richtig ist aber vielmehr, daß die Knödler-Clique praktisch identisch ist mit dem damaligen fortschrittlichen (??) BR von Stülcken. Und sie waren es, die den alten B + V-BR von seinem Sessel vertrieben.

Nun schießt der AK-Artikel zu den BR-Wahlen allerdings in der Glossierung dieser Kuriosität über das Ziel hinaus, indem er behauptet, der alte B+V-BR sei „fortschrittlich" gewesen, davon kann aber nicht die Rede sein. Vielmehr war Kuddl Bohn und sein Anhang dermaßen abgewirtschaftet, daß es Knödler nicht schwerfiel, sich den Kollegen als „linke" Alternative anzubieten. Nach Aussagen eines (ehem. Stülcken)-BR wurde Bohn sogar wegen zu offener Zusammenarbeit mit den Kapitalisten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen! ●

Betriebszelle B+V KB/Gruppe Hamburg

Wieder eine Verarschung der Frauen!

„Du großes haariges Biest"

Im letzten AK (Nr. 65) haben wir uns in dem Artikel „Den Frauen geht's gar nicht so schlecht" mit den zynischen und demagogischen Behauptungen des „Spiegel" 27/75 („Frau '75: Zurück zur Weiblichkeit") auseinandergesetzt. Der „Spiegel" behauptete, daß keine Frau heute mehr ausgebeutet, in der Familie unterdrückt, Lohndiskriminierungen usw. unterworfen sei, sondern sich die Frau obendrein in der Familie „auch bei einer 60-Stunden-Woche noch zufrieden und glücklich" fühle, da ihr ja Waschmaschine und Staubsauger zur Hand gingen!

Noch unverschämter ist jedoch der Artikel „Du großes haariges Biest" in „Spiegel" Nr. 35. Jeder Frau, die es noch nicht wußte, wird dort lang und breit erzählt, wie sie ihre „Weiblichkeit" wiedererlangen kann. In wirklich haarsträubender Schwärmerei berichtet der „Spiegel" von der „faszinierenden Weiblichkeit" als Gegenbewegung zu „Woman's Lib", einer feministischen Frauenbewegung in den USA.

Eine gewisse Helen Andelin verkörpert die reaktionäre Ideologie von der totalen Unterwerfung der Frau unter den Mann. Nach diesem „Evangelium der Weiblichkeit" (übrigens: die „richtige" Bibel sollen die Frauen sich auch als Pflichtlektüre zu Gemüte führen) sieht die „ideale" Frau so aus: Sie muß ein ewig junges

man's Lib", einer feministischen Frauenbewegung in den USA.

Eine gewisse Helen Andelin verkörpert die reaktionäre Ideologie von der totalen Unterwerfung der Frau unter den Mann. Nach diesem „Evangelium der Weiblichkeit" (übrigens: die „richtige" Bibel sollen die Frauen sich auch als Pflichtlektüre zu Gemüte führen) sieht die „ideale" Frau so aus: Sie muß ein ewig junges

sich schlank hungerndes und turnendes in Rüschen, Schleifchen und „blitzweiße Schühchen" verpacktes Püppchen mit kindlichem Benehmen sein. Die „schrecklichen Jeans" zieht sie natürlich nie mehr an.

Unabhängigkeit und eigener Erfolg sind natürlich für eine Frau fehl am Platz und vom Beruf darf nur der Mann reden. Darüberhinaus müssen unbedingt die „fünf Gebote" der Unterwerfung eingehalten werden, denn sonst wird „ein so empfindsames Kerlchen" wie der Ehemann, Freund etc. zum Trinker, versagt im Beruf oder haut ab. Also:

„*1. Sein Bedürfnis, so akzeptiert zu werden, wie er ist.*
2. Sein Bedürfnis, bewundert zu werden.
3. Sein Bedürfnis nach Verständnis.
4. Sein Bedürfnis, Nummer eins in der Wichtigkeit für seine Frau zu sein.
5. Sein Bedürfnis, Führer, Beschützer und Ernährer für seine Frau und seine Kinder zu sein".

Die Frau soll auch niemals ihren Mann im Beisein anderer Leute kritisieren. „*Es mag zwar Spaß machen, die eigene Intelligenz zu benutzen, aber es ist immer noch besser, ihn einfach zu bewundern und darauf zu vertrauen, daß Gott ihm irgendwann seine Fehler zeigen wird*" (Helen Andelin). Eine Frau soll ihre Wut lieber so zum Ausdruck bringen, indem sie kindlich trotzig mit den Füßen stampft und Schwachsinn, wie etwa „Du großes starkes Ungeheuer" und „Deine männliche Aggressivität erschreckt mich ein bißchen" sagt.

Natürlich könnten wir diese Strategie auf andere Bereiche übertragen. Man stelle sich einmal den Kampf der Frauen im Betrieb vor: Die Frauen könnten z.B. auf Betriebsversammlungen den Kapitalisten mit den Fäusten an die Brust trommeln: „Ihr großen haarigen Biester, Eure Ausbeuterei erschreckt uns ein bißchen"! ...

Der „Spiegel" lamentiert, es sei nur „*ein halber, eher ein scheinbarer Gehorsam*", der Frauen. „*Sie bekommen und tun, was sie wollen, indem sie sich unterwerfen*". Also, was für ein herrliches Leben!

Indessen: Gar nichts Neues, sondern die Jahrhunderte alte Geschichte von der „klugen" Frau, die den Mann „beherrscht", indem sie „listig" seinen „kleinen Schwächen" („männliche Eitelkeit", das

nur „*ein halber, eher ein scheinbarer Gehorsam*", der Frauen. „*Sie bekommen und tun, was sie wollen, indem sie sich unterwerfen*". Also, was für ein herrliches Leben!

Indessen: Gar nichts Neues, sondern die Jahrhunderte alte Geschichte von der „klugen" Frau, die den Mann „beherrscht", indem sie „listig" seinen „kleinen Schwächen" („männliche Eitelkeit", das

„Kind im Manne" etc.) Rechnung trägt.

Von der Bourgeoisie als Mittel zur Aufrechterhaltung der doppelten Unterdrückung der Frau wiederentdeckt, vom „Spiegel" im penetranten Kotz-Stil seiner Journalisten als „letzter Schrei" serviert.

Müßte man diesem Artikel nicht auch den Aufruf an die Männer folgen lassen: Emanzipiert Euch!?

Denn ebenso bekloppt wie das hier präsentierte Frauenbild ist doch das Bild des Mannes! Unfähig, Schein und Wirklichkeit zu unterscheiden, sich gegen primitivste „weibliche Tricks" zur Wehr zu setzen, wird doch der Mann hingestellt, der angeblich nicht mit dieser Welt fertig wird, wenn er nicht in seiner Frau die Bewunderung und Anerkennung findet, die ihm in der übrigen Welt versagt bleibt. Das können die Männer sich nicht gefallen lassen, oder? ●

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg



Reaktionärer Putschversuch in Timor

Seit dem 10. August herrscht in der ehemaligen portugiesischen Kolonie Timor Bürgerkrieg.

In unmittelbarer Absprache mit der faschistischen indonesischen Regierung in Djakarta schlug in der Nacht vom 10. zum 11. August die pro-imperialistische Partei los und versuchte die Macht an sich zu reißen.

Etwa 300 ihrer Mitglieder bemächtigten sich der Waffen der Polizeitruppe, deren Kommandant und viele Polizisten und Beamte der Verwaltung sich offen der UDT anschlossen. („Journal do Comercio", 16.8.)

Darauf besetzten die Putschisten praktisch die gesamte Hauptstadt Dili, einschließlich Flugplatz, machten Jagd auf FRETILIN-Sympathianten und umzingelten eine Kaserne, deren aus Timor stammende Soldaten Anhänger der sozialistischen Befreiungsbewegung FRETILIN sind. Von der portugiesischen Verwaltung verlangte die UDT ultimativ: die sofortige Verhaftung aller FRETILIN Sympathisanten unter den Soldaten; die sofortige Auflösung der aus Timorensern bestehenden Militäreinheiten; die Festnahme von Mitgliedern der FRETILIN-Leitung; und die „Unabhängigkeit" unter Führung der UDT. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, drohten die Putschisten, so würde Indonesien intervenieren („O Seculo" 22.8.). Der Kommandant der portugiesischen Verwaltung (dessen Ablösung die FRETILIN seit einiger Zeit forderte) erklärte darauf seine Bereitschaft zu Unterhandlungen! Dazu kam es aber nicht mehr, weil inzwischen die Bevölkerung im Landesinneren den Aufstand gegen die Reaktionäre einleitete und zugleich die Timorenser Militäreinheiten in Dili die Partei der FRETILIN ergriffen und gegen die Putschisten vorgingen Inzwischen kontrolliert die FRETILIN das gesamte Gebiet der früheren portugiesischen Kolonie.

kam es aber nicht mehr, weil inzwischen die Bevölkerung im Landesinneren den Aufstand gegen die Reaktionäre einleitete und zugleich die Timorenser Militäreinheiten in Dili die Partei der FRETILIN ergriffen und gegen die Putschisten vorgingen Inzwischen kontrolliert die FRETILIN das gesamte Gebiet der früheren portugiesischen Kolonie.

Nach Meldungen von „Le Monde" (6. Sept.) und anderen internationalen Zeitungen ist Dili völlig befreit, während die letzten UDT-Anhänger sich in der kleineren Stadt Baucau östlich der Hauptstadt Dili noch halten.

Die letzten portugiesischen Soldaten, eine kleine Eliteeinheit von 60 Mann haben sich auf die kleine Nachbarinsel Atauro zurückgezogen.

Wie „Le Monde" vom 30.8. vermutet, geschah dies „ohne Zweifel" in Abstimmung mit den indonesischen Behörden und in Erwartung einer indonesischen Invasion."

Erdölfunde locken Aasgeier an

Die portugiesische Kolonie Timor – der östliche Teil der gleichnamigen Insel, deren westliche Hälfte zu Indonesien gehört hat knapp über 600.000 Einwohner. In einer rein agrarisch bestimmten Wirtschaftsstruktur produziert ein bedeutender Teil der Bevölkerung ausschließlich für die Selbstversorgung, während weiter Maniok, Reis, Baumwolle etc. für den Binnenmarkt angebaut werden; der einzige nennenswerte Exportartikel des Landes ist Kaffee (1973: 90,2% des gesamten Ausfuhrerlöses), dessen Anbau überwiegend auf großen Plantagen betrieben wird. Industriebetriebe sind praktisch nicht vorhanden; es existieren lediglich handwerkliche Kleinbetriebe für Weberei, Töpferei, Holz- und Goldschmiedearbeiten usw. Die vor Timor vermuteten Erdölvorkommen haben hingegen sofort ausländisches Kapital auf den Plan gerufen: so erhielt die „Petrotimor-Companhia de Petroleos" (eine Tochtergesellschaft der „Oceanic Exploration Company") noch im Dezember 1974 eine Prospektionskonzession für ein Gebiet von über 60.000 qkm, die noch zu Zeiten des faschistischen Caetano-Regimes ausgehandelt worden war („Expresso", 14.12.74); und die „Woodside Burma Oil" ist bei Bohrungen im Schelfgebiet Timors bereits fündig geworden, ohne daß die Ölförderung bisher aufgenommen wäre („Journal do Comercio", 14.2.75).

Die drei politischen Organisationen Timors: APODETI, UDT und FRETILIN

Ein bewaffneter Befreiungskampf hat in Timor nicht stattgefunden; erst nach dem 25. April 1974 bildeten sich drei politische Organisationen: die APODETI (Associacao Popular Democratica de Timorense = Demokratische Volksvereinigung Timors), die UDT (Uniao Democratica de Timor = Demokratische Union Timors) und die FRETILIN (Frente Revolucionaria de Timor Leste Independente = Revolutionäre Front für ein unabhängiges Osttimor).

Die APODETI, die sich zunächst ganz offiziell *„Vereinigung für den Anschluß Timors an Indonesien"* genannt hatte, hat als praktisch einzigen Programmpunkt den schlichten und einfachen Anschluß des Landes an Indonesien. Dabei verfügt sie über eine geringfügige Verankerung in der Bevölkerung und kann allenfalls auf die Gefolgschaft einiger Stammeshäuptlinge zählen, während sie natürlich erhebliche Unterstützung durch das reaktionäre Regime Indonesiens erfährt, die von Propagandakampagnen bis zu Waffenlieferungen reicht.

Die UDT – gegründet von dem reichen Kaffeepflanzer Mario Carrascalao, der inzwischen aber wegen seiner offenkundigen Verbindungen zum faschistischen Kolonialregime nicht mehr als Parteivorsitzender auftritt sondern die Organisation aus dem Hintergrund dirigiert („O Journal", 4.7.75) – hat in opportunistischer Weise und mit großem Geschick versucht, sich den jeweils konservativsten in Portugal herrschenden Strömungen in Bezug auf die Entkolonialisierung anzupassen: so trat sie zunächst für eine föderalistische Lösung" ein (eine „Lusitanische Föderation" hatte Spinola in seinem Buch „Portugal e o Futuro" als „Lösung der Kolonialfrage" propagiert!); nach dem fehlgeschlagenen reaktionären Putschversuch vom 28. September 1974 in Portugal und dem Ergebnis der Verhandlung Portugals mit den Befreiungsbewegungen von Guinea-Bissao und Mocambique gab sie dann die „Föderation" als Übergangsphase aus und plädierte für eine *‚Unabhängigkeit auf lange Sicht"*,

als „Lösung der Kolonialfrage" propagiert!); nach dem fehlgeschlagenen reaktionären Putschversuch vom 28. September 1974 in Portugal und dem Ergebnis der Verhandlung Portugals mit den Befreiungsbewegungen von Guinea-Bissao und Mocambique gab sie dann die „Föderation" als Übergangsphase aus und plädierte für eine ‚Unabhängigkeit auf lange Sicht",

ohne allerdings Fristen zu nennen („O Seculo Ilustrado", 5.7.75). Wie die kurz nach dem 25. April 1974 in Guinea-Bissau, Cabo Verde und Mocambique gegründeten ähnlichen Organisationen repräsentiert die UDT den Versuch, Fortschritte echter Befreiungsbewegungen zu behindern; sie wurde im wesentlichen von in Timor ansässigen Portugiesen, vor allem Pflanzer, Kleinhändler und Beamten den Kolonialverwaltung gebildet. („Vida Mundial", 20.3.75)

Die FRETILIN ist seit ihrer Gründung geradlinig für die Unabhängigkeit Timors eingetreten und hat vor allem auch neokolonialistische „Lösungen" immer zurückgewiesen; so fordert sie in ihrem Programm die *„energische Zurückweisung des Neokolonialismus und aller Formen der Veräußerung des Vaterlandes an ausländische Mächte"* und verlangt eine *„Revision aller Abkommen und Verträge, die die portugiesische Regierung mit ausländischen Wirtschaftsgruppen abgeschlossen hat, namentlich in Bezug auf die Entwicklung wirtschaftlicher Aktivitäten wie die Bodennutzung und die Ausbeutung von Bodenschätzen auf der Kontinentalplattform und im Schelfgebiet Osttimors'* („Vida Mundial", 20.3.75). Die Organisation hat umfangreiche Aufklärungskampagnen vor allem auch unter der ländlichen Bevölkerung entfaltet und verfügt über eine breite Verankerung in der Bevölkerung Timors.

Portugal: Aufbau einer unmöglichen Einheit der drei Organisationen

Die Entkolonialisierung Timors wurde von den Portugiesen recht schleppend betrieben; so war etwa der 1972 vom faschistischen Caetano-Regime ernannte Gouverneur des Landes noch bis November 1974 unangefochten im Amt ! Und der für die Entkolonialisierung zuständige portugiesische Minister Almeida Santos erklärte noch im Oktober 74 nach Unterredungen in Australien und Indonesien, daß das Territorium die Beibehaltung der Bindungen an Portugal vorzöge, jegliche Entscheidung über die Zukunft Timors aber durch ein Referendum zu erfolgen habe („O Journal", 4.7.75).

Der im November 74 endlich ernannte neue Chef der portugiesischen Verwaltung in Timor, Oberst Lemos Pires, betrieb alsbald die Bildung eines „Beratenden Regierungsrates", dem Vertreter der drei politischen Organisationen sowie von Handels- und Landwirtschaftsverbänden (!) angehören sollten; die FRETILIN verweigerte ihre Beteiligung an diesem Gremium, weil mehrere seiner Mitglieder enge Verbindungen zum faschistischen Kolonialregime gehabt hatten.

Nachdem sich bald immer deutlicher abzeichnete, daß Portugal die Bildung einer Übergangsregierung mit Beteiligung aller drei Organisationen anstrebte, gingen FRETILIN und UDT im Februar 75 ein Bündnis ein, in dem als gemeinsames Ziel die Erlangung der Unabhängigkeit und die Bekämpfung der APODETI vereinbart wurden (während sich die UDT nur halbherzig dieser Aufgabe widmete, forderte FRETILIN konsequent die Auflösung dieser Gruppe von Lakaien des reaktionären indonesischen Regimes).

Im Mai 75 reiste schließlich Major Vitor Alves (der dem „gemäßigten" Flügel des MFA angehört und inzwischen auch das „Melo-Antunes-Dokument" unterzeichnet hat) als Sonderbotschafter nach Timor, um Verhandlungen Portugals mit allen drei Organisationen vorzubereiten. Die FRETILIN weigerte sich konsequent, gemeinsam mit der APODETI über die Zukunft Timors zu verhandeln; solche Bedenken kannte die UDT nicht, so daß das Zweckbündnis der beiden Organisationen zerschellte. Im Juni fand dann in Macau eine Konferenz statt, an der Vertreter Portugals, der UDT und der APODETI teilnahmen, während die FRETILIN ihr fernblieb; dort wurden Wahlen zu einer Volksversammlung binnen Jahresfrist und die Unabhängigkeit Timors für 1978 vereinbart. („O Seculo", 28.6.)

Indonesische Intervention ?

Der Putsch der UDT vom 10./ den Wahlen zu einer Volksversammlung binnen Jahresfrist und die Unabhängigkeit Timors für 1978 vereinbart. („O Seculo", 28.6.)

Indonesische Intervention ?

Der Putsch der UDT vom 10./11. August war darauf gerichtet, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Aufgrund der großen Verankerung der FRETILIN im Volk scheiterte er jedoch.

Politisch und militärisch ist die Lage in Timor heute geklärt.

Die größte Gefahr geht jedoch von einer möglichen Intervention indonesischer Truppen aus. Schon vor geraumer Zeit hatte der indonesische Außenminister Malik in einem Vortrag erläutert, daß seine Regierung nur zwei Möglichkeiten für Timor sähe: entweder den Anschluß an Indonesien oder die Beibehaltung der portugiesischen Verwaltung, wobei letzteres allerdings „kolonialistisch und daher verwerflich" sei. („O Seculo", 4.7.75.) Die mehr oder minder offenen Drohungen, daß Indonesien sich Timor einzuverleiben gedenke, wurden auch durch das konkrete Vorgehen des reaktionären indonesischen Regimes unterstrichen: so wurden bereits im März 1975 indonesische Truppen unter dem Vorwand der Straßenbaus an der Landesgrenze konzentriert, während zugleich die APODETI indonesische Waffenlieferungen erhielt und die indonesische Presse eine Kampagne entfachte, in der von unzähligen Flüchtlingen aus Osttimor und von einer Bedrohung des indonesischen Konsulats in Dili die Rede war („Vida Mundial", 20.3.75). Nach dem Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen in Timor erklärte der indonesische Verteidigungsminister: *„Suharto hat uns Anweisungen gegeben, zu verhindern, daß die Ereignisse in Portugiesisch-Timor die Stabilität der Region beeinträchtigen"* („O Seculo", 13.8.) Inzwischen wurden indonesische Elitetruppen in Alarmbereitschaft versetzt („O Seculo", 26.8.), und am 28. August gingen bereits drei indonesische Kriegsschiffe vor Dili vor Anker, angeblich um bei der Evakuierung von Flüchtlingen zu helfen; gleichzeitig ließ auch der australische Premierminister Whitlam verlauten: *„Indonesien sei die einzige Kraft, die in Timor die Ruhe wiederherstellen könne"* („O Seculo", 29.8.).

Nach einem Bericht von „Le Monde" (6.9.75) hat der australische Premierminister Whitlam in zwei Konferenzen in Djodjakarta in Indonesien und in Townsville in Australien seine Zustimmung zu einer indonesischen Annexion Timors gegeben, wenn Indonesien dabei „gewaltlos", d.h., ohne großes Aufsehen dabei verfährt.

Inzwischen soll die indonesische Regierung durch ihre Militärs mit den abenteuerlichsten Gerüchten unter Druck gesetzt werden, doch endlich loszuschlagen.

So wurden Gerüchte ausgestreut, vietnamesische und chinesische Agenten seien auf der Insel gelandet und die FRETILIN habe inzwischen bereits schwere Waffen.

Tatsächlich führt die indonesische Marine bereits regelmäßig Partoullien vor der Küste von Timor durch, um eine eventuelle Belieferung mit Waffen zu verhindern.

Nachdem sich die portugiesische Verwaltung und etwa 100 portugiesische Soldaten auf die Timor vorgelagerte Insel Atauro zurückgezogen hatte, orientierte die portugiesische Regierung eindeutig auf eine „internationale Lösung" des Konflikts. So wandte sich Außenminister Mario Ruivo in einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Waldheim, in dem es hieß: *„Wenn sich die Lage nicht verbessert, könnte ein internationales Eingreifen erforderlich werden, wofür Ihre guten Dienste unerläßlich sein werden"* („O Seculo", 27.8.). Außerdem ist inzwischen eine portugiesische Delegation zu Unterredungen über die Zukunft Timors in Indonesien (!) eingetroffen, so daß die Befürchtung besteht, daß hinter dem Rücken des Volkes von Timor eine offene oder verschleierte Annexion des Landes durch Indonesien ausgehandelt wird. •

Portugal/Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Portugal: Der Fall

30 Redakteure des „Diário de Notícias" hatten am 14.8. ein Papier herausgebracht, in dem sie die Linie der Zeitung als „allzu kommunistenfreundlich" angriffen (siehe AK 65). Sie fanden die Unterstützung des Vorstands der Journalistengewerkschaft, der seit kurzem von PS und MRPP gestellt wird.

Die Arbeiter des „Diário de Notícias" wiesen auf einer Vollversammlung am 18.8. das Dokument der Redakteure – von dem inzwischen sieben der Unterzeichner wieder abgerückt waren – zurück, beschlossen die Suspendierung der Unterzeichner bis zur Klärung durch eine Untersuchungskommission und sprachen der Direktion der Zeitung das Vertrauen aus („Jornal do Comércio", 20.8.).

Inzwischen lief die Unterstützungskampagne für die Journalisten auf Hochtouren; an ihr beteiligten sich vor allem Organe der selbsternannten „unabhängigen" Presse – „Expresso" (vom PPD-Vorstandsmitglied Pinto Balsemão herausgegeben), „Journal Novo" (von der „Confederação da Indústria Portuguesa", dem portugiesischen Unternehmerverband, finanziert) und " A

Militär-Putsche US-Imperialisten wol

Militär-Putsche US-Imperialisten wol

Kürzlich hat es in zwei lateinamerikanischen Ländern, in Peru und Ecuador, Putschversuche gegeben, wobei der in Peru für die Putschisten erfolgreich war. Dort gelang es dem bisherigen Ministerpräsidenten Bermudez, Staatspräsident Velasco zu stürzen und ein neues Kabinett (mit Ausnahme des Außenministers) zu bilden.

In Ecuador mißlang der Putschversuch des ehemaligen Generalstabchefs Gonzales und einer Gruppe von Militärs, den Präsidenten Guillermor Rodríguez Lara zu stürzen. Gonzales mußte aufgeben, nachdem die Luftwaffe und andere entscheidende Militäreinheiten ihm Unterstützung versagten.

Bei dem Putsch in Peru sowie beim Versuch in Ecuador ging es darum, den US-Imperialisten stärkeren Einfluß auf die Politik dieser beiden Ländern zukommen zu lassen. Gerade in letzter Zeit haben Peru und Ecuador einen vom US-Imperialismus etwas unabhängigeren Kurs gefahren, der mehr nationale Unabhängigkeit und Stärkung der einheimischen Bourgeoisie mit sich bringen sollte.

Der Putsch in Peru und Putschversuch in Ecuador fielen zeitlich mit der Außenminister-Konferenz „blockfreier" Staaten in Perus Hauptstadt Lima zusammen. Teilnehmer neben Peru und Ecuador waren noch Venezuela, Kolumbien, Panama und Mexico aus Lateinamerika. Einstimmig wurde dort eine Resolution angenommen, die *„alle Versuche zur Ausübung von Zwang und Aggression des US-Imperialismus gegenüber diesen Staaten"* verurteilt. („NZZ" v. 1.9.75).

Gerade die Fakten aus Peru und Ecuador zeigen jedoch, wie weit diese Länder tatsächlich noch von einer nicht nur in Worten vom Imperialismus unabhängigen Politik entfernt sind.

Die Lage in Ecuador

Ecuadors Politik seit 1972 (damals übernahm der mehr „links-nationalistisch" eingestellte General Lara die Regierung) war von Anfang an auf etwas mehr Unabhängigkeit vom US-Imperialismus ausgerichtet. Vor allem machte sich das an den Beziehungen der Lara-Regierung zu den mächtigen Erdölkonzernen Texaco und Gulf fest.

„Der Konflikt zwischen den beiden nordamerikanischen Gesellschaften und der Junta brach schon wenige Monate nach dem Staatsstreich gegen Velasco Ibarra auf. Die Uniformierten warteten damals bloß, bis die 500 Kilometer lange Pipeline, die vom Amazonastiefland über die Anden zum Hafen Esmaraldas führt, vollendet war. Dann schlugen sie hinsichtlich Erdölpolitik einen links-nationalistischen Kurs ein, dessen wichtigste Elemente die Anullierung von Konzessionen über mehr als 4 Millionen Hektar, die Gründung einer staatlichen Erdölgesellschaft (CEPE) und der Beitritt zur Organisation der erölexportierenden Länder (OPEC) waren." („FR" 2.9.75).

Das schmeckte den Erdölriesen ganz und gar nicht.

So waren es dieselben Konzerne, die im Laufe 1975 den Sturz der Regierung Lara vorzubereiten versuchten:

Sie drosselten die Ölausfuhr von 240.000 auf 100.000 Faß pro Tag und ruinierten so die ohnehin schwache Außenhandelsbilanz. Die Deviseneinnahmen wurden in der ersten Hälfte 1975 um die Hälfte verringert.

„Mit einer derartigen Drosselung hat es das Konsortium Texaco-Gulf, das nicht weniger als 98 % der gesamten ecuadorischen Ölförderung bestreitet, verstanden, die Militärregierung in eine heikle Finanzlage hinein zu manövrieren." („FR", 2.9.75).

Als Ende August 1975 von der Regierung die Erhöhung der Einfuhrsteuer erlassen wurde, war für die pro-US-Imperialismus eingestellten Militärs und Oppositionspolitiker das Maß voll.

„Die Junta hatte die Interessen einflußreicher Geschäftsleute empfindlich getroffen, als sie letzte Woche neue Einfuhrbeschränkungen für Luxusartikel verfügte und die Zölle auf importierte Güter drastisch erhöhte. Die Oberschicht hatte schon im Juni mit lautstarkem Protest und unverhohlenen Aufforderungen zum Putsch auf das Einfuhrverbot für Personenwagen reagiert." („FR", 2.9.75).

Politisch-ideologische Schutzenhilfe bekam der Putschversuch von einer sog. „zivilen Junta", in der sich die bürgerlichen Politiker verschiedener Coleur zusammengetan hatten. Dieser Haufen wurde von den Konzernen und von der inländischena Handelsbourgeoisie reichlich mit Finanzen gepolstert. („NZZ", 2.9.75).

„Diario de Noticias"

Luta" (eine Neugründung von Raul Rego und den sozialdemokratischen ehemaligen Redakteuren von „República") – und sämtliche Rechtsparteien einschließlich der PS sowie der MRPP, die erklärte: *„Der Kampf der Redakteure des ‚Diário de Notícias' ist ein gerechter Kampf, der sich in die allgemeine Bewegung der Arbeiter gegen die faschistische und sozialfaschistische Kontrolle einfügt." („República", 19.8.)*

Nachdem die Redakteure auch noch den Rücktritt der Arbeiterkommission und des Redaktionsrates der Zeitung verlangt hatten, trat am 27. August erneut eine Vollversammlung der Arbeiter des „Diário de Notícias" zusammen, auf der der Ausschluß von 22 Journalisten beschlossen wurde. Zur Begründung wurde gesagt:

„Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß einige Kollegen ein Dokument unterzeichnet haben, das die Linie der Zeitung radikal in Frage stellt. Es ist ihr gutes Recht, das zu tun. Nur gestehen wir ihnen nicht das Recht zu, dieses Dokument nach außen zu bringen, bevor sie es ihren Kollegen vorgelegt haben, bevor sie die Angelegenheit mit ihnen diskutiert haben, bevor sie ihre Positionen am geeigneten Ort, nämlich in den Abteilungsversammlungen und auf der Vollversammlung, dargelegt, vertreten und verdeutlicht haben" („Diário de Notícias", 28.8.). Die 22 ausgeschlossenen Journalisten erklärten daraufhin, sie würden *„ihren Kampf fortsetzen"* (Jornal do Comércio, 29.8.).

Als er noch Informationsminister in der ersten Provisorischen Regierung war, hatte Raul Rego im „Diário de Notícias" eine sozialdemokratische Direktion eingesetzt, die Anfang 1975 abgelöst wurde; seither ist die politische Linie der Zeitung unbestreitbar an der PCP orientiert. Die Arbeiter des "Diário de Notícias" haben es erfolgreich verstanden, einen Angriff von rechts abzuwehren; es bleibt abzuwarten, ob sie auch in der Lage sein werden, die revisionistische Orientierung des Blattes in Frage zu stellen. ●

Portugal/ Spanien- Kommission KB / Gruppe Hamburg

Ecuador und Peru: len Einfluß erweitern

Die Entwicklung Perus

Seit der Regierungsübernahme durch die links-nationalistischen Offiziere um Velasco Alvarado 1968 war die Politik Perus von einer gewissen Unabhängigkeit gegenüber dem US-Imperialismus bestimmt. Allgemein wurde der Weg Perus als „Dritter Weg", ein Weg „jenseits von Kapitalismus und Kommunismus" bezeichnet.

Als Beispiele dieser Politik sei hier nur folgendes erwähnt:
- Verstaatlichung von Telefongesellschaften, die dem ITT-Konzern angehörten (1968)
- Nationalisierung einiger Zeitungskonzerne (Februar 1975)
- Verstaatlichung von Gulf Oil (Mai 1975)
- Die Erhebung der Sprache der Ketschua-Indianer zur Landessprache neben dem Spanischen. Diese bevölkerungsfreundliche Maßnahme (die Ketschua-Indianer bilden mit 5 Millionen von 14 Millionen einen beträchtlichen Teil der peruanischen Bevölkerung) stellt auf dem lateinamerikanischen Kontinent einen Fortschritt dar.

Schon im Februar 1975, als es anläßlich der Presse-Verstaatlichungen zu vom CIA lancierten Straßenkämpfen kam (s. AK 57), wurde von der pro-US-Imperialismus eingestellten bürgerlichen Opposition die Absetzung von Velasco Alvarado lautstark gefordert. In der bürgerlichen „Neuen Zürcher Zeitung" wurde das wie folgt kommentiert: Durch „Flucht in die Dogmatik" habe Velasco sich viele Sympathien verscherzt. (Beim Imperialismus versteht sich). Als Alternative wurde damals schon Morales Bermudez angeboten, der sich lange Jahre als „flexibler Pragmatiker" erwiesen habe, wovon man sich bessere und reibungslosere Verhandlungsmöglichkeiten, mehr Offenheit gegenüber der USA etc. versprach.

Ähnlich weise und vorausschauend urteilte auch das bundesdeutsche Kapitalistenblatt „BfA" (Bundesstelle für Außenhandelsinformationen) bereits im August 1975, also vor dem Putsch:

„Morales Bermudez gilt als fähiger und eher gemäßigter Wirtschaftspolitiker. Beobachter erwarten von diesem Wechsel (gemeint ist die Ablösung des früheren Ministerpräsidenten zugunsten Bermudez, die Ende Januar 1975 erfolgte, AK) eine mehr pragmatische und an den vorhandenen Möglichkeiten ausgerichtete Lenkung der peruanischen Wirtschaft. Morales Bermudez wir außerdem als möglicher Nachfolger für Staatspräsident Juan Velasco Alvarado, der im April 1975 wiederum eine vermutlich ernsthafte Erkrankung zu überstehen hatte, betrachtet." Weise vorhergesehen, kann man da nur sagen.

Die Reaktion der bürgerlichen Presse läßt ebenfalls darauf schließen, daß die USA, für die Peru ein wichtiger Handelspartner darstellt, durch Bermudez mehr Chancen eingeräumt bekommt. Aber nicht nur die USA hätten Grund zur Freude, sondern auch Chile und Brasilien. So schreibt die „Süddeutsche Zeitung" z.B. v. 4.9., daß *„Chile sich erfreut (zeigt), weil Morales Bermudez stets die regionalen Spannungen, ausgelöst durch Boliviens Forderung nach Zugang zum Pacifik, als Erfindung der Waffenhändler bezeichnet und den Abschluß eines Nichtangriffspaktes befürwortet hat."* Chile (und die USA) dürfte aber auch die Tatsache gewurmt haben, daß die Regierung Alvarados bedingungslos alle chilenischen Flüchtlinge aufnahm. Die „SZ" weiter: *„In Brasilien erwartet man eine rasche Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen."* Außerdem wurde der Tatsache Bedeutung beigemessen, daß Bermudez bei der Umbildung des Kabinetts vornehmlich als „Linke" bekannte Minister, z.B. den Bergbau- und Minenminister sowie den Premier- und Kriegsminister, auswechselte.

Unverständlich ist uns daher, wieso „Granma", offizielles Organ der kubanischen KP, den Putsch in Peru begrüßt hat („SZ", v. 4.9.75). Daß „der peruanische Prozess gefestigt" würde, ist eine wohl kaum berechtigte Hoffnung.

Die Ereignisse in Peru und auch in Ecuador sind Ausdruck der allgemeinen Politik des US-Imperialismus, die dieser nach dem chilenischen Putsch von 1973 in ganz Südamerika verstärkt in Angriff genommen hat. Jeder Funke von nationaler Unabhängigkeit soll von vornherein klein gehalten werden. Ob dies gelingt, ist nicht unerheblich für die Revolution auf dem gesamten Kontinent. ●

Südamerika-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Bremen:

Säuberungsaktion an den Schulen und in der GEW

Die Bremer Schulbehörde schickt sich an, in einer Art Rundschlag fortschrittliche Lehrer aus der Schule zu werfen.
- So wurde gegen neun Lehrer – z.T. Beamte auf Lebenszeit – das Berufsverbot eingeleitet.
- So sollen besonders die Junglehrer, Referendare und Beamte auf Probe systematisch auf ihre politische Gesinnung hin beschnüffelt werden. Und zwar nicht nur durch eine lückenlosere Arbeit des Verfassungsschutzes, sonder – das ist neu – durch aktive Mithilfe von Eltern, Schülern und Lehrern. Sie sollen praktisch Zuträgerdienste für die politischen Karteien der Schulbehörde sein.

Das Ziel dieser Maßnahmen ist nicht allein der Rausschmiß von Kommunisten aus der Schule, sondern ebenso eine allgemeine Einschüchterung und Disziplinierung aller Lehrer.

Als rechtliche Grundlage für die umfassende Säuberungs- und Einschüchterungskampagne dient die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Handhabung des Radikalenerlasses (s. AK 65). Nicht „nur" einfache Zustimmung zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes" wird vom Beamten gefordert, sonder die „jederzeitige Gewähr", sie auch „aktiv zu verteidigen" – gegen alles, was linker ist als das, was die „staatstragenden Parteien" offiziell zulassen.

Einer der eifrigsten Helfer der Behörde bei dieser Säuberungskampagne ist die Bremer Gewerkschaftsführung. Nach dem Neuzusammenschluß des linken Gewerkschaftsverbandes VBLL mit der rechten Spaltertruppe VBLE und nach der reibungslosen Durchsetzung der Bundesbeschlüsse in der Bremer GEW bekommen alle fortschrittlichen Kollegen zu spüren, daß der Rechtsruck der GEW-Führung nicht nur eine formale Sache ist und irgendwo von selber haltmacht, sondern daß die reaktionäre Vorstandsmaffia vollständig gleicher Meinung ist wie die Schulbehörde und die GEW stramm rechts ausrichten will.

Von dieser Säuberungswelle verspricht sich der Senat zweierlei: 1. In Bremen finden am 28. September die Bürgerschaftswahlen statt. Dem lautstarken Gegeifer der Reaktionäre, die SPD unterstütze die Linken oder bekämpfe sie doch nur halbherzig, nimmt der Senat den Wind aus den Segeln. Die SPD setzt praktisch genau das durch, was die CDU u.a. fordert. Auf diese Weise treibt die Bremer Regierung wie die SPD/FDP-Koalition im Bund aktiv und zunehmend sichtbar auch im Schulbereich die Faschisierung voran.

2. Der Bremer Senat hat noch nicht im großen Stil die „Sparpolitik" durchgesetzt. Zu Beginn des Schuljahres sieht es an den Bremer Schulen nicht ganz so schlimm aus wie in Hessen oder Hamburg. Wir können aber sicher sein, daß nach der Wahl die große Sparerei anfangen wird. Die Vorbereitungen dafür sind schon getroffen:

Eine breit angelegte Kampagne vor den Sommerferien sollte die Eltern, Schüler und Lehrer daran gewöhnen, daß sie etwas kürzer treten sollen. Es wurden einige gesetzliche Maßnahmen durchgesetzt, nach denen z.B. die Referendare künftig ausgiebig im Planunterricht zur Einsparung von vollwertigen Lehrern eingesetzt werden können.

Die gegenwärtig eingeleitete Hetzjagd auf fortschrittliche Lehrer und Schüler ist Bestandteil dieser Vorbereitung einer großangelegten „Spar"-kampagne im Schulbereich nach den Wahlen.

Berufsverbot wegen Chile-Solidarität und konsequenter Gewerkschaftsarbeit

Zu Beginn der Ferien erhielten neun Lehrer – z.T. Beamte auf Lebenszeit ! – die Mitteilung, daß gegen sie Disziplinarmaßnahmen eingeleitet würden. Im Einzelnen wird ihnen vorgeworfen: Verkauf kommunistischer Zeitungen, Teilnahme an 1. Mai-Demonstrationen, die nicht vom DGB abgesegnet waren, und Teilnahme an kommunistischen Informationsveranstaltungen. Darüber hinaus soll auch folgendes bestraft werden:
- Schulunterricht, der den faschistischen Militärputsch in Chile auch als solchen benennt und die Schüler zur Solidarität mit dem chilenischen Volk auffordert;
- die gewerkschaftlichen Aktivitäten der Betroffenen. Einige Kollegen hatten eine Plattform ausgearbeitet, auf deren Grundlage sie zu den Bezirksvorstandswahlen kandidieren wollten. Inhalt: Kritik an den Disziplinierungsmaßnahmen der Schulbehörde gegenüber Lehrern, die sich gegen die politische Entrechtung an den Schulen und die geplante „Sparpolitik" des Senats wenden.

Daß das Ziel dieser Disziplinierungsmaßnahmen tatsächlich eine umfassende Einschüchterung ist und daß der Senat offensichtlich geplant an sie in breitestem Maßstab herangeht, zeigt besonders ein weiteres Disziplinarverfahren der letzten Zeit: Einem sozialdemokratischen (!) Kollegen wurde vorgeworfen, er sei mit roten Fahnen zur DGB-Demonstration am 1. Mai in Bremen-Nord gefahren. (Es stellte sich heraus, daß die „roten Fahnen" die von der GEW offiziell beschlossenen Transparente waren!). 2. Vorwurf: Während der Demonstration sei er in der Nähe von Kommunisten gesehen worden!

Auch wenn das Verfahren (noch) nicht mit einem Berufsverbot abgeschlossen werden konnte, was tuts! Der Zweck des Unternehmens bestand offensichtlich hauptsächlich darin, weitverbreitet die Angst zu schüren, ja nicht aufzufallen. Diese Richtung machte auch die Antwort des zuständigen Bremer Oberschulrats, Eisenhauer, auf einer Lehrerkonferenz zu diesem Fall deutlich: *„Heute ist jeder gezwungen, unmißverständlich zu erklären, wo er steht. Das gilt auch für Sozialdemokraten".*

Anstiftung zur Volksverhetzung: Jeder soll nach Linken schnüffeln.

Derselbe Eisenhauer hat in einem Rundschreiben an alle Schulleitungen auch schriftlich deutlich gemacht, wie die Schulbehörde in Zukunft die Lehrer – und da besonders die Referendare, Junglehrer und Beamte auf Probe – dazu zwingen will, jede demokratische Gesinnung zu verbergen. In und außerhalb des Dienstes, versteht sich. Denn ein Beamter hat überall ein Vorbild „rechts"staatlicher Gesinnung zu sein.

Auf Seite acht des Schreibens heißt es wörtlich:

„Die Bewährung des Beamten umfaßt ‚Eignung, Befähigung und fachliche Leistung'. (vgl. Art. 33Abs.2 GG). Zu deren Beurteilung ist der Schulleiter neben eigenen Beobachtungen – in Konferenzen, bei Unterrichtsbesuchen, bei schulischen und außerschulischen öffentlichen Veranstaltungen – auch auf Mitteilungen von Kollegen, Schülern und Eltern angewiesen ... Dabei soll er auch bedenken, wie weit die Bewährung im Hinblick auf die zu fordernde Gewähr jederzeitigen aktiven Eintretens für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes im konkreten Fall voraussichtlich gegeben ist. Entstehen Zweifel, sollte er dem nachgehen, sie klären und nach Möglichkeit ausräumen."

Aufgefordert wird hier zu einer umfassenden Gesinnungsschnüffelei, die nur zu vergleichen ist mit den NS-Praktiken, mit denen eine erbarmungslose Hetze gegen jeden Lehrer gemacht wurde, der wagte, die Wahrheit zu sagen.

Daß dieser Vergleich nicht übertrieben ist, zeigt die folgende Anweisung Eisenhauers. In ihr werden alle, die noch Abscheu vor solchen faschistischen Praktiken haben, zurechtgewiesen:

„Je offener und direkter das (die Schnüffelei, die Red.) *geschieht, je selbstverständlicher auch dieser Aspekt in die Beurteilung der Bewährung mit hineingenommen wird, desto schneller zerfällt der Vorwurf der Schnüffelei oder Zuträgerei. Dieser Vorwurf ist ohnehin Ausdruck einer – angsterzeugten und angsterzeugenden – Tabubildung; ein solches Tabu ist aber gerade in einem so wesensmäßig öffentlichen Bereich wie dem politischer Aktivität unangebracht. In dieser Hinsicht haben wir alle noch viel zu lernen (!), nämlich, politische Meinungen und Handlungen nach ihrem Verhältnis zum unveränderlichen Kern des Grundgesetzes zu befragen, ohne kritisches Verhalten als solches zu verdächtigen und Betroffene vorschnell bei einer Position zu behaften, von der sie sich danach umso schwerer distanzieren können".*

Schon jetzt zeigen sich die ersten Auswirkungen des Rundschreibens. So kündigte der Direktor eines Gymnasiums an, daß er in Zukunft des öfteren mal bei allen Lehrern in den Unterricht hineinhorchen werde.

Eine noch unverfrorenere Kostprobe der Bespitzelung konnten die Referendare erleben:

Dieses Eisenhauer-Schreiben wurde nämlich von den meisten Schulleitern bisher unter Verschluß gehalten – wohl weil man fürchtete, daß diese Aufforderung zu umfassender Gesinnungsschnüffelei denn doch nicht ganz widerspruchslos hingenommen werden würde.

Der Referendar-Rat (eine Versammlung der Referendare, die von ihnen selbst zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Interessen eingerichtet wurde) veröffentlichte das Schreiben auf eigene Faust, um zu verhindern, daß die Eisenhauer-Anweisungen klammheimlich und Stück für Stück durchgesetzt werden.

Hatte die Dienstbehörde bislang den Referendar-Rat beharrlich ignoriert, weil er keine gesetzlich abgesicherte Institution sei, kümmert sie sich nach der Veröffentlichung auffällig um ihn.

Überfallartig wurden x-beliebige Referendare von ihren Fachleitern nach Namen von Mitarbeitern im Referendar-Rat gefragt; selbstverständlich unter irgendwelchen Vorwänden.

Auf diese Weise sollen diejenigen, die sich auch nur für eine breite Diskussion über die staatlich verordnete Schnüffelei einsetzen, die ja „ohne Tabu" zur Selbstverständlichkeit werden soll, wegen Veröffentlichung eines schulinternen Vorgangs disziplinarisch belangt werden.

Die GEW – Arm in Arm mit der Schulbehörde gegen die Kollegen

Da ein wichtiges Beweismittel der Schulbehörde für die „Verfassungsfeindlichkeit" der beschuldigten Kollegen ihre „feindliche Einstellung gegenüber der Schulbehörde" ist, die sie in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit an den Tag gelegt haben sollen, sollte man eigentlich den entschiedenen Protest der gesamten GEW erwarten.

Denn diese Argumentation bedeutet faktisch eine Bedrohung jeder gewerkschaftlichen Betätigung, die diesen Namen auch nur entfernt verdient.

Aber die GEW-Führung tut nicht nur nichts dagegen, sie unterstützt im Gegenteil diese Machenschaften eifrig: Diese Herrschaften stellen der

Fortsetzung Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

Säuberungsaktion an den Schulen und in der GEW

Schulbehörde innergewerkschaftliches Material als Beweismittel für „Verfassungsfeindlichkeit" zur Verfügung!

Diese Herrschaften bedrohen diejenigen, die sich gegen die Verhetzungskampagne wehren, gleichzeitig mit Ausschluß!

Das erste Beispiel dafür erlebte die GEW-Betriebsgruppe der Gesamtschule Ost (GSO): In einer Resolution forderte sie alle Kollegen auf, sich aktiv dagegen zu wehren, *„der Behörde durch Bespitzelung von Kollegen das Material für ihre verschärften Disziplinierungen zu liefern."* Weiter forderte sie vor allem: *„Einstellung aller Disziplinar- und Entlassungsverfahren aus politischen Gründen"* und *„Einstellung aller Überprüfungen, Bespitzelungen und Ausforschungen"* von Beamtenanwärtern.

Diese Resolution wurde in der „KVZ"-Ortsbeilage abgedruckt.

Das veranlaßte die GEW-Führung zu einer großen und exemplarischen Aktion: Sie rief eine Sondersitzung des Vorstands zusammen und verabschiedete eigens eine Presseerklärung. In deren Mittelpunkt steht eine inhaltliche Distanzierung: *„Der Text der beanstandeten Resolution stehe im Widerspruch zu den Grundsatzbeschlüssen der GEW"*, nach der „Verfassungsfeinde" nicht in den Staatsdienst gehören (nach „Bremer Nachrichten" vom 28.8.75). Gleichzeitig wird den Verfassern der Resolution offen mit Gewerkschaftsausschluß gedroht (die Betriebsgruppe hatte die Resolution ohne Gegenstimme angenommen!).

Allerdings: Schwierigkeiten mit ihrer „staatserhaltenden" Funktion wären für die Bremer GEW-Führung auch höchst unwahrscheinlich: Sie besteht aus hohen Senatsbeamten und Schulleitern. Aber nicht nur, daß die Aufforderung gegen alle Demokraten von Freunden und Kollegen dieser sauberen Gewerkschaftsführung ausgeheckt worden ist – der Verfasser des Rundschreibens sitzt in den eigenen Reihen: Oberschulrat Eisenhauer ist „geachtetes" Gewerkschaftsmitglied!! ●

KB/Gruppe Bremen

Antrag auf Berufsverbot gegen Augsburger Rechtsanwalt gestellt

Im Rahmen der Angriffe auf linke Rechtsanwälte häufen sich die Fälle, in denen fortschrittlichen Anwälten eine Ausübung ihres Berufes ganz untersagt wird. Nachdem gegen den Hamburger Rechtsanwalt Kurt Groenewoldt verhängten Berufsverbot, hat jetzt die Staatsanwaltschaft in München gegen den Augsburger Rechtsanwalt Fritz Gildemeyer eine Anschuldigungsschrift verfaßt und einen Antrag auf Berufs- und Ver-
hat jetzt die Staatsanwaltschaft in München gegen den Augsburger Rechtsanwalt Fritz Gildemeyer eine Anschuldigungsschrift verfaßt und einen Antrag auf Berufs- und Ver-
tretungsverbot gestellt. RA Gildemeyer wird die Unterstützung von Aktivitäten der „KPD" und der Roten Hilfe e.V. vorgeworfen. In der Anschuldigungsschrift wird u.a. aufgeführt, er habe Flugblätter der „KPD" verteilt, am organisierten Fahrpreisboykott teilgenommen und öffentlich die Begründung eines Demonstrationsverbotes verlesen, das anläßlich des Todes von Holger Meins verhängt worden war. Nach dieser Aufzählung von Gildemeyers Aktivitäten kommt die Staatsanwaltschaft in München zu folgendem Schluß:

„Der Betroffene ist als Rechtsanwalt Angehöriger eines Berufsstandes, dem im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat wichtige Aufgaben in der Rechtspflege (!) zugewiesen sind. Bei aller Unabhängigkeit (!!) hat er aber mindestens die verfassungsmäßige Ordnung zu wahren (!) ... Ein Rechtsanwalt, der die verfassungsmäßige Ordnung bekämpft, zum Kampf gegen die verfassungsgemäße Regierung aufruft, sich mit Verfassungsfeinden solidarisiert und rechtmäßig ergangenen Verboten bewußt zuwiderhandelt und zu gewaltsamem Widerstand hiergegen aufruft, ist eidbrüchig und in den Reihen der Anwaltschaft nicht mehr tragbar".

Die Richtung, die hier von Seiten der Klassenjustiz gegen fortschrittliche Rechtsanwälte eingeschlagen wird, ist klar: Ein Anwalt soll seine Tätigkeit nur dann ausüben dürfen, wenn er voll auf dem Boden des Grundgesetzes steht, Kritiker der kapitalistischen Ausbeuterordnung sind für den Rechtsanwaltsberuf „nicht tragbar". Für die Angeklagten in politischen Prozessen bedeutet das, daß
wenn er voll auf dem Boden des Grundgesetzes steht, Kritiker der kapitalistischen Ausbeuterordnung sind für den Rechtsanwaltsberuf „nicht tragbar". Für die Angeklagten in politischen Prozessen bedeutet das, daß
ihnen dadurch die Möglichkeit einer umfassenden politischen Verteidigung genommen werden soll.

Der politische Charakter dieses Staates, der Berufsverbote gegen linke Rechtsanwälte durchsetzt und damit die Verteidigungsmöglichkeiten von Kommunisten und Demokraten in politischen Prozessen empfindlich einschränkt, wird erst wahrhaft deutlich, wenn seine Haltung zu rechtsradikalen „Rechtspflegern" vergleichend herangezogen wird. Ausdrücklich geschützt wird z.B. der Rechtsanwalt und Ober-Nazi Roeder, der sich einer Unzahl faschistischer und krimineller Umtriebe ebenso hat schuldig gemacht, wie einer brutalen und menschenverachtenden antijüdischen Hetze und Verherrlichung des brutalsten Nazi-Terrors im „Dritten Reich". Dieser Mann wird vom „freiheitlich-demokratischen" Staat ausdrücklich in Schutz genommen und darf – selbstverständlich! – seinen Rechtsanwaltsberuf weiter ausüben (vergl. dazu Artikel in dieser Ausgabe: „Narrenfreiheit für Faschist Roeder?")

IKAH, Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Juristenpfründe

Ein Beispiel für die Honorarforderungen „renommierter" Rechtsanwälte brachte die Rote Hilfe e.V. in der Augustnummer ihrer Zeitung. Der Augsburger Rechtsanwalt K. Hoffmann, als „Gebühren-Hoffmann" stadtbekannt, verlangte von einem Klienten für eine Stunde Arbeit 800 DM Gebühren. Der Kollege wehrte sich dagegen und bezeichnete „Gebühren-Hoffmann" als Wucherer und Verbrecher. Daraufhin erstattete der feine Anwalt und die Anwaltskammer (!!) Anzeige und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Beleidigung. In dem nachfolgenden Prozeß wurde der Kollege zu 100 DM Geldstrafe und zur Zahlung der Prozeßkosten verurteilt. Ein anderes Gericht bestätigte „Gebühren-Hoffmann" inzwischen einen Anspruch von 1.500 DM Anwaltskosten, womit die ursprüngliche Summe von 1.600 DM für den Kollegen wieder erreicht ist!

Das ist auch ein Stück Klassenjustiz: Bei der Verteidigung ihrer Geldsäckel können die Juristen auf die Rückendeckung durch ihre Standesorganisationen zählen, verlangt ein fortschrittlicher Anwalt einmal „zu wenig" von einem Klienten, dann bekommt er gleich ein Verfahren vor dem anwaltlichen Ehrengericht wegen „Verstoß gegen die Standesordnung". ●

IKAH, Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Premiere

Der Frankfurter Romanistik–Professor Gerhard Schneider ist vom hessischen Kultusminister Krollmann vorläufig seines Dienstes an der Frankfurter Universität enthoben worden. Schneider, der auch schon aus der GEW ausgeschlossen wurde, ist Mitglied der „KPD" und als Landtagskandidat in Hessen für diese Gruppe aufgetreten. Er wird eines *„außerordentlich schweren Dienstvergehens"* beschuldigt und ihm wird vorgeworfen, daß aus seiner bisherigen Verhaltensweise geschlossen werden müsse, *„daß Sie nicht gewillt sind, auch nur ein Mindestmaß an Loyalität gegenüber dem Dienstherrn zu wahren".*

Durch seine Aktionen gegen die Ermordung des Duisburger Arbeiters Günther Routhier habe er das Ansehen der Beamtenschaft in der Öffentlichkeit erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Damit ist zum ersten Mal in Hessen ein Hochschullehrer vom Berufsverbot betroffen. ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt

Berufsverbote: Fast wie im Nazi-Faschismus

Am 28.1.1972 faßten die Ministerpräsidenten der Bundesländer und der Bundeskanzler (damals noch Willy Brandt) den sogenannten „Radikalenerlaß". Wenn es auch schon vorher Berufsverbote gegeben hatte, so wurde doch erst mit dem „Radikalenerlaß" offiziell zur großen Hatz im Öffentlichen Dienst aufgerufen. Nach einer Übersicht in der Zeitschrift „päd-extra" (Nr. 15/16) gab es seither im gesamten Bundesgebiet mindestens 558 Berufsverbote. Die tatsächlichen Zahlen dürften wesentlich höher liegen. Das Kommitee „Weg mit den Berufsverboten" spricht von insgesamt 1.200 Berufsverboten. Diese Zahl dürfte der Wirklichkeit näher kommen.

Die Gründe dafür, daß genaue Zahlen nicht bekannt sind, sind:

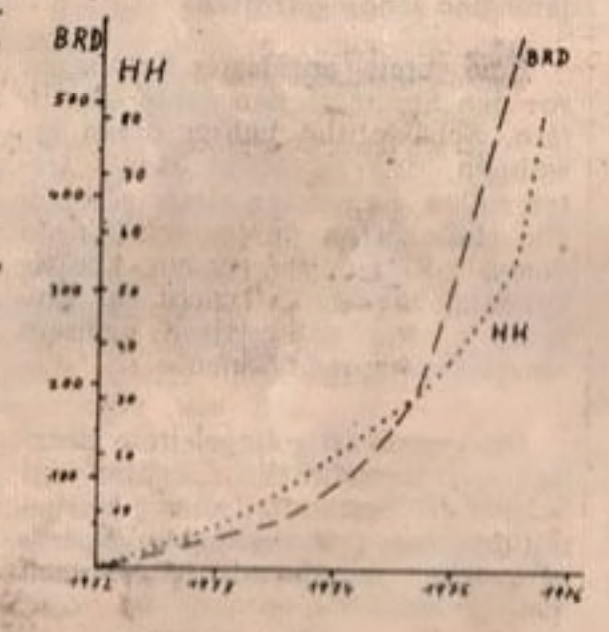
- unvollständige Auskünfte der Behörden, die außerdem eine große Zahl von politischen Berufsverboten mit scheinbar unpolitischen „arbeitsrechtlichen Verfahren" kaschieren;
- „inoffizielle" Berufsverbote, die sich z. B. unter der größer werdenden Zahl arbeitsloser Lehrer „verstecken" (es werden von den Behörden keine Gründe für die Nichteinstellung genannt);
- die Scheu vieler Betroffener, mit ihrem „Fall" an die Öffentlichkeit zu gehen.

Der „Radikalenerlaß" war angeblich gegen „Rechts" und „Links" gleichermaßen gerichtet. Tatsache ist,
ihrem „Fall" an die Öffentlichkeit zu gehen.

Der „Radikalenerlaß" war angeblich gegen „Rechts" und „Links" gleichermaßen gerichtet. Tatsache ist,
daß unter den 558 im einzelnen bekannten Fällen nur 5 (in Worten fünf) Berufsverbote gegen Faschisten enthalten sind. Diese Fälle dienen offensichtlich nur als Alibi – von einem wirklichen Vorgehen gegen Rechtsradikale kann nicht die Rede sein. Die offene Begünstigung von Faschisten im Staatsdienst wird besonders deutlich, wenn man diese Zahlen mit den Angaben des Innenministeriums über „Radikale" im Öffentlichen Dienst vergleicht: Ende 1973 gab es nach Angaben des Verfassungsschutzes 1423 „Linksradikale" und 1343 Rechtsradikale im Öffentlichen Dienst („FR" 12.3.75), wobei die letzte Zahl natürlich keineswegs die wirkliche Stärke der Faschisten im Staatsapparat widerspiegelt (ehemalige Mitglieder der Naziorganisationen werden nicht aufgeführt, um nur ein Beispiel zu nennen). Die staatliche Unterstützung des Rechtsradikalismus wird noch klarer, wenn man bedenkt, daß nur 2 % aller vom Verfassungsschutz erfaßten Linken im Öffentlichen Dienst sind, aber über 6 % aller „offiziellen" Rechtsradikalen.

Ständige Verschärfung

Die Berufsverbote waren nicht gleichmäßig über die letzten Jahre verteilt. Wir haben in einer Graphik die Gesamtzahl der Berufsverbote gegen Linke sowohl im gesamten Bundesgebiet wie auch speziell in Hamburg dargestellt. Dabei handelt es sich nur um die bekannt gewordenen offiziellen Berufsverbote.



Gesamtzahl der Berufsverbote gegen Linke in der BRD bzw. nur in Hamburg (Quellen: „FAZ" 17.3.73, „Hamburger Abendblatt" 20.9.73, „Welt" 19.9.74, „päd-extra" 15/16-75, verschiedene Flugblätter aus Hamburg)



Der rasante Anstieg der Berufsverbotszahlen hat mehrere Gründe. Die wichtigsten sind unserer Meinung nach:

- Bei der systematischen Überprüfung aller Bewerber für den Öffentlichen Dienst gab es „Anlaufschwierigkeiten". Die Verfassungsschutzämter waren vor allem 1972 und 1973 nicht in der Lage, Tausende zu über-
Bei der systematischen Überprüfung aller Bewerber für den Öffentlichen Dienst gab es „Anlaufschwierigkeiten". Die Verfassungsschutzämter waren vor allem 1972 und 1973 nicht in der Lage, Tausende zu über-
prüfen. Mittlerweile sind für die Gesinnungsüberprüfung dutzende von neuen Planstellen geschaffen worden, und der technische Ablauf ist eingefahren und perfektioniert worden. So konnte Bayerns Innenminister Mark stolz verkünden, daß 1974 30.000 Bewerber allein in Bayern durchleuchtet wurden („Welt", 25.2.75). In Baden-Württemberg waren es 73/74 48.000 „Überprüfungen" („SZ" 28.1.75), in Niedersachsen von Mitte 72 bis Ende 74 24.826 Fälle („FAZ", 20.1.75), in Westberlin allein in diesem Jahr 11.500 Bewerbungen („FR" 15.7.75), **durchschnittlich kann man mit der Überprüfung von 400.000 Personen in der BRD durch den Verfassungsschutz im Jahr rechnen!**
- Anfangs wurden nur Bewerber für den Öffentlichen Dienst überprüft, jetzt werden seit etwa zwei Jahren auch alle im Öffentlichen Dienst bereits Eingestellten systematisch durchgekämmt. Das wird zwar von offizeller Seite bestritten. (*„Wir beabsichtigen nicht eine Kontrolle aller Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst"*, Stoltenberg im „Hamburger 29.2.72). Andererseits verriet der hessische Innenminister Bielefeld 1974, daß von den 120.000 Landesbedienstesten nur 0,05 % „Radikale" seien („FR" 29.8.74), eine Aussage, die nur nach Überprüfungen aller Beschäftigten möglich ist. Der Leiter der Hauptabteilung „Recht" im hessischen Innenministerium Beckmann gab denn auch zu, daß alle in Hessen unterrichtenden 35.000 Lehrer *„irgendwann einmal auf ihre Verfassungstreue überprüft wurden"* („FR" 11.3.75). In den letzten Monaten häufen sich Fälle von Entlassungen von Beamten, die teilweise über 20 Jahre im Dienst waren.
- Das juristische Instrumentarium wurde erweitert und verfeinert, mit dem Säuberungen des Staatsapparates durchgeführt werden, so zuletzt vor allem durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (siehe AK 65).
- Die politsche Bandbreite der von Berufsverboten betroffenen erweitert sich seit Anfang 1974 sehr stark, mittlerweile gehört jeder zehnte Betroffene der SPD an (nach „päd-extra" 15/16-75), selbst FDP-Mitglieder geraten bereits ins Schußfeld.
- Ebenfalls stark erweitert worden ist der Katalog an „verdächtigen" Verhaltensweisen; war 1972 fast nur die Zugehörigkeit zu einer linken Organisation Anlaß für ein Berufsverbot, **so sind dies mittlerweile u.a. Besuch von Filmveranstaltungen linker Gruppen, Beteiligung an zugelassenen Demonstrationen, Verwandschaft mit Kommunisten, mangelnde Loyalität gegenüber Vorgesetzten usw.**
- Berufsverbote wurden auf immer mehr Berufsgruppen ausgeweitet; waren es 72/73 fast nur Lehrer, so gibt es mittlerweile dutzende von Berufsverboten gegen Ärzte, Rechtsanwälte und Sozialhelfer; neuerdings beginnt die Säuberung auch bei Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen und Verwaltungsangestellten. Demnach dürfte der jetzt erreichte „Standard" von mehreren hundert Berufsverboten im Jahr üblich werden. Zum Vergleich: im zweiten Halbjahr 1933 wurden in Sachsen, wo die Volksschullehrerschaft enge Beziehungen zur SPD und KPD besaß, etwa 400 Volksschullehrer aus politischen Gründen von den Faschisten entlassen („Gesellschaft und Schule", Heft 1/2 74). **Es ist nicht übertrieben, wenn man feststellt, daß das Ausmaß der Säuberungen im Öffentlichen Dienst bereits wieder das Ausmaß wie unter dem Nazi-Faschismus anzunehmen droht.**

Nicht nur die Radikalen sind „verdächtig"

Nicht nur die Radikalen sind „verdächtig"

Wenn nach offiziellen Angaben nicht einmal 1.500 „Linksradikale" im Öffentlichen Dienst sind – darunter 322 Lehrer („Welt" 5.5.75) –, andererseits hunderte von Berufsverboten erfolgen, dann geht daraus bereits hervor, daß nicht diese 1.500 allein bedroht sind. Durch die bürgerliche Presse und einzelne bürgerliche Politiker werden auch bereits wesentlich umfangreichere Gruppen markiert:

- So bezeichnete der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Duysen in Hamburg alle Referendare, die bei der Wahl der Referendarsprecher einem SSG-Kollektiv (SSG: Studentenorganisation des KBW in Hamburg) die Stimme gaben, als Kommunisten und lieferte damit der Springer-Presse die Schlagzeile „100 Kommunisten an Hamburgs Schulen" („Hamburger Abendblatt" 20.9.73).
- So sind für die „Braune (Bunte) Illustrierte" (in der Serie *„Das süße Gift der roten Lehrer"*, Juni 1974) alle GEW-Mitglieder, die fortschrittliche Kollegen in GEW-Gremien wählen, Erzieher, die *„kommunistische Ideen an mehr als eine halbe Million Schulkinder herantragen"*. Nach Meinung dieses Hetzblattes müßten daher 15.000 „rote" Lehrer Berufsverbot erhalten!
- Der berüchtigte CDU-Anwärter auf den Bundesinnenministerposten Alfred Dregger geht sogar soweit, 60 % der hessischen Junglehrer als Sympathisanten der Kommunisten zu bezeichnen, weil sie nach einer Umfrage der Meinung sind, daß der Bundestag nicht „die Vertretung des deutschen Volkes, sondern ein Herrschaftsinstrument wirtschaftlicher Machtgruppen" ist. Nach Dregger ist dies *„kommunistische Diffamierung gegenüber freien Parlamenten"* („Welt", 18.10.74). Die hessische CDU hat im Landtagswahlkampf keinen Zweifel daran gelassen, wie sie bei einem Wahlsieg mit diesen „Radikalen" umspringen wird. Währenddessen versucht die SPD zu beweisen, daß man gar nicht die CDU wählen muß, damit CDU-Politik gemacht wird. Das generelle Einstellungsverbot jetzt auch für DKP-Mitglieder in Hessen und die mehr als 20 Berufsverbote allein seit den diesjährigen Sommerferien in Hamburg beweisen das zur Genüge. ●

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Lübeck:

Berufsverbote im Kampf gegen Krankenhaus- Rationalisierung

Krankenhauskollegen und Patienten bekommen am laufenden Band die Auswirkungen der Rationalisierung im Krankenhaus zu spüren. In den Lübecker Krankenhäusern sieht das so aus:

- ersatzlose Schließung der Hals-Nasen-Ohren-Klinik Süd
- geplante Verringerung von 10 % der Schwestern der Med. Hochschule
- Kürzung von Planstellen im ärztlichen Bereich
- Nichtwiederbesetzung sog. „frei" gewordener Stellen (bes. Handwerker, Hausangestellte, Schwestern)
- Fließbandabfertigung in Ambulanzen und Polikliniken.

Patienten werden – mehr noch als früher – als „Sachen" behandelt („der ‚Magen' aus Zimmer 9 ..."). Kaum wiederhergestellt wird die Arbeitskraft wieder in den krankmachenden Produktionsprozeß entlassen...

Die „Reform" der SPD im Gesundheitsbereich, das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG), baut planmäßig die Sozialleistungen im Krankenhaus ab und führt neben steigenden Kosten für die Arbeiterklasse (steigende Krankenkassenbeiträge) auch noch zu einer schlechteren Versorgung.

In dieser Situation bemühen sich die Kollegen aus der „Initiative zum Wiederaufbau der ÖTV-Betriebsgruppe", eine Front gegen die Sparpolitik im Krankenhaus aufzubauen: sie enthüllen u.a. geplante Rationalisierungsmaßnahmen, unterstützen die von Entlassung bedrohten Kollegen und haben sich der landesweiten „Aktionseinheit gegen die ‚Spar'poli-

hüllen u.a. geplante Rationalisierungsmaßnahmen, unterstützen die von Entlassung bedrohten Kollegen und haben sich der landesweiten „Aktionseinheit gegen die ‚Spar'poli-

tik" des Staates angeschlossen. Eine kürzliche Umfrage der „Initiative" zum Stand der Rationalisierung und die derzeitige Umfrage der Jugendlichen zur Ausbildungssituation sind Mittel, Kollegen in den Kampf gegen die Rationalisierung einzubeziehen. So sind z.B. im Krankenhaus Süd und in der Kinderklinik mehrere Schwestern gemeinsam der Oberschwester auf den Pelz gerückt, um mehr Stellen zu fordern. Den jugendlichen Kollegen ist es gelungen, gegen den Widerstand von Verwaltung, Schulleitung und rechten Personalräten (Herrmann u.a.), eine fortschrittliche Jugendvertretung aufzubauen. Mittlerweile hat sich auch die Jugendvertretung der Aktionseinheit angeschlossen!

Bei solchen Aktivitäten war es zu erwarten, daß die Verwaltung, das DRK und das Kultusministerium versuchen würden, gegen die besonders aktiven Kollegen einzuschreiten:

- eine kritisch eingestellte Schwesternschülerin, die sich aktiv am Aufbau einer Schülervertretung für die besonders rechtlosen DRK-Schülerinnen beteiligte, soll nach ihrem Examen nicht weiterbeschäftigt werden.
- einem aktiven Jugendvertreter (mit Kündigungsschutz!) wurde unter Umgehung der Jugendvertretung und mit aktiver Unterstützung von Verwaltung, Ausbildungsleitung (Prof. Henßge, gleichzeitig Bundeswehroffizier!) und Personalrat der Med. Hochschule in gesetzeswidriger Weise fristlos gekündigt!

Der Ausgang des anstehenden Arbeitsgerichtsprozesses wird unter diesen Umständen wahrscheinlich ein voller Erfolg für die Krankenhausjugendlichen werden!

- eine ehemalige Kinderkrankenschwester erhält trotz bester Leistungen und Beliebtheit bei den Kolleginnen nach einer zwischenzeitlichen Kündigung keinen neuen Vertrag. Sie war früher Schwesternsprecherin im Personalrat und hatte mit Kritik am DRK nicht gespart. Eine Neurologiestelle, die die Verwaltung ihr zunächst wohl „irrtümlich" zugesagt hatte, war später angeblich schon besetzt – Die „Initiative fand heraus, daß sie auch heute noch frei ist ...

Einige Kinderklinikschwestern forderten die Anstellung ihrer ehemaligen Kollegin. Nachdem die DRK-Oberin zunächst behauptet hatte, es wäre keine Stelle frei, wollte sie dann der Schwester und ihren Mitstreiterinnen „plausibel" machen, daß es doch keinen Zweck hätte, an der Klinik zu arbeiten. Sie behauptete, „man lehnt sie (die Kollegin) an der Klinik ab". Die Oberin hatte sich in der Hoffnung getäuscht, die Schwestern würden jetzt die Waffen strecken! Die betroffene Kollegin und die „Initiative" organisierten eine Unterschriftensammlung in der Klinik, mit der sie das Gegenteil bewiesen. Die Oberin wurde dadurch gezwungen, ihre Behauptung zurückzunehmen und sich beim Klinikdirektor zu entschuldigen! Allerdings verlegte sie sich jetzt auf eine noch üblere Taktik: sie und die Oberschwester der Klinik verbreiteten die Lüge, die Kollegin hätte während ihrer früheren Beschäftigung „Windeln und einen Kinderwagen gestohlen und – das ist überhaupt das Schlimmste – das Fahrrad eines Arztes mit klinikeigenem Toilettenpapier eingewickelt..."

Wenn sie damit glaubt, die Kollegin eingeschüchtert zu haben, so hat sie bisher eigentlich nur erreicht, daß sie sich lächerlich gemacht hat, und sie wurde darüber hinaus durch eine Anzeige noch gezwungen, diese Verleumdungen öffentlich zurückzunehmen! – ein guter Schritt, das Selbstbewußtsein aller Schwestern gegenüber dem DRK zu stärken ...

- ein Arzt der Kinderklinik soll nach dem Willen des schleswig-holsteinischen Kultusministers Braun (so heißt er auch...) nicht weiterbeschäftigt werden. Er gehörte zu den damals wegen „Unterstützung des KB-W(!)" (den es in Lübeck gar nicht gibt) aus der ÖTV Ausgeschlossenen. „Begründung" des KuMis: Zweifel an seinem Eintreten für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung ... Sein Eintreten gegen die Rationalisierung im Krankenhaus auf dem Rücken von Kollegen und Patienten ließ ihm eine ganz besondere Behandlung seitens des Kultus-

ordnung ... Sein Eintreten gegen die Rationalisierung im Krankenhaus auf dem Rücken von Kollegen und Patienten ließ ihm eine ganz besondere Behandlung seitens des Kultus-

ministeriums zukommen. Bis eine Stunde nach (!) seinem Dienst am letzten Tag hatte er noch keine Nachricht, ob der Kultusminister dem Antrag der Klinik auf Verlängerung des abgelaufenen Arbeitsvertrages zustimmen würde. Dann erhielt er die Nachricht: abgelehnt! Das Kultusministerium hatte vorher versucht, die politischen Gründe für das Berufsverbot zu verbergen, indem der Klinikleiter aufgefordert wurde, den Antrag auf Vertragsverlängerung erst gar nicht zu stellen! Es war auch bereits ein Beschluß durch die „Extremisten"-Kommission im Kultusministerium gefaßt worden, ohne daß der betroffene Arzt das (schein-)demokratische Recht auf vorherige Anhörung erhalten hätte! Der Beauftragte des Kultusministers, Schulzhard, hatte ihm eine nachträgliche (!) Befragung zugesagt, die jedoch ebenfalls nicht vor dem Auslaufen des Arbeitsvertrages durchgeführt wurde! Stattdessen versuchte der Präsident der Med. Hochschule, Benz, den Kollegen in einem „rein informativen Gespräch" auszuhorchen und ihn auf's Glatteis zu führen.

An den beiden letzten, ausführlicher dargestellten Fällen zeigt sich, daß es sowohl bei dem Versuch der Kriminalisierung einer Kollegin, wie auch bei den sog. „Zweifeln an der Verfassungstreue" des Arztkollegen um „Begründungen" für Berufsverbote handelt, mit denen exemplarisch versucht wird, der anwachsenden Bewegung in den Krankenhäusern in den Anfängen schon die aktivsten Kollegen aus den Reihen zu schlagen und alle übrigen einzuschüchtern! Das ruft bei vielen eine Tendenz zu opportunistischem Zurückweichen hervor. Viele Stimmen in der „Initiative" und am Arbeitsplatz haben den Betroffenen geraten, sich mehr zurückzuhalten und sich von Kommunisten zu distanzieren.

Es kommt u.E. jedoch darauf an, den politischen Angriffen auch politisch entgegenzutreten. D.h. alle Angriffe breit zu enthüllen und den Kollegen hieran klarzumachen, daß die Interessen aller fortschrittlichen und demokratischen Menschen bedroht sind und daß jeder von ihnen der nächste sein kann, wenn man sich nicht gemeinsam wehrt!

Das Ziel, möglichst viele Kollegen dafür zu organisieren, wird auch von der „Initiative" verfolgt, die unter den Parolen • Gegen Krankenhausrationalisierung • für eine bessere Patientenversorgung • gegen politische Unterdrückung im Krankenhaus – eine öffentliche Veranstaltung durchführen wird.

Krankenhauszelle 1 des KB / Gruppe Lübeck

Klassenjustiz gegen kommunistische und linke Propaganda

Die Angriffe auf die Arbeit linker Gruppen verschärfen sich zunehmend. Fast täglich werden Genossen auf Demonstrationen, beim Flugblattverteilen, Zeitungsverkauf, Plakatekleben etc. festgenommen. Die Genossen bekommen in der Regel hohe „Bußgelder" aufgebrummt, einige müssen für längere Zeit sogar ins Gefängnis. Gegen die presserechtlich Verantwortlichen linker Zeitungen häufen sich die Prozesse, in denen sie wegen „Beleidigung", „Verleumdung", „Verunglimpfung der BRD" und dergleichen mehr, angeklagt werden. In diesen Prozessen werden erfahrungsgemäß sehr hohe Geldstrafen, die bis in die 10.000e DM gehen, verhängt (siehe ARBEITERKAMPF Nr. 64, der Prozeß gegen den Presseverantwortlichen des KB). Im Folgenden wollen wir einige neuere Fälle aufführen, in denen Gefängnis- oder Geldstrafen gegen Genossen verhängt worden sind.

Gefängnisstrafen

München: Vier Genossen der „KPD/ML" mußten jetzt Haftstrafen zwischen zwölf und 18 Monaten antreten. Sie waren 1972 auf der „Roten Antikriegstags-Demonstration" der „KPD/ML" festgenommen worden.

Bremen: Eine Genossin wurde zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt, weil sie angeblich einen „Roten Morgen" zum Mord an Günter Routhier verkauft haben soll. Während der vier Wochen Jugendarrest, die sie jetzt antreten mußte, sind Besuche nur auf besonderen Antrag (!) und in Ausnahmefällen (!) gestattet.

Meldorf/Dithmarschen: Dort wurde jetzt ein Genosse, der an der Trauerfeier zu Ehren Routhiers teilgenommen hatte und anschließend festgenommen worden war, weil er einen Aufkleber geklebt haben soll, zu sechs Tagen Jugendarrest verurteilt. Ihm wurde „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Körperverletzung" vorgeworfen.

Buxtehude: Am 11.8.75 fand der Berufungsprozeß gegen einen Studenten statt, der im April '74 festgenommen worden war, als er gegen eine Propagandaaktion der NPD anläßlich des Geburtstages von Hitler protestiert hatte. Obwohl sich, wie auf dem ersten Termin, die Zeugen der Staatsanwaltschaft (Polizei und NPD-Mitglieder) in heftige Widersprüche verwickelten, wurde das Urteil der ersten Instanz bestätigt: drei Monate Gefängnis auf zwei Jahre „Bewährung".

Die Geldstrafen werden immer höher

Hamburg: Mitte August wurde Ernst Aust („Vorsitzender" seiner „KPD/ML") erneut wegen Verunglimpfung der BRD (§ 90a StGB) verurteilt. Diesmal zu 150 Tagessätzen = 7.500 DM. Aust war wegen „verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr" (§ 89) und wegen „Verunglimpfung der BRD" angeklagt. Der erste Punkt mußte wegen Verjährung fallengelassen werden, der zweite fußte auf einem Interview, in dem er 1974 gegenüber dem „Roten Morgen" die BRD einen *„ausbeuterischen, gewalttätigen, imperialistischen und räuberischen Staat"* genannt hatte, der es nur wert ist, *„auf den Misthaufen der Geschichte gekehrt zu werden"*. (Zit. nach „Welt", 21.8. 75).

Hamburg: Ebenfalls ein Genosse der „KPD/ML" wurde in Abwesenheit zu 4.500 DM verurteilt. Er hatte für ein Flugblatt anläßlich eines anderen Aust-Prozesses, in dem das Bonner Parlament als Schwatzbude bezeichnet wurde, verantwortlich gezeichnet.

Duisburg: Allein in Duisburg wurden bislang in Zusammenhang mit der Beschlagnahme von Zeitungen und Flugblättern, die über den Mord an Routhier berichteten, Geldstrafen von über 70.000 DM verhängt. Im Juli '75 wurde Professor Domdey wegen §90a („Verunglimpfung") zu 3.000 DM Geldstrafe verurteilt. Er hatte zusammen mit vier anderen Professoren einen Aufruf unterzeichnet, der zum Protest gegen den Mord an Routhier aufrief. Prozesse gegen drei weitere Unterzeichner werden im September ebenfalls in Duisburg stattfinden.

Würzburg: Ebenfalls wegen der Berichterstattung zu Routhier in der Zeitung „Die Rote Lehrlingsfront" verurteilt wurden der presserechtlich Verantwortliche dieser Nummer und ein Genosse, der sie verteilt haben soll. Beide erhielten je 900 DM Geldstrafe, außerdem wurde die Beschlagnahme der eingezogenen Exemplare dieser Ausgabe der Lehrlingszeitung angeordnet.

Westberlin: Wegen angeblichen Verkaufens einer beschlagnahmten Nummer des „Roten Morgen" wur-

dieser Ausgabe der Lehrlingszeitung angeordnet.
Westberlin: Wegen angeblichen Verkaufens einer beschlagnahmten Nummer des „Roten Morgen" wur-

den zwei Genossen zu 1.200 bzw. 600 DM Geldstrafe verurteilt.

Aachen: Drei Genossen der „Roten Hilfe" Aachen erhielten jetzt Strafbefehle in einer Gesamthöhe von 2.358 DM, weil sie Flugblätter verteilt haben sollen, die sich mit Angriffen der Justiz auf drei Aachener „KPD/ML"-Mitglieder befassen. So wird in den Strafbefehlen ausdrücklich erwähnt, daß in den Flugblättern Freispruch im „Aachener Kommunistenprozeß" gefordert wird. (Die drei „KPD/MLer" hatten wegen der Propaganda zum Routhier-Mord Strafbefehle in einer Gesamthöhe von 12.000 DM erhalten. Der Prozeß ist inzwischen von Aachen an die Staatsschutzkammer in Köln weitergegeben worden, wo unter Vorsitz des berüchtigten Richters Somoskoey zu Beginn des nächsten Jahres bereits zehn Verhandlungstage festgesetzt wurden.)

Dortmund: Am 3.9.75 begann vor dem Amtsgericht Dortmund ein erneuter Prozeß gegen den „Roten Morgen". Dem Prozeß, in dem Verfahren gegen sieben Nummern des „Roten Morgen" zusammengezogen wurden, sind Strafbefehle in einer Gesamthöhe von 19.000 DM gegen den Verleger und die damalige verantwortliche Redakteurin vorausgegangen. Den Genossen wird vorgeworfen, die Duisburger Polizei beleidigt, die BRD verächtlich gemacht und Verbrechen gebilligt zu haben (§§ 185, 90a und 140 StGB).

Beschlagnahmeaktionen

Anläßlich der jetzt anlaufenden sog. Routhier-Prozesse erfolgten in Duisburg auf Antrag der Staatsanwaltschaft Beschlagnahmungen und Hausdurchsuchungen großen Stils. Am 28.7. durchsuchten Beamte der politischen Polizei, unterstützt von zahlreichen uniformierten Bullen, das Büro der „KPD/ML", einen Tag später das „KPD"-Büro und die Wohnung einer Genossin, die für das Routhier-Komitee verantwortlich gezeichnet hatte. Die Durchsuchungs- und Beschlagnahmebefehle sowie die zu erwartenden Prozesse werden mit den §§ 90a und 130 begründet: Verunglimpfung der BRD und Aufreizung zum Klassenkampf. Eine besonders üble Provokation leisteten sich die Bullen, als sie im Büro der „KPD/ML" einen Schrank mit einer größeren Anzahl von Medikamenten versiegelten die für die Befreiungsbewegung der Völker Omans gesammelt worden waren. Die Begründung: Kinder könnten dadurch gefährdet werden und – sie könnten aus dem Essener Klinikum entwendet worden sein.

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe) Hamburg

Klassenjustiz wird noch teurer

Klassenjustiz wird noch teurer

Ab 15. September werden die Gebühren für Rechtsanwälte und Gerichte angehoben. Die Steigerung kann bis zu 90 % ausmachen („Spiegel", 23. 8. 75). Geht es bei einer Zivilklage um eine Sache im Werte von 1.000 DM (z. B. angeblich ausstehende Miete), kostet ein einfaches Gerichtsverfahren mit Zeugenvernehmung für den Verlierer 561 DM, statt bisher 498 DM, Anwalts- und Gerichtskosten zusammengerechnet, wozu noch erhebliche Nebenkosten im Einzelfall kommen können.

Die Kosten machen hier also schon mehr als die Hälfte des Wertes aus, um den es eigentlich geht. Noch krasser kann dieses Verhältnis bei den hohen Streitwerten von 10.000 DM und mehr und über mehrere Instanzen ausfallen.

Das Kostenrisiko wird dadurch so groß, daß es sich für jemanden, der nicht große finanzielle „Reserven" hat, als unüberwindliche Barriere darstellt und es sich gar nicht mehr lohnt, Forderungen einzuklagen, wenn es nicht gerade eine bombensichere Sache ist. Hinzu kommt noch, daß die Urteile infolge Überlastung der Gerichte immer länger auf sich warten lassen – beispielsweise vergehen zwischen Einlegung der Berufung beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und dessen Entscheidung durchschnittlich drei (!) Jahre („SZ", 17. 4. 75). Damit wird das Risiko noch unkalkulierbarer.

Unter dem Strich kommt heraus, daß es für Arbeiter immer schwerer wird, eine Forderung gerichtlich einzuklagen.

Auf der anderen Seite wächst für die Kapitalisten, die den Rückhalt und Zeit haben und sich eine Prozeßniederlage ohne weiteres leisten können, die Möglichkeit, Kollegen allein schon mit der Drohung eines Verfahrens einzuschüchtern oder durch klagen mit hohen Streitwerten finanziell fertig zu machen.

IKAH (Arbeiterhilfe) Hamburg



7.500 Mark Strafe!

Vaterlandsverteidiger wegen „Wehrkraftzersetzung" vor Gericht

Ernst Aust, Führer der „Vaterlandsverteidiger"-Partei „KPD/ML", stand am 20. August in Hamburg wegen „Wehrkraftzersetzung" und wegen „böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik" vor Gericht.

Nach einem Bericht des „Roten Morgen" (30.8.) konnte Aust allerdings das Gericht davon überzeugen, daß der Vorwurf der „Wehrkraftzersetzung" fehl am Platze war: „...**dieser Punkt der Anklage aber mußte fallengelassen werden, nachdem Genosse Ernst Aust den nationalen Verrat der westdeutschen Monopolbourgeoisie anprangerte, die Untauglichkeit der Bundeswehr zur Verteidigung gegen die beiden imperialistischen Supermächte und die Notwendigkeit der Volksbewaffnung aufzeigte**" („RM").

Es blieb die „Verächtlichmachung", weil Aust im „RM" den bürgerlichen Staat als Diktatur der Bourgeoisie gekennzeichnet hatte und die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution vertreten hatte. Das Gericht verurteilte Aust zu einer Geldstrafe von DM 7.500,-, ersatzweise 150 Tage Haft.

Dieses Urteil, unseres Wissens das bisher schwerste der letzten Jahre gegen politische Propaganda, zeigt, wie der bürgerliche Staat das Eintreten für den Sozialismus zu unterdrücken versucht. Gerade dieses Urteil unterstreicht, daß es berechtigt ist, von einer Diktatur der Bourgeoisie zu reden.

Peinlich allerdings, daß Aust die Gelegenheit benutzte, um eine große Vaterlandsverteidiger-Schau vor Gericht abzuziehen. Nicht die „KPD/ML" betreibe „Wehrkraftzersetzung" – so erklärte Aust –, „*sondern die SPD/FDP-Regierung, die mit ihrem pazifistischen Friedens- und Entspannungsgeschwätz auf die Angehörigen der Bundeswehr planmäßig (!) einwirkt, um deren Bereitschaft zum Schutze der Bundesrepublik zu untergraben*".

An einem anderen Punkt seiner Ausführungen vor Gericht beschwerte sich Aust: „*Während man uns Marxisten-Leninisten vorwirft, wir zersetzen die Bundeswehr und schwächten dadurch ihre Verteidigungsbereitschaft, uns vor Gericht stellt und einkerkert, drückt man beide Augen zu gegenüber jenen, die die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr, des deutschen Volkes tatsächlich untergraben und schwächen*" – gemeint ist die DKP...! Und weiter: „*Fordern wir etwa, wie die D'K'P, ‚S'DAJ, einzelne Jusos und andere sich „kommunistisch" nennenden Gruppen die Herabsetzung des Rüstungsetats um 15 oder mehr Prozent? Nein, was wir fordern, ist, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, die 8 Milliarden jährlich für die Stationierung der US-Truppen in der Bunderregierung zu sparen und sie für Verteidigungszwecke zu verwenden*".

Das kann man wohl nur noch als Anzeichen von Schizophrenie werten! Denn in seiner Rede vor Gericht wies Aust zugleich darauf hin, daß die Bundeswehr t o t a l auf einen A n g r i f f skrieg ausgerichtet ist. Das bedeutet, daß Rüstungsausgaben ausschließlich der Vorbereitung eines Angriffskrieges dienen und keineswegs irgendwelchen „Verteidigungszwecken", und daß es unter diesen Bedingungen richtig und notwendig ist, die wachsenden Rüstungsausgaben als Teil der Großmachtpolitik des BRD-Imperialismus zu bekämpfen.

Hierzu muß man noch sagen, daß sich die Anklage wegen „Wehrkraftzersetzung" auf „RM"-Artikel aus dem Jahre 1972 bezog. Damals propagierte die „KPD/ML" noch die Parole, „im Ernstfall die Gewehre umzudrehen". Inzwischen lautet ihre Parole, „im Ernstfall" an der Seite der imperialistischen Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen, „um das Vaterland zu verteidigen".

Dieser Schwenk um 180 Grad ist allerdings von der Bourgeoisie bisher nicht entsprechend honoriert worden, wie das DM 7.500,- Urteil beweist. Offenbar traut die Bourgeoisie dem (Burg-)Frieden noch nicht so recht. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Revanchistenverbände...

In der letzten Zeit hat es wieder eine Reihe revanchistischer Kundgebungen und Demonstrationen gegeben. Weitere sind noch geplant. Pfingsten liefen in Essen 100.000 beim Treffen der „Landsmannschaft Schlesien" und in Nürnberg (!) sogar 200.000 Menschen beim „Sudetendeutschen Landsmannschaftstreffen" zusammen. Und am 17. Juni waren die Revanchisten natürlich überall zur Stelle. So demonstrierten in Bonn die NPD zusammen mit der „Vereinigten Rechten" (mit Frey von der „Deutschen-National-Zeitung" („DNZ"). In Plön veranstaltete die „Junge Union" eine landesweite Demonstration und abends ein „Mahnfeuer an der Zonengrenze" bei Ratzeburg mit vorherigem Fackelzug.

Auch die bürgerlichen Parteien machten in einer „Gedenkstunde" im Bundestag keinen Hehl aus ihren revanchistischen Absichten.

Im August ist eine ähnliche Massierung zu erwarten, besonders am 13. August (Tag der Errichtung der „Mauer" an der Grenze zwischen der DDR und West-Berlins). Weiterhin fällt der sog. „Tag der Heimat" in den August. In diesem Zusammenhang veranstaltet der „Schleswig-Holsteinische Heimatbund" auch am 30./31. August einen Massenauflauf in Kiel-Molfsee.

Sofort nach 1945: Der Revanchismus wird geschürt

Unmittelbar nach der Niederlage des deutschen Faschismus bemühten sich Altnazis (Becher, Höß, Brandt, Domabyl ... – s.u.), Organisationen aufzubauen, die sich eine Revanche für die Niederlage des deutschen Imperialismus als Ziel setzten. Solche Zusammenschlüsse, eindeutig gegen das Potsdamer Abkommen gerichtet, wurden von den Militär- und Besatzungsbehörden in den westlichen Zonen von 1945 bis Ende 1948 noch verboten. Dieses Verbot umgingen diese Revanchisten ähnlich wie die Mitglieder der ehemaligen Waffen-SS; sie schlossen sich unter dem Deckmantel sogenanter „karitativer Hilfskomitees" zusammen.

Namentlich die katholische Kirche beauftragte hohe und höchste Autoritäten ihrer Hierarchie mit dieser Aufgabe. So ernannte sie den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz und Kölner Erzbischof, Dr. Josef Frings, zum „Schutzherren der Umsiedler", und den ehemaligen

der faschistischen Diktatur in Deutschland schlossen sich am 25. Mai 33 die Ostbünde zum BDO („Bund Deutscher Osten") zusammen. Die Parallelität zur Entstehung des BdV ist offensichtlich.

Der Rückgriff auf die nazistische Vergangenheit deutscher Ostverbände wurde eindeutig an der Person Oberländers (CDU) sichtbar. Vor 1945 gehörte er zu den Gründern und Führern des BDO. Seit 1943 war er auf persönlichen Wunsch des „Stellvertreters des Führers", Hess, sogar mit der „Reichsleitung" des BDO beauftragt. Im Jahre 1953 ernannte ihn Adenauer dann zum „Bundesvertriebenenminister". In Dieser Funktion wurde Oberländer einer der Initiatoren des BdV!

Altnazis führen den BdV und die Landsmannschaften

Es gibt so viele Altnazis, die den Kurs der Revanchistenorganisationen bestimmen, daß hier nur die bedeutendsten exemplarisch genannt werden können. Ausgerechnet diese Herren fordern heute ein „Selbstbestimmungsrecht" für die osteuropäischen Völker. Dabei sind es doch gerade diese Typen gewesen, die das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten haben, indem sie mithalfen, den Überfall des Nazifaschismus auf Osteuropa durchzuführen.

Wir sollten uns diese Verbrecher genau merken:

Asbach, Hans-Adolf
vor 1945: 1933 NSDAP; NSDAP-„Gauwalter" der „Deutschen Arbeitsfront" in Stettin; Kreishauptmann im besetzten Polen.
nach 1945: bis 1957 Sozialminister in Schleswig-Holstein; Funktionär des „Bundes Heimatvertriebener und Entrechteter" (BHE) in Schleswig-Holstein; Mitglied des Parteipräsidiums des „BHE"; lange Zeit Vorsitzender der „Pommerschen Landsmannschaft".

Brandt, Dr. Walter
vor 1945: Leiter der Kanzlei und außenpolitischer Experte Henleins (Konrad Henlein war Führer der von Hitler finanzierten und gelenkten faschistischen „Sudetendeutschen Partei". Diese Partei sollte die CSR von innen her knacken, um somit Hitler den Einmarsch zu erleichtern.), Vorstandsmitglied des faschistischen „Kameradschaftsbundes"; Generalreferent für den Göringschen Vierjahresplan im okkupierten Sudetenland; SA-Sturmführer.

ritz; Stabsleiter der NSDAP-Gauleitung in Reichenberg; SS-Obersturmbannführer; mit Goldenem Ehrenzeichen der NSDAP, Totenkopfring und Ehrendegen des Reichsführers-SS dekoriert.
nach 1945: Bundesgeschäftsführer der „Sudetendeutschen LM" und Sekretär der Bundesversammlung; Mitglied des Beirates beim Vertriebenenministerium.

Jahn, Dr. Hans-Edgar
vor 1945: HJ- und NSDAP-Führer, NS-Führungsoffizier.
nach 1945: Vorstandsmitglied der „Pommerschen LM"; Herausgeber militaristischer Schriften; Präsident der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" – einer antikommunistischen Hetzorganisation; CDU-MdB.



Zoglmann: Seit 1928 in der „Bewegung" führend

Zoglmann, Siegfried
vor 1945: Ab 1928 in der faschistischen Jugendbewegung führend tätig; Gebietsführer der HJ; Abteilungsleiter beim Kriegsverbrecher K.H. Frank im okkupierten Prag; 1943 Waffen-SS.
nach 1945: leitender Funktionär des „Witiko-Bundes" und der „Sudetendeutschen LM"; Mitglied des „Sudetendeutschen Rates"; ehemals FDP als MdB; Gründer und Vorsitzender der „Deutschen Union" (Bestrebung zur bundesweiten 4. Partei), Mitglied der CDU/CSU Bundestagsfraktion und StrauSS-Freund.

zenden der Fuldaer Bischofskonferenz und Kölner Erzbischof, Dr. Josef Frings, zum „Schutzherren der
Umsiedler", und den ehemaligen Bischof des Ermlandes, Dr. Maximilian Kaller, zum „Flüchtlingsbischof". (Das Ermland ist polnisches Gebiet zwischen Frischem Haff und Masurischer Seenplatte. Es wurde von Preußen bei der 1. Teilung Polens 1772 widerrechtlich angeeignet und bildete bis 1945 eine Provinz Ostpreußens.)

Wesentlichen Anteil beim Aufbau ähnlicher protestantischer Organisationen unter recht harmlos klingenden Namen hatte der spätere Bundestagspräsident Gerstenmaier (CDU). Er hat ebenfalls eine braune Vergangenheit aufzuweisen und leistete einst Pionierarbeit für den Nazifaschismus. 1931 wurde er „Amtsleiter" in der Reichsleitung der faschistischen „Deutschen Studentenschaft".

Eugen Gerstenmaier gründete im Herbst 1945 das „Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland", dessen Leiter er jahrelang war.

Als dann Ende 1948/Anfang 1949 das Koalitionsverbot aufgehoben wurde, traten die sog. „Hilfskomitees" sofort in organisierter Form als „Landsmannschaften" an die Öffentlichkeit. 1957 vereinigten – im wesentlichen auf Antrieb der CDU-Regierung unter Adenauer – sich die „Landsmannschaften" zum „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften" (BdV). Heute hat der BdV über eine Million Mitglieder, die in ca. 120 Unterorganisationen zusammengefaßt sind, die ca. 350 eigene Organe mit einer wöchentlichen Auflage von über 1,5 Mio. Exemplaren herausgeben.

Über viele Kampagnen hinweg (insbesondere während des sog. „Kalten Krieges" und gegen die Ostverträge) hat der BdV von Anfang an bis heute aktiv die aggressive Politik des BRD-Imperialismus und dessen Revancheabsichten gegen die osteuropäischen Staaten mitgetragen. Diese Absichten haben eine ungebrochene Tradition.

Denn schon unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg wurden sog. Ostbünde gegründet, deren Ziel es war, für die Revision der neuen Ostgrenzen nach der Niederlage des deutschen Imperialismus zu kämpfen.

Augenblicklich nach Errichtung

ferent für den Göringschen Vierjahresplan im okkupierten Sudetenland; SA-Sturmführer.
nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witiko-Bundes"; Referent für rechtliche Grundsatzfragen im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (LM); Mitglied des „Sudetendeutschen Rates".

Becher, Dr. Walter
vor 1945: Journalist des NS-Gauorgans „Die Zeit" in Reichenberg; an Judenverfolgungen im Sudetengebiet beteiligt; Kriegsberichterstatter.
nach 1945: Generalsekretär des „Sudetendeutschen Rates"; Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen LM"; ausgezeichnet mit dem bayrischen Verdienstorden; CSU-MdB; Sprecher der „Sudetendeutschen LM".

Böhm, Dr. Franz
vor 1945: Sekretär Henleins; Vorsitzender des Gaugerichts der NSDAP-Gauleitung Reichenberg.
nach 1945: Vorsitzender der „Sudetendeutschen LM"; Mitglied des BdV-Präsidiums.

Domabyl, Josef
vor 1945: Mitglied der NSDAP-Leitung im okkupierten Prag; führende Funktion in der Protektoriatsverwaltung.
nach 1945: Regierungsdirektor bei der Landesregierung Schleswig-Holsteins; Referent für Finanzen im Bundesvorstand der „Sudetendeutschen LM"; BdV-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein.

Höß, Konstantin
vor 1945: NSDAP-Kreisleiter im okkupierten Prag; Führer der faschistischen „Karpartendeutschen Partei"; Führer im „Sudetendeutschen Freikorps" – der Henlein-SS.
nach 1945: Vorstandsmitglied des „Witiko-Bundes"; Geschäftsführer des „Verbandes heimatvertriebener Verleger e.V." – Dachorganisation für 350 revanchistische Zeitungen (Gesamtauflage fast zwei Millionen

Illing, Paul
vor 1945: 1923 NSDAP; SA; führender Akteur der faschistischen 5. Kolonne in der CSR; organisierte den Aufbau der SS in den okkupierten Sudetengebieten; Landrat in Leitme-

zur bundesweiten 4. Partei), Mitglied der CDU/CSU Bundestagsfraktion und StrauSS-Freund.

Die Propaganda des Revanchismus

Es sind jedoch keineswegs ausschließlich die Landsmannschaften, die den Revanchismus in der BRD tragen. Zur Durchsetzung der Revanchepläne des BRD-Imperialismus hat sich die gesamte Rechte zusammengefunden, angefangen bei der CDU/CSU samt JU, BFD und der Bestrebung zur „4. Partei", der NPD, „volks"- und „heimattreuer" Verbände usw. bis hin zu Teilen der SPD, die damit wieder einmal zu Genüge ihre „Integrationskraft" unter Beweis stellt. Unterhält die SPD doch eine eigene Revanchistenorganisation – die „Seliger-Gemeinde". Sie verkörpert in sich eine bezeichnende Dreieinigkeit: Sie ist sowohl eine selbständige Organisation als auch eine sudetendeutsche revanchistische Kerntruppe innerhalb der SPD, als auch eine sozialdemokratische Gruppe innerhalb der „Sudetendeutschen Landsmannschaft".

Nicht zuletzt auch die Gedenkstunde im Bundestag am 17. Juni hat wieder bewiesen, daß der Revanchismus die Sache aller bürgerlichen Parteien ist, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität.

Solange es den BRD-Imperialismus gibt, wird er immer an Revanche für die Niederlage im II. Weltkrieg denken und sich entsprechende Organisationen aufbauen, die die Arbeiterklasse und das ganze Volk in Kriegsstimmung versetzen sollen. Einige Zitate aus der jüngsten Zeit (die aus der Zeit des „Kalten Krieges" wollen wir gar nicht erst anführen) verdeutlichen die Zielidentität der gesamten Rechten in dieser Frage, wonach

1. Deutschland nach wie vor in den Grenzen von 1937 weiterbestehe und identisch mit der BRD sei (Alleinvertretungsanmaßung).
2. ein „Heimat- und Selbstbestimmungsrecht" für alle Deutschen bestehe, also z.B. noch über die Grenzen von 1937 hinaus (z.B. Sudetenland).
3. sei das Münchener Abkommen nach wie vor gültig (1938 wurde

5. Kolonne des Kapitals

die Regierung der CSR von Hitler zu diesem Abkommen gezwungen, wonach die Sudetengebiete an Deutschland abgetreten werden).

Die folgenden Zitate belegen das, man beachte die teilweise sogar gleiche Wortwahl:

Carstens (CDU/CSU-Fraktionschef) am 17. Juni 1975 in Plön: „*Noch ist Polen nicht verloren, noch ist Deutschland nicht verloren.*"

Bantzer, Oberbürgermeister von Kiel (SPD), bei der Eröffnung des Bundestreffens der „Pommerschen Landsmannschaft" 1974 in Kiel: „*Die große und schöne Aufgabe für sie, die Pommern, aber auch für die Ostpreußen, die Schlesier, die Brandenburger, in den nächsten Jahrzehnten wird es sein, dafür zu sorgen, daß das Land, das Jahrhunderte lang deutsch war, den Deutschen in Deutschland nicht fremd, sondern als ein noch heute lebendiges Glied in unserer Gesellschaft begriffen wird ...*"

Hupka (Vorsitzender der „Schlesischen Landsmannschaft") am 15.3.75 in Schwerte/Westf.: „*Nach wie vor gilt der Satz: Die deutsche Frage ist offen. Anders ausgedrückt: Das letzte Wort über ganz Deutschland ist noch nicht gesprochen... Die Eroberung fremden Territoriums und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur über Millionen Deutsche bleiben Unrecht und keine frei gewählte deutsche Regierung kann sich, darf sich damit abfinden... Es geht um das ganze Deutschland. Das heißt, es geht um die Einheit Deutschlands in Freiheit. Darum muß Deutschland bewußt erhalten und bewußt gemacht werden, muß Bewußtsein verändert werden, wo das ganze Deutschland nicht mehr Teil dieses Bewußtseins ist...*"

Schwarz (CDU-Justizminister von Schleswig-Holstein) am 14.6.75 in Eckernförde: „*Wir dürfen uns nicht damit abfinden, ein geteiltes Land zu sein. Wir müssen uns daran erinnern, daß es noch immer ein deutsches Volk und eine deutsche Nation gibt.*"

Deutsche National-Zeitung (16.5.75) von Frey zum Aufmarsch der Rechten in Bonn am 17. Juni: „*Der nationalen Opposition im freien Teil Deutschlands* (gemeint ist die Clique um Frey, die NPD u.a. Rechte, AK) *bleibt es vorbehalten, sich vor den Opfern der deutschen Einheit mit dem Versprechen zu verbeugen, daß wir nicht eher ruhen und rasten werden, bis auch Mittel-, Ost- und Sudetendeutschland wieder frei sind...*"

Bund freies Deutschland (These drei): „*Die Einheit Deutschlands in Freiheit ist keine Utopie, nur weil ein Regime seine bewaffneten Wächter bis auf weiteres gegen sie stellt. Die Einheit Deutschlands in Freiheit ist eine jener Visionen, deren Eigenart es ist, die Realitäten von morgen zu sein. Wenn wir es nur wollen, dann wird es auch wahr.*"

NPD (Programm): „*Der Wille zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist mit allen wird es auch wahr.*"

NPD (Programm): „*Der Wille zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist mit allen geeigneten Mitteln als entscheidende Triebkraft allen deutschen Handelns zu mobilisieren.*"

Franz Josef Strauß (zitiert nach Kühnl, „Die von F.J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte..."), Köln 1972: „*Man müsse „mit allen politischen Mitteln um die Wiederherstellung des Deutschen Reiches von 1937 ringen.*"

Die hier propagierten Zielvorstellungen sind nichts anderes als Kriegstreiberei. Wenn die Revanchisten heute demgegenüber von „Frieden" und „Gewaltverzicht" reden, so ist das nichts als blanke Demagogie. Hinter der BdV-Parole des „Rechts auf Heimat" verbirgt sich eben nur unschwer Hitlers Lebensraumforderung. Heute heißt es „*Obhutspflicht der BRD für alle Deutschen*", Hitler gab die Parole „*Heim ins Reich*" aus.

Die Ziele sind also gleich geblieben. Die Revanchisten versuchen lediglich, ihre Absichten hinter klingenden Sprüchen zu verbergen.

Erinnern wir uns an Hitlers Rezept, der unter dem Deckmantel von Friedensbeteuerungen den Krieg vorbereitet hat. Hitler sagte 1938 in München: „*Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu errichten und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war.*"

Der bürgerliche Staatsapparat fördert den Revanchismus

Die westdeutschen Imperialisten haben ihren Staatsapparat voll auf Revanche ausgerichtet. Neben der ständig voranschreitenden Militarisierung der staatlichen Machtorgane, ihrer Aufrüstung für einen erneuten Krieg werden die Staatsorgane auch für die Förderung und Unterstützung revanchistischer Organisationen eingesetzt. Altnazi und Revanchistenführer Becher hat einmal gesagt: „*Die Bundesregierung hat ihre Aufgabe, der BdV seine. Aber der BdV muß immer zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung einen Ton stärker werden kann.*"

Und dieses Zusammenspiel hat immer funktioniert, ob unter einer CDU/CSU-Regierung oder einer SPD-Regierung: getreu der Losung von Willy Brandt (aus seiner Regierungserklärung von 1972): „*Zu unserer Deutschlandpolitik gehören gleichermaßen: das Festhalten am Recht der Selbstbestimmung, die Bewahrung der Nation!*"

Dementsprechend fördert die SPD-Regierung die Revanchisten mit mindestens 40 Mio.DM jährlich. Die genaue Summe läßt sich sehr schwer ausmachen, sie dürfte aber um etliches darüber liegen, da die Förderung vom Bund und von den Ländern kommt. Zudem existieren ca. 300 seperat geförderte Unterorganisationen. Ca. 40 Bundestagsabgeordnete aller bürgerlichen Parteien aus Landsmannschaften sorgen mit dafür, daß die staatliche Förderung reibungslos weiterläuft.

Die Landsmannschaften stellen das besonders heraus. Ihnen dient das als Argument, den Verdacht ihrer
bungslos weiterläuft.

Die Landsmannschaften stellen das besonders heraus. Ihnen dient das als Argument, den Verdacht ihrer Rechtsradikalität weit von sich zu weisen. (Warum eigentlich?)

Doch die staatliche Deckung für diese Kriegstreiber geht noch weiter. Kürzlich wurde Hans Wollner (BdV-Vizipräsident und Führungsmitglied der „Deutschen Union" Zöglmanns) in den staatlichen Fernsehrat gerufen – als Garant für revanchistische Propaganda und Verharmlosung dieser Verbände.

Die von der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat verschärft vorangetriebene Faschisierung bereitet bestens den Boden, um den Revanchismus wachzuhalten. Militarismus,





Antikommunismus, Chauvinismus, Volksgemeinschaftsideologie. Rassis-

Antikommunismus, Chauvinismus, Volksgemeinschaftsideologie, Rassismus, Lebensraum-Parolen etc. – das sind die Grundlagen, auf denen die Kriegspropaganda der Landsmannschaften und aller anderen Revanchisten prächtig gedeiht, gepaart mit Hetzparolen gegen die „Gefahr aus dem Osten", „der militärischen Stärke der Sowjetunion" etc.

Für einen erneuten imperialistischen Krieg braucht die Bourgeoisie auch die Totenstille im eigenen Land. Dafür zu kämpfen, ist also ebenfalls Sache der Revanchisten.

Hierin drückt sich genau die Haupttendenz imperialistischer Politik aus: Aggression nach außen und Terrorherrschaft im Innern – also Krieg und Faschismus.

Deutschland-Stiftung – Hort des Revanchismus

Ein Blick auf die Führer der „Deutschland-Stiftung" (DS) macht schon deutlich, daß sich hier entscheidende Träger der revanchistischen Pläne des westdeutschen Imperialismus versammelt haben:

Vertreten durch seine Chef-Demagogen Boenisch, Habe, Kremp und Schlamm nimmt der Springer-Verlag (seit eh und je ein Hauptantreiber) entscheidenen Einfluß auf die DS. Auch das CSU-Parteiblatt „Bayernkurier" hat seine Finger mit im Spiel über Emil Franzel (ab 1939 Schriftleiter des „Mitteilungsblattes der Schutzverbände Vorposten" und Herausgeber der in Prag erschienenen „Zeitschrift für die Polizei"; 1960 Mitinitiator der rechtsradikalen „Gesellschaft für Publizistik" (GFP); er gehört zudem zum Führungskreis der „Sudetendeutschen Landsmannschaft"). Die anderen „Bayernkurier"-Redakteure und CSU-Mitglieder in der DS sind auch keine unbeschriebenen Blätter: Armin Mohler (ehemals SS; schreibt heute auch für die „Deutsche Nationalzeitung" und die „Welt"), Hans Georg von Studnitz (Nazi-Schreiberling; schreibt heute auch für die Springer-Presse), Winfried Martini (Nazi-Schreiberling; schreibt heute u.a. für „Soldat im Volk", „Wehrkunde", „Student").

Der BdV und die Landsmannschaften sind natürlich auch selbst vertreten. Neben Emil Franzel durch Heinz Burneleit (Mitglied des

Der BdV und die Landsmannschaften sind natürlich auch selbst vertreten. Neben Emil Franzel durch Heinz Burneleit (Mitglied des Bundesvorstandes der „Landsmannschaften Ostpreußen"), Erich Maier (Redakteur der in Reichenberg erschienen „Die Zeit, Amtliche Tageszeitung der NSDAP, Gau Sudetenland"; heute Pressesprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" und Mitglied des „Witiko-Bundes"), Fritz Münch (zählt zu den „Theoretikern" der Landsmannschaften, hat enge Kontakte zum „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG), Bundestagskandidat der NPD 1972, enge Kontakte zur „Aktion Widerstand").

Nicht zuletzt sei auch noch die Führungsspitze der CDU/CSU (Strauß, Carstens, Dregger u.a.) genannt, die wiederholt Beiträge und Interviews im „Deutschland-Magazin" (dem Zentralorgan der DS) veröffentlich haben.

Dies zeigt, daß hier Fäden der revanchistischen Organisationen zusammenlaufen.

Dafür geben die Kapitalisten natürlich gerne ihr Geld. Ein Blick auf die Anzeigen im „Deutschland-Magazin" zeigt, wessen Interessen hinter dieser Politik steht:

Grundig, Lufthansa, Isartaler Holzhaus, Getränkefirma Kläbisch, Sektfirma Henkel, Seewald-Verlag, Herder-Verlag, Lehmanns-Verlag, Propylaeen-Verlag, Bertelsmann-Verlag, v. Hase & Köhler-Verlag, Langen-Müller/Herbig-Verlag, „4711", Diehl-Datensysteme, Müllers Mühle (Schneekoppe), Insel-Film, Zettler-Telefonautomaten, Brauerei Veltins, Central Versand für Digitaluhren, Deutsche Bank, Ehrenwirth Verlag, Hohenstaufen-Verlag, Hohenstaufen-Buchdienst, „Institut für Elementar-Psychologie und optimales Verhalten", Jaenecke Verlagshaus, Madaus, Nöthel Schreibmaschinen, Noilly Prat, Rheinischer Merkur, Sandeman, Schrauben-Dresselhaus, SWF-Hebezüge und Verlag Recht und Wahrheit.

Aber die Verbindungen zum Kapital sind auch direkt da. So sitzt Dr. Fritz Burneleit (Bundesvorstand der „Landsmannschaft Ostpreußen" und Vorstandsmitglied der „Deutschland-Stiftung") z.B. im Hauptsekretariat von Daimler-Benz.



Mit 40 Mio. DM jährlich fördert allein die SPD/FDP Regierung die Revanchisten

Der Kontaktkreis der DS geht weit über die hier genannten Personen, Verbände etc. hinaus, denn diese haben ihrerseits wieder einen Kontaktkreis. Er reicht insbesondere in den Kreis der Neonazis, der Volkstreuen, der Heimattreuen etc., kurz: der militanten Rechten.

Verbindung zu Neonazis und der militanten Rechten

Verbindung zu Neonazis und der militanten Rechten

Die Landsmannschaften „distanzieren" sich zwar immer eifrig von den Neonazis, in Wirklichkeit pflegen sie allerdings üppigen Kontakt zu ihnen, hauptsächlich über den „Witiko-Bund" und von dort über das DKEG und die GfP.

Fortsetzung Seite 38



Kulisse eines Revanchistentreffs: „Berlin – Stettin nur 135 km !"



Gratuliere, sie haben ihre Leute ja gut in Schuss!

Revanchistenverbände –

Fortsetzung von Seite 37

Im AK ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Bourgeoisie sich mit der „Deutschland-Stiftung" (DS), dem „Witiko-Bund", der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) und dem „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) faschistische Propaganda- und Schaltstationen geschaffen haben, die insbesondere zu den Altnazis und Militaristen des „Stahlhelm" (ehemalige Frontsoldaten-Vereinigung) und der HIAG (Mitglieder der ehemaligen Waffen-SS) in engstem Kontakt stehen. Der „Witiko-Bund" wurde 1947 illegal (getarnt als karitatives Hilfskomitee) gegründet – ähnlich wie die HIAG. Gründer waren die o.g. Altnazis Becher, Brandt und Höß. Aufgabe des „Witiko-Bundes", als einer Abteilung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" sollte es sein, eine ideologische Zentrale des Revanchismus zu schaffen und die Parteien und den Staatsapparat zu unterwandern.



Derartige „Gedenksteine", wie diesen aus Plön, findet man in vielen Städten der BRD. Sie sollen genau wie das Patenkreis-Unwesen unterschwellig den Revanchismus einimpfen. Dr. Rehn, Beigeordneter des Deutschen Städtebundes beschreibt unzweideutig den Sinn der Patenschaften:
„Die Übernahme für eine Patenschaft für eine ostdeutsche Stadt ist ein Akt der Betreuung und Fürsorge für deren ehemalige Bürger. Die westdeutsche Patenschaft will gewissermaßen in Vertretung für die leibliche Heimatgemeinde deren Tradition und Kultur fortführen, und zwar so lange, bis die ostdeutsche Stadt wieder sie selbst übernehmen kann." („Kommunalwirtschaft", Düsseldorf Nr. 10/68)

Die heutige Führung des „Witiko-Bundes" wirft ein bezeichnendes Licht auf die Kontaktbestrebungen zur militanten Rechten: Vorsitzender ist Dr. Lange (ehemals Waffen-SS, heute HIAG), weiterhin Herbert Böhme (NPD, Mitinitiator der „Aktion Widerstand"), Prof. Anrich
bert Böhme (NPD, Mitinitiator der „Aktion Widerstand"), Prof. Anrich
(Chefpropagandist der NPD), Siegfried Zoglmann (s.o.).

Der o.g. Böhme ist zugleich Gründer des staatlich geförderten DKEG, aus dem später der „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände" (AVV) unter Alfred Manke hervorgegangen ist. Dem AVV, einer hauptsächlich militant ausgerichteten Organisation, gehören u.a. AKON, „Bund Heimattreuer Jugend" und „Stahlhelm" an. Das DKEG zeichnet zudem für die Koordinierung der Propaganda der Soldatenvebände verantwortlich (s. AK 62).

„Witiko-Bund", HIAG, AVV und das DKEG mit Hilfstruppen sind es auch gewesen, die die „Aktion Widerstand" ins Leben gerufen haben, der u.a. AKON (mit Faschist Jürgen Rieger, auch Führer im CSU-Freundeskreis), „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ), „Reichsverband der Soldaten", „Deutscher Block", „Stahlhelm" und „Jugendbund Adler" angehören.

Von der HIAG ging auf die GfP aus. Sie wurde als Erweiterung zum DKEG gegründet und wird natürlich von alten SS-Mördern geleitet, wie B. Waldemar Schütz, Peter Straßner, Prof. Rubin, Erich Kernmeyer, und Peter Kleist – um nur einige zu nennen (desweiteren s. AK 62). Die GfP soll sich hauptsächlich bemühen um
1. Herausbildung gemeinsamer Zielvorstellungen von Alt- und Neonazis (... und was bindet diese mehr als Antikommunismus und Revanchismus!?)
2. Herausbildung faschistischen Verlagswesens und
3. Pflege internationaler Kontakte.

Die GfP verleiht auch alljährlich Preise, z.B. an Bernhard C. Wintzek (Herausgeber der faschistischen Jugendzeitung „Mut", „Aktion Widerstand") und den o.g. Alfred Manke.

Auch die „Deutsche Union" als Ansatz zu einer bundesweiten rechtsradikalen „vierten Partei" steht in enger Verbindung zum „Witiko-Bund" und zu den Landsmannschaften. Dafür bürgen die Namen der DU-Führer: Siegfried Zoglmann (s.o.), Hans Wollner (s.o.), Dr. Lange (s.o.) und Franz Mader (Vorsitzender der „Schlesischen Landsmannschaft" in Nordrhein-Westfalen).

Die von den Landsmannschaften ewig verleugneten Beziehungen zu den Alt- und Neofaschisten werden auch noch an anderen Fakten deutlich:

So verlieh die „Sudetendeutsche Landsmannschaft" den „Georg-Dehio-Preis 1975" an Prof. Dr. Herbert Cysarz, natürlich Altnazi (Professor an den Unis von Prag, Wien und München), nach 1945: DKEG, GfP, Autor in der DNZ, in NPD-Organen, dem „Sudentendeutschen Anzeiger" u.a.. In diese Kanäle fließen also die staatlichen „Förderungsgelder"....

Auch der Vorsitzende der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" von Baden-Württemberg, Dr. Ottfried Michl hat entscheidenden Anteil an der Gestaltung der DNZ. Usw., usf....

Revanchismus ist heute also in der BRD nicht die Sache einiger weniger „Ewig-Gestriger", die die Niederlage des deutschen Imperialismus im II. Weltkrieg nicht fassen können bzw. ihrem ehemaligen Privatbesitz noch nachtrauern.

Vielmehr ist die Bourgeoisie organisiert darangegangen, eine revanchistische Armee aufzubauen – unterstützt und gedeckt von ihrem Staatsapparat.
stische Armee aufzubauen – unterstützt und gedeckt von ihrem Staatsapparat.

Wir sollten gerade deshalb den landsmannschaftlichen Revanchismus nicht verharmlosen, sondern jedem Detail revanchistischer Politik, erscheint es auch noch so unbedeutend, Aufmerksamkeit schenken. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Nazi-Krawalle in Nürnberg

Nachdem der Organisator des militärisch-faschistischen Bandenwesens in Nürnberg, K.H. Hoffmann, vom Amtsgericht freigesprochen wurde, weil man in der Anklage bereits 99% aller bekannt gewordenen verbrecherischen Aktivitäten Hoffmanns unter den Tisch fallen ließ (vgl. „NAZ" Nr. 3 vom 7.7.75 und ARBEITERKAMPF Nr. 64 vom 22.7.75) sah sich die Staatsanwaltschaft nun doch veranlaßt, die Neuaufrollung des Verfahrens in der nächsten Instanz zu beantragen.

Die Faschisten nahmen das zum Anlaß für eine neue Provokation: Der „KDS" („Kampfbund Deutscher Soldaten" – Gründer ist der Alt-Nazi Schönborn, der eng mit dem berüchtigten faschistischen Rechtsanwalt Roeder zusammenarbeitet) rief für den 2.8. zu einer Kundgebung vor dem Amtsgericht in der Fürther Strasse auf.

Am Morgen des 2.8. versammelten sich dann die bekannten Gestalten aus Hoffmanns „Wehrsportgruppe" und Veteranen des KDS unter den schwarz-weiß-roten Fahnen der Reaktion.

Etwas versteckt waren hinter dem Gerichtsgebäude drei Mannschaftswagen der Bullen aufgefahren, um die Nazis jederzeit schützen zu können.

Die Reden des KDS auf der Kundgebung waren angefüllt mit übelster Demagogie: Hoffmann wurde erneut als Saubermann hingestellt, dem ein böswilliger Staatsanwalt aus lauter Willkür das Fell über die Ohren ziehen will, während die Gefangenen aus der „Roten Armee Fraktion" (die jahrelang in Isolationshaft gehalten wurden, deren Rechtsanwälte unter durchsichtigen Vorwänden während des Prozesses verhaftet und bedroht wurden) angeblich von der Justiz nur gehätschelt werden.

Ferner kündigten die Faschisten an, bis zum Beginn des neuen Hoffmann-Prozesses ständig weitere Provokationen zu starten. Ihre politischen Vorstellungen erläuterten sie dann so, daß sie Deutschland „in allen Gauen säubern" und eine „Nation Europa" schaffen wollen.

Dieses „Europa" verstehen sie als die „Verwirklichung dessen, für das bereits Hunderttausende unserer Kameraden in den Weltkriegen gefallen
bereits Hunderttausende unserer Kameraden in den Weltkriegen gefallen
sind"!

Als nächstes erschien ein Vertreter einer „Aktion Deutscher Demokratischer Gewerkschafter" (?!), der großkotzig als „Sprecher im Namen aller Arbeiter" angekündigt wurde.

Dieser entwarf ein ideologisches Gebilde, das er als „deutschen Volkssozialismus" bezeichnete. Das ganze lief eindeutig auf den Versuch hinaus, die Unzufriedenheit mit den Folgen der kapitalistischen Krise in das Fahrwasser ultrarechter Strömungen zu ziehen.

Neben Inflation und Arbeitslosigkeit kam er auch auf die „Spar"- bzw. Ausplünderungspolitik und den damit geplanten Abbau der sozialen Einrichtungen zu sprechen, wobei er versuchte, die Verantwortung dafür den Völkern der Dritten Welt in die Schuhe zu schieben, denen angeblich Millionenbeträge von Steuergeldern „geschenkt" würden.

Dieser Mist wurde begleitet von heftigen Angriffen auf die Gewerkschaften überhaupt. An den Führern des DGB kritisierte er natürlich nicht die Politik der Unterordnung unter die Kapitalistenklasse und deren Staat, sondern nur vordergründig ihre hohen Gehälter. Darüber hinaus sei der DGB angeblich sogar eine Gefahr für diese Gesellschaftsordnung, der die Faschisten mit ihrer Pseudogewerkschaft entgegentreten wollen.

Die Nazi-Kundgebung zeigte erneut die zunehmende Konzentration und Verschmelzung der militantesten faschistischen Gruppen (Roeder, Hoffmann, Schönborn, Christophersen u.a.), zugleich mit dem Versuch „sozialer" Demagogie. ●

Genossen der GNK (Nürnberg)

Hick-hack um die „4. Partei" – NPD macht neuen Anlauf

Am 16.6.75, einen Tag vor dem faschistischen Massenaufmarsch zum 17. Juni in Bonn, gab der NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußgnug den Beitritt des Herausgebers der „Deutschen Nationalzeitung", Gerhard Frey, zur NPD bekannt.

Am selben Tag bekräftigten beide in einer „Bonner Erklärung" die Zusammenarbeit von NPD einerseits und militanten rechtsradikalen Gruppen um Frey andererseits, die sich bis dahin – zumindest nach außen – scharf bekämpft hatten.

So wurde Frey von seinen faschistischen Freunden immer wieder vorgehalten, daß er bisherigen Versuchen, eine Einigung der verschiedenen Gruppen zu erzielen, meist ablehnend gegenübergestanden habe.

So z.B. der NPD-Gründung 1965, der Aktion Widerstand 1970 und auch verschiedentlich Wahlempfehlungen gegen die NPD (für die CDU/CSU) abgegeben hatte.

Trotz dieser Vorbehalte gegenüber Frey äußerte z.B. die faschistische Jugendzeitung „Mut" angesichts des neuen Zusammenschlusses die „Hoffnung", daß Frey dieses Mal *„s e l b s t l o s und getragen vom Geiste tiefer nationaler Solidarität sich jetzt zu dem durchgerungen hat, wofür die verschiedenen nationalen Publikationen ... streiten: Die gemeinsame Wahlpartei zu stärken, ohne nach Lohn und Anerkennung zu fragen"* („Mut". 95).

Erste praktische Konsequenz dieses Bündnisses NPD-„Vereinigte Rechte" ist die gemeinsame Kandidatur zu den Bremer Wahlen im September 1975.

Um ihr erklärtes Ziel zu erreichen, das „Potential von 15 - 24 % der rechtsorientierten Wähler vom hypnotischen Bann der 5 % - Klausel zu befreien", spekulieren Mußgnug und Frey mit der Möglichkeit, angesichts der sich verschlechternden Lebensbedingungen ihre faschistischen Parolen breiter zu verankern. So findet sich im Aufruf Freys zur Bremer Wahl:

- eine zügellose Hetze gegen die „roten Bonzen" von SPD und DGB;
- die unverhüllte Forderung nach der Todesstrafe: *„Mit aller Härte müssen Schwerkriminelle von der Baader-Meinhof-Bande bis zum Hamburger Frauenmörder Honka...zur Strecke gebracht werden"*;
- Rassismus und Chauvinismus gegen die ausländischen Kollegen;
- offene Propagierung eines aggressiven Antikommunismus.

(Vgl. „DNZ", 22.8.75, S. 7)

Der Führer fehlt noch

„Wer aber gibt sodann das persönliche Signal ‚alles hört auf mein Kommando' in persönlich so überzeugender Weise, daß diesem Ruf auch auf breiter Front gefolgt werde?" – Mit dieser Frage umschreibt der ehemalige NPD-Vorsitzende Thadden die
breiter Front gefolgt werde?" – Mit dieser Frage umschreibt der ehemalige NPD-Vorsitzende Thadden die
Schwierigkeit der Faschisten, sich als „4. Partei" aufzubauen.

Im Gegensatz zu den Ansätzen einer „4. Partei" um BFD, DSU, DU und andere Gruppierungen (vgl. AK 63 und 64), die sich ziemlich eindeutig um einen möglichen Kanzler Strauß gruppieren, verfolgt der Zusammenschluß NPD- „Vereinigte Rechte" das Ziel, Wahlpartei der offensten und militantesten Faschisten-Banden zu sein. Ein solches Konzept der „4. Partei" macht zumindest ein gemeinsames offenes Vorgehen mit einem CSU-Kanzler Strauß unwahrscheinlich, da dieser durch diese Zusammenarbeit als bürgerlicher Politiker zu stark kompromittiert würde.

Angesichts dieser Schwäche der offenen Faschisten empfiehlt Thadden in dem o.a. Artikel: *„Solange nicht die entsprechenden Männer etwas erkennbar Besseres schaffen"*, *„würden die vorhandenen Kräfte das erforderliche organisatorische und publizistische Potential pfleglich zusammenhalten und ausbauen"* („DWZ", 1.2.74).

Faschisten in Lauerstellung

Im Bündnis NPD-„Vereinigte Rechte" haben sich die beiden einflußreichsten Richtungen der sogenannten „Alten Rechten" zusammengeschlossen und damit eine vorläufige Einheit erzielt, wie es sie seit der Aktion Widerstand 1970 nicht mehr gegeben hat.

Allein Frey repräsentiert in diesem Bündnis eine Vielzahl von über den sogenannten „Freiheitlichen Rat" miteinander verbundenen Gruppen: Deutsche Volksunion, Deutscher Block, Aktion Oder-Neiße (AKON), Nationale Bürgerinitiative Bremen, Wikingjugend, Jugendbund Adler u.a. Auch ist zu vermuten, daß der „Stahlhelm" und andere Soldatenverbände diesen Zusammenschluß unterstützen. Freys „Nationalzeitung", früher „National- und Soldaten-Zeitung", die mit Abstand auflagenstärkste Faschistenzeitung der BRD (96.000 Exemplare pro Woche), gilt als das Sprachrohr gerade dieser Verbände.

Auch die Faschisten der NPD haben nach vorübergehendem Rückgang ihres Einflusses ihre Basis in den letzten zwei Jahren wieder verbreitern können, und zwar wesentlich über die durch ihre Jugendorganisation betriebene Propaganda-Arbeit.

Die Zunahme faschistischer Überfälle, der faschistischen Propagandaarbeit, das immer frecher werdende Auftreten militanter Gruppen – all das zeigt, daß es sich bei diesem Zusammenschluß um einen ernst zu nehmenden Versuch handelt, Sammelbecken und Wahlpartei für die militanten Stoßtrupps der Reaktion zu sein.

Eine solche „4. Partei" steht zwar in offensichtlicher Konkurrenz zu den zur Zeit geführten Diskussionen um den Aufbau einer CSU auf Bundesebene oder einer „4. Partei" als Wahlverein für einen CSU-Kanzler Strauß.

Mit NPD-„Vereinigte Rechte" hat
Strauß.
Mit NPD-„Vereinigte Rechte" hat
aber die Reaktion ihren taktischen Spielraum in der Vorbereitung der Bundestagswahl 1976 um eine Variante vergrößert. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nazis, Bundeswehr-Offiziere und Wiking-Jugend, Seite an Seite

Nicht nur, daß die Neo- und Altnazis heute ungestört in der BRD ihre Versammlungen abhalten können – sie werden dabei sogar noch von staatlichen Machtorganen wie der Bundeswehr begleitet und somit ausdrücklich legalisiert.

So geschehen kürzlich während einer Gedenkfeier am „Stuka-Ehrenmal" auf der Burg Stauffenberg bei Gießen.

Zugegen waren

- der ehemalige Oberst der Nazi-Luftwaffe **Hans-Ulrich Rudel** (er trieb sich auch auf der Totenfeier für den sog. Mussolini-Befreier Skorzeny herum („Deutsche Wochenzeitung", 25.7.75). Jener Rudel läßt sich auch gerne auf Veranstaltungen der Neonazis als Träger des goldenen Eichenlaubs mit Schwertern und Brillianten" feiern;
- **Günther Behling**, Schriftführer der „Traditionsgemeinschaft des Stuka-Geschwaders Immelmann". Er kotzte den Spruch „Opfermut überwindet den Tod" aus („DWZ", 26/75);
- eine Delegation der rechtsradikalen, paramilitärisch ausgerichteten **Wiking-Jugend.** „Ihr starbt für uns!", stand auf dem von ihr abgelegten Kranz – und das charakterisiert ihre Gesinnung nur allzu deutlich.

In diesen Rahmen paßte die Offiziersabordnung des Bundesluftwaffen-Aufklärungsgeschwaders 51 „Immelmann" haargenau hinein. Ihre Anwesenheit sollte „die Verbindung zwischen dem alten (Nazi-) und dem neuen (Bundesluftwaffen-) Geschwader festigen" („tat", 24/75).

Es erscheint also heute in der BRD nicht nur als eine Selbstverständlichkeit, daß Bundeswehroffiziere sich an der Nazi-Wehrmacht orientieren, sondern die Bundeswehr schickt sogar offizielle Repräsentanten auf Faschisten-Treffs. Der oberste Bundeswehr-Chef Hildebrandt hat mit seinem Besuch bei der Jubelfeier zum Jahrestag des Sieges des Franco-Faschismus in Spanien zusätzliche Rückendeckung geliefert. ●

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Kiel

Faschistisches „Chile-Komitee"

Noch nicht ganz zwei Jahre nach der Errichtung der faschistischen Terrorherrschaft in Chile halten ihre Freunde in der BRD die Zeit für reif, den chilenischen Faschismus offen zu propagieren. Im August '75 wurde die Gründung eines „Solidaritätskomitee Wahrheit über Chile" bekannt, das über die „wahre Lage" unter dem Schlächter Pinochet & Co. „Aufklärungsarbeit" treiben will.

Kernsätze aus einer der „Informationsschriften" des Komitees: *„Es ist eine Tatsache, daß die derzeitige Regierung in Chile dem Wollen und den Wünschen der großen Mehrheit der Bürger entspricht. ... In Chile sind wieder völlig normale Verhältnisse eingekehrt. ..... (So) ist es bereits gelungen, den Prozeß der wirtschaftlichen Zerrüttung ... aufzuhalten und die wirtschaftliche Sanierung einzuleiten. ... Vordringliche Sorge der chilenischen Regierung ist die Förderung der sozialen Belange."*

Verantwortlich für die Gründung des Komitees zeichnet die von dem Ex-CDU'ler Karl Friedrich Grau geleitete „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.". Grau ist Experte in Sachen CDU-Kontakte zu Faschisten: 1966 gehörte er zu den führenden Gründungsmitgliedern der „Deutschlandstiftung", die sich seitdem als eine der Haupt-Kontaktstellen zwischen CDU/CSU-Prominenz (u.a. Chile-Freund Heck!) und Konservativen, Reaktionären und Faschisten aller Art bewährt hat (vgl. AK 62). 1973 brachte er Wahlkampfabsprachen zwischen CDU und NPD in Gang (vgl. „tat", 2.8.75 und AK 64).

Die Verbreitung der profaschistischen Chile-Propaganda des „Komitees" findet u.a. durch das Neofaschistenblatt „Mut" statt (alle Zitate stammen aus Nummer 8/75); die „Nationalzeitung" Freys (NPD-Vereinigte Rechte") brachte eine Artikelfolge ähnlichen Inhaltes.

Einem anderen Land hat sich seit Mai '75 der der „Deutschlandstiftung" personell und ideologisch vielfach verbundene „Bund Freies Deutschland" (vgl. AK 63) zugewandt: *„Zur Wahrung und Verteidigung der demokratischen Grundrechte in der westlichen Welt"* gründeten Mitglieder des BFD ein „Komitee Freiheit für Portugal" („Welt", 31.5.75). ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Faschisten trauern um ihren James Bond

Nach langem Klinikaufenthalt, zurückgekehrt in seine Wahlheimat Spanien, ist unser Freund und Waffengefährte

Otto Skorzeny

SS-Standartenführer und Oberst a. D.
Träger des Eichenlaubes zum Ritterkreuz

am vergangenen Samstag zur großen Armee abberufen worden. Seine Taten sind Geschichte. Vom Feinde geachtet, in der Heimat verehrt, bleibt er unvergessen.

Freundeskreis Skorzeny
Kurt Brisner

Am 5 Juli starb in Madrid Otto Skorzeny, ehemaliger Oberst der Waffen-SS und SS-Obersturmbannführer.

In trauter Zweisamkeit verherrlichten sowohl die offenen Faschisten als auch Springers braune Schreiberlinge die Person und Aktivitäten dieses faschistischen Obergangsters. Für die „Deutsche Wochenzeitung" (NPD) war Skorzeny *„einer der tollkühnsten Soldaten des Zweiten Weltkrieges"*, der *„weit über das Maß des Alltäglichen hinaus soldatische Initiative und tollkühnes Draufgängertum im Kampf für Deutschland"* zeigte („DWZ", 29/30.75). Auch „Spiegel" und „Stern" wußten Lobendes zu berichten: *„Hitlers berühmt-berüchtigter Experte für gewagte militärische Sondereinsätze"* („Stern" 30/75) sei *„weltbekannt als eine Art 007 seines Landmannes Hitler"* („Spiegel' 29/75) geworden. In der „Bild" am 7.7.75 geriet der braune Schreiberling Horst Reber geradezu ins Schwärmen über diesen *„Hühnen, dunkelblond, blauäugig, Schmisse auf der Wange"*, den *„Haudegen, der auch (!) den Schnaps vernichtete, wo er ihn traf."* Mit heller Begeisterung schilderte „Bild", wie Skorzeny *„ mit 100 Fallschirmjägern in Segelflugzeugen"* in einem *„tollkühnen Husarenstreich"* Mussolini aus der Gefangenschaft des Badoglio-Regimes befreit hatte.

Faschistische „Heldentaten": Die Befreiung Mussolinis...

Seit April 1943 war SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny Gruppenleiter VI S des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Kommandeur des SS-Sonderverbandes Oranienburg. Aufgabe dieses Verbandes war der schnellstmögliche Aufbau eines Geheimdienstes, um im Iran, in Indien, USA, England und vor allem in der Sowjetunion besser Wühlarbeit leisten zu können. Zu seinen Aufgaben gehörten solche allem in der Sowjetunion besser Wühlarbeit leisten zu können. Zu seinen Aufgaben gehörten solche „Abenteuer" wie Sabotage, Bombenattentate, Menschenraub und Mord. Seit Januar 1945 wütete Skorzeny ausschließlich an der Ostfront. Vorher aber organisierte er mit seinem SS-Sonderverband am 12. September 1943 die Entführung des italienischen Faschistenführers Mussolini aus der Gefangenschaft der Badoglio-Regierung, von der „Bild" mit glänzenden Augen zu erzählen weiß. Als der italienische Faschismus durch die Landung der Westalliierten auf Sizilien (10. Juni) und durch den antifaschistischen Kampf der italienischen Arbeiter und Partisanen zunehmend unter Druck geraten war, war Mussolini am 24. Juli 1943 gemeinsam vom Großen Faschistischen Rat (!), dem Königshaus, Militärs und Vertretern der Monopolbourgeoisie gestürzt worden. Dadurch wollten sie sich freie Hand für die Zusammenarbeit mit dem britischen und US-Imperialismus schaffen. Diese Zusammenarbeit erschien ihnen als einziger Ausweg, ihre Klassenherrschaft weiter aufrechterhalten zu können. Mussolini war für diesen Schwenk zu diskreditiert – und auch nicht bereit – und wurde in einem Hotel (!) auf dem Gran Sasso festgehalten. Der deutsche Faschismus hingegen wollte Italien nicht „kampflos preisgeben", (Badoglio hatte am 3. September einen Waffenstillstand abgeschossen), besetzte große Teile Italiens und setzte Mussolini nach seiner Befreiung in Salò als Chef einer neuen faschistischen „sozialen Republik" ein.

... und die Aktion gegen Horthy

Von „DWZ", „Welt" und „Spiegel" gleichermaßen hervorgehoben wurde Skorzeny's „Husarensück" („DWZ", „Spiegel") gegen den ungarischen „Reichsverweser" Horthy. Horthy war 1941 auf die Seite Hitlers in den Zweiten Weltkrieg eingetreten, bekam aber 1944 angesichts der vorrückenden „Roten Armee" zusehends kalte Füße und zeigte sich friedenswillig. Diesen mangelnden Glauben an den „Endsieg" bestrafte Hitler mit der Absetzung, die ebenfalls durch eine „spektakulären Kommandoeinsatz" herbeigeführt wurde: Skorzeny kidnappte zunächst den Sohn Horthys, stürmte dann die Budapester Burg und zwang Horthy, sich unter „den Schutz des Reiches" zu stellen.

Nach dem Krieg – in alter Tradition !

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Skorzeny, der mit dazu beigetragen hatte, die Leiden der Völker unter der Nazi-Knute zu verlängern und ihre Opfer zu vergrößern, in einem amerikanischen Kriegsverbrecherprozeß freigesprochen ! 1948 machte sich Skorzeny nach Madrid aus dem Staub und erfreute sich bis zu seinem Tode ungehinderter Frei- machte sich Skorzeny nach Madrid aus dem Staub und erfreute sich bis zu seinem Tode ungehinderter Frei- **zügigkeit in der BRD!**

Im spanischen Exil begründete und leitete er die faschistische Geheimorganisation „Die Spinne" mit Sitz in Denia. **Finanziert wurde die Organisation aus Raubgut der SS und aus Spenden westdeutscher Konzerne.** Mittels dieser Organisation wurden schnell wieder Fäden zwischen ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS geknüpft. Weit über 500 Faschisten wurde zur Flucht vor der gerechten Bestrafung verholfen, darunter auch den SS- und KZ-Mördern Eisele, Mengele und Zind.

Skorzeny lebte in einem *„Zwölf-Zimmer-Haus im Botschaftsviertel von Madrid"*, *„handelte er mit Sekt, Radios und Waffen (!). Er verkaufte Deutschen (!) Baugrund an der Sonnenküste und besaß dazu noch 30 Schnellwäschereien"*. Politisch kämpfte der *„Befreier Mussolinis"* – *„treu bis in den Tod"* – *„mit seinen Büchern für sein* (und Springers ?) *Nazi-Deutschland"*. (Ein Buch wurde übrigens in Israel verlegt...). Und *„sein Rat war bei Spaniens Staatschef Franco, aber auch bei amerikanischen und englischen Generälen gefragt."* – So weit „Bild"s Schilderung des *„Lebens eines ehrbaren, treuen Abenteurers"*. („Bild", 7.7.75).

„Faschisten-Treffen am Grabe Skorzenys"

Nach dem Tode Skorzeny's veranstalteten Madrider Freunde Skorzeny's ein „Heldenbegräbnis", an dem sich deutsche, spanische, französische, englische und amerikanische „Freunde" beteiligten.

Unter ihnen **Ulrich Rudel**, Träger des von Hitler nur einmal verliehenen „Goldenen Eichenlaubes mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes" (höchste Auszeichnung); **Hans Baur**, Hitlers persönlicher Pilot, Generalleutnant der Waffen-SS; **Walter Dahl**, ehemaliger Kommandeur der deutschen Rammjäger, im Auftrag der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger"; **Karl Cerff** als Sprecher der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS e. V." (HIAG); Abordnungen der spanischen Faschistenpartei „Falange" sowie weitere Vertreter ausländischer SS-Einheiten und *„zahlreiche englische und amerikanische Freunde"* („DWZ", 30/75). **Um dieses internationale Treffen im passenden Rahmen veranstalten zu können, war die Urne Skorenzy's in die BRD, nach Kempten, eingeschmuggelt worden („BamS", 13.7.)!**

Im Festsaal des Hotels „Post" in **Kempten/Allgäu** fanden sich am 12. 7. 250 („BamS", 13. 7.) bis 350 („DWZ", 18. 7.) Alt- und Jungfaschisten zusammen.

Die Beisetzung der Urne fand am 16. 7. in Wien statt. Angeblich waren „weit über 1.000 Wiener" dabei („DWZ", 31/75), unter ihnen wieder Rudel, Baur, Dahl; Hilter-Nachfolger Dönitz ließ das „letzte Geleit der Deutschen Wehrmacht" übermitteln. Weiterhin sprachen am Grab **Dr. Hans Grassl**, als Vertreter von Skorzeny's Burschenschaft „Markommania", die in „vollem Wichs" angetreten war, und ein Vertreter des „Österreichischen Kameradschaftsbundes". Der spanische Oberfaschist **Franco** ließ einen Kranz überbringen. ●

KB/ Gruppe Bremerhaven
KB / Gruppe Westberlin

Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

Am Nachmittag des 13. August fand vor der Frankfurter Katharinenkirche eine Kundgebung der NPD gegen „Mauerbau" etc. statt.

Den rund 100 Antifaschisten, die gemeinsam von der KB-Ortsgruppe und dem linken Redaktionskollektiv der Schülerzeitung „Schmierereien" mobilisiert worden waren, um dieser Nazi-Provokation entgegenzutreten, gelang es einige Male, den Faschisten ihre Schmierblätter zu entreißen; die Störaktionen der Antifaschisten gegen die Hetzreden der Nazis waren zeitweise so stark, daß dieser Sud nur noch von den unmittelbar am Rednerpodest stehenden Nazis gehört werden konnte, die von einer Polizeikette vor den Antifaschisten geschützt wurden. Aber nicht nur die Tatsache, daß die Bullen die Faschisten schützten, machte erneut ihre Komplizenschaft mit diesem Gesindel deutlich.

Der gesamte Einsatz der Bullen war auf die Einschüchterung der Antifaschisten ausgerichtet. So wurde fleißig für die Kartei des Verfassungsschutz gefilmt und fotografiert, und die Bullen drohten ständig damit, daß sie den Platz räumen würden, wenn die Lautstärke des Protests eine bestimmte Stufe überschreitet.

Als ein Nazi auf einen Antifaschisten einschlug, schritten die Bullen ein und führten den Nazi weg, was aber allein dem Nazi nützte – wurde er doch so vor der Wut der Antifaschisten geschützt. 20 Meter weiter ließen die Bullen ihn wieder laufen, ohne auch nur seine Personalien festzustellen.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Narrenfreiheit für Faschist Roeder?

Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" vom 29.8. stand Ende August in Bensheim der berüchtigte faschistische Rechtsanwalt (!!) Manfred Roeder vor Gericht. Simon Wiesenthal, Leiter des Wiener Dokumentationszentrums über die Nazi-Verbrechen am jüdischen Volk, hatte Roeder wegen übler Nachrede verklagt. U.a. hatte Roeder behauptet, Wiesenthal sei niemals in einem KZ gewesen, sondern sei Mitarbeiter des Nazi-„Sicherheitsdienstes" SD gewesen.

Wie der „FR" zu entnehmen ist, durfte sich Roeders antisemitischer Anhang ungestört im Gerichtsgebäude austoben. Simon Wiesenthal, der als Zeuge geladen war, wurde mit *„Juda verrecke!"* – Gebrüll und *„drohenden Fäusten"* („FR") empfangen. Ebenso ungestört konnte Roeder in einer langen Rede Wiesenthal weiter beschimpfen und *„etwa eine halbe Stunde lang aus einem antisemitischen Pamphlet"* („FR") vorlesen, in dem ‚den Juden' die Schuld am 2. Weltkrieg gegeben wurde. In der Verhandlungspause konnte Roeder seinem Anhang auch noch eine Rede halten: *„Die Demokraten müssen weg!"*.

Die Verhandlung wurde schließlich vertagt. *„Roeder verläßt strahlend den Gerichtssaal. Er wird von seinen Anhängern mit Blumen begrüßt. Wiesenthal wird von der Polizei aus dem Gericht eskortiert."*

Soweit der Bericht der „FR". Einige zusätzliche Bemerkungen sind angebracht: Roeder begann seine Aktivität 1970 mit spektakulären Auftritten bei Sex-Messen und gegen Sex-Filme. Diese Aktivität wurde insbesondere von klerikalen Kreisen mit größtem Wohlwollen verfolgt. Die katholische „neue bildpost" (5.12.71) würdigte ihn als *„aktiver Christ, ... der nicht tatenlos zusehen will, wie sein Land einer Entwicklung zusteuert, die er als Christ, als Familienvater und als Bürger dieses Staates nicht verantworten kann"*. Die „Katholische Pilgerzeitung" schrieb noch am 2.1.73, als Einleitung zu einem Nachdruck aus einem Roeder-Pamphlet: *„Während Katholiken um ihr Glaubensgut kämpfen, schließen sich Rechtsanwälte zusammen und kämpfen gegen die Unsittlichkeit, die Porno-Welle, ja sogar gegen eine widernatürliche (? !) Justiz ... Der scheinbar unaufhaltsamen Entwicklung der Sex-Welle muß eben mit einer entsprechenden Härte begegnet werden"*.

Die evangelische Kirche stellte Roeder k o s t e n l o s auf zehn Jahre, lediglich gegen Übernahme der Renovierungskosten, eine Villa in Bensheim zur Verfügung. Dazu Pfarrer Jakob vom Pfarramt Bensheim-Mitte: *„Er hat damals ein Anliegen vertreten, das wir billigen konnten, er hat besonders gegen sittliche Verwahrlosung sich gewandt, gegen Entartungserscheinungen, gegen die Auswüchse von Porno usw."* („FR", 9.10.73)

Am 23.12.71 bekam die von Roeder gegründete „Deutsche Bürgerinitiative e.V." gar noch vom Staat den Status der „Gemeinnützigkeit" beschert, was einige finanzielle Vorteile bedeutete. Erst im Herbst 1973, nachdem verschiedene Presseorgane („Extra-Dienst" Westberlin, „FR", „Allgemeine jüdische Wochenzeitung" u. a.) über das Treiben der Roeder-Bande berichtet hatte, wurde ihm die „Gemeinnützigkeit" wieder abgesprochen.

Zu diesem Zeitpunkt war Roeder vom Anti-Porno-Kampf schon lange übergegangen zu weitergesteckten Zielen: Vor allem eine massive Kampagne für die Freilassung des in Westberlin-Spandau inhaftierten Kriegsverbrechers Hess („Stellvertreter des Führers") und zügellose antisemitische Hetze. In seinen Schriften behauptete er, *„daß Deutschland nicht die geringste Schuld am Ausbruch beider Weltkriege trägt"* und *„daß niemals 6 Millionen Juden umgebracht wurden, daß höchstens ein Bruchteil davon in den Wirren des*



Faschist Roeder gehört endlich hinter Gitter!

Krieges umgekommen sein kann, so wie jedes betroffene Volk unschuldige Opfer gehabt hat" (27.11.74). Roeder schrieb ein Vorwort für das von seinem Gesinnungsgenossen Thies Christophersen verfaßte Pamphlet *„Die Auschwitz-Lüge"*, in dem das Vernichtungslager Auschwitz als mopsfidele Sommerfrische vorgestellt wird, wo kein einziger Jude vergast worden sei! **(Der Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, schätzte, „daß mindestens 2,5 Mio. Opfer dort durch Vergasung und Verbrennen hingerichtet und ausgerottet wurden" und eine weitere halbe Million „durch Hunger und Krankheit" starben).**

In anderen Pamphleten schrieb Roeder, die BRD sei *„nur eine zionistische Kolonie"* (Okt. 1974); die deutsche Justiz sei *„vollkommen abhängig von den Zionisten. Wer in der Bundesrepublik Minister werden oder ein hohes Amt im Staat bekleiden wolle, müsse zuvor nach Jerusalem pilgern"*. (Aug./Sept. 1974). Simon Wiesenthal sei *„der heimliche Gauleiter von Deutschland"* (30.5.73), *„Herr Wiesenthal und seine Hintermänner sind die Todfeinde des deutschen Volkes, und jeder, der weiterhin mit ihnen zusammenarbeitet, wird sich wegen dieses Vorwurfs noch zu ver-*



Fortsetzung Seite 40

Bremen:

Vorgeschmack auf den Polizeistaat

Massive Behinderung der kommunistischen Agitation und Propaganda

Freitag Nachmittag, Fußgängerzone in der Bremer Innenstadt: Verkäufer des ARBEITERKAMPF und andere kommunistische Zeitungsverkäufer bieten den Passanten ihre Zeitungen an. Zwei Bullen tauchen auf, fordern den ersten Zeitungsverkäufer, der ihnen in den Weg kommt, zur Einstellung des Verkaufs auf und drohen in fünf Minuten hier alles abzuräumen. Dann ziehen sie sich schleunigst wieder zurück.

Fünf Minuten später fahren drei bis vier Streifenwagen vor, zwei ‚zivile' Polizeiwagen schließen sich an. Die Besatzungen springen heraus und durchkämmen in Zweier- und Dreiertrupps die Fußgängerzone. Ohne jede Erklärung werden die Zeitungsverkäufer mit geübten Griffen gepackt, angeschnauzt „Sie kommen jetzt mit!", zu den Wagen gezerrt und geschleppt, hineingestoßen.

Die Zeitungsverkäufer protestieren laut, fragen nach dem Grund ihrer Verhaftung und pochen auf ihre Meinungs- und Pressefreiheit – erfolglos. Zwei Bullen haben Schwierigkeiten mit einem kräftigeren Zeitungsverkäufer fertig zu werden. Ein leger gekleideter junger Mann mit Sonnenbrille, der schon die ganze Zeit „zwanglos" in der Fußgängerzone herumgelungert hat, schaltet sich mit den Worten ein: „Jetzt ist aber Schluß hier!" und packt mit den bekannten, wohlgeübten Griffen zu. Von hinten kann man unter seinem Gürtel schlechtversteckte Handschellen blinken sehen.

Eine beachtliche Menschenmenge hat sich angesammelt, einige Herrschaften geifern dazwischen: „Richtig so! Weg mit diesem Gesindel von der Straße!" oder noch schlimmer: „Gar nicht erst lange fackeln, gleich alle aufhängen!" – Aber angesichts der Brutalität, mit der Zeitungsverkäufer weggeschleppt werden, melden sich auch andere Stimmen zu Wort: „Lassen Sie die Finger von den Leuten, die haben doch überhaupt nichts getan!", „Das ist ja schon wieder wie 33!", „Hier soll jeder seine Meinung sagen!". Passanten, die energisch ihr Demokratieverständnis äußern und gegen den Polizeieinsatz protestieren, wird ebenfalls die Festnahme angedroht. Die Bullen haben es sichtlich eilig, mit ihrem schmutzigen Geschäft fertig zu werden. Binnen drei, vier Minuten sind sämtliche Verkäufer in die Polizeiwagen verfrachtet und werden zur Wache gefahren. Dort wird versucht, durch verfängliche, teils betont freundliche Fragereien möglichst viele Informationen und Angaben aus den Festgenommenen herauszulocken. Die Personalien werden festgestellt, sämtliche vorhandenen Zeitungen werden beschlagnahmt, dann können die Zeitungsverkäufer wieder gehen.

Dieser Vorgang spielt sich so oder ähnlich nun schon seit Monaten mehrmals pro Woche in Bremen ab. Bis jetzt waren in 38 Fällen Verkäufer des ARBEITERKAMPF betroffen in weit mehr als 100 Fällen Verkäufer der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW, dazu kommt eine nicht geringe Anzahl von Fällen, in denen andere linke Gruppen (oder solche, die für „links"gehalten werden) betroffen waren.

Die Polizei geht hierbei gezielt und planmäßig vor: während z.B. die faschistische NPD unter Polizeischutz (!) ihr reaktionäres Geschreibsel in der Innenstadt verbreitet, werden linke Zeitungsverkäufer in Blitzaktionen mit großem Polizeiaufgebot von der Straße geholt, wobei möglichst wenig Aufsehen erregt werden soll (ein Bulle auf der Wache: „Auf lange Diskussionen lassen wir uns nicht ein, weil es sonst so große Menschenaufläufe gibt").

Das mitgeführte Propagandamaterial wird beschlagnahmt, seit neuestem wird es n i c h t wieder zurückgegeben! Systematisch werden die Personalien von linken Zeitungsverkäufern und zunehmend auch von Flugblattverteilern gesammelt, um die Karteien der politischen Polizei zu vervollständigen (die übrigens in den Räumen der früheren GESTAPO untergebracht ist). Gegen die Verkäufer werden Bußgelder in Höhe von 28 bis 50 DM verhängt.

Zusätzlich zu der direkten Behinderung der kommunistischen Propaganda versucht die Polizeibehörde und die Justiz also, die linken Gruppen, die sich ja lediglich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder finanzieren, mit Beschlagnahmungen und Bußgeldern einer so großen finanziellen Belastung auszusetzen, daß sie Arbstriche an der teuren Agitation und Propaganda machen müssen. Das hauptsächliche „Anliegen" des Staates ist aber sicherlich, durch Bußgeld- und Strafverfahren und die brutale Polizeigewalt die Linken einzuschüchtern und sie zu einem Zurückweichen vor der ihnen übermächtig gegenüberstehenden Staatsgewalt zu bewegen. Die Polizisten, Vollstreckungswerkzeuge dieser Staatsgewalt, bringen bei den Übergriffen gegen kommunistische Zeitungsverkäufer immer wieder Beispiele der besonderen Verhetzung, mit der sie für ihre Einsätze vorbereitet werden.



Genossen, die Unterschriften gesammelt haben, werden wie Kriminelle abgeführt — Tatort Bremen

● Z.B. spielte sich auf der Polizeiwache 6 in Bremen am 2.8. folgendes ab: ein festgenommener Verkäufer verlangt die Dienstnummer des festnehmenden Beamten, sein legitimes Recht. Die geistreiche Antwort des Polizisten Görtz: „Ich will mit dir keine Nummer machen." Die Dienstnummer wird, wie in den meisten anderen Fällen, verweigert. Der Verkäufer besteht auf seinem Recht. Antwort von Görtz: „Was Gesetz hier ist, bestimmen wir!" Wütend fragt der Verkäufer, wann denn bei solchen Verhältnissen das nächste (Nazi-)„Ermächtigungsgesetz" in Kraft tritt. Antwort von Görtz: „Am 15. Herbst und zum Glück gibt es ja bald wieder die Todesschwadron!" - (Faschistische Mördertruppe, wie es sie heute in Brasilien und Argentinien gibt!).

● Am 1.8. wurde ein etwa 15jähriger Schüler festgenommen und in einen Polizeiwagen verfrachtet. Sein Verbrechen: er hielt sich in der Sögestraße auf, dem belebtesten Teil der Fußgängerzone, mit verschiedenen bürgerlichen (!) Zeitungen unter dem Arm während eines Polizeiüberfalls auf kommunistische Zeitungsverkäufer. Seine drei Freunde mußten fünf Minuten auf die Bullen einreden, bis diese den im Übereifer gemachten „Irrtum"erkannten und den Schüler freiließen.

● Der Polizist Müller, Einsatzleiter vom 6. Polizeirevier, behauptete in einem Prozeß gegen einen Verkäufer des ARBEITERKAMPF im Juni: „Die Kommunisten geben sich ja nicht mal damit zufrieden, nur ihre Zeitung zu verkaufen, sie fassen die Leute sogar an und bauen so große Schilder. An denen kann man gar nicht vorbei." Derselbe Polizist konnte nicht einen klitzekleinen Beweis für diese Behauptungen abgeben; es sei denn, er zählt Anhänger der „Jesus-Bewegung" zu den Kommunisten.

● Die Personalien eines festgenommenen Verkäufers des ARBEITERKAMPF werden aufgenommen. Der Bulle fragt nach dem Beruf des Genossen. „Dreher", ist die Antwort (die unnötigerweise gegeben wurde, da hierzu keine Verpflichtung besteht!). Der Bulle, ganz auf die Säuberung des öffentlichen Dienstes von Verfassungsfeinden eingeschworen, versteht „Lehrer". In seiner Freude,

Fortsetzung Seite 41

Wer andern eine Grube gräbt...

Wie wir schon öfter im ARBEITERKAMPF berichteten, versucht der Staatsapparat in Bremen in der letzten Zeit in beispielloser Weise, den Verkauf von kommunistischen Zeitun-

nahmt. Seltsame Helfer hat die Polizei mindestens zweimal gefunden: Mitglieder der DKP riefen die Bullen, um einen Agitationsstand des KBW abräumen zu lassen (siehe Bericht im

tigen wollten. Folgendes hatte sich dort ereignet: Die Initiative hatte einen Stand im Stadtteil Steintor angemeldet, ihn allerdings auf der anderen Straßenseite aufgebaut. Über ein paar DKP-Wahlplakate hatten sie ein

weggeschleppt werden, melden sich auch andere Stimmen zu Wort: „Lassen Sie die Finger von den Leuten, die haben doch überhaupt nichts getan!", „Das ist ja schon wieder wie 33!", „Hier soll jeder seine Meinung sagen!". Passanten, die energisch ihr Demokratieverständnis äußern und gegen den Polizeieinsatz protestieren, wird ebenfalls die Festnahme angedroht. Die Bullen haben es sichtlich

untergebracht ist). Gegen die Verkäufer werden Bußgelder in Höhe von 28 bis 50 DM verhängt.

Zusätzlich zu der direkten Behinderung der kommunistischen Propaganda versucht die Polizeibehörde und die Justiz also, die linken Gruppen, die sich ja lediglich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder finanzieren, mit Beschlagnahmungen und Bußgeldern einer so großen finanziellen Be-

Narrenfreiheit für Faschist Roeder?

Fortsetzung von Seite 39

antworten haben ... er wird eines Tages unnachsichtig zur Rechenschaft gezogen werden" (10.10.74).

Diese Auffassungen hat Roeder in zahllosen öffentlichen Versammlungen (er bereist die gesamte Bundesrepublik, aber auch wiederholt Österreich und gar Südafrika!) vertreten können. 1974 überfiel er mit seiner Bande eine polnische Ausstellung in Westberlin über die Nazi-Verbrechen am jüdischen Volk und zerstörte einen Teil der Bilder. Anfang dieses Jahres randalierte die Roeder-Bande unter starkem Polizeischutz mit antisemitischer Hetze („Juden raus" etc.) vor dem Haus eines Frankfurter Anwalts, der an den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen beteiligt war.

Am 23. Mai organisierten Roeder und ähnliche Gruppen (Roeder inzwischen unter der Firma „Bürgerinitiative Deutsches Reich") in Flensburg ein faschistisches Treffen unter der Devise, das Nazi-Reich sei **„nie untergegangen"**. Wer anderer Meinung sei, sei, *„ein Feind des deutsches Volkes"* (aus einem Aufrufflugblatt). Dieses Nazi-Treffen wurde von Kommunisten und anderen Antifaschisten allerdings kurzerhand beendet (siehe AK 62).

Letzte bekanntgewordene „Aktion" Roeders war eine sogenannte „Sonnenwendfeier" nach nazistischem Vorbild, mit Nazi-Liedern, -Kostümen etc.

Roeder gehört zu einer größeren Gruppierung, über die wir im AK wiederholt berichtet haben (siehe zuletzt AK 63, S. 42), die praktisch eine Nachfolgeorganisation der NSDAP ist. Sie verfügt über umfangreiche Kontakte zu Nazi-Gruppen unter den „Auslandsdeutschen" (z.B. USA, Südwestafrika, Argentinien) sowie in Österreich.

Obwohl gegen Roeder zahllose Strafanzeigen vorliegen, obwohl sogar Abgeordnete der SPD/FDP und bürgerliche Presseorgane („FR", „Allgemeine jüdische Wochenzeitung" u.a.) zumindest in Worten Maßnahmen gegen Roeder immer wieder gefordert haben, ist bisher so gut wie nichts erfolgt.

Allein seine antisemitischen Tiraden müßten ausreichen, Roeder wegen Volksverhetzung für mehrere Jahre hinter Gitter zu bringen, abgesehen von allem Übrigen.

Bisher wurde Roeder jedoch von der Justiz, die er selbst frech als *„vollkommen abhängig von den Zionisten"* bezeichnet (s.o.) auffallend geschont. Sein Anti-Porno-Feldzug z. B. trug ihm seinerzeit ganze 100,-DM wegen Sachbeschädigung ein. Dieses Urteil wurde auch noch vom Oberlandesgericht Frankfurt aufgehoben – mit der Begründung, daß man gegen *„unzüchtige"* Filme etc. ruhig auch – wie Roeder – mit Farbbeuteln, Stinkbomben etc. vorgehen dürfe (ob das Gericht dasselbe wohl auch gegen faschistoide, kriegsverherrlichende Filme billigen würde? !).

Wegen der Broschüre „Auschwitz-Lüge" entschied im März '74 das Landgericht Darmstadt, kein Verfahren zu eröffnen, da der Tatbestand der Volksverhetzung gar nicht gegeben sei. Begründung: Roeders Behauptungen seien *„ so offensichtlich falsch, daß kaum ein ernstzunehmender Mensch ihnen Glauben schenken wird"* (lt. „FR", 15.3.74).

Bisher hat es also ganz den Anschein, als könnte Roeder in vollständiger Narrenfreiheit toben und die millionenfachen Opfer der Nazityrannei verhöhnen, die Zeiten des „Führers" verherrlichen und den Aufbau einer neuen NSDAP betreiben. Das kennzeichnet diesen Staat.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wer andern eine Grube gräbt...

Wie wir schon öfter im ARBEITERKAMPF berichteten, versucht der Staatsapparat in Bremen in der letzten Zeit in beispielloser Weise, den Verkauf von kommunistischen Zeitun-gen auf der Straße zu verhindern. Immer wieder werden Verkäufer festgenommen, ihre Personalien aufgenommen, sie werden zur Wache geschleppt und die Zeitungen werden beschlag-nahmt. Seltsame Helfer hat die Polizei mindestens zweimal gefunden: Mitglieder der DKP riefen die Bullen, um einen Agitationsstand des KBW abräumen zu lassen (siehe Bericht im REBELL 8), ein anderes Mal, am Sonnabend, dem 9.8. fielen die DKP'ler allerdings selbst auf den Arsch, als sie mit Hilfe der Bullen einen Stand der Initiative gegen den § 218 besei-tigen wollten. Folgendes hatte sich dort ereignet: Die Initiative hatte einen Stand im Stadtteil Steintor angemeldet, ihn allerdings auf der anderen Straßenseite aufgebaut. Über ein paar DKP-Wahlplakate hatten sie ein Spruchband gehängt, um auf ihren Stand hinzuweisen. Dies war nun den DKP'lern ein Dorn im Auge und Anlaß, die Bullen zu rufen. Diese kommen natürlich sofort, und fordern die Mitglieder der Initiative auf, ihren Stand auf die andere Straßenseite zu verlegen, andernfalls „würden sie es selber tun"! Dieser „freundlichen Aufforderung" kommen die Mitglieder der Initiative nach. Wieder kurze Zeit später tauchen die Bullen erneut auf, und fordern alle Verkäufer auf der anderen Straßenseite auf, den Verkauf einzustellen. **Kurze Zeit später tauchen die Bullen mit einem Streifenwagen und zwei Mannschaftswagen auf und nehmen sechs Verkäufer mit zur Wache. Zu diesen sechs gehören auch vier DKP'ler!**

Interessant wird es, wenn man sieht, wie die DKP auf diese Versuche des Staatsapparates, Kommunisten zu kriminalisieren und kommunistische Agitation auf der Straße zu verbieten, reagiert: Nachdem in der Bremer Innenstadt fünf Mitglieder der DKP, unter ihnen Willi Gerns, Mitglied im Präsidium der DKP, vorläufig festgenommen wurden, veröffentlichte die DKP in ihrer Zeitung „UZ" vom 16.8. eine Protesterklärung. In ihr werden die Bulleneinsätze *„als eklatanter Verfassungsbruch und gezielte Wahlbehinderung, die darauf gerichtet ist, die Aufklärung der Bevölkerung über die politischen Ziele der DKP zu erschweren und die Partei in der Öffentlichkeit zu diffamieren"* gewertet.

Hier wird so getan, als ob es sich bei dem Bullenterror um eine ganz spezielle Wahlbehinderung der DKP handeln würde. Kein Wort davon, daß in Bremen mittlerweile mehr als 100 Verkäufer linker Zeitungen auf dieselbe Art und Weise „behandelt" wurden, daß hier massiv versucht wird, fortschrittliche und insbesondere kommunistische Propaganda zu illegalisieren. Davon kann die DKP auch schlecht berichten, da sie mit Denunziationen bei den Bullen schnell bei der Hand ist, wenn es um Verkäufer kommunistischer Zeitungen geht. ●

Hier spricht die DKP. Könnten sie bitte die Chaoten abholen!

Aber gerne!

KB/Gruppe Bremen

Fortsetzung von Seite 40

Vorgeschmack auf Polizeistaat ...

einen solchen „Fang" gemacht zu haben, schreibt er die Berufsangabe auch noch ganz gegen die sonstige Gepflogenheit auf die „Sicherstellungsbescheinigung" für die beschlagnahmten Zeitungen und unterstreicht sie für höhere Stellen ...

Die Reihe delikater Beispiele für die besondere Verhetzung der Bremer Polizisten könnte noch fortgesetzt werden.

Wenn's gegen die Linken geht, gelten die eigenen Gesetze nicht mehr !

Das Vorgehen der Bremer Polizeibehörde stützt sich derweil auf keinerlei formalrechtliche Grundlage. Noch im Mai 74 bestätigte der Chef der zuständigen Abteilung im Polizeiamt, Leideck, schriftlich auf einem damals gestellten Antrag für eine Verkaufsgenehmigung: „Keine Erlaubnis erforderlich."

Neue diesbezügliche Gesetze wurden seitdem nicht erlassen, die Rechtslage hat sich also nicht geändert. Trotzdem wird jeder neue Polizeiübergriff mit der fehlenden „Gebrauchs-Erlaubnis" begründet. Dabei beruft sich die Polizeibehörde auf die „Straßenordnung für die Stadt Bremen vom 10.5.1960", nach der die über den „Gemeingebrauch hinausgehende Nutzung öffentlicher Wege und Anlagen" einer „Gebrauchserlaubnis" unterliegt. Wenn die Bremer Behörde sich mit dieser Argumentation durchsetzen kann, bedeutet das eine weitreichende Einschränkung der linken Agitation und Propaganda.

Der Verkauf kommunistischer Zeitungen in der Öffentlichkeit könnte vollständig kontrolliert werden, spontaner Verkauf auf Kundgebungen und/oder Demonstrationen wäre „illegal". – Ausdrücklich steht aber auch in der Straßenordnung, daß die vorher zitierte Vorschrift nur gilt, „soweit sich nicht aus anderen gesetzlichen Vorschriften Abweichendes ergibt".

Bekanntlich existieren in der BRD ja die Grundrechte der Pressefreiheit und Meinungsfreiheit und diese dürfen laut Gesetz auch nicht eingeschränkt werden. Die „andere gesetzliche Vorschrift", aus der sich hier also „Abweichendes" von der Bremer Straßenordnung ergibt, ist immerhin das bei anderen Anlässen (z.B. wenn es um Berufsverbote geht) vielbeschworene Grundgesetz!

Demnach ist ungehinderter Verkauf unserer Zeitungen also ein verfassungsrechtlich geschütztes Recht. Die staatlichen Behörden, die die Polizeiübergriffe immer mit der „Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" begründen, setzen sich über ihre eigenen Gesetze hinweg, um erstmal Tatsachen zu schaffen, die nachträglich durch Gesetzesänderungen abgesichert werden (siehe Gesetze zu Anwaltsüberwachung u. Verteidigerausschluß). Es wird deutlich: die Maßnahmen der Polizei gelten nicht einer „bedrohten öffentlichen Sicherheit", sie gelten ausschließlich der linken Agitation und Propaganda. Man will die Kommunisten allgemein in der Öffentlichkeit als Kriminelle erscheinen lassen, die überall Ärger mit der Polizei bekommen, wo sie öffentlich ihre Politik vertreten und ihre Presse vertreiben.

Der Staat unternimmt mit seinen ständigen zermürbenden Angriffen gegen die linke Presse (siehe auch die Berichte über Strafverfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen des KB in AK 62 u. 63) Schritte in Richtung auf ein Verbot, womit die kommunistische Agitation und Propaganda in die Illegalität getrieben würde wie zu Zeiten des Hitler-Faschismus.

Der Bremer SPD-Senat, dem von reaktionärer Presse und rechten Parteien „sozialistische Experimente" vorgeworfen werden (z.B. in der Schul- und Hochschulpolitik, s.AK 64), sucht diesen Ruf loszuwerden und demonstriert mit besonders hartem „Durchgreifen" seinen Willen das „rote Treiben" einzudämmen. Faktisch versucht der Bremer SPD-Senat das Verbot der linken Presse auf der Straße mit Polizeigewalt durchzusetzen. Der Bremer Senat kann für sich die zweifelhafte Führungsrolle in der BRD bei den Angriffen auf die Pressefreiheit der Linken in Anspruch nehmen!

Wir Kommunisten stehen dieser Entwicklung jedoch nicht völlig machtlos gegenüber. Eine – unbedingt auszuschöpfende – Möglichkeit besteht (noch) im juristischen Vorgehen gegen den Bullenterror. Die Bremer Polizei wird mit Dienstaufsichtsbeschwerden wegen des meist brutalen und nach eigenen Vorschriften unkorrekten Eingreifens „eingedeckt".

Jeder Bußgeldbescheid wird mit einem Widerspruch beantwortet, so daß jedes Bußgeldverfahren durch einen ordentlichen Prozeß entschieden werden muß. Auch verwaltungsrechtlich wird gegen diese Beschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit vorgegangen.

Wichtiger noch ist der politische Widerstand. Wir müssen in unserer Propaganda aufzeigen, daß dieser bürgerliche Staat keinerlei Skrupel hat, solche auch für eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie elementaren Grundrechte wie Pressefreiheit und Meinungsfreiheit drastisch einzuschränken, wenn sie in einer Weise ausgeschöpft werden, die ihm ernsthaft lästig ist und die ihn grundsätzlich in Frage stellt, wie eben die kommunistische Propaganda. Bei einer Entwicklung, in der dieser Staat immer offener zeigt, daß er nur für eine Klasse nützlich ist, nämlich die Kapitalistenklasse, wird die linke Presse, die die Ungerechtigkeiten dieses Systems enthüllt und den Klassencharakter dieses Staates aufzeigt, zunehmend unterdrückt. Die Marschrichtung hierbei ist die Isolierung und Ausschaltung jeglichen linken und kritischen Pressewesens. Dies muß in unserer Propaganda immer wieder deutlich gemacht und ins Bewußtsein gerückt werden, um den staatlichen Angriffen politisch etwas entgegensetzen zu können. Wir können ihnen aber auch mit einer besonderen Taktik begegnen. Es ist in Bremen mehrfach geglückt, die Bullen bei ihren Übergriffen zu stören und zu verwirren.

So statteten wir unsere Verkäufer mit Kopien eines sehr positiven Gerichtsurteils aus, das jedoch nicht rechtsverbindlich ist. Als die Bullen an verschiedenen Stellen der Stadt versuchten, Verkäufer festzunehmen, zückten diese das Urteil und lasen die entscheidenden Stellen laut und für die Umstehenden vernehmlich vor. In allen Fällen zogen sie unverrichteter Dinge wieder ab und verhafteten in dieser Woche keinen Verkäufer des ARBEITERKAMPF. Dabei wurde auch gleich ein agitatorischer Effekt erzielt, Diskussionen knüpften sich an usw. In der nächsten Woche waren die Bullen offensichtlich darüber unterrichtet, daß es sich hier nicht um ein Grundsatzurteil handelt, die Taktik mußte geändert werden.

Wir erstellten ein Flugblatt, in dem die Übergriffe der Bullen, der Bruch des bürgerlichen Rechts, die politische Bewertung und der Abwehrkampf beschrieben werden. Dieses Flugblatt haben unsere Verkäufer bei jedem Verkauf auf der Straße bei sich und verteilen es vor allem, wenn Bullenuniformen in Bremens Straßen öffentliches Ärgernis erregen. Zum einen dienen diese Flugblätter dem (allerdings begrenzten) Schutz der Verkäufer, denn das Verteilen ist in Bremen noch erlaubt (obwohl auch Verteiler schon wiederholt ihre Personalien angeben mußten), zum anderen eignen sie sich gut zur Straßenagitation, wenn sie den Passanten noch unter dem Eindruck des gerade miterlebten Polizeieinsatzes in die Hand gegeben werden. Sicher werden wir nach immer neuen Möglichkeiten suchen müssen, um den Bullen ihr „Handwerk" so schwer wie möglich zu machen.

Nicht für sinnvoll halten wir ein Vorgehen, wie man es bei Verkäufern der „Kommunistischen Volkszeitung" häufig beobachten kann. Diese Genossen ignorieren die Bullen praktisch, bis ihr Verkauf gewaltsam beendet wird. Dann versuchen sie oft, mit den Bullen in eine Diskussion über deren Vorgehensweise zu kommen, statt gezielt unter den Passanten zu agitieren. Die Bullen haben vielfach mehr Neigung, ihren Gummiknüppel einzusetzen, als sich in unbequeme Diskussionen verwickeln zu lassen!

Bemerkenswert ist auch die Reaktion der anderen linken (oder als solche angesehenen) Gruppen. Die DKP z.B. schimpft, man wolle bewußt ihren Wahlkampf behindern (u.a. wurde der DKP-Spitzenkandidat Gautier festgenommen). Welch großen politischen Weitblick muß diese Partei haben, um zu einer so umfassenden politischen Einschätzung der Polizeiübergriffe zu kommen! Aber nicht viel anders sieht es mit den übrigen „Parteien", „KPD/ML" und „KPD" aus. Sie erheben auch in dieser Hinsicht einen „Alleinvertretungsanspruch". Die Bourgeoisie fürchtet sich vor dem *„Ansturm der Massen"* unter Führung *„ihrer Partei"*. Deshalb versucht die Bourgeoisie, *„die Partei zu kriminalisieren"* (aus einem Flugblatt der „KPD/ML"). Ein Beitrag zur Bekämpfung der Polizeieinsätze sind solche größenwahnsinnigen Äußerungen sicherlich nicht. ●

KB/Gruppe Bremen

Göttingen:

Dem „Recht" zum Sieg verholfen?

— Brutaler Bulleneinsatz bei Hausräumung in Göttingen —

Am 26. August (Dienstag) knüppelten ca. 150 Polizisten das Haus Nikoweg 32 „frei". Ergebnis dieses in Göttingen mit „bisher unbekannter Härte" („Blick", 28.8.) vorgetragenen Polizei-Einsatzes: acht klinisch versorgte Demonstranten mit z.T. schweren Verletzungen.

Der Anlaß: die noch im Hause Nikoweg 32 wohnenden Studenten waren vom Studentenwerk per Gerichtsvollzieher ultimativ aufgefordert worden, das Haus zu räumen. Die bereitwillig von der Polizei gestellte „Amtshilfe" sorgte in zwei bis drei Minuten dafür, den einigen hundert „Irrläufern" (so RCDS-Freund Johannson im „Göttinger Tageblatt", 26./27.7.) zu zeigen, zu welcher Brachialgewalt dieser Staat bereit ist, wenn es für ihn gilt, die Interessen der Bevölkerung mit Füßen zu treten.

Das „Göttinger Modell"

Seit einigen Jahren verfolgt das Handels-, Versicherungs- und Baukapital die Konzeption, große Teile der Göttinger Innenstadt vom – meist sehr gut erhaltenen – Wohnraum zu säubern („sanieren") und die geschlagenen Breschen mit profitträchtigen Kaufhäusern, Versicherungspalästen und Appartementklötzen aufzufüllen. Daneben müssen breite Straßen zur Umgehung der Innenstadt und als Zufahrt zu den an ihrem Rand verteilten Parkhäusern gebaut werden. Der Göttinger Stadtrat hat sich, wie sollte es auch anders sein, als willfähriger Handlanger dieser Kahlschlagpolitik erwiesen, der zu ihrer Durchsetzung auch schnell den staatlichen Gewaltapparat einzusetzen bereit ist. So wurde bereits im letzten Dezember in einer nächtlichen Vandalenaktion ein von Jungarbeitern und Studenten besetztes Haus in der Innenstadt von „uniformierten Mitbürgern" geräumt und verwüstet. Direkter Auftraggeber dieser Bullen-Aktion war der Oetker-Konzern.



Der Widerstand gegen diese volksfeindliche Politik erreichte punktuell eine ziemliche Breite: Demonstration im Dezember mit 3.000 Teilnehmern, Stadtteilversammlungen mit über 300 Teilnehmern – was für Göttingen jeweils sehr große Zahlen sind. Die Schwäche dieser Prostestbewegung aber bestand und besteht noch in der Kurzatmigkeit ihrer Mobilisierung und der Zersplitterung der Aktionen, also in einem erst ungenügend entwickelten Bewußtsein.

Natürlich versucht der Staat, den Widerstand gegen seine Gewaltpolitik so gering wie möglich zu halten. So wurde das „Göttinger Modell" geschaffen, das eine asoziale und menschenfeindliche Politik „sozial" verbrämen soll. Danach wird den alten Mietern der zum Abriß bestimmten Häuser frühzeitig gekündigt, der Wohnraum dem Studentenwerk übergeben, das ihn zu niedrigen Kostenmieten Studenten überläßt, ohne Mietvertrag, sondern nur mit einem „Nutzungsvertrag", der fristlos gekündigt werden kann.

Zweierlei soll erreicht werden: 1. Schnelle Räumungsmöglichkeit der Häuser; 2. Spaltung des Widerstandes gegen diese Politik durch das Ausspielen von Studenten und werktätigen Bevölkerung gegeneinander. Zu offensichtlich waren diese Absichten, als daß sie nicht durchschaut worden wären. Die Vollversammlung der Uni-Studenten faßte den fortschrittlichen Beschluß, das „Göttinger Modell" abzulehnen, was immerhin den Verzicht auf große Mietersparnis für über 200 Studenten bedeutet. Außerdem wurden die derzeitigen Betroffenen des „Göttinger Modells" aufgefordert, die Häuser nicht zu räumen.

Die Antwort des Stadtrats hierauf war eine üble Weiterentwicklung des „Göttinger Modells": nun sollen zwischen dem Auszug der Studenten und dem Abriß noch einige Monate Sozialhilfeempfänger in die Wohnungen einquartiert werden. Hier wird mit der erbärmlichen Situation dieser Menschen, die oft schon aus ihren alten Wohnungen raus„saniert" worden sind und um die sich der Staat seit jeher einen Dreck geschert hat, ausgenutzt, den Kampf weiter zu aufzuspalten und noch mehr soziale Demagogie abzulassen. Im Nikoweg 32 sollte das erstmals praktiziert werden. Das sah so aus, daß nach dem Eintreffen der betreffenden Familie im Nikoweg ihr von der Stadtverwaltung so lange die Möbel vorenthalten wurden (!), bis die Studenten gewaltsam aus dem Haus rausgeschmissen worden waren. Außerdem wurde schon jetzt bekannt, daß Nikoweg 32 im Frühjahr 76 endgültig zerstört werden soll!! ●

KAG Göttingen

Bremer Polizei immer brutaler: Jugendliche überfallen

Am 22. August hat die Bremer Bereitschaftspolizei wieder einmal „Stärke" und „Überzeugungskraft" bewiesen. Als ca. 300 Jugendliche in Bremen-Neustadt zu einem Haus im Buntentorsteinweg demonstrierten, das sie als Ersatz für das vor einem halben Jahr abgebrannte Jugendfreizeitheim Thedinghauser Straße haben wollten, fanden sie Sperrgitter und ein bereits von Bullen und Spitzeln besetztes Haus vor.

In kürzester Zeit war das Haus von ca. 150 Polizisten und 20 „Zivilen" vom MEK bewacht, die nun mit unglaublicher Brutalität auf die Jugendlichen losgingen:

- **die Polizisten knüppelten auf die Jugendlichen ein, zum Teil, als sie schon halb bewußtlos am Boden lagen;**
- **einzelne wurden in Hinterhöfe gezerrt und dort brutal zusammengeschlagen;**
- **Zivilbullen spritzten das berüchtigte „chemical mace" (chemische Keule) gezielt in die Gesichter (!) der Jugendlichen, um dann auf einzelne Wehrlose loszuschlagen;**
- **Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei preschten in die sich zurückziehenden Demonstranten und trieben sie mit Knüppeln und Tränengas durch die Seitenstrassen.**

Insgesamt wurden ca. 14 Jugendliche „festgenommen", d. h. sie wurden zusammengeschlagen, in Mannschaftswagen gepfercht und zur Polizeiwache gefahren, wo die „Behandlung" fortgesetzt wurde.

Am nächsten Tag wurden 6 Jugendliche, die mit Plakaten angetroffen wurden, die über den Polizeiüberfall informierten, festgenommen.

Auf dem berüchtigten 12. Revier wurden sie „erkennungsdienstlich behandelt", 6 Stunden in Haft behalten und ständigen „Verhören" unterzogen.

Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Reihe von Übergriffen der Bremer Polizei gegen fortschrittliche Jugendliche.

(Ein ausführlicher Bericht über das Vorgehen des Bremer Staatsapparats gegen fortschrittliche Jugendarbeit wird im nächsten REBELL erscheinen.) ●

Bezirksgruppe Neustadt
KB / Gruppe Bremen



Vor ihrem Haus wird ihnen ein brutaler Empfang bereitet



Bullenknüppel, Tränengas und Polizeihund in Aktion

Bremerhaven:

Bremerhaven:

Faschisten-Provokation erfolgreich abgeschmettert

Am Sonnabend, dem 23. August, erreichte die Welle faschister Gewalttaten in Bremerhaven ihren vorläufigen Höhepunkt: Mit Eisenstangen und Tränengas ging eine Horde Neonazis gegen protestierende Antifaschisten vor und verletzte mehrere von ihnen. Damit war das Maß allerdings voll: Blitzartig wurde der NPD-Propagandastand in handliche Stücke zerlegt und nur dem Einsatz der Polizei ist es zu verdanken, daß die Faschisten selbst weitgehend unbeschädigt das Weite suchen konnten.

Bisherige Bilanz der NPD-„Wahlkampagne":

In der Nacht zum 24. Juni wurden die Schaufenster der politischen Buchhandlung „Arbeiterbuch" und des DKP-Büros mit Steinen zertümmert (der Täter konnte festgenommen werden).

Am 11.8. wurde wiederum die Schaufensterscheibe des „Arbeiterbuch" zertrümmert, der Täter konnte von einem aufmerksamen Besucher der benachbarten Gaststätte gestellt werden.

Am 2.8. marschierten ca. 30 NPD-Faschisten auf der Haupteinkaufsstraße „Bürger" auf, pflanzten ihre Fahnen (darunter die des ehemaligen „Deutschen Reichs") und Transparente („Nieder mit dem roten Faschismus" u.ä.) auf und versuchten, ihren braunen Dreck an die Passanten zu verteilen. Ein protestierender Antifaschist wurde von fünf bis sechs NPD'lern blutig geschlagen, auf die Straße geworfen und mit Fußtritten mißhandelt.

Um diesen Umtrieben einen Riegel vorzuschieben, hatten sich am folgenden Sonnabend ca. 40 bis 50 Antifaschisten auf der „Bürger" versammelt. Der NPD-Stand wurde eingekreist und die Hetze aus dem Nazi-Lautsprecherwagen wurde alsbald übertönt von kurzen Megaphon-Ansprachen und Sprechchören.

Als die NPD'ler anfingen, die Antifaschisten zu fotografieren, wurde die Herausgabe des Filmes verlangt. Reaktion der Faschisten: Mit hakenbewehrten Eisenstangen und Tränengassprühdosen gingen sie gegen die Umstehenden vor. Ihr Anführer, ein gewisser Adolf Damman aus Mittelkirchen bei Hamburg, tat sich besonders hervor: brutal knüppelte er mit der Eisenstange um sich und verletzte einen Antifaschisten an der Schläfe: anderen wurde Tränengas aus kürzester Entfernung in die Augen gespüht.

Die Antifaschisten bewiesen jedoch ihre schnelle Reaktionsfähigkeit: Das entstehende Handgemenge wurde genutzt, um das Nazi-Propagandamaterial vom Tisch zu fegen, Stellschilder wurden sorgfältig gefaltet und bei der anschließenden „Behandlung" des Tisches bewiesen zwei Antifaschisten wahre Meisterschaft im Zielspringen, was der Tisch nicht vertrug.

Nach wenigen Minuten wiesen nur noch ein paar schäbige Reste darauf hin, daß hier ein Propagandastand der Faschisten gestanden hatte. Zum Glück für die NPD'ler tauchten sehr schnell die Bullen auf – in kürzester Zeit mit ca. zehn Streifenwagen! – so daß die Faschisten um die verdiente Abreibung herumkamen.

Deutsche Polizisten schützen die Faschisten

Was dann folgte, bewies mal wieder deutlich, daß die Faschisten jederzeit mit der Unterstützung durch den Staatsapparat rechnen können: Die Bullen machten nach Anweisung des Fascho-Häuptlings Jagd auf Antifaschisten. In zwei Fällen „gelangen" Festnahmen, einer davon ein völlig unbeteiligter DKP-Zeitungsverkäufer. Besondere Schweinerei: Name und Adresse eines Festgenommenen wurden von den Bullen an den NPD-Einsatzleiter weitergegeben.

Das Vorgehen der Polizei stieß bei einem großen Teil der inzwischen auf ca. 200 Personen angewachsenen Menge auf Empörung. Schließlich durften die 20 Faschisten unter Polizeischutz den Rückzug antreten.

Für den 6.9., den 13.9. und den 27.9. haben die NPD'ler weitere Provokationen angekündigt, für den 6.9. wird sogar in Nordrhein-Westfalen mobilisiert: Neonazis aus Kamen werden zum Einsatz in Bremerhaven aufgefordert ! ●

KB/Gruppe Bemerhaven

Bremer „Skandal" Wie die CDU versuchte der SPD-Führung "Linkslastigkeit" nachzuweisen und dabei kläglich auf den Bauch fielen

In den letzten Wochen lief in der Bremischen Bürgerschaft eine Schmierenkomödie großen Stils ab, die einen winzigen Einblick in die widerlichen Praktiken vermittelte, mit denen die bürgerlichen Parteien Politik machen: der von der CDU als Wahlkampfschlager „aufgedeckte" Skandal um die SPD-Führungsspitze Bremens, die gegen angebliche Baader-Meinhof-Sympathisanten in ihren eigenen Reihen wissentlich nichts unternommen hätten.
Am Ende der „Affäre" wurde nur der Kronzeuge der CDU aus seinem Posten herausgekantet; der allen Bremer Demokraten verhaßte SPD-Präsident v. Bock und Polach: er hatte selbst für seine Parteifreunde zu hoch gepokert.

Was an Verdrehungen, Lügen, Intrigen und Hetze gegen links bei diesem Skandal ans Tageslicht befördert wurde, kübelweise, ist wert, festgehalten zu werden:

Im November 1971 wird der Pfarrer Kaiser aus der Nähe Bremens beschuldigt, Ulrike Meinhof Unterkunft gewährt zu haben. Bei der Hausdurchsuchung wird auch sein Notizbuch beschlagnahmt. In dem steht u.a. der Name des damaligen Bremer Senatsdirektors Klischies. Die berufsmäßigen Hetzer gegen Demokraten wittern einen saftigen Braten: Die (damals als verhältnismäßig fortschrittlich „verschriene") SPD-Regierung im „Baader-Meinhof-Sumpf"!

Gegen Klischies wird ermittelt – und er wird abgesägt. Die Vorwürfe können zwar widerlegt werden, aber sicher ist sicher, sagt die SPD-Führung; Klischies kann sich von dem Vorwurf, nur ein bißchen „links" zu sein, offenbar nicht ganz reinwaschen.

Immerhin ruft einer seiner SPD-Freunde, H.W. Franke, bei dem be-

Immerhin ruft einer seiner SPD-Freunde, H.W. Franke, bei dem beschuldigten Pfarrer an, um seinen Parteifreund zu retten: Der Pfarrer soll öffentlich und notariell beglaubigt erzählen, warum Klischies in sein Notizbuch kommt: Klischies war nämlich für Aussiedlerfamilien aus Polen zuständig!

Dieses Telefongespräch wird „legal" vom Verfassungsschutz abgehört.

Vier Jahre Pause. – Für die Bürgerschaftswahl im September 1975 werden im Frühjahr dieses Jahres die Listenplätze der SPD ausgekungelt. Klischies will wieder Abgeordneter werden. Er beansprucht einen guten Listenplatz. H.W. Franke – inzwischen Vize-Fraktionsführer der SPD und von gewissen Leuten völlig zu Unrecht als „Linker" – rechnet sich Chancen aus, neuer Hochschulsenator zu werden. Gegen Klischies und Franke gibt es innerparteilichen Protest (denn sie haben ja schließlich mal was mit einem RAF-„Sympathisanten" zu tun gehabt). Hauptdrahtzieher und offenbar Oberhaupt dieser reaktionären Maffia ist (hinter den Kulissen, versteht sich) Herr v. Bock und Polach, Bremens Polizeipräsident. Natürlich verfügt der über beste Beziehungen zu seinen SPD-Führungskollegen, und es gelingt ihm, Klischies für einen der vorderen Listenplätze unmöglich zu machen. Was da für schmutzige Wäsche gewaschen worden ist, können wir leider nur erahnen.

An diesen Bock und Polach erinnert sich nun die CDU, als es für sie darum geht, Wahlkampf zu führen. Die CDU braucht einen Knüller, denn die örtliche SPD betreibt das Geschäft der Reaktion so hervorragend, daß die CDU Schwierigkeiten hat, sich selber als echte law-and-order-Partei zu profilieren.

Nun dürfte es gar nicht schwierig sein, der Bremer SPD alle möglichen Schweinereien, Kungeleien etc. pp. nachzuweisen. Aber daran kann die CDU begreiflicherweise kein Interesse haben, denn: wer im Glashaus sitzt, söll nicht mit Steinen schmeissen. Die CDU verfällt deshalb auf die verrückte Idee, man könne vielleicht behaupten, daß die SPD eigentlich doch „linker" ist als sie tut. Mangels besserer Beispiele wird die Sache von 1971 wieder ausgegraben. Wer heute irgendwie in Zusammenhang mit der RAF gebracht werden kann, ist ein „Krimineller", ein „Kommunist" – jedenfalls politisch und gesellschaftlich tot.

Kronzeuge für solche gegenüber der SPD völlig unangebrachten Unterstellungen kann nur der alte Bock sein, denn dem paßt sowieso die ganze Richtung nicht mehr: als Polizeipräsident wünscht er für seine Polizisten mehr Möglichkeiten, sich auszutoben.

Das hatte er schon 1969 bewiesen, bei den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen der städtischen Verkehrsbetriebe: Er hetzte die Bullen zu brutalen und wahllosen Schlägereien auf mit dem – damals noch etwas unzeitgemäßen, heute schon selbstverständlichen – Befehl: „Nachsetzen – Dreinschlagen".

Vertrauenswürdig erscheint er der CDU jedoch noch in anderer Hinsicht: Er ist im Intrigen- und Bestechungsgeschäft sozusagen ergraut. 1960 läßt er sich für eine hübsche Summe von dem inzwischen dichtgemachten Unternehmen Borgward überzeugen, daß dessen Autos die besten Bullenwagen abgeben. 1971 mischt er kräftig im Bremer Baulandskandal mit. Daß er trotz dieser Geschäfte seinen Posten behalten konnte, dank vieler Vertrauenserklärungen seiner SPD-Führungskollegen, spricht ebenfalls für ihn: er hat Einfluß in der Partei.

Und so wurde es beschlossen: Ein guter Freund v. Bocks, der ehemalige Bild-Journalist, jetzige ZDF-Löwenthal-Mitarbeiter und CDU-Wahlkämpfer Siegerist, führt ein Telefongespräch mit ihm über das Thema: wie kann man sich die „Bremer Linksradikalen" (gemeint ist hier die SPD!!) kleinkriegen. Der Polizeipräsident macht aus seinem Herzen keine Mördergrube und erzählt, daß Klischies natürlich doch ein ver-

zen keine Mördergrube und erzählt, daß Klischies natürlich doch ein ver-

kappter Kommunist ist und daß Franke den Pfarrer damals zu einer Falschaussage aufgefordert hat; daß er selber das Tonband von diesem Gespräch – es wurde ja abgehört! – kennt und daß Bürgermeister Koschnick höchstselbst es auch kennt; aber trotzdem nichts gegen Franke unternommen hat. Fazit: Alles Kommunisten.

Dieses Telefongespräch wird ohne Bocks Wissen auf Tonband aufgezeichnet – natürlich.

Die CDU schlägt Alarm und fordert Koschnick und Franke auf, zu gehen und als die nicht gehen wollen, liest CDU-Spitzenkandidat Neumann den Inhalt des Telefongespräches zwischen Bock und Siegerist wörtlich vor.

Was dann kommt, hat die CDU so sicher nicht beabsichtigt:

1. existiert das Tonband über das Gespräch Franke – Pfarrer Kaiser nicht mehr. Es wurde – offensichtlich, weil es nichts an Verdächtigem hergab – vom Verfassungsschutz vernichtet.

2. Vor dem Untersuchungsausschuß entlasten alle Zeugen Koschnick, Franke und Klischies von dem Verdacht, heimliche Baader-Meinhof-Sympathisanten zu sein.

3. Der, der was sagen sollte, nämlich der alte Bock, Meister der Intrige, hat vor Gram, daß ausgerechnet seine Aussagen heimlich auf Tonband mitgeschnitten worden waren, eine Herzattacke gekriegt. Er kann nichts sagen.

Die Initiatoren dieser Schmierenkomödie, CDU-Spitzenkandidat Neumann und seine Freunde, ziehen die Konsequenzen: sie verweigern vor dem Untersuchungsausschuß die Aussage.

Das (vorläufige) Ende vom Lied: v. Bock und Polach wird endlich seinen Posten los. Auf Demonstranten durfte er einprügeln wie er wollte; auch gegen Bestechungen größten Stils hatte niemand etwas einzuwenden; aber seine eigenen Parteifreunde derart herzlos zu verdächtigen – das geht gegen die Gangsterehre.

Der CDU-Journalist Siegerist kriegt eine Anzeige wegen „unerlaubten Mitschnitts" eines Telefongespräches.

Um Siegerist, v. Bock und den Reinfall der CDU ist es nicht schade. Wir brauchen ihnen keine Träne nachzuweinen.

Bedeutsam ist etwas anderes:

Fortsetzung Seite 43

Fortsetzung von Seite 42

Mit einer unglaublichen Selbstverständlichkeit wird jeder Kontakt zu RAF-Mitgliedern als eine Art kriminelles Delikt gebrandmarkt. Darin unterscheidet sich die SPD in keiner Weise mehr von der CDU.

Besonders die Presse gab wieder mal ein deutliches Beispiel ihrer zunehmenden Gleichschaltung. Keine Zeitung – von der ehemals liberalen „FR" über die SPD-Presse bis hin zur „Bild"-Zeitung – stellte auch nur im entferntesten die Frage, ob eine tatsächliche Unterstützung der RAF gegen die blindwütige Verfolgung durch den Staatsapparat überhaupt ein Grund zur Bestrafung sein darf. Da soll es nichts mehr zu diskutieren geben. Die Unterschiede bei den öffentlichen Meinungsmachern bestand allein in der Stärke der Zweifel, ob die CDU ihre Hetze auch würde beweisen können.

Mit der gleichen Selbstverständlichkeit geht man darüber hinweg, daß offenbar die Telefongespräche aller, die verdächtigt wurden, irgendwie Baader-Meinhof-Sympathisant zu sein, durch den Verfassungsschutz abgehört wurden. Einziger Kommentar dazu: Das sei „legal" gewesen.

Auf der anderen Seite stimmen aber gerade die übelsten Einpeitscher der Linken ein ergreifendes Lamento an, wenn sie selber abgehört werden. Dann reden sie plötzlich von „Gefahr für die Demokratie", „Gefahr für die Meinungsfreiheit" und „Polizeistaatsmethoden".

Es bleibt folgendes nachzutragen: Gegen den Pfarrer Kaiser ist ein Gerichtsverfahren wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" eröffnet worden. ●

KB/Gruppe Bremen

Hannover:

Orwells Visionen

Bourgeoisie will totale Überwachung: Computer im Polizeidienst

Wesentlicher Bestandteil des Aufbaus einer „Neuen Gestapo" (siehe AK Nr. 58/59 und 61) und der Bürgerkriegstruppen ist die Nutzbarmachung von Computern für die Polizei-, Geheimdienst- und Justizapparate. In diesem Artikel soll das Ausmaß der Informationszentralisierung und -beschaffung dargestellt werden, sowie die Richtung aufgezeigt werden, die die Bourgeoisie bezüglich der „Datenerfassung" jedes Einzelnen einschlagen will.

1969 stellte der „Stern" noch fest: *„Elektronengehirne auf heißen Spuren – Verpaßte Chancen in Deutschland": „Die deutschen Elektronik-Experten sind nicht in einem Team vereint. Sie arbeiten mit beschränkten Mitteln unabhängig voneinander in verschiedenen Städten der Bundesrepublik. Sie telefonieren nicht einmal miteinander".* Als vorbildlich beschrieb der „Stern" dagegen Italien. Ein italienischer Computerfachmann: *„Computer zwingen zur Zentralisierung. Örtlich kann man sie gar nicht sinnvoll einsetzen. Da liegt eine Schwierigkeit für die deutsche Kripo. Sie ist föderalistisch organisiert. Bei uns ist das kein Problem. Die italienische Kripo wird zentral geführt".*

Schon 1973 konnte der damalige Innenminister Genscher jedoch verkünden: **„Das BKA hat heute auf wichtigen Gebieten FBI und Scotland Yard überholt"** („Welt am Sonntag", 26.8.73). Das Wettrennen der inneren Aufrüstung wurde deshalb ein voller Erfolg, weil besonders dem Auf- und Ausbau des BKA riesige Geldmittel zur Verfügung gestellt wurden. Folgendermaßen stiegen die Ausgaben für das BKA:

wurden. Folgendermaßen stiegen die Ausgaben für das BKA:

1. Das Bundeskriminalamt

Jahr	Stellen	Gesamtausgaben – in Mill. DM –	Vergleichsausgaben
1965	818	13,9	letzter
1966	832	16.0	Finanzplan
1967	843	16,6	(1968–1972)
1968	893	17.8	26.7
1969	933	22.4	28.0
1970	1211	38.9	24.8
1971	1529	54.7	26.4
1972	1585	75,2	40.0
1973	2062	122.0	
1974	2212	128.0	
1975	2237	130.9	
Steigerung 1975 gegenüber 1969 in vH	139.8	484.4	

berlin in Sekunden Fahndungsfotos, Handschriftproben, Fingerabdrücke etc. übertragen werden. Die Geräte waren auch in Streifenwagen einzubauen.

Die Fahndungskartei „Inpol" war der weitere wichtige Schritt. Das BKA hat dabei die Stellung einer „Spinne im Netz"; dort wurde der Zentralcomputer installiert, der mit den Computern der einzelnen Bundesländer gekoppelt ist. Die Erfassung der Personenfahndungskartei auf Magnetbänder war 1972 abgeschlossen. Es folgte die Kfz-Fahndungskartei und die Fingerabdruckkartei.

Bis 1976 sollten weitere Karteien folgen: Waffen, Dokumente, Registriergeld, nummerierte Gegenstände, Strafdatenauskünfte, Straftäterauskünfte. Sie sind inzwischen vorzeitig fertiggestellt!

Die „Elektronen-Gehirne" des BKA sind zwei Siemens-Rechner des Typs 4004/150 und ein Peripher-Rechner vom Typ Siemens 404/6. Sie antworten in maximal sechs Sekunden auf die Frage, ob eine Person gesucht wird oder nicht, ob das eingegebene Kennzeichen zu einem gestohlenen Kraftfahrzeug gehört oder nicht. Weitere Einzeldaten können von jeder angeschlossenen Polizeidienststelle in maximal zehn Sekunden abgefragt werden.

Das Ziel: *„Künftig soll jeder Polizist auch im hintersten Winkel des Bayerischen Waldes rasch innerhalb von einer bis neun Sekunden die Daten abrufen können"* („Süddeutsche Zeitung", 21.8.73).

Die Streifenwagen sollen mit Anlagen ausgerüstet werden, die direkt mit dem BKA in Verbindung stehen. Kostet ein „normaler" Streifenwagen

Die Streifenwagen sollen mit Anlagen ausgerüstet werden, die direkt mit dem BKA in Verbindung stehen. Kostet ein „normaler" Streifenwagen

ca. 20.000 DM, so erhöhen sich die Kosten bei Computerausrüstung auf 50.000 DM.

BKA-Präsident Herold wurde in einem Interview der „Wirtschaftswoche" vom 7.4.72 gefragt: *„Sie wollen ja wohl eine Datenbank einrichten, die psychologische, sozialpsychologische und soziologische Erkenntnisse über Täter sowie Verbrechen und ihre Modalitäten speichert?".* Darauf Herold: *„Im Endziel sollen sämtliche Fakten über die Kriminalität in einem Datenverbundsystem des Bundes und der Länder gespeichert sein. Dann werden wir in der Lage sein, die gespeicherten Daten beliebig zu verknüpfen und Aussagen zu liefern, die bisher nicht möglich waren, wie z.B. über die Zusammenhänge zwischen Körpergröße und Verbrechen (?!), Fingerabdruck und Vererbung (?!), Delikt und Rückfallhäufigkeit usw. ..."*

Verbund auch international

Der BKA-Computer ist nicht nur von der BRD aus befragbar. Schon in der Planungsphase gab es Gespräche mit den „deutschsprachigen Nachbarn", die sich für Anschlußmöglichkeiten interessierten. Auch Frankreich soll gleich sein Interesse bezeugt haben. Da die Karteien etc. der Interpol im Laufe der letzten Jahre ebenfalls auf EDV umgestellt worden sind, werden sich schon genug „Anschlußmöglichkeiten" ergeben.

„Anläßlich einer Besichtigung (der Innenminister der EG-Länder) *des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden hob Genscher die Notwendigkeit hervor, die Verbrechensbekämpfung in den europäischen Ländern zu koordinieren und eine ‚europäische Politik der inneren Sicherheit' zu planen"* („Kölner Stadtanzeiger", 21.8.73).

Bereits 1971 wurde folgender Versuch gestartet: Über eine Entfernung von 80.000 Kilometer wurde aus Brasilia in Brasilien über den Erdsatelliten Intersel ein Fingerabdruck eines unbekannten Verbrechers gesandt. Die Empfangsstation Raisting in Oberbayern gab den Fingerabdruck (damals noch über das öffentliche Netz der Bundespost, heute hat das BKA ein eigenes) an das BKA nach Wiesbaden weiter (nach „SZ", 1.3.72).

Auch die „neue Gestapo" ist angeschlossen

Auch die „neue Gestapo" ist angeschlossen

Im Februar 1975 wurde Staatssekretär Schüler vom Bundeskanzleramt zum Koordinator der drei Geheimdienste der BRD (Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst) bestellt.

Im Organisationserlaß heißt es: *„Zur Koordinierung und Intensivierung der Zusammenarbeit der drei Dienste und ihrer ressortübergreifenden Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen und Behörden".*

Just zu diesem Zeitpunkt meldete die Presse, daß das „Nachrichtendienstliche Informationssystem" (Nadis) des Verfassungsschutzes fertiggestellt sei, um *„sofortigen und unmittelbaren Austausch von Informationen zwischen allen Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder"* („FAZ" 7.3.75).

Der „Spiegel" vom 12.5.75 meldete Schülers „Aktion Altpapier": Alte Akten aus der „Gründerzeit der Republik" werden computergerecht ausgewertet, um „längst fälliges" aufzuarbeiten.

„Während der letzten Wochen wurden auch alle Landesämter für Verfassungsschutz, das gesamtdeutsche Institut (Nachfolgeinstitut der freiheitlichen Juristen in Berlin) und die Bonner Sicherungsgruppe des BKA an den Kölner Verfassungsschutz-Zentralcomputer angeschlossen" („Spiegel").

Zur weiteren Integrierung zwischen Geheimdiensten und Polizei soll es demnächst auch offiziell Angehörigen des BND, MAD und VS möglich sein, in andere Behörden des Öffentlichen Dienstes zu wechseln oder aufzusteigen. Mit Angehörigen des BGS funktioniert das schon seit Jahren prächtig.

Die Verknüpfung von Datensystemen soll reichen vom Verfassungsschutz bis zum BKA über die juristischen Datenbänke und das Kraftfahrzeugbundesamt („FAZ", 22.3.72). Natürlich *„unter Wahrung der Selbständigkeit der Ämter"* und *„man wird sich nur dann hineinblicken lassen, wenn ein Verdacht auf strafbare Handlungen besteht"* (und der besteht ja bekanntlich leicht).

Ja, sie denken sich das schön ...

das schön ...

Die Erfassung von Daten für die EDV geht inzwischen schon wesentlich über den Bereich der „Kriminalität" hinaus.

● Die „SZ" vom 10.12.74 schreibt, daß jetzt eine Zentralkartei für „Verfassungsfeinde" im Öffentlichen Dienst angelegt wird, damit z.B. ein Lehrer, der in Hamburg nicht ankommt, weil er ein Linker ist, auch in den anderen Bundesländern auf die „schwarze Liste" kommt.

● Auch die Bundeswehr muß sich selbstverständlich „schützen": Der Chef des MAD (Militärischer Abschirmdienst), Brigadegeneral Albert Scheerer sagte 1973 vor Journalisten: *„Der MAD hat bisher mehr als drei Millionen Sicherheitsprüfungen abgeschlossen, bei 66.159 Überprüfungsvorgängen mußten Sicherheitsrisiken festgestellt werden"* („tat",

Fortsetzung Seite 44

Die SPD kann's besser

Im Zuge ihrer „Reform der Inneren Sicherheit" nahm die SPD/FDP-Regierung 1971 einen Wechsel der Chefs im BKA vor: Präsident Paul Dickopf (61) ließ laut „Spiegel" 27/71 *„Gelegenheiten ungenutzt, Signale für eine moderne überregionale Verbrechensbekämpfung zu setzen".* Er wurde zwangspensioniert.

Neuer Präsident wurde der Sozialdemokrat Horst Herold (48), vorher Polizeipräsident von Nürnberg, der gleich am Anfang seiner Amtszeit bekanntgab, **„das BKA mit Elektronikhilfe zum Großhirn der deutschen Polizei"** zu machen (ebenda). Befriedigt stellte Herold schon im März '72 vor Journalisten fest: *„Ich bin entsetzt, wie stiefmütterlich das BKA von früheren Bundesregierungen behandelt worden ist, was die technische und personelle Ausstattung anbelangt. Ich bin jedoch optimistisch, weil die Länder jetzt einsichtiger sind und den Bestrebungen zum Aufbau eines funktionalen Datenverarbeitungssystem im Prinzip folgen"* („Frankfurter Rundschau", 1.3.72).

Die „früheren Bundesregierungen" wurden von CDU/CSU gestellt!

Computer-Verbund BKA – VS – Justiz

Die erste Aufbauphase des Computer-Verbund-Systems begann 1969 mit der Installierung eines Bildübertragungsnetzes, dessen letzte Lücke BKA-Westberlin am 1.11.1970 geschlossen wurde. Von da an konnten in der gesamten BRD und West-

Hannover:

Orwells Visionen werden wahr

Die warnenden Visionen des Schriftstellers George Orwell (‚1984') von der totalen Überwachung und Steuerung aller Lebensbereiche haben gute Chance, in der BRD Wirklichkeit zu werden. In seinem Buch hatte der Schriftsteller das Bild einer Gesellschaft gezeichnet, in der faschistische Machthaber alle Bewegungen jedes einzelnen durch Kameras beobachteten und durch Computer festhielten. „Big Brother is watching you" – „der Große Bruder beobachtet dich, überall und jederzeit". Was sich bei Erscheinen dieses Buches noch als übertriebener Verfolgungswahn für viele ausgegeben haben mag, darauf arbeitet heute der westdeutsche Staatsapparat hin:

In Hannover wurden die Straßen und Plätze bisher von 15 Kameras beobachtet („HP", 12.4.75). Zum geringsten Teil allerdings zur Verkehrsüberwachung: Die auf Hausdächern angebrachten, schwenkbaren Kameras sah man in allen Fällen von Kundgebungen oder Demonstrationen im Einsatz. Ergebnis der Kameraaufzeichnungen können dann u.a. Fotos von Demonstrationsteilnehmern sein, die diesen bei anderen Gelegenheiten – wie etwa Bewerbungen für den Öffentlichen Dienst – präsentiert werden können.

Dieses Kamera-Netz soll nunmehr ausgebaut werden. In Hannover soll insgesamt ein Netz von zunächst 60 Kameras (15 schon bestehende und 45 in der Planung), (laut „HP", 26.8.) eingerichtet werden, deren Bilder über ein neuartiges Kabelnetz in die Polizeizentrale vermittelt werden sollen. „Begründung" der Presse: Es solle *„eine Kontrolle der in der Kriminalstatistik auffälligen Gegenden erreicht werden",* es solle die Möglichkeit gegeben sein, *„interessante Punkte auszuleuchten",* („HP", 26.8.). Diese Begründung ist wohl vielseitig interpretierbar ...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg ●



Fortsetzung von Seite 43

1.12.73). (Der Brigadegeneral sagte dies übrigens im Hinblick auf den damals gerade stattgefundenen faschistischen Putsch in Chile!).

- Daß Listen der Linken beim Verfassungsschutz existieren, dürfte wohl allgemein bekannt sein.

Fingerabdrücke auch vom „Volk"

Doch die Erfassung soll nach dem Willen der Kapitalisten und ihres Staates wesentlich weiter gehen. Ziel ist die Erfassung jedes Bürgers der BRD mit möglichst vielen Informationen, ob unverdächtig oder nicht: Er „könnte ja mal ..."

Mit allerhand an den Haaren herbeigezogenen Argumenten wird versucht, diese Absichten schmackhaft zu machen: *„Die Kriminologen beklagen, daß nicht die Fingerabdrücke aller Bürger erfaßt werden können. Bei Katastrophen oder Identifizierung unbekannter Toter wäre die Volksdaktyloskopie (Fingerabdruckverfahren) eine begrüßenswerte Sache, doch dazu fehlen nach dem Gesetz alle Voraussetzungen".* (Die BRD-Fingerabdruckkartei beinhaltet nur ein Prozent der Kartei des FBI).

„Höhere Polizeistäbe weisen darauf hin, daß das einzige Erkennungszeichen, das ein Täter nicht abändern kann, der Fingerabdruck, aus den Personalausweisen verbannt worden sei. In der ersten Nachkriegszeit seien damit beachtliche Fahndungserfolge erzielt worden" („FAZ" 8.3.75).

Einführung der Meldepflicht

Vorerst wird erst einmal das Meldegesetz geändert. In der Hamburger Innenbehörde klüngelte man bereits 1972 *„als Reaktion auf die Terroranschläge bei der Olympiade in München"* ein neues Hotelmeldegesetz aus. Zukünftig sollte der Hotelgast *„detaillierte Fragen zur Person beantworten und an der Rezeption stets Ausweis oder Reisepaß präsentieren müssen. Nach Auffassung der Innenbehörde soll das Hotelpersonal darüber wachen, daß kein*
sung der Innenbehörde soll das Hotelpersonal darüber wachen, daß kein
Gast beim Ausfüllen des Meldezettels mogelt ...

Jeden Abend sollen die Hoteliers oder ihre Mitarbeiter an der Rezeption die ausgefüllten Meldezettel zur Polizei bringen, die sich über Nacht ‚auswertet' ". („Hamburger Abendbaltt", 23.9.72).

Noch in diesem Jahr soll ein bundeseinheitliches Meldegesetz verabschiedet werden. Es sieht zum einen die Hotelmeldepflicht ähnlich wie o.a. vor und zum anderen die Einführung einer zwölf-stelligen Personenkennziffer zwecks *„Rationalisierung und Vereinfachung des Verkehrs zwischen Bürger und Verwaltung"* („FR" 29.5.73). Diese Umstellung kostet mal eben 70 Mio. Mark. In einigen Städten, wie z.B. Köln, gibt es diese Personenkennziffer schon länger; jetzt soll sie jedoch **„bundeseinheitliches Identifizierungszeichen"** werden („Kölner Stadtanzeiger", 16.8. 73).

Für die Einführung dieser Art von Meldegesetzen hat sich jetzt die CDU/CSU wieder durch Vorlage ihres „Offensiv-Programms" stark gemacht (siehe AK Nr. 64).

... und Erfassung aller Personaldaten

Doch die Planung geht noch weiter, die „Erfassung" ist noch lange nicht zuende.

Die „FAZ" schreibt, wie's weitergehen soll: *„Die Städte und Gemeinden sorgen sich wegen der Aussicht, daß die Speicherung der Daten, die sie bisher über ihre Einwohner in Melde-, Steuer- und anderen Karteien jederzeit zur Verfügung haben, in Gebietsrechenzentren (geplante Zentralisierung) ihnen den unmittelbaren Zugriff verwehren könnte. Sie brauchen aber eine jederzeitige Verfügbarkeit ..."*

Für die „FAZ" *„leuchtet es fast ein"*, daß deshalb eine erweiterte Personenkennziffer, eine „Hundemarke", wie sie es nennt, eingeführt werden soll. Aus ihr ginge dann hervor:

- Konfession;
- Familienstand;
- Einkommen;
- Haus- und Grundbesitz;
- Auto (oder nicht);
- Vermögen (oder nicht);
- Lohnabhängig oder „unternehmend" (wenn: wo);
- Vorstrafen (wenn: weshalb);
- *„und vieles andere, im schlimmsten Fall (?) die Verschlüsselung der Fingerabdrücke"* (ebenda).

Ausbau des Polizeistaats: Bespitzelung per Computer

„Erster Erfolg in Sachen Lorenz-Entführung" ... unter diesem Titel erschien am 20.6.75 folgender Artikel in der Zeitung „Computerwoche", den wir im folgenden auszugsweise wiedergeben:

Ein positives Ergebnis habe die Fahndung nach den Entführern des westberliner Bürgermeisters Lorenz bisher gehabt: die Polizei verfüge jetzt über ein gutes EDV-Informationssystem. Da die 9.500 Hinweise, die in Zusammenhängen mit der Großfahndung manuell nicht mehr zu bearbeiten waren, wären sie im Rechenzentrum des Senats gespeichert worden. Dort seien 70 Suchkriterien eingebaut. *„Wenn jetzt neue Verdachtsmomente auftauchen, können wir sofort feststellen, ob etwas von den alten Hinweisen dazu paßt"*, sagte der in der Abteilung Staatsschutz zuständige H. Kittlaus. *„Das war das erste Mal, daß wir die EDV in dieser Form einsetzen – und das erste Mal, daß es so viele Hinweise gab ... wir werden das System, daß aus der Not geboren wurde, jetzt ausbauen und verfeinern, damit es später auch für andere Sachen schnell eingesetzt werden kann".*

„Einfache Spitzelaufgaben" hat die EDV schon längst übernommen. So wurde in Westberlin, das als Vorreiter anzusehen ist, schon im letzten Jahr die Sicherung eines Prozesses in Moabit mit Computerhilfe vorgenommen, um schnell prüfen zu können, wer als Beschäftigter ohne weiteres Zutritt zum Gericht hat bzw. wer vorher durchsucht werden sollte.

Auch auf betrieblicher Ebene werden derartige Kontrollen zunehmend eingesetzt: So wurde in der Edeka-Zentrale in Hamburg z.B. ein neuer Gleitzeit- und Anwesenheitsbeleg eigens zu dem Zweck eingeführt, die 2.000 Beschäftigten zentral durch Computer zu kontrollieren. In einer monatlichen und jährlichen Gegenüberstellung mit prozentualer Entwicklung der Krankheitsstunden im Vergleich zu den Arbeitsstunden, die der Computer auswirft, sollen die Kollegen ausfindig gemacht werden, die auf „Kosten der Allgemeinheit zu oft krank machen".

Acom ist ein Computersystem, daß bereits in Großbetrieben wie Iduna, Springer und IBM im Einsatz ist. Es erlaubt den Arbeitern und Angestellten nur nach elektronischer Über-Prüfung das Passieren in die Betriebsräume. Wer eine Tür versucht zu öffnen, für die ihn seine „Identitätskarte" nicht bevollmächtigt, der bekommt einen entsprechenden Vermerk im Computer gespeichert.

In derselben Ausgabe der oben erwähnten „Computerwoche" wurde auch von Bespitzelung im großen Stil per Computer in den USA berichtet. Dort hieß es: Einer der stellvertretenden US-Verteidigungsminister, David O. Cooke, mußte vor einem Untersuchungsausschuß des Congress zugeben, daß Dossiers (Akten) von über 10.000 amerikanischen Bürgern noch immer in Regierungscomputern gespeichert sind, obwohl ihre Vernichtung vor vier Jahren befohlen worden war. Es handelt sich dabei um Informationen über Kriegsgegner, die bei Antikriegsdemonstrationen identifiziert worden waren. Im Pentagon-Gegenspionage-Büro seien die Daten angeblich „irrtümlich" nicht gelöscht worden, obwohl die Vernichtungsorder mit viel Publicity bekanntgegeben worden war. Cooke mußte ferner mitteilen, daß das Pentagon einen „defence central index of investigation" (Zentrale Schnüffelkartei) in Fort Holabird auf Computer speichert, der 15 Mio. (!!) Namen umfaßt. ●

Edeka-Zelle und HBV-Komitee KB/Gruppe Hamburg

Die stummen Zeugen werden immer wichtiger, weil die Beweise fehlen

Nicht nur als Informationszentrale hat sich das BKA in den letzten Jahren seinen „weltbesten" Ruf verschafft, sondern gleichzeitig wurden computergesteuerte, automatische Spurenauswerter aufgebaut, die selbst das FBI zum Teil nicht besitzt.

„Der Sachbeweis, die Stummen Zeugen, werden immer wichtiger. Weil die Geständnisfreudigkeit der Polizeikunden immer mehr abnimmt" („WamS", 26.8.73).

Wie z. B. jetzt beim „RAF"-Prozeß, wo die Angeklagten hauptsächlich aufgrund solcher „stummen Zeugen" (und der zuviel redenden „Kronzeugen") überführt werden sollen, weil es ansonsten wenig Beweise gibt.

So ist das BKA aufgerüstet worden mit:

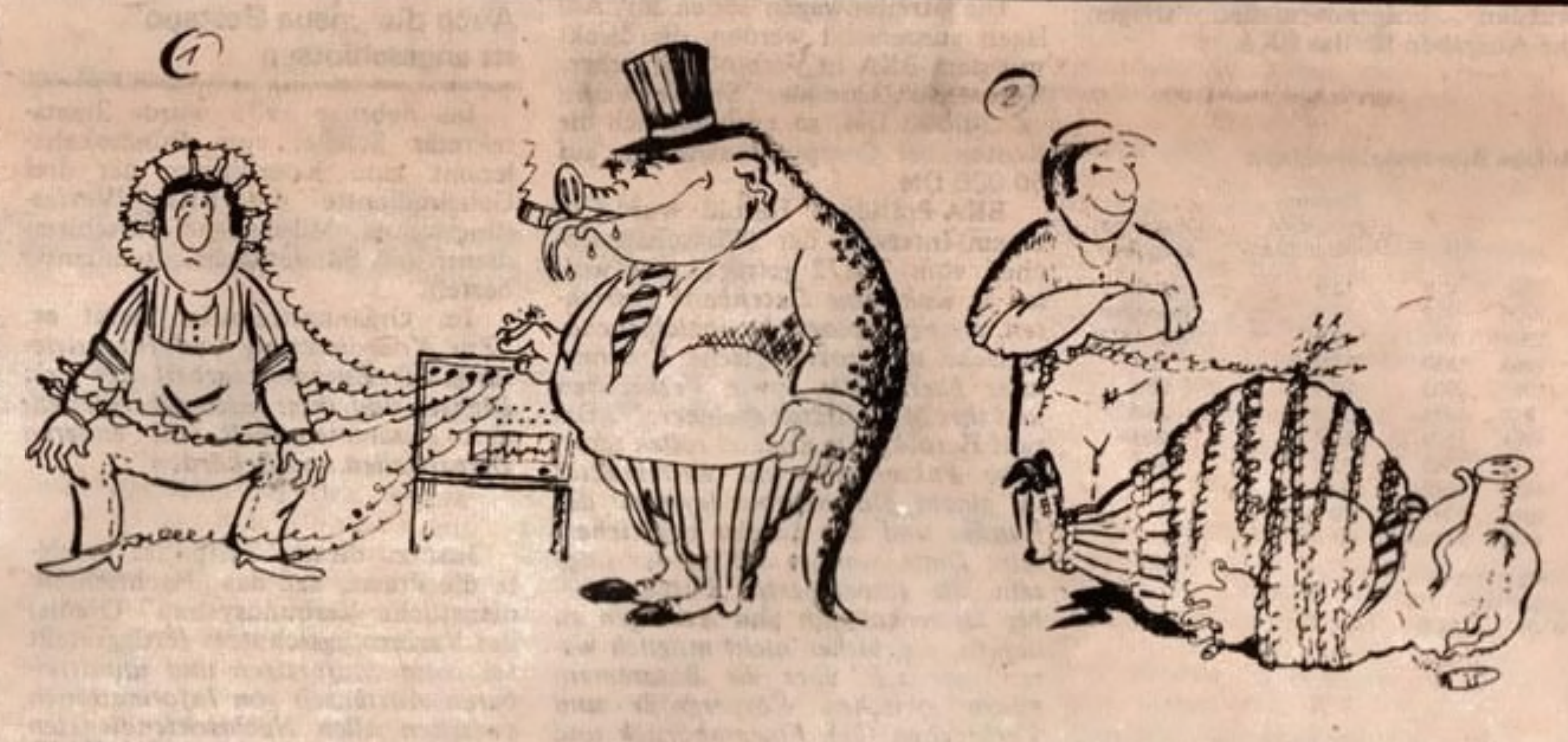
- **Röntgen-Feinstruktur-Gerät (X-ray-Defraction). 50 Milligramm genügen für die Feststellung, ob ein Farbsplitter von einem bestimmten Auto oder ob eine Sprengstoffprobe aus einer bestimmten Produktionscharge stammt.**
- **Bild-Analysator (150.000 DM). Er zählt automatisch Materie, z. B. die Körner in einem Erdstück (für Materienvergleiche).**
- **Laser-Mikrospektral-Analysator (DM 500.000). Schließt einen winzigen Krater im Eisen oder anderen Material und bestimmt die Bestandteile, z. B. Sprengstoffanalysen.**
- **Massen-Spektrometer (DM 500.000). Ermittelt und drückt aus, woraus eine bestimmte Flüssigkeit besteht.**
- **Raster-Elektronen-Mikroskop (DM 500.000). Liefert von untersuchten Objekten ein dreidimensionales Bild. Es können Untersuchungen an Oberflächen im Vergrößerungsbereich vom 20-fachen bis zum 50.000-fachen vorgenommen werden. Man kann mit ihm z. B. beweisen, daß ein Kabel mit einer bestimmten Zange durchschnitten wurde, weil Vergleichsschnitte gleiche Schnittflächen ergeben.**
- **Sonograph. Er zeichnet die Sprache eines Menschen sichtbar auf. Soll ebenso unverwechselbar sein wie ein Fingerabdruck (alles nach „WamS", 26.8.73).**

Im Landeskriminalamt in München hat das BKA sozusagen eine Sonderforschungsstelle. Dort finden sich des weiteren:

- **Perth-O-Graphen zur Oberflächenuntersuchung. Man hat z. B. angeblich einen Scheckfälscher überführt, der zu einem ausgestellten Scheck etwas hinzugefügt hatte. Mit dem Perth-O-Graphen konnte man feststellen, daß sich bei den später hinzugefügten Schriftzügen die Schreibfurchen noch nicht so stark geglättet hatten wie bei den ursprünglichen Schriftzügen.**
- **Experimentiert wird z. Zt. mit einer Art „künstlichen Hundeschnauze" für Geruchsidentifizierungen, die man von Straftätern karteimäßig festhalten will!** ●

Antifa-Kommission, KB / Gruppe Hamburg

sigkeit besteht.
KB / Gruppe Hamburg



In der bürgerlichen Presse geht man mit den Informationen über Computerkarteien und ihre Verknüpfung mit einer Doppeltaktik vor. Einerseits stellt man diese Informationssysteme als Gefahr für den Einzelnen dar, versucht, die Vision von Orwell's „1984 – Big Brother is watching you" heraufzubeschwören, indem die Computer als geheimnisvolle dunkle Mächte beschrieben werden, andererseits verharmlost man die Einführung der totalen Information. So soll der Leser einerseits verwirrt werden, Angst bekommen, sich hilflos ausgeliefert fühlen, andererseits werden ihm dann die Beruhigungspillen zugeschoben.

„Eine totale Information, die zur totalen Manipulation mißbraucht werden kann" („FR", 6.7.73).

Überschrift im „Kölner Stadtanzeiger" vom 16.8.73: *„Mit Nummern mehr Macht über den Bürger".*

„Seine (des Bürgers) *Grundrechte und sein Privatleben geraten in Gefahr, sobald der Staat die Computer gleichschaltet* (miteinander verbindet). *Sie wären dann ein Instrument staatlicher Machtausübung"* („Capital", 7/72).

Nebenstehende Skizze zeigt anschaulich, wie die Datenbanken miteinander verknüpft werden könnten.

Schutz vor „Daten-Mißbrauch"?

Immer wieder wird betont: Ein Mißbrauch ist ausgeschlossen. Ein gerade ausgearbeitetes „Datenschutzgesetz" sieht im Wesentlichen vor:

- Jeder hat das Recht zu erfahren, welche Informationen von ihm gespeichert worden sind.
- Jeder hat das Recht auf Berichtigung der Daten, unter bestimmten Voraussetzungen auch auf Sperrung und Löschung seiner persönlichen Daten.

(Nach: „Kölner Stadtanzeiger", 24.5. 73).

Daß die Praxis auch anders aussieht, kann man bereits jetzt in der bürgerlichen Presse feststellen. *„Wer erst einmal im Zuge eines Ermittlungsverfahrens in der Datei enthalten ist, kann nur auf eigenen Antrag wieder ein Löschen seiner Daten erreichen. Und selbst dies, so sieht Kripodirektor Panitz (Frankfurt) voraus, wird wohl nur dann möglich sein, wenn letztlich auch der leiseste Verdacht gegen den Beschuldigten ausgeräumt ist"* („FR", 28. 10.74).

Hessen ist das einzige Bundesland, das einen sogenannten Datenschutzbeauftragten bestellt hat, der den Computergebrauch „überprüfen" soll. Dieser kam im Lande Hessen (und in den anderen Bundesländern wird es nicht anders sein) zu ziemlich erschreckenden Ergebnissen:

- Es existiert keine exakte Übersicht, wieviel Computeranlagen es überhaupt gibt. Von einer Anlage in einem Krankenhaus erfuhr der Beauftragte z.B. dadurch, daß er in der Zeitung von einem Brand in dieser Anlage las („FR.., 4.4.73).
- *„Rechenzentren der öffentlichen Verwaltung von Hochschulen treiben mit Adressen von Bundesbürgern einen schwunghaften Handel"* („Welt" 30.4.75).
- Persönliche Daten werden gespeichert und ohne Wissen der Betroffenen weitergegeben. *„Es wurde festgestellt, daß ganz offensichtlich ein Teil der Unterlagen von Werbefirmen von amtlichen Behörden stammt. In einem Katalog werden Lieferanten für Adressen gesucht, z.B. von ledigen Müttern, ledigen Strafgefangenen und ehemaligen Fürsorgezöglingen usw."* („FR", 4.4.73).

Computer-Proben – die Fahndungstage der Faschisten

Die Zentralisierung der Information und das Computer-Verbundsystem ermöglichen es der Polizei, sehr schnell dezentral, an mehreren Orten gleichzeitig und mit gleichen Einsatzinformationen und -befehlen vorzugehen.

1967 stellte der „Stern" in seiner richtungweisenden Artikelserie „Deutschland – deine Kripo" noch bedauernd fest:

„Solche schlagartigen, überörtlichen Fahndungsaktionen – wie sie die Reichskriminalpolizei früher mit dem ‚Deutschen Fahndungstag' sehr erfolgreich durchführte – gibt es in Deutschland seit 1945 (!!) nicht mehr".

Und: *„Seit Kriegsende (!!) sind die Einwohnermeldeämter fast überall in Westdeutschland der Zuständigkeit der Polizei entzogen und den Stadtverwaltungen unterstellt worden. Die Kripo möchte schon seit langem die Einwohnermeldeämter wieder generell der Polizei unterstellen."*

Bereits einige Monate später, nämlich im November und Dezember 1967, wurden die ersten bundesweit koordinierten Fahndungstage wieder ins Leben gerufen.

Sowohl im November als auch im Dezember waren Tausende von Polizisten 36 Stunden lang im Einsatz, die alle gleichzeitig ihren Einsatzbefehl erhielten. Durchgeführt wurden:

- Razzien in Treffpunkten und Lokalen;
- Razzien auf Bahnhöfen und in Wartesälen, auf Flughäfen und an Grenzübergängen;
- Straßensperren.

Der Erfolg im November war nicht so groß (600 steckbrieflich gesuchte Kriminelle), da angeblich eine unbeabsichtigte Warnung an die Presse gegeben worden war. Im Dezember dagegen nahm man 3.500 steckbrieflich Gesuchte fest (alles nach „dpa-Hintergrund" vom 29.7.74).

Damit dürfte denn auch zum x-ten Mal die Behauptung widerlegt worden sein, daß diese Großfahndungen „wegen der Terroristen" wieder eingeführt wurden.

Je besser die Zentralisierung und die Verbindung klappt, umso schneller und „schlagkräftiger" kann solch eine Fahndung durchgeführt werden. Jedoch: Obwohl computergesteuert, waren sowohl die „Operation Winterreise", die 1974 als „Terroristenfahndung" ausgegeben wurde, wie auch die am 15.4.75 stattfindende „Großfahndung nach Terroristen und anderen Kriminellen" ein Schlag ins Wasser. Bei der Fahndung im April waren 11.831 Bullen im Einsatz; außerdem war BGS, Bahnpolizei und Zoll mit einbezogen. Überprüft wurden 168.273 Pkws und 183.066 Personen. Das Ergebnis: 323 Personen wurden festgenommen und 125 gestohlene Pkws gefunden.

Doch dabei ließ man es diesmal nicht bewenden. Nach dieser „Streufahndung" wurde zwei Tage später in einigen Bundesländern eine gezielte „Punktfahndung" durchgeführt. Für Hamburg sah das z.B. so aus: *„An diesem Tage stand den Spezialisten der automatische Datenverarbeitung der Kriminalpolizei die gesamte Datenzentrale der Stadt zur Verfügung, in der alle Meldeinformationen über 1.840.603 Hamburger*

Fortsetzung Seite 45

Fortsetzung von Seite 44

Bürger gespeichert sind. Diese Daten wurden mit einem Magnetband des Bundeskriminalamtes vergleichen, das Daten von 214.626 im Bundesgebiet gesuchten Personen enthält. Der Computer spuckte schließlich 2.108 ‚Übereinstimmungen' aus" („SZ", 18.4.75).

Inzwischen will man sich die Sache noch mehr vereinfachen: In Hamburg wird der Behördencomputer gleich im neuen Verwaltungsgebäude der Polizei mit untergebracht!

Hochsaison für Spitzel

Das Streben der Bourgeoisie nach totaler „Erfassung" ist nichts Neues. Polizei-Registraturen, Karteien der Bürokratie, Schwarze Listen – in Betrieben und anderswo – sind alte Mittel. Die „Elektronische Daten-Verarbeitung" jedoch ermöglicht durch Gleichschaltung und blitzschnelle Auswertung der ruhenden Informationen auf Ämtern, Polizeistellen, „privaten" Datenbanken usw. den jederzeitigen Zugriff auf jede beliebige Person im „großen Stil". Der Einsatz von Computern ist eine neue gefährliche Waffe der Bourgeoisie gegen alle ihre Gegner.

Allerdings entziehen sich selbst diesem Apparat zunächst alle illegalen, konspirativen oder auch nur „ordnungswidrigen" Verhaltensweisen der zu beobachtenden „Bürger". Illegalität wird in absehbarer Zeit bereits dort beginnen, wo der „Bürger" sich nicht vorschriftsmässig gemeldet hat. Für die Computerisierung dieser „Grauzone" gilt: Was in den Computer nicht reingekommen ist, kommt auch nicht heraus. Folgerichtig bemüht sich die Bourgeoisie in Vorbereitung der Illegalisierung der kommunistischen und anderen demokratischen Kräfte der BRD um den Ausbau ihres bereits vorhandenen Spitzel-Apparats, sowie um systematische Gewinnung der Bevölkerung selbst für Zuträger- und Denunzianten-Dienste.

So ertönen bei jeder neuen „RAF"-Fahndung die Aufrufe an den „Bürger", doch nun endlich mal die Trägheit abzustreifen und jeden – auch noch so unscheinbaren – Hinweis und Verdacht an die Bullen zu melden. Anonymität wird selbstverständlich garantiert; so experimentiert die Bourgeoisie im Rahmen ihres „Programms Innere Sicherheit" (PIS) mi Einrichtung einer „bürgernahmen Polizei" – sei es durch die sogenannten „Kontaktbereichsbeamten" (KOB) in Westberlin oder durch „mehr Präsenz der Polizei" in Hamburg (Funkwagen, Fahrrad, zu Fuß); so die neu am BKA gebildete „Abteilung T" („Terroristen"), die eigens
so die neu am BKA gebildete „Abteilung T" („Terroristen"), die eigens
gebildet wurde, um das Spitzelwesen bundesweit zentral anzukurbeln. Man will *„ein dichtes Netz von Informationen binnen Jahresfrist"* anlegen.

„Bei der Errichtung des Informantennetzes will man auf Berufsgruppen mit starkem Publikumsverkehr zurückgreifen. Friseure und Tankwarte beispielsweise sollen in den nächsten Tagen per ‚Merkblatt' zur Mitarbeit aufgerufen werden. Friseure sollen den Verfassungsschutz informieren, wenn ihre Kunden plötzlich die Haare färben lassen oder Toupets verlangen. Tankwarte sollen nicht nur auf wechselnde Autonummern achten und Farbwechsel melden, sondern ‚bei passender Gelegenheit' Kofferräume durchstöbern, das Wageninnere inspizieren und ‚alles Verdächtige' melden" („Extra-Dienst", Nr. 44, Mai '75). Die genannten Aktionen wurden inzwischen nebst weiteren bereits praktiziert.

Die gegenwärtige „Legalität" kommunistischer Betätigung in der BRD muß u.a. unter diesem Gesichtspunkt verstanden werden. Die Bourgeoisie will ihren Apparat sowohl über das gesamte Verbund-System, als auch über Spitzel und Informanten in der „Linken" selbst so vollständig wie möglich auffüllen, um zukünftige größere „Zugriffe" möglichst kontrolliert und „griffig" durchführen zu können. Dem muß die gesamte Linke Rechnung tragen. •

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Amilcar-Cabral-Gesellschaft (Guinea-Bissau)

Vaterlandsverteidiger auf Provokationskurs

Der scharfe Rechtskurs der westdeutschen Vaterlandsverteidiger und ihre blinde antikommunistische Hetze hat diese Kräfte zunehmend zu Provokateuren gegenüber der antiimperialistischen Solidarität gemacht. Seit geraumer Zeit scheuen sich die Vaterlandsverteidiger nicht einmal mehr, zentralen Aussagen der revolutionären Befreiungsbewegungen total zu widersprechen, um die These „Hauptfeind Sozialimperialismus" auch für den letzten Winkel der Erdoberfläche „beweisen" zu können. Besonders dort, wo die materielle Unterstützung des revolutionären Befreiungskampfes durch die Sowjetunion erheblich ist und von den betreffenden Befreiungsbewegungen entsprechend gewürdigt wird, ist die These vom „Hauptfeind Sozialimperialismus" schlicht verbrecherisch. Das gilt für Länder wie Vietnam, Laos, Oman/Dhofar, Palästina, Angola, Guinea-Bissau u. a.
So betrachtet ist die nachstehend geschilderte Auseinandersetzung beispielhaft für den unversöhnlichen Widerspruch zwischen antiimperialistischer Solidarität und politischer Provokation gegen die Völker der Dritten Welt.

Die „Amilcar-Cabral-Gesellschaft" wurde am 25. Mai 1975 von knapp 100 Menschen aus verschiedenen Städten der BRD in Münster gegründet. Bei der Gründungsversammlung wurden als wesentliche Aufgaben der „ACG" u. a. festgelegt:

– *„Die Politik der Regierung von Guinea-Bissau und der Kapverden in der BRD verständlich zu machen und über die Probleme dieser Länder zu unterrichten"*
(Satzung § 1, Absatz 3);



– gegenseitige Informationen über

– *gegenseitige Informationen über den umfassenden Kampf dieser Völker zu fördern;*
– *Unterstützung beim Aufbau des Landes zu leisten: 1. Organisierung von Sammlungen und Spenden. 2. Gewinnung von fortschrittlichen Fachkräften, die bereit sind, unter den von der PAIGC* (Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau – Anm. AK) *gestellten Bedingungen in Guinea-Bissau und auf den Kapverden zu arbeiten. 3. Wissenschaftliche Arbeitsvorhaben oder Begleitung von Projekten der Republik Guinea-Bissau;*
– *Kulturaustausch: 1. Verbreitung der Erfahrungen aus der Geschichte und dem Kampf der Völker von Guinea-Bissau und des deutschen Volkes. 2. Verbreitung der Werke von Amilcar Cabral ..."*
(Programm, Absatz 6);
– *Auch der BRD-Imperialismus hat bis vor kurzem die Verbrechen des portugiesischen Kolonialismus gegen die Völker von Guinea-Bissau und den Kapverden politisch und militärisch unterstützt. Die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern von Guinea-Bissau und den Kapverden zu fördern, heißt deshalb heute insbesondere, dem BRD-Imperialismus überall dort, wo er seine bisherige Politik neokolonialistisch fortsetzt, entgegenzutreten."*
(Programm, Absatz 4).

Diese wenigen Auszüge sollen genügen, um zu zeigen, daß die Gründung der „ACG" eine fortschrittliche Initiative war.

Die Rolle der „Vaterlandsverteidiger"

Besonders die offizielle Anerkennung der „ACG" durch die PAIGC hat von Beginn an ein reges Interesse der „KPD" und ihrer Unterorganisation „Liga gegen den Imperialismus" hervorgerufen. Die bekannte Tatsache, daß diejenigen, die im eigenen Lande nichts auf die Beine kriegen, umso mehr nach internationaler „Anerkennung" lechzen, wurde mit der Anwesenheit von ca. 25 „Liga"-Mitgliedern auf der Gründungsversammlung dokumentiert – und wie ‚vernünftig' die waren ...!

Kaum ein Wort vom „Sozialimperialismus"; dafür viele „konstruktive" Vorschläge zur Satzung (nach dem Motto „Herr Lehrer, ich weiß was"); einige konnten sich kaum einkriegen, wenn sie über die „Bedeutung der Gesellschaft" usw. schwärmten. Derartige Anstrengungen wurden schließlich mit zwei Sitzen (von sieben) im Vorstand honoriert. Doch noch am selben Tag, bei der ersten öffentlichen Veranstaltung der „ACG", begann die Reihe der Provokationen der „Liga" gegen die Politik der PAIGC, die hier nur beispielhaft dargelegt werden soll:

– Erste öffentliche Versammlung in Münster. Die „kurzen Grußbotschaften" der „KPD" und „Liga" stellten sich als langatmige Reden (40 Minuten) heraus. Im Mittelpunkt stand der *„Vormarsch des Sozialimperialismus in Afrika"*, der *„seine gierigen Finger auch nach Guinea-Bissau und den Kapverden ausstreckt"*, der *„vortäuscht, auf den Kapverden einen Fischereihafen haben zu wollen, in Wirklichkeit jedoch nur die NATO-Stützpunkte übernehmen will."*
– In Westberlin führte das „Afrika Komitee" (Untergruppe der „Liga") u. a. mit der kapverdianischen Musikgruppe Kaoguiama (von der PAIGC) eine Veranstaltung durch. Offensichtlich in Ausnutzung der Tatsache, daß die kapverdischen Genos-
sen kein Wort Deutsch verstehen
sen kein Wort Deutsch verstehen, wurden sie unter einem monströsen Transparent *„US-Imperialismus und sowjetischer Sozialimperialismus – raus aus Afrika"* plaziert und in der Zeitung der „Liga" abgedruckt!
– Die Veranstaltung zur Unabhängigkeit der Kapverden in Hamburg wurde „gemeinsam" von „Liga" und „ACG" durchgeführt. Andere linke Organisationen wurden gar nicht erst kontaktiert! Offizieller Veranstalter war die „ACG"; die „Liga" rief mit einigen Flugblättern und Plakaten auf – unter der Hauptparole „US-Imperialismus und sowjetischer Sozialimperialismus – raus aus Afrika". Daß die „ACG" der Veranstalter war, wurde von der „Liga" nicht einmal erwähnt. Entsprechend lief die Veranstaltung ab. Der ARBEITERKAMPF konnte auf dieser Veranstaltung nicht verkauft werden; als „Agent der Cunhal-Clique" angepöbelt und tätlich bedroht, mußte der Verkäufer (weil alleine erschienen) abziehen.

Diese Beispiele genügen, um aufzuzeigen, daß „KPD" und „Liga" bemüht sind, die „Amilcar-Cabral-Gesellschaft" zu majorisieren, um mit der „Autorität der PAIGC" ihre antikommunistische Hetze gegen die Sowjetunion an den Mann zu bringen.

Die Stellung der PAIGC zur Sowjetunion

In welch' hanebüchener Weise die Politik von „KPD" und „Liga" gegen die Aussagen der PAIGC und damit gegen das Volk von Guinea-Bissau und der Kapverden gerichtet ist, wird deutlich, wenn man das wirkliche Verhältnis der PAIGC zur Sowjetunion betrachtet.

Tatsächlich hat die Sowjetunion (und die anderen Länder des „Warschauer Paktes") den bedeutendsten Teil der materiellen Hilfe und Ausrüstung der PAIGC mit Waffen im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus (und seine NATO-Verbündeten) getragen.

Sowohl bei den Unabhängigkeitsfeiern in Guinea-Bissau als auch auf den Kapverden sind die Vertreter der SU entsprechend herzlich empfangen worden.

Im „Politischen Handbuch der PAIGC" (Schrift der PAIGC zur Kaderschulung) wird im Kap. 19 u. a. zur Sowjetunion A. Cabral zitiert: *„ ... Aber wir wissen auch, daß seit der Sozialistischen Revolution und mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges die Welt endgültig ihr Ange-*

„Amilcar-Cabral-Gesellschaft" vor wichtiger Entscheidung

sicht verändert hat. Es entstand das sozialistische Lager. Das hat die Kräfteverhältnisse von Grund auf verändert, und das sozialistische Lager hat gezeigt, daß es sich seiner internationalistischen Pflichten bewußt ist, historischer, nicht moralischer Pflichten. Denn die Völker der sozialistischen Länder haben niemals Völker in den Kolonien ausgebeutet. Sie sind sich ihrer Verpflichtungen bewußt, und deshalb ist es mir eine Ehre, Euch hier offen zu sagen, daß wir wesentliche und wirksame Unterstützung von seiten dieser Länder erhalten, die die Unterstützung unserer afrikanischen Brüder verstärkt."

Die Unvereinbarkeit dieser wirklichen Position der PAIGC mit den zentralen Aussagen von „KPD" und „Liga" braucht nicht weiter erläutert zu werden. Nur bewußte politische Falschspieler können ausgerechnet den Namen Amilcar Cabrals und der PAIGC benutzen, um gegen die SU zu hetzen!

In verschiedenen Auseinandersetzungen haben sich zwischenzeitlich die Positionen der an der revolutionären PAIGC orientierten Antiimperialisten in der „ACG" bezüglich der „Liga"-Provokationen herausgebildet. Sie fordern:

– Antikommunistische Hetze darf von der „ACG" nicht betrieben werden;
– keine Aktionseinheit mit Organisationen, die im Rahmen der gemeinsamen Aktion auf diese Hetze nicht verzichten wollen;

– aktives Engagement der „ACG" gegen Provokateure, die die politischen Aussagen der revolutionären PAIGC verdrehen.

In Kürze soll der Vorstand zu diesen entscheidenden Fragen Beschlüsse fassen.

Schon im Vorwege hat die „Liga" deutlich gemacht, daß sie nicht bereit ist, das Programm der PAIGC zur Ma-
deutlich gemacht, daß sie nicht bereit ist, das Programm der PAIGC zur Ma-
xime ihrer Arbeit in der „ACG" zu machen:

„Der KB-Nord, der mit einem (!) *Vertreter in der OG-Hamburg der Amilcar-Cabral-Gesellschaft arbeitet, versucht die Einheitsfront zu spalten* (einer!), *indem er den Genossen der Liga, die in der Amilcar-Cabral-Gesellschaft arbeiten, verbieten möchte, die beiden Supermächte, die Hauptkriegstreiber, besonders den sowjetischen Sozialimperialismus, anzugreifen. Dabei bedient er sich einer üblen Hintertreppenpolitik, indem er behauptet, die Antiimperialisten in der BRD dürften keine Propaganda entfalten, die über das Programm der PAIGC hinausgeht* (? !)" („Internationale Solidarität", Zeitschrift der „Liga", August 75).

Frecher geht's nimmer! Nachdem bewiesen wurde, daß die Positionen der Liga denen der PAIGC antagonistisch gegenüberstehen, versuchen diese Vögel, ihre Behauptungen als „darüberhinausgehend" (schöpferische Weiterentwicklung"? !) zu verkaufen! Ein klarer, unverhüllter Angriff auf die PAIGC wäre zwar nicht weniger übel, aber immerhin ehrlicher. Ansehen und Autorität der PAIGC bei allen Antiimperialisten verbieten der „KPD"/„Liga" jedoch (noch) eine offene Anpöbelung der Befreiungsbewegung; das ist der Grund, warum objektive Hetze mit scheinbarer Solidarität bemäntelt wird.

Die „Amilcar-Cabral-Gesellschaft" sollte klare Beschlüsse gegen die Provokateure fassen. Sonst besteht die Gefahr, daß die Freunde der PAIGC in der BRD ihre Solidarität anderweitig organisieren müssen.

Von den bevorstehenden Entscheidungen werden wir berichten. •

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Darüber schmunzelt der Kommunist

Wie leicht bürgerliche Schreiberlinge sich ihr Geld verdienen – das offenbart höchst anschaulich ein Aufsatz von einem gewissen Andreas von (!) Weiß unter dem Titel *„Linksradikale Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre politische Bedeutung"*, der kürzlich in einem Sammelband über die europäische Linke erschienen ist.

A.v.W., der seinen Mist häufig in bürgerlichen Zeitungen ablädt und angeblich mit „Verfassungsschutz"-Material „arbeitet", hat sich in diesem Aufsatz insbesondere bei der „Behandlung" unserer Organisation, des KB, einen geradezu unglaublichen Kohl geleistet. Hier einige der schönsten Blüten, die wir dem AK-Leser nicht vorenthalten wollen:

Eingeführt werden wir unter dem (politisch gar nicht einmal unzutreffenden, aber von uns keineswegs geführten) Namen *„Kommunistischer Bund für den proletarischen Internationalismus (KB)"*.

Richtig weiß A.v.Weiß zu berichten, daß der „Schwerpunkt" des KB bisher in Hamburg ist, daß es aber auch andere Gruppen in Norddeutschland, in Frankfurt und Westberlin gibt.

Weiß kriegt auch unsere Presse noch richtig zusammen (Unser Weg, AK, die Internationale), strauchelt dann aber erneut, indem er behauptet, Führer des KB sei Bernd Rabehl (ein ehemaliger Studentenführer, der mit unserer Organisation nicht mal von weitem je zu tun hatte!!).

Und nunmehr gerät ihm alles kraus durcheinander. In Hamburg, so fabuliert A.v.Weiß, *„gibt es neben dem KB noch einen ‚Kommunistischen Arbeiterbund' (KAB), der aus dem ‚Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum' (SALZ) von 1969 hervorging. Er pflegt die Thälmann-Tradition, weshalb er in Opposition zum KB steht"*. Laut A.v.Weiß *„neigt er zur KPD/ML (RM)"*. *„Seine Studentenorganisation ist der Hamburger ‚Kommunistische Hochschulbund/Marixsten-Leninisten' (KHB/ML)"*.

Hieran stimmt buchstäblich n i c h t s !! (KAB und SALZ haben sich 1971 zum KB zusammengeschlossen; der KHB/ML war eine dem
sich 1971 zum KB zusammengeschlossen; der KHB/ML war eine dem
SALZ nahestehende Studentenorganisation, die seit mehr als drei Jahren nicht mehr existiert.)

Daß A.v.Weiß bei anderen Organisationen ähnlichen Schwachsinn drauf hat, zeigt er beispielsweise, indem er den „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (frühere ABG München) als *„die V o r l ä u f e r o r g a n i s a t i o n"* des schwäbischen (lt. A.v.Weiß: nordbayrischen!) KAB„D" angibt, obwohl beide Organisationen gar nichts miteinander zu tun haben. Oder wenn er als Organ des KAB„D" die „Kommunistische Arbeiterzeitung" angibt, die in Wirklichkeit die Zeitung des „Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD" ist.

Den größten Witz leistet sich A.v. Weiß jedoch mit der Behauptung:

„Die KPD/ML (RM) ist eine kommunistische Kaderpartei nach leninistisch-stalinistischem Vorbild"!!!

Hier zeigt sich wieder einmal, mit was für einem Mist bürgerliche Journalisten ihr Geld verdienen. Wenn derart schluderig zusammengeschmierter Kram veröffentlicht wird – mit bierernst-„wissenschaftlicher" Miene und womöglich noch mit Hinweis auf „Untersuchungen des Verfassungsschutz" – so sollten wir uns allerdings nicht täuschen lassen. Der VS kennt die Linke natürlich erheblich besser, als es die Wahnsinnsprodukte solcher bürgerlichen Journalisten hoffen lassen. •

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Die Mauer muß weg"
„Massen"demonstration der „KPD/ML" in Westberlin

Mit einem großen Transparent „**Die Mauer muß weg**" an der Spitze demonstrierte am 13. August die „KPD/ML" in Westberlin „**gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und gegen das sozialfaschistische Regime in der DDR**".

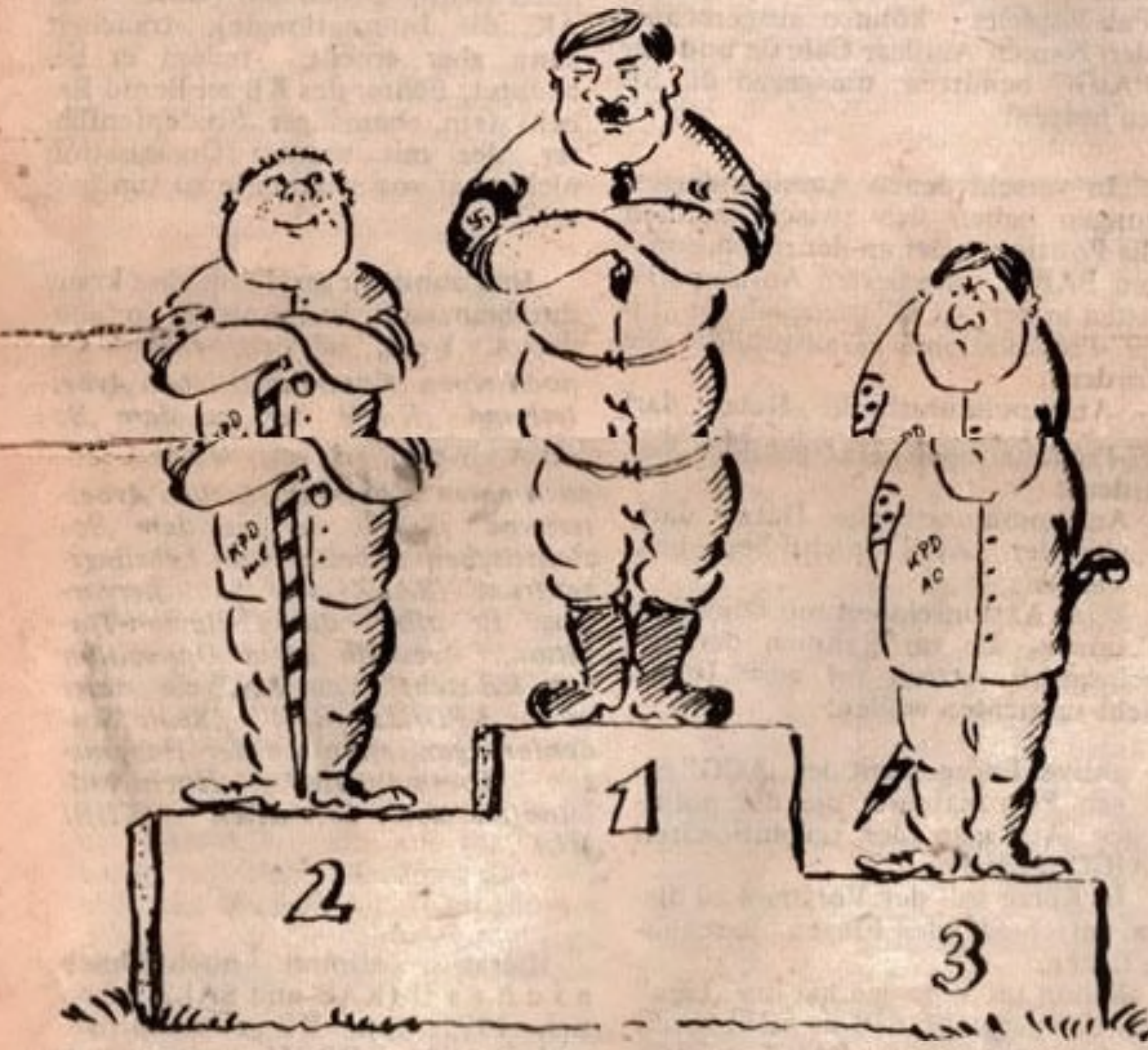
Ganze 1 5 0 Leutchen nahmen an der Demonstration teil! Und dies, obwohl – wie die „KPD/ML" ganz richtig meint – *„gerade in Westberlin die Empörung und der Haß vieler*



Kümmerlich! Unter der populären Parole, mit der die Reaktion in Westberlin zu Anfang der 60er Jahre zehntausende auf die Beine brachte, demonstrierte die „KPD/ML" am 13. August mit ganzen 150 Leutchen!

Menschen auf das Regime in der DDR und die modernen Revisionisten groß ist" („Roter Morgen", 23.8.). Zweifellos, dafür ist Westberlin ja bekannt. Unter der Parole „Die Mauer muß weg" hat Willy Brandt, als er noch ‚Regierender Bürgermeister' von Westberlin war, mehrmals gut und gern seine 200 000 Menschen auf die Beine gebracht.

Dafür hat's bei der „ML" offenbar nicht ganz gelangt. Gereicht hat es



allerdings zu einem Überfall im faschistischen Stil auf einen Info-Stand der SEW; dieser Überfall fand natürlich die Zustimmung der umstehenden „antirevisionistischen" Bevölkerung.

Die Zahl von 150 Demonstrationsteilnehmern (nach eigenen Angaben der „KPD/ML"!) zeigt aber, daß der gewünschte Erfolg auf ‚Massenebene' bisher ausgeblieben ist. Jedenfalls hat die „KPD/ML" in Westberlin in früheren Zeiten, als sie noch vorwiegend eine Politik der „revolutionären" Phrasen betrieb, einige Leute mehr auf ihre Demonstrationen gebracht.

Die „KPD/ML" ist offensichtlich bemüht, sich an die übelsten reaktionären Parolen und an den offenen, terroristischen Antikommunismus, anzuhängen. Sie orientiert sich dabei vielleicht am Vorbild ihrer portugiesischen „Bruderpartei", die sich an faschistischen Terroraktionen gegen linke Parteibüros und Genossen beteiligt.

Die „KPD", sonst eher noch ein gutes Stück rechts von der „KPD/ML" angesiedelt, zog diesmal übrigens nicht mit. Laut „Roter Morgen" erklärte sie, *„daß wir durch eine solche Demonstration leicht mit der Jungen Union verwechselt werden könnten."*

Die „Mauer"-Demo der „ML"er beweist noch einmal, daß die „KPD/ML" um keinen Deut besser ist als die „KPD", auch wenn sie diese mitunter demagogisch von ‚links' anzugreifen versucht. Bei der Verbreitung eines rabiaten Antikommunismus und beim „Anknüpfen" an entsprechende rückständige Stimmungen in der Bevölkerung ist die „KPD/ML" sogar noch skrupelloser als die „KPD".

Übrigens ist zu bezweifeln, ob sich die Westberliner „KPD" mit ihrer Stellungnahme auf der offziellen „Parteilinie" bewegt, oder ob sie nicht vielleicht demnächst das Schicksal des Westberliner KSV („KPD"-Studentenorganisation) teilen wird, dessen Führung abgesetzt wurde, weil die den „Kampf gegen die Supermächte", vor allem gegen den „Sozialimperialismus", nicht eifrig genug betrieben hatte. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

§ 218 Der KBW spinnt!

Der Artikel im letzten AK zur Schwindel-Kampagne des KBW zum § 218 hat den KBW zu einer längeren „Antwort" in seiner „KVZ" (28. 8.) veranlaßt, in der er wie üblich elegant die konkreten Kritik-Punkte umschifft.

Da im letzten AK hierzu das Wesentliche schon gesagt ist, wollen wir nur kurz auf einige Punkte eingehen.

Zur Wirkung seiner Parole „Volksentscheid" behauptet der KBW in der „KVZ": „**Es stellte sich heraus, daß mit diesen Forderungen die Aktionseinheit der Massen hergestellt werden kann, und daß auf der Grundlage dieser Forderungen die Massen den Kampf gegen den § 218 fortsetzen wollen**".

Dazu kann man nur noch sagen: Total plemplem! Realitäts-Blindheit und Größenwahn scheint eine Kinderkrankheit der linken Bewegung zu sein, die keineswegs auf die Maulhelden von „KPD/ML" und „KPD" beschränkt ist. Oder, um es mit Wilhelm Busch zu sagen: „Wenn einer, der mit Mühe kaum/ geklettert ist auf einen Baum/ schon meint, daß er ein Vogel wär/ so irrt sich der!".

Wie gewöhnlich spielt der KBW auch in der „KVZ" vom 28. 8. seine zusammengesponnene „Aktionseinheit der Massen" (die er noch n i e auch nur ansatzweise herstellen konnte!) gegen die Aktionseinheit der Linken aus. Macht nichts, wenn die gesamte Linke die „Volksentscheid"-Parole als Kohl ablehnt – meint die „KVZ" – denn dafür haben wir ja die „Aktionseinheit der Massen".

Der Witz: Wenn der KBW dann ganz konkret mit 15 (!) Mann zu einer Demo auf der Straße steht, dann sind natürlich die bösen anderen Linken schuld, die – so der KBW – „**den Kampf gegen den § 218 aufgegeben haben**". So geschehen kürzlich in Hamburg!
(siehe Artikel in diesem AK).

Daß der KBW für die „Volksentscheid"-Parole k e i n einziges Argument vorbringen kann (außer dem dümmlichen „Unsere Forderung ist gut, weil sie richtig ist"), hat sich inzwischen herumgesprochen. Ein neues Scheinargument tischte der KBW in Hamburg in einem „Offenen Brief an den Kommunistischen Bund" auf. Nämlich: *„Als Form zur Durchsetzung dieses Willens* (nach Beseitigung des § 218 – Anm. AK) *ist nach dem BVG-Urteil nur (!) möglich ein Volksentscheid, der vom Staat durchgeführt wird. Anders wird das Urteil des höchsten und verfassungsgebenden Organs nicht umgestoßen werden können".*

Sieht die bürgerliche Verfassung die Möglichkeit vor, ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes durch einen Volksentscheid aufzuheben? Nein, diese Möglichkeit ist nicht vorgesehen! Das bedeutet, daß der Staat zuerst g e z w u n g e n werden müßte, seine Verfassung zu ä n d e r n, um d a n a c h einen Volksentscheid durchzuführen. Warum sollte man dann nicht lieber gleich den Staat zwingen, d i r e k t den § 218 aufzuheben? Wahrscheinlich handelt der KBW hier wieder einmal nach der Devise: „Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht?". Daß das Verfassungsurteil n u r durch einen Volksentscheid aufgehoben werden könnte, ist jedenfalls Blödsinn! Nach bürgerlichem „Recht" kann dieses Urteil ü b e r h a u p t nicht aufgehoben werden (solange die BRD besteht); in der Realität kann es durch eine kämpferische Massenbewegung aufgehoben werden, wobei aber überhaupt nicht einsichtig ist, warum eine solche Massenbewegung ihre Forderung nach Aufhebung des § 218 ausgerechnet in die Form des „Volksentscheids" einkleiden sollte.

Schließlich hat sich der KBW immer unheimlich darüber mokiert, daß wir von der L a n g f r i s t i g k e i t des Kampfes gegen den § 218 gesprochen haben. Die „Volksentscheid"-Parole hat er demgegenüber als die große „Wunderwaffe" gepriesen, die dem Kampf angeblich eine „konkrete Perspektive" gibt. Tatsächlich hat er aber, wenn die jetzige Kampagne mit der *„zentralen Demonstration ihren Höhepunkt"* (Schlußpunkt!) erreicht hat, auch nicht mehr auf der Pfanne, als eine allgemeine Orientierung auf *„weitere Kampfschritte"* („KVZ", 28.8.), insbesondere die Orientierung auf den 1. Mai 1976, *„um den Kampf gegen den § 218 einem weiteren Höhepunkt (?) zuzuführen".*

Man sieht: Auch der KBW kocht nur mit Wasser! Falls der KBW nicht auf Jahre hinaus die § 218-Kampagne mit demselben idiotischen Kräfteaufwand wie bisher fortsetzen will (der eine weitgehende Passivität auf anderen Gebieten der politischen Arbeit, wie beispielsweise im Betrieb oder in der internationalen Solidarität – Portugal, Chile – zur Voraussetzung und zur Folge hat), wird er sich notgedrungen auf die Langfristigkeit dieses Kampfes einrichten müssen, der keineswegs von „Höhepunkt" zu „Höhepunkt" eilt, son-



dern der mit kontinuierlicher Arbeit zur Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses und mit dem Aufbau einer r e a l e n Kampffront der M a s s e n untrennbar verbunden ist. ●

Der KBW und der Wille des Volkes!

Wunschträume und Wirklichkeit sind für den KBW nicht schwer zu vereinen, auch wenn sie sich diametral gegenüberstehen.

In einem „Offenen Brief" an den KB schrieb der KBW als „Komitee gegen den § 218":

„Durch die Unterschriftensammlung und die Demonstration soll den bürgerlichen Parteien und den Organen des bürgerlichen Staates gegenüber der Wille der Massen zum Ausdruck gebracht werden, soll gezeigt werden, daß sich die Massen mit den Entscheidungen des bürgerlichen Staates nicht abfinden und den Kampf für ihre Interessen und Forderungen fortsetzen. Damit wird eine Front aufgebaut, um diese Interessen im weiteren Verlauf des Kampfes gegenüber dem bürgerlichen Staat zur Geltung zu bringen und die Forderungen zu verwirklichen".

Weiterhin schreibt er, daß die Forderung nach dem „Volksentscheid" nötig sei, um die Einheit herzustellen, die bis zur Verkündung der KBW-Forderung nach dem Volksentscheid nicht existierte (in der Tat! Aber sie existiert auch heute noch nicht!). Die Forderung nach dem „Volksentscheid" faßt, nach Meinung des KBW, die Mehrheit zusammen und mobilisiert sie schlagkräftig, um sich durchzusetzen gegen den bürgerlichen Staat.

Soweit der Wunschtraum, nun zur Wirklichkeit:

In Hamburg war der KB zum 22.8.75, 18 Uhr, vom „Komitee gegen den § 218" zu einer „Podiumsdiskussion" eingeladen worden. Neben dem KBW-Ortssekretär sollte weitere Prominenz, von SPD/FDP etc., auftreten.

Flugblätter waren vom „Komitee" dazu schon verteilt worden, allerdings drei Wochen vorher.

Nun, wir waren pünktlich vorm Audimax, um das Schauspiel mit zu erleben – und wir waren die einzigen! Audimax verrammelt, kein Plakat, kein Flugblatt, keine Erklärung, nichts!

Wir rufen also beim KBW an. Bei der ersten Anruferin legt der KBWler am anderen Ende gleich auf, beim zweiten Anruf erklärt er: es sei ihm alles so schrecklich peinlich, aber die Veranstaltung würde ausfallen, weil keiner der eingeladenen Gäste zugesagt hätte. Im selben Atemzug fragt er die Anruferin, ob sie denn schon im „Komitee" mitarbeite, wenn sie doch so interessiert sei; er fragte auch gleich nach der Wohn- das für sie „zuständige" Bezirkskomitee.

Fürwahr, eine schlagkräftige Mobilisierung der Mehrheit der Massen!

Die rauhe Wirklichkeit geht weiter: Am nächsten Morgen, am Sonnabend, geht ein Genosse durch Eimsbüttel und erblickt einen kleinen Menschenauflauf. Er geht hin – und er sieht ein Riesentransparent, zwei verdatterte Transparentträger und ungefähr 15 (fünfzehn!!) Menschen, die sich gerade schlagkräftig mobilisieren gegen den bürgerlichen Staat unter der Forderung nach dem „Volksentscheid".

Hier zeigt sich, welche reale Basis die KBW-Parole des „Volksentscheids" in einer Millionenstadt wie Hamburg hat, wo am 25. Februar immerhin über 4.000 Menschen gegen den § 218 demonstriert hatten (allerdings ohne die „geballte Schlagkraft" der „Volksentscheid"-Parole).

Eine mangels Masse ausgefallene Veranstaltung und eine 15-Mann-Demo... Da kann man nur sagen: „Das Volk hat selbst entschieden" – gegen den KBW! ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

Die „Massenlinie" des KBW

Daß sich die vom KBW ins Leben gerufenen „Komitees gegen den § 218" tatsächlich auf eine selbständige „Massenlinie" stützen, erfuhr ich kürzlich.

Am 29.8., während der Demonstration der Hamburger „Aktionseinheit" gegen die staatliche Ausplünderungspolitik, verteilten „Komitee"-Mitglieder einen „Offenen Brief an den Kommunistischen Bund".

Diese Anrede verursachte allgemeine Verblüffung: Redet doch der KBW sonst immer nur von „KB Nord", um damit anzudeuten, daß der KB eigentlich gar kein richtiger KB, sondern eine norddeutsche Spezialität sei. Danach gefragt, sagte ein Flugblattverteiler: „Ich sage KB". Frage: „Aber der KBW sagt doch immer KB Nord?" Antwort: Ich bin vom Komitee, da arbeitet der KBW mit, aber auch Parteilose".

Dieselbe Antwort hörte ich übrigens wenig später noch einmal von einer Flugblattverteilerin des „Komitees", als sie in einer Diskussion mit bestimmten Albernheiten des KBW konfrontiert wurde.

Solche „Komitees" sind eigentlich eine sehr praktische Sache! ●

Genosse der Arbeitsgruppe Frauen/
KB/Gruppe Hamburg

Knast für Hilfe zur Abtreibung!

Jetzt, nach dem Urteil der Bundesverfassungsrichter zur Beibehaltung des § 218, zeigt die Bourgeoisie, daß sie den Druck verschärfen will. Wenn auch der § 218 jahrelang die werktätigen Frauen zu Kurpfuschern oder raffgierigen Ärzten getrieben hat, so wurde doch bisher in den meisten Fällen von einer strafrechtlichen Verfolgung abgesehen. Es hatten sogar viele, meist prominente Frauen öffentlich erklärt, daß sie eine Abtreibung hinter sich hätten, ohne Angst haben zu müssen, gleich in den Knast zu wandern. Weniger prominente Menschen hatten allerdings nicht dasselbe Glück. So wurde 1970 ein Mann für fünf Tage in Untersuchungshaft gesteckt, weil er so nett war, seiner Frau „psychische Unterstützung bis zur Abfahrt zum Abtreiber" zu gewähren („Hamburger Abendblatt", 23.24.8.75). Ein weiteres Indiz für seine „Straffälligkeit" sei gewesen, daß das Paar den Wucherpreis von DM 1.200 für die Abtreibung aus der gemeinsamen Urlaubskasse bezahlt hat.

Jetzt, nach fünf Jahren wurde der Ehemann zu einer hohen Strafe verknackt: 6.000 DM oder ersatzweise vier Monate Haft!! Eine Revision des Urteils ist vom Bundesgerichtshof zurückgewiesen worden. Dies Urteil zeigt, daß der Staat den § 218 auch mit exemplarischen, abschreckenden Urteilen aufrecht zu erhalten versucht. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Feministinnen im Kampf für die Befreiung der Frau?

— Eine Auseinandersetzung mit dem „Frauenforum" —

Wie in AK Nr. 65 angekündigt, wollen wir uns in diesem Artikel mit feministischen Standpunkten auseinandersetzen, die, wie AK 65 berichtet, der „Spiegel" dazu benutzt, um die Forderung der lohnabhängigen Frauen und Hausfrauen nach Gleichberechtigung lächerlich zu machen, statt aufzuzeigen, warum der Kampf der Feministinnen in die Sackgasse führt.

Im Zuge der Frauenbewegung, die sich im Anschluß an die Studentenbewegung außerhalb des Rahmens der bürgerlichen Parteien in zahlreichen Initiativen entwickelte, entstand eine Gruppe, die inzwischen zielstrebig auf die Bildung einer „Frauenpartei" zusteuert: das „Frauenforum e.V." mit Hauptsitz in München und dem Organ „Frauenforum, Stimme der Feministen". Eine kleine Kostprobe des Standpunkts dieser Organisation gab die Vorsitzende Mabry anläßlich der Hamburger Frauenfilmtage im Mai. Wir berichteten in unserer Hamburger Stadtteilzeitung UNSERE STADT Nr. 8 kurz darüber; Hannelore Mabry behauptete damals: *„In keinem sozialistischen Land wird an der Befreiung der Frau weitergearbeitet, auch wenn im Befreiungskampf die Frauen einige Rechte erlangen konnten"*.

Dieser in Flugblättern und Broschüren vertretene antisozialistische Standpunkt stößt auch bei etlichen Frauengruppen auf Ablehnung; er ist aber nur die konsequente Fortführung der von vielen Feministen vertretenen Meinung, daß nämlich „Männerherrschaft" und Kapitalismus dasselbe sind und folgerichtig beide in gleicher Weise bekämpft werden müssen, bzw. die „Männerherrschaft" als Hauptfeind gilt.

Beim „Frauenforum" liest sich das so: *„In der Wirtschaft hat der männliche Partner außer dem Ernährerlohn auch alle Schaltstellen der Macht (hohe Positionen, die Bestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung etc.) für sich reserviert"* („FF" 1/75, Seite 3).

Dieses Programm enthält einen grundlegenden Widerspruch: Die eine Seite dieses Widerspruchs ist der
Kampf gegen das Kapital: Er ist nur
Seite dieses Widerspruchs ist der
Kampf gegen das Kapital: Er ist nur ohne Unterschied des Geschlechts zu führen: männliche und weibliche Arbeiter und Angestellte sind von der Herrschaft der Kapitalisten grundsätzlich in gleicher Weise betroffen, wenn auch die Kolleginnen durch Unterbezahlung und schlechtere Jobs in besonderer Weise. Ihnen stehen Kapitalisten mit ihren Helfern beiderlei Geschlechts gegenüber, wenn auch Frauen nicht so oft wie Männer am Drücker sind, wenn es darum geht, Kollegen zu stärkerer Leistung anzutreiben, ihnen ihre gewerkschaftlichen Rechte zu verweigern oder sie auf die Straße zu setzen. – Die andere Seite des Widersrpuchs ist der Kampf gegen „die Männer", zu Hause und am Arbeitsplatz, ganz egal, ob es sich um den Ehemann, Abteilungsleiter oder Kollegen in ähnlicher Position handelt.

Eine Stütze der Herrschaft der Bourgeoisie ist die ideologische Spaltung der arbeitenden Bevölkerung in angeblich dumme, im Haushalt tätige usw. Frauen und intelligente, berufstätige usw. Männer. Solange die Bourgeoisie als Klasse existiert, wird sie die Spaltungsideologie über Massenmedien, Erziehung in Schulen usw. an den Mann und an die Frau zu bringen versuchen.

Daher ist es eine Illusion zu glauben, ohne das Ausbeutungssystem der Bourgeoisie zerschlagen zu haben, könnten die Frauen zu voller Gleichberechtigung gelangen. Erst der Sozialismus schafft die Voraussetzung zur Beseitigung dieser Spaltungsideologie genauso wie anderer falscher Vorstellungen (z.B. Trennung von Hand- und Kopfarbeit).

Allerdings müssen wir vor dem Sturz und mit dem Ziel des Sturzes der Bourgeoisie schon viel tun, damit diese Stütze (um im Bild zu bleiben) recht bröckelig wird. Nach der Revolution werden wir noch einen ganzen Trümmerhaufen bürgerlicher Ideologien fortzuschaffen haben.

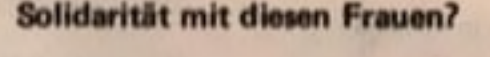
Der Widerspruch „Kampf gegen das Kapital und die Männer", der sowieso meist nur theoretisch besteht – praktisch wird in den meisten Veröffentlichungen von Frauengruppen nur über die Unterdrückung der Frau als „Geschlechtswesen" berichtet, aber nicht über die Unterdrükkung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse – muß früher oder











Solidarität mit diesen Frauen?

später nach der einen oder anderen Seite hin gelöst werden: Die Gleichberechtigung fordernden Frauen müssen sich entscheiden, entweder den Hauptstoß gegen die Kapitalistenklasse zu richten und mit dem Kampf gegen das Kapital den Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, d.h. gegen die bürgerliche Spaltungsideologie zu verbinden, oder aber den Hauptstoß gegen „die Männer", aller Klassen zu richten. Das „Frauenforum" (FF) hat sich bereits entschieden, für die z w e i t e Alternative.

Von der „Solidarität mit allen Ausgebeuteten" zur Forderung nach „gleichen Aufstiegschanchen"

„Die Feministen haben ihren Klassenfeind erkannt: es sind die Patriarchen" („FF" 3/75, Seite 15).

„Das Patriarchat ist das Herrschaftssystem, in dem das Recht des Ausbeuters (körperlich, intellektuell, ökonomisch) Gesetz ist" („FF", 1/75, Seite 2). Ihre **„revolutionäre Parole heißt: Menschlichkeit statt Gewalt und Männerrecht"** („FF", 3/74, Seite 3).

Als Konzession an diejenigen, die die Ausbeutung grundsätzlich bekämpfen wollen, ist die *„neue Definition von Patriarchat"* zu verstehen, *„die nicht mehr total an das männliche Geschlecht gebunden ist ..., da das Wort Männerherrschaft allein die geschlechtsspezifische Dimension von Unterdrückung faßt. Feministen bekämpfen aber jede Ausbeutung eines Schwächeren"* („FF", 3/74, Seite 16).

Sie *„sind Partner, Teilhaber, Genosse aller Ausgebeuteten"* („FF", 1/75, Seite 4); die Solidarität sei *„geschlechtsbetont, aber nicht geschlechtsspezifisch"* („FF", 1/75, Seite 4).

Wie das mit der „nicht geschlechtsspezifischen Solidarität" bestellt ist, mag ein Zitat aus „FF" 3/74, Seite 16 zeigen: „ ... *daß das männliche Geschlecht für unmenschliche Systeme anfälliger ist"*, wird mit „Stalinismus" und Faschismus „bewiesen" ... **Man denke an Indira Ghandi, Golda Meir oder Isabell Peron! Alles äußerst „friedfertige" Frauen?!** Offen bleibt, ob diese angebliche „Anfälligkeit" der Männer nach Meinung des FF auch in ihrem Erbgut festgelegt ist.

Offenbar hat alles Geschwätz von Solidarität „mit allen Ausgebeuteten" nur den Sinn, Frauen ohne klare Vorstellungen über den Kampf um Gleichberechtigung schrittweise auf g r u n d s ä t z l i c h männerfeindlichen (und antisozialistischen!) Kurs zu bringen.

Eintreten für die Interessen der lohnabhängigen Frau?

Das FF fordert für Frauen „gleichen Lohn". Eine Forderung, die wir auch aufstellen. Zur Durchsetzung dieser Forderung schlagen die Feministen vor, Frauen sollten in „Frauengewerkschaften" gehen: „Der einzige wirklich katastrophale Fehler, den die Frauen nach Aufhebung des Versammlungsverbots (1908) machten, war ihr Eintritt in die Männerparteien und -gewerkschaften" („FF" 2/75, Seite 21). *„Spätestens heute muß man aber erkennen, daß nur eine organisationsstarke Frauengewerkschaft in der BRD und den anderen kapitalistischen Ländern die Möglichkeit zur Durchsetzung der Lohngleichheit bieten würde"* („Unkraut ins Parlament", H. Mabry, 1974).



Weniger Lohn für die Frauen auch im "Jahr der Frau"



Arbeitslose Frauen in der BRD

Die Aufforderung, diesen „katastrophalen Fehler" wieder wettzumachen, ist eine Verarschung jeder arbeitenden Frau. Zumal, abgesehen von einigen Allgemeinplätzen, weder etwas über die betriebliche Lage der Frauen noch über die Verhältnisse in den Gewerkschaften in irgendeiner Nummer der Zeitschrift oder in Flugblättern zu finden ist.

Dafür, daß „Frauengewerkschaften" der Arbeiterklasse schaden würden, weil sie die Spaltung in männliche und weibliche Kollegen vertiefen, sind die Ereignisse im Juli '75 und davor in der Karlsberg-Brauerei in Kopenhagen ein Beispiel: Bei der letzten Lohnrunde hatte die dortige Frauengewerkschaft ein Spaltungsangebot angenommen: höhere Löhne für Frauen bei gleichzeitiger Zustimmung zu Rationalisierungen. Die männlichen Kollegen hatten den Streik fortgesetzt, mußten sich dann aber mit geringerem Lohn abfinden. Im Juli streikten die Männer gegen die Frauen für höheren Lohn.

Die Forderung nach Frauengewerkschaften ist ein Hohn auf jede Arbeiterin oder Angestellte, die mit Kollegen in einer Abteilung oder Firma zusammen arbeitet. Dort kommt es doch immer darauf an, gegen Entlassungen, höhere Arbeitshetze und für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen gemeinsam zu kämpfen und dem Kapitalisten nicht die Möglichkeit zu geben, Frauen und Männer zu spalten. Die Kolleginnen wären verrückt, würden sie mit dem gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalisten so lange warten, bis der letzte Kollege das „Pin-up-girl", das er an seine Maschine geklebt hat, abreißt oder sich mit seiner Frau den Haushalt teilt (was nicht heißt, daß diese Fragen uns nichts angehen).

Die Forderung nach *„gleichen Aufstiegschancen"* („FF" 3/74, Seite 4) und die scharfe Kritik daran, daß *„in der Wirtschaft ... der männliche Partner ... alle Schaltstellen der Macht ... für sich reserviert* (hat)" („FF.., s.o.) kennzeichnet das „Frauenforum" als bürgerliche Organisation.

Das FF fordert die „gleichberechtigte Teilnahme" der Frau an der Unterdrückung der Arbeiterklasse. Gudula Loree, eine Hamburger Feministin, und H. Mabry jammerten beide bei den Hamburger Frauenfilmtagen darüber, daß *„Frauen allerhöchstens ins mittlere Management aufsteigen könnten, im höheren Management aber überhaupt nicht vertreten"* seien!

Genauso wenig wie wir uns um die „Aufstiegschancen" eines männ-

Genauso wenig wie wir uns um die „Aufstiegschancen" eines männlichen Kollegen Sorgen machen, wenn der begehrte Posten mit Antreiberfunktion gegenüber den ihm untergeordneten Kollegen verbunden ist, sehen wir einen Vorteil für die Kollegen darin, daß sie von einer Frau herumkommandiert werden. Ob Frau oder Mann: Wir haben die Aufgabe, die Interessen der Kollegen gegenüber dem verlängerten Arm der Geschäftsleitung durchzusetzen. Ein kompromißbereiter Abteilungsleiter bzw. -leiterin ist uns natürlich lieber, als jemand, der uns ständig schikaniert. Abteilungsleiter, die sich für die Kollegen einsetzen, kommen jedoch höchstens aus Versehen auf diesen Posten und verlieren ihn dann auch schnellstens wieder.

Handelt es sich allerdings um qualifiziertere und damit nicht so stupide Arbeit, die nicht mit Antreiber- und Aufpasserfunktion verbunden ist, so müssen wir selbstverständlich dafür eintreten, daß gleichberechtigt Kolleginnen diesen Platz besetzen.

Das heißt, wir stellen zuerst die Klassenfrage!

Die viel beschworene Solidarität unter Frauen: *„Ich weiß, daß alle* (!) *Frauen meine Schwestern in der Magdschaft sind"* („FF", 4/74, Seite 7), hat für Frauen der arbeitenden Bevölkerung keinen Wert. Sie dient dazu, die Klassenwidersprüche zu verkitten und Frauen vom Kampf gegen die Klassengegner beiderlei Geschlechts abzuhalten.

Daß das FF mit den Interessen der Arbeiterfrauen nichts im Sinn hat, läßt sich auch aus ihrer Zeitung entnehmen: Abgesehen von einigen allgemeinen Sprüchen gegen Unterbezahlung, schlechtere Ausbildung und Doppelbelastung wurde in kein der uns vorliegenden Num-

Fortsetzung Seite 48

Fortsetzung von Seite 47

Feministinnen im Kampf für die Befreiung der Frau?

(3/74, 4/74, 1/75, 2/75) auf die Lage der Arbeiterinnen und Angestellten konkret eingegangen. Auch die proletarische Hausfrau, die Sorgen hat, mit dem Geld auszukommen und mit der Betreuung der Kinder überlastet ist, kommt nicht zu Wort.

Sehr wohl aber bewegt die Gemüter der Feministen das mehr oder weniger erfüllte Liebesleben der Weiber der Bourgeoisie; wir bitten unsere Leser, sich den folgenden Abschnitt auszuschneiden und über's Bett zu hängen, damit sie sehr oft an das Schicksal dieser unglücklichen Wesen denken können:

„Wem fallen da nicht beim Lesen die bekannten Beispiele ruinierter prominenter Frauen ein, Opfer einer patriarchalischen Gesellschaft, aber auch die Dunkelziffer dürfte riesengroß sein. Joan Kennedy, die unglückliche Ehefrau Ted Kennedys, die nur bei Wahlen nicht im Abseits steht und die wegen ständiger Seitensprünge ihres Mannes in einer Nervenheilanstalt Dauergast ist. Marylin Monroe, das bildschöne Geschöpf, sanierte Hollywood, hatte von früher Jugend an unter Gewalttaten und Haß zu leiden und endete, Arthur Miller trug dazu bei, im Selbstmord. Tina, von Ehemann Onassis mißhandelt, in dritter Ehe unglücklich mit seinem Konkurrenten Niarchos verheiratet, suchte Trost im Alkohol und vergiftete sich, – oder wurde vergiftet, – um ihrer unerträglichen Einsamkeit zu entfliehen"

(„FF" 1/75, Seite 29). Schluchz, schluchz!

Mit der Frauenpartei für die Gleichberechtigung?

Ganz auf der Linie, weder die Kapitalisten als Klasse noch ihren Staat insgesamt anzugreifen (bekämpft wird nur *„die patriarchalische Justiz, die patriarchalische Kirche, die patriarchalische Ärzteschaft, die patriarchalischen Parteien, die patriarchalischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die patriarchalische Wissenschaft"* – so laut Flugblatt vom 25.2.75) ist es das „Nahziel" des FF *„alle Frauen zu organisieren, ... ohne Blickrichtung auf bestimmte Gesellschafts- oder Sozialschichten"*, um *„als Fernziel in der Bundesrepublik eine Organisation aufzubauen, die als Lobby hinter den Parlamentarierinnen steht zur Durchsetzung des Emanzipationsgedankens, so wie ihn die Frauen verstehen ... Zudem sollte jede Frau eine bewußte Staatsbürgerin (??) werden"* („FF" 4/74, Seite 15). Es sollen *„Familien, Scheidungs- und Sexualgesetze, die Frauen zu 50% mitbestimmen"*, durchgesetzt werden („FF" 3/74, Seite 4). Warum eigentlich nur diese Gesetze?

Und was soll da eigentlich drinstehen?

Es ist angestrebt, in bürgerlichen Institutionen mitzumischen. Als Beispiel wird die norwegische Frauenpartei, die bei den Gemeindewahlen in Oslo kandidierte, angepriesen. Die Präsidentin erklärte zur 1971 gegründeten Partei: *„Wir ..., die sie gestartet haben, sind aus allen Parteien und gehören allen Altersstufen an"*. H. Mabry dazu: *„Wenn die Frauen aller Länder diesem Beispiel folgen, wird endlich eine Politik mit anderen Prioritäten möglich: eine internationale Sozialpolitik – wirkliche Friedenspolitik"* („Unkraut ins Parlament", Seite 150).

Immer wieder appelliert das FF in direkten Briefen oder in seiner Zeitung an den bürgerlichen Staat, sie doch zu hören oder für ihre „wertvolle Arbeit" Unterstützung zu leisten: *„Da sollte Frau Focke lieber Feministen in ihr Ministerium berufen, damit endlich eine systematische Analyse zur polit-ökonomischen Ausbeutung der Frau und ein strategisches Gesamtkonzept erarbeitet werden kann"* (2/75, Seite 21).

Auf derselben Ebene liegt es, wenn vom FF immer wieder versucht wird, mit dem Frauenrat oder ähnlichen Organisationen in Kontakt zu kommen. (Der Frauenrat ist eine Dachorganisation, dazu gehören: die Frauenorganisationen der bürgerlichen Parteien, des DGB, der DAG, des Bauernverbandes, des Sportverbandes, der konfessionellen Verbände (z.B. katholischer Lehrerinnenverband), der Hausfrauenbund, der Frauenring, der Akademikerinnenbund etc. Sie „vertreten" sechs Millionen Frauen).

Als Zusammenfassung eines Treffens des FF mit Vertreterinnen des Frauenrates schrieb das „FF" (1/75, Seite 22): *„Eine Annäherung zwischen traditionellen und ‚neuen' Frauengruppen wird für beide Seiten fruchtbar sein: Mehr Gleichbehandlung der Bedürfnisse und Interessen von Frauen"*. Besser kann man kaum verdeutlichen, daß man auf dem besten Wege ist, in den Kreis derer aufgenommen zu werden, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Frauen der arbeitenden Bevölkerung an der Nase herumzuführen und ihnen vorzuspielen, Politikerinnen würden in den jeweiligen Parteien oder (als „Frauenpartei") im Parlament die Interessen der Frauen wahrnehmen.

Nach rechts buckeln, nach links schlagen

Während das FF immer wieder Anerkennung bei den bürgerlichen Parteien und Institutionen sucht, findet in der letzten Zeit eine zunehmend antikommunistische Ausrichtung statt.

Im Vorwort von „Unkraut ins Parlament" werden noch Gemeinsamkeiten von „Genossinnen" (bereits in Tüttelchen) und Feministen beschworen: *„Alle Frauenemanzipationsgruppen streben eine Gesellschaftsveränderung an – sei es bei den ‚Genossinnen' in erster Linie die Abschaffung des Kapitalismus, sei es bei den Feministinnen in erster Linie die Abschaffung des Patriarchats – allen gemeinsam ist die Erkenntnis, daß das derzeitige Gesellschaftssystem die Frauenfrage nicht löste, sondern im Gegenteil frauen- und besonders mütter- und kinderfeindlich strukturiert ist"*. Nach dem Motto: „Ihr seid etwas mehr gegen den Kapitalismus, wir sind ein bißchen mehr gegen das Patriarchat, aber im Grunde wollen wir ja alle dasselbe", sollen besonders Frauen eingesackt werden, die die Ausbeutung durch die Kapitalisten bekämpfen wollen und andererseits auf besonders krasse Weise als Frau diskriminiert werden.

Es wird geschwafelt von „Subjektwerdung des Menschen", „Selbstentscheidung statt Fremdbestimmung" und es wird gefordert, „über den Stand eines Marx, Bebel oder einer Zetkin hinauszugehen" („Unkraut ins Parlament", S. 14).

So nach und nach wird den Lesern des „FF" beigepuhlt, daß der Marxismus „nur bedingt anwendbar" für die Befreiung der Frau sei: *„Als Ursachen für sozialen Wandel werden neben der technischen Entwicklung primär soziale Konflikte – Klassenkämpfe – angeführt. Feministen teilen hier die Ansichten der Marxisten, daß die Hauptursachen für eine Gesellschaftsveränderung in Ausbeutung, in Unterdrückung, in den sozialen Konflikten liegen"*.

„Der Unterschied zu den Marxisten zeigt sich nun aber in der Konkretisierung der Klassen – in der Klassenanalyse. An dieser Analyse – einer feministischen Klassen- und Mehrwerttheorie (??) – arbeiten wir seit einigen Jahren" (Nach dem Motto: Was lange währt, wird endlich gut?).

„Durch meine eigenen marxistischen Studien auf diesem Gebiet komme ich allerdings mehr und mehr dahin, die Beifügung ‚marxistisch' als ein Rudiment – eine letzte patriarchalische Hülle – anzusehen" („FF", 3/74, S. 16).

In „meisterlicher" Demagogie wird unter dem Vorwand, Marx für die Frauen zu „konkretisieren", die Klassenfront eingerissen und dafür die Front zwischen Mann und Frau als neue Hauptfront aufgebaut:

„Das Kapital kann ja nicht schuldig an der Ausbeutung sein, sondern nur der Mensch, der die Möglichkeit und Fähigkeit besitzt, einen anderen auszubeuten. Deshalb untersuche ich lieber wieder konkret die Menschen, die Männer (!), die dieses kapitalistische System errichteten und es am Ruder halten wollen" („FF", 2/75, S. 13 - 14). Und was ist mit Kapitalistinnen?

Die Demagogie geht weiter: Unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen die Männer" wird sogar gegen **„die Herren Arbeiter"** („FF" 1/75, S. 7) gehetzt.

„Der deutsche proletarische Patriarch (stimmt) ganz besonders laut in den Ruf – immer einig mit den bürgerlichen Partriarchen – ‚die Frau gehört ins Haus', um sich als Mann und nur weil er Mann ist, das Monopol auf Lohnarbeit zu sichern" („FF", 2/75, S. 28).

In aller Schärfe wird natürlich gegen die gesamte kommunistische Bewegung gehetzt, ohne auch nur den Schatten eines Argumentes und Beweises anzutreten; das ist übrigens Prinzip bei diesen Kleinbürgerinnen (nur einmal werden jeweils von Marx, Zetkin, Engels ein Buch erwähnt, linke Zeitungen gibt es offensichtlich nicht).

Das „FF" versucht mit plumpen Lügen, Frauen von einem Interesse an kommunistischen Organisationen abzuhalten: *„Leistung war und ist nach partriarchalischer Sicht der Dinge – und daran haben auch Marxisten und Anarchisten nicht gerüttelt! – eine männliche Qualität. Der Mann ist schöpferisch, produktiv, die Frau unschöpferisch, unproduktiv, sie erbringt Dienstleistungen"* („FF„ 2/75, S. 15). Belegen kann das „FF" diesen ausgesuchten Blödsinn natürlich nicht!

Aber es kommt noch dicker: *„Es ist eine Lüge und üble Geschichtsklitterung, wenn man uns Frauen erzählen will, die Arbeiterbewegung habe immer auch das Interesse der weiblichen Lohnarbeiterin mit beinhaltet. Das Gegenteil ist der Fall – proletarische Männer haben stets gegen die Lohnarbeiterin und gegen die Frau im Hause gekämpft, sobald diese Forderungen für sich als Frauen anmeldeten"* („FF", 2/75, S. 27).

Durch das laute Geschrei wird diese Lüge nicht wahrer. Es ist davon auszugehen, daß diese Lügen sogar bewußt verbreitet werden. In der „Geschichte der proletarischen Frauenbewegung" ist nämlich das Gegenteil nachzulesen; übrigens ein sehr gutes Buch! Die alte KPD hat über Jahre zusammen mit vielen fortschrittlichen Menschen z.B. große Kampagnen für die ersatzlose Streichung des § 218 durchgeführt (Dokumentenmaterial findet sich bei Petra Schneider: „Weg mit dem § 218", Berlin 1975).

Mit der vom „FF" verbreiteten Art von Lügen wird versucht, die Linken zum H a u p t f e i n d „der Frauen" aufzubauen:

„ ... Wenn Frauen ihre Leiden in einem Protest an die Öffentlichkeit bringen – so die Paragraph 218-Bewegung – dann werden sie von den linken Herren verhöhnt, belacht und zurechtgewiesen". Irre! (Zitat aus „FF", 2/75, S. 38).

Damit keine Zweifel aufkommen, wird auch über den proletarischen Internationalismus hergezogen: *„Die linksbestückten Asten der Universitäten, die ‚linken' Studentenorganisationen und ihre Nachfolgeverbände und Parteien haben zwei Solidarisierungsobjekte: 1. den männlichen ‚Proletarier' und 2. die männlich geführten Befreiungsbewegungen der ganzen Welt, ... Es kann gar nicht weit weg genug sein: Sie solidarisieren sich mit den Salatpflückern in Kalifornien – aber nicht mit ihrer Frau, die hier an Abtreibung krepiert!"* („FF", 2/75, S. 30). Wohlgemerkt: So etwas kommt unter „Linken" auch vor. Die Feministen setzen diese Erscheinungen aber durch demagogische Verallgemeinerung gezielt im Dienste des Antikommunismus ein!

Folgerichtig dann auch:

„Was haben wir Frauen mit den Linkspatriarchen gemeinsam? – Nichts!" („FF", 2/75, S. 31). Für das Verhältnis von „Frauenforum" und kommunistischen und anderen fortschrittlichen Organisationen trifft dieser Spruch sicher zu.

Arbeiterfeindliche, antikommunistische Demagogie auf der einen Seite; auf der anderen Seite Versöhnung mit den Luxus-Tanten der Bourgeoisie („Wir sind ja alle Frauen" ...) und Anbiederung bei den bürgerlichen Parteien! – Diese zwei Seiten zeigen, daß die Ideologen des Feminismus für die S t a b i l i s i e r u n g der bestehenden Verhältnisse arbeiten.

Es ist unsere Aufgabe, immer wieder aufzuzeigen, daß der Feminismus beim Kampf um die Emanzipation der Frau in die Sackgasse führt. Der Kampf zur Befreiung der Frau kann nur erfolgreich sein, wenn er mit der klaren Stoßrichtung gegen die Kapitalistenklasse und für die Einheit der Arbeiterklasse geführt wird.

Dem „Frauenforum" und dem Feminismus keinen Fußbreit! ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg

Inhalt